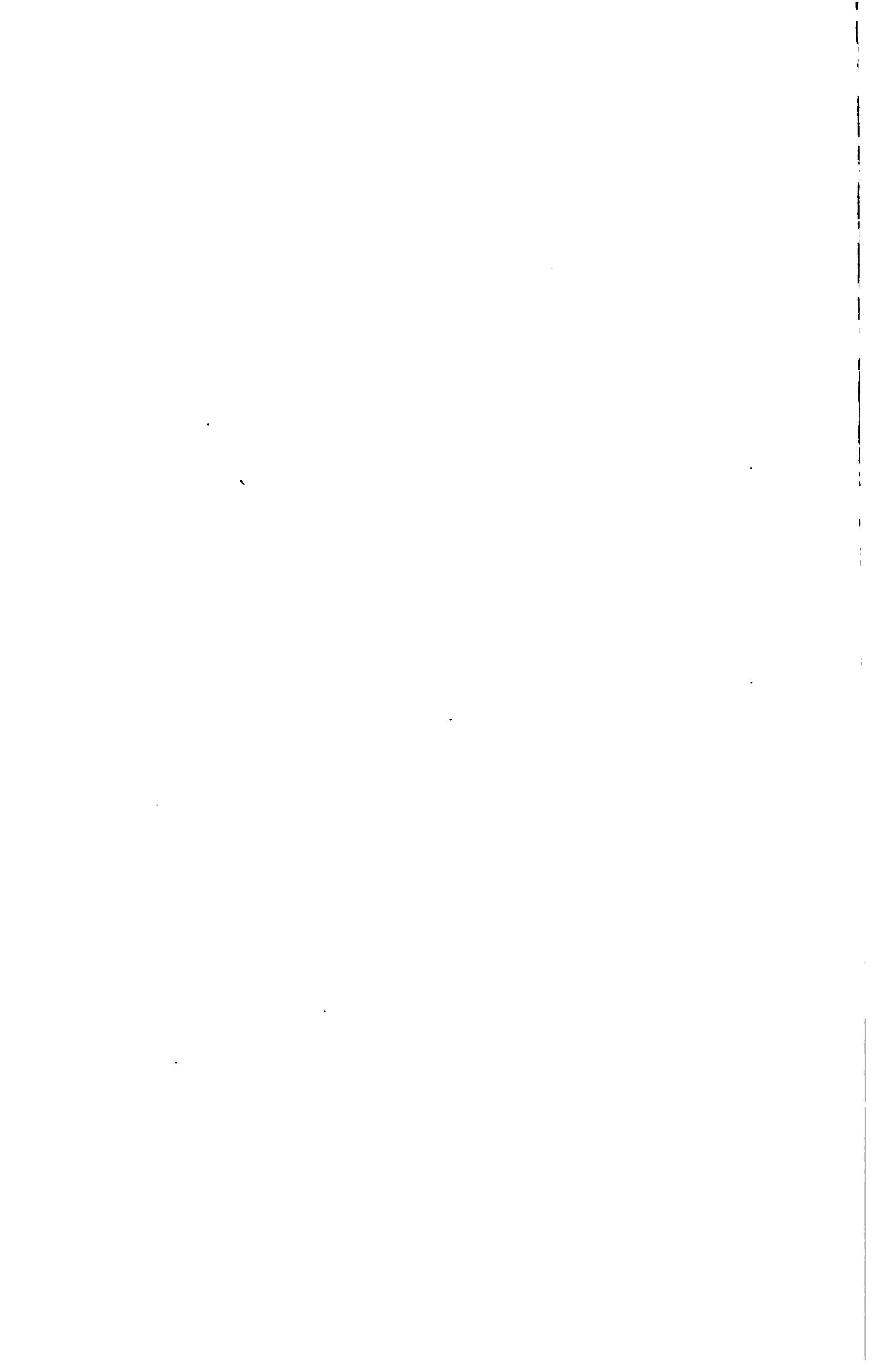






ZEITSCHRIFT

DER SAVIGNY-STIFTUNG

FÜR

RECHTSGESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN

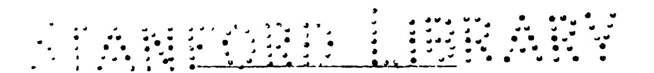
VON

E. I. BEKKER, A. PERNICE, R. SCHRÖDER,
H. BRUNNER.

SIEBZEHNTER BAND

XXX. BAND DER ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSGESCHICHTE

GERMANISTISCHE ABTHEILUNG.



WEIMAR
HERMANN BÖHLAUS NACHFOLGER
1896.



WEIMAR. — HOF-BUCHDRUCKEREI.

Inhalt des XVII. Bandes

Germanistische Abtheilung.

Germanistische Chronik:

I.

Die uneheliche Vaterschaft in den älteren germanischen Rechten.

Von

Heinrich Brunner.

I.

Die Polygamie war bekanntlich bei den Germanen rechtlich erlaubt, obwohl sie sich thatsächlich in der Regel mit einer Ehefrau begnügten. Als Ausnahme erwähnt Tacitus die Vielweiberei bei hochstehenden Männern. Für den Norden haben Jakob Grimm[1]) und Weinhold[2]) eine hinreichende Anzahl geschichtlicher Zeugnisse zusammengestellt. Auch bei den Westgermanen hat die Polygamie der Urzeit lange dauernde Spuren hinterlassen.

Man hat es versucht, aus der einstigen Vielweiberei den germanischen Concubinat, die Kebsehe zu erklären. Allein Kebsehe und Polygamie finden sich gleichzeitig nebeneinander. Auch die Bemerkung Jakob Grimms, dass seit dem Christenthum neben der ersten Gemahlin die anderen nur Kebsfrauen sein konnten, lässt sich nicht ohne Beschränkung aufrechthalten[3]).

Am lehrreichsten sind für das Verhältniss von Polygamie und Concubinat die Geschlechtsverbindungen der fränkischen Könige. Die Polygamie der Merowinger steht ausser Zweifel und ist schon oft besprochen worden. Nichtsdestoweniger kommt es hier darauf an, einzelne auffallende Beispiele hervorzuheben, schon weil der Sprachgebrauch der Quellen für das Thema der folgenden Untersuchung von Bedeutung ist.

---

[1]) Rechtsalterthümer S. 440. — [2]) Deutsche Frauen II[2] 13 ff. — [3]) Rechtsalterthümer S. 440.

Ich erinnere zunächst an den bekannten Bericht Gregors von Tours [1]), wie Chlothar I sich mit der Schwester seiner Frau vermählte. Oft erwähnt ist die köstliche Geschichte es immerhin werth hier nochmals erzählt zu werden. Chlothars Frau Ingunde bittet eines Tages ihren Mann, er möge ihre Liebe damit belohnen, dass er ihrer Schwester Aregunde einen möglichst vornehmen Mann verschaffe. Nachdem Chlothar Aregunden gesehen hatte, nimmt er sie selbst zur Frau, eamque sibi in matrimonio sociavit. Ingunden sagt er, er habe für ihre Schwester nach einem reichen und weisen Manne gesucht, aber keinen besseren finden können als sich selbst. Ingunde ist mit der vollendeten Thatsache völlig einverstanden. Noch mehr aber ist es zu verwundern, dass Gregor weder von einem Einspruche der katholischen Geistlichkeit noch von einem Strafgerichte Gottes zu berichten weiss, obwohl die Kirche nicht nur an der Bigamie, sondern auch — wohl noch mehr — an der Schwägerschaftsehe Aergerniss zu nehmen Anlass hatte. Als nachmals Charibert, der Sohn Chlothars I, der gleichfalls unbehelligt mehrere Frauen hatte, die Schwester einer seiner Frauen heiratete, wurde er von Bischof Germanus excommunicirt [2]).

Noch beweiskräftiger als jene Anekdote scheint mir die Erzählung Gregors von Tours über die Ehe des Königs Theudebert mit Wisigard. Theudebert hatte die Frau eines Römers Namens Deoteria zunächst zur Beischläferin genommen: amore eius capitur suoque eam copulavit stratu. Später heiratet er sie: mittens postea Arvernum Deoteriam exinde arcessivit eamque sibi in matrimonio sociavit [3]). Dann aber wird Theudebert von den Franken gezwungen, Wisigardis, die Tochter des Langobardenkönigs Waccho zur Ehe zu nehmen, mit der er seit sieben Jahren verlobt war. Cum iam septimus annus esset, quod Wisigardem disponsatam haberet et eam propter Deuteriam accipere nollet, coniuncti Franci contra eum valde scandalizabantur, quare sponsam suam relinqueret [4]). Aus dem Berichte geht hervor, dass nach der Rechtsanschauung der Franken die Verlobung Theudeberts mit Wisigardis trotz der

[1]) Hist. Franc. IV, 3. — [2]) Greg. Tur. Hist. Franc. IV, 26. — [3]) A. O. III, 22. 23. — [4]) A. O. III, 27.

Ehe mit Deoteria verbindlich geblieben war. Daraus folgt, dass die Mehrweiberei der fränkischen Könige volksrechtlich anerkannt war. Vom Standpunkte der Monogamie wäre die Stelle unerklärlich. Denn die Ehe mit einer anderen als mit der verlobten Braut löst an sich die Verlobung auf. Hätte etwa die Verlobung Theudeberts mit Wisigardis erst nach der Ehe mit Deoteria stattgefunden, so wäre sie unter der Herrschaft der Monogamie natürlich ungiltig gewesen. Allerdings wurde Deoteria von Theudebert verstossen. Dass dies die coniuncti Franci verlangt hätten, ist aus Gregors Erzählung nicht zu erschliessen. Vielleicht wollte oder konnte Theudebert der Königstochter nicht zumuthen, sich mit der Stellung der zweiten Frau zu begnügen. Oder er war der Deoteria überdrüssig geworden, die etliche Zeit vorher ihre Tochter erster Ehe aus Eifersucht hatte tödten lassen. Nach dem Tode der Wisigardis hat er nicht wieder die Deoteria sondern eine andere zur Frau genommen.

Von Dagobert I erzählt der sogen. Fredegar (IV 60), dass er, luxoriam super modum deditus, drei Frauen und sehr viele Concubinen gehabt habe. Die Königinnen zählt er auf. Der Concubinen waren zu viele, als dass er sie alle hätte nennen können.

Auch für die Arnulfinger ist uns aus der Zeit, da sie als Hausmeier die wesentlichen Königsrechte an sich gezogen hatten, ein unzweifelhaftes Beispiel von Bigamie überliefert[1]). Pippin der Mittlere hatte 670—675 Plectrudis zur Ehefrau genommen. Eratque, sagt von ihr der Liber historiae Francorum c. 48, Pippino uxor nobilissima et sapientissima nomine Plectrudis. Im folgenden Capitel des Liber heisst es dann: habensque Pippinus ... filium ex alia uxore nomine Carlo, in der Continuatio des sogen. Fredegar[2]): igitur Pippinus aliam duxit uxorem nobilem et eligantem nomine Chalpaida ... Die Geburt Karl Martells fällt etwa in das Jahr 688[3]). Trotzdem sehen wir Plectrud bis zum Tode Pippins als dessen Gemahlin walten und nach seinem Tode die Zügel der Regierung ergreifen. Der Liber historiae Francorum, der Karls Mutter als

---

[1]) Siehe Weinhold, Frauen II 15. — [2]) IV, 103 (Continuationes c. 6). — [3]) Siehe Breysig, Karl Martell S. 7.

uxor Pippini bezeichnet, sagt etliche Zeilen zuvor von Grimoald, dem Sohne Pippins: genuit filium ex concubina Theudoaldo nomine. Uxor und concubina werden sonach deutlich unterschieden[1]).

II.

Söhne verschiedener Ehefrauen hatten dem Vater gegenüber gleiches Erbrecht. Den ehelichen Söhnen waren aber die von Kebsen geborenen und andere vom Vater anerkannte unechte Söhne erbrechtlich gleichgestellt. Von Chlodovechs Söhnen theilte Theuderich, der Sohn einer Kebse, mit den ehelichen das Reich. Chlothars I Sohn von Aregunde, Chilperich, erbte neben den Söhnen Ingundens. Childeberts II unechter Sprosse, Theudebert, erhielt Austrasien, der jüngere eheliche Sohn Burgund.

Dass für das Erbrecht der Söhne der Stand der Mutter nicht in Betracht kam, bezeugt Gregor von Tours, indem er bemerkt: pretermissis nunc generibus feminarum regis vocitantur liberi, qui de regibus fuerant procreati[2]).

Für das zweifellose Erbrecht des anerkannten königlichen Bastards fällt besonders Gregors Bericht über den Prätendenten Gundovald ins Gewicht. Gundovald, der sich für einen unehelichen Sohn Chlothars ausgab, trug nach Art der Merowinger wallendes Haupthaar. Sein angeblicher Vater liess ihn scheren, dicens: hunc ego non generavi. Gundovald flüchtete zu Narses, kehrte aber später aus Constantinopel in das Frankenreich zurück, um sein Erbrecht geltend zu machen. Ego, lässt ihn Gregor sagen, regis Chlotharii sum filius et partem regni de praesenti sum percepturus[3]). Gundovald schickt Gesandte zu Guntchram, welche erklären: Gundovaldus . . . dicit se filium esse Chlotharii, misit nos, ut debitam portionem regni sui

---

[1]) Die Unterscheidung zwischen mehreren Ehefrauen und Kebsen bezeugen auch nordische Quellen. Von Harald Harfagr wird berichtet, dass er gleichzeitig zehn Frauen und zwanzig Kebsen gehabt habe. Weinhold, Frauen II 14. — [2]) Hist. Franc. V, 20. Das nunc macht Schwierigkeiten. Jedenfalls ist damit nicht gemeint, dass es sich um eine Neuerung im Hause der Merowinger handle. Der Vorgang, durch den Gregor zu jener Bemerkung veranlasst wird, spielt in Burgund. Vielleicht hat Gregor an die früheren Verhältnisse im burgundischen Königshause gedacht, vielleicht an die Consequenzen des römischen Eherechts. Vgl. Dahn, Könige VII, 3, S. 432. — [3]) Hist. Franc. VII, 27.

recipiat. Zum Beweis seiner Abstammung will sich Gundovald auf das Gottesurtheil der Schlacht berufen: iudicabit tunc Deus, cum in unius campi planitie iuncxerimus, utrum sim Chlotharii filius an non. Mag Gundovald Chlothars Sohn gewesen sein oder nicht, das Thronerbrecht fehlte ihm, weil er von seinem Vater nicht anerkannt war.

Dass unter Umständen auch der von einem ursprünglich unfreien Weibe geborene Königssohn ein Erbrecht hatte, dürfte aus Gregor von Tours, Hist. Franc. IV 25, hervorgehen. König Guntchram hatte die Veneranda cuiusdam suorum ancillam zur Beischläferin[1]) und erzeugte mit ihr den Gundobad. Später ehelichte er die Marcatrudis. Nachdem diese ihm einen Sohn geboren hatte, aemula in huius (des Gundobad) morte crassatur. Sie lässt ihn vergiften. Quo mortuo ipsa iudicio Dei filium, quem habebat, perdidit. Offenbar wollte sie im Interesse des eigenen Sohnes Gundobads Erbrecht aus dem Wege räumen. Balthildis, echte Ehefrau Chlodovechs II ex genere Saxonum, war als Unfreie in das Frankenreich gekommen, vili pretio venundata. Ihre Söhne succediren[2]).

Nicht ein Argument gegen, sondern für das Erbrecht der königlichen Bastarde bildet das Auftreten des heiligen Columba gegen Theuderich II[3]). Dieser lebte ohne Ehefrau mit Kebsweibern. Columba ermahnt ihn, quur concubinarum adulteriis misceretur et non potius legitimi coniugii solamine frueretur, ut regales proles ex honorabilem reginam prodiret et non potius ex lupinaribus[4]) videretur emergi. Als Brunhild den Columba auffordert, die Kinder ihres Enkels zu segnen, erlaubt es ihm sein Tactgefühl in Gegenwart der Kinder zu erklären: Niemals, das wisse, werden diese zur Regierung gelangen; denn sie stammen aus dem Hurenhause: nequaquam istos regalia sceptra suscepturos scias; de lupinaribus emerse-

---

[1]) Vermuthlich war sie von ihrem früheren Herrn oder von Guntchram freigelassen worden. — [2]) Vita Balthildis c. 2, Scriptores rerum Meroving. II 483. — [3]) Vita Columbani auctore Iona, Ann. SS. ord. Benedicti II 17 ff. Darnach im sogen. Fredegar IV, 36. — [4]) Bei dem Lupanar ist nicht an ein öffentliches Bordell, sondern zunächst an die für die Frohnarbeiten der Mägde bestimmten Gemächer zu denken, welche, weil Bezugsort von Kebsen, in üblem Rufe standen. Weinhold, Frauen II 16, Anm. 1.

runt. Columba will damit nicht die Successionsfähigkeit der Kinder Theuderichs bestreiten[1]), sondern es ist ihm, der vom kirchlichen Standpuncte gegen Theuderichs unsittlichen Lebenswandel eifert, in den Augen seines Biographen um eine Prophezeiung zu thun, wie denn in der That keiner der Söhne Theuderichs zur Regierung gelangte. Wären diese kraft ihrer unechten Geburt nicht successionsfähig gewesen, dann war es weder eine Kunst noch ein Verdienst vorherzusagen, dass sie nicht succediren werden. Das hätte dann jeder prophezeien können, ohne wie Columba Heiliger und Prophet zu sein.

III.

Unter den Karolingern verschlechterte sich die erbrechtliche Stellung der unehelichen Königssöhne. Sie hatten neben echten Söhnen kein Recht der Thronfolge, waren aber in Ermangelung von solchen folgeberechtigt. Schon bei der Theilung der Reichsverwaltung unter Karl Martells echten Söhnen ging sein Bastard Grifo leer aus. Von den Söhnen Karls des Grossen wurde der aussereheliche Pippin (der Bucklige † 811) bezüglich der Nachfolge ignorirt[2]). Allerdings erhielt Bernhard, der uneheliche Sohn des echtgeborenen Pippin, Italien, das sein Vater besessen hatte. Allein dieser war ohne eheliche Söhne gestorben. Die ordinatio imperii von 817 suchte das Erbrecht der Unehelichen neben echtgeborenen Gliedern des Mannsstammes völlig zu beseitigen. Diese Tendenz wird klar, wenn man die Bestimmungen der ordinatio von 817 mit denen der divisio von 806 und denen der divisio von 831 vergleicht. Die divisio von 806[3]) hatte vorgeschrieben: quod si t a l i s f i l i u s cuilibet istorum trium fratrum natus fuerit, quem populus eligere velit, ut patri suo in regni hereditate succedat, volumus ut hoc consentiant patrui ipsius pueri ... Dagegen heisst es in der ordinatio von 817: si vero aliquis illorum decedens l e g i t i m o s f i l i o s reliquerit, non inter eos potestas dividatur, sed populus ... unum ex eis ... eligat[4]). Und im folgenden Capitel: si vero absque l e g i t i m i s

---

[1]) Anderer Ansicht W a i t z VG. II, 1, S. 185: „Columban wollte die Kinder ... nicht als erbfähig anerkennen". — [2]) Vgl. M ü h l b a c h e r, Deutsche Geschichte unter den Karolingern S. 87. — [3]) Cap. I 128, c. 5. — [4]) Cap. I 272, c. 14.

liberis aliquis eorum decesserit, potestas illius ad seniorem fratrem revertatur. Habe der Verstorbene Concubinensöhne hinterlassen, so möge der älteste von Ludwigs Söhnen Billigkeit walten lassen, misericorditer agat, ein Passus, der, wie schon Baluze bemerkt, an Lex Baiuwariorum XV, 9 erinnert, wo dem Sohne der ancilla neben seinen echtgebornen Brüdern das Erbrecht versagt wird, diese aber ermahnt werden: tamen debent misericordiam considerare, quia caro eorum est. Geltendes Recht ist die in der Thronfolgeordnung von 817 versuchte Neuerung nicht geworden. Die divisio von 831 nahm sie nicht auf, sondern kehrte (c. 1) zu der Fassung der divisio von 806 zurück, die schlechtweg von einem filius, nicht wie die ordinatio von einem filius legitimus spricht.

Nachmals bemühte sich Karl III, seinem unehelichen Sohne Bernhard die Nachfolge zu sichern. Da ihm der Widerstand mehrerer Bischöfe im Wege stand, wollte er sich der Vermittlung des Papstes bedienen, ein Plan, der daran scheiterte, dass der Papst auf der Reise starb[1]). Der Vorgang scheint nicht sowohl eine Zurücksetzung des Bastards, als vielmehr eine Stärkung des Wahlprincips zu bezeugen, denn Bernhard hatte nur die Concurrenz Arnulfs zu befürchten, der gleichfalls ausserehelich geboren war.

Nachdem Arnulf König geworden war, wollte er 889 die Franken eidlich verpflichten: ne se detraherent a principatu vel dominatu filiorum eius Zwentibulchi quidem et Ratoldi, qui ei de concubina erant nati. Die Franken gingen diese Verpflichtung durch Handschlag ein, aber nur für den Fall, si de legali sua uxore heres ei non produceretur[2]). Die Grossen hielten sich genau an das karolingische Hausrecht. Der Erbanspruch der unechten Söhne wird anerkannt, aber nur als ein subsidiärer, nämlich, wenn es an echten Söhnen des Königs mangeln sollte[3]).

---

[1]) Dümmler, Gesch. des ostfränkischen Reiches III² 245. — [2]) Annales Fuldenses (ad annum 889) ed. Kurze S. 118. — [3]) Die Bedenken, die Dahn, Könige VII, 3, S. 434 gegen meine Bemerkung Deutsche Rechtsgeschichte II 25 erhebt, dürften durch das Gesagte beseitigt sein. Bernhards Succession in Italien würde gegen mich nur beweisen, wenn er ein Sohn Karls des Grossen gewesen wäre oder wenn Bernhards Vater Pippin nicht bereits in Italien regiert hätte.

Eine ähnliche Entwicklung wie im fränkischen Reiche nehmen wir in Norwegen wahr. Hier bestand mehrere Jahrhunderte hindurch von Harald Harfagr ab bis Hákon Hákonssohn die Königsreihe vorwiegend aus unecht geborenen Söhnen freier Mütter[1]). Echt geborene und unecht geborene galten für gleichberechtigt. In der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts suchte man die unechten Sprossen zunächst hinter den echt gebornen zurückzusetzen. Allein erst im dreizehnten Jahrhundert greift die Zurücksetzung thatsächlich durch. Die Thronfolgeordnung Hákons von 1260 beruft den unechten Sohn nach dem echt geborenen Sohne und Enkel. Die des Magnus Lagabœtir von 1273 reiht den unechten Sohn erst an siebenter Stelle ein, nämlich hinter dem echten Vatersbrudersohn.

Das Folgerecht des unehelichen Königssohnes ist uns bei den Gothen und bei den Vandalen bezeugt. Bei den westfränkischen Normannen finden sich etliche Herzoge unechter Geburt. Wilhelm der Eroberer, an dem der Beiname Bastard[2]) haftet, ist nur das bekannteste Beispiel[3]).

In den Tochterreichen des fränkischen Reiches wurde die Successionsfähigkeit der unehelichen Königssöhne unter kirchlichem Einfluss allmählich beseitigt. Der deutsche König musste nach bekanntem Ausspruch des Sachsenspiegels von echter Geburt sein[4]). Als Erforderniss der Nachfolge in die weltlichen Reichslehen verlangte sie das Lehnrecht, nach welchem das Lehen in Ermangelung echt geborener Lehnsfolger an den Lehnsherrn heimfiel. In Folge der Reception der fremden Rechte trat in der Stellung der Bastarde von Reichsunmittelbaren eine Verschlechterung ein. Auf eine solche wirkte auch die nahe liegende Erwägung ein, dass man den Bastard nicht grundsätzlich besser stellen konnte als die einer Missheirat oder einer morganatischen Ehe entsprossenen Kinder.

Nichtsdestoweniger haben sich Nachwirkungen des Grundsatzes erhalten, dass anerkannte Bastarde dem Hause des Erzeugers angehören.

---

[1]) Konrad Maurer, Die unechte Geburt, Abdruck aus den Sitzungsberichten der Münchener Akademie 1883, S. 55 ff. Wergeland, Aettleiding S. 19. — [2]) Das Wort Bastard ist keltischen Ursprungs. Kluge, Etym. Wörterbuch s. h. v. — [3]) Phillips, Englische Rechtsgeschichte I 55. — [4]) Ssp. Landr. III, 54, § 3.

Die ältere französische Praxis nahm an, dass Bastarde des Königs Prinzen, Bastarde der Prinzen gentilhommes seien[1]).

Für den Uebergang des väterlichen Namens auf den anerkannten königlichen Bastard liefert Shakespeares König Johann ein klassisches Beispiel. Nachdem Philipp Foulconbridge als unechter Sohn Richards erkannt worden war, erhält er den Namen Sir Richard Plantagenet.

King John:

From henceforth bear his name, whose form thou bear'st.
Kneel thou down Philip, but rise more great,
Arise Sir Richard and Plantagenet[2]).

Noch deutlicher geht die ältere Anschauung aus Shakespeares Vorlage: The troublesome Raigne of John, King of England, hervor[3]).

Philipp:

It will not out, I cannot for my life
Say I am Sonne unto a Fauconbridge . . .
Base to a King addes title of more State
Than Knights begotten, though legitimate.

Elinor:

Philip, I think thou knewst thy Grandams minde . . .
Henceforth thou shalt be taken for my sonne,
And waite on me and to thine Uncle heere,
Who shall give honour to thy noble minde.

John:

Philip kneel down, that thou maist throughly know
How much thy resolution pleaseth us,
Rise up Sir Richard Plantaginet King Richards Sonne.

Eleonore nennt sich Grossmutter des Bastards, den König Johann dessen Oheim, ihn selbst ihren Abkömmling. Er wird zur väterlichen Familie gerechnet und erhält den Adel und des Vaters Namen.

---

[1]) Warnkönig, Franz. Staats- und Rechtsgesch. II 177. Boerii Decis. 197. Loisel, Institutes coutumières I 95 zu Nr. 62. — [2]) King John Act 1, Scene 1. — [3]) Shakespeares Library, a collection of the plays romances novels poems and histories employed by Shakespeare, 2d. ed. (1875) V 232 f. Darauf war Herr Professor Brandl in Berlin so freundlich mich aufmerksam zu machen.

Noch in der jüngeren deutschen Reichspublicistik war die Meinung vertreten, dass fürstliche Bastarde von der Vaterseite her zum Adel zu rechnen seien [1]).

Natürliche Fürstensöhne und Töchter, die den Namen ihres väterlichen Hauses führen, die sich von Oesterreich, von Bayern, von Braunschweig, von Sachsen, von Mecklenburg, von Schwarzenberg nennen, sind uns vom 16. bis 18. Jahrhundert vielfach bezeugt [2]).

Gewissermassen der letzte Rest des einstigen Erbrechts der unechten Söhne ist die von etlichen Publicisten vertretene Ansicht, dass die anerkannten Bastarde von Königen und Fürsten einen Rechtsanspruch auf Apanage haben [3]).

In Deutschland sind hinsichtlich der Bastarde des hohen Adels die Grundsätze des fremden Rechtes durchgedrungen mit zwei Ausnahmen. Zur Alimentation galt nicht nur der Vater, sondern subsidiär der Regierungsnachfolger für verpflichtet. Die Zugehörigkeit des Bastards zum väterlichen Hause wirkte insofern nach, als kraft unzweifelhaften Gewohnheitsrechtes die väterliche Gewalt über die natürlichen Kinder dem Vater zustand [4]).

Aus dem Erbrechte der ausserehelichen fränkischen Königssöhne, welches nicht nur die Thronfolge, sondern auch die Succession in Königsschatz und Königsgut umfasste, ergeben sich wichtige Consequenzen für das ursprüngliche Wesen der germanischen Ehe. Angesichts jenes Erbrechtes ist es unmöglich, den Unterschied zwischen Ehe und Concubinat abgesehen von der Begründungsform darin zu erblicken, dass jene die Erzeugung von Erben bezweckte, dieser nicht. So definirt Siegel [5]) die germanische Ehe als „eine Geschlechtsverbindung zwischen Mann und Weib, welche in der vom Volksrecht ge-

---

[1]) Heffter, Sonderrechte der souveränen und der mediatisirten Häuser Deutschlands 1871, S. 143. — [2]) Vgl. Joh. Jakob Moser, Familienstaatsrecht II 681 ff. Daneben findet sich allerdings, dass sie andere adelige oder dass sie bürgerliche Namen führen. Im fünfzehnten Jahrhundert heissen zwei unechte Söhne des Grafen Eberhard von Würtemberg Ludwig und Hans Würtemberger. — [3]) Springfeldius, Tractatus de apanagio 1663, p. 72. 73, Pfeffinger, Corpus iuris publici 1754, IV 193, beide mit Bezugnahme auf Don Garsia Mastrillus, Decis. 85. — [4]) Moser, Familienstaatsrecht II 883 ff. — [5]) Deutsche Rechtsgeschichte 3. Aufl. 1895, § 160, S. 447.

botenen Weise eingegangen wurde und eigentlich zur Erzielung von Erben bestimmt war ..." „Der Gemeinschaft mit einem Kebsweibe oder einer Friedel, welche durch blosses Einverständniss begründet wurde, war der Zweck nachkommende Erben zu erzeugen fremd". In ganz anderem Zusammenhange, nämlich verquickt mit der Theorie des Mutterrechtes und mit der socialdemokratischen Lehre von der Ausbildung des Privateigenthums, begegnet uns eine verwandte Auffassung in August Bebels Buch: Die Frau und der Sozialismus [1]): „An Stelle des Mutterrechtes erschien das Vaterrecht; an Stelle der Paarungsfamilie trat dann die monogamische Ehe, die den Zweck hat, legitime Erben für das mittlerweile aufgekommene Privateigenthum zu schaffen." Bebel will seine Behauptung ganz allgemein für die weltgeschichtliche Entwicklung der Ehe aufstellen. Mit Rücksicht auf Stellen des alten Testaments fügt er vorsichtshalber hinzu, dass die Kinder von Kebsweibern wie legitime Kinder behandelt wurden, sobald die legitime oder Hauptfrau sich als unfruchtbar erwies. Auch diese Einschränkung reicht für die germanische Ehe nicht aus. Haben uneheliche Kinder ein Erbrecht neben den ehelichen oder auch nur in Ermangelung von ehelichen, d. h. wenn die Ehe entweder unfruchtbar oder zur Zeit der Auflösung kinderlos war, so kann die Bedeutung der Ehe nicht in der Erzielung erbberechtigter Nachkommen bestanden haben. Dabei fällt auch nicht ins Gewicht, dass das Familien- und Erbrecht des unechten Sohnes dessen Anerkennung durch den Vater voraussetzte. Denn in der altgermanischen Welt entschied bei jedem neugeborenen Kinde der Wille des Vaters, ob es durch Namengebung in die Familie aufgenommen oder ausgesetzt werden solle [2]).

Demgemäss werden wir das rechtliche Merkmal der germanischen Ehe nicht in der rechtlichen Stellung der Kinder, sondern in der rechtlichen Stellung der Ehefrau zu sehen haben.

Bracton, ein englischer Jurist des dreizehnten Jahrhunderts, sagt gelegentlich: poterit esse matrimonium legitimum quoad hereditatis successionem ... et illegitimum quoad dotis ex-

---

[1]) S. 22 der 11. Aufl. 1892. — [2]) Vgl. meine D. RG. I 76.

actionem[1]). Von den merowingischen Geschlechtsverbindungen könnte man in veränderter Fassung sagen: potest esse coniunctio legitima quoad filiorum successionem, illegitima quoad conditionem mulieris.

IV.

Gehen wir über den Kreis der Herrscherfamilien hinaus und fassen wir die Geschlechtsverbindungen der freien Leute ins Auge, so zeigen uns west- und ostgermanische Rechte eine erlaubte Geschlechtsverbindung, die nicht als echte Ehe gilt. Es handelt sich dabei nicht um eine vorübergehende sondern um eine dauernde, nicht um eine heimliche sondern um eine öffentliche Verbindung, welche nicht Vollehe ist, weil die rechtlichen Erfordernisse der Eheschliessung fehlen und weil die Dauer des Verhältnisses in das Belieben des Mannes gestellt ist. Man kann diese Verbindung zur Unterscheidung von der echten Ehe einerseits, von regellosen und ungeordneten sexuellen Beziehungen andrerseits als Kebsehe bezeichnen. Deutlich unterscheiden jüngere z. B. niederländische Quellen zwischen keyfsdom und hoerdom[2]). In den Gesetzen des Langobardenkönigs Liutprand wird die Kebse gelegentlich quasi uxor genannt[3]).

Ueber die Stellung der Kebskinder bietet unter den Volksrechten das der Langobarden die eingehendsten Nachrichten dar. Die Kebskinder heissen im langobardischen Edict naturales. Den Gegensatz zu ihnen bildet der Vollgeborene fulborn, wozu bemerkt werden mag, dass in den friesischen Quellen echte Kinder, die nicht aus einer Missheirat entsprossen sind, fulbern genannt werden[4]). Wie das echte Eheweib im

[1]) Tractatus Fol. 304. — [2]) Cout. du Franc de Bruges I 492. — [3]) Der Ausdruck Kebse, ahd. chebisa, ags. cefese, cifese, deutet darauf hin, dass die Kebsen ursprünglich meist unfreie oder halbfreie Weiber waren. Auch das nordische Wort für Kebse sloekifridla (sloeki die faule Magd) weist auf die Unfreie hin. Grimm RA. S. 438. Dem entspricht es, wenn in Spanien die Kebse (barragana) häufig als manceba (von mancipium) bezeichnet wird. Auch der Unfreie konnte eine Concubine haben. Decretum Vermeriense c. 7, Cap. I 40: si servus suam ancillam concubinam habuerit, si ita placet, potest illa dimissa comparem suam ancillam domini sui accipere; sed melius est suam ancillam tenere. — [4]) Rh. Rqu. S. 539, § 21. Heck, Altfries. Gerichtsverfassung S. 245.

Norden als aþalkona[1]), der echte Sohn als aþalkonu barn[2]) oder aþalborinn[3]), im Hochdeutschen als adalerbo, das in ebenbürtiger Ehe freier Leute erzeugte Kind im Sachsenspiegel als adelkint[4]) bezeichnet wird, so nennen langobardische Glossen den fulborn nobilis, den naturalis ignobiliter natus[5]).

Die filii naturales haben nach dem Edictus Rotharis (c. 154 ff.) ein gesetzliches Erbrecht gegen ihren Vater. Die Gruppe der naturales, so viele ihrer sind, erbt neben echten Söhnen die Hälfte eines Sohnestheils, also höchstens ein Drittel[6]), in Concurrenz mit echten Töchtern und Schwestern und in Concurrenz mit proximi, d. h. mit Schwertmagen, die nicht Descendenten sind, stets ein Drittel des Nachlasses. Mit Zustimmung der echten Söhne mag der Vater ihnen die naturales sogar gleichstellen. Hinsichtlich ihrer Erbportion haben sie ein festes Wartrecht. Durch die Geburt eines naturalis wird die väterliche Vergabung an einen Dritten soweit gebrochen, dass der naturalis seinen gesetzlichen Antheil erhält. Seit Grimoald (5) nehmen die naturales des echt gebornen Sohnes neben Töchtern und neben proximi ihr Drittel kraft Eintrittrechtes. Die naturales haben die Stellung von Geschlechtseidhelfern[7]). Sie haben Antheil an dem Mundius, an der Verlobungsgebühr, die für ihre echten und unechten Schwestern und Vaterschwestern bezahlt wird, und zwar nehmen sie davon den dritten Theil. Wird ein naturalis getödtet, so beziehen seine echt geborenen Brüder zwei Drittel, seine unecht gebornen Brüder ein Drittel des Wergeldes. Dagegen fällt das Vermögen des Getödteten nach ausdrücklicher Satzung Rotharis nur an die fratres legitimi, ein Rechtssatz, der die Kinder-

---

[1]) Wilda Z. f. DR. XV 249. — [2]) Valdemar II, 44. Skanske Lov III, 17. Jydske Lov I, 20. Westgötal. II arf. c. 12. — [3]) Grimm, RA. S. 475. Wilda a. O. S. 256. — [4]) Ssp. Landr. I, 51, § 2. — [5]) Glosse des Cod. Cavensis LL. IV 656. Cod. Vatic. Waitz VG. I 197. Ueber edel für echt siehe Rive Z. f. RG. III 213 f. Diemer, Deutsche Gedichte des 11. und 12. Jahrh. S. 18. — [6]) Julius Ficker, Erbenfolge II 237, vermuthet, dass die filii naturales ursprünglich neben echten Söhnen ohne Rücksicht auf deren Zahl ein volles Drittel erhielten, so dass also die Erbportion der Gruppe der naturales die Hälfte von der Erbportion der Gruppe der legitimi betrug. — [7]) Ro. 362: aut de proximus legitimus aut de natus (lies notus = nothus, alias: naturalibus) aut de gamahalos id est confabulatus.

losigkeit des Getödteten zur Voraussetzung hat und eine Ausnahme statuirt von dem Princip des langobardischen Rechts, Wergeldanspruch und Erbrecht analog zu behandeln[1]).

Die filia naturalis hat kein Erbrecht[2]). Vom Wergeldanspruch[3]), von der Eideshülfe und von dem Antheil an der Verlobungsgebühr ist sie wie die filia legitima ausgeschlossen. Wie diese zählt sie zur Familie des Vaters. Wird sie verheiratet, so theilen sich ihre echt und ihre unecht geborenen Brüder in die Verlobungsgebühr[4]).

Unter welchen Voraussetzungen ein ausserehelicher Sohn als filius naturalis im Sinne des langobardischen Edictes behandelt wurde, lässt sich aus diesem nicht mit voller Sicherheit entnehmen. Jedenfalls zählte dazu nicht der Sohn, den jemand mit der Sklavin eines anderen erzeugt hat, da dieser als Unfreier dem Herrn der Mutter gehörte und, wenn vom Vater freigekauft und freigelassen, nach Rothari 156 kein Erbrecht genoss, sondern auf freiwillige Zuwendungen beschränkt war. Andrerseits galt die eigene Sklavin, die der Herr mit der vollen Freiheit beschenkt, zur „wirdibora" gemacht und zur Ehe genommen hat, für eine uxor legitima, so dass die aus solcher Ehe geborenen Kinder dem Vater als heredes legitimi succediren[5]). So scheinen denn als Mütter der „naturales" i. e. S. zu erübrigen die vollfreie Beischläferin, die nicht rechte Ehefrau wurde, die eigene Aldia, die der Herr, ohne sie zur wirdibora zu erheben, zum Weibe nahm[6]), die Freigelassene minderen Rechtes und die eigene Sklavin. Doch ist hinsicht-

---

[1]) Siehe Liu. 13 und vergl. Z.[2] f. RG. III 4. Dass es sich in cap. 162 um eine Neuerung handelt, folgt aus dem Schlusssatze: ideo ita providemus propter faida postponenda id est inimicitia pacificanda. Die Neuerung kann sich auf die Wergeldquote oder auf den Anfall des Vermögens an die legitimi beziehen. Ich glaube nicht, dass die naturales vor Ro. 162 keinen oder einen geringeren Wergeldanspruch besassen. — [2]) Arg. Ro. 158—160. 161. — [3]) Vergl. Liu. 13. — [4]) Ro. 161. — [5]) Ro. 222. Vergl. Concilium Tribur. v. Jahre 895, c. 38: quisquis liber libertam hoc est ex ancilla per manumissionem et regalem largitionem liberam factam, legitime in matrimonium duxerit, ulterius habere debebit tamquam unam ex nobili genere progenitam ... et quamdiu vivat, nullam aliam accipiat ... et propterea iam non est concubina sed uxor legibus adquisita. — [6]) Liu. 106. Der Mann kann sie nur als quasi uxor haben; filii, qui ex ea nati fuerint, non sint legitimi sed naturales.

lich des mit der eigenen Sklavin erzeugten Kindes eine Einschränkung zu machen. Der naturalis gilt für frei [1]). Dass jedes uneheliche Kind, welches ein freier Mann mit seiner Unfreien erzeugte, ipso iure als frei angesehen wurde, muss bezweifelt werden. Eine langobardische Urkunde vom Jahre 735 bezeugt uns eine uneheliche Tochter, die unfreien Standes ist und einen freien Bruder hat [2]). Dagegen scheint allerdings der uneheliche Sohn auf Grund seiner Abstammung und deren Anerkennung durch den Vater, der ihn mit der eigenen Sklavin im Concubinate erzeugt hatte, für persönlich frei gegolten zu haben [3]), ohne dass es nöthig war, ihn erst rechtsförmlich freizulassen [4]).

Für das angelsächsische Recht lässt sich eine Sonderstellung des in öffentlichem Concubinat erzeugten Kindes durch argumentum a contrario aus Ine 27 folgern [5]). Wenn jemand, so heisst es da, heimlich, dearnunga, ein Kind zeugt und es verhehlt, so erhalte nicht er die Were für des Kindes Tod, sondern sein Herr und der König. Daraus ist zu schliessen, dass der aussereheliche Vater das Wergeld des aus öffentlichem Verhältniss entsprossenen, des éawunga erzeugten Kindes bezog. Damit stimmt die Satzung Aelfred 8 über die Kinder

---

[1]) In Ro. 157 heisst es schlechtweg von jedem threus, qui de filio naturale generatus fuerit, dass er zwar kein Erbrecht gegen den Grossvater habe, tamen libertas illi permaneat. — [2]) Cod. dipl. Lang. Nr. 6, S. 19 (Troya III 600). Iohannaces, der Sohn des Laurentus, bekennt von den Gebrüdern Sigherad und Arechis zwei Solidi und eine Tremisse empfangen zu haben als Mundius für seine Schwester Scholastica filia Laurenti mancipium, welche Ursio — offenbar ein Unfreier der Brüder Sigherad und Arechis — sibi coniuge duget. Die Zahlung des Mundius an Iohannaces setzt dessen Freiheit voraus, die Unfreiheit der Schwester (germana) deren Geburt von einer unfreien Mutter. — [3]) Argum. Ro. 156. Liu. 66 (v. J. 725) sagt von den unehelichen Kindern, die man mit der Frau seines Aldio oder Knechtes erzeugt hat, dass sie des Erbrechtes darben sollen „sed libertatem suam habeant". So haben die wichtigen Handschriften Cod. Vercell. und Cod. Epored. Cod. Vaticanus hat tantummodo ... Jüngere Handschriften lesen sed nec. Bluhme folgt in der Octavausgabe des Edictus den jüngeren Handschriften und schliesst aus der Stelle, dass dem filius naturalis ex propria patris ancilla abgesehen von dem Falle Liu. 66 die Freiheit ipso iure zugestanden habe. — [4]) Vergl. Wilda Z. f. D. R. XV 286. — [5]) Aufgenommen in Leges Henrici 78, § 4.

einer entführten Nonne überein. Wenn jemand ohne Erlaubniss des Königs oder Bischofs eine Nonne entführt, so ist zwar die Ehe nichtig, doch wird, wie der Zusammenhang ergiebt, die Auslieferung der Nonne [1]) oder deren Trennung vom Manne nicht erzwungen. Weder das Weib noch das von ihm geborene Kind empfangen irgend etwas vom Erbe des Mannes bezw. Vaters. Wird das Kind erschlagen, so beziehen die väterlichen Magen ihren Antheil am Wergeld, wogegen der Antheil der Muttermagen an den König fällt. Obwohl das Kind als uneheliches gilt, obwohl ihm das Erbrecht gegen den Vater entzogen wird, gehört es doch zur Familie des Vaters, wie der Anspruch der Vatermagen auf das Wergeld ersehen lässt.

Ueber den Concubinat und die Stellung der unehelichen Kinder in den skandinavischen Rechten haben wir ausser der grundlegenden Abhandlung Wildas [2]) zwei lehrreiche Aufsätze Konrad Maurers, einen über die unechte Geburt nach altnordischem Rechte [3]), einen über zwei Rechtsfälle in der Eigla [4]).

Das ältere norwegische Recht kannte neben der Vollehe eine halbschlächtige Verbindung, die von jener scharf unterschieden und nicht nur geduldet, sondern auch rechtlich geschützt war. Der Mann hatte Anspruch auf Busse gegen einen anderen, welcher der Concubine beiwohnte. Der erlaubte Concubinat verwandelte sich durch Zeitablauf in eine rechtmässige Ehe, nach dem Gulathingsrechte bei zwanzigjähriger, nach den Borgarthingslög bei dreissigjähriger Dauer [5]).

Der mit einer freien Kebse erzeugte Sohn wird als hornungr [6]) einerseits vom echtgeborenen Sohne andrerseits vom hrisungr, dem mit einem freien Weibe heimlich gezeugten

---

[1]) Der Sprachgebrauch der angelsächsischen Gesetze unterscheidet nunne und mynecen, Mönchin. Siehe Schmid, Ges. der Ags. S. 635. — [2]) Von den unecht geborenen Kindern, Z. f. DR. XV 237 ff. — [3]) Münchener Sitzungsberichte 1883. — [4]) Münchener Sitzungsberichte 1895. — [5]) Der Grund dieses Rechtssatzes liegt nach Hertzberg, Grundtrækkerne i den ældste norske Proces 1874, S. 11 f. in der Verjährung des Zeugenbeweises binnen zwanzig bezw. dreissig Jahren. — [6]) Winkelkind. Vgl. den friesischen horning, den hornungus der Lex Curiensis und den angelsächsischen hornungsunu bei Wright-Wülcker, Anglosaxon Vocabularies I 456, 16.

Sohne, und von dem bei einer Unfreien gewonnenen Sohne eines Freien, dem þýborinn sonr, unterschieden.

Der hornungr scheint ursprünglich dem echt gebornen Sohne hinsichtlich der Theilnahme am Wergelde, hinsichtlich des Erbrechtes und der damit zusammenhängenden Rechte, Vormundschaft, Verlobungsrecht und Unzuchtsbusse völlig oder nahezu gleichgestanden zu haben. Die Rechte des hornungr sind dann nachträglich auf den hrísungr ausgedehnt worden, der von seinem Vater anerkannt war [1]).

Der Sohn der Unfreien galt nicht etwa ohne weiteres für frei, sondern nur, wenn er freigelassen worden war. Die Freilassung musste, um ihm eine bevorrechtete Stellung zu verschaffen, binnen drei Jahren nach der Geburt erfolgen. Unter dieser Voraussetzung hatte er nach dem Drönter Landrechte eine Busse, die um ein Drittel geringer war als die seines Vaters, des hornungr und des hrísungr.

Nach älterem Rechte hatte der þýborinn sonr kein Erbrecht; doch durfte ihm der Vater ohne Erbenconsens Zuwendungen bis zu bestimmter Höhe machen. Gemäss jüngerem Rechte erbte er und zwar im Gulathingsverbande hinter Geschwisterkindern des Mannsstammes, wogegen ihm das Drönter Recht auch die Mutter und die Vaterschwester des Erblassers voranstellt. Auch der þýborinn sonr participirte am Wergelde. Durch ættleiđing, das heisst durch rechtsförmliche Einführung in das Geschlecht, welche die Zustimmung der nächsten, später aller Erben voraussetzte, konnte er dem echt geborenen Sohne gleichgestellt werden.

Im Laufe der Zeit ist die Stellung des hornungr und des hrísungr verschlechtert, nämlich zu der des freigelassenen þýborinn sonr herabgedrückt worden. Seitdem wurde die im Anschluss an die Freilassung ausgebildete Geschlechtsleite auf die von freien Weibern geborenen Unechten ausgedehnt.

Nicht völlig klar gestellt ist die Entwicklung, welche das Recht der unechten Geburt im isländischen Rechte ge-

---

[1]) Andrer Ansicht K. Maurer, der ursprüngliche Gleichstellung des hrísungr mit dem hornungr annimmt. Siehe dagegen v. Amira, Recht in Pauls Grundriss S. 146, mit dem ich auch darin übereinstimme, dass der processuale Paternitätsbeweis dem älteren Rechte unbekannt war.

nommen hat. Konrad Maurer[1]) nimmt, in der Hauptsache mit Finsen[2]) übereinstimmend, an, dass das unechte Kind auf Island ursprünglich von allen verwandtschaftlichen Rechten und Pflichten so gut wie völlig ausgeschlossen, insbesondere nicht erbfähig gewesen sei. Der Vater habe ihm nur eine Zuwendung bis zu zwölf Aurar machen können, falls jeder der gesetzlichen Erben mindestens ebensoviel erhielt. Nicht vor dem Ende des zwölften Jahrhunderts hätten die Unechten ein Erbrecht gegen den Vater erlangt, jenes Erbrecht, welches ihnen die Erbschaftstafel der isländischen Rechtsbücher unmittelbar nach den echtgebornen Söhnen, Töchtern, Eltern und Geschwistern zuweist.

Allein mit diesem Entwicklungsgange lässt es sich kaum vereinigen, dass in Norwegen die von freien Müttern abstammenden Bastarde ursprünglich den echten Söhnen gleichgestellt waren. Da das isländische Recht im norwegischen seine Wurzel hat, ist es wenig wahrscheinlich, dass jenes von der Erbunfähigkeit zum Erbrechte, dieses vom vollen Erbrechte zu einer Zurücksetzung im Erbrechte fortgeschritten sei. Vielmehr drängt sich die Vermuthung auf, dass die Erbunfähigkeit der Unechten im isländischen Rechte einstens ebenso wie im norwegischen auf die Kinder unfreier Weiber beschränkt war und dass dann wie in Norwegen einerseits eine Verbesserung der Lage der unfrei gebornen andrerseits eine Verschlechterung der Lage der freigebornen Bastarde bis zur völligen Gleichstellung stattgefunden habe. Allerdings ergiebt sich eine Beschränkung des Vaters auf Vergabungen bis zu zwölf Aurar aus einer Erzählung der Laxdæla als althergebrachtes Recht. Allein der unechte Sohn, um den es sich da handelt, war von einer Mutter geboren, die sein Vater Höskuldr von einem russischen Händler um drei Mark als Magd gekauft hatte, wie sie denn auch im Hause des Höskuldr noch nach der Geburt des Sohnes Dienste einer Magd verrichtet[3]).

---

[1]) Unechte Geburt S. 33. 44 f. — [2]) Fremstilling af den islandske Familieret efter Grágás, Ann. for N. Oldkyndighed 1849, S. 295 f. — [3]) Melkorka muss die Ehefrau des Höskuldr beim Auskleiden bedienen, wobei ihr diese die Strümpfe um die Ohren schlägt.

Das gothländische Recht[1]) unterscheidet zwischen unechten Kindern, die von Gothländern mit gothländischen Weibern, und zwischen solchen, die von ihnen mit nicht gothländischen Weibern gezeugt wurden. Jene theilten, wenn echte Söhne fehlten, den beweglichen Nachlass des Vaters mit den echten Töchtern nach Köpfen. Unechte Söhne echt gothländischer Eltern nahmen ferner in Concurrenz mit den proximi den dritten Theil des Grundbesitzes. Unechte Kinder, die ein nicht gothländisches Weib einem Gothländer gebar, hatten nur Anspruch auf Ernährung bis zur Mündigkeit und nach erlangter Mündigkeit Anspruch auf eine Abfindung[2]).

Kein Erbrecht, aber einen gesetzlichen Abfindungsanspruch, vielleicht das Ueberbleibsel einstigen Erbrechts, gewähren den unehelichen Kindern die Swearechte. Nach den überlieferten götischen Rechtsquellen haben sie auch keinen Anspruch auf Abfindung, sondern sind beschränkt auf das, was ihnen freiwillig zugewendet wird. Diese Zurücksetzung stellt sich dem älteren Rechte gegenüber als eine Neuerung dar. Das ergiebt die Nachricht, dass in Westgötaland die unechten Kinder gegen die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts unter einem Lagmann Namens Folke ihr früheres Erbrecht verloren haben[3]).

Die uns erhaltenen dänischen Rechtsquellen kennen weder ein Erbrecht noch einen Abfindungsanspruch der Unechten gegen den Erzeuger. Allein das scheint im Kreise der dänischen Rechte nicht von jeher so gewesen zu sein. Denn im zehnten Jahrhundert begegnet uns bei den westfränkischen Normannen eine Geschlechtsverbindung, welche als mos Danicus, Danesche manere bezeichnet wird. Dem mos Danicus wird der mos Christianus entgegengesetzt. Das Weib wird gelegentlich als concubina bezeichnet und konnte vom Manne beliebig verlassen werden. Söhne aus solchen Verbindungen succedirten im Herzogthum und Grundbesitz.

---

[1]) Wilda, Z. f. D. R. XV 266. Ficker, Erbenfolge II 239. — [2]) Ist der Vater Ausländer, so hat das Kind weder Erbrecht noch Anspruch auf Abfindung. v. Amira, Obligationenrecht I 753. — [3]) v. Amira, Obligationenrecht I 752.

Unsicher sind die Spuren derartiger Verhältnisse, die man bei den Dänen Englands finden will[1]).

Im jütischen Rechte wird die Beischläferin, wenn der Mann sie im Hause hat, offenbarlich mit ihr zu Tisch und Bett geht und Schloss und Schlüssel ihrer Verwahrung überlässt, nach drei Wintern zur echten und rechten Ehefrau, ein nordisches Analogon der römischen Usuehe[2]).

Bei den Friesen war es Sitte, dass der Vater seinen unechten Kindern eine Gabe, Horningsgabe, zuwendete[3]). Ob in Ermangelung einer solchen der Horning einen Rechtsanspruch auf Abfindung hatte, bleibt zweifelhaft. Nach dem Fivelgoer und Hunsingoer Erbrecht scheint es, dass die Unechten neben den Geschwistern und Grosseltern des väterlichen Erblassers in den Nachlass berufen waren[4]).

V.

Für die fränkischen Rechte fehlt es an älteren durchschlagenden Zeugnissen über die rechtliche Stellung der Unechten.

Der Concubinat war und blieb im fränkischen Reiche wie in spätrömischer Zeit ein nicht nur vom weltlichen Rechte, sondern auch von der Kirche geduldetes Verhältniss, vorausgesetzt, dass es sich um eine Verbindung von zwei ledigen Personen handelte. Die Capitularien und Synoden beschränken sich auf das Verbot, dass Jemand neben der Ehefrau eine Concubine halte[5]). Noch ein Mainzer Concil von 852 nahm die Vorschrift einer toletanischen Synode v. J. 400 in sich auf[6]), in der es heisst: qui non habet uxorem et pro uxore concu-

---

[1]) Ueber den mos Danicus siehe Freemann, The History of the Norman Conquest of England I[2] (1877), S. 180. 624. Pollock and Maitland, History of English Law II 364. — [2]) Jydske Lov I, 27. — [3]) Sie wird u. a. in den Gesetzen der Emsiger, Hunsingoer und Fredewolder, im ostfriesischen und der Sache nach im Selwerder Landrechte von 1529 erwähnt. Rh. Rq. 236, 31; 327, 37; 381, 10. Wicht S. 329. 412. Selwerder Ldr. in pro excolendo VI 603. Siehe v. Amira, Erbenfolge S. 180. 194 f. 218. Wenn die Horningsgabe bis zur dritten Generation kinderlos erstirbt, so fällt sie nicht an die nächste Hand des letzten Besitzers, sondern an den Heerd, von dem sie gekommen ist. Siehe noch unten S. 27, Anm. 4. — [4]) v. Amira, Erbenfolge S. 195. — [5]) Cap. I 202, c. 5; 376, c. 37; II 45. al. 35; II 189, c. 12. — [6]) Cap. II 190, c. 15.

binam habet, a communione non pellatur, tantum aut unius mulieris aut uxoris aut concubinae, ut ei placuerit, sit coniunctione contentus. Zweifelhaft bleibt, ob die in Lex Salica XIII 9, Cod. 5 ff. vorkommende Malbergische Glosse honomo, honema, wie Hessels meint, als Bezeichnung einer Minderehe zu verstehen sei[1]).

Dass anerkannte Bastarde zur Familie des Vaters gerechnet wurden wie im fränkischen Königshause, lässt sich als ein allgemeiner für die Unterthanen fränkischen Rechtes geltender Grundsatz aus den Quellen nicht direct belegen. Doch weist das Hausrecht der Herrscherfamilie auf einstige Geltung des Satzes im Volksrechte zurück. Spuren davon finden sich in jüngeren, nämlich in französischen und in niederfränkischen Rechtsquellen.

So bestimmen die Coutumes von Artois aus den Jahren 1509 und 1544[2]): En Arthois bastards yssuz de noble generation de par pere et leurs enfans sont tenuz et reputez nobles, jouyssans de privilège des nobles (de noblesse) en toutes choses.

Nach dem Lehnsbuch der Mannen von Flandern, dessen Abfassung in das vierzehnte Jahrhundert zurückgeht, ist der Bastard als Lehnsmann fähig zu Zeugniss und Urtheil, wenn er von Seite des Vaters und der Mutter ein freier edler Mann ist und des Vaters Namen trägt[3]).

Waffenrecht und Steuerfreiheit des ritterschaftlichen Bastards bezeugt das Ritter- und Landrecht der Grafschaft Berg c. 12: wer van der ridderschaft gebahren iss van bastertzyen, under wat here der wohnt, dem sall hy zuhoren; ind under wat heren hy wirdt wohnen, die en sullen eme nith hinderen ind hy sall mit dem harnisch dienen ind nith zinsich syn[4]).

Nach einem Statut des Herzogs Amadeus VIII. von Savoyen aus dem Jahre 1430 wird den ehelichen Söhnen ade-

---

[1]) Die Stelle handelt von dem coniugium eines Freien mit einer fremden Sklavin, einer Verbindung, welche die Verknechtung des Freien herbeiführte. — [2]) Coutumier général I 252, § 144; I 276, § 201. — [3]) heift hi des vaders naeme niet in bi namen, hine ware niet ghelooft. Coutumes du Bourg de Bruges ed. Gilliodts von Severen III 271, ch. 120. — [4]) Lacomblet, Archiv f. die Gesch. des Niederrheins I 85.

liger Bastarde die Führung des adeligen Namens und Wappens für die Zukunft nur gestattet de licentia capitis illius generis, da sie selten so viel Vermögen hätten, um ein dem Adelsstande entsprechendes Leben zu führen[1]). Die Motivirung der Satzung lässt erschliessen, dass dem älteren Rechte die Beschränkung fremd war.

Der französische Jurist Loisel überliefert uns den Rechtssatz, dass der anerkannte Bastard Namen und Adel der väterlichen Familie trug: avec les armes d'icelle barrés à gauche. Ihm gebührte das väterliche Wappen aber gekreuzt durch einen nach links laufenden Balken. Erst ein Edikt von 1600 bestimmte, dass uneheliche Kinder von Adeligen nicht adelig seien und eines Adelsbriefs bedürfen, um den Adelsstand zu erlangen[2]).

Der normannische Jurist Houard berichtet in seinem 1780 erschienenen Dictionnaire de la coutume de Normandie, dass die anerkannten Bastarde adeliger Häuser in der Normandie retiennent encore à present la dignité de noblesse et sont exempts de taille en vivant noblement, mais ils portent l'écusson de leurs armes (das Wappenschild) barré[3]).

In den Niederlanden wurden die Bastarde von Grafen und Baronen zu den Edelleuten gerechnet; sie trugen den Namen des Vaters und das väterliche Wappen, aber mit einem Balken oder Streifen durchzogen[4]).

Der deutsche Publicist Johann Jakob Moser setzt es als bekannt voraus, dass uneheliche Kinder von Standespersonen, wenn ihnen erlaubt werde, das väterliche Wappen zu führen, entweder einen Querbalken dadurch bekommen oder doch sonst eine Veränderung damit vorgenommen wird[5]).

Die Führung des väterlichen Namens oder Wappens ist ein Zeichen der Zugehörigkeit der Bastarde zum väterlichen Hause. Wenn auch die gemeinrechtliche Theorie diese Zugehörigkeit mit Rücksicht auf Stellen des corpus iuris civilis und canonici schlechtweg ablehnte[6]), so liefern doch die oben

---

[1]) Pertile, Storia del diritto ital. III 341, Anm. 13. — [2]) Loisel, Institutes coutumières nr. 62, I 94. — [3]) Houard, Dictionnaire de la coutume de Normandie I 160. — [4]) Noordewier, Regtsoudheden S. 198. — [5]) Familienstaatsrecht II 883. — [6]) Vergl. Knipschildt, Tractatus de fideicommissis 1715 p. 297, I, c. 8. § 314 ff.

angeführten Belege den deutlichen Beweis eines auf deutschrechtlicher Wurzel beruhenden Gewohnheitsrechts, welches in den Kreisen des Adels den anerkannten Bastard zur väterlichen Familie zählte. Der Schrägbalken findet sich zwar häufig auf Siegeln und Wappen der Bastarde, ist aber in Deutschland an sich kein Merkmal unechter Geburt, sondern eines der verschiedenen Beizeichen, durch welche jüngere echte Söhne oder Bastarde sich von dem das unveränderte Wappen fortführenden Zweige der Familie zu unterscheiden pflegten [1]).

Abgesehen von dem Erbrechte der königlichen und hausmeierlichen Bastarde, welches immerhin einen Rückschluss auf das ursprüngliche Volksrecht gestattet, ist ein Erbrecht der Unechten gegen den Vater durch die Quellen der fränkischen Zeit zwar nicht direct bezeugt, aber auch nicht direct ausgeschlossen. Auf die Thatsache, dass die fränkischen Volksrechte, wo vom Erbgange die Rede ist, schlechtweg von filii, nicht gleich dem langobardischen Edicte von filii legitimi sprechen, ist allerdings kein entscheidendes Gewicht zu legen. Doch ist es andrerseits immerhin möglich, dass nach dem Sprachgebrauch der Leges der Ausdruck filii auch die unechten Söhne in sich schliesst [2]). In den Thronfolgeordnungen von 806 und von 831 haben wir dafür oben S. 6 f. einen sicheren Beleg gefunden.

Mit Unrecht wird die Erbunfähigkeit der Unechten für das salische Recht aus zwei fränkischen Formeln gefolgert.

Die eine dieser Formeln, Cartae Senonicae, Appendix 1 ist römisch-rechtlichen Inhalts und nur für das römische Vulgarrecht beweiskräftig. Es handelt sich da um eine der städtischen Curie insinuirte Verfügung, durch die ein Vater seine filii naturales zu Erben einsetzt. Der Aussteller berichtet, dass er eine femina bene ingenua zur Frau genommen, aber ihr keine Dotalurkunde ausgestellt habe, unde ipsi filii mei secundum lege naturales appellant. Die Lex, auf die sich der Passus bezieht, ist Novella Maioriani VI, c. 9 vom Jahre 458, die, wie ich anderwärts ausführte [3]), in einem Theile Galliens

---

[1]) Gercken, Anmerkungen über die Siegel 1781, S. 81. 97. Vergl. Homeyer, Hausmarken S. 193, Anm. — [2]) In den Profanquellen ist dies häufig der Fall. — [3]) Sitzungsberichte der Berliner Akademie 1894, S. 553 f.

Geltung behalten hat. Die Formel stellt an ihre Spitze den Satz: Lex et consuetudo exposcit, ut quicumque naturales filios habuerit et alios plures non habuerit, si eos in sua voluerit instituere hereditate ... liberam habeat potestatem. Savigny[1]) sprach die Vermuthung aus, dass hier eine Constitution Justinians Nov. 89, c. 12 im Auszuge Julians (82) benutzt worden sei. Dieser Vermuthung ist mit Grund widersprochen worden[2]), da sich eine unmittelbare Benutzung der Justinianischen Rechtsbücher in Neustrien namentlich in den Formeln und Urkunden sonst nicht nachweisen lasse. Die Quelle jenes Satzes könnte aber eine Novelle von Theodosius II. aus dem Jahre 443 gewesen sein, die uns in der Lex Romana Wisigothorum überliefert ist. Die Novelle[3]) bestimmt, dass der Vater, der keine ehelichen Kinder hat, befugt sei, die unehelichen Söhne zu Erben einzusetzen, wenn er sie der städtischen Curie seiner Heimath tradirt: et in solidum (eos) heredes scribendi liberam ei concedimus facultatem[4]). Auf diese Vorschrift geht vermuthlich durch Vermittlung einer der Epitomae des Breviarium Alaricianum die Arenga der Formel von Sens zurück. Die Formel beruft sich auf lex und consuetudo. Die consuetudo hat, wie der Inhalt der Formel ergiebt, von der Voraussetzung der lex im Wesentlichen abgesehen. Der Vater braucht den filius naturalis nicht mehr zum Curialen zu machen, da der Curialitätszwang und das Bedürfniss die Curien durch künstliche Mittel der Gesetzgebung zu füllen im fränkischen Reiche hinweggefallen war. Aus der oblatio curiae ist ein Rechtsact geworden, durch den ein Vater, der keine echten Kinder hatte, die naturales zu Erben einsetzte, indem er das Testament der zu einer Gerichtsversammlung

---

[1]) Geschichte des röm. Rechtes II 131, Anm. b. — [2]) Von Zeumer in seiner Ausgabe der Formulae S. 208, Anm. 1. — [3]) Nov. Theod. II 22, c. 1. 2 (Cod. Iust. V, 27, c. 3). Vergl. Paul Meyer, Der römische Konkubinat 1895, S. 136. — [4]) Die Epitome Aegidii fügt dem Auszug aus der Constitution eine Definition der naturales, nothi und spurii hinzu, ausserdem die merkwürdige Notiz: si quis alias sententias, quae hic non continentur, ex ipsius Theodosii vel aliorum auctorum librorum corpore praesentaverit, in omnibus vacuentur, quia ipsa per Valentinianum periit Roma et cecidit Romana potestas. Man wird wohl kaum fehl gehen, wenn man diese Worte als Ablehnung justinianischen Rechtes ansieht.

gewordenen Curie präsentirte und sich darüber ein Protokoll ausstellen liess. In Theilen des oströmischen Reiches trat während des fünften Jahrhunderts eine ähnliche Entwicklung ein. Nach dem um 476 entstandenen römisch-syrischen Rechtsbuche konnte der Erzeuger, der kein Kind aus echter Ehe hatte, den natürlichen Kindern testamentarisch das ganze Vermögen zuwenden und sie darin als seine Kinder bezeichnen[1]).

Die andere Formel, Carta Senonica 42, enthält eine sogenannte hereditoria. Der Aussteller hat mit seiner Unfreien eine Tochter gezeugt und diese secundum legem Salicam durch Schatzwurf freigelassen. Da die Tochter gegen ihn kein Erbrecht hätte (tu minime in hereditate mea sociare potebas), so stellt der Vater eine Urkunde aus, worin er verfügt, dass jene nach seinem Tode in sein gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen neben ihren Brüdern (apud germanos tuos, filios meos) succediren solle. Die natürliche Tochter wird also im Erbgange ihren Brüdern gleichgestellt. Ob unter den germani Brüder echter oder unechter Geburt zu verstehen seien, bleibt zweifelhaft. Um neben Söhnen des Erblassers zur vollen Succession zu gelangen, hätte auch die echtgeborne Tochter einer hereditoria bedurft. Das salische Recht schloss ja die Töchter neben Söhnen vom Grundbesitz aus. Die Sammlung der Cartae Senonicae enthält denn auch eine Formel (nr. 45), durch die ein Vater bestimmt, dass seine (echte) Tochter neben seinen Söhnen (apud germanos tuos, filios meos) in sein gesammtes Vermögen nachfolgen solle. Was aber die Fahrhabe betrifft, so hatte die eheliche Tochter nach salischem Rechte in Concurrenz mit den Brüdern von vornherein ein gesetzliches Erbrecht. Wir können daher aus der 42. Formel von Sens folgern, dass ein unecht und unfrei geborenes Kind weiblichen Geschlechtes trotz nachträglicher Freilassung neben Söhnen des Erblassers kein Intestaterbrecht hatte. Weiter zu gehen, etwa allen unehelichen Kindern, auch den von freier Mutter geborenen Söhnen, jedes gesetzliche Erbrecht in das väterliche Vermögen abzusprechen, gestattet die Formel nicht.

---

[1]) Bruns und Sachau L. 35. 36 und Seite 269.

Nach fränkischem Volksrechte galt, wie die Formel von Sens ersehen lässt, das mit der eigenen Sklavin erzeugte Kind für unfrei. Das fränkische Recht stimmte in dieser Beziehung mit dem römischen Rechte [1]) und mit den nordischen Rechten [2]) überein.

Zu einer Zeit, die überhaupt kein Erbrecht des Unfreien duldete, konnte von einem solchen bei dem unfreien Bastard eines freien Vaters selbstverständlich keine Rede sein. Jedes Erbrecht gegen Mutter und Muttermagen fehlte aber auch dem freigelassenen Winkelkinde, da dessen unfreie Mutter nichts zu vererben hatte, ja auch dem freigeborenen, wenn es von einer freigelassenen Mutter stammte, da nach salischem und nach jüngerem ribuarischen Rechte Freigelassene nichts vererben konnten [3]), selbst wenn sie Kinder hinterliessen. Was das Erbrecht gegen den Vater betrifft, so ergab die Formel von Sens, dass ein solches der freigelassenen Tochter nicht zustand. Nehmen wir nun an, dass auch der Sohn unechter und unfreier Geburt durch die Freilassung kein Erbrecht gegen den Erzeuger gewann oder dass ihm das Erbrecht unter römisch-kirchlichem Einfluss entzogen wurde, so gelangen wir zu einem Rechtszustande, der das Erbrecht der Unechten unfreier Geburt völlig negirt. Da ferner im fränkischen Reiche nach älterem salischen und jüngerem ribuarischen Rechte der Fiskus das Erbe der cartularii und der denariales in Anspruch nahm, so ergab sich für derart freigelassene Bastarde die Unfähigkeit, von Verwandten beerbt zu werden und der Anfall ihres Vermögens an den Fiscus, wogegen der Nachlass des unfrei gebliebenen Bastards dem Leibherrn gehörte.

In einem grossen Theile des fränkischen Rechtsgebietes finden wir im jüngeren Mittelalter einen Rechtszustand, welcher die Erbunfähigkeit der unfrei geborenen Bastarde auf alle Personen unechter Geburt ausdehnt. Französische, niederländische und deutsche Rechte fränkischen Ursprungs gehen hinsichtlich der Erbfähigkeit der Bastarde oder doch wenigstens der ohne eheliche Descendenten verstorbenen Bastarde von

---

[1]) Lex Rom. Burg. 37, 8: naturales, si ex ancilla nati fuerint et non manumittuntur a domino, inter hereditaria mancipia conputantur. — [2]) Siehe oben Seite 17. — [3]) Zeumer, Ueber die Beerbung der Freigelassenen durch den Fiscus, Forschungen zur deutschen Geschichte XXIII 189 ff.

dem Grundsatz aus: neque genus neque gentem habent bastardi, bâtards n'ont point de ligne. Das Vermögen des Bastards fällt kraft des droit de bâtardise, des Bastardfalls, an den König oder an den Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit [1]), beziehungsweise an den Leibherrn [2]).

Wo der von vollfreier Mutter stammende Bastard das Erbrecht gegen sie bewahrt, aber das Erbrecht gegen den Vater unter kirchlich-römischem Einfluss verloren hatte, musste man in einer Zeit, in welcher die Unfreien und Freigelassenen die Fähigkeit gewonnen hatten, zu vererben, oder die Unfreiheit überhaupt verschwunden war, zu dem allgemeinen Grundsatze gelangen: nul n'est bâtard de sa mère, kein Kind ist seiner Mutter Kebskind, die Mutter gewinnt kein Bastardkind, ten aensien van de moeders sijn onechte Kinderen soo veel als echten [3]).

Dem Erbrecht des unehelichen Kindes gegen Mutter und Muttermagen entsprach ein Erbrecht dieser an dem Nachlass des kinderlosen Bastards. In den Rechten, die den Nachlass zwischen Vater- und Muttermagen zu gleichen Hälften theilten, erlitt der Bastardfall die Beschränkung, dass der Landesherr nur die Hälfte des Nachlasses nahm und auch diesen nur, soweit nicht kraft des droit de retour das dem Bastard geschenkte Gut an den Geber oder dessen Erben zurückfiel [4]).

Ein gesetzliches Erbrecht des Bastards gegen den Vater findet sich im Kreise der jüngeren fränkischen Rechtsquellen

[1]) In der Pfalz schloss das dem Pfalzgrafen zustehende Wildfangsrecht den Bastardfall in sich. Siehe Karl Brunner, Der pfälzische Wildfangstreit 1896. — [2]) Fiskalisches Interesse war wohl im Spiel, wo der Bastard, auch wenn er von einer Unfreien geboren war, als frei behandelt wurde. So in Beauvoisis nach Beaumanoir c. 45, 16. Loisel, Institutes coutumières nr. 41, I 58. So in England als filius nullius nach Littleton sect. 188. Vinogradoff, Villainage in England 1892, S. 60. — [3]) H. de Groot, Inleidinge tot de hollandsche rechtsgeleerdheid ed. Fockema-Andreae I 79, — [4]) Zahlreichen niederländischen Städten wurde die Einschränkung des Bastardfalls und das droit de retour mittelst Privilegs zugesichert. So Delft, Leyden, Rotterdam, Amsterdam, Medemblick, Enkhuizen, Hoorn, Grootebroek. Mieris, Groot Charterb. III 538. 539. 540. 541. Einzelne Städte erhielten die Vergünstigung, dass Bastarde beerbt werden sollen, als ob sie echt geboren (van ghetruweden bedde) wären. H. de Groot, Inleidinge II 112 f. Mieris III 632 (f. Schoonhoven) IV 221 (f. Schiedam).

nur sehr ausnahmsweise. So im Gebiete des Jülich-Berg'schen Landrechts[1]). Doch ist dem Vater häufig die Befugniss eingeräumt, dem unehelichen Kinde Zuwendungen von unbeschränkter oder von beschränkter Höhe zu machen, ein Recht, welches namentlich dort von praktischer Bedeutung war, wo sonst zu Vergabungen der Erbenconsens verlangt wurde.

Von den deutschen Volksrechten hat nur noch die Lex Baiuwariorum eine hier in Betracht kommende Bestimmung über uneheliche Kinder. Brüder sollen des Vaters Erbe nach Lex Baiuwariorum XV, 9 zu gleichen Quoten theilen, soweit sie von freien Müttern geboren worden sind. Dagegen darben die von einer ancilla geborenen Söhne neben echten Brüdern des Erbrechts, wofür sich die Lex auf Paulus, Galater IV, 30 beruft: der Sohn der Magd soll nicht erben mit dem Sohne der Freien. Die Lex beschränkt den Sohn der Magd auf das, was ihm seine freigeborenen Brüder per misericordiam zuwenden. Da das Erbrecht nur dem Sohne der ancilla versagt wird, ist der Schluss nicht abzuweisen, dass der unechte Sohn, der von einer freien Mutter geboren worden war, neben echten Brüdern erbte. Der Sohn, den ein Freier mit seiner eigenen Sklavin zeugte, scheint auf Grund väterlicher Anerkennung für frei gegolten zu haben, da ja sonst ein Erbrecht von vornherein nicht hätte in Frage kommen können. Ein Erbrecht eines solchen Bastards neben Töchtern, Ascendenten und Seitenverwandten des Erblassers schliesst der Wortlaut der Stelle nicht aus, ebensowenig freiwillige Zuwendungen des Vaters. Von jüngeren bairischen Rechtsquellen, die ein Intestaterbrecht des unehelichen Kindes in das väterliche Vermögen kennen, vermag ich nur das Wiener Stadtrechtsbuch zu nennen, nach welchem die ledigen Kinder in Ermangelung von echten Kindern und von Verwandten der ersten und der zweiten Sippe (das heisst von Geschwistern und

[1]) Eheliche Kinder schlossen die unehelichen vom Erbgange aus. Doch durfte diese der Vater mit ziemlicher Niessung versehen. Neben anderen Verwandten des Vaters erhielten laut gerichtlichen Erkenntnissen, welche Maurenbrecher, Rheinpreussische Landrechte I 237 mittheilt, die natürlichen Kinder einen Theil (bis zur Hälfte) des väterlichen Vermögens. Wilda a. O. S. 297.

Geschwisterkindern) die Hälfte des väterlichen Gewinngutes erben [1]).

Verwandte Vorschriften finden sich sporadisch in jüngeren alemannischen Rechtsquellen. Nach dem Freiburger Stadtrechte von 1520 erben anerkannte uneheliche Kinder den dritten Theil des väterlichen Nachlasses, wenn der Vater weder eine Ehefrau noch echte Kinder, Ascendenten, Geschwister, Neffen oder Nichten echter Geburt hinterlässt [2]). Ein ähnliches subsidiäres Erbrecht der unechten Kinder kennt das Recht von Schaffhausen [3]). Augsburg gab ledigen Kindern nur dann ein Erbrecht, wenn es bis zur siebenten Sippe an echtgeborenen Erben gebrach [4]). Nach dem Luzerner Stadtrecht theilten die unehelichen Kinder, wenn Vatermagen des Erblassers nicht vorhanden waren, dessen Nachlass mit den Muttermagen [5]).

Im sächsischen Rechtsgebiete ist (vielleicht unter fränkischem Einfluss) die rechtliche Stellung der Unechten die denkbar ungünstigste geworden. Sie darben jedes Familienrechts, können weder erben noch vererben [6]). Das gilt auch hinsichtlich der Mutter und der Muttermagen. Doch finden sich Ausnahmen. Nach den Rechten von Goslar [7]) und von Dortmund [8]) und nach lübischem [9]) Rechte können Unechte von Ascendenten, Mutter- und Vatermagen beerbt werden. Nach dem Stadtrechte von Riga [10]) und nach den Neumünsterschen Kirchspielsgebräuchen [11]) ist der Vater verpflichtet das uneheliche Kind zu sich zu nehmen.

VI.

Im römischen Vulgarrechte der fränkischen Zeit galt der Concubinat zwischen verheirateten Personen als eine legi-

[1]) Wiener Stadtrechtsburch ed. Schuster art. 91, S. 95. August Brunner, Das Recht der unechten Geburt, Zeitsch. f. Notariat und freiwillige Gerichtsbarkeit in Oesterreich 1894, Nr. 35, S. 215. — [2]) Wilda a. O. XV 295 f. Stobbe, Deutsches Privatr. V, 152, Anm. 24. — [3]) Stobbe a. O. — [4]) Augsburger Stadtrecht ed. Christian Meyer S. 149. [5]) Huber, Schweiz. Privatrecht IV 532. — [6]) Heydemann, Die Elemente der Joachimischen Constitution S. 363 ff. — [7]) Goslarsche Statuten S. 8, 28 f. Vergl. Rechtsbuch nach Distinctionen I, 16, 1. — [8]) Dortmunder Statuten ed. Frensdorff III, 40, S. 75. — [9]) Hach S. 187 (I, 11). — [10]) Rigaisches Stadtrecht ed. Napiersky VI, 6, § 2, S. 177. — [11]) Art. 55.

tima coniunctio. In Reaction gegen die strengen Vorschriften Constantins hatten kaiserliche Constitutionen aus den Jahren 371 [1]) und 405 [2]) dem Vater gestattet, seinen Concubinenkindern und deren Mutter, wenn er kein echtes Kind und keine Ehefrau hinterliess, ein Viertel, andernfalls ein Zwölftel seines Vermögens zuzuwenden. Diese Rechtssätze sind im Wesentlichen in die provençalischen Fragmente aufgenommen worden [3]). Im Codex Iustin. V, 27, c. 2 erscheint die Constitution von 405 mit dem Zusatz, dass der Mann, der keine natürlichen Kinder hat, der Concubine (si sola sit concubina) ein halbes Zwölftel zuwenden dürfe. Die Lex Romana Burgundionum bringt mit Berufung auf eine lex Theudosiani, quae de naturalibus filiis et matribus eorum lata est, die Vorschrift [4]), dass der Vater der freien Concubine und den Kindern zusammen ein Achtel seines Vermögens (nämlich eine Unze und eine halbe Unze) zuwenden könne [5]). Desgleichen citirt die Interpretatio zu Novella Theodosii 22, c. 1 ein „in Theodosiani corpore" enthaltenes Gesetz, nach welchem extantibus legitimis filiis die naturales und deren Mutter ein Achtel des Vermögens erhalten dürfen. Die betreffende Constitution des Codex Theodosianus ist uns nicht erhalten.

Auffallend ist, dass die Lex Wisigothorum den Concubinat nur an einer Stelle und zwar nebenbei [6]), die rechtliche Stellung der filii naturales nirgends behandelt. Das spanische Gewohnheitsrecht des Mittelalters kennt einen erlaubten Concubinat, der unter dem Namen barraganía erscheint. Auf ihn hat Julius Ficker aufmerksam gemacht [7]), der ihm altgermanischen nämlich gothischen Ursprung vindicirt. Dass die barragana nicht dotirt ist, dass die Concumbenten ledig

---

[1]) Cod. Theod. IV, 6, 4. — [2]) Cod. Theod. IV, 6, 6. — [3]) Fragm. Gaudentiana, Leges Visig. antiquiores S. 318 c. 3. — [4]) Lex Rom. Burg. 37, 4. — [5]) Ein Zwölftel und ein halbes Zwölftel, sescunciam wie nach einer Emendation von Boretius die Ausgaben von Bluhme und Salis haben. Cujaz conjecturirte mit Unrecht tres uncias, was bei Barkow steht. Wie es scheint hat man zu dem Zwölftel der Constitution von 405 ein halbes Zwölftel für die Concubine hinzugeschlagen. — [6]) Lex Visig. Reccessv. III, 5, 5. — [7]) Ueber nähere Verwandtschaft zwischen gothisch-spanischem und norwegisch-isländischem Recht in den Mittheilungen des Instituts für oesterr. Geschichtsforschung, Ergänzungsband II, S. 481.

sein müssen, dass das Verhältniss ein offenkundiges sein muss, dass die barragana vom Manne jederzeit entlassen werden durfte, sind Merkmale des Rechtsinstituts, die auch auf römisches Vulgarrecht zurückgeführt werden könnten. Ebenso, dass der Vater in Ermangelung von ehelichen Kindern den naturales sein ganzes Vermögen zuwenden darf. Allein die Möglichkeit römischen Ursprungs versagt schlechtweg für den Rechtssatz, dass die Kinder der barragana, wenn sie nicht bei Lebzeiten des Vaters abgefunden worden waren, zu gleichen Theilen mit den legitimi in das Erbe berufen sind.

Julius Ficker hat in seiner bedeutsamen Abhandlung über nähere Verwandtschaft zwischen gothisch-spanischem und norwegisch-isländischem Rechte die Ansicht ausgesprochen, dass den deutschen Rechten, im Gegensatz zu den ostgermanischen ursprünglich jede Rechtswirkung der unehelichen Vaterschaft unbekannt, dass ihnen der Concubinat als Rechtsinstitut fremd gewesen sei und nur als ein rein thatsächliches Verhältniss eine Rolle gespielt habe. Die deutschen Rechte hätten eben hinsichtlich der unehelichen Kinder am Mutterrechte festgehalten. Wie der Vater sich zu den unehelichen Kindern stellen wollte, habe nur von seinem Ermessen abgehangen. Wollte er sie den ehelichen Kindern völlig gleichstellen, so habe ihm das Recht keine Schranken gezogen[1]). Dagegen hätten die ostgermanischen Rechte einen Concubinat mit bestimmten Rechtswirkungen gekannt und hinsichtlich der unehelichen Kinder die Gesichtspuncte des Vaterrechts als massgebend betrachtet.

Der Einwurf, dass langobardisches und friesisches Recht unbestreitbare Rechtswirkungen der unehelichen Vaterschaft kennen, fällt bei Ficker nicht ins Gewicht, weil er jene Rechte ebenso wie nunmehr[2]) die von ihm sogenannten rhätischen und helvetischen Rechte und das Recht der Anglowarnen der Gruppe der ostgermanischen Rechte zuweist, eine Ansicht, die man vorläufig nur bestreiten und nicht widerlegen kann, weil die von Ficker in seinen Untersuchungen zur Erbenfolge der ostgermanischen Rechte begonnene Beweisführung noch

---

[1]) A. O. S. 478. — [2]) Erbenfolge II 17.

nicht zum Abschluss gelangt ist. Aber auch wenn Fickers Stammbaum der ostgermanischen Rechte sich als richtig erwiese, würde sich der von ihm hinsichtlich der unehelichen Vaterschaft behauptete Gegensatz der ost- und der westgermanischen Rechte nicht aufrechthalten lassen. Das Folgerecht der fränkischen Königssöhne unechter Geburt, der für fränkische Rechte nachgewiesene Anspruch des adeligen Bastards auf Namen und Wappen des Vaters, die Befugniss des Vaters zu consenslosen Zuwendungen an den unechten Sohn stellen sich als Rechtswirkungen der unehelichen Vaterschaft dar. Ebenso der für das angelsächsische Recht nachgewiesene Anspruch des Vaters und der Vatermagen auf das Wergeld des in öffentlichem Verhältniss erzeugten unehelichen Kindes. Auch im Gebiete des bairischen und des alemannischen Rechtes haben sich Rechtssätze gefunden, die über eine rein thatsächliche Bedeutung der unehelichen Vaterschaft hinausgehen. Selbst der Kreis der sächsischen Rechtsquellen ist nicht völlig frei davon. Aus dem Mutterrechte lässt sich der völlige Mangel der Fähigkeit zu erben und zu vererben am allerwenigsten erklären. Dass es im Belieben des Vaters stand, wie er sich zu dem Kinde stellen wollte, trifft im ältesten Rechte nicht nur hinsichtlich der unehelichen, sondern auch hinsichtlich der ehelichen Kinder zu, wie sich aus dem Rechte der Aussetzung ergiebt. Hatte der Vater das uneheliche Kind anerkannt, so hing dessen Rechtsstellung nicht mehr von des Vaters Willkür ab. Die Ausbildung des Paternitätsbeweises war allenthalben ein Ergebniss jüngerer Rechtsentwicklung.

Der gemeinrechtliche Alimentationsanspruch des unehelichen Kindes geht, wie bereits Stobbe[1]) bemerkt hat, nicht auf römisches oder kanonisches Recht, sondern auf germanische Grundlagen zurück.

---

[1]) Deutsches Privatrecht IV 410. Der Gegenbeweis, den Ficker, Nähere Verwandtschaft S. 478, in Aussicht stellt, ist vorläufig abzuwarten.

II.

Studien zur Geschichte der Urtheilsschelte auf Grund der altfranzösischen Quellen.

Von

Herrn Dr. iur. **Curt Gebauer**

in Breslau.

Die germanische Urtheilsschelte ist schon mehrfach Gegenstand rechtshistorischer Untersuchungen gewesen. Aber noch immer ist dieses interessante Rechts-Institut nicht in jeder Beziehung aufgeklärt, und immer noch harrt zahlreiches Quellenmaterial, welches für die Kenntniss alten Rechts- und Culturlebens von grösster Wichtigkeit ist, der Durchforschung und Sichtung. Vorliegende Abhandlung soll diese Lücke in gewisser Weise auszufüllen suchen; sie soll ein Bild des Scheltungsverfahrens auf Grund der altfranzösischen Rechts-Quellen liefern, die das in den deutschen Quellen Gebotene in reichstem Masse ergänzen. Es würde hier zu weit führen, alle französischen Quellen zu behandeln, zumal eine gewisse Beschränkung im Interesse der Uebersicht geboten ist. Zu berücksichtigen sind vor allem die klassischen Werke des XIII. Jahrhunderts, der sog. période de transition, welche ein nahezu vollständiges Bild des ganzen Scheltungswesens liefern und den späteren Quellen gegenüber den Vorzug haben, dass sie die Urtheilsschelte sowohl in ihrer ursprünglichen altgermanischen Gestalt als auch in ihrer Entwicklung unter neuzeitlicheren Einflüssen zeigen, während die späteren Quellen die alte Schelte nicht mehr behandeln und die Erkenntniss des germanischen Wesens vielfach durch römisches Beiwerk (so im späteren Parlamentsprocess) verkümmern.

Das französische Recht hat im XII. und XIII. Jahrhundert seinen Geltungsbereich auch auf den Orient ausgedehnt und

im heiligen Lande höchst eigenartige Bahnen der Entwicklung eingeschlagen. Somit werden nicht nur die bedeutendsten abendländischen Quellen, wie der Conseil de P. de Fontaines[1]), die Coutumes du Beauvoisis[2]) und die Établissements de saint Louis[3]), sondern auch die Denkmäler des orientalischen Rechtes, also die Assises de Jérusalem[4]), Beachtung finden müssen. Hier und da werden aber auch Quellen aus früherer und späterer Zeit, in letzter Beziehung der Stilus Parlamenti[5]), sowie ausserfranzösische Quellen zur Ergänzung oder Gegenüberstellung herangezogen werden[6]).

§ 1. Wesen und Voraussetzungen der Schelte.

I. Die Schelte (faussement, apel de faus jugement) entspricht als Rechtsmittel gegen Urtheile der gemeinrechtlichen Appellation, der modernen Berufung und Revision. Sie unterscheidet sich aber von diesen Rechtsmitteln in allen Stadien ihrer Entwicklung dadurch, dass sie die gescholtene Gerichtsperson zur Partei macht, während bei Appellation, Berufung und Revision das weitere Verfahren sich unter den nämlichen Parteien wie vorher abspielt.

II. Gegenstand der Schelte konnte jedes Urtheil sein, mochte es als Schlusssentenz ergehen oder im Lauf des Verfahrens präjudicirende Vorfragen entscheiden.

---

[1]) De Fontaines, Le conseil de P. de Fontaines, Édit. Marnier, 1846. — [2]) Beaumanoir, Coutumes du Beauvoisis, Édit. Beugnot. — [3]) Établissements de saint Louis, Édit. Viollet. — [4]) Assises de Jérusalem, Édit. Beugnot, 1841. Die Assises zerfallen in die Assises de la haute cour (Adelsrecht) und die Assises de la cour des bourgeois (Bürgerrecht); jene wieder in 6 Bücher: Livre de Jean d'Ibelin, L. de Geoffroy le Tort, L. de Jacques d'Ibelin, L. de Philippe de Navarre, Clef des Assises und L. au Roy; diese in 2 Bücher: L. des Assises de la cour des bourgeois und Abrégé du livre des assises. — [5]) Schwalbach, Der Civilprocess des Pariser Parlamentes nach dem Stilus du Brueil, 1881. — [6]) Eingehend beschäftigen sich mit der Urtheilsschelte Warnkönig und Stein, Französische Staats- und Rechtsgeschichte, Basel 1846, III. S. 238 ff., worauf im Allgemeinen verwiesen wird. In Frankreich hat Fournier in seinem Essai sur l'histoire du droit d'appel (Paris 1881) p. 143—162 und p. 172—213 diesen Gegenstand behandelt. Sein Werk enthält aber überhaupt eine Entwicklungsgeschichte der Rechtsmittel vom römischen Alterthum bis zur Gegenwart.

Et aussi bien pot on apeler de tel jugement qui vient d'encosté comme du principal[1]).

Der Conseil de Fontaines gewährt sogar das Recht, so oft zu schelten, als ein Urtheil über einen novel article en une meisme querele ergeht, vorausgesetzt, dass die Partei noch nicht bereits in einem früheren Scheltungsverfahren desselben Processes unterlegen[2]).

Die sentence interlocutaire im technischen Sinne, welche nur gleichzeitig mit und in der sentence définitive angefochten werden durfte, kam erst mit dem römisch-kanonischen Recht nach Frankreich[3]).

In älterer Zeit durfte man nur den Spruch der Rachinburgen schelten. Der Schelte entzogen war der Spruch, sobald der Umstand sein Vollwort ertheilt oder gar der Richter das dem Urtheil entsprechende Rechtsgebot ausgesprochen hatte[4]). Diese Beschränkungen sind schon in fränkischen Capitularien[5]) und vollends in den französischen Coutumes beseitigt.

Die Établissements erörtern ausdrücklich den Fall, dass jemand das Urtheil seines sires schilt[6]). Im Orient aber scheint sich der alte Rechtszustand erhalten zu haben. Nirgends erwähnen die orientalischen Quellen die Schelte des seigneur; dieser erscheint überall nur als Unparteiischer bei der Schelte der hommes de la cour.

Wie viele und welche Gerichtspersonen man schelten wollte, unterlag freiem Ermessen. Allerdings bezog sich die Schelte ipso iure auch auf alle diejenigen, welche dem Urtheil Folge geleistet, d. h. zugestimmt hatten (qui sunt accordé au jugement)[7]). Nur im Orient galten stets, auch gegen den

---

[1]) Beaum. II ch. LXVII 26. Die Schelte von Vorentscheidungen erwähnt auch De Fontaines ch. XXII 12. 20. — [2]) De Fontaines ch. XXII 20: Mès se cil, qui une foiz ou plus avoit fausé, en chet del darrein fausement, de toz les autres est ateins. — [3]) Tardif, La procédure civile et criminelle aux XIII et XIV siècles. Paris 1885 p. 117. — [4]) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, Leipzig B. II S. 357. — [5]) Schon das Capitulare Pippins von 754/5 c. 7 und das Capit. De iustitiis faciendis Ludwigs des Frommen von 820 c. 5 lassen Appell an das palatium zu, si (comes et rachinburgii) legem non iudicassent, bezw. si (comes) aliter fecerit quam iuste. Boretius, Capitularia reg. Franc. I S. 32 und 296. — [6]) Établissements I 86. — [7]) Beauman. II ch. LXI 45.

Willen des Appellanten, **alle** hommes de la cour als gescholten.

Nul ne doit fausier esgart — et qui le fera, il fausera toute la cour[1]).

Verboten und strafbar war die Schelte nur in den bürgerlichen Gerichten des Orients (cours des bourgeois)[2]).

Unanfechtbar waren aber auch Urtheile des Parlaments. Das im späteren Rechte gegen Urtheile dieser höchsten Instanz zulässige Verfahren wegen errores — voie de la supplication ou proposition d'erreur — ist **ebensowenig als Scheltungsverfahren anzusehen wie das bei niederen Gerichten hier und da übliche amendement.** In beiden Fällen wurde der Richter nicht Partei, sondern überprüfte nur sein eigenes Urtheil nochmals als Richter auf besonderes Bitten eines Betheiligten[3]).

Interessant ist es, dass in der Landschaft Beauvoisis der seigneur bei Streitigkeiten um bewegliche Sachen und Erbrechte — plets qu'il a de mueble, de catix ou d'eritage — die Schelte ohne Weiteres abweisen und den Appellanten in Busse nehmen durfte (!), wenn er sah, dass li cas est moult de fois avenue, et que le coustume est toute clere et bien approvée en le conté[4]).

III. Obwohl meist nur die Parteien ein Interesse an der Schelte hatten, durfte nach gemein germanischer Gewohnheit

---

[1]) La Clef LXVII. — [2]) Näheres im § 11. — [3]) Ueber d. amend. vgl. Schwalbach S. 157, Tardif p. 127. In den königlichen Untergerichten der baillis und prévots war zuerst die Schelte überhaupt unzulässig gewesen. Das amendement hatte deren Stelle vertreten. Établ. II 16. Als man später die Schelte zuliess, versuchte es doch noch manche Partei mit dem amend., **bevor** sie den Streit durch Schelte an den König zog. Établ. I 85: Et se li bailliz ne voloit bien droit faire l'amandement — cil en puet bien apeler devant le roi. Auch bei den Feudalgerichten gab es ein amandement, aber nur für die vilains. Vgl. S. 37 zu Note 8. — Fournier p. 204 ss. identificirt abweichend das amandement mit dem appel sans combats der königlichen Gerichte, den **wir** als die neuere Form des **faussement** auffassen. Die Quellen sind vielfach dunkel. — [4]) Beaumanoir II ch. LXI 50. Aehnlich de Fontaines ch. XXII 30: Généraument te di que nus n'est oïz qui voeille fauser jugement qui est selonc la comune costume del pais apertement. Die Strafe betrug 10 sous. Wahrscheinlich wurde hier die Schelte in Civilsachen sehr selten, da nur der seigneur über die Evidenz der Coutume entschied.

jeder Gerichtsgenosse schelten[1]). Dagegen stand es dem seigneur nicht zu, ein Urtheil seiner Spruchfinder anzugreifen. Dies ist trotz des Schweigens der Quellen nach Analogie deutscher Rechte anzunehmen, da der seigneur für das, was in seinem Gerichte geschah, einzustehen hatte[2]). Es ist wohl eine Singularität, wenn nach flandrischen Keuren der sires ou cils ki est en son liu den Spruch seiner Mannen schelten und vor ein höheres Tribunal ziehen durfte[3]). War der seigneur dagegen Partei, so durfte er gleich anderen Parteien schelten[4]).

Wer trotz gehöriger Ladung ausblieb, defailli par despit, konnte nicht schelten[5]); ebensowenig gewisse schwere Verbrecher, Mörder, Ehebrecher, Zauberer, Entführer u. a., qui sont convencu par argument — et par lor propres voiz ont coneu lor mesfez, die also durch Beweise überführt und obenein geständig waren[6]). Bedingung der Schelte war endlich, wenigstens im älteren Rechte, Zugehörigkeit zum Ritterstande. Die Bürgerlichen und Hörigen, die roturiers, vilains, costumiers und hommes de poeste, durften also nicht schelten[7]). Einige seigneurs gewährten denselben allerdings ein bescheidenes Beschwerderecht, kraft dessen sie um billige Abänderung des Urtheils bitten durften[8]). Beliebte es dann dem seigneur, sein Urtheil aufrecht zu erhalten, so verfiel der roturier in eine Geldstrafe von 5 bis 6½ sous, welche sich auf 60 sous erhöhte, wenn er sich erkühnt hatte, das Wort faus zu gebrauchen. Diese Beschwerde war jedoch so wenig eine Schelte wie jede andere demande d'amandement.

---

[1]) Brunner, Rechtsgesch. II S. 358. — [2]) Im Sachsenspiegel Landr. III Art. 30 § 2 (Homeyer) heisst es vom richtere: Ordele ne sal he nicht vinden noch scelden. Aehnlich der Schwabenspiegel § 172b (Lassberg). — [3]) Bennecke, Zur Geschichte des deutschen Strafprocesses. Das Strafverfahren nach den holländ. und flandr. Rechten des XII. und XIII. Jahrhunderts. Marburg 1886 S. 113. — [4]) Beauman. I ch. I 24. 25. — [5]) De Fontaines ch. XXII 27. — [6]) De Fontaines ch. XXII 28. Vgl. Warnkönig III S. 258. Die beiden letztangeführten Bestimmungen sind beinahe wörtlich der Justinianischen Codification entnommen. L. 1 und 2 Cod. VII 65 (Krüger). — [7]) De Font., Eingang zu ch. XXI (Marnier. p. 232). Ebenso Établis. I 142: Nus hom costumiers ne puet jugement fere ne fausser ne contendre. Vgl. Schäffner III S. 546. Ueber die Abstufungen der nichtritterlichen Stände vgl. Warnkönig II S. 148 ff. — [8]) Établ. I 142.

Wohl erst in späterer Zeit erhielten Nichtritterbürtige hier und da das Scheltungsrecht durch besonderes Privileg[1]).

§ 2. Die Schelte als Formalact.

Zur Schelte gehörten formelle Worte und formelle Handlungen. Der Scheltende musste die Falschheit des Urtheils behaupten und sich dabei eines typischen Wortes wie faus, malvès, desloiaux, falsum oder pravum bedienen, welches den ehrenrührigen Charakter der Schelte bezeichnete[2]). Ueberdies musste er sich zum Beweise der Falschheit des Urtheils erbieten. Wo dieser Beweis durch Zweikampf geführt wurde, lautete das Beweisanerbieten folgendermassen:

Et se voz le volés néer, je suis prest de prover le vos de mon cors contre le vostre et de rendre voz mort ou recréant en une orre de jor[3]).

Gleichzeitig überreichte der Scheltende das Kampfpfand, in der Regel einen Handschuh[4]).

Der gescholtene Urtheilfinder oder seigneur musste hierauf den Scheltenden mit formellen Worten Lügen strafen (dementir), die Richtigkeit seines Urtheils behaupten und gleichfalls sein Kampfpfand hingeben[5]). Dies war die sog. défense.

Die Uebergabe der Kampfpfänder erfolgte, wenn ein Spruch der Gerichtsmannen gescholten war, in die Hand des seigneur als des Unparteiischen; man nannte dies porter son gage en la main au seigneur[6]). War das Urtheil des seigneur gescholten, so tauschten die Streitenden, also der

---

[1]) De Font., Eingang zu ch. XXI: Vilains ne puet fausser le jugement son seigneur ne de ses hommes s'il n' est garnis de lois privées par coi il le puisse faire. Auch De Font. ch. XXII 14 setzt Schelte eines vilain voraus. Vgl. Fournier p. 147, jetzt auch Forschungen zur Geschichte des deutschen und französ. Rechts S. 305. 345. — [2]) Vgl. die Quellen passim und Brunner, Wort und Form im altfranzösischen Process (Sitzungsberichte d. Kaiserl. Akademie d. Wissenschaften, Wien 1867 57. Band) S. 700. 738. Hierdurch unterschied sich das faussement von der demande d'amand. Vgl. S. 39 Note 6. — [3]) Jean d'Ibelin ch. CX. — [4]) Jean d'Ibelin ibid. Brunner, Rechtsg. II S. 367 Note 12. — [5]) Jean d'Ibelin ibid. Beaum. II ch. LXI 47: Cil qui est apelés doit dire que li jugements est bons et loiax, et offrir loi à fere. — [6]) De Font. ch. XXII 1. Jean d'Ibelin ibid.

Appellant und der seigneur, die Pfänder gegenseitig unmittelbar aus [1]).

Die beiderseitige Hingabe der gages de bataille bildete einen unwiderruflichen Vertrag [2]).

Wer übrigens für sein Urtheil einzustehen sich weigerte, wurde ehrlos und verlor Sitz und Stimme im Gericht, vois et respons en court à tot tens [3]).

Auffallend ist, dass die französischen Quellen nirgends das Institut des Gegenurtheils erwähnen, so sehr sie im Uebrigen das Detail des Scheltungsverfahrens regeln. Hieraus wird man schliessen dürfen, dass, während nach deutschem Recht der Scheltende seinerseits ein Gegenurtheil finden musste, dessen Richtigkeit er zu beweisen hatte [4]), eine gleiche Verpflichtung dem Scheltenden in Frankreich und im Orient nicht oblag [5]).

Zur näheren Veranschaulichung sei hier noch eine Stelle bei Beaumanoir angeführt, welche ein Bild einer Scheltungsformel gewährt. Hiernach äusserte sich der Appellant wie folgt: Sire je dis que chis jugement qui est prononciés contre moi et auquel Pierres s'est accordés, est faus et malvès et desloiax, et par tel le ferai je contre le dit Pierres qui s'est accordés au jugement, par moi ou par home qui fere le pot et doie pour moi, comme cil qui ai-ensoine, le quel je monsterrai bien en lui convenable, en le cort de chiens ou en autre, là u drois me menra par reson de cest apel [6]).

---

[1]) Die Quellen erwähnen dies zwar nicht ausdrücklich, jedoch war dies Verfahren naturgemäss. Vgl. Brunner, Rechtsg. II S. 367 Note 12. Pfeffer in der Zeitschr. f. roman. Philologie IX S. 30. — [2]) Brunner ibid. — [3]) Jean d'Ibelin ch. CX; Beaum. II ch. LXI 47 sagt vom Gescholtenen, dass, s'il ne fesoit le jugement à bon, il perdroit le jugier et querroit en l'amende de soissante livres au seigneur. — [4]) In Sachsenspiegel Landrecht II Art. 12 § 13. 14 sagt der Scheltende im Hinblick auf sein Urtheil: 'Her richter, dat is recht unde willit behalden, alse ic tu rechte scal'. — [5]) Auch Fournier erwähnt das Gegenurtheil nicht. — [6]) Beauman. II ch. LXI 47. — Die Établissements I 85 überliefern auch die Formel einer demande d'amand.: 'Sire, il me semble que cist jugement me grieve et qu'il n'est mie droiz; et por ce en requier je amandement et que vos me metez terme; et faites tant de bons genz venir que il quenoissent se li amandement i est ou non'. — Ueber die Bedeutung der Worte der Scheltungsformel par home qui fere le pot etc. vgl. das unten § 6 Gesagte.

An die Schelte schloss sich nach Beaumanoir noch eine Sicherstellung seitens des Scheltenden, wozu dieser vom Richter angehalten wurde. Wer nämlich die Schelte nicht weiter verfolgte und die Falschheit des angegriffenen Urtheils nicht nachwies, verfiel in die gleiche Geldstrafe, wie wenn er bei diesem Nachweise unterlag. Für diese Strafe beziehungsweise für das porsivir l'apel und das fere le jugement à malrès haftete die Sicherheit (seurté)[1]).

Jeder Formverstoss, beispielsweise die Weglassung des Beweisangebots, hatte Nichtigkeit der Schelte zur Folge.

Quant aucuns apele nicement (i. e. nettement), si comme s'il dist: Cis jugement est faus et malvès, et il ne l'ofre pas à fere tel, li apiax ne vaut rien[2]).

Ebenso war die Schelte nichtig, wenn der Appellant sich nicht der Wörter faus, malvès oder desloiaux bediente[3]). Durch derartige Fehler ging übrigens das Scheltungsrecht unwiderruflich unter, da nach gemeingermanischer Gewohnheit ein und derselbe Rechtsact niemals wiederholt werden durfte[4]). Das Urtheil wurde dann sofort rechtskräftig.

Der Formalcharakter der Schelte zeigt sich endlich darin, dass man schelten muss, sitost comme li jugemens est prononciés[5]). Wer nicht unverwandt und stehenden Fusses nach der Fällung des Urtheils schilt, sondern zögert — mete delai en son apel — verzichtet auf sein Scheltungsrecht und muss sich bei der Entscheidung beruhigen[6]). Wer verspätet schilt, zahlt Busse wegen vilenie dite[7]). Im späteren Parlamentsprocess ist die Frist offenbar schon verlängert; hier genügt es

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 47. Die Strafe betrug 60 livres an jeden Gescholtenen. Et adont li juges doit — penre bone seurté de celi qui a apelé de porsivir son apel. — Et aussi se cil qui apele ne fet le jugement à malvès, il l'amande de soissante livres etc. Die Stellung der Sicherheit wurde nöthigenfalls durch Freiheitsentziehung erzwungen. Beauman. I ch. LXI 56. — [2]) Beauman. II ch. LXI 51. — [3]) Tardif p. 131. — [4]) Brunner, Wort und Form S. 670. Vgl. die Rechtssprüchwörter „Fautes valent exploits" und „Ein Mann ein Wort". — Ueber ein Beispiel strengster Wortinterpretation bei der Schelte vgl. unten § 5 a. E. — [5]) Beaum. II ch. LXI 38. — [6]) Vgl. Brunner, Rechtsgesch. II S. 357; Brunner, Wort und Form S. 738. Beaum. ibid: Car s'il n'apele tantost, il convient que li jugement soit tenus pour bons quix qu'il soit. — [7]) Beaum. ibid.

zu schelten, bevor der Richter das Tribunal verlässt, antequam iudex surgat a sede pro recedendo vel recedat[1]).

Hier und da wird die Dauer der Zulässigkeit der Schelte noch genauer bestimmt. So durfte man in Vermandois nur so lange schelten, als nicht mehr als drei Dingleute dem Urtheil gefolgt waren[2]).

§ 3. Wirkungen der Schelte auf den Process.

Die Schelte war von einschneidender Bedeutung für die Fortführung des Processes. Ihre Folgen seien hier im Einzelnen kurz angeführt.

I. Da die Schelte das Urtheil in Frage stellte, wurde der Process in demjenigen Stadium, in welchem er sich zur Zeit befand, suspendirt[3]). Insbesondere konnte nicht weiter verhandelt werden, ehe die Vorentscheidung, wenn eine solche gescholten war, sich als bons et loiax erwiesen hatte. An die gleiche Bedingung war die Rechtskraft der Schlusssentenz geknüpft. Bis zur Erledigung des Scheltungsverfahrens war der Appellant der Gerichtsbarkeit des gescholtenen Urtheilsfinders bez. Gerichts entzogen. Er war a iurisdictione eorum exemptus in omnibus causis, tam agendo quam defendendo, pendente appellatione[4]). Hatte er also das ganze Gericht oder den seigneur gescholten, so trat an die Stelle des ordentlichen Richters das nächsthöhere Gericht, car court faussée ne peut puis faire esgart ni conoissance qui seit valable qui à l'encontre veut dire[5]). Folgerecht galt es als Verzicht auf die Schelte, wenn der Appellant von dem Gescholtenen fürderhin ein Urtheil annahm[6]). Hierauf beruhte eine Finte der

---

[1]) Schwalbach S. 150. — [2]) Brunner, Wort und Form S. 739. — [3]) Vgl. Beauman. II ch. LXI 56: Quant gage sunt doné et receu du juge, la querele de quoi li gage sunt, doit demorer en l'estat qu'ele est el point que li gage sunt doné. — [4]) Schwalbach S. 151 (Stilus XXI 2). — [5]) Jean d'Ibelin ch. CX. Vgl. Note 6. — [6]) Beauman. II ch. LXVII 15: Il est bien mestier à cix qui voelent fausser jugement qu'il se prengnent garde que, l'apel pendant, il ne rechoivent jugement de cix de qui il apelerent; car li aroient renoncié à lor apel, parce que il tenroient à bons jugeurs cix de qui aroient apelé — — Et se tuit li home du seigneur s'asentirent au jugement il ne doit pas atendre droit, l'apel pendant en cele cort; ains doit pledier de ses quereles en le cort du sovrain où li ples de l'apel doit estre demenés.

Gescholtenen. Bat nämlich der Appellant den seigneur, dessen Mannen er gescholten hatte, um einen Termin zur Entscheidung über die Schelte, so widersprachen die Gegner mit den Worten, que il n' auroit point de jor, se droit ne le disoit. Dann musste der Appellant um ein Urtheil, was Rechtens sei, bitten, widrigenfalls er wegen défaute en cort sachfällig wurde[1]). Aus diesen Dilemma konnte er sich in diesem Falle nur retten, wenn er auf die Frage des seigneur: 'Volés vos oïr droit?' antwortete: Oil, par cix qui me poent et doivent jugier; et je débat que cil ne me jugent pas qui s'asentirent au jugement de quoi j'ai apelé; mès se voz avés autres homes, je voil bien avoir droit par eus[2]). That er dies nicht, so fanden die Gescholtenen das droit, und die Schelte galt als zurückgenommen.

II. Eine freiwillige Zurücknahme der Schelte war nach der beiderseitigen Hingabe der Kampfpfänder unzulässig. Vor diesem Moment, ains que le guages fussent donés et receus[3]), konnte der Appellant zwar zurücktreten; doch war der Rücktritt sehr erschwert. Es bedurfte einer dreimaligen förmlichen Abbitte und der Zustimmung des seigneur und aller homes de la cour[4]).

Den Zurücktretenden traf zur Strafe Landesverweisung und Verlust seines Lehens vom seigneur auf Jahr und Tag; überdies lag ihm ob, den Gerichten der Orte, wo er sich aufhielt, dreimal (!) von der Sachlage Kenntniss zu geben[5]). Wo die Schelte nicht durch Zweikampf entschieden wurde, war eine Zurücknahme derselben wahrscheinlich unbeschränkt zulässig, ohne dass es so übertriebener Formalitäten bedurft hätte.

III. Selbst durch Vereinbarung des Scheltenden und des Gescholtenen konnte die Entscheidung durch Zweikampf nicht abgewendet werden, sobald einmal die Kampfpfänder ausge-

---

[1]) De Fontaines ch. XXII 2. — [2]) Beaum. II ch. LXVII 15. — [3]) Navarre ch. LXXXVII. — [4]) Navarre ibidem. Se il — criast merci par treis feis au seigneur et à chacun le tous ceaus de la court, par non disant que il a menti fausement et que la court est bonne et loiale, se le seigneur et tous ceaus — si acordent, il en peust aver merci. — [5]) Navarre ibid. (ou païs où il sera il deit venir en la plaine court — et dire et reconoistre par treis feis, tout ce que li est avenu.)

wechselt waren; der seigneur hätte denn seine Zustimmung zum 'fere pes' gegeben[1]). Argumento e contrario ist zu schliessen, dass bis zu jenem Zeitpunkt oder in Fällen, wo die Schelte nicht auf das Duell gestellt war, jederzeit friedliche Beilegung vereinbart werden durfte.

IV. Wurde der Appellant nach Hingabe der gages de bataille flüchtig, so sollte er estre desirité toute sa vie et tous les heirs que il aureit engendreis après ce que il aureit apelée la court fausse; d. h. er sowohl wie seine später erzeugten Nachkommen gingen zur Strafe ihrer Erbansprüche verlustig. Der seigneur aber konnte ihn hinrichten, wo er ihn in seine Gewalt bekam[2]). Wahrscheinlich hat man diese Gewohnheit auf den Orient zu beschränken. Das abendländische Recht hat ja gerade für diesen Fall dem Appellanten die Verpflichtung zur seurté auferlegt, welche das porsivir l'apel hinreichend gewährleistete[3]).

V. Mit der Suspension des Hauptprocesses hing die Sequestration im Streit befindlicher Sachen für die Dauer des Scheltungsverfahrens zusammen.

War jemand eine bewegliche Sache, chose movable, durch Urtheil zugesprochen, und das Urtheil gescholten, so sollte die Sache einem Dritten zur Verwaltung anvertraut und später dem Obsiegenden herausgegeben werden. Handelte es sich aber um unbewegliches Gut, possessions ou terres, so wurden wenigstens die Einkünfte desselben sequestrirt, während der Besitz der Sache der einen oder andern Partei verblieb[4]).

§ 4. **Die Entscheidung der Schelte.**

Allgemeine Entwickelung.

Die fränkischen Quellen beantworten die Frage, wie über die Schelte entschieden wurde, gar nicht, sondern setzen nur

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 48. — [2]) Navarre ch. LXXXVII. — [3]) Vgl. oben § 2. — [4]) De Fontaines ch. XXII 29. Von der chose movable heisst es, dieselbe soit ostée à celui qui la tient, et soit baillée à avenant garde, por estre rendue à la partie por qui ele devra; von poss. ou terres: tuit li fruit et totes les oisseus qui en vendront el tans del fausement ou après, soient mis en sauvegarde, et la possessions del fons remaigne à celui qui apela. Vorausgesetzt ist wohl, dass der Appellant hier bereits Besitzer war. War es der Gegner, so behielt dieser ohne Zweifel den provisorischen Besitz.

den Fall, dass der Beweis ihrer Richtigkeit gelang oder fehlschlug[1]). Hieraus hat man mit Recht geschlossen, dass dieser Beweis mit den gewöhnlichen Beweismitteln geführt wurde[2]).

Während der Herrschaft des Feudalismus nahm der Zweikampf im gerichtlichen Verfahren mehr und mehr überhand, und so wurde auch das faussement eine kampfbedürftige Klage. Diesen Charakter hat die Schelte im Orient auch noch in späterer Zeit beibehalten.

Im Abendlande suchte zuerst die berühmte Ordonnance contre les duels Ludwigs des Heiligen von 1257/58 den gerichtlichen Zweikampf überhaupt durch den Zeugen- und Urkundenbeweis zu ersetzen. Weiter verfügt dieselbe für die Schelte:

Se aucun viaut fauser jugement — — il n'i avra point de bataille, mais li claim et li respons et li autre errement dou plait seront raportés en nostre cort; et selonc les erremenz dou plet, l'en fera tenir ou depecier le jugement[3]).

Ausserhalb des Kronlandes drang aber diese Neuerung infolge der Unfügsamkeit der Feudalherren nur langsam durch, und eine Ordonnanz Philipps des Schönen von 1306 liess das Duell für gewisse Fälle wieder ausdrücklich zu[4]). Immerhin wurde das neue Verfahren wenigstens in den neugeschaffenen königlichen Beamtengerichten der baillis und prevots überall eingeführt[5]).

Schon weit früher hatte sich ein Instanzenzug ausgebildet. Es ist bereits oben erwähnt, dass schon fränkische Capitularien Appell an den König zuliessen[6]). Als sich dann der Lehnsverband ausgebildet hatte, galt zu Recht, dass jeder

---

[1]) Lex Salica 57, 3: si potuerit approbare; Lex Ripuaria 55: si postea convicti fuerint. — [2]) Brunner, Rechtsgesch. II S. 359. Dagegen Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. Leipzig 1889. Nach ihm wurde die Schelte schon in fränkischer Zeit durch Duell erledigt. — [3]) Abgedruckt in der Ausgabe d. Établ. von Viollet I p. 487. Vgl. auch Établ. I 7. — [4]) Viollet (Établ.) I p. 268. Ein Fall, in welchem das Duell bei der Schelte eines Feudalgerichts abkam, ist unten § 5 S. 46 Note 2 angeführt. Vgl. Tardif p. 2. — [5]) Ueber den Gegensatz und die Competenz der cours des chevaliers und der cours du bailli vgl. Warnkönig und Stein I S. 332 ff. und Schäffner II S. 205. 371. 418 ff. — [6]) Vgl. § 1 S. 35 zu Note 5.

Lehnsherr **mit** seinen Lehnsträgern und auch **über** dieselben zu Gericht sass, während er selbst wieder im Gerichte **seines** Oberherrn als Beisitzer fungirte und andererseits dessen Gerichtsbarkeit unterstand. Die Lehnshierarchie wurde auch für den „Zug" der Schelte massgebend; diese ging von den homes de la cour an ihren seigneur, von diesem aber an dessen Oberherrn.

Es cours ou li home jugent, **selonc ce que li homage vont en descendant**, li apel doivent estre fet en montant de degré en degré **sans nul segneur trespasser**[1]).

In den königlichen Gerichten wurde ein entsprechender Instanzenzug eingeführt. Die Schelte ging hier vom prévot an den bailli, vom bailli an den König[2]).

Das Bild, welches uns die Quellen des XIII. Jahrhunderts von diesem Rechtszustande geben, ist, da die Entwicklung noch nicht abgeschlossen, ein recht buntes und mannigfaltiges[3]).

§ 5. Fortsetzung.

Einzelheiten.

I. Was die **königlichen** Gerichte betrifft, so genügt es nochmals kurz daraufhinzuweisen, das die Schelte du prevost au bailli, du bailli au Roy ging, und dass sie nicht durch gages de bataille, sondern durch Prüfung des Sach- und Streitstandes erledigt wurde.

Auçois sont portés li errement du plét sor quoi li jugemens fu fes en le cort du segneur sovrain au bailli — ilueques est tenus por bons ou por malvès[4]).

II. In den **abendländischen Feudalgerichten** waren die gages de bataille noch die Regel. De Fontaines erwähnt die erremens gar nicht, und Beaumanoir stellt das Duell der

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 65. — [2]) Beauman. ibid. — [3]) Nach dem Sachsenspiegel Landr. II Art. 12 § 8 scheint das Duell auf das Königsgericht beschränkt gewesen zu sein. (Um ordel ne mut man niergen vechten denne vor dem rike.) Hier kämpfte der Scheltende selve sevede siner genoten (mit 6 Helfern) wider andere sevene. Sver die meri menie segevichtet, die behald dat ordel. Flandrische und holländ. Quellen führen als Beweismittel der Schelte das testimonium parium und den Eid mit Eidhelfern an. Bennecke S. 107. Brunner, Rechtsgeschichte II S. 359. Ein Instanzenzug war überall entwickelt. — [4]) Beauman. I ch. I 14. Vgl. Établ. I 7.

feudalen Gerichte geradezu als unterscheidendes Merkmal den erremens der königlichen Gerichte in Bezug auf die Schelte gegenüber [1]). Dass die Entwicklung allerdings in den Feudalgerichten selbst bereits im Fluss war, folgt daraus, dass Beaumanoir an einer Stelle einen simple appel und einen appel avec vilain cas unterscheidet und bemerkt, ersterer werde durch erremens, letzterer durch Duell erledigt; der Unterschied trete schon in der Formel entgegen, indem der a. a. vilain cas dem Gescholtenen persönlich böse Absicht unterschiebe (comme malvès que vos estes [2]). Bei der singulären Natur dieser Stelle kann aber im Folgenden von der Unterscheidung abgesehen werden.

A. Waren die hommes de la cour gescholten, so sollte der Zweikampf vor demselben Gericht stattfinden: li gage ne se doivent movoir de cele meisme cort [3]). Der Appellant musste gegen alle kämpfen, die dem angefochtenen Urtheil gefolgt waren, natürlich aber auch gegen den Urtheilsfinder. Beeilte er sich also zu schelten, bevor noch allseitig Folge geleistet war, so hatte er nur gegen einen oder einige wenige zu kämpfen.

Quant aucuns apele de faus jugement, et il atent tant que li jugemens est prononciés et que tuit li home se sunt acordé — il converroit qu'il se combatist toz seus encontre toz les homes. S' il avenoit que cil — se hastoit si d' apeler, qu'il ne se fussent acordé au jugement fors que deus ou trois ou plus, et non pas tuit, il converroit qu'il se combatist à toz cix qui se seraient acordé — et non pas à cix qui n' avroient pas encore dit lor acort du jugement [4]).

Um nicht durch schnelle Zustimmung überrumpelt zu werden, durfte man den seigneur, bevor man schalt, bitten, das Urtheil von einem der homes langsam vorsprechen zu

---

[1]) Beauman. I ch. I 14: Et ainsi n'est il pas de cix qui apelent du jugement que li home font, car li apiax est demenés par gage de bataille. — [2]) Beauman. II ch. LXVII 7. 8. Vgl. Fournier p. 156 ss. Warnkönig III S. 244 setzt den apel avec vilain cas dem faussement überhaupt, den apel simple dem amendement gleich. Diese Terminologie ist verwirrend. Ueber das Wesen des amendement vgl. oben § 1 II. — [3]) Beauman. II ch. LXI 49. — [4]) Beauman. II ch. LXI 45. 46.

lassen und die übrigen, çascun par soi et par loisir, zu befragen, ob sie folgen wollten [1]).

Besonderes galt, wenn der seigneur selbst als Partei vor seinem Hofe processirte und ein ihm ungünstiges Urtheil seiner eigenen Mannen anfechten wollte [2]). In diesem Falle ging die Schelte an den Oberherrn, en le cort du seigneur, di qui li sires tiens les homages, entfernte sich also von der court [3]).

B. War das Urtheil eines seigneur gescholten, so wurde darüber stets vor der nächsthöheren cour, eventuell also auch vor dem König als oberstem Lehnsherrn entschieden, und zwar fand die Entscheidung hier durch Zweikampf mit dem seigneur statt.

Se aucuns gentis home ot que ses sires li face mauvais jugemant, il puet moult bien dire: 'Cist jugemanz est faus et je n'an plaiderai ja plus par devant vos'. Et se li sires est bers, il s'en doit clamer en la cort le roi ou en la cort à celui de qui il tendroit. Et se li sires est vavassors — li autres s'en doit plaindre en la cort à celi de qui il tendra. — Et tout einsi apele an son seigneur de faus jugement, et en puet l'an bien jugier une bataille [4]).

Voraussetzung der Schelte des seigneur war übrigens, wenn dieser Lehnsherr des Scheltenden war, eine formelle Aufkündigung des Lehnsgehorsams und Rückgabe des Lehens [5]).

III. Im Orient lagen die Dinge viel einfacher. Hier bestand nicht der Gegensatz von königlichen und feudalen Gerichten wie im Abendlande, vielmehr gab es nur cours seigneuriales. Hatte hier doch das Königthum nicht der Feudalherrlichkeit erst Schritt für Schritt den Boden entziehen müssen, sondern gerade in ihr nach Eroberung des Landes und Lehensausleihung an die mächtigen seigneurs seine Stütze gefunden [6]). Die unsichere Lage des Staates nach aussen er-

[1]) Beauman. II ch. LXI 47 (B. nennt dies apeler sagement). — [2]) Der bailli musste, wenn er Partei sein wollte, allerdings establir autre juge, der seigneur eines Feudalhofes hatte dies nicht nöthig. Beauman. I. ch. I 24. 25. — [3]) Beauman. II ch. LXVII 7. — [4]) Établiss. I 86. — [5]) Beauman. II ch. LXI 27. Nus ne pot apeler son seigneur à qui il est hons de cors et de mains, devant qu'il li ait delaissié l'omage et ce qu'il tient de li. Vgl. Warnkönig III S. 243; Fournier p. 150. — [6]) Ueber die Gründung und Verfassung des Königreichs Jerusalem berichtet Jean d'Ibelin ch. I ff.

forderte aber auch eine um so unangreifbarere Sicherheit des Rechtslebens im Innern und darum noch eine bedeutende Verschärfung der strengen feudalen Principien.

Das einzige Mittel zur Entscheidung der Schelte war der Zweikampf. Jeder Angriff auf einen einzelnen Urtheilsfinder galt als solcher auf die gesammte cour. So heisst es:

Nul ne peut ne doit fausier esgart — que home de court facent, puisque le seigneur leur a comandé à faire; et qui le fera, il faussera toute la cour[1]).

Der Appellant musste folglich gegen alle hommes de la cour kämpfen, auch gegen jene, qui n'auront mie esté à la conoissance ou au jugement faire[2]). Diesem Schicksal entging er nur, wenn es ihm gelang, die Urtheilsfinder durch geschickte Fragestellung zu überlisten. Frug er nämlich, nachdem das Urtheil gefunden und Folge gethan war, die hommes: 'Lequel de vos a ce fait?' und antwortete einer von ihnen: 'Je l'ai fait', so brauchte er nur gegen diesen einen zu kämpfen. Die Antwort der hommes musste also lauten: 'La court l'a fait, et noz avec, car noz i fumes'; dann musste der Appellant gegen alle Theilnehmer der cour fechten[3]).

Allgemeine Giltigkeit muss man übrigens der Bestimmung des Jean d'Ibelin zusprechen, dass der Appellant seine sämmtlichen Gegner an einem Tage, en une orre de jor, zu besiegen hatte, wenn er die Schelte als richtig beweisen wollte[4]). Es genügte aber, wenn er die Gegner kampfunfähig machte, was schon aus dem üblichen Beweisangebot, rendre les morts ou recreants, folgt[5]). Setzte er allerdings versehentlich statt des ou ein et, so musste er seine Gegner tödten, um durchzudringen[6]). So weit ging der Formalismus des alten Rechts.

Da der seigneur im Orient, wie oben bereits erwähnt[7]), nicht gescholten werden durfte, fand die Entscheidung der Schelte hier offenbar stets vor dem gleichen Gericht statt. Die Quellen erwähnen wenigstens nirgends einen Instanzenzug.

---

[1]) La Clef LXVII. — [2]) Jean d'Ibelin CX. — [3]) Jean d'Ibelin ibid. Sagten einige 'nos feimes ce', so beschränkte sich das Duell entsprechend auf diese. — [4]) Jean d'Ibelin ibid. — [5]) Jean d'Ibelin ibid. — [6]) Vgl. Brunner, Wort und Form S. 692. Tardif p. 124. — [7]) Vgl. § 1.

§ 6. Die Stellvertretung beim Zweikampf.

Das Duell bei der Schelte war nicht verschieden von anderen gerichtlichen Zweikämpfen. Insbesondere galten hier wie dort die nämlichen Grundsätze für die Stellvertretung, die Bewaffnung und die Formalitäten. Obwohl also das Scheltungsverfahren in dieser Beziehung Besonderheiten nicht aufweist, scheint es doch geboten, die vorliegenden Studien durch eine Darstellung der Grundsätze des Duells zu vervollständigen [1]).

Regel war, dass der Appellant persönlich gegen die Appellaten kämpfte, und dass diese sich auch persönlich vertheidigten [2]). Gewisse Classen von Personen hatten aber eine gültige essoine, kraft deren sie an ihrer Statt andere zum Duell vorschieben durften [3]).

Eine solche essoine hatten Frauen, über 60 Jahre alte Personen und Krüppel, ferner Geistliche und Ordensleute [4]). Beaumanoir gewährt noch zwei anderen Kategorien eine essoine, nämlich den mit einem plötzlich auftretenden Uebel, wie Gicht und Schwindelanfällen, und den mit augenfälligen Krankheiten, etwa Wechselfieber, behafteten Personen.

Li tiers essoines si est s'il est accoustumés de maladie qui vient soudainement comme de goute artentique au de vertin. Li quars si est s'on est malades de quarantaines, de tierchaine ou d'autre maladie apertement seue sans fraude [5]).

Um das Simuliren von Krankheiten zu verhüten, schnitt man also Kranken, deren Uebel ein verborgenes, innerliches war, die essoine rundweg ab.

---

[1]) Beauman. II ch. LXI; Jean d'Ibelin ch. CIII ss. Reichliches Material giebt auch Pfeffer, Die Formalitäten des gottesgerichtlichen Zweikampfs in der altfranzösischen Epik (Zeitschrift f. roman. Philologie, herausg. von Dr. Gröber, IX S. 1 ff.), worauf i. a. verwiesen wird. Von besonderem Interesse ist diese Abhandlung deshalb, weil sie nicht aus eigentlichen Rechtsquellen schöpft. — [2]) Zum Verständniss der Ausdrücke „Appellant" und „Appellat" im hier verstandenen Sinne sei gesagt, dass appel i. a. jede kampfbedürftige Klage, apeler jedes venir à gages bedeutet. — [3]) Beauman. II ch. LXI 6. Et plusor essoines sunt par les quix, ou par l'un des quix, on pot avoir avoé. — [4]) Beauman. ibid. und Jean d'Ibelin ch. CVI führen die femmes, mahaigniés etc., La Clef CIX die prestres, clercs und gent de la religion an. — [5]) Beauman. II ch. LXI 6.

Diese Beschränkungen der Stellvertretung im Duell waren allerdings in Civilstreitigkeiten um bewegliche und den beweglichen gleichgestellte unbewegliche Sachen, en gages de muebles ou de catix, nicht vorhanden. Wer hier schilt, kann einen champion oder avoué stellen, soit qu'il ait ensoine ou qu'il n'en ait point[1]). Inwieweit diese von Beaumanoir erwähnte Uebung auch im Orient galt, kann zweifelhaft sein. Weiter geht übrigens noch De Fontaines. Nach ihm scheint es jeder Partei freigestanden zu haben, einen avoué in allen Sachen ohne peinlichen Charakter vorzuschieben. Es heisst hier: (il) n'est mie tenuz de mostrer essoine, car toz sans essoine puet-il metre avoé là où vie ne gist ou membres, d. h. wo es nicht um „Hals und Hand" geht[2]).

Es stand übrigens im Belieben des seigneur, auch demjenigen, dessen Gegner einen avoué hatte, die Wahl eines solchen ohne Rücksicht auf eine essoine zu erlauben[3]). Vaissette berichtet von einem Beispiel. Um 1048 klagte Bischof Bernhard von Conserans als Abt des Klosters Lézat eine dem Kloster zugewendete Schenkung ein. Die ritterlichen Erben bestritten die Schenkung, und mangels anderer Beweise kamen die Parteien imperante Ramondo Guilelmo et iudicante überein, den Streit durch beiderseits gestellte certatores ausfechten zu lassen[4]). Es steht nichts im Wege, die gleiche Möglichkeit auch für den Fall der Schelte anzunehmen.

Die essoine musste von dem, der einen avoué stellen wollte, nachgewiesen werden, und zwar, wie dies unten noch erörtert werden wird, am Tage des Duells nach der Präsentation[5]).

Verschieden von den erwähnten Fällen ist der Fall der Minderjährigkeit. Ein Minderjähriger war an sich handlungs-

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 14. Ueber die Bedeutung von catix vgl. das Glossaire bei Beauman. p. 508. — [2]) De Fontaines ch. XXII 13. — [3]) Vgl. Beugnot (Assises I p. 177). Einen weiteren Fall erwähnt De Fontaines. Vgl. S. 52 § 7 Note 5. — [4]) Claude de Vic et Vaissette, Histoire générale de Languedoc, Paris 1730/33. Tome II Preuves de l'histoire, p. 215. — [5]) De Font. ch. XXII 13 (mostrer doit son essoine); Beauman. II ch. LXI 6, ch. LXIV 8. Vgl. unten § 8.

und processunfähig; er konnte also zum Duell nie kommen, da er gar nicht in die Lage kam zu schelten[1]).

Die champions bildeten übrigens, wie anderwärts die Kämpen, einen geschlossenen Stand, welcher aus dem gerichtlichen Zweikampf ein Gewerbe machte und als unehrlich galt[2]).

§ 7. Die Bewaffnung beim Zweikampf.

Auch in Bezug auf die Bewaffnung der Kämpfenden war die Praxis der französischen Gerichte vermuthlich im Scheltungsverfahren keine andere als bei jedem andern gerichtlichen Zweikampf. Daher behandeln die Quellen auch in dieser Beziehung das Duell bei der Schelte nicht besonders, billigen also stillschweigend die Anwendung der allgemeinen Gewohnheiten auf die Schelte. Nur bei De Fontaines findet sich eine Specialvorschrift[3]).

Die Kampfweise der Edelleute war wie überall[4]) verschieden von derjenigen der Nichtadligen. Jene fochten in Eisenrüstung mit Lanze, Schwert und Schild, und auf gepanzerten Rossen sitzend, diese in einfachem Gewande, mit Knüttel oder Kampfstock und zu Fuss[5]). Unverändert konnte dies Princip dann Anwendung finden, wenn auf beiden Seiten Personen gleichen Standes kämpften, wenn also ein Ritter einen ritterbürtigen Urtheilsfinder oder seigneur[6]), oder aber ein Bürgerlicher einen Ritterbürtigen, welcher einen champion stellen durfte, appellirt hatte[7]). Ferner wird

[1]) La Clef CXX. Merme d'aage ne peut par l'assise apeler pour gage de bataille. Jean d'Ib. ch. CLXXXVII. Die Minderjährigkeit dauerte bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres. — [2]) Brunner, Rechtsgesch. II S. 597 Note 47. — [3]) De Fontaines XXII 14. — [4]) Vgl. Brunner, Rechtsgeschichte II S. 417. — [5]) Jean d'Ibelin ch. CIII. Et se il sont chevaliers, deivent aveir les chauces de fer chaussiées — et deivent estre armes ou champ de hauberc et de chauces de fer et de heaume à visière — — Et deit aveir un escu et une lance et deus espées — Et le chevau deit estre covert de covertures de fer. Jean d'Ibelin ch. CVIII. Totes manières de genz autres que chevaliers — se deivent combatre à pié, en bliaus ou en cotes rouges — et aveir tanevas reont dessuz et bastons de champions qui seient de cor nervés o une boce dessuz et une broche de oz dessóuz. Ueber den Kampfstock vgl. Brunner ibid. — [6]) Beauman. II ch. LXI 7. Se uns gentix hons apele un gentil home, il se combatent à ceval armé de toute armeures. — [7]) Vgl. Beauman. II ch. LXI 10. Se hons de poeste apele hons de poeste, il se combat à pié.

jeder Theil mit seinen Standeswaffen gekämpft haben, wenn auf einer Seite ein champion als Vertreter, auf der anderen ein Ritterbürtiger, sei es nun als Appellat oder Appellant, kämpfte. Denn man ist wohl nicht so weit gegangen, dem anrüchigen champion die ritterlichen Waffen zu gewähren; dem Ritterbürtigen aber seine Standeswehr zu entziehen, dazu lag gewiss kein Grund vor[1]).

Modificationen erleidet das Princip nur, wenn der Appellant und der Appellat verschiedenen Standes waren, und beide in Person kämpften. Gerade diesen Fall erörtern die Quellen[2]). Für die Schelte auszuscheiden ist allerdings der Fall, dass ein Ritter einen Bürger appellirte, denn die Bürger hatten keine Gerichtsbarkeit, konnten also nicht gescholten werden.

Appellirte oder schalt nun im Orient ein Bürgerlicher oder, wie die Quellen sagen, ein sergent einen chevalier, so kämpfte er gemäss dem Grundsatz: l'apeleir se doit combatre à celui qui il apele à la ley de bataille de celui qui est apelés[3]), in ritterlicher Wehr wie sein Gegner. Für die Zeugenschelte ist dies auch ausdrücklich ausgesprochen[4]). Allerdings war hierbei der Bürger insofern im Nachtheil, als er nicht gewöhnt war, mit ritterlichen Waffen umzugehen. Aus diesem Grunde, por l'usage des armes qu'il n'a pas si come li chevalier, gewährt De Fontaines dem scheltenden Bürger das Recht, mit bürgerlichen Waffen zu kämpfen, dem ritterlichen Gegner aber die Befugniss, einen champion zu stellen: dont je di que tel bataille doit estre à pié et par champion[5]). Uebrigens scheint im Abendlande die Uebung local verschieden gewesen zu sein. In Beauvoisis wenigstens behielt auch in diesem Fall jeder Theil die Kampfweise seines Standes bei.

---

[1]) Die Quellen geben hierfür allerdings keinen Anhalt. — [2]) Bauman. II ch. LXI 8, 9. De Fontaines XXII 14. — [3]) Navarre ch. X. Geoffroy le Tort XXV. Sergent war ein guerrier qui n'est pas noble. Beugnot (Ass.) Glossaire zu art. sergent. — [4]) Navarre ch. X. Et se celui qui lieve le garent est sergent et le garent chevalier, l'apellour se doit faire chevalier et se doit combatre à lui come chevalier. Vgl. auch Jacques d'Ibelin XVI. — [5]) De Fontaines XXII 14. Quant vileins est en jugement de chevaliers — et il fausse de jugement etc.

Se li hons de poeste apele gentil home, il se combat à pié, à guise de campion; et li gentix home à ceval, armés de toutes armes; car en aus deffendant, il est bien avenant qu'il uzent de lor avantages[1]).

Dies galt selbst, wenn der hons de poeste in den Besitz eines Ritterlehens, fief vilain, gekommen war, und jemand mit ihm de ce que au fief apartient plädirte. Er sollte dann im Allgemeinen einem gentix hons processualisch gleich stehen: sauf ce que s'il apeloit, il ne se combatroit pas comme gentix hons, mais comme hons de poeste[2]).

§ 8. Formalitäten des Zweikampfs.

Den Beginn des Duells bildete die Präsentation der Kämpfer[3]). Es war dies eine feierliche Vorstellung der Parteien in Person vor dem seigneur, welche üblicherweise durch einen besonderen Vorsprecher oder avocat erfolgte[4]). Die Präsentation fand nach Jean d'Ibelin en l'ostel du seigneur, also im Palast des Gerichtsherrn, statt[5]); nach Beaumanoir scheinen die Parteien sich auf dem Kampfplatz selbst vorgestellt zu haben[6]). Uebrigens gab es eine mehr und eine minder feierliche Präsentation (fete en especial und en general), welche jedoch sachlich nicht von einander verschieden waren. Im Allgemeinen lautete in beiden Fällen die Formel:

'Sire, vesci Pierres qui se presente par devant voz, par tant comme il doit, à la jornée d'ui contre Jehan, de tel liu'[7]).

Die Präsentation erfolgte in voller Rüstung.

Nach der Präsentation wiederholten die Parteien, in der Regel wohl auf dem Kampfplatz, den apel und die défense, worauf der seigneur das Duell anordnete (jugier la bataille)[8]). Alsdann mussten diejenigen, welche einen champion stellen wollten, ihre essoine vorbringen und den Kämpen vorschieben[9]). Der seigneur prüfte hierauf die Waffen der Kämpfer, liess beispielsweise ungleiche Lanzen entsprechend verkürzen und Schwerter und Speere, welche die Panzermaschen durchdringen

[1]) Beauman. II ch. LXI 9. — [2]) Beauman. II ch. XLVIII 11. — [3]) Ueber die Präsentation vgl. Tardif p. 96 ss. — [4]) Beauman. II ch. LXIV. — [5]) Jean d'Ibelin ch. CIII. — [6]) Beauman. ibid. — [7]) Beauman. II ch. LXIV 4. 5. — [8]) Beauman. II ch. LXIV 6. 8. Vgl. Tardif p. 99. — [9]) Beauman. II ch. LXIV 8.

konnten, ohne sie zu zerreissen, gegen andere eintauschen[1]). Beide Theile mussten dann je zwei Eide auf die Evangelienbücher ableisten. Im ersten beschworen sie feierlich ihr Recht, im zweiten, dass sie keine Zaubermittel, ne porcacié, art, barat, ni engieng, ne forcerie, anwenden wollten und keine Waffen ausser den öffentlich vorgewiesenen bei sich hätten[2]).

Endlich liess der seigneur crier trois bans. Der erste Bann gebot den Verwandten (lignage) der Parteien, sich zu entfernen, der zweite legte jedermann Schweigen auf, der dritte verbot den Zuschauern, den Kämpfenden durch Rede oder Zeichen beizustehen. Wer den Bann übertrat, verfiel in schwere Strafe[3]).

Nach diesen Vorbereitungen stellten sich die Gegner zum Kampfe auf, und zwar der Scheltende auf der einen, die Gescholtenen insgesammt auf der entgegengesetzten Seite des Kampfplatzes.

Il (i. e. l'appelant) deit estre d'une partie dou champ, et toz les autres homes de l'autre[4]).

Ueber die Reihenfolge, in welcher die Gescholtenen dem Appellanten zum Einzelkampf gegenüber traten, entschied deren Wahl.

Et un des homes, lequel que il esliront, se deit premier partir et combatre se à lui soul à soul[5]).

Ob diese Wahl durch Stimmenmehrheit oder durch Acclamation stattfand, ist nicht überliefert. Die Reihenfolge der Einzelkämpfe dauerte nach gemeingermanischer Gewohnheit bis zum Untergang der Sonne[6]). Waren bis dahin nicht alle Gescholtenen besiegt, so war der Appellant unterlegen.

Der seigneur hatte das Ergebniss des Kampfes zu verkünden und die den Besiegten treffenden Strafen zu vollstrecken[7]).

---

[1]) Jean d'Ibelin ch. CIII. — [2]) Beauman. II ch. LXIV 9. 10. Ueber den Zaubereid vgl. Brunner, Rechtsgesch. II S. 440. Nach Pfeffer S. 47 schworen die Parteien auf dem Kampfplatz, im Königszelt oder im Palast. — [3]) Beauman. II ch. LXIV 11. Vgl. Pfeffer S. 54 ff. — [4]) Jean d'Ibelin ch. CX. — [5]) Jean d'Ibelin ibid. Navarre ch. LXXXVII. — [6]) Pfeffer S. 60. Nur ausnahmsweise durfte der Kampf am nächstfolgenden Tage fortgesetzt werden. — [7]) Fournier p. 153.

§ 9. Zeitliche Beschränkung des entscheidenden Verfahrens.

Dem Appellanten stand es nicht frei, jederzeit nach seinem Belieben die Richtigkeit der Schelte zu beweisen, vielmehr war dieser Nachweis an gewisse Termine und Fristen geknüpft.

I. Was zunächst das Verfahren der königlichen Gerichte betrifft, so war bestimmt, dass die Schelte des bailli in der nächstfolgenden Session des Parlaments, au premier parlement après l'apel, verfolgt werden sollte. Die Quellen bedienen sich hierfür des Wortes porsivir son apel [1]). Innerhalb jeder Session hatten die baillis der einzelnen Landestheile in bestimmter Reihenfolge ihre dies ordinarii, an welchen sie im Parlament zugegen sein und ihre gescholtenen Urtheile vertreten mussten [2]). Es bedurfte also keiner besonderen Ladung des bailli durch den Appellanten [3]). Dieser hatte sich nur am ersten der für die betreffende baillie festgesetzten Tage coram deputato parlamenti zu präsentiren [4]). Durch die Präsentationen wurde die Reihenfolge der zu verhandelnden Processe der baillie bestimmt [5]). Wer die rechtzeitige Präsentation versäumte oder überhaupt die Verfolgung des Apels unterliess, wurde sachfällig: li jugemens demore bons, et est li apeleres atains de faus apel [6]).

Ueber die Schelte der prévôts schweigen die Quellen.

II. Umständlicher war für den Appellanten das Verfahren vor den Feudalhöfen, weil er hier die Gescholtenen rechtzeitig zu laden hatte.

In den orientalischen Quellen ist der Zeitpunkt der Entscheidung offenbar verschieden fixirt. Nach Navarra fand das Duell innerhalb einer vierzigtägigen Frist, vom Tage

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 66. — [2]) Vgl. Schwalbach S. 9, wo die in Boutaric, Actes du Parlement II n. 7603, überlieferte rôle des bailliages für 1325 abgedruckt ist, u. d. zu 3. angef. Stelle. — [3]) Beauman. II ch. LXI 66. Mais ajorner le bailli ne convient il pas fere qui ne veut, car il sunt toz jors ajornés as parlemens, as jors de lor baillies contre toz cix qui se voelent plaindre d'eus. — [4]) Schwalbach S. 61 (Stil. Parl. V 1. 5). — [5]) Schwalbach S. 62. 63 (Stil. Parl. V 2. 3). — [6]) Beauman. II ch. LXI 66. — Diese Präsentation ist von der beim feud. Zweikampf stattfindenden wohl zu unterscheiden.

der Schelte ab gerechnet, statt, wobei das Gericht im Uebrigen den Termin nach Belieben ansetzte. Es heisst mit Bezug auf die Schelte:

Et la bataille doit comencier dou jour que elle est guagée en avant toutes les feis que la court vaudra, et deit estre parfaite, dedens quarante jors puis qu'elle fu guagiée[1]).

Dagegen sagen Jean d'Ibelin und die Clef, dass die combats judiciaires im Allgemeinen au quarantisme jour ausgefochten, und nur bei Mord- und Todschlagsklagen lediglich trois jours de respit gewährt werden sollten[2]). Da hier für die Schelte keine besondere Norm aufgestellt wird, muss man wohl folgern, dass nach der Ansicht dieser Autoren auch der appel de faus jugement am vierzigsten Tage entschieden werden musste.

Im Occident waren für das Duell bei der Schelte eines Feudalgerichts gleichfalls Fristen bestimmt. Beaumanoir unterscheidet im Uebrigen die Schelte, welche an den Grafen von Clermont, den grössten Feudalherrn des Beauvoisis, und jene, welche an einen Vasallen desselben ging. Im ersten Fall sollte der Gescholtene zu der nächsten ordentlichen Sitzung des Grafengerichtes geladen werden, und zwar unter Wahrung einer vierzehntägigen Einlassungsfrist.

Et qui veut apeler en le cort le conte de Clermont des sougès le conte, il doit fere ajorner — à la première assise qui esquerra. Mais qu'il ait tant d'espasse que li ajornées puist avoir quinze jours ou plus — puis l'ajornement[3]).

Konnte die Frist nicht mehr gewahrt werden, so wurde der Gescholtene zu einem späteren Termine geladen. Im Uebrigen ist die Stelle — et se l'assise esquiest sitost qu'il ne puist avoir le dite quinzaine, il converroit avoir l'autre quinzaine après[4]) — dunkel: man kann zweifeln, ob der Appellat auf den 14. Tag nach der ersten Sitzung oder zu der nächsten ordentlichen Sitzung geladen wurde.

Ging die Schelte an einen Vasallen des Grafen, en le cort d'aucun des sougès, so musste die Entscheidung binnen

---

[1]) Navarre ch. LXXXVII. — [2]) Jean d'Ibelin ch. CIII. La Clef CIII. — [3]) Beauman. II ch. LXI 67. — [4]) Beauman. ibid (Assise heisst hier Sitzung).

40 Tagen erfolgen; den Gegner rechtzeitig zu laden, war Sache des Scheltenden.

Et ce doit il requerre (i. e. l'ajornement) qu'il soit fes dedens les quarante jors qu'il apela, ou il perdroit son apel par se defaute [1]).

Die Ladung erfolgte überall auf Grund eines besonderen praeceptum des Gerichtsherrn, adjornamentum genannt, durch den Appellanten, welcher sich dabei vereidigter Zustellungsbeamten bediente. Nur in den Feudalgerichten erhielt sich hier und da die Gewohnheit, den Gescholtenen durch seine Pairs zu laden. Es würde aber zu weit führen, näher auf das Ladungsverfahren einzugehen; Schwalbach und Tardif widmen demselben eine eingehende Erörterung, auf welche hiermit verwiesen wird [2]).

Das Unterlassen rechtzeitiger Ladung hatte die gleichen Folgen wie das apeler nicement [3]).

§ 10. Die Folgen des Entscheidungsverfahrens.

Allgemeine Folge des Unterliegens im entscheidenden Verfahren war das perdre son querele [4]). Umgekehrt hatte der Sieger seine Meinung im Scheltungsstreit unangreifbar erhärtet. War der Scheltende siegreich, so galt das Urtheil als faus, malvès und ungültig; waren es die Gescholtenen, so war das Urtheil bons et loiax und rechtskräftig. Ob das Urtheil Endsentenz gewesen oder nicht, machte keinen Unterschied.

Eingehend beschäftigen sich die Quellen nur mit den strafrechtlichen Folgen. Während die fränkischen Volksrechte [5]) sowie der Sachsen- und Schwabenspiegel [6]) dem Unterliegenden eine Geldstrafe auferlegen [7]), greifen in den französischen Coutumes vielfach peinliche Strafen Platz.

I. Im Verfahren der königlichen Gerichte finden sich allerdings ebenfalls nur Geldstrafen. Nach der Uebung des Parlaments, zahlte der unterliegende Appellant an den König, nicht an den gescholtenen bailli, eine Busse von 60 livres

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 67. — [2]) Schwalbach S. 31 ff. Tardif p. 46 ss. — [3]) Beauman. II ch. LXI 67. Vgl. oben § 2. — [4]) Beauman. II ch. LXVII 10. — [5]) Brunner, Rechtsgesch. II S. 359 ff. — [6]) Sachsensp. Landr. II Art. 12 § 5; Schwabensp. § 114. — [7]) Auch flandrische Keuren erwähnen eine Geldstrafe. Vgl. Bennecke S. 109. 118.

(Pfund). Der bailli dagegen hatte, wenn sein Urtheil umgestossen war, weder dem König noch dem Appelanten Busse zu zahlen[1]).

II. In den europäischen cours des chevaliers verlor der Scheltende, wenn er besiegt wurde, Pferd und Rüstung, welche dem seigneur zufielen, und büsste obenein mit einer Geldstrafe[2]). Wahrscheinlich betrug diese auch hier 60 livres und fiel an jeden der Gescholtenen[3]). Im Unvermögensfalle trat Gefängnissstrafe, Verbannung oder Leibesstrafe, und wenn der Appellant in einem Verfahren auf peinliche Klage gescholten hatte (quant il i cort vie et membre), wohl auch Todesstrafe ein[4]). Ausserdem verlor der Appellant das Lehen, wenn er seinen Lehnsherrn gescholten hatte[5]). Unterlag der Gescholtene, so verlor er le jugier et le justice de se terre, also Rechtsprechung und Gerichtsbarkeit, und zahlte dem Scheltenden gleichfalls 60 livres[6]). Die Gerichtsbarkeit des seigneur devolvirte auf den nächsthöheren Lehnsherrn; der Appellant ne tendra jamais riens de lui, einçois tendra dou chief seigneur[7]).

Wenn Beaumanoir als Strafe des Unterliegens bei dem sogen. appel avec vilain cas Tod und Vermögensconfiscation hinstellt[8]), so beweist dies, dass der Rechtszustand ein schwankender war.

III. Im Orient büsste der Unterliegende stets mit dem Tode; nur über die Todesart sind die Quellen nicht einig, insbesondere entscheidet sich Jean d'Ibelin für das Hängen, Navarra für das Köpfen[9]). War aber die cour besiegt, so

---

[1]) Vgl. Schwalbach S. 149 und die dort citirten Stellen des Stilus. — [2]) Beauman. II ch. LXVII 10: Cil qui se combat — de faus jugement — il ne pert fors que le querele et son ceval et ses armes, que li sires a, et l'amende as homes. — [3]) Analog nach Beauman. II ch. LXVII 9. — [4]) De Fontaines ch. XXII 10. — [5]) Établiss. I S. 86: Et se cil qui apele son seigneur de faus jugement — se il estoit vaincuz, il perdroit le fié. — [6]) Beauman. II ch. LXI 39. — [7]) Établiss. I 86. — [8]) Beauman. II ch. LXVII 7. Nachdem kurz vorher das Duell als Folge des ajouster avec l'appel v. c. erwähnt, heisst es: Et se li apiaus est tix que gages y ait, li vaincus pert le corps et l'avoir. — [9]) Jean d'Ibelin ch. CX: Et se il ne les vainc toz en un jor, il deit estre pendu. Navarre ch. LXXXVII.

wurden nicht alle hommes hingerichtet. Die cour galt zwar als fause à tousjors, aber nur der Letztbesiegte (!) besiegelte die Ehrlosigkeit des Gerichts als Sündenbock mit schmählichem Tode; le desrain de la court qui sera vencu, deit aver copée la teste au champ, et la lengue traite et decopée par menus morceaus devant tout le peuple, por li et por tous les autres lengues de tous ceaus qui firent le faus jugement[1].

Navarre schildert die barbarischen Gebräuche bei der Hinrichtung, u. a. das Herumtragen des auf eine Lanze gespiessten Kopfes durch einen Ausrufer, in behaglicher Breite[2].

Mit Recht schliesst Graf Beugnot aus den verschiedenartigen Angaben der Quellen über die Todesart, dass die Schelte im Orient wohl sehr selten vorkam[3]. Ibelin ertheilt auch selbst den Rath, die Schelte lieber zu vermeiden; Gott müsste schon offenbare Wunder (apertes miracles) thun, um dem Scheltenden durchzuhelfen[4].

Bei Frauen, welche gescholten hatten, trat übrigens an die Stelle der erwähnten Todesarten das Verbrennen.

Et se femme fait l'apel et son champion est vencu, elle sera arce[5].

Doch erwähnt Beaumanoir auch das Lebendigbegraben[6].

IV. Der besiegte champion büsste im Orient gleichfalls mit dem Tode. So heisst es von der Zeugenschelte:

Et se il met champion por sei, et il est vencu, il seront amdeus penduz[7],

eine Stelle, die wohl auf die Urtheilsschelte analog anzuwenden ist. Wo der Scheltende nur eine Geldbusse zahlte, also im europäischen Frankreich, sollte der champion doch wenigstens die Hand verlieren. Man glaubte durch diese Aussicht seinen Herrn am leichtesten vor feigem Verrath zu schützen.

Et li champions vaincus a le poing copé, car se n'estoit por le mehaing qu'il emporte, aucuns, par barat, se porroit

---

[1]) Navarre ch. LXXXVII. Le desrain ist le dernier. — [2]) Navarre ibid. — [3]) Assises Édit. Beugnot I p. 562 note b. — [4]) Jean d'Ibelin ch. CX. — [5]) Jean d'Ibelin ch. CIV. — [6]) Beauman. II ch. LXIV 10. Pfeffer S. 63. — [7]) Jean d'Ibelin ibid. Vgl. auch Jean d'Ibelin ch. CVI und La Clef CXIX.

faindre par loier et se clameroit vaincus, par quoi ses mestres emporteroit le damace et le vilonie, et cil emporteroit l'argent[1]).

Die Sitte der Verstümmlung war übrigens uralt und in ganz Europa verbreitet[2]).

§ 11. Die Schelte der orientalischen cour des bourgeris.

Eine Ausnahmestellung nahm die Schelte ein in den die Streitigkeiten der Bürger entscheidenden cours des bourgeois des Orients, in denen bürgerliche jurés unter dem Vorsitze eines vicomte richteten[3]). Hier war die Schelte verboten und strafbar. Etwas volltönend bemerkt der Livre des Assises:

Nulli hominum degenti sub principatu civitatis dei est permissum iudicium a iudicibus in curia prolatum infringere vel vacuare[4]).

Wer dennoch schalt, durfte seine Ansicht nicht durch Zweikampf beweisen[5]), sondern büsste nach Navarra schlankweg mit dem Tode; begnadigte ihn der seigneur der nächsten haute cour, dem die Execution auch hier oblag, so kam er mit dem Verlust der Zunge davon[6]).

Der seigneur hatte bei jeder Schelte von Amtswegen einzuschreiten. Das Verfahren war ein summarisches; bezeugte die angegriffene cour die Schelte, so fand die Execution sens autre garentie et sens autre preuve statt[7]).

Während Navarra die Todesstrafe androht, begnügen sich die Assises de la cour des bourgeois mit einer Geldstrafe von LXVII livres et demie an jeden Geschworenen und dem Doppelten (deux itans) an den seigneur[8]). Graf Beugnot erklärt diesen Widerspruch dadurch, dass er die Geldstrafe nur für den Fall eintreten lässt, dass der Appellant rechtzeitig von seinem Reuerecht Gebrauch gemacht habe[9]). Wer nämlich

---

[1]) Beauman. II ch. LXI 14. Mehaing ist mutilation. — [2]) Interessantes Material in Ass. Édit. Beugnot I p. 175 note a. — [3]) Ueber die Gerichtsverfassung im Orient vgl. Schäffner III S. 105 ff. — [4]) Livre des Assises ch. CCLXVIII. — [5]) Navarre ch. LXXXVII. — [6]) Navarre ibid.: Il deit aver la teste copée, et le gringor merci que le seigneur en puist aver — si est de faire coper la lengue. — [7]) Navarre ibid. — [8]) Livre des Assises ch. CCLXVIII. Subsidiär trat auch hier Abschneiden der Zunge ein. — [9]) Assises Édit. Beugnot II p. 203 note a.

wie in der Haute Cour förmlich Abbitte leistete, wurde nicht geköpft, sondern nur auf Jahr und Tag aus der cour verbannt [1]. Daneben hätte ihn dann die Geldstrafe getroffen.

Abgesehen von der Strafe verlor der Appellant auch noch den Process, por quei il a desmenti la court [2].

Die grausame Strafe des Scheltenden sollte die bürgerliche cour vor den Angriffen rauflustiger Adliger schützen. Indessen wäre es hart gewesen, von diesen zu verlangen, dass sie jedes ungerechte Urtheil der cour gelassen anhörten. Man gestand ihnen also das Recht zu, sich jederzeit vor der cour durch sergents vertreten zu lassen. So verhütete man, dass plötzliche Aufwallung sie zur Schelte und somit in den sicheren Tod fortrisse [3].

§ 12. Der neuere appel de faus jugement als Erzeugniss germanischer Rechtsideen.

Zum Schluss ist noch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der appel de faus jugement in seiner neueren Gestalt, wie er sich in den königlichen Gerichten ausgebildet, überhaupt in organischem Zusammenhang mit der altgermanischen Schelte der Feudalgerichte stehe. Warnkönig verneint diesen Zusammenhang und behauptet, der neue appel sei erst aus dem Gebiete des römischen Rechts in das des Landrechts eingewandert; er griffe nicht mehr die Person des Richters an, sondern wende sich gegen das Urtheil selbst [4].

Die vorangehenden Untersuchungen zeigen das Irrthümliche dieser Ansicht. Wenn Warnkönig als Beweis anführt, dass der neue Appell nicht mehr durch Zweikampf erledigt werde, so ist dies Argument hinfällig, da in der fränkischen Zeit gleichfalls die gewöhnlichen Beweismittel, nicht nur das Duell, zur Entscheidung führten [5]. Ferner ist auch im königsgerichtlichen Verfahren noch immer der Richter gehalten, sein Urtheil in der Oberinstanz zu vertheidigen, gerade

---

[1] Navarre ch. LXXXVII: Il ne deit venir en cele court par besoing que il ait etc. — [2] Navarre ibid. — [3] Navarre ibid.: Et aussi se pevent garder les chevaliers de peril desus moti en quei il seroient encheus, se ire ou surcuidance lor fist dire que la Court des Bourgeois est fause. — [4] Warnkönig III S. 553 ff. — [5] Vgl. oben § 4.

so wie dies dem Feudalherrn obgelegen hatte[1]). Hieran ändert die Thatsache nichts, dass im späteren Parlamentsprocess der Scheltende den früheren Gegner daneben laden oder adcitiren durfte, wodurch er sich Aufschub der Vollstreckbarkeit verschaffte[2]). Endlich beweist das noch in den cours royales geltende Strafsystem, dass der appel noch immer den Richter und in ihm die königliche Gewalt angriff[3]).

Erst von dem Moment an, wo nicht mehr der Richter selbst als Partei galt, insbesondere mit dem Institut der Actenversendung, hat ein der römischen Appellation analoges Rechtsmittel die alte Schelte verdrängt. Der neue appel de faus jugement, das appeleeren der niederländischen Keuren, ist vielleicht durch römische Anschauungen beeinflusst[4]), hat sich aber, wie Bennecke richtig bemerkt, aus reinem deutschen Rechte entwickelt[5]).

Sache einer richtigen Terminologie ist es, diese organische Verwandtschaft zum Ausdruck zu bringen. Daher ist in diesen Untersuchungen der appel der cours des baillis, wie es schon die Ordonnance Ludwigs des Heiligen thut[6]), auch sprachlich durchaus dem faussement untergeordnet worden.

---

[1]) Vgl. oben § 9 I. — [2]) Schwalbach S. 29 ff. — [3]) Vgl. oben § 10 I. — [4]) An das römisch-kanonische Recht lehnt sich vielleicht die Bildung eines Instanzenzuges an. — [5]) Vgl. die eingehenden Untersuchungen bei Bennecke S. 110 ff. — [6]) Arg. verb.: Se aucun viaut fauser jugement — il n'i avra point de bataille, mais li claim et li respons — seront raportés en nostre cort. Oben S. 44 zu Note 3.

III.

Königsschutz und Fehde.

Von

Herrn Professor Dr. **Alfred Halban-Blumenstok**

in Czernowitz.

Gregor von Tours erzählt im 27. Cap. des IX. Buches seiner Hist. Franc. folgenden Fall: Ein ostfränkischer Grosser, Amalo, sehnte sich nach dem Besitze einer gewissen freigeborenen Jungfrau. Er entführte sie mit Gewalt und gewaltsam wollte er sie zur Erhörung seines Wunsches zwingen[1]; sie aber tödtete ihn, wie einst Judith, während er schlief. Hierauf flüchtete sie sich nach Chalons-sur-Saône an den Hof König Guntrams und bat um Schutz. „Tunc rex misericordissimus non solum ei vitam donavit, verum etiam praeceptionem tribui iussit, ut in verbo suo posita a nulla umquam parentum defuncti illius in aliquo molestiam pateretur".

Wir haben es also mit einem ganz eigenthümlichen Falle des königlichen Schutzes zu thun; in Folge dieses Schutzes wird die betreffende Person der allgemein geltenden Fehde entzogen; die Familie des Erschlagenen kann ihr gegenüber von einem so wichtigen und so allgemeinen Rechte, wie es das germanische Fehderecht war, keinen Gebrauch machen.

Es ist also dieser directe Eingriff in das geltende Recht zu untersuchen und es ist zu erörtern, ob ein derartiges Privilegium durch das Wesen des königlichen Schutzes gerechtfertigt erscheint, ob es mit dem Königsschutze nothwendiger-

[1] Er erreichte aber seinen Zweck nicht; am Schlusse des Cap. lesen wir: „Verumtamen hoc, Deo praestante, cognovimus, quod puellae castitas non est a dereptore saevo ullatenus violata".

weise verbunden war, oder bloss ausnahmsweise hinzugefügt wurde.

Bekanntlich ist der Königsschutz noch nicht hinreichend untersucht worden und trotz hochwichtiger, sehr anregender Studien, fehlt doch noch Manches zu einer befriedigenden und abschliessenden Darstellung. Sickel[1]) und Brunner[2]) haben allgemeinen und speciellen Schutz unterschieden und dies Resultat ist wohl aufrechtzuerhalten. Der fränkische König ist Schutzherr aller Volksgenossen[3]); sein Schutzrecht und seine Schutzpflicht kann in dieser das ganze Volk umfassenden Allgemeinheit nur als Ausfluss der königlichen Stellung gelten, denn als Inhaber der Volksgewalt ist der König berechtigt und verpflichtet die Rechte aller Volksgenossen zu wahren, die Interessen Aller zu vertreten, die harmonische Entwicklung zu ermöglichen. Dieser allgemeine Schutz aber ist eben seiner Allgemeinheit wegen eher von staatsrechtlicher, als von muntrechtlicher Bedeutung; er kann nicht zur Grundlage einer den Einzelnen privilegirenden Stellung werden, und deshalb begegnen wir einer Aeusserung dieses Schutzrechtes nur ausnahmsweise, z. B. da, wo es sich um Personen handelt, die aus ihrem Familienverbande getreten sind[4]) oder überhaupt keinem echten Familienverbande angehörten[5]).

Ganz anders ist der specielle Schutz beschaffen; anscheinend an die römische tuitio[6]) angelehnt, seiner Entstehung und seinem inneren Wesen nach ganz germanisch, begründet die königliche Munt wichtige Folgen: die Mitglieder des königlichen Schutzverbandes stehen im Genusse processualer Vorrechte, die eine directe Berufung an das Königsgericht ermöglichen[7]), und jede irgendwie geartete Verletzung ihrer Rechte ist durch eine Königsstrafe zu büssen, ganz abgesehen von der Strafe, die nach allgemeinem Rechte zu verhängen ist[8]).

---

[1]) Beitr. z. Diplomatik III (Sitzungsber. d. k. Akad. d. Wiss. in Wien, Phil.-hist. Cl. XLVII 241 ff.). — [2]) Deutsche R.-Gesch. I 273, II 48 f. — [3]) Brunner l. c. II 42. — [4]) L. Sal. LXII. — [5]) Z. B. die cartularii (s. L. Rib. LXI, Cap. L. Rib. add. ex a. 803 c. 10). — [6]) S. Cassiodors Var. II 29, VII 39. — [7]) Brunner l. c. 49 f. — [8]) S. diesbezüglich die Formeln, die wir weiter unten besprechen.

Der königliche Schutzverband ist also ein Rechtsverband, der ausserhalb des allgemeinen staatsrechtlichen Verbandes der Volksgenossen besteht und auf einer ganz anderen Grundlage errichtet ist. Während der König bei der Geltendmachung seines allgemeinen Schutzrechtes als Oberhaupt des Volkes aufzutreten hatte, trat er seinem engeren Schutzverbande gegenüber in einer ganz anderen Eigenschaft auf; sowie der engere Schutzverband dem staatsrechtlichen Volksverbande fremd gegenüberstand, ebenso war auch die diesbezügliche Thätigkeit des königlichen Schutzherrn von seiner Thätigkeit als Oberhaupt des Volkes verschieden. Durch eigene Strafbestimmungen und dem Volksrechte fremde Strafen wird dieses königliche Machtgebiet gesichert und alles trägt zur raschen Ausdehnung dieses Machtgebietes bei[1].

Selbstverständlich konnte aber eine so geartete Unterscheidung des allgemeinen Volksrechtes von dem Rechte des speciellen Schutzverbandes praktisch nicht gut durchgeführt werden. Mochte der König auch noch so sehr auf die Wahrung der Grenzen seiner Competenz bedacht sein, mochte er noch so klar einsehen, dass das allgemeine Recht nicht unterschätzt werden dürfe, so lag es doch auf der Hand, dass die Folgen des königlichen Schutzrechtes und die den speciellen Schützlingen gewährten Vorrechte sich auch im Gebiete des allgemeinen Rechtes äussern müssen. Die processualen Privilegien berührten die allgemeine Gerichtsverfassung, die Königsstrafe bewirkte eine hochwichtige Aenderung des Strafausmasses, indem doch der allgemeinen gesetzlichen Strafe noch eine andere hinzugefügt wurde, die oft in gar keinem Verhältnisse zum Verschulden stand.

Aber all' dies konnte doch theilweise entschuldigt und erklärt werden.

Denn ganz abgesehen davon, dass der Schutzverband an und für sich dem urgermanischen Antrustionate analog ist, dass also das Volk an die Existenz solcher Verbände genügend gewöhnt ist und daher auch ihre Folgen milder beurtheilt, ist noch in Betracht zu ziehen, dass die den Schützlingen ge-

[1]) Geradezu als ius speciale erscheint es z. B. in Capit. Aquisgr. ex 801—813 c. 2.

währten processualen Vorrechte in der Natur des germanischen Processes gewissermassen begründet sind. Der germanische Process berücksichtigt in hohem Grade die persönlichen Eigenschaften der einzelnen Individuen. Wir können hier selbstverständlich diese Anschauung nicht weiter entwickeln, möchten aber doch darauf hinweisen, dass z. B. die salfränkische „mannitio", wie Brunner[1]) bemerkte, offenbar auf sesshafte Volksgenossen Anwendung findet; hierdurch erschien es nothwendig für die Antrustionen, bei denen andere Merkmale als das der Sesshaftigkeit ausschlaggebend waren, eine andere Ladung, die „rogatio" einzuführen. Es wäre wohl schwer zu sagen, auf welche Weise Personen, die weder Volksgenossen, noch ansässig waren, vorgeladen wurden; es wäre aber nur consequent, wenn die Gesetzgebung, also im VI. Jahrhundert der König, Rechtssätze, die aus irgend welchen Gründen auf einzelne Personen nicht angewendet werden konnten, durch andere ersetzte.

Dasselbe bezieht sich auf den Eid der Antrustionen[2]) und auch da ist zu bemerken, dass der Fremde schon der Anzahl der Eideshelfer wegen bezüglich des Eides in einer sehr peinlichen Lage sein musste; also auch in diesem Falle wäre an die Anwendung des volksrechtlichen Processes, der offenbar nur mit den Verhältnissen der Volksgenossen rechnete, nicht zu denken. Desgleichen bezüglich der Vertretung; das Volksrecht schliesst ja bekanntlich die Vertretung aus; und dennoch war sie in einzelnen Fällen durchaus nothwendig; wenn eine streng beobachtete Familienorganisation von der Vertretungsmöglichkeit absehen konnte, so war es doch bei dem langsamen Verfalle dieser Organisation, bei dem hierdurch ermöglichten Ausscheiden einzelner Personen aus jeglichem Familienverbande nicht gut möglich, das Vertretungsprincip gänzlich von der Hand zu weisen. Wenn man von diesem Standpunkte aus die Entwicklung des germanischen Gerichtsverfahrens beobachtet und hierbei seine Grundprincipien fortwährend im Auge behält, so gelangt man zur Ueberzeugung, dass der ursprünglich einheitliche Process vielfach eine differenzirende Entwicklung durchmacht und dass für die Art dieser fort-

---

[1]) l. c. II 334. — [2]) Brunner l. c. II 345.

währenden Differenzirung die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse und Eigenschaften der interessirten Individuen von hoher Bedeutung ist. Somit sind wir wohl in der Lage die wahre Stellung der processualen Privilegien im allgemeinen Rechtsleben kennen zu lernen.

Dem Schutzverbande gehören bekanntlich vorwiegend kirchliche Anstalten, Wittwen, Minderjährige und Fremde an; diese Anstalten und Personen befinden sich also in Verhältnissen, die eine regelrechte Anwendung aller volksrechtlichen Sätze unmöglich machen, oder doch bedeutend erschweren; gewisse Ausnahmen erscheinen also gerechterweise geboten und man darf wohl behaupten, dass es zur Statuirung solcher Ausnahmen auch dann gekommen wäre, wenn ein specieller Königsschutz nicht bestanden hätte; nicht für königliche Schützlinge, sondern einfach für Personen, auf die das Volksrecht nicht vollständig angewendet werden kann, hätte die Gesetzgebung, schon um diese Personen nicht rechtlos zu machen, ähnliche Privilegien einführen müssen.

Die processualen Vorrechte der königlichen Schützlinge sind im Grossen und Ganzen nur als das Ergebniss jener königlichen Thätigkeit zu betrachten, durch welche fühlbare Lücken des Volksrechtes ergänzt wurden. Wir wären durchaus nicht geneigt, hierin einen principiellen Gegensatz zwischen Königsrecht und Volksrecht zu erblicken. Wenn das allgemeine Recht (Volks- und Königsrecht) nicht hinreichte, dann musste das oberste Gesetzgebungsorgan, also im VI. Jahrhundert wohl der König, für die entsprechende Entwicklung Sorge tragen[1]). Ein solcher Fall trat hier ein; es könnte also höchstens vorgehalten werden, dass es der König in Ausnützung seiner dehnbaren Gewalt unterliess, das Volksorgan an dieser Entwicklung des Rechtes theilnehmen zu lassen, aber materiell wäre eine Schädigung des Volksrechtes nicht anzunehmen, denn es handelte sich um Fragen, deren gerechte Lösung durch das allgemeine Volksrecht nicht erfolgen konnte. Die durch ähnliche Vorgänge beschleunigte Abschwächung des Volksrechtes und Stärkung des monarchischen Gesetzgebungsrechtes ist jedenfalls nur als das Ergebniss dieser Entwicklung,

---

[1]) S. über diese Frage Dahn, Kön. d. Germ. VII. II. Hälfte 39.

nicht aber als Resultat eines etwa a priori vorhandenen und bewussten Gegensatzes zwischen Volksrecht und Königsrecht aufzufassen [1]).

Die Strafe, welche jedem drohte, der sich erkühnte, eine im königlichem Schutze stehende Person widerrechtlich zu schädigen oder anzugreifen, kann damit erklärt werden, dass es nur durch Bestimmung hoher Strafen möglich war, die Wirksamkeit der vorher besprochenen processualen Vorrechte zu wahren. Vom Standpunkte der Gesetzgebungstechnik ist wohl zuzugeben, dass das Mittel nicht vollkommen entsprechend gewählt war; derselbe Vorwurf könnte aber alle Bannstrafen treffen; vom Standpunkte der Gesetzgebungspolitik dagegen war eine solche Massregel nothwendig. Bedenken wir nur, wie leicht es gewesen wäre, durch allerlei willkürliche Chicanen diese wichtigen und nothwendigen processualen Vorrechte illusorisch zu machen und die Privilegirten an der Ausnützung ihrer Rechte zu hindern. Auch wenn Willkür und Chicane im gewöhnlichen Volksgerichte strafbar gewesen wären, so wäre es doch eben dem privilegirten Schützlinge oft schwer oder unmöglich gewesen, in einem solchen Gerichte sein Recht zu behaupten. Wir wollen durchaus nicht sagen, dass in jedem einzelnen Schutzfalle dieselbe Nothwendigkeit der Gewährung derselben processualen Vorrechte vorlag; namentlich ist man zur Zeit der Karolinger diesbezüglich mit geringer Umsicht vorgegangen; principiell aber kann man wohl behaupten, dass die dem speciellen königlichen Schutze entspringenden Privilegien durchaus nicht grundlos waren, dass sie das allgemeine Rechtsgebiet nicht willkürlich berührten, dass sie vielmehr ausserhalb des allgemeinen Rechtsgebietes gelegen waren und dass ein Widerspruch zwischen diesen Privilegien und dem allgemeinen Volksrechte nur dann erfolgte, wenn dringende Gründe dies im Interesse der Gerechtigkeit nothwendig machten.

Dies wird auch durch die fränkischen Formeln genügend

---

[1]) Es fehlt auch nicht an Beweisen dafür, dass man es verstanden hat, massvoll vorzugehen, und den Privilegienstandpunkt einschränkend zu wahren. L. Sal. 106 (De antruscione) beweist, dass das auf die ambascia dominica bezügliche processuale Vorrecht eines Antrustio einem andern Antrustio gegenüber wirkungslos ist.

bestätigt. Abgesehen von den auf den speciellen Judenschutz bezüglichen, kommen sieben Formeln für unsere Frage in Betracht. Sie beweisen sämmtlich, dass die Aufnahme in den speciellen Schutzverband nicht grundlos erfolgte.

Die älteste dieser Formeln (Marc. I 24) erwähnt „malorum hominum inlicetas infestationes“; diese rechtswidrigen Angriffe sind es gewesen, die die Schutzertheilung bewirkten, nachdem dies offenbar die einzige Möglichkeit war, den Wehrlosen zu schützen. Aehnlich in form. imper. 45; auch hier heisst es „ut eos propter malorum hominum infestaciones sub sermonem tuicionis nostre susciperemus“. In anderen Fällen erscheinen die persönlichen Verhältnisse und Eigenschaften als Begründung des Schutzes: Addit. Marc. 2 bezieht sich auf ein dem Könige commendirtes Kloster; da ist es also selbstverständlich, dass Streitigkeiten, welche die Güter dieses Klosters betreffen, so wie alle Streitigkeiten um königliches Gut nur durch das Königsgericht entschieden werden können. Der form. Senon. 28 liegt ebenfalls eine Commendation zu Grunde und auch in form. imper. 48 wäre sie zu vermuthen. Für die letztere fällt es übrigens nicht schwer den eigentlichen Grund des Schutzes zu finden; es handelt sich um eine Wittwe; es sind also hier, so wie in form. imper. 55, wo von Freigelassenen die Rede ist, die persönlichen Eigenschaften als Motiv der Schutzertheilung zn betrachten. Die Freigelassenen hatten angesichts der germanischen Familienverfassung nicht die Stellung, die es ihnen möglich gemacht hätte, dem Volksrechte in Allem zu entsprechen, und auch die Wittwe konnte, namentlich wenn sich innerhalb der Familie Schwierigkeiten ergaben, sehr schutzbedürftig sein. So wäre also nur in form. imper. 32 der Grund der Schutzertheilung fraglich.

Aber noch wichtiger ist es, dass auch die Rechtsfolgen des Königsschutzes, so wie sie uns in diesen Formeln entgegentreten, thatsächlich in jeder Beziehung dem oben entwickelten Begriffe des Schutzes entsprechen und die durch die praktische Stellung des Schutzes gezogene Grenze nicht überschreiten. Die obenerwähnte Formel Marc. I 24 fasst nur „inlicetas infestationes“, also ausdrücklich nur widerrechtliche Angriffe ins Auge; die durch das Schutzrecht eingeführte Neuerung besteht nur darin, dass an und für sich

unerlaubte und strafbare Handlungen, wenn sie gegen einen königlichen Schützling begangen werden, härter gestraft werden, weil sie in diesen Fällen zugleich auch eine Uebertretung des königlichen Machtgebotes involviren. Ebenso in form. imper. 32; auch hier heisst es: „ut nullus ex vobis ... eundem hominem de quibuslibet iniustis atque illicitis occasionibus contra legem et contra iustitiam inquietare, aut infestare etc.". Desgleichen in form. imper. 48: „ut nullus eam abhinc ... inquietare, aut aliquam contrarietatem facere, nec de rebus eius, quas iuste et legaliter moderno tempore habere et possidere videtur, contra iuris et rationis ordinem interpellare, vel aliquam inquietudinem facere praesumat; sed liceat ei ... dum advixerit, in rebus suis propriis quiete et secure, absque inlicita infestatione aut contrarietate residere". Und nochmals dieselbe Motivirung in form. imper. 55: „De nullis quibuslibet iniustis et inlicitis occasionibus, contra legem et contra iustitiam inquietare atque infestare".

Diese Ausdrucksweise ist von grosser Bedeutung; wir entnehmen ihr, dass der königliche Schutz durchaus nicht eine Bereicherung der Rechte des Schützlings anstrebte, dass es ihm durchaus nicht darum zu thun war, seinen Besitz zu vermehren, die materielle Stellung des Schützlings zu heben; es handelte sich vielmehr nur um eine allerseits wirksame Sicherung der dem Schützlinge an und für sich zukommenden Rechte.

Damit stimmen auch andere Sätze der Formeln überein.

In Addit. Marc. form. 2 heisst es: „nullus inquietare nec condemnare, vel aliquid de rebus eius minuare omnino non presumatis"; ähnlicher Ausdrucksweise begegnen wir in form. Senon. 28; iuristisch präciser in form. 41 form. imp. „ut nullus vestrum de eorum rebus propriis, aliquid ab eis contra rationis ordinem abstrahere ... sed liceat eis sub nostra defensione ac tuitione absque cuiuslibet contrarietate in eorum proprio quiete residere". Sowohl in dieser Formel, wie auch in der vorerwähnten Form. 48 derselben Sammlung erscheint das Verbot der widerrechtlichen Behelligung in ausdrücklicher Verbindung mit der Bestimmung, dass all' dies sich nur auf dasjenige beziehe, was die betreffende Person rechtmässig besitzt. Die königliche Kanzlei will somit allen Zweifeln vor-

beugen, sie wahrt die Grenzen des Schutzes und thut ihr Möglichstes, um auch jeden Schein von Absichten, die dem königlichen Schutzherrn ferne liegen, zu vermeiden.

Wir sehen also, dass der Königsschutz in Bezug auf sein Verhältniss zum allgemeinen Rechte seiner Grundidee treu bleibt, dass man sich von dem allgemeinen Rechte nur da entfernt, wo dies unumgänglich erscheint.

Fassen wir nun nach dieser Erörterung den von Gregor von Tours erzählten Fall nochmals ins Auge:

Einer freigeborenen Person drohte die Entehrung; sie mordet denjenigen, der sie entehren will, während er schläft, und da sie die Blutrache seiner Verwandten fürchtet, flieht sie an den Königshof; der König gewährt ihr seinen Schutz und verbietet den Verwandten des Ermordeten, Rache zu üben.

Es ist also zu ergründen, inwiefern der vorliegende Fall des königlichen Schutzrechtes von dem soeben erörterten Grundprincipe des Schutzes abweicht und zwar sowohl bezüglich der Begründung der Schutzbewährung, wie auch bezüglich der Rechtsfolgen.

Die Begründung des Schutzes entspricht in diesem Falle streng genommen den üblichen Anforderungen nicht ganz; wenigstens ist es nicht bekannt, ob die üblichen Voraussetzungen vorliegen. Wir haben keinen Grund anzunehmen, dass die bedrohte Person, deren freie Geburt ausser Zweifel ist, keinem Familienverbande angehöre; auch wissen wir nicht, ob die Familie, der sie angehört, eine einflussreiche ist oder nicht; es ist also nicht festzustellen, ob die üblichen Voraussetzungen des königlichen Schutzes vorliegen, oder nicht, d. h. ob aus irgend welchen Gründen in diesem Falle die Fehde als ungerecht erscheinen konnte.

Aber selbst wenn wir zugeben, dass diese Person keinem Familienverbande angehörte, dass sie also in hohem Grade auf den königlichen Schutz angewiesen war, so ist doch zu constatiren, dass die Rechtsfolgen des Schutzes in diesem Falle die üblichen Grenzen überschreiten.

Denn vorerst ist zu bemerken, dass der König die Folgen seines Schutzes auf vorher vorgefallene Thatsachen anwendet, also geradezu rückwirken lässt und keine Rücksicht darauf nimmt, dass diese Person zur Zeit, als sie das Ver-

brechen beging, noch nicht in seinem Schutze stand. Dem gegenüber ist auf die bekannten Formeln zu verweisen; dieselben lassen diesbezüglich keinen Zweifel. Addit. Marc. 2 wendet den Schutz ausdrücklich auf jene Güter an „que ad presens habere videntur, vel inantea .... conlatam fuerit"; form. imper. 48: „de rebus eius quas iuste et legaliter moderno tempore habere et possidere videtur"; form. imper. 55: „de rebus eorum, quas moderno tempore iusto et legali modo tenere et possidere dignoscuntur, vel .. simili modo adquirere potuerint". Auch auf die Personen wird dieser Grundsatz angewendet, denn form. imper. 48 hebt ausdrücklich hervor: „ut nullus eam abhinc .... inquietare, aut aliquam contrarietatem facere etc."

Doch nicht genug an dem; wir haben schon gesehen, wie sorgfältig die königliche Kanzlei betont, dass der Schutz nur gegen rechtswidrige und unbegründete Anfeindungen sichert. Nun ist es wohl nicht möglich Blutrache und Fehde als ungerechtfertigte Anfeindungen und als rechtswidrige Angriffe zu bezeichnen. Es ist hier nicht unsere Aufgabe nachzuweisen, bis zu welchem Grade diese altgermanischen Institute verbreitet und anerkannt waren; die wenigen Ausnahmen [1]) waren in der Regel speciell begründet, sind aber durchweg für die Geschichte des Schutzrechtes belanglos. Man kann auch nicht geltend machen, in diesem Falle handle es sich um Nothwehr und infolgedessen sei jedwede Rache der Verwandten auszuschliessen. Denn auch wenn wir thatsächlich annehmen wollten, dass die Ermordung eines Schlafenden, dessen Gewalt man befürchtet, als Nothwehr gelten darf, so ist doch zu bemerken, dass nach altgermanischen strafrechtlichen Anschauungen auch eine in wirklicher Nothwehr verübte That nicht entschuldigt wurde und dass diese Anschauungen bis in das VIII. Jahrhundert hinein ihre Geltung behaupteten [2]).

Es ist also nicht zu leugnen, dass die Befreiung des königlichen Schützlings von den thatsächlich sehr peinlichen,

---

[1]) S. Brunner l. c. II 528. Der von Sohm: Fr. R. u. Ger. Verf. I 104 Anm. 5 angeführte Vorfall enthält nichts, was dagegen sprechen würde. Es handelt sich um einen romanischen Landstrich und da ist es nur selbstverständlich, wenn man sich im VI. Jahrhundert der Fehde gegenüber ablehnend verhielt. — [2]) S. form. Turon. 30.

aber doch zur Zeit vollständig gerechtfertigten Folgen der Fehde ein Privilegium bildet, welches weit über den Rahmen desjenigen hinausgeht, was wir vorhin als natürliche und leicht zu erklärende Folge des Königsschutzes darstellten. Das Gebiet des allgemeinen Rechtes wird hiermit in höchstem Grade tangirt und es ist dies, wenn nicht ganz besondere Gründe hierfür vorliegen, ein Eingriff in das geltende allgemeine Recht. Namentlich wenn man berücksichtigt, dass im VI. Jahrhundert, d. h. zur Zeit, wo sich dieser Vorfall ereignete, ein principieller Gegensatz zwischen dem Schutzrechte und dem allgemeinen Volksrechte nicht vorhanden war, gewinnt dieser Fall an Bedeutung. Zu erwägen ist auch, dass ein bedingungsloser Ausschluss des Fehderechtes nicht nur strafrechtlich relevant, sondern auch im Gebiete des Vermögensrechtes von wichtigen Folgen begleitet war. Bekanntlich hatte ja die Familie des Ermordeten immerhin die Möglichkeit, unter gewissen Bedingungen Frieden zu schliessen; ihrem Gutdünken aber war es anheimgestellt, die Abfindungsmodalitäten festzustellen und eine möglichst hohe Summe zu fordern. Dieses Rechtes wird sie durch das unbedingte Verbot der Fehde beraubt, muss also einen vielleicht nicht unansehnlichen Vermögensnachtheil ruhig über sich ergehen lassen.

Im selben Buche erzählt Gregor von Tours noch einen ähnlichen Fall.

Im 19. Cap. ist die Rede von der Ermordung des Sicharius, eines Schützling der Königin Brunhilde; Chramsind war sein Mörder und er verübte die That, um an Sicharius den Tod seiner Verwandten zu rächen. Gregor sagt ausdrücklich, Chramsind hätte seine That nicht zu büssen gehabt, wenn sich Brunhild ihres Schützlings nicht angenommen hätte, und nur weil hier Verletzung eines dem Königshause ergebenen Clienten vorlag, wurde Chramsind hart bestraft, indem sein ganzes Vermögen confiscirt wurde.

Es handelt sich also um die Erklärung dieser Incongruenz zwischen dem Charakter des Königsschutzes, wie wir ihn in den Formeln kennen lernten und wie er sich andererseits in diesen beiden Fällen äussert.

Befremdend ist es in der That, dass der Königsschutz zur Zeit seiner grössten Blüthe, nämlich vom VII.—IX. Jahrhundert,

seine Grenzen, wenigstens theoretisch, einhält und das allgemeine Recht keineswegs angreift, dass dagegen im VI. Jahrhundert mehrmals Fälle vorkommen, wo die Grenzen überschritten werden und das allgemein geltende Recht Schaden leidet. Man könnte fast vermuthen, dass der Königsschutz im VI. Jahrhundert von grösserer Bedeutung gewesen ist, als zur Zeit, wo er thatsächlich zu reichster Entfaltung gelangte, und dass die königliche Gewalt in dieser Beziehung Rückschritte machte.

Eine solche Vermuthung wäre aber unhaltbar, denn bekanntlich ist die königliche Gewalt schon deshalb, weil die Gesetzgebungsmacht des Volkes mehr und mehr erlahmte, in fortwährendem Steigen begriffen und in demselben Masse musste natürlich das Festhalten an alten, zum Theile wirklich antiquirten Anschauungen des Volkrechtes abnehmen.

Das Räthsel ist auf andere Weise zu lösen.

Der strenge und geradezu barbarische Charakter der Blutrache und der Fehde ist ja genügend bekannt; auch die destructive Wirkung dieser Institute steht ausser Zweifel. Man darf annehmen, dass der König und die an der Erhaltung und Entwicklung der staatlichen Organisation interessirten Kreise auch im VI. Jahrhundert über Blutrache und Fehde abfällig zu urtheilen im Stande waren. Die Würdigung der persönlichen Schuld und der ebenfalls auf die schuldige Person zu beschränkenden Strafe gewannen täglich an Anhängern und konnten schliesslich auch in der Gesetzgebung Ausdruck finden[1]) und die Statuirung der Todestrafe für Mord hätte — wenn man nur dem Gesetze Geltung verschafft hätte — alle Fehden wegen Ermordung Anverwandter endgiltig beseitigen müssen.

Nun ist zu berücksichtigen, dass die von Gregor erzählten Fälle sich vor dem Jahr 596, also vor dem Erlassen der Decretio Childeberts II. ereigneten, in einer Zeit, wo es der Familie des Ermordeten frei stand Rache zu üben oder Zahlung zu fordern. Es konnte sich also dazumal leicht ereignen, dass die an und für sich barbarische und ungerechte Fehde und Blutrache angesichts gewisser Umstände noch besonders un-

---

[1]) C. 5. Decr. Childeberti II. 596.

gerecht erscheinen mochte. Erfahrungsgemäss geht die öffentliche Meinung in solchen Fällen weiter als das geltende Recht, ist es doch die öffentliche Meinung, die eine Abänderung des geltenden Rechtes vorbereitet und ermöglicht. Dieselbe Meinung und dasselbe Gefühl, die in der Decretio Childeberts II. zum Ausdrucke gelangten, mussten es auch billigen, wenn der König ausnahmsweise die Fehde unmöglich machte, selbst wenn dies vom Standpunkte des geltenden Rechtes nicht gebilligt werden konnte.

In beiden von Gregor beschriebenen Fällen lagen solche Bedenken und specielle Umstände vor. Die diesbezüglichen königlichen Entschliessungen sind unzweifelhaft als richtig zu bezeichnen. Die Blutrache wäre moralischen Begriffen gemäss für die von der Jungfrau verübte That nicht entsprechend gewesen und auch die Ermordung des Sicharius, der schon vorher wenigstens theilweise seine Schuld gesühnt hat, ging wohl über die Grenze der rechtmässigen Rache hinaus, so dass man in diesem Falle sogar von einem unerlaubten Angriffe sprechen konnte.

Angesichts der übergrossen Strenge der alten Rachebegriffe und angesichts des Aufkeimens jener strafrechtlichen Ueberzeugung, die sich in Childeberts II. Decretio ausdrückte, konnten sich die fränkischen Könige wohl für berechtigt halten, Massregeln zu treffen, die ihrer sonstigen Haltung gegenüber dem allgemeinen Rechte widersprachen. Hiermit ist es auch erklärt, warum man in der späteren Zeit, als der königliche Schutz zu einer ganz besondern Entfaltung gelangt war, die Betonung irgend einer Verbindung zwischen Schutz und Fehde unterlassen hat. Wir wissen, dass die Karolinger im Allgemeinen die Fehde bekämpften und nach Kräften bestrebt waren, die Betretung des gerichtlichen Weges zu erzwingen. Es entfiel also die Nothwendigkeit einer speciellen Verfügung zu Gunsten der königlichen Schützlinge, denn die diesbezügliche Action umfasste das ganze Volk.

Die an und für sich wenig bedeutsamen Vorfälle, über die Gregor berichtet, erhalten somit eine gesteigerte Bedeutung, denn sie liefern einen interessanten Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des königlichen Gesetzgebungsrechtes und überhaupt des sogenannten Königsrechtes. Eine Idee und eine Reform,

die ursprünglich nur auf dem Gebiete des Königsrechtes in allerengster Bedeutung des Wortes, d. i. auf dem Gebiete des Schutzrechtes, und auch da nur ausnahmsweise verwirklicht werden konnte, entfaltet sich in einer Weise, dass sie nach und nach zum Gemeingute des ganzen Volkes, zu einem Bestandtheile des allgemein geltenden Rechtes werden konnte. Und nachdem dies geschehen, kann jener enge Verband, auf dessen Gebiete sich diese Idee zuerst geäussert hat, seine Ausschliesslichkeit in dieser Hinsicht fallen lassen und diesbezüglich wieder unter die Herrschaft des allgemeinen Rechtes zurückkehren. Die Zeiten Karls des Grossen sind reich an Beispielen solcher Entwicklung; in früherer, namentlich merowingischer Zeit dürften solche Beispiele nicht häufig sein.

„Die Entstehung des Gegensatzes zwischen Volksrecht und Königsrecht, das Eindringen des Königsrechtes in das Volksrecht, bezeichnet einen der bedeutsamsten Fortschritte in der Rechtsentwicklung der fränkischen Periode[1]." Und hier haben wir es nicht nur mit einem Beitrage zur Kenntniss dieses Gegensatzes und seiner Geschichte zu thun, sondern vor Allem auch mit einem Beitrage zur Kenntniss des Königsschutzes, der uns auf Grund dieser Mittheilungen Gregors als der eigentliche Boden erscheint, auf dem die Gesetzgebungsgewalt des Königs ihre reformatorischen Ideen und Anschauungen zuerst zu verwirklichen sucht.

Auch wenn wir uns bezüglich dieses Gegensatzes auf Dahns Standpunkt stellen, so ist doch zu bemerken, dass die Grenzen des Königsrechtes auch durch Dahn nicht festgestellt erscheinen. Infolgedessen ist es auch von diesem Standpunkte interessant, die Etappen des Königsrechtes kennen zu lernen und zu erfahren, wann und wo es sich zuerst geltend machte.

Wir enthalten uns weitergehender Schlüsse, die hier nicht gerechtfertigt werden könnten. Nur möchten wir darauf hinweisen, dass in Gregors Geschichtswerke noch mancher Beitrag zur Kenntniss der merowingischen Gesetzgebungspolitik zu finden ist.

---

[1]) Brunner l. c. I 281.

IV.

Die Hackwaldallmende der Stadt Eberbach.

Von

Herrn Bürgermeister Dr. **J. G. Weiss**

in Eberbach am Neckar.

Die Hackwaldallmende ist eine Specialität der Stadt Eberbach a/N., insofern als der allerdings auch sonst in den Neckar- und Odenwaldgegenden vorkommende sog. Hackwaldbetrieb meines Wissens sonst nirgends mit der Allmendnutzung verknüpft ist. Es wird deshalb kurze Mittheilung über den Gegenstand vielleicht nicht ohne Interesse sein.

Zum besseren Verständniss mag zunächst der Hackwaldbetrieb an sich kurz geschildert werden. Derselbe besteht darin, dass der Wald als Niederwald behandelt, dass nach Abtrieb der Fläche der Boden durch Handarbeit gelockert (gehackt) und zwei Jahre zum Feldbau benutzt wird, worauf man den Wald wieder wachsen lässt. Ueber den Ursprung dieser Betriebsform in den Neckargegenden lassen sich wohl nur Vermuthungen aufstellen, da wenigstens die Eberbacher Acten in diesem Betreff nur bis in das 17. Jahrhundert zurückgehen und die in denselben immer wiederkehrende Bemerkung, dass der Hackwaldbetrieb seit unvordenklichen Zeiten bestehe, an sich nicht viel sagen will. Es wäre auf den ersten Blick nicht undenkbar, dass die spärliche Bevölkerung früherer Jahrhunderte einen für sie genügenden Ackerbau in den Thälern und auf sanfteren Hängen getrieben haben könnte, dass erst mit dem Anwachsen des Brodbedürfnisses man sich genöthigt gesehen haben sollte, auch steilere Hänge zum Fruchtbau zu benutzen und dass man dann hierfür den Hackwaldbetrieb als geeignete Form gefunden hätte. Aber es ist zu bedenken, dass sanfte, zu dauerndem Ackerbau geeignete Hänge ausser-

ordentlich spärlich vorhanden sind, und dass die Thäler zum Theil erst mit der allmählichen Vertiefung des Neckarbettes von selbst trocken wurden, theils auch innerhalb der letzten Jahrhunderte erst künstlich dem Wasser abgewonnen wurden. Wir müssen also der Ueberlieferung wenigstens in so fern Recht geben, als wir anerkennen, dass der Hackwald zur Nothwendigkeit werden musste, sobald eine irgend nennenswerthe Bevölkerung sich angesiedelt hatte.

Die Eberbacher Allmendwaldungen, die sämmtlich rechts des Neckars gelegen sind, umfassen im Ganzen eine Fläche von 1735 ha und stehen auf meist steilen Hängen, von denen mehr als die Hälfte westliche sind. Der Boden besteht aus lehmigem Sand (²/₃) und sandigem Lehm (¹/₃), aus Verwitterung des bunten Sandsteins hervorgegangen. Die Hölzer des Hackwaldes sind jetzt zu höchstens 40% Haseln; der Rest besteht aus Eichen und Hainbuchen, vereinzelt darunter Rothbuche, Ahorn, Linde, Kirsche, Aspe, Erle, Faulbaum u. s. w. Der Bodenüberzug besteht aus Laubholzsträuchern, Haide, Heidelbeeren, Pfriemenkraut, Brombeeren, Farnen und anderen Kräutern, sowie Moosen und Gräsern, ist aber in den älteren Schlägen meist abgestorben. Früher wurde der Hackwald in 13 jährigem Turnus geschlagen, dann vorübergehend in 16jährigem, jetzt in 15jährigem. Die Schlagführung war in früherer Zeit nicht anreihend, sondern der Wald wurde an beliebigen mehreren Orten zugleich angegriffen. Jetzt aber ist natürlich eine ordnungsmässige Eintheilung und Reihenfolge durchgeführt; doch stehen immerhin noch kleinere Parcellen ausser der Ordnung, die dazu dienen sollen, geringere Jahrgänge aufzubessern. Die ganzen Schläge werden jeweils kahl gehauen. Sogenannte Lassreitel (Standreiser) werden in den Allmendwaldungen in der Regel nicht stehen gelassen. In früheren Jahrhunderten geschah es, und zwar in der Weise, dass die beim einen Abtrieb stehen gelassenen Stämmchen beim nächsten Abtrieb von den Berechtigten, als zu ihrer Nutzung gehörig, gehauen und durch andere ersetzt wurden. Da aber die Forstbehörde schliesslich darauf hinarbeitete, dieselben Stämme mehrere Perioden hindurch stehen zu lassen, um sie zu stärkeren Hölzern zu erziehen, wurden die Nutzungsberechtigten misstrauisch, indem sie vielleicht nicht ohne Grund

vermutheten, dass der Erlös aus solchen Stämmen dann von Stadtgemeinde beansprucht werden würde. Es kam zu längeren Streitigkeiten, die dazu führten, dass schliesslich Nichts mehr stehen gelassen wurde, wie es auch heute noch ist. Entsprechend der Verschiedenheit der Benutzung erfolgt der Hieb der verschiedenen Hölzer je zu geeigneter Jahreszeit. Zuerst werden die zu Fassreifen verwendbaren Stangen (besonders Hasel und Birken) gehauen. In Eberbach ist nämlich das Reifschneidergewerbe — wohl seit Jahrhunderten — ein Nahrungszweig von hervorragender Bedeutung. Nicht nur, dass eine namhafte Zahl von Familien davon lebt; es wird vielmehr auch für die Stadtkasse und für die Hackwaldberechtigten durch den Erlös aus den Reifstangen das Walderträgniss ganz erheblich erhöht. Allerdings ist die Rentabilität der Reifschneiderei in Folge der sich mehrenden Verwendung eiserner Reifen in neuerer Zeit zurückgegangen. Gleichzeitig mit den Reifstangen wird auch Haselholz zu Klärspänen (sog. Bierholz) entfernt. Im Winter wird der Rest des Bestandes bis auf die Eichen gehauen, und diese werden in der Saftzeit geschlagen und geschält. Das Reisig bleibt liegen, und nachdem Rinde und Schälholz entfernt sind, erfolgt das Brennen des Waldes. Die Grenzen des Schlages werden so weit geräumt, dass benachbarte Bestände nicht vom Feuer ergriffen werden können, und dann wird mit Schälholzprügeln, die durch Zersplitterung ihrer Enden zu einer Art primitiver Fackeln gemacht sind, in der Weise von einer Seite her mit dem Anzünden begonnen, dass der Wind die Ausdehnung des Feuers über die ganze Fläche begünstigt. Da das Brennen selten bewerkstelligt werden kann, ehe die im Boden befindlichen Wurzelstöcke ziemliche Triebe hervorgebracht haben, geht dem Walde in der Regel ein Jahreszuwachs verloren. Denn wenn auch die zerstörten Triebe bald durch neue ersetzt werden, so wird das Holz dieser letzteren doch selten noch reif genug, um nicht im folgenden Winter dem Froste zu erliegen. Auch die Wurzelstöcke selbst leiden mehr oder weniger Noth. Allein ohne das Brennen wäre die landwirthschaftliche Benutzung der Fläche nicht möglich, da man der Unkräuter nicht Herr werden würde. Es war deshalb auch zwecklos, dass ein Forstmann vor einigen Jahrzehnten vor-

schlug, man solle das Reisig u. s. w. auf Haufen zusammentragen, um es verbrennen zu können, ohne auf der ganzen Fläche durch das fortlaufende Flammenfeuer die Stöcke zu schädigen. Auf das Brennen — möglichst nach Regen — folgt die Bestellung der Fläche mit Haidekorn, von welchem man mindestens 4 Sester auf den Morgen rechnet. Nach 13 Wochen kann diese Frucht geschnitten werden; sie wird dann an Ort und Stelle gedroschen und sammt den Stengeln abgeführt. Ende September wird die Fläche mit Korn bestellt, das in gleicher Weise untergehackt wird, und das man im folgenden August erntet, womit die landwirthschaftliche Benutzung der Fläche ihr Ende erreicht und der Wald wieder in sein Recht tritt. Vom Morgen rechnete man ehedem auf eine Ernte von 5 Malter Haidekorn und 5 Ctr. Stengeln, sodann 1½ Malter Korn und 3,5 Ctr. Stroh. Seit einer Anzahl von Jahren klagt man indess, dass das Haidekorn nicht mehr recht gerathe und sucht nach allen möglichen Ursachen dafür. U. A. begegnet man der Ansicht, dass die Vermehrung des Procentsatzes der Eiche zu Ungunsten der Weichhölzer dazu beitrage, indem besonders das Hasellaub dem Boden Eigenschaften verleihe, die das Wachsthum des Haidekorns begünstigen, während das Eichenlaub gegentheiligen Einfluss habe. Es ist wohl bis jetzt schwer zu sagen, ob nur eine Kette von Zufälligkeiten dem Haidekorn eine Reihe von Jahren ungünstig war, oder ob wirklich eine tiefere Ursache von dauerndem Einfluss vorliegt. Wenn etwa nur Vernachlässigung des Samenwechsels als Grund vermuthet werden sollte, so muss man sich fragen, weshalb die Calamität nicht früher eingetreten ist. Die Anschauung von der Schuld der Eiche gewinnt einige Unterlage dadurch, dass übereinstimmend von den Betheiligten versichert wird, dass die annähernd reinen Haselschläge auch heute noch mehr Haidekorn liefern, als die stärker gemischten Schläge, und die Thatsache, dass die Mischung sich zu Gunsten der Eiche verschoben hat, wird auch nicht zu bestreiten sein, da jeweils nach der landwirthschaftlichen Benutzung des Bodens die Lücken, die der Wald aufweist, lediglich mit Eichen ausgebessert werden. In den 1850er Jahren sollen nach einer damaligen sachverständigen Schätzung noch 60 % Haseln in den Waldungen gewesen

sein, während man heute, wie schon erwähnt, höchstens 40% schätzt.

Der Hackwaldgenuss ist reine Allmende und hat keine Aehnlichkeit mit Gehöferschaften und andern verwandten Einrichtungen. Nach dem Badischen II. Constitutions-Edict ist Allmende solcher Grund und Boden, dessen Eigenthum der Gemeinde, dessen Genuss aber den Bürgern gehörig ist. Demgemäss trägt die Stadtgemeinde die Lasten, die auf dem Eigenthum ruhen (Staatsgrundsteuer u. s. w.) und verrechnet sie als eigentliche Ausgabe, lässt sich aber von den Genussberechtigten dafür schadlos halten, indem sie den entsprechenden Betrag zugleich mit den vorschüsslich bezahlten und auf der Nutzung haftenden Unkosten von ihnen rückerhebt. Gleichfalls gemäss der citirten Definition der Allmende steht es der Gemeinde nicht zu, den Berechtigten (ausser der gesetzlich zulässigen Auflage auf den Bürgernutzen und der Entziehung in Einzelfällen wegen Schulden an die Gemeindekasse) etwas von ihrer Nutzung zu entziehen und für öffentliche Zwecke zu verwenden. Letzteres war früher anders. Die Gemeinde — oder in ihrem Interesse die churpfälzische Forstbehörde — suchte sich zu verschiedenen Zeiten mit grösserem oder geringerem Glücke das Recht zu vindiciren, solche Theile des Holzergebnisses, die bei vernünftiger Verwerthung nicht dem unmittelbaren Gebrauch des Berechtigten dienen konnten, an sich zu ziehen. Daher das schon erwähnte Misstrauen der Berechtigten gegen die Standreiser, bezw. gegen das Belassen derselben mehrere Wirthschaftsperioden hindurch. Acut wurde schliesslich der Streit durch die Reifstangen. Die Stadt hatte „von jeher" das Reifstangenergebniss aus den Hackwaldungen vor der Zutheilung der Letzteren an die Bezugsberechtigten auf dem Stock versteigert und den Erlös zur Stadtkasse vereinnahmt. Letztmals war diese Uebung aus Anlass eines Streites mit dem Forstbeamten, der ein Genehmigungsrecht für die Versteigerung beanspruchte, von der churpfälzischen Regierung am 10. October 1788 ausdrücklich bestätigt worden, indem erklärt wurde, der Stadtrath sei berechtigt, ohne Zuzug des Försters aus den zum Hieb bestimmten Hackwaldschlägen nicht allein die Reifstangen zu versteigern, sondern auch den Schmieden und Schlossern die

Gewinnung von Kohlen zu gestatten. Die Hackwaldberechtigten, soweit sie nicht dem Reifschneidergewerbe angehörten, waren damit schlecht zufrieden, und da sämmtliche Bürger hackwaldberechtigt waren, so ergab sich, dass das Interesse der Stadtkasse nur noch von der Forstbehörde und den Reifschneidern vertreten wurde. Im Jahre 1822 beschloss der Stadtrath, die Reifstangen, die seither 160—200 fl. jährlich ergeben hatten, künftig nicht mehr zu versteigern, sondern sie in den Loosen zu lassen und den Bezugsberechtigten die Verwerthung derselben anheimzustellen. Auf Beschwerde der Reifschneider wurde in II. Instanz vom Directorium des Neckarkreises entschieden, dass das alte Verfahren beizubehalten sei. Somit wurden die Stangen versteigert. Aber nun ersteigerten einige Stadträthe dieselben um einen für die Reifschneider unerschwinglichen Preis und verschleuderten sie unter der Hand wieder als Brennholz. Die Reifschneider wollten nachher wissen, es sei auch noch der hierbei entstandene Verlust unter irgend einem falschen Titel der Stadtkasse aufgebürdet worden. Weitere Streitigkeiten folgten, bis endlich 1824 die Forstbehörde nachgab, auf der Verwerthung der Stangen zu Gunsten der Stadtkasse nicht mehr beharrte, dafür aber den Verkauf von Hackwaldholz überhaupt verbot und nur den Reifschneidern die Verwerthung der Stangen aus ihren eigenen Loosen gestattete. Damit war den Reifschneidern selbst nicht gedient, indem sie der anderen Stangen nicht wohl entbehren konnten, und so fragt es sich, ob das Verbot überhaupt je eine Wirkung hatte. Die Vorausnutzungen der Gemeinde am Hackwald hatten aber hiermit ihr Ende erreicht und der heutige Zustand, bei welchem den berechtigten Bürgern die Nutzung ganz zusteht, war eingetreten.

Wenn nun aber heute das Recht der Bezugsberechtigten ein weniger beschränktes ist, als ehedem, so steht gleichwohl die Einrichtung auf durchaus öffentlich-rechtlichem Boden. Die Nutzung ist lediglich ein Recht der Gemeindebürger als solcher, das auch nicht durch Kauf u. s. w. übertragen werden kann, wie bei jener Art von halb privatrechtlich entwickelten Allmenden, die am Besitze gewisser Liegenschaften haften und mit diesen veräussert werden können. Die öffentlichrechtliche Natur der Berechtigung spricht sich auch darin

aus, dass sie geändert werden kann, wenn nur ²/₃ der Berechtigten zustimmen; ebenso wie auch in allen sonstigen Einzelbestimmungen, die die badische Gemeindeordnung bezüglich des Bürgernutzens trifft.

Eine in der Natur der Sache begründete Eigenthümlichkeit der Hackwaldallmende ist es, dass die Bewirthschaftung während der Erziehung des Waldes eine gemeinschaftliche ist, wogegen die Fläche zur Nutzung des Holzergebnisses und zur landwirthschaftlichen Benutzung an die einzelnen Berechtigten aufgetheilt wird. Die Eintheilung ist derart getroffen, dass jährlich 2 Schläge in der Grösse von etwas über 100 ha (zusammen) zum Abtrieb gelangen.

Der Kreis der Berechtigen umfasst sämmtliche Bürger und der Eintritt in den Genuss kann erfolgen, wenn der Berechtigte ortsanwesend ist, das 25. Jahr zurückgelegt und eine eigene Haushaltung oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung begründet hat. Gleichfalls berechtigt sind die Bürgerswittwen. Ehedem kamen sämmtliche Bürger mit dem Eintritt der genannten Voraussetzungen auch thatsächlich gleich in den Genuss ihres Bürgernutzens. Da aber mit dem Anwachsen der Bürgerzahl die Antheile schliesslich zu klein wurden, erfolgte im Jahre 1863 der Beschluss, die Zahl der Loose auf 850 zu beschänken, so dass jetzt jeweils nur die 850 ältesten Berechtigten sich im thatsächlichen Genuss befinden, während die andern einrücken, wenn Loose frei werden. Die Antheile sind gleich, und zwar wird dem Erfordernisse der Gleichheit so weit Rechnung getragen, dass man nicht den gleichen Flächengehalt, sondern den gleichen Nutzwerth einem jeden Antheil zu geben sucht, wie dies unten noch näher gezeigt werden soll. Ehedem bezogen die Bürgerswittwen zum Theil nur halbe Loose, nämlich soweit sie nicht (etwa durch heranwachsende Kinder) in der Lage waren, an den Frohnden theilzunehmen; seit 1832 aber wurden, in Folge des Wegfalls der Frohnden, auch die Wittwen allgemein zum Bezug ganzer Loose zugelassen.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die formelle Behandlung der Einrichtung. Zum Zwecke der Auftheilung wird jedes Jahr die zum Abtrieb bestimmte Fläche in ihre 850 Antheile zerlegt, und zwar in der Weise, dass auf einen An-

theil je ein Loos in den beiden zum Hieb kommenden Schlägen gegeben wird. Um die Looseintheilung nicht noch einmal ändern zu müssen, wenn es sich zeigt, dass keine volle Gleichwerthigkeit der Loose besteht, werden stets einige Reserveloose gemacht, die dann weiter zerschlagen und zur Aufbesserung geringwerthiger Antheile benutzt werden. Diese Vertheilung ist eine schwierige und kostspielige Arbeit. Sie wird im Versteigerungswege vergeben, doch wird, da Sachverständigkeit erforderlich, der Zuschlag nicht unbedingt dem Mindestfordernden ertheilt. Ueberdies wird der Uebernehmer dafür verantwortlich gemacht, dass zwischen dem besten und dem geringsten Loose kein Werthunterschied von mehr als 10 Mark sein dürfe, und er soll vorkommenden Falles den Betrag eines etwaigen grösseren Unterschiedes dem benachtheiligten Bezugsberechtigten aus seiner Tasche vergüten. Das steht natürlich nur auf dem Papier, denn eine so genaue Eintheilung ist thatsächlich unmöglich. Ueber die Eintheilung hat der Beauftragte einen Plan nebst Verzeichniss der Loose nach Nummern, Flächengehalt, Boden-, Rinden- und Holzwerth zu fertigen, das er dem Gemeinderath vorlegt. Es folgt dann die „Auflösung" des Hackwaldes, d. h. die Verloosung der Antheile an die Berechtigten. Die Antheile derer, die zur Ausloosung sich nicht einstellen, werden versteigert und der Erlös wird gleichmässig auf sie repartirt. Diejenigen, die „auflösen", d. h. ihr Loos in natura empfangen, zahlen dabei gleichzeitig ihren Antheil an den Lasten, d. h. an allen Ausgaben auf die Allmendhackwaldungen, die im betr. Rechnungsjahre erwachsen sind, sowie an den darauf haftenden Abgaben (wie oben schon erwähnt); den Andern wird dieser Betrag von ihrem Antheil am Erlöse der nicht aufgelösten Waldloose abgezogen. Da es lediglich vom Zufall abhängt, welche Loose ein Berechtigter beim Auflösen erhält, geht Derjenige seiner Sache sicherer, der nicht auflöst, und so unter allen Umständen den Durchschnittswerth eines Antheils in Geld erhält. Allerdings ist es gerade das Speculiren auf einen günstigen Zufall, was Viele zum Auflösen lockt. Gleichwohl haben es die veränderten Zeitverhältnisse mit sich gebracht, dass nur noch der kleinere Theil der Berechtigten seinen Hackwald in natura nimmt. Insbesondere sind es die Reifschneider, die dies thun, und sie

sind auch die Steigerer für die nicht aufgelösten Antheile. In den letzten Jahren hat die Schwierigkeit des Verdienstes während des Winters wieder eine kleine Zunahme des Auflösens bewirkt, indem die Leute im Hackwald ihre Arbeit verwerthen wollen. Das wird vielleicht noch weiter gehen, da die Reifschneider neuerdings einen Ring gebildet haben, um den Preis der zur Versteigerung kommenden Antheile zu drücken. Aber dass diese rückläufige Bewegung von Dauer sein wird, lässt sich kaum annehmen. Schon seit Jahren steht die Frage zur Erörterung, ob man nicht lieber die Hackwaldungen durch Versteinung in Loose von bestimmtem Flächenmaass eintheilen sollte, um die theuren alljährlichen Eintheilungskosten zu ersparen. Dann würde das Auflösen von selbst unmöglich werden; alle Loose müssten versteigert und es müsste lediglich der Gelderlös vertheilt werden. Damit wäre freilich die alte Einrichtung der Hackwaldallmende eines grossen Theils ihrer Eigenthümlichkeiten entkleidet. Ob und wann es so weit kommen wird, lässt sich nicht wohl voraussagen.

V.

Bemerkungen über das fränkische Patricieramt.

Von

Herrn Dr. iur. **Richard Weyl,**

Privatdocenten in Königsberg.

Von denjenigen Schriftstellern, welche sich über das fränkische Aemterwesen zur Merovingerzeit äussern und dabei auf das gegenseitige Verhältniss der Patricierwürde und der Herzogswürde zu sprechen kommen [1]), nimmt die über-

[1]) Unerwähnt lassen das Patricieramt Fustel de Coulanges, Histoire des institutions politiques de l'ancienne France, première partie, Paris 1845 (p. 438), Lehuërou, Histoire des institutions mérovingiennes et du gouvernement des Mérovingiens, tome I, Paris 1843 (p. 323), de Lezardière, Théorie des lois politiques de la monarchie française,

wiegende Mehrzahl [nämlich Brunner[1]), Dahn[2]), Eichhorn[3]), Glasson[4]), Phillipps[5]), Schroeder[6]), Sohm[7]), Tardif[8]) und Viollet[9]) gegen Waitz[10])] an, dass der Unterschied zwischen beiden Aemtern nur in der Rangstellung, nicht in den Functionen beruht habe; die Patricierwürde[11]) sei rein örtlich auf Burgund und auf die Provence beschränkt gewesen, wo dieser Titel schon vor der Eroberung durch die Franken üblich war, und diejenigen Personen, welchen der Frankenkönig die Patricierwürde verlieh, hätten eine höhere Rangstufe eingenommen als die Herzöge; inhaltlich jedoch seien beide Aemter identisch gewesen. Nur darin glaubt ein Theil der Schriftsteller [Brunner[12]), Dahn[13]), Sohm[14]) und Waitz[15])]

---

tome III (Paris 1844) und Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Aufl., Berlin 1895 (§ 68 S. 190). Ueber die gegenseitige Stellung beider Aemter schweigt trotz eingehender Erwähnung der Patricier Du Cange, Glossarium mediae et infimae latinitatis, editio nova, tom. VI (Niort 1886) p. 217.

[1]) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. II, Leipzig 1892, S. 156. — [2]) Dahn, Deutsche Geschichte, erster Band zweite Hälfte, Gotha 1888, S. 613; derselbe, Urgeschichte der germanischen und romanischen Völker Bd. III, Berlin 1883, S. 146 Anm. 3 und vor Allem derselbe jetzt sehr ausführlich in den Königen der Germanen Bd. VII (Die Franken unter den Merovingen) zweite Abtheilung, Leipzig 1894, S. 168 ff. — [3]) Eichhorn in seinem Aufsatze: „Ueber die ursprüngliche Einrichtung der Provinzialverwaltung im fränkischen Reiche" (Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft Bd. VIII, Berlin 1835) S. 301. — [4]) Glasson, Histoire du droit et des institutions de la France, tome II (époque france), Paris 1888, p. 349, 350. — [5]) Phillipps, Deutsche Geschichte Bd. I, Berlin 1832, S. 488 f. — [6]) Schroeder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 2. Aufl., Leipzig 1894, S. 131. — [7]) Sohm, Die altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung Bd. I, Weimar 1871, S. 455 ff. — [8]) Tardif, Etude sur les institutions politiques et administratives de la France, période Mérovingienne I, Paris 1881, p. 104, 105. — [9]) Viollet, Histoire des institutions politiques et administratives de la France, tome I, Paris 1890, p. 297. — [10]) Waitz, Die Verfassung des fränkischen Reiches Bd. II Abth. 2, 3. Aufl., Kiel 1882, S. 50. — [11]) Die merovingische Patricierwürde darf nicht verwechselt werden mit der Würde eines 'patricius Romanus', welche die karolingischen Frankenfürsten selber führten; vgl. meine Schrift: „Die Beziehungen des Papstthums zum fränkischen Staats- und Kirchenrecht unter den Karolingern (Heft 40 der Gierkeschen Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Breslau 1892) S. 21 und die ebenda Anm. 2 angegebene Litteratur. — [12]) Brunner a. a. O. — [13]) Dahn, Könige S. 159 Anm. 8 (vgl. aber über Dahn a. a. O. S. 170 unten S. 95). — [14]) Sohm a. a. O. S. 467. — [15]) Waitz a. a. O. S. 50.

einen Unterschied constatiren zu dürfen, dass zwar die Herzöge und ebenso die burgundischen Patricier, nicht dagegen die Statthalter der Provence (oder doch nicht die von Marseille) zur Durchführung ihres Amtes Grafen als Hülfskräfte neben bezw.[1]) unter sich gehabt haben.

Im Nachstehenden soll dargethan werden, (I) dass die Behauptung der Coordination und Identität von Patricieramt und Herzogsamt zwar richtig, bisher aber nicht völlig richtig bewiesen ist und dass (II) die Behauptung eines Mangels an Grafenämtern im Wirkungskreise der provençalischen Patricier (der Patricier von Marseille) unrichtig ist. Die Wichtigkeit der Untersuchung jenes ersten Punktes ist ohne Weiteres klar, aber auch die Untersuchung dieses zweiten Punktes darf — so gleichgültig es auf den ersten Blick erscheint, ob in der Provence oder in der Statthalterei Marseille Grafen vorhanden waren oder nicht — den Anspruch auf rechtshistorische Bedeutsamkeit erheben, weil die Nichtexistenz von Grafen im provençalischen bezw. Marseiller Gebiete eines derjenigen Argumente ist, auf welchen die weitere und zweifellos wichtigere Behauptung aufgebaut wird, dass das Verhältniss zwischen Graf und Herzog nicht das der Subordination, sondern das der Coordination gewesen sei[2]).

I.

Für die Identität des Patricieramtes mit dem Herzogsamte die Identität der Bestallungsformel bei Marculf[3]) heranzuziehen[4]), ist deshalb unmöglich, weil dieselbe Bestallungsformel auch für die Grafen galt, mithin aus diesem Umstande mit gleichem Rechte eine Identität der Grafenwürde mit der Herzogs- und Patricierwürde gefolgert werden könnte.

Ebenso gewagt ist es, sich darauf zu berufen, dass die Geschichtsberichte aus merovingischer Zeit für Herzöge und für Patricier die gleichen Functionen ergeben[5]). Denn auch

---

[1]) Vgl. den Text zur nächsten Anmerkung. — [2]) Auf diese Streitfrage selber kann hier nicht genauer eingegangen werden. Vgl. einerseits (zu Gunsten der Coordination) Sohm a. a. O. S. 463 ff. und dagegen neuestens auch Dahn, Könige S. 161 ff. — [3]) Marculfi formularum I, 8 (Monumenta Germaniae historica, legum sectio V, ed. Zeumer, Hannoverae 1886, p. 47). — [4]) Vgl. Sohm a. a. O. S. 456, Eichhorn a. a. O. S. 301. — [5]) Vgl. Waitz a. a. O. S. 50 Anm. 2.

hier lässt sich das Nämliche betreffs der Grafen sagen, welche ebenfalls militärische, richterliche und verwaltende Thätigkeit ausübten [1]).

So fragwürdig darnach der Werth der angedeuteten Beweisgründe ist, so richtig erscheint andererseits ein dritter Beweisgrund, welcher darin besteht, dass die gleiche Persönlichkeit von den Quellen bald als 'dux', bald als 'patricius' [bezw. [2]) 'rector' oder 'praefectus'] bezeichnet wird.

Dieser Beweis ist nun allerdings schon lange und schon oft angetreten worden, doch hat man hier meines Erachtens bisher das Unglück gehabt, sich in der Wahl der Beweismittel zu vergreifen, indem man nur solche Quellenzeugnisse herbeizog, welche sich bei genauerer Betrachtung als ungenügend herausstellen, wogegen man anderen Quellenzeugnissen von weit besserer Beschaffenheit keine Beachtung geschenkt hat.

Bisher stützte man [3]) sich zunächst auf die Gegenüberstellung einer Aeusserung von Gregor von Tours in seiner fränkischen Geschichte [4]) mit zwei Stellen aus Fredegars Chronik [5]). Beide Schriftsteller sprechen von denselben Männern, nähmlich dem Leudegisil und Aegila, aber Gregor bezeichnet sie in lib. VIII cap. 30 [6]) beide als 'duces', Fredegar in lib. IV cap. 2 [7]) den Aegila und in lib. IV cap. 5 [8]) den Leudegisil als 'patricius'. Der Beweiskraft dieses Argumentes für die

---

[1]) Waitz a. a. O. S. 21 ff., Sohm a. a. O. S. 146 ff., Dahn, Könige a. a. O. S. 101 ff., Brunner a. a. O. S. 161 ff., Schroeder a. a. O. S. 127 ff. — [2]) Vgl. über die Identität des 'patricius', 'rector' und 'praefectus' unten S. 93 zu Anm. 7 — [3]) Tardif a. a. O. p. 105 n. 1, Sohm a. a. O. S. 456 N., Glasson a. a. O. p. 349 n. 7. — [4]) Gregorii Turonensis Historia Francorum. Ich citire selbstverständlich nach den Monumenta Germaniae Historica, Scriptorum rerum Merovingicarum tomi I pars I (Hannoverae 1883), edd. Arndt et Krusch. — [5]) Fredegarii chronicarum lib. IV c. 2 et 5 (Monumenta Germaniae Historica, Scriptorum rerum Merovingicarum tom. II, ed. Krusch, Hannoverae 1889, p. 124, 125). — [6]) Greg. Tur. VIII, 30 (Monum. Germ. l. c. p. 345): Haec audiens rex, Leudeghyselum in loco Calomniosi cognomento Aegilanis ducem dirigens, omnem ei provinciam Arelatensim commisit. — [7]) Fred. chron. IV, 2 (Monum. Germ. l. c. p. 124): Gunthramnus Leudisclum comestaboli et Aeghylanem patricium cum exercito contra ipsum (i. e. Gundovaldum) direxit. — [8]) Fred. chron. IV, 5 (Monum. Germ. l. c. p. 125): anno 27. eiusdem regno Leudisclus a Guntramno patricius partibus Provinciae ordenatur.

Identität der Herzogs- und Patricierwürde kann man entgegenhalten, dass sich beide Zeugnisse aufheben, weil sie sich widersprechen, und dass einer der beiden Schriftsteller ungenau und flüchtig oder über die Würde seines Helden schlecht unterrichtet gewesen sei.

Beweiskräftiger erscheint es daher, wenn es derselbe Autor ist, welcher die gleiche Persönlichkeit das eine Mal als Herzog, das andere Mal als Patricier bezeichnet. Dafür hat man [1]) sich nun auf eine Gegenüberstellung von Gregorius Turonensis IV, 42 mit einer andern Bemerkung desselben Schriftstellers in VII, 10 berufen. Beide Male spricht Gregor von „Eunius mit dem Beinamen Mummolus", einem Parteigänger des in den Jahren 582 bis 585 auftretenden Kronprätendenten Gundovald, dessen für die fränkische Tagesgeschichte sehr wichtiges Auftreten Gregor mit grosser Genauigkeit verfolgt [2]). Ueber Eunius-Mummolus berichtet Gregor nun in IV, 42 [3]), dass er von König Guntchramn zum Patricier von Burgund gemacht worden sei, und in VII, 10, dass er im Vereine mit einem zweiten Parteigänger Gundovalds, dem Herzoge Desiderius, in das Gebiet von Limoges gezogen sei, wo eine Schilderhebung des Gundovald in Scene gesetzt wurde. An dieser Stelle (pag. 296) heisst es nun wörtlich: Qui (i. e. Gundovaldus) coniunctus cum supradictis ducibus (i. e. Mummolus et Desiderius) Limovicinum accedens, Briva-Curretia vicum .... advenit. Es wird also hier derselbe Eunius-Mummolus, welchem wir in IV, 42 als 'patricius' begegneten, als 'dux' bezeichnet. — Dies beweist nun aber die Identität der Patricier- und Herzogswürde gar nicht oder doch nicht mit zwingender Nothwendigkeit; denn den Herzogstitel theilt Mummolus in VII, 10 ja mit Desiderius, an dessen Qualität als Herzog in technischer Bedeutung des Wortes gar kein Zweifel möglich ist [4]), und

[1]) Glasson a. a. O., Sohm a. a. O. und Tardif a. a. O. — [2]) Vgl. auch die folgenden Anmerkungen. — [3]) Greg. Tur. IV, 42 (p. 175): Eunius quoque cognomento Mummolus a rege Guntchramno patriciatum promeruit; und weiter unten nochmals: Eunius, qui et Mummolus, arcessitus a rege, patriciatus culmine meruit. — [4]) Vgl. Greg. Tur. V, 13 (p. 201), V, 40 (p. 257), VI, 31 (p. 270), VII, 9 (p. 296), VII, 27 (p. 307), VII, 28 (p. 308), VII, 34 (p. 314), VIII, 27 (p. 341), VIII, 45 (p. 356) und X, 8 (p. 416).

so ergiebt die Zusammenfassung beider Männer unter dem Titel dux, wie bereits durch Waitz[1]) richtig bemerkt worden ist, höchstens, dass Gregor den Patricius im weiteren Sinne zu den Herzögen gerechnet hat; auch kann man behaupten, dass, falls in Gregors Ausdrucksweise nicht einfach eine denominatio a potiore enthalten ist, in VII, 10 unter dux, wie auch sonst bei Gregor[2]), nur im Allgemeinen der „Heerführer", „General" zu verstehen sei.

Sonach dürften die bisherigen Versuche, die Identität beider Aemter darzuthun, als nicht völlig gelungen gelten. Der Zeuge, welcher im Nachstehenden gleichwohl den angedeuteten Beweis erbringen soll, ist nun freilich derselbe Gregor von Tours, und zwar gleichfalls in seiner fränkischen Geschichte, und derjenige Mann, welchen wiederum Gregor uns bald als patricius, bald als dux vorstellt, ist auch niemand anders als der bereits erwähnte „Eunius mit dem Beinamen Mummolus".

Verfolgen wir, was Gregor über ihn berichtet[3]):

Dass in IV, 42[4]) die Ernennung des Mummolus zum „Patricier" mitgetheilt wird und zwar zweimal, wissen wir nun bereits. In V, 13[5]) finden wir ihn sodann als 'patricius' im Kampfe mit Herzog Desiderius. Darauf heisst es VI, 1[6]), Mummolus sei aus König Guntchramns Reiche geflüchtet und hätte sich zu Avignon eingeschlossen, eine bischöfliche Versammlung aber habe über diese Flucht des „Herzogs" mit

[1]) Waitz a. a. O. S. 51 Anm. 1. — [2]) Greg. Tur. VIII, 30 (p. 343 sq.), wo an dem Feldzuge gegen Spanien burgundische Truppen theilnehmen, dennoch aber stets nur von 'duces' die Rede ist. Vgl. auch Dahn, Könige S. 155 Anm. 3 und Brunner S. 154 Anm. 1. — [3]) Dabei bleiben diejenigen Stellen ausser Betracht, an welchen Gregor des Mummolus gedenkt, ohne ihm einen Titel zu geben. Es sind dies die Ueberschriften zu IV, 42, 44, 45 (p. 141), V, 13 (p. 188), VI, 1 und 26 (p. 243, 244) und VII, 39 (p. 288), sowie Greg. Tur. V, 20 (p. 218), VII, 27 und 28 (p. 307 und 308), VII, 31 (p. 311), VII, 38—41 (p. 318—321) und VIII, 3 (p. 328). — [4]) Oben S. 89 Anm. 3. — [5]) Greg. Tur. V, 13 (p. 201): Mummolus ... patricius Guntchramni regis cum magno exercitu ... contra Desiderium ducem Chilperici regis bellum gessit. — [6]) VI, 1 (p. 245) Mummolus a regno Guntchramni fugiens dilabitur et se infra murorum Avennicorum monitione concludit. Apud Lugdunum sinodus episcoporum coniungitur .... sinodus ad regem revertitur, multa de fuga Mummoli ducis ... tractant.

dem Könige verhandelt. Dann kommt Gregor in VI, 24[1]) auf die ersten Anfänge der Prätendentenlaufbahn Gundovalds[2]) zu sprechen und erzählt, dass Gundovald von „Herzog" Mummolus in Avignon aufgenommen worden sei, wo er sich, wie wir eben sahen, aufhielt. Dies Ereigniss erwähnt der Schriftsteller nochmals in VI, 26[3]) und bezeichnet auch hier den Mummolus als „Herzog". Nachdem dann in VII, 1[4]) erzählt wird, wie der 'patricius' Mummolus die Stadt Albi erobert und viele Gefangene von dort fortgeschleppt habe, und nachdem in VII, 10 von der bereits erwähnten[5]) Vereinigung der 'duces' Desiderius und Mummolus mit Gundovald die Rede gewesen ist, erfahren wir aus VII, 34[6]), dass Gundovald mit den 'duces' Mummolus und Bladastis die Garonne überschreitet. In VII, 36[7]) endlich erzählt Gundovald seine bisherigen Erlebnisse und sagt u. A.: „Von Konstantinopel kam ich nach Marseille. Von da zog ich nach Avignon auf Wunsch des 'patricius' Mummolus".

Dass der Mummolus, welchen Gregor bald 'dux' bald 'patricius' titulirt, stets dieselbe Persönlichkeit ist[8]), lässt

---

[1]) Greg. Tur. VI, 24 (p. 264) (Gundovaldus) Mummolo duce coniunctus est. Erat autem tunc Mummolus in civitate Avennica, sicut supra iam diximus. — [2]) Ueber Gundovalds Schicksale vgl. insbes. Greg. Tur. VI, 24, VII, 26—28 und VII, 30—38. — [3]) Greg. Tur. VI, 26 (p. 265): Herzog Guntchramn Boso, den König Guntchramn beschuldigt, er habe Gundovald nach Gallien gelockt, antwortet: Mummolus .... dux tuus ipse suscepit eum et in Avennionem secum retenuit. — [4]) Greg. Tur. VII, 1 (p. 292): Cum Mummolus patricius multos captivos ab ea urbe duxisset. — [5]) Oben S. 89. — [6]) Greg. Tur. VII, 34 (p. 314): Gundovaldus ... Garonnam cum Sagittario episcopo, Mummolo et Bladasti ducibus ... transivit. Hier liegt der Fall ebenso wie der oben S. 89 besprochene in Greg. Tur. VII, 10. — Bladastis begegnet als dux ferner in Greg. Tur. VIII, 28 (p. 341) und vom dux Desiderius et Bladastis spricht Greg. Tur. in VII, 28 (p. 308). — [7]) Greg. Tur. VII, 36 (p. 317): Veni enim Massilia ... Ex hoc enim Avinione accessi iuxta placita patricii Mummoli. — [8]) Er darf nicht verwechselt werden mit dem 'praefectus' Mummolus, von welchem Greg. Tur. VI, 35 (p. 274 sq.) und VII, 15 (p. 300) erzählt. Obgleich 'praefectus' an andern Stellen bei Gregor identisch mit 'patricius' und 'rector' ist (vgl. S. 93 Anm. 7), so dürfte dieser praefectus Mummolus als 'praefectus palatii' d. h. als Hausmeier zu betrachten sein. Statthalter kann dieser Mummolus jedenfalls nicht gewesen sein, weil Chilperich, dessen Beamter er ist, bei der Reichstheilung nach Chlothars Tode (561) keine Besitzungen in der

sich leicht übersehen. Wie soll man sich aber die verschiedenartige Bezeichnung seiner Würde anders erklären, als

---

Provence oder in Burgund erhalten hatte und Chariberts Antheil an der Provence nach dessen Tode (zwischen 567 und 570) an Sigibert fiel. (Vgl. v. Giesebrecht in seiner Uebersetzung von Gregors von Tours Zehn Büchern fränkischer Geschichte, Geschichtschreiber der deutschen Vorzeit 6. Jahrhundert Bd. 4, 2. Gesammtausgabe Bd. VIII, 2. Aufl., Leipzig 1878, S. 177 Anm. 1 und S. 181 Anm. 3). Nun findet sich aber der Titel 'praefectus' in den fränkischen Quellen auch zur Bezeichnung des Grafen (vgl. Waitz II, 2 S. 26 Anm. 2, Sohm S. 28 Anm. 27) und des Hausmeiers (Pertz, Geschichte der merovingischen Hausmeier, Hannover 1819, S. 148 f., Waitz a. a. O. S. 89 Anm. 3). In der That hält Sohm S. 222 Anm. 30 den Mummolus für den Grafen von Paris. Doch wird VII, 15 unmittelbar neben Mummolus der 'iudex Audo' genannt; Letzterer kann nur entweder selbst Graf oder aber gräflicher Unterbeamter gewesen sein (vgl. über Gregors Sprachgebrauch Greg. Tur. VII, 42, VI, 8, IX, 42, X, 15, VII, 29, Mon. Germ. pag. 321, 254, 403, 426, 308); wäre aber Mummolus selber Graf gewesen, so ist es undenkbar, dass der Schriftsteller dem Grafen Audo einen andern Titel beilegte, als dem Grafen Mummolus, er hätte vielmehr für beide die Gesammtbezeichnung 'comites' oder 'iudices' gewählt; ebenso undenkbar aber ist es, dass der Schriftsteller dem gräflichen Unterbeamten Audo, wenn er ihn unmittelbar neben dem Grafen Mummolus erwähnte, einen Titel geben konnte, den er sonst (vgl. Greg. Tur. V, 20 p. 218) für den Grafen selber gebraucht. — Wenn Sohm gegen die Annahme, Mummolus sei Hausmeier gewesen, einwendet, Hausmeiern habe Steuererhebung nie obgelegen, so genügt der Hinweis auf Greg. Tur. IX, 30 p. 384. Ferner meint Sohm, es spräche gegen vorstehende Deutung, „dass Mummolus nach Greg. Tur. cit. in Paris lebt, während der König sich in Compiègne aufhält. Der Hausmeier des 6. Jahrhunderts ist noch ausschliesslich Hofbeamter und dem königlichen Hofhalt unentbehrlich"; hiergegen lässt sich aber geltend machen, dass Chilperich, dessen eigentliche Residenz Soissons war (vgl. Greg. Tur. IV, 22 p. 159) eine Zweighofhaltung zu Paris hatte (vgl. Greg. Tur. V, 1 p. 191, V, 18 p. 209, V, 49 p. 241, VI, 5 p. 249, VI, 27 p. 266, VI, 34 p. 274 und VI, 45 p. 284); auch hat in Gregors Tagen der Hausmeier noch „in jeder Hofhaltung seinen Platz" (Waitz S. 87) und es gab höchst wahrscheinlich „in jeder Pfalz des Königs einen eigenen Meier" (Waitz a. a. O.). Daher wird es nur möglich sein, den Mummolus für einen Hausmeier zu erklären, wie es auch v. Giesebrecht a. a. O. S. 348 Anm. 1 und Pertz a. a. O. thun, während sich Waitz S. 89 Anm. 3 und S. 26 Anm. 2 neutral verhält. Dahn, Urgeschichte III S. 274 Anm. 6 meint, dass Gregor hier nur einen „höheren Beamten" überhaupt, nicht ein bestimmtes Amt ausdrücken wollte.

indem man sagt, die beiden Titel bezeichnen dasselbe Amt?[1]) Wollte man behaupten, es hätte in der That principielle Unterschiede zwischen den Functionen des Herzogs und denen des Statthalters gegeben, so müsste man zugleich behaupten, dieselben wären Gregor entgangen, — man würde ihn dann der mangelnden Urtheilskraft zeihen — oder man müsste ihm unverantwortliche Nachlässigkeit bei Abfassung seines Werkes vorwerfen. Beides wäre jedoch ungerechtfertigt. Denn Gregor hatte bei allem seinen Aberglauben eine gesunde Beobachtungsgabe und nachlässig dürfte man ihn am wenigsten schelten, wo er die Erlebnisse eines Zeitgenossen schildert, der in der Tagesgeschichte eine sehr bedeutende Rolle spielte und der den Schriftsteller in so hohem Masse interessirte, dass er immer wieder und wieder[2]) auf ihn zu sprechen kommt und dass er, was er sonst nur selten thut[3]), sogar seine Jugendgeschichte mit grosser Ausführlichkeit erzählt.[4])

Dass in Gregors Augen die Statthalter- und Herzogswürde gleichbedeutend waren, ergiebt übrigens auch eine Gegenüberstellung von V, 13[5]) und VII, 36[6]). Hier ist es der oströmische Feldherr Narses, dem Gregor einmal den Titel eines dux (Italiae), das andere Mal den Titel eines 'praefectus' (Italiae) giebt, also denselben Titel, welcher — wie gleichfalls Gregor am besten lehrt[7]) — mit dem Patriciertitel (und dem Rectortitel) gleichbedeutend war.

---

[1]) Unmöglich erscheint mir die Erklärung von Glasson a. a. O. p. 350: „il pouvait arriver ..., comme ce fut le cas de Mummole, qu'un même personnage réunit sur sa tête les deux titres". — [2]) Vgl. die oben S. 90 Anm. 3 bis S. 91 Anm. 7 erwähnten Stellen. — [3]) Abgesehen von den Biographien einiger frommer Mönche und Bischöfe in den Zehn Büchern fränkischer Geschichte nur betreffs des Gundovald (Greg. Tur. VI, 24 p. 263), sowie betreffs des Andarchius und des Leudast (Greg. Tur. IV, 46 p. 180 und V, 48 p. 239). — [4]) Greg. Tur. IV, 42 p. 175. — [5]) Greg. Tur. V, 19 p. 216: Narsis ille dux Italiae ... ad ... urbem advenit. — [6]) Greg. Tur. VII, 36 p. 316: Et haec me causa Narsiti praefecto Italia iuncxit. — Vgl. ibid. VI, 24 p. 263: ad Narsitem habiit, qui tunc Aetaliae praeerat. — Ohne Titel erwähnt Gregor den Narses noch in III, 32 p. 136 und IV, 9 p. 147. — [7]) Vgl. mit einander Greg. Tur. IV, 43 p. 177, VI, 7 p. 253, VI, 11 p. 255, VIII, 43 p. 354 und IX, 22 p. 380 und zu einigen dieser Stellen bereits Tardif p. 165 n. 6 und Sohm S. 456 Anm. 1, sowie Phillipps S. 488, der jedoch irrig Greg. Tur. VII, 23 citirt.

Endlich lassen sich noch andere Quellenstellen wiederum aus Gregors Geschichtswerk heranziehen, in welchen er ausser dem erwähnten Mummolus noch anderen Oberbeamten der Provence den Titel 'dux' beilegt. Dies sind ausser den bereits an anderer Stelle[1]) erwähnten Statthaltern Calumniosus-Aegila und Leudegisil zunächst Guntchramn-Boso, der nach der Absetzung des von Childebert II zum Statthalter von Marseille eingesetzten Dynamius[2]) an dessen Stelle trat und als „Herzog" zu Marseille residirte[3]), und sodann König Guntchramns unbenannter statthalterlicher Beamter für dessen Antheil an Marseille[4]).

Nimmt man zu diesen Beweisen die oben erwähnte und schon längst hervorgehobene Conformität der Functionen hinzu, so wird man allerdings an der Identität der beiden Würden nicht zweifeln können und dann freilich auch in der Gegenüberstellung von Greg. Tur. VIII, 30 mit Fredeg. Chron. IV, 2 und 5 einerseits und von Greg. Tur. IV, 42 mit VII, 10 andererseits eine weitere Bestätigung erblicken dürfen.

II.

Betreffs des Mangels von Grafen in der Provence bezw. in Marseille sagt Waitz (S. 50): „Auch hatte wenigstens in der Provence der Patricius keinen Grafen neben sich"; ebenso meint Brunner (S. 156): „Der Patricius . . . kommt namentlich in Burgund vor und in der Provence, welche von Patriciern ohne untergeordnete Grafen verwaltet wird".

---

[1]) Vgl. über Greg. Tur. VIII, 30 oben S. 88 Anm. 6. — [2]) Dieser Dynamius wird in VI, 7 p. 253 und VI, 11 p. 255 als 'rector' bezeichnet; IX, 11 p. 368 heisst es sodann: Tunc Dinamium et Lupum ducem redditus rex Childeberthus recepit. Dieser Bericht liegt wegen des Singulars 'ducem' für einen Beweis der Identität der Herzogs- und Statthalterwürde noch ungünstiger als der oben besprochene in Greg. Tur. VII, 10. — [3]) Guntchramn Boso begegnet als 'dux' bei Greg. Tur. IV, 50 p. 185, V, 4 p. 195, V, 14 p. 202, VI, 24 p. 264, VI, 26 p. 265 sowie in der Ueberschrift zu den Virtut. S. Martini (Monum. Germaniae l. c. p. 607). — [4]) Greg. Tur. VI, 24 p. 264: Da Gundovald sich auf eine Insel im Mittelländischen Meere begeben hat, um den Ausgang der Untersuchung über Bischof Theodor abzuwarten: Guntchramnus vero dux cum duce Guntchramni regis res Gundovaldi divisit. — Childeberts „Herzog" Gundulf, Greg. Tur. VI, 11 p. 255/256, kann nicht herangezogen werden, da seine Thätigkeit zu Marseille nur vorübergehender Natur war, ebenso wie in Greg. Tur. VIII, 12 p. 331 die des „Herzogs" Rathar.

Dagegen meint Dahn (Könige VII, 2 S. 170): „In Burgund werden Grafen unter dem Patricius = Herzog genannt; dass Beläge für Grafen unter dem provençalischen fehlen, ist vielleicht nur Zufall"; andererseits äussert Dahn kurz voher (Könige S. 159 Anm. 8): „nur der patricius von Marseille war zugleich comes". Endlich behauptet Sohm (S. 467): „Der Stadt Marseille und dabei des Herzogs (rector, patricius) von Marseille geschieht in den merovingischen Quellen, und so auch bei Gregor von Tours, unendlich oft Erwähnung. Der Umstand, dass trotzdem ein Graf von Marseille niemals genannt wird, deutet mit Bestimmtheit darauf hin, dass herkömmlich Marseille keinen Grafen hatte, sondern die Grafschaft hier allein durch den Herzog verwaltet ward."

Bevor wir den Nachweis erbringen, dass es in Marseille doch Grafen gegeben hat, ist betreffs der Stadt selber und ihres Verhältnisses zur Provence folgendes zu bemerken: Sie zerfiel nach dem Tode Chlothars (561) in zwei gesonderte Theile, die provincia Arelatensis und die provincia Massiliensis[1]); nach Sigiberts Tode (575) wurde die letztere nochmals in zwei Theile zerlegt, weil Childebert II, Sigiberts Sohn und Nachfolger, seinem Oheim Guntchramn die Hälfte der Stadt Marseille überliess.[2]) So bestanden denn hier in Marseille zwei Statthaltereien neben einander; es wäre also bei dem Vorhandensein zweier hoher Beamter in derselben Stadt und bei dem geringen räumlichen Umfange ihres Wirkungskreises an sich nicht erstaunlich, wenn in der That die Annahme von Waitz, Brunner, Dahn und Sohm zuträfe, dass es in Marseille neben den Statthaltern keine Grafen gegeben habe.

Dennoch lässt sich die Existenz eines Grafen von Marseille für das Jahr 582 nachweisen; hier spricht gerade Gregor von Tours, den Sohm als classischen Zeugen heranzieht, gegen Sohm und seine Anhänger.

In VI, 24 (p. 264) erzählt nämlich Gregor von Tours, dass der Prätendent Gundovald bei Bischof Theodor von Marseille Aufnahme fand und dieser deswegen von Guntchramn

---

[1]) Vgl. v. Giesebrecht a. a. O. S. 177 Anm. 1. — [2]) Vgl. Greg. Tur. VI, 11 p. 255, 31 p. 269, 33 p. 273.

Boso [1]), welcher damals auf Childeberts Seite stand, gefangen genommen und in eine Kerkerzelle geworfen wurde. Nun fährt der Schriftsteller fort: Quadam vero nocte, dum adtentius oraret ad Dominum, refulsit cellula nimio splendore, ita ut comes, qui erat custus eius, ingente pavore terreretur; visusque est super eum lucis immense globus per duarum horarum spatium. Maue autem facto, narrabat haec comes ille citeris, qui cum eo erant.

Da sich nun aus andern Quellenberichten [2]) nachweisen lässt, dass die Grafen die Aufsicht über die Gefängnisse führten, und da es bei besonders wichtigen Gefangenen, namentlich bei den wegen politischer Umtriebe eingesperrten, anzunehmen ist, dass der Graf die Bewachung persönlich leitete, so liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, dass der hier genannte comes ausser der sachlichen Zuständigkeit auch die örtliche besessen habe, m. a. W. dass es sich um den ordentlichen Grafen handelt, der, wie anderswo, so auch in Marseille neben bezw. unter [3]) dem Herzoge oder Statthalter die Militär-, Justiz- urd Administrationshoheit des Königs durchführte.

Auch in diesem Punkte werden wir also einen Unterschied zwischen Herzogs- und Statthalterwürde leugnen müssen und es bleibt nur der auf historischem Ursprunge beruhende Titularunterschied übrig, so dass man in Anlehnung an eine

---

[1]) Ueber diesen vgl. oben S. 94. — [2]) Vgl. Greg. Tur. X, 6 (p. 413): Apud Arvernus ... vincti carceris, nutu Dei disruptis vinculis reseratisque aditibus custodiae, egressi, eclesiam ingressi sunt. Quibus cum Eulalius comes onera catinarum addi iussissit, ut super eos posita, extemplo ceu vitrum fragile comminuta sunt. — Ibid. VI, 8 (p. 254): Quodam vero tempore, dum pro furtum quis ad adpendendum deduceretur, ... misit (Eparchius, ein Klausner zu Angoulême) monachum suum ad deprecandum iudici, ut scilicet culpabilis ille vitae concederetur. Sed insultante vulgo ... dimitti non potuit. Der Gefangene wird aber durch ein Wunder vom Galgen gerettet und dem Eparchius vorgeführt. At ille gratias Deo agens, comitem accersiri iubet, dicens: 'Semper me benigno animo solitus eras audire ... ; et cur hodie induratus hominem, pro cuius vita rogaveram, non laxasti?' ...... Haec ego ab ipsius comitis ore cognovi. — Vgl. ferner Waitz II, 2 S. 31 und daselbst S. 32 Anm. 1 gerade unter Bezugnahme auf Greg. Tur. VI, 24 (und V, 21 p. 218; iudices locorum terribiliter commonens, ut ipsos cum armatis custodire debeant), sowie Dahn, Könige S. 111. — [3]) Vgl. oben S. 87 Anm. 2.

bekannte Digestenstelle[1]) sagen darf: inter ducatum et patriciatum tantum nominis sonus differt. Das herzogliche Amt war von den Franken aus der Heimath in das neueroberte Land hinübergetragen, den Patriciatus fanden sie in Südgallien bereits vor und passten ihn einfach der herzoglichen Würde an; dem Herzoge zu Burgund und in der Provence ward ein Flitter umgehängt, welchen die Franken aus dem Zusammensturze des Römerreiches gerettet hatten; der Inhalt, welcher in die romanische Form gegossen wurde, blieb der nämliche und änderte sich so wenig, wie das fränkische Königthum aufhörte, ein germanisches zu sein, da Chlodovech die Titel 'Consul' und 'Augustus' annahm[2]) oder da die Karolinger sich als 'Patricii Romani' bezeichneten[3]).

[1]) Marcianus in l. 5 § 1 D. de pignoribus et hypothecis 20, 1. — [2]) Vgl. meine Studie: Das fränkische Staatskirchenrecht zur Zeit der Merovinger (in Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte Heft 27, Breslau 1888) S. 15. — [3]) Vgl. oben S. 86 Anm. 11.

VI.

Das deutsche Gefolgswesen auf römischem Boden.

Von

Herrn Professor Dr. **Otto Seeck**

in Greifswald.

Leider ist es gegenwärtig zum nothwendigen Uebel geworden, dass der Romanist fast nichts vom deutschen Alterthum und der Germanist sehr wenig vom römischen weiss; hat doch jeder dieser Wissenszweige eine solche Ausdehnung gewonnen, dass seine Beherrschung die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch nimmt und ihm kaum noch die Möglichkeit lässt, hin und wieder auf das Nachbargebiet einen flüchtigen Blick zu werfen. Und doch wird kein Verständiger sich der Einsicht verschliessen, dass diese Scheidung, der er sich wohl oder übel unterwerfen muss, beiden Theilen Schaden bringt. Denn da Germanen und Römer Jahr-

hunderte lang in innigster Berührung lebten, so mussten sie sich nothwendig Sitten und Einrichtungen wechselseitig mittheilen, und viele germanische Institutionen sind daher nur aus den römischen, wie die römischen nur aus den germanischen zu verstehen. In der Regel ist zwar das minder civilisirte Volk das empfangende gewesen; aber als seit dem Anfang des dritten Jahrhunderts die Heere des Reiches sich mehr und mehr mit deutschen Kriegern füllten, haben auch sie ihre Sitten auf den neuen Boden übertragen und namentlich das Militärwesen der Römer z. Th. in ganz entscheidender Weise beeinflusst. Da nun unsere Quellen so gut wie ausschliesslich römische sind, kennen wir natürlich diese abgeleiteten Formen viel besser als das germanische Original; aus der genaueren Erforschung jener kann daher auch dieses Licht empfangen. Hierdurch sei es entschuldigt, wenn ein Romanist, der sich der Lücken seines Wissens auf dem Gebiete der deutschen Alterthumskunde sehr genau bewusst ist, es wagt, die Germanisten wenigstens in einzelnen Punkten über das germanische Gefolgswesen belehren zu wollen.

Mit gewohntem Scharfblick hat Brunner bemerkt, dass die römischen Protectores aus den deutschen Gefolgsleuten hervorgegangen sind[1]); aber da er sich vorzugsweise auf die spätesten Quellen stützt, hat er das Gemeinsame der beiden Institutionen, das natürlich desto klarer hervortritt, je näher ihrem Ursprunge wir sie untersuchen, doch nicht ganz deutlich erkannt. Es sei uns daher gestattet, diese Lücke auszufüllen, wobei wir uns selbstverständlich in erster Linie auf die Forschungen Mommsens stützen[2]).

Im dritten Jahrhundert, wo die Protectores zuerst in den Quellen erscheinen, gehen sie aus folgenden Ständen hervor:

1. Aus dem Ritterstande, aber niemals aus denjenigen, welche innerhalb desselben geboren sind, sondern nur aus alten Soldaten oder Centurionen, die sich zu Rittern emporgedient hatten. Vom Tribunat der Prätorianer oder der städtischen Cohorten, Stellungen, die regelmässig mit solchen

---

[1]) Forschungen zur Geschichte des deutschen und französischen Rechtes S. 76. 84. — [2]) Protectores Augusti. Ephem. epigr. V S. 121. 647. Daneben ist auch Camille Jullian, De protectoribus et domesticis Augustorum. Paris 1883, zu berücksichtigen.

militärischen Emporkömmlingen besetzt werden, gelangt man daher wohl zum Protectorat, aber nicht vom Tribunat der Legionen und der Präfectur der Cohorten und Alen, in denen die gebornen Ritter und Senatoren ihre ersten Kriegsdienste thun [1]).

2. Aus den Centurionen, und zwar sowohl aus den prätorianischen [2]), als auch aus den legionaren [3]). Diese niederen Officiere sind niemals römische Ritter, sondern z. Th. gehen sie aus der municipalen Aristokratie hervor, z. Th. haben sie sich von Gemeinen aufgedient.

3. Aus den gemeinen Soldaten [4]).

Für den Protectorat giebt es hiernach gar keine Qualification, soweit sie durch Rang oder Stand bedingt ist. Hoch und Niedrig sind gleich willkommen, falls sie nur Proben ihrer kriegerischen Tüchtigkeit abgelegt haben. Deshalb wird wohl der gemeine Soldat und, wie wir gleich sehen werden, sogar der Sclave und fremdländische Barbar zu dieser Stellung befördert, aber nicht die vornehmen Herrchen, die in den Kriegsdienst nur ein wenig hineingerochen haben. Nicht nach irgend welchen Standesrücksichten, sondern nur durch das freie Belieben des Kaisers werden die Personen bestimmt, denen er den Schutz seiner geheiligten Person anvertrauen will.

Von irgend einem Officier, der diese Eliteschaar befehligt hätte, wissen wir nichts, und jedenfalls ist dies keine zufällige

---

[1]) Dessau, Inscriptiones latinae selectae I 1332 = CIL. XI 1836. III 3126. Der ritterliche Ducenarius CIL. IX 4885. 4886, auf den Mommsen S. 127 Bezug nimmt, ist gewiss kein Protector gewesen. — [2]) Dessau 2778. — [3]) Dessau 2777. Bei den Centurionen Henz. 6728. Rhein. Jahrb. LVII S. 81 ist es zweifelhaft, ob sie der Legion oder der Garde angehörten. — [4]) CIL. VI 2773: *[pro]tector. aeq. [prae]torianorum.* Ob man dies mit Mommsen erklärt als einen Protector, der zugleich *exercitator equitum praetorianorum* war, ob man es auflöst als *protector, aeq(ues) praetorianorum* oder *protector, a(ctuarius) eq(uitum) praetorianorum,* in jedem Falle kommt ein sogenannter Principalis heraus, d. h. ein Gemeiner, dem als Auszeichnung eine kleine Charge zu Theil geworden ist, ähnlich unseren Gefreiten. Uebrigens werden wohl auch die Protectoren, bei denen kein früheres Amt genannt wird, also die grosse Mehrzahl der inschriftlich überlieferten, zum grösseren Theil aus den Gemeinen hervorgegangen sein. Denn es entspricht dem Inschriftenstil, nur Ehrenvolles zu verzeichnen und dasjenige zu verschweigen, was die frühere Niedrigkeit des Emporkömmlings verrathen würde.

Lücke unserer Ueberlieferung. Ihr einziger Vorgesetzter war eben der Kaiser selbst, dessen Person sie immer umgeben sollten. Allerdings werden diejenigen, welche Tribunen und Centurionen gewesen waren, eine übergeordnete Stellung, vielleicht auch eine Art Befehlsrecht den früheren Gemeinen gegenüber besessen haben. Doch als Officiere derselben kann man sie schon deshalb nicht auffassen, weil ja beide Elemente unterschiedslos denselben Titel *protectores* führen. Es ist eine Scheidung nicht nach Commandirenden und Untergebenen, sondern nur nach Würde und früheren Leistungen ganz ähnlich derjenigen zwischen „Tugend" und „Jugend" in den Gefolgen des Beowulfliedes[1]). Und wie der Platz des germanischen Degens an der Achsel seines Gefolgsherrn ist, so heissen auch diese römischen Krieger *protectores lateris divini*[2]). Aber wenn sie gleich in der Regel ihren Herrscher begleiten sollen, so hindert dies nicht, sie zeitweilig auch zu andern militärischen Dienstleistungen abzucommandiren, ohne dass sie deshalb den Charakter eines Protectors zu verlieren brauchen. Einige sind daneben noch Centurionen[3]), andere Tribunen prätorischer Cohorten[4]), noch andere Legionspräfecten[5]), und wenigstens diese letzte Stellung konnten sie nicht ausfüllen, ohne sich auf längere Zeit von der Person des Kaisers zu trennen. Doch wurden sie in der Provinz abgelöst, so kehrten sie wahrscheinlich wieder an den Hof zurück.

Mitunter dient der Protectorat auch nur als Durchgangsstufe, um zu andern höheren Aemtern überzugehn, die nicht nothwendig militärische zu sein brauchen. Ein früherer Protector übernimmt die Finanz-Verwaltung der Provinz Dacien, ein anderer wird erst zum Commando der römischen Feuerwehr, dann sogar zur Gardepräfectur befördert[6]). Auch darin ähnelt das Dienstverhältniss dem eines germanischen Degens, dass es nicht lebenslänglich zu sein braucht, sondern jederzeit aufgelöst werden kann. Und da die Leibwächter Männer des besonderen kaiserlichen Vertrauens sind, kommt es natürlich

---

[1]) A. Köhler, Germanische Alterthümer im Beówulf. Germania XIII S. 148. — [2]) CIL. III 1805. Orelli 1869; vgl. Cod. Theod. VI 24, 9. — [3]) Henz. 6728. Rhein. Jahrb. LVII S. 81. — [4]) Dessau 1332. CIL. III 3126. Ephem. epigr. IV S. 92; vgl. V S. 122. — [5]) CIL. III 3424. 3529. — [6]) Eph. epigr. a. O. Dessau 1332.

vor, dass sie nach ihrem Austritt aus dem Gefolge auch in einflussreicheren Stellungen verwendet werden.

Urkundlich lassen sich die Protectores erst um das Jahr 250 nachweisen[1]), aber da datirte Inschriften von ihnen keineswegs häufig sind, gestattet dies nicht den Schluss, dass das Corps erst kurz vorher gebildet worden sei. Andererseits braucht das Zeugniss der Scriptores Historiae Augustae, die es schon unter Caracalla (211—217) erwähnen, wie Mommsen mit Recht bemerkt, an sich nicht viel zu bedeuten; doch kann es auch brauchbar sein, je nach der Quelle, aus der es geschöpft ist. Untersuchen wir also, welche Unterstützung es bei besseren Gewährsmännern findet.

An einer Stelle (Carac. 5, 8) heisst es, Caracalla habe bei der Ueberfahrt nach Asien Schiffbruch gelitten und sich kaum mit seinen Protectoren in einem Kahne retten können. Hieraus ersehen wir nur, in welcher untrennbaren Verbindung man sich die Leibwache mit dem Kaiser dachte; nachprüfen lässt sich die Notiz nicht, weil jede Parallelstelle fehlt. Wichtiger ist der Bericht über den Tod des Caracalla (7, 1), da wir über ihn auch andere Quellen besitzen. Hier ist erzählt, seine Protectoren seien gegen ihn verschworen gewesen und einer von ihnen habe auch den tödlichen Stoss geführt.

Die beiden Zeitgenossen, Dio und Herodian, berichten dasselbe Ereigniss recht verschieden in den Einzelheiten. Man sieht eben, dass darüber mannichfache Gerüchte im Umlauf waren, von denen jeder einem andern folgte. Den Mörder nennen beide in Uebereinstimmung mit den Scriptores Martialis. Nach Herodian war es ein Centurio, der als Leibwächter des Kaisers immer um seine Person sein musste[2]); dies ist nichts anderes als eine Umschreibung für den Protector, dessen Amt ja, wie wir gesehn haben, sehr oft mit dem Centurionat cumulirt wurde. Nach Dio zürnte Martialis dem Caracalla gerade deshalb, weil er ein Centurionat erbeten, aber nicht erhalten hatte. Er war Evocatus[3]), d. h. ein Veteran aus

---

[1]) Dessau 1332 ist die früheste datirte Inschrift. — [2]) Herod. IV 13, 1: *ἦν τις ἑκατοντάρχης, Μαρτιάλιος ὄνομα αὐτῷ, τῶν σωματοφυλάκων τῶν Ἀντωνίνου, ἀεὶ παρεπόμενος αὐτῷ.* — [3]) Dio LXXVIII 5, 3: *Ἰούλιον Μαρτιάλιον ἔν τε τοῖς ἀνακλήτοις στρατευόμενον καὶ ὀργὴν οἰκείαν τῷ Ἀντωνίνῳ ἔχοντα, ὅτι οἱ ἑκατονταρχίαν αἰτήσαντι οὐκ ἐδεδώκει.*

den Gemeinen der Garde, der mit der Anwartschaft auf eine Officiersstellung nach beendeter Dienstzeit im Heere zurückbehalten war. Dies ist eine Abweichung, wie sie sich aus ungenauer mündlicher Tradition leicht ergeben konnte. Jedenfalls ist auch die Charge eines Evocatus derart, dass sie vortrefflich zum Protectorate passt, obgleich dieses hier nicht ausdrücklich erwähnt wird. Als Mitverschworne nennt Dio zwei Gardetribunen, ein zweiter Bericht der Scriptores, der aus anderer Quelle geschöpft ist (6, 7), ausserdem noch einen Präfectus Legionis, alles Officiere, wie wir sie auch inschriftlich unter den Protectoren nachweisen können.

Erweist sich also in diesem Falle die Erzählung der Scriptores als durchaus zuverlässig, so lernen wir aus ihr nicht nur, dass schon unter Caracalla jene Leibwache existirte, sondern auch noch ein Zweites von hoher Wichtigkeit. Als der Kaiser erschlagen wird, befindet er sich in einiger Entfernung von dem übrigen Heere n u r von seinen Protectoren umgeben. Gleichwohl sind in seiner Nähe auch einige westgermanische und gothische Reiter, zu denen er ein besonderes Vertrauen hat. Obgleich sie z. Th. aus Sclaven recrutirt sind, hat er einige dieser Barbaren sogar zu Centurionen ernannt [1]). Man hat bei diesen Reitern an die *equites singulares* gedacht; aber diese bestanden schon ein Jahrhundert früher, während es sich hier nach den Worten des Dio und Herodian um eine Truppe handelt, die Caracalla erst neu geschaffen hatte. Ohne Zweifel waren auch dies Protectoren, und der germanische Ursprung dieses Gefolges prägt sich hier, wo es uns zuerst entgegentritt, auch darin aus, dass es zum grössten Theil aus Germanen besteht. Auch dass sie beritten waren, hatten sie mit den deutschen Gefolgsleuten gemein [2]).

---

[1]) Dio LXXVIII 6, 1: *καὶ γὰρ Σκύθας καὶ Κελτούς, οὐ μόνον ἐλευθέρους ἀλλὰ καὶ δούλους, καὶ ἀνδρῶν καὶ γυναικῶν ἀφελόμενος ὡπλίκει καὶ περὶ αὐτὸν εἶχεν, ὡς καὶ μᾶλλον αὐτοῖς ἢ τοῖς στρατιώταις θαρσῶν· τά τε γὰρ ἄλλα καὶ ἑκατονταρχίαις σφᾶς ἐτίμα λέοντάς τε ἐκάλει.* Herod. IV 13, 6: *Γερμανοὶ δὲ ἱππεῖς, οἷς Ἀντωνῖνος ἔχαιρε φρουροῖς τε τοῦ σώματος ἐχρῆτο.* 7, 3: *ᾠκειώσατο δὲ καὶ πάντας τοὺς ἐπέκεινα Γερμανούς, ἔς τε φιλίαν ὑπηγάγετο, ὡς καὶ συμμάχους παρ' αὐτῶν λαβεῖν καὶ τοῦ σώματος ἑαυτοῦ φρουροὺς ποιήσασθαι, γενναίους τε καὶ ὡραίους ἐπιλεξάμενος.* — [2]) Müllenhoff, Zur Germania. Zeitschrift für deutsches Alterthum X S. 553. Brunner, Forschungen S. 41. 43.

In Caracalla, der jene germanische Reiterschaar gebildet hatte, werden wir danach auch den Urheber des Protectorencorps erkennen. Wenn von diesem aus der ersten Zeit seines Bestehens keine Inschriften nachweisbar sind, so erklärt sich dies wohl daraus, dass die meisten seiner Mitglieder eben Barbaren waren, die keine lateinischen Denkmäler stifteten. Schwärmte doch dieser Kaiser so für die Germanen, dass er oft sogar ihre Tracht anlegte und sich mit einer blonden Perücke schmückte[1]). Bei ihm ist es also besonders wahrscheinlich, dass er eine so charakteristische Eigenthümlichkeit des bewunderten Volkes, wie das Gefolgswesen, in das römische Reich übertrug. Auch darin ahmte er das Beispiel deutscher Häuptlinge nach, dass er, wie diese ihre Mannen an dem eigenen Tische nährten und namentlich tränkten, so auch seinerseits die Leibwächter zu seinen Zechgenossen machte[2]).

Eine tiefgreifende Veränderung erleidet das Amt der Protectoren kurz vor dem Regierungsantritt Diocletians. Während es vorher sehr oft mit Officiersstellungen cumulirt wurde, hört dies jetzt auf; sie sind in der Folgezeit durchgängig Gemeine, wenn auch in einer hochbevorzugten Truppe. Uebernehmen sie irgend ein Commando, so treten sie damit aus der Leibwache aus. Dies giebt sich zuerst darin kund, dass im Jahre 290 ein Legionspräfect erscheint, der sich ausdrücklich gewesener Protector *(ex protectore)* nennt[3]). Von jetzt an dient das Corps der Protectoren als Uebergang vom Soldaten zum Officier. Gemeine, die sich in irgend einer geringeren Truppe ausgezeichnet haben, werden hineinversetzt, um, wenn die Reihe an sie kommt und sie noch nicht zu alt geworden sind, es wieder zu verlassen und ein Tribunat oder eine Präfectur zu übernehmen. Andere erhalten bei der Verabschiedung die Titularwürde eines Protectors, genau wie bei

---

[1]) Herod. IV 7, 3: *πολλάκις δὲ καὶ τὴν Ῥωμαϊκὴν ἀποθέμενος χλαμύδα ἠμφιέννυτο τὰ Γερμανῶν περιβλήματα ἔν τε χλαμύσιν, αἷς εἰώθασιν, ἀργύρῳ πεποικιλμέναις ἑωρᾶτο· κόμας τε τῇ κεφαλῇ ἐπετίθετο ξανθὰς καὶ ἐς κουρὰν τὴν Γερμανῶν ἠσκημένας.* — [2]) Dio LXXVII 17, 4: *καὶ ἔπινε καὶ ἐκραιπάλα, καὶ τοῖς στρατιώταις τοῖς τὴν ἔνδον αὐτοῦ φρουρὰν ἔχουσι καὶ κρατῆρας πρὸς τῇ ἄλλῃ τροφῇ ἐκεράννυε καὶ κύλικας παρόντων καὶ ἡμῶν καὶ ὁρώντων διέπεμπε.* — [3]) CIL. III 10406.

uns untaugliche Hauptleute mit dem Charakter als Major entlassen werden.

Um dieselbe Zeit wird eine andere Truppe gebildet, deren Angehörige den Titel *protectores domestici* oder auch *domestici* schlechthin führen. Sie unterscheiden sich von den gewöhnlichen Protectoren zunächst dadurch, dass sie einen Commandanten an ihrer Spitze haben, den *Comes domesticorum*, der zuerst im Jahre 284 erwähnt wird[1]). Ein zweiter und wichtigerer Unterschied scheint der zu sein, dass die alten Protectores erprobte Krieger waren, die neuen Domestici junge Leute von guter Geburt, meist wohl die Söhne höherer Militärs. Wenn die *schola protectorum* einerseits den Abschluss der Soldatenlaufbahn, andererseits den Beginn der Officierscarrière bezeichnet, so hat die *schola protectorum domesticorum* nur die letztere Bedeutung; sie ist ein Corps jugendlicher Officiersaspiranten. Doch scheinen auch diese Verschiedenheiten sich im Laufe der Zeit mehr und mehr verwischt zu haben, so dass die beiden Truppen sich später nur noch durch den Namen unterscheiden.

So sind die *domestici* eine verhältnissmässig junge Bildung, die wohl an die römischen *protectores*, aber nicht mehr an ihr deutsches Urbild anknüpft. In Bezug auf dieses aus ihrem Namen Schlüsse zu ziehn, wie Brunner es gethan hat, dürfte daher kaum erlaubt sein. Derselbe ist weiter nichts als ein Ehrentitel, durch den der Kaiser ausdrücken will, dass diese jungen Krieger ihm um ihrer Väter willen besonders nahe stehn; eine weitergehende Bedeutung hat er nicht. Man kann vergleichen, dass einzelne vornehmere Legionen *legiones palatinae* genannt werden, ohne dass sie doch mit dem Palatium das Geringste zu thun haben. Ueberhaupt entfernen

[1]) Aur. Vict. Caes. 39,1 (daraus Hist. Aug. Num. 13,1); Zonar. XII 31. Da sich die Domestici urkundlich zuerst 346 nachweisen lassen (Cod. Theod. XII 1, 38), bezweifelt Mommsen, dass sie schon 284 existirten, und schreibt ihre Einführung erst dem Constantius II zu. Aber unter diesem schrieb Aurelius Victor, und es ist doch kaum anzunehmen, dass er den Anachronismus begangen habe, ein Institut, das er selbst entstehen gesehn hatte, schon der vordiocletianischen Zeit beizulegen. Die Unwahrscheinlichkeit wächst, wenn wir berücksichtigen, dass er mit Zonaras aus einer Quelle geschöpft hat, diese also den gleichen Fehler, wenn es einer ist, noch früher begangen haben müsste.

sich die *scholae protectorum* desto mehr von den germanischen Gefolgen, je weiter sie sich auf römischem Boden selbständig fortbilden. Ihre spätere Entwicklung können wir daher an dieser Stelle um so eher übergehn, als wir demjenigen, was Mommsen darüber gesagt hat, kaum etwas Wesentliches hinzuzufügen haben.

Doch in anderer Weise ist noch ein zweites Mal das deutsche Gefolgswesen in die römischen Heere eingedrungen, und da diese schon fast ganz von barbarischen Kriegern erfüllt waren, hat es jetzt seine ursprünglichen Formen treu bewahrt. Für den Germanisten sind daher diese neuen römisch-deutschen Degen noch viel lehrreicher, als die älteren Protectores.

Schon im dritten Jahrhundert wird einmal ein *protector praefecti praetorio* erwähnt (CIL. VI 3238). Wir sehen daraus, dass auch einzelne hohe Officiere sich Leibwächter zulegten; doch in den Händen von Unterthanen musste den Kaisern eine solche der Person ihres Herrn unbedingt ergebene Militärmacht gefährlich erscheinen. Sie stellten daher den Missbrauch wohl sehr bald ab; jedenfalls giebt uns nur ein ganz vereinzeltes Beispiel davon Zeugniss. Aber im fünften Jahrhundert, als unter der schwächlichen Regierung des Arcadius und Honorius die ganze Reichsordnung aus den Fugen zu gehn droht, erscheinen auch diese privaten Leibwachen von neuem, und bald giebt es im römischen Heere keinen höheren Officier mehr, der nicht von seinem Gefolge umgeben wäre.

Diese Art von Söldnern bezeichnet Procop in ihrer Gesammtheit meist durch den Doppelnamen *δορυφόροι καὶ ὑπασπισταί*[1]), mitunter nennt er sie auch *οἱ τῷ δεῖνι ἑπόμενοι*[2]);

---

[1]) Procop 73 C. 75 C. 254 B. C und sonst noch oft. Ich citire den Procop nach den Seitenzahlen der Pariser Ausgabe, die am Rande der Bonner mit davorgestelltem P bezeichnet sind, weil sie durch ihre Eintheilung in Viertelseiten (A, B, C, D) die genauesten Citate ermöglicht. — [2]) Procop. 487 B heisst es, Belisar habe *τοὺς οἱ ἑπομένους* nicht aus dem Orient mitnehmen dürfen, als er das Commando von Italien erhielt, und 493 A schreibt er an den Kaiser: *δορυφόρους τοίνυν καὶ ὑπασπιστάς τοὺς ἐμοὺς μάλιστα πάντων σταλῆναι προσήκει.* Damit ist die Identität des Sinnes für beide Benennungen erwiesen. Aehnlich 529 A. D. 641 C und sonst. Doch kann das Wort *ἑπόμενοι* auch die weitere Bedeutung haben, dass alle Soldaten, die einem Führer untergeben sind, darunter verstanden werden; es ist also zweideutig und braucht nicht immer als „das Gefolge" interpretirt zu werden.

Agathias braucht für sie die Worte ὀπαδοί[1]) oder παῖδες[2]), Malchus μισθοφόροι οἰκεῖοι[3]). Bei fast gleichzeitigen Schriftstellern zeigt schon diese Verschiedenheit der Benennungen, dass keine davon die officielle oder allgemein gebräuchliche war. Wenn diese vermieden wird, so liegt das an dem Bestreben dieser Autoren, ein classisches Griechisch zu schreiben; offenbar war der eigentliche Name irgend ein Wort, das ihnen barbarisch klang und daher in ihren reinen Stil nicht passte. Entsprechendes findet sich auch bei den Lateinern wieder. Mehrere Chroniken erzählen, wie Aëtius von Valentinian III erschlagen und dann von zweien seiner Mannen durch den Mord des Kaisers gerächt wird. Diese nennt Marcellinus Comes *satellites*, was dem ὀπαδοί des Agathias genau entspricht; Prosper sagt dafür *amici armigerique*[4]); nur die Ravennatische Chronik, die auf Eleganz des Stiles nicht den geringsten Anspruch macht, braucht das Wort *bucellarius*[5]), und ohne Zweifel war es dasjenige, welches im Volksmunde allein üblich war. Dies gilt nicht nur von den Lateinern, sondern ebenso von den Griechen; denn βουκελλάριος steht auch bei Olympiodor (Frg. 7. 11 Müller).

Bucella, wovon das Wort abgeleitet ist, heisst ursprünglich der kleine Bissen. In dieser Zeit ist es zum Namen für eine bestimmte Art Weizenbrot geworden, die besser war als die gewöhnliche[6]) und daher wohl auch in kleineren Laiben gebacken wurde. Demgemäss definirt der Scholiast zu den Basiliken 60, 18, 29 die *bucellarii* als οἱ τὸν ἄρτον τινὸς ἐσθίοντες ἐπ' αὐτῷ τούτῳ τῷ παραμένειν αὐτῷ. Es sind eben Krieger, die nicht, wie das übrige Heer, mit dem Kommiss-

---

[1]) I 15 p. 26 B. I 19 p. 31 B. II 8 p. 43 C. IV 21 p. 130 D. — [2]) III 16 p. 91 D. 92 A. — [3]) Frg. 18 bei Müller, Fragmenta historicorum Graecorum IV S. 127. — [4]) Mommsen, Chronica minora II S. 86. I S. 483. — [5]) Mommsen I S. 303. Greg. Tur. h. Fr. II 8. Dass dieses Wort den δορυφόροι καὶ ὑπασπισταί des Procopius entspricht, hat zuerst Mommsen, Das römische Militärwesen seit Diocletian, Hermes XXIV S. 236, gesehen. Neben dieser grundlegenden Untersuchung folge ich namentlich der trefflichen Dissertation von C. Benjamin, De Iustiniani imperatoris aetate quaestiones militares. Berlin 1892. Dass sich in dem Institut der römischen Bucellarii Einflüsse des deutschen Gefolgswesens geltend machen, hat schon Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II S. 5. 262, hervorgehoben. — [6]) Cod. Theod. XIV 17, 5 mit der Anmerkung Gothofreds.

brot der kaiserlichen Annona ernährt werden, sondern die Feinbrötchen vornehmer Herren essen. Das Wort charakterisirt also ihre ehrenvolle Stellung als Tischgenossen ihrer Gebieter, freilich in spöttischer Weise. Denn obgleich es später auch in den officiellen Sprachgebrauch eingedrungen ist[1]), lässt sich doch kaum bezweifeln, dass es ursprünglich Spitzname war.

Fragen wir nun, welches ihre ernsthafte Bezeichnung war, ehe jenes Wort aufhörte, als Spott empfunden zu werden, so giebt uns die Notitia dignitatum Antwort. An erster Stelle unter den Reitergeschwadern, welche dem Magister Militum des Orients untergeben sind, nennt sie die *comites catafractarii bucellarii iuniores*. Die Truppe heisst also *bucellarii* als Beiname, *comites* als Hauptname; wie man sieht, ist dies dasselbe Wort, mit dem schon Tacitus und später Ammianus Marcellinus die germanischen Gefolgsleute bezeichnen[2]). Ausserdem finden sich in den Truppenverzeichnissen der Notitia in beiden Reichshälften noch mehrere, die *comites* heissen, alle unter den Reitern, die meisten an erster Stelle[3]), wodurch sie als die vornehmsten charakterisirt werden. Allerdings ist es auffällig, dass Privatsöldner in den Listen des kaiserlichen Heeres erscheinen; doch hat schon Benjamin (S. 23) dafür die richtige Erklärung gefunden.

Nach dem Rechte der Westgothen ist der Bucellarius zwar ein freier Mann und kann aus dem Dienste seines Herrn in den eines andern übertreten, doch gilt dies offenbar als seltene Ausnahme, die schwere Nachtheile für ihn mit sich bringt. Er muss nämlich in diesem Falle nicht nur seine Waffen und Alles, was ihm der Patron sonst geschenkt hat, an diesen oder seine Erben zurückgeben, sondern auch noch die Hälfte dessen, was er sich auf andere Weise während der Dienstzeit erworben hat, hinzufügen. In der Regel ist das Verhältniss erblich und zwar nach beiden Seiten; stirbt der

---

[1]) Dies ergiebt sich aus seiner Anwendung in einem Gesetze des Kaisers Leo (Cod. Iust. IX 12, 10) und in der Notitia Dignitatum (Or. VII 25). — [2]) Malalas (Herm. VI S. 369) sagt von Aspar: *εἶχε γάρ, ὡς εἴρηται, πλῆθος Γότθων καὶ κόμητας πολλοὺς καὶ ἄλλους παῖδας.* Wahrscheinlich ist hier das Wort *comites* in diesem technischen Sinne gebraucht. — [3]) Not. Dign. Or. VI 28. VII 25. VIII 25. 26. Oc. VI 43. VII 159. Nicht an erster Stelle Or. V 29—31. VI 31. Oc. VI 50. 75. VII 163.

Herr, so tritt der Bucellarius in den Dienst seines Sohnes oder Enkels über, widrigenfalls er die schon genannte Einbusse zu erleiden hat; stirbt der Bucellarius, so bleiben seine Kinder in dem alten Dienst, ja seine Töchter stehen sogar in der Gewalt des Patrons und dieser hat über ihre Hand zu verfügen[1]). Das Recht des Herrn über das Gefolge ist also zwar kein Eigenthum, kommt aber doch demselben sehr nahe, und in diesem Sinne ist es auch von den Römern behandelt worden. Namentlich wenn von einem höheren Officier das Vermögen confiscirt wird, verfügt der Kaiser auch über die Bucellarii wie über einen Theil desselben. So eignete sich Valentinian III nach der Ermordung des Aëtius dessen Gefolge selber an, und Justinian schenkte das des Belisar seinen Günstlingen[2]). Durch die zahlreichen Justizmorde des fünften Jahrhunderts müssen also sehr viele Schaaren von Bucellarii aus privaten Diensten in den kaiserlichen übergeführt sein. Diesen liess man ihren alten Namen *comites*, und da es durchgängig Elitetruppen waren, wurden ihnen in der Reiterei des Heeres meist die vornehmsten Stellen angewiesen.

Dass die Bucellarii den germanischen Gefolgsleuten entsprechen, haben wir bisher als Voraussetzung behandelt und konnten es thun, weil die schlichte Schilderung ihrer Eigenthümlichkeiten so viel Verwandtes aufdecken wird, um jeden Zweifel zu zerstreuen. Doch wird es immerhin nützlich sein, Einiges vorauszuschicken, was als vorläufiger Beweis gelten kann. Procopius nennt jene römischen Soldaten bald *δορυφόροι καὶ ὑπασπισταί*, bald *ἑπόμενοι*; und in der Umgebung der vandalischen und gothischen Könige erscheinen bei ihm ganz ebenso *δορυφόροι* (197 C. 204 B. 344 A. 375 D. 469 C. 483 D) und *ὑπασπισταί* (664 D), bei einem langobardischen Häuptling *ἑπόμενοι* (549 D). Agathias bezeichnet die Bucellarii mit dem Namen *ὀπαδοί*; diesen braucht er aber auch für die gothischen Krieger, welche ihren Feldherrn Ragnaris im Kampf umgeben (II 14 p. 50 D). Vereinzelt kommt bei ihm (III 16 p. 91 D. 92 A) und bei Malalas (S. 107 Anm. 2) für die römischen Leibwächter sogar *παῖδες* vor, was eine genaue

[1]) Cod. Euric. 310 bei K. Zeumer, Leges Visigothorum antiquiores S. 13. Vgl. Brunner, Forschungen S. 23. Deutsche Rechtsgeschichte II S. 56 Anm. 44. — [2]) Prosp. Aqu. chron. 1375. Proc. hist. arc. 4 p. 13 A.

Uebersetzung des deutschen „Degen" ist. Im Lateinischen bedeutet, wie wir eben sahen, *comes* sowohl den germanischen Gefolgsmann, als auch den römischen Bucellarius. Endlich findet sich auch dieses Wort selbst im westgothischen Gesetzbuche wieder. Wenn in dieser Weise die griechischen wie die occidentalischen Quellen ganz dieselben Namen auf die römische und auf die germanische Institution anwenden, so ergiebt sich daraus, dass sie beide für wesentlich identisch hielten. Und wie wir sehn werden, haben sie sich darin nicht getäuscht.

Wie Olympiodor (frg. 7) bezeugt, tauchten die Bucellarii zuerst unter der Regierung des Honorius auf. Der erste Gefolgsherr, den wir unter den Römern nachweisen können, ist merkwürdiger Weise kein Officier, sondern ein Civilbeamter, freilich ein solcher, der für den schwachen Kaiser Arcadius eine Art von Regentschaft führt, der Praefectus Praetorio Rufinus[1]). Auch diesem Manne wird nachgesagt, dass er mitunter in gothischer Tracht erschien[2]); er hatte also wie Caracalla eine Vorliebe für germanische Sitten, woraus sich auch bei ihm die Nachahmung des Gefolgswesens erklärt. Später breitete es sich immer weiter aus, und unter Justinian gab es kaum noch einen Officier, den nicht eine grössere oder kleinere Zahl von Bucellarii umgeben hätte[3]). Bei Belisar waren es nicht weniger als 7000, so dass sie schon für sich allein ein ganz ansehnliches Heer darstellten[4]);

---

[1]) Claud. in Ruf. II 75: *egregii quotiens exisset foederis auctor stipatus sociis, circumque armata clientum agmina privatis ibant famulantia signis.* Die *socii* sind Gothen, denn mit diesen hatte Rufinus nach Claudian einen Vertrag geschlossen. — [2]) Claud. in Ruf. II 79. — [3]) Für die Magistri Militum sind Belege überflüssig; bei niedrigeren Officieren Procop. 206 D. 272 B. 280 D. 288 A. 296 A. 300 C. 302 D. 383 D. 407 A. D. 418 D. 477 C. 493 D. 505 B. 644 C. Agath. I 15 und sonst. — [4]) Proc. 467 C: *ἑπτακισχιλίους γὰρ ἱππέας ἐκ τῆς οἰκίας παρείχετο.* 217 B wählt er 300 aus seinen *ὑπασπισταί* aus. Mehrere Tausend soll auch Johannes der Kappadoker besessen haben (Proc. 75 C), über tausend Valerianus (Proc. 529 A). Dass solche Zahlen auch bei germanischen Herrschern nichts Unerhörtes waren, zeigen die 1000 *δορυφόροι*, die Amalafrida die Schwester Theodorichs als Mitgift erhält, als sie dem Vandalenkönig Trasamund vermählt wird (Proc. 197 C). Die 200 Comites des Alamannen Chnodomar (Amm. XVI 12, 60) sind also für einen König eine auffallend kleine Anzahl.

bei geringeren Führern werden es wohl oft nur ein paar Leute gewesen sein, die zum persönlichen Geleite ihres Herrn gerade genügten. Und ebenso hielten die Civilbeamten, wenn auch vielleicht nicht alle, so doch zum sehr grossen Theil sich ihre Trabanten [1]). Ja nach der Mitte des fünften Jahrhunderts kam es sogar vor, dass Privatleute in ihren städtischen Häusern oder auf ihren Landgütern bewaffnete Banden ernährten, was Kaiser Leo verbot [2]), obgleich es bei dem überall herrschenden Räuberunwesen keineswegs überflüssig war. So verbreiteten sich die Gefolge im Römerreiche sogar noch weiter, als es bei einzelnen germanischen Stämmen der Fall war. Denn wenigstens bei den Vandalen scheint ihre Unterhaltung ein Reservatrecht der Könige geworden zu sein [3]), während sie bei den Ostgothen auch manchen höheren Officieren, vielleicht mit Erlaubniss des Königs, freistand [4]), bei

---

[1]) Proc. hist. arc. I 4 p. 13 A: *τούς τε Βελισαρίου δορυφόρους τε καὶ ὑπασπιστὰς καὶ τῶν οἰκετῶν, εἴ τι ἐν πολέμῳ δόκιμον ἦν, τῶν τε ἀρχόντων καὶ τῶν ἐν παλατίῳ εὐνούχων τισὶν ἐπέστειλε διαδάσασθαι. οἱ δὲ κλήρους ἐπ' ἐκείνοις ἐμβεβλημένοι αὐτοῖς ὅπλοις ἅπαντας ἐν σφίσιν αὐτοῖς διενείμαντο.* Wenn unter den Eunuchen Justinians gleich auch einzelne Officiere wie Narses waren, so blieben dies doch immer Ausnahmen. Die grosse Masse, von der hier geredet wird, können nur Civilbeamte gewesen sein. Wenn es Proc. 75 C von dem Präfecten Johannes heisst: *ἑταιρισάμενος δορυφόρων τε καὶ ὑπασπιστῶν χιλιάδας πολλὰς οὐ γεγονὸς ὑπάρχων τινὶ πρότερον τοῦτό γε*, so wird hier nur die grosse Zahl als etwas Unerhörtes bezeichnet, nicht der Besitz von Gefolgsleuten überhaupt, der ja schon bei dem Präfecten Rufinus vorgekommen war. — [2]) Cod. Iust. IX 12, 10: *omnibus per civitates et agros habendi bucellarios vel Isauros armatosque servos licentiam volumus esse praeclusam.* Die Isaurer stehen wohl insofern in Gegensatze zu den Bucellariern, als diese beritten, jene Fussgänger waren; denn in den wilden Bergen ihrer Heimath war zum Tummeln von Rossen nicht der Raum. Uebrigens waren diejenigen, von denen hier die Rede ist, wohl nur zum kleinsten Theil wirkliche Isaurer, sondern wahrscheinlich ist die Bezeichnung dieses Volkes zum Gattungsnamen für jede Art von privaten Fusstruppen geworden, die aus angeworbenen Freien, nicht aus Sclaven bestand. — [3]) Als Godas, der vandalische Statthalter von Sardinien, von seinem Könige abfällt, heisst es von dem Gesandten, den Justinian an ihn abschickt (Procop. 204 B): *Εὐλόγιος δὲ ἀφικόμενος ἐς Σαρδὼ εὕρισκε Γώδαν ὄνομά τε καὶ σχῆμα βασιλέως περιβαλλόμενον καὶ δορυφόρους προσποιησάμενον.* Also die Anstellung von Leibwächtern steht hier im engsten Zusammenhange mit der Usurpation der königlichen Insignien. — [4]) Proc. 344 A. Agath. II 14 p. 50 D.

den Westgothen wohl noch in weiterem Umfange gestattet war. Jedenfalls erwähnt die schon angeführte Stelle des Euricianischen Gesetzbuches (S. 107) in dieser Hinsicht keiner Beschränkung.

Die Bucellarii setzten sich aus allen möglichen Nationen zusammen; wir finden unter Justinian, als der Occident sich schon vom Reiche gelöst hatte und daher weniger zu den Heeren desselben beitrug, Thraker, Isaurer, Kappadoker, Pisider, Armenier und Perser; doch scheinen wenigstens in dieser späteren Zeit[1]) Gothen und Hunnen die Hauptmasse gebildet zu haben[2]). Ihre Anwerbung bezeichnet Procop (75 C) durch das Wort *ἑταιρίζεσθαι* „sich zum Genossen machen", wie auch der einzelne Mann mitunter der *ἑταῖρος* seines Herrn genannt wird (Proc. 378 A). Manchmal geschieht sie in der Weise, dass ein Soldat, der sich besonders hervorgethan hat, aus den gewöhnlichen Truppen des Kaisers von dem Führer in sein privates Gefolge aufgenommen wird[3]); dies gilt also für eine Auszeichnung. Mitunter treten auch die Bucellarii geringerer Officiere in die Dienste höherer Führer über, was ebenfalls als Gunst betrachtet wird[4]). Denn das Verhältniss ist jederzeit löslich und gestattet daher den Wechsel des Herrn[5]). So sind die obersten Feldherren im Stande, sich in ihrem Gefolge ein ganz hervorragendes Elitecorps zu bilden, das in sich die tüchtigsten Elemente des ganzen Heeres vereinigt[6]).

---

[1]) Olymp. Frg. 7: *ὅτι τὸ βουκελλάριος ὄνομα ἐν ταῖς ἡμέραις Ὀνωρίου ἐφέρετο κατὰ στρατιωτῶν οὐ μόνων Ῥωμαίων, ἀλλὰ καὶ Γότθων τινῶν· ὡς δ' αὕτως καὶ τὸ φοιδεράτων κατὰ διαφόρου καὶ συμμιγοῦς ἐφέρετο πλήθους.* Hiernach scheinen unter Honorius in diesem bunten Gemisch doch noch die Römer, d. h. die Nationen des Reiches, unter denen freilich auch germanische nicht fehlten, die grosse Masse gebildet zu haben. Später wurde dies anders. — [2]) Benjamin S. 32—34. — [3]) Procop. 649 D; vgl. 559 A. — [4]) Proc. 281 B. Maximinus, der vorher *δορυφόρος* des Theodorus war, wird von dem Magister Militum Germanus in gleicher Eigenschaft angeworben und freut sich über die ausserordentliche Ehre (*ὁ δὲ περιχαρὴς γεγονὼς τῷ ὑπερβάλλοντι τῆς τιμῆς*). — [5]) Proc. 558 D: *Ῥωμαῖοί τε γὰρ ἄνδρες ἀγαθοὶ τὰ πολέμια τῶν ἀρχόντων πολλούς, ὧν δὴ δορυφόροι τε καὶ ὑπασπισταὶ ἦσαν, ἐν ὀλιγωρίᾳ πεποιημένοι Γερμανῷ εἵποντο.* Unter den gothischen Führern erscheint ein Gundulf, *ὅσπερ Βελισαρίου δορυφόρος ἐγεγόνει ποτέ.* Proc. 630 A. — [6]) Die Bucellarii, welche Belisar über den Tigris schickt (Proc. 133 B), werden *οἱ τῶν στρατιωτῶν μαχιμώτατοι* genannt (134 D). Vgl. 467 C. 652 A. 217 B. 405 D. 418 D.

Natürlich ist es immer beritten[1]), schon weil der Officier selber zu Pferde sitzt und diejenigen, welche sein unmittelbares Geleite bilden, an Geschwindigkeit der Bewegung nicht hinter ihm zurückstehen dürfen. Auch dies haben sie mit den germanischen Gefolgen gemein[2]).

Ebenso kehrt der Eid, durch welchen sich die Degen ihrem Gefolgsherrn angeloben[3]), bei den Bucellarii wieder, nur dass, wer ihn einem römischen Beamten leistet, auch den Kaiser in sein Treuversprechen einschliesst[4]). Aber, wie schon gesagt, dasselbe bindet nicht lebenslänglich, sondern kann immer zurückgenommen werden. Wie bei den Germanen vornehme Jünglinge sich oft einem tapfern Häuptling zuschwuren, um sich später, wenn sie zu Jahren und Ansehn gekommen waren, selbständig zu machen und ihrerseits ein Gefolge um sich zu versammeln[5]), so haben sich auch bei den Römern hochberühmte Feldherren ihre Sporen als Bucellarii verdient. Denn oft werden diese zu Tribunen[6]) und Duces[7]) befördert und einzelne, wie Belisar und Sittas[8]), haben später die höchsten Stufen der militärischen Hierarchie erstiegen. Traten sie auf diese Weise in den Officierstand ein, so löste sich ihr früheres Abhängigkeitsverhältniss; doch wird uns von Belisar berichtet, dass er sich noch als Magister Militum durch seinen Eid gebunden fühlte. So gewissenhaft waren natürlich nicht alle; kämpfte doch sogar ein früherer Leibwächter des Belisar an der Spitze der Gothen gegen die Römer. Aber dieser verschmähte es auch, seinen Frieden

---

[1]) Procop. 467 C. Als Germanus sich ein Gefolge sammelt, nimmt er aus dem kaiserlichen Heer nur Leute *ἐκ καταλόγων ἱππικῶν*. Proc. 559 A. — [2]) Tac. Germ. 14. ann. II 11. Amm. XVI 12, 35. Müllenhoff, Zeitschr. f. deutches Alterthum X S. 553. Brunner, Forschungen S. 41. 43. — [3]) Tac. Germ. 14: *praecipuum sacramentum*. Beowulf 85. Köhler S. 146. Brunner S. 76. — [4]) Proc. 281 A: *ἦν τοίνυν εἰθισμένον ἅπασι Ῥωμαίοις ἐκ παλαιοῦ μηδένα δορυφόρον τῶν τινος ἀρχόντων καθίστασθαι, ἢν μὴ δεινοτάτους πρότερον ὅρκους παρεχόμενος τὰ πιστὰ δοίη τῆς ἐς αὐτόν τε καὶ τὸν βασιλέα Ῥωμαίων εὐνοίας*. Coripp. Ioh. IV 226. Ebenso hängen die Eide, die Belisar dem Justinian geleistet hat (Proc. 459 D), jedenfalls mit seiner früheren Stellung als Bucellarius desselben zusammen. Proc. 34 D. Benjamin S. 34. — [5]) Tac. Germ. 13. — [6]) Procop. 257 A. 552 A. — [7]) Procop. 133 B; vgl. 442 B. 282 D; vgl. 295 C. 555 D. — [8]) Procop. 34 D; vgl. 459 D.

mit Narses zu machen, als die gothischen Heere fast alle die Oberherrschaft Justinians anerkannten[1]; es scheint danach fast, als wenn er für seine Person keine Gnade erwarten konnte. Und wie der Bucellarius nicht selten seinen Dienst aufgiebt, um selbständig zu werden oder sich einen vortheilhafteren zu suchen, so kann er auch von dem Herrn entlassen werden; doch geschah dies wohl nur, wenn sein Verhalten eine sehr harte Strafe herausforderte[2]. Auch dass ein Feldherr dem andern einen Theil seines Gefolges übergiebt, kommt vor[3]; dies aber ist wahrscheinlich nur als Leihgabe, nicht als dauernder Verzicht aufzufassen. Aehnlich gestattet ja auch König Hygelac seinem Degen Beowulf, dem Hrodgar in dessen Nöthen zu Hilfe zu kommen.

Aber wenn die Trennung von Herr und Manne auch möglich und erlaubt war, so blieb sie doch Ausnahme. In der Regel war das Verhältniss ein so festes, dass es, wie wir schon sahen, ganz nach Analogie des Eigenthums behandelt wurde. Die Bucellarii gehören zum Hausgesinde (*οἰκία*) des Feldherrn[4] und werden manchmal sogar mit seinen Sclaven und persönlichen Dienern zusammengestellt[5]. Wen erinnert dies nicht daran, dass bei den Franken der Obmann des

---

[1]) Procop. 630 A. 666. — [2]) Procop. 440 A: *καὶ Οὐλίαριν μὲν ἐς ὄψιν οἱ ἐλθεῖν οὐκέτι τὸ λοιπὸν εἴασεν.* Die Hinrichtung eines Bucellarius durch den Magister Militum Germanus (Procop. 282 A) findet ihre Erklärung wohl in dessen allgemeinen magistratischen Rechten, nicht in seinem persönlichen Herrenrecht über den Mann. — [3]) Procop. 254 C von Belisar: *Σολόμωνι δὲ διέπειν τὸ Λιβύης κράτος παρείχετο ἀπολέξας τῶν ὑπασπιστῶν καὶ δορυφόρων τῶν αὐτοῦ μέρος πλεῖστον, ὥστε Σολόμωνι ἑπομένους Μαυρουσίων ὅτι τάχιστα τοὺς ἐπαναστάντας τῆς ἐς Ῥωμαίους ἀδικίας ξὺν προθυμίᾳ πολλῇ τίσασθαι.* — [4]) Procop. 205 A nennt Aigan, den *δορυφόρος*, und Rufinus, den Bannerträger des Belisar (256 D), *ἐκ τῆς Βελισαρίου οἰκίας ὄντες.* Er sagt, Belisar habe an Zahl der Bucellarii alle andern Feldherren übertroffen (*δυνάμει δὲ ὑπασπιστῶν τε καὶ δορυφόρων τοὺς πώποτε στρατηγοὺς ὑπεραίρων*), und fügt zur Erklärung hinzu: *ἑπτακισχιλίους γὰρ ἱππέας ἐκ τῆς οἰκίας παρείχετο* (467 C). Andere Belege 243 B. 271 D. 305 A. 356 A. 392 A. *ὁ τῶν οἰκοτρίβων ὀπαδῶν πρωτοστάτης* Agath. I 19 p. 31 B. Die *οἰκεῖοι βάρβαροι* des Ricimer bei Ioh. Ant. frg. 209, 1 sind wohl insofern nicht hierherzuziehn, als sie kaum die Bucellarii allein bezeichnen, sondern auch die Foederati mitumfassen. — [5]) Agath. I 19 p. 31 B. II 8 p. 43 C. IV 21 p. 130 D. Menand. frg. 9.

Königsgefolges *maior domus* hiess[1])? Mit Recht hat Benjamin (S. 30) hervorgehoben, dass die Worte, mit denen die Griechen den Ersten der Bucellarii bezeichnen, *ὁ τῇ τοῦ δεῖνος οἰκίᾳ ἐφεστὼς* (Procop. 455 C. 551 D), *ὁ τῶν οἰκοτρίβων ὀπαδῶν πρωτοστάτης* (Agath. I 19), *ὁ τῶν ὀπαδῶν ἐπιστάτης* (Agath. II 8), *ὁ πρωτοστάτης τοῦ θητικοῦ καὶ οἰκετικοῦ* (Menand. frg. 9), nichts Anderes sind, als mehr oder minder ungenaue Uebersetzungen jenes lateinischen Titels.

Hieraus folgt aber, dass der *ἐπιμελητὴς τῆς περὶ τὴν οἰκίαν δαπάνης* ein anderer Beamter ist; denn wo Procop diesen nennt (217 B), fügt er ausdrücklich hinzu: *ὀπτίωνα τοῦτον καλοῦσι Ῥωμαῖοι.* Sein lateinischer Name war also nicht *maior domus,* sondern *optio.* Dieser Titel bezeichnet von Alters her einen sogenannten Principalis, d. h. einen Chargirten aus der Mitte der Gemeinen. In den ersten Jahrhunderten war er Gehilfe des Centurio und besass die nächste Anwartschaft, in dessen Stelle einzurücken[2]). Als später der Centurionat verschwand, blieb ihm die Aufgabe, Löhnung und Naturalbezüge unter Oberaufsicht des Actuarius[3]) in seiner Truppe zu vertheilen[4]). *Optio* ist meines Wissens der einzige Titel, der von dem kaiserlichen Heer auch auf die Bucellarii übertragen ist. Mit dem germanischen Vorbilde wird er kaum etwas zu thun haben; doch kam er wohl auch im Römerreiche nur ausnahmsweise bei den Gefolgen vor. Belisar, bei dem er ganz allein erwähnt wird, brauchte für seine siebentausend Leibwächter freilich einen besonderen Beamten, der ihre Verpflegung beaufsichtigte; aber so ungeheure Schaaren privater Söldner blieben immer eine seltene Ausnahme. Für die gewöhnlichen kleinen Gefolge trug wohl ihr Herr oder einer von dessen Sclaven Sorge; ja die allerkleinsten von zehn oder zwanzig Mann, wie sie die niedrigeren Officiere wahrscheinlich besassen, dürften auch noch in dieser Zeit wirkliche Tischge-

---

[1]) Brunner, Forschungen S. 75. Benjamin S. 30. — [2]) Marquardt, Römische Staatsverwaltung II[2] S. 545. — [3]) Pauly-Wissowa, Realencyklopädie I S. 301. — [4]) Procop. 285 D: *Γέζων ἦν ἐν τοῖς στρατιώταις πεζὸς, τοῦ καταλόγου ὀπτίων, εἰς ὃν αὐτὸς ἀνεγέγραπτο· οὕτω γὰρ τὸν τῶν συντάξεων χορηγὸν καλοῦσι Ῥωμαῖοι.* Vgl. Cod. Theod. VII 4, 1. 24. VIII 7, 22. X 1, 17. Nov. Mart. II 3. Nov. Iust. 116, 1. 117, 11. 130, 1. Cod. Iust. IV, 65, 35.

nossen ihrer Führer gewesen sein. Procop (207 B) erzählt, er habe im Traum gesehen, wie Männer blumigen Rasen dem Belisar als Geschenk gebracht hätten; dann habe es ihm geschienen, als wenn dieser mit seinen Trabanten eingetreten sei, sich mit ihnen darauf niedergelegt habe und alle gemeinsam von den Blumen gegessen hätten. Dies ist eine Erinnerung an die alte Tischgemeinschaft des Herrn und seiner Degen, wie sie bei einem so hochgestellten Manne damals freilich nur noch im Traume vorkam.

In Wirklichkeit pflegten bei der Mahlzeit die Leibwächter oder doch ein Theil von ihnen hinter dem Speisesopha ihres Führers zu stehn[1]; war dieser bei besonders guter Laune, so übergab er ihnen wohl die Reste des Mahles, die sie dann vor der Thüre verzehrten[2]. Dies weicht zwar von der ursprünglichen Sitte der Germanen, wie sie Tacitus schildert, ab, aber im sechsten Jahrhundert war auch bei den Gothen die Stellung der Gefolgsleute ganz in derselben Weise herabgedrückt. Wenn ihr König speiste, standen auch sie, gleich den römischen Bucellarii, dabei und sahen zu[3].

Die Ernährung seines Gefolges ist natürlich Sache des Herrn, und die ungeheuren Vermögen der römischen Grossen, deren Haushalt oft aus Tausenden von Sclaven und Clienten bestand, konnten diese Last schon tragen[4]. Dass der Führer oft, wenn auch nicht immer, die Degen auf seine Kosten bewaffnete und beritten machte, wissen wir von den Germanen des Tacitus und den westgothischen Bucellarii[5]. Von den römischen ist uns dies nicht ausdrücklich überliefert; aber wenn Justinian dem Belisar, als er den afrikanischen Feldzug antrat, eine grosse Menge Rosse aus den kaiserlichen Gestüten

---

[1]) Procop. 303 A: *ἀρχόντων γὰρ ἑστιωμένων ὄπισθεν ἑστάναι τοὺς δορυφόρους νόμος.* 281 C. 304 A. — [2]) Procop. 304 A: *ἤδη που καταβεβρεγμένος ὁ Γόνθαρις τοῖς δορυφόροις τῶν βρώσεων ἐδίδου φιλοτιμίᾳ τινὶ χρώμενος. οἳ δὴ ταύτας λαβόντες ἐσθίειν ἤδη τοῦ οἰκήματος ἔξω γενόμενοι ἔμελλον.* Dass auch dies nichts Gewöhnliches, sondern eine besondere Gunst war, ergiebt sich aus den Worten: *φιλοτιμίᾳ τινὶ χρώμενος.* — [3]) Procop. 470 A: *ἀριστῶντα γὰρ τὸν βασιλέα πολλούς τε ἄλλους καὶ τοὺς δορυφόρους παρίστασθαι νόμος.* — [4]) Benjamin S. 29. — [5]) Cod. Euric. 310: *si quis bucellario arma dederit.* Tac. Germ. 14: *exigunt enim principis sui liberalitate illum bellatorem equum, illam cruentam victricemque frameam.*

zum Geschenk machte, so lässt sich dies kaum anders erklären, als dass der Feldherr sie für seine private Ausrüstung, d. h. für sein Gefolge, brauchte[1]).

Schon die Taciteischen Gefolge waren nach dem freien Ermessen ihrer Herren in Rangclassen eingetheilt; neben dem Alamannenkönig Chnodomar kämpfen drei *amici iunctissimi* und 200 *comites*[2]) und im Beowulfsliede werden die Bankgenossen des Herrschers in die zwei Ordnungen geschieden, welche der Dichter Tugend und Jugend nennt. Ebenso zerfallen auch die Bucellarii bei Procop in *δορυφόροι* und *ὑπασπισταί*, ja selbst das Zahlenverhältniss zwischen ihnen scheint ähnlich gewesen zu sein, wie bei dem Gefolge des Chnodomar. Denn oft sendet Belisar Detachements von einigen Hundert Hypaspisten unter Führung von ein bis drei Doryphoren aus[3]). Ihr Verhältniss ist also dem von Gemeinen und Officieren verwandt, aber keineswegs damit identisch. Denn niemals sind die Hypaspisten in fest umgrenzte Corps eingetheilt gewesen, die ein geordnetes Commando möglich gemacht hätten; sondern für jede Expedition, die ihnen übertragen wird, trifft der Feldherr eine besondere Auswahl unter seinen Leuten und sendet bald zwanzig, bald zweitausend, bald alle in einheitlicher Masse, bald auch in kleinen Abtheilungen aus, wie es ihm der jedesmalige Zweck zu fordern scheint. Auch hat kein Doryphore den ständigen Oberbefehl über bestimmte Hypaspisten, sondern auch die Commandanten werden immer nur für den einzelnen Fall bestellt. Sie sind also nicht so sehr Officiere, wie höher geachtete Kameraden, denen nur kraft besonderen Auftrags ihres Feldherrn ein zeitweiliges Befehlsrecht eingeräumt ist. Uebrigens scheint diese Theilung nur in den grossen Gefolgen stattgehabt zu haben, während in den kleineren alle Bucellarii unterschiedslos *δορυφόροι* genannt wurden. Wenigstens erwähnt Procop Hypaspisten nur bei zwei Officieren, die nicht Oberfeldherrn sind (407 A. D. 505 B), und beide bezeichnet er als besonders hervorragend (*ἐλλόγιμοι* 319 C) unter ihren Genossen, so

---

[1]) Procop. 207 C. Benjamin a. O. — [2]) Amm. XVI 12, 60. — [3]) Procop. 133 B. 216 C. 222 A. 229 B. 351 C. 377 B. 378 A. 390 C. 405 D. 416 B. 490 A.

dass man ihnen schon eine recht ansehnliche Leibwache zutrauen darf.

Ob das lateinische Wort für die *δορυφόροι* *armigeri* oder *comites* war, ist nicht ganz sicher auszumachen. Denn wenn Malalas (S. 107 Anm. 2) in dem Gefolge des Aspar *κόμητας πολλοὺς καὶ ἄλλους παῖδας* erwähnt, so wird man nicht umhin können, jene auf die höhere Rangstufe, diese auf die gewöhnlichen „Degen" zu beziehn. Doch andererseits nennt Prosper *amici armigerique* des Aëtius nebeneinander (S. 106) und Corippus, der in seinen Gedichten kaum Gelegenheit hatte, der niedrigeren Classe zu erwähnen, bezeichnet die Gefolgsleute regelmässig als *armigeri*. Man darf also vermuthen, dass die *amici* des Prosper den *ὑπασπισταί* entsprechen, und thatsächlich wird jene Benennung auch bei den Franken auf die Gefolgsleute angewandt [1]). Allerdings können alle diese Zeugnisse trügerisch sein, weil ja leider in jener Zeit Schriftsteller, die elegant sein wollen, die technischen Ausdrücke beinahe geflissentlich vermeiden.

Die Bucellarii, namentlich die höhere Classe derselben, befinden sich fast immer in der Umgebung ihres Führers. Wie einzelne sogar bei der Mahlzeit hinter ihm stehn, so erscheint er natürlich auf dem Feldzuge niemals ohne ihre Begleitung. Es ist charakteristisch dafür, dass, als einige römische Officiere abseits von ihren Truppen an einen Fluss gehen, um ihren Durst zu löschen, doch jeder von ihnen von drei bis vier Doryphoren umgeben ist (Proc. 644 C). Im Lager stationiren sie in der nächsten Nähe seines Zeltes (Proc. 443 A), in der Schlacht ist ihre Stelle bei seiner Person [2]), und der Bannerträger des Feldherrn geht aus ihrer Mitte hervor [3]). Sie kommen daher auch oft in die Lage, ihn während des Kampfes mit ihrem Rathe zu unterstützen [4]). Namentlich aber dienen sie ihm als Leibwache, und viele Beispiele sind uns überliefert, dass sie mit kühnster Preisgebung des eigenen Lebens ihren Herrn gerettet haben [5]).

---

[1]) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II S. 261. — [2]) Agath. II 8 p. 43 C. Procop. 240 C und sonst. — [3]) Procop. 238 A. 240 C. 241 B. 256 D. — [4]) Coripp. Ioh. VI 533. — [5]) Procop. 279 D. 289 C. 356 A. 453 B. 595 B. Agath. I 15 p. 26 A. II 14 p. 50 D. Coripp. Ioh. IV 923. Marc. chron. 520.

Ja selbst die Blutrache für ihn, wenn er gefallen ist, betrachten sie als ihre Pflicht. So tödteten Bucellarii des Aëtius den Kaiser, der ihren Führer ermordet hatte (S. 106), und nach dem Tode Aspars kämpfte sein gothischer Gefolgsmann Ostrys mit grossartigem Heldenmuth, um dem erschlagenen Feldherrn noch möglichst viele seiner Feinde nachzusenden [1]). Natürlich waren die Doryphoren Vertrauensmänner ihrer Herren; wo es einen schwierigen und verantwortungsvollen Auftrag auszuführen gilt, werden sie daher meist dazu gewählt. So schickt der Magister Militum Sittas zwei von ihnen aus, um die persische Kriegsmacht auszuspähen (Proc. 43 B), und wie sie durch die Gunst der obersten Führer oft zu Officiersstellen befördert werden (S. 112), so stellt man sie auch während ihres Dienstverhältnisses zeitweilig an die Spitze grösserer oder kleinerer Truppenmassen und vertraut ihnen die Leitung selbständiger Operationen an [2]). Dass sie daneben auch zur Vollziehung von Mordbefehlen benutzt werden, ist in jenen Zeiten selbstverständlich [3]).

Zum Schlusse muss noch mit einigen Worten auf den Unterschied eingegangen werden, der die Bucellarii von den Foederati trennt; doch können wir uns in dieser Beziehung sehr kurz fasssen, da alles Wesentliche schon von Benjamin festgestellt ist. Auch die Foederati stehen in privatem Solde; auch sie sind zusammengelaufenes Volk aus allen möglichen Nationalitäten; auch sie bestehen ausschliesslich aus Reiterei; auch sie gelten beinahe als Eigenthum ihrer Führer und erben sich sogar in deren Familie fort; endlich treten auch sie zuerst unter Arcadius und Honorius auf. Aber es sind keine Eliteschaaren, keine Gefolge, die in einem persönlichen Vertrauensverhältniss zu ihren Führern stehen, sondern einfache Landsknechtshaufen, von speculativen Condottieren angeworben, um dem Kaiser für Geld und Ehren zur Verfügung gestellt zu werden. Ihre Verpflegung bleibt daher auch nicht auf dem eigenen Vermögen ihrer Herren lasten, sondern wird auf die

---

[1]) Theophan. 5964. Malalas a. O. — [2]) Procop. 26 C. 34 C. 52 C. 133 B. 138 B. 282 D. 326 B. 391 A. 396 A. B. 499 D. 531 A. 534 C. 550 C. 553 D. Vgl. auch die S. 116 Anm. 3 citirten Stellen. — [3]) Procop. 408 B. Agath. I 12 p. 23 C. Aehnlich auch die *δορυφόροι* des Vitigis Procop. 375 D.

Staatskasse übernommen. Die Optiones, welche dieselbe leiten, sind Soldaten des Kaisers; und sie gewinnen unter den Foederati einen solchen Einfluss, dass sie bald die Stellung von Officieren dieser Schaaren erlangen und sie auf diese Weise mittelbar der Staatsgewalt unterordnen.

Was wir hier zusammengestellt haben, wird den Germanisten nicht viel Neues lehren. Denn fast jeder Zug, der die Bucellarii charakterisirt, findet sich schon in der classischen Schilderung, die uns die Germania des Tacitus von den deutschen Gefolgen entwirft. Aber wenn das Spiegelbild germanischer Zustände, welches das römische Heerwesen bietet, auch weiter keinen Zweck erfüllte, als an einem neuen Beispiel zu zeigen, wie wahr und wie vollständig bei all ihrer Kürze die taciteische Darstellung ist, wäre diese Untersuchung doch nicht ganz überflüssig gewesen.

Miscellen.

[Ein alterthümliches Bruchstück des Kleinen Kaiserrechts.] Unter den grossentheils von hessischen Archivalien losgelösten Pergamentbruchstücken, welche die ständische Landesbibliothek zu Kassel verwahrt und die mir Herr Oberbibliothekar Dr. Lohmeyer zur Ordnung und Bestimmung vorgelegt hat, befindet sich auch ein Fragment des Kleinen Kaiserrechts, das um seines Alters willen Beachtung verdient. Da Dreyers Nachricht von einer früh verloren gegangenen Lübecker Hs. v. J. 1320 (Endemann S. XLVIII) von vornherein unglaubwürdig klingt und der Versuch Rockingers, die Münstersche Hs. (jetzt Nr. 625) von 1449 auf 1349 hinaufzuschrauben (Münch. Sitz.-Ber., phil.-hist. Cl. 1874, S. 436 ff.) von Steffenhagen (Wien. Sitz.-Ber., phil.-hist. Cl. 1887 [Bd. 114], S. 349 f. Anm. 1) und demnächst von Ständer (Chirographorum in regia bibl. Monast. catalogus S. 136) zurückgewiesen worden ist, so stand nach wie vor der von Endemann seiner Ausgabe zu Grunde gelegte Fuldaer Pergamentcodex v. J. 1372 innerhalb der reichen Ueberlieferung des Werkes als einziger Zeuge aus dem Jahrhundert seiner Entstehung da. Ihm tritt nunmehr das Kasseler Blatt zur Seite: als mindestens gleichaltrig, nach meinem Eindruck um reichlich ein Menschenalter älter. Und dieser mehr allgemeine Eindruck von der Schrift, den übrigens mein Kollege Prof. Kehr bestätigte („14. Jh., kaum über Mitte"), wird wesentlich verstärkt durch die alterthümliche Orthographie (z. B. noch durchaus *ht* für jüngeres *cht*, strenge Scheidung von *s* und *ƨ*) und vereinzelte alterthümliche Sprachformen. Der Dialekt ist oberfränkisch und scheint die Hs. dem nördlichen Stromgebiet des Mains zuzuweisen.

Das aufgefundene Blatt ist quer durchschnitten worden, fügt sich aber lückenlos zusammen. Es entstammt einem sauberen, fast eleganten Mscr. von handlichem Format: die ungespaltene Seite zu je 24 (vorliniirten) Zeilen; der beschriebene Raum 144 mm hoch, 98 mm breit. Ueber der Rückseite steht roth die Blattzahl iiij. Die grossen Buchstaben der Satzanfänge sind roth durchstrichen; die Capitel haben rothe, vom Schreiber selbst eingefügte Ueberschriften in deutscher Sprache und rothe Initialen.

Es liegt mir fern, an der fleissigen und mühseligen Arbeit des über dem Druck seiner Ausgabe verstorbenen Endemann hier Kritik zu üben; aber die Vorlegung dieses alterthümlichen Fragments mag zeigen, wie viel für den Text des Rechtsbuchs noch zu thun bleibt. Mich auf die Mittheilung der Lesarten zu beschränken hatte wenig Zweck und er-

schien bei der Einrichtung von Endemanns Apparat obendrein äusserst umständlich. Ich habe mir erlaubt, durch Sternchen einige gute Varianten hervorzuheben, für die ich weder im Text noch im Apparat der Ausgabe einen Anhalt finde; mehrfach werden gute Lesungen des Fuldensis bestätigt, die Endemann voreilig beseitigt hat. Uebrigens weist die Hs. auch schon kräftige Fehler auf, wie die lange Dittographie gegen Schluss des 10. Capitels, die ich unten eingeklammert habe.

Die durchweg geläufigen Abkürzungen hab' ich aufgelöst; meine Interpunction lehnt sich an die der Hs. an.

[Endemann S. 12 Z. 15 v. o.]

den geswornen di gewalt gegeben, daz si einen sullent kisen an die rehten zal, ob ir einer von todis wegen abe get, unde nieman anders. Sit geschribin stet: wer der scheffen stul besetzit (!), der sal einen gesellen kisin ob ers bedarf. Ouch stet anderswa geschribin: wer des [E. p. 13] keisers ougen hat, der gesworne mag sinen genoz kisin, und anders niemannen. Ein iglich scheffen sal wesin der jar der bescheidenheide, also hat iz der keiser gesazt, daz ist vir und zwenzic jar. Sit geschriben stet: wer der scheffen stul besitzet, der sal sin uber di jar der bescheidinheide. Ouch hat der keiser deme sheffen uz gescheiden daz deme rihtere ist uz gescheiden, ob her unrehte tut an sime ammete. Sit geschribin stet: Urteilit rehte, want ir werdet guͦrteilet. Der keiser hat ouch gefriet di sheffen, daz si nimannen sullen orteilen der den lip hat verwoht. Sit geschriben stet: Des keisers uzerwelten sullent ubir di niht uͦrteil geben, di man uz deme riche werfin sal, [und sit ouch geschriben stet: Des keisers uzerwelten sullent uber di nit orteil gebin, di man uz deme riche werfin sal,] und sit ouch geschribin stet: wen man todin sal, den indarft man nit uͦrteilen, want sin tat sal in uͦrteilen.

VON DEME BUDELE. [E. cap. 11.]

Sit deme gerihte not ist aller bescheidenheide, di daz reht sterkin, so sal ime der rihtere, und di sheffen kisin [E. p. 14] || einen boten, der des gerihtis muͦge sin ein bote, nach des keisirs rehte. Sit gescriben stet: Der getruͦwe bote sal des keisirs warheit tragin. Ouch stet andirswa gescriben: Nicht enist schedelicher den luͦten danne unnuͦzze boten. Ouch hat der keisir deme buͦdele daz ammeht heizen bevelin, mit deme eide. Sit gescriben stet: wer zuͦ deme gerihte horit, der sal bestetigit mit deme eide wesin*.

VON DEN VURSPRECHIN. [E. cap. 12.]

Der keisir hat irloibit eime iglichem umbeflectin manne eins iclichin menschen wort oder sache vor zuͦ brengene. Sit alle luͦte nit gliche wol gesprechen kuͦnnent. Unde sit gescriben stet: Wer vor deme keisere nit gereden kan, der sal einen vorsprechen haben. Ouch hat he irloibit, daz ein iglich vorspreche hat maht driwerbe ein rede zu tuͦne, oder me ob man is bedarf, biz iz di scheffen genzliche vernemen.

Sit gescriben stet: Man sal den schepphen di rede grundin, biz [E. p. 15] daz si sie versten; so mûgent si sich dar uz berihten*. Ist aber ein man der imannes wort sprichit umme kein gut oder lon, der warte ebene daz der reht habe, des wort her sprichit vor des keisers ougen. Wan hat her unreht und wil her ime sin unreht zu rehte machin, und wirt her dar ane gevellet, so inmag her nummer me nimannes wort gesprechin. vor deme . . .

Marburg i. H. Edward Schröder.

[Zur Regierungsmündigkeit in Sachsen albertinischer Linie (1510).] Vgl. Band XVI. S. 216. Die goldene Bulle (VII. 4) nimmt bereits das achtzehnte Lebensjahr als Volljährigkeitstermin für die Regierungsmündigkeit an. In dem ersten, noch unbekannten Testamente des Herzogs Georg zu Sachsen († 17. April 1539) vom 19. December 1510 aber ist dafür das einundzwanzigste bestimmt. Es heisst nämlich u. a. darin: unsere Söhne[1] .... sollen mit sechzehn Jahren zu den Händeln gezogen und dem Aeltesten, bezw. Regierungsfähigen[2]) Bericht erstattet werden, obwohl, bevor er einundzwanzig Jahre und die Regierung vollkommen führt, hinter den fünf Verordneten der Landschaft, nichts tapferes zu beschliessen Macht hat. —

Blasewitz-Dresden. Theodor Distel.

[Rechtsbelehrungen der Schöppen zu Magdeburg und Leipzig für Herzog Moritz zu Sachsen in der W. von Haugwitz'schen Fehdesache[3]) (1545).] „Dem (ewigen) Landfrieden war (eben) nicht zu trauen".

Hier kann und soll nicht eine, dickleibige Acten und mehrere Urkunden des K. S. Hauptstaatsarchivs umfassende Fehde dargestellt werden. Nur zum Verständnisse Nothwendiges und die Fachgenossen Interessirendes schicke ich den von mir oben angekündigten beiden, von einander wesentlich abweichenden Schöppensprüchen[4]) vorauf.

Auf den Gegenstand kam ich bei der Durchsicht der im vorigen Aufsatze erwähnten Testamente des Herzogs Georg zu Sachsen. Ein Fischteich, welchen Wilhelm von Haugwitz auf Taucha angelegt hatte[5]), war die Veranlassung zur Gewalt gewesen. „Zins, Fröhne und

---

[1]) Hans und Friedrich. Eines Jeden Tod machte die Abfassung weiterer Testamente (1537, 1539) nothwendig, wie dieses durch das Ableben des Bruders des Testators, des Grossmeisters Friedrich, bedingt war. — [2]) Friedrich war blödsinnig. Auf weitere Geburten wurde gehofft. — [3]) Zum Fehderecht vgl. man die vortreffliche, gerade dreihundert Jahre später erschienene Abhandlung von Wächters (Beitr. z. deutsch. Gesch. — 1845 — S. 41 ff. u. 247 ff.). — [4]) Für die, i. Auftr. d. k. bayr. Akad. d. Wissensch. i. Angriff gen. Samml. Magdeb. Sch.-Spr. verweise ich auf d. bei Burkhardt (Der histor. Hans Kohlhase .... — 1864 — S. 55) erwähnten Rechtsbelehr. derselb. Oberhöfe, die beide nur zufällig befragt worden sein dürften. — [5]) Man vgl. Vogel: Leipz. Gesch.-Buch (1714), 118.

Gerichte" wurden schliesslich dem Ungehorsamen untersagt u. s. w. Die Sache gedieh an ein, dazu eingesetztes Mannlehngericht[1]); ein Fehdebrief des rebellischen Vasallen, welcher, wie gewöhnlich, zu spät[2]) an seine Adresse gelangte, durchkreuzte der Mannen Beschlüsse. An dem Walde bei Zwenkau, der Haart, erwartete der Friedensbrecher mit seinen Leuten am Vormittage des 17. Septembers 1532 zwei, vom Landesherrn zum Oberhofgerichte nach Altenburg Abgeordnete aus Leipzig, Hans Spiegel und den späteren Ordinarius der Juristenfacultät, Dr. Ludwig Fachs, und führte Beide als Gefangene mit sich, weiter brandschatzend, weg. Die Verfolgung des Fehders fruchtete nichts. Fast ein Jahr war der gelehrte Fachs in ungegekannten Orten, seine Barbara[3]), die bald ihres siebenten Kindes genesen sollte, hätte gern Alles aufgeopfert, um den theueren Gatten bei sich zu haben. Auch Luther wurde durch das herbe Geschick, welches die Fachs'sche Familie betroffen hatte, gerührt. Wenigstens schrieb er damals seinen Trostbrief an die Bewohner Leipzigs „Was muss der gute Mann D. Fax jetzt sammt den Seinigen leiden!" Endlich war es gelungen, den Freibeuter in Bestrickung zu bekommen und, wegen der begangenen Felonie, mit Wegnahme seiner Lehne u. s. w. zu bestrafen. Auf Fürsprache, besonders des Landgrafen Philipp zu Hessen, wurde jedoch (1535) ein, für den Schädiger immerhin annehmbarer Vergleich abgeschlossen, dieser u. A. wieder als Lehnsmann angenommen. — Georgs Bruder, Heinrich († 18. August 1541), war zur Regierung gelangt. Was sich unter ihm in der Sache ereignet hat, übergehe ich, um zur nächsten Veranlassung der beiden Schöppensprüche zu kommen. Während des Jahres 1545 hatte die Fehde noch ein denkwürdiges Nachspiel. Der einstige Mitgefangene von Haugwitz', Spiegel, vertritt, auf herzoglichen Befehl, den Leipziger Amtmann und ladet — in einer Privatsache geschah es — den früheren Fehder vor sich. Dieser protestirt in einem an den „stultus [!] stultorum" adressirten Schreiben, in welchem er dem Empfänger desselben u. A. „alle Pestilenz und — Franzosen" wünscht, dagegen. Spiegel berichtet den Vorfall an Heinrichs Regierungnachfolger, Moritz. Dieser bestrickt den Frechen nach Dresden und belehrt sich bei den Schöppen zu Magdeburg und Leipzig. Noch vor Eingang der Gutachten hat aber von Haugwitz sein Vorgehen, als „aus hitzigem Gemüthe" entsprungen, entschuldigt: er wird, bis auf Weiteres, auf seine Besitzung als Bestrickter entlassen.

Schon im nächsten Jahre endete auch diese Strafe. Das Nähere mitzutheilen habe ich dem Darsteller der Fehde selbst zu überlassen. —

---

[1]) Als Richter war Hugo, Burggraf zu Leisnig, bestellt, der Ort der Tagung der „offene" Schlosshof zu Leipzig. Ein, u. A. mit der Jahreszahl 1532 versehnes Siegel — in rothem Wachse — befindet sich bei den Acten. — [2]) Ich erinnere nur an den sächsischen Prinzenraub (7./8. Juli 1455). — [3]) So hiess auch ihre Tochter, die Gemahlin Dr. Simon Pistoris'; man vgl. A. D. B. (Muther) und die daselbst angef. Litteratur, die dort z. Th. berichtigt worden ist.

Die Magdeburger [1]) sprachen nun für Recht, dass der Frevler nicht in den, vor dem, unter Einfluss Hessens, abgeschlossenen Vertrage vorliegenden Stand zurückzuversetzen sei, der Herzog aber wegen der, an dessen Beamten gerichteten Schmähschrift, Macht habe, von Haugwitz „in eine ziemliche, willkürliche Geldstrafe zu nehmen". Und die Leipziger [2])? Diese meinen, dass der Beleidiger Spiegels und des Herzogs nicht länger für einen Lehnsmann zu halten sei, ihm auferlegt werde, die herzoglich-sächsischen Lehnsgüter an solche Leute zu verkaufen, die dem Landesherrn „schuldige Lehnspflicht leisten, dieselbige auch getreulich halten". —

Blasewitz-Dresden. Theodor Distel.

---

[1]) Das Orig. (auf Pergam.) m. Sgl., liegt vor. — [2]) Auch dieses Orig. (auf Pap.), m. Sgl. (man vgl. diese Zeitschr. X. — 1886 —, S. 115 Nr. 2) befindet sich im benutzt. Archive. Die Rechtsfrage ist unterm 26. Juni 1545 gestellt, weshalb ich mich über das, wie i. d. Regel, fehlende Datum hier nicht weiter zu verbreiten habe.

Litteratur.

Pollock and Maitland, The History of English Law before the time of Edward I, 2 vols. Cambridge 1895.

Die Erforschung der Geschichte des englischen Rechtes hat in neuerer Zeit für das 12. und 13. Jahrhundert durch wichtige Quellenpublicationen und durch Specialuntersuchungen so zahlreiche Ergebnisse gewonnen, dass eine zusammenfassende Darstellung nicht nur eine lohnende Aufgabe, sondern auch ein dringendes Bedürfniss geworden ist. Die History of the English Law von Reeves muss für jene Periode jetzt als veraltet bezeichnet werden. Ein Versuch Finlason's, das vor einem Jahrhundert erschienene und für damals höchst verdienstvolle Buch durch Aenderungen und Zusätze zu modernisiren, litt kläglichen Schiffbruch. Um so freudiger ist es zu begrüssen, dass uns nunmehr zwei rühmlichst bekannte englische Rechtshistoriker ein Werk geliefert haben, welches die englische Rechtsgeschichte für den Zeitraum von 1154—1272 mit einem plötzlichen Ruck auf die volle Höhe der heutigen rechtsgeschichtlichen Forschung emporhebt. Durchweg vornehm, zum Theil fesselnd geschrieben, hat es einen Vorzug, der bei rechtshistorischen Arbeiten nicht überschätzt werden kann: es ist mit ausgeprägtem Wirklichkeitssinne durchdacht. Seine Bedeutung liegt nicht nur in der unmittelbaren Förderung der Erkenntniss der englischen Rechtsentwicklung, sondern auch in der Befruchtung, die daraus für die Geschichte der übrigen germanischen Rechte zu erwarten ist.

Während die ältere Methode der englischen Rechtshistoriker das englische Recht als eine Welt für sich in vollständiger Isolirung behandelte und der Verwandtschaft mit dem deutschen Mutterrechte nur hier und da etwa durch ein gelegentliches Citat aus Tacitus gerecht zu werden suchte, zeichnen sich Pollock und Maitland dadurch aus, dass sie in die englische Rechtsgeschichte den vollen Strom der wissenschaftlichen Ergebnisse hineinleiten, welche die germanistische Forschung Deutschlands in den letzten drei Jahrzehnten aufgesammelt hat. Die deutsche Litteratur ist ausgiebig benutzt und oft citirt. Nicht selten wird mit deutschrechtlichen Begriffen operirt. Deutsche Rechtsausdrücke, wie thinglike, thinglikeness (für dinglich, Dinglichkeit), werden in die englische Rechtssprache eingeführt. Auf normannisches Recht wird fortlaufend Rücksicht genommen, wenn auch der Einfluss, den es auf die Entwicklung des englischen Rechtes ausgeübt hat, meines Erachtens

doch noch unterschätzt und in Folge dessen die Originalität der Rechtsbildungen aus der Zeit der Plantagenets etwas überschätzt worden ist.

Deutlicher als irgend ein anderes Werk englischer Zunge bringt die History of English Law dem deutschen Leser zum Bewusstsein, wie viel aus der Geschichte des englischen Rechtes für die des deutschen zu gewinnen ist. Rechtsinstitute und Rechtsgedanken, die bei uns längst verschollen sind, haben sich auf englischem Boden in einer Art von Versteinerung bis in das laufende Jahrhundert erhalten. Erst 1819 wurde in England der gerichtliche Zweikampf, 1833 der Eidhelfereid, 1879 die Friedloslegung in Civilsachen beseitigt, während sie in Criminalsachen noch jetzt theoretisch möglich wäre. Der Grundsatz des salischen Rechtes, der uns zuerst in einem Capitular von 819 begegnet, dass Processe um Erbgut eines Unmündigen bis zur Zeit der erreichten Mündigkeit suspendirt bleiben, hat sich auf englischer Erde in dem Rechtsinstitut des demurrer of the parol bis 1830 erhalten. Bis 1833 konnte der Scheinprocess zur Uebereignung von Grundstücken verwendet werden. Bis 1846 lebte die Theorie, dass Thiere und leblose Gegenstände, welche den Tod eines Menschen verschuldet hatten, als deodands dem Fiscus verfallen seien. Bis 1837 war eine letztwillige Verfügung über Grundbesitz im eigentlichen Sinne des Wortes (als sog. ambulatory instrument) unbekannt. Bis 1873 galt die Forderung als solche für unübertragbar. Bis 1875 kannte das englische Recht keine wahre Appellation. Dass die Quellen eines Rechtes von so archaistischem Charakter eine Fundgrube von Aufschlüssen für die deutsche Rechtsgeschichte bilden, liegt auf der flachen Hand. Aber nicht in der Zusammenstellung solcher Archaismen, die sich dem aufmerksamen Leser nur nebenbei ergeben, sehen die Verfasser ihre eigentliche Aufgabe. Den Schwerpunkt der Darstellung bildet vielmehr jener Abschnitt der Entwicklung des englischen Rechtes, in welchem es das modernste Recht seiner Zeit geworden ist und jene Eigenart erlangte, durch die es sich in voller Schärfe von den continentalen Rechten abhebt, die Zeit von 1154—1272.

Der Arbeitsantheil, den jeder der beiden Verfasser an dem gemeinsamen Werke hat, wird in diesem nicht unterschieden. Eine Vorbemerkung Pollock's besagt, dass die Ausführung des gemeinsam entworfenen Planes zum grösseren Theile von der Hand Maitland's herrühre. Aeltere Untersuchungen Pollock's und Maitland's würden genügende Anhaltspunkte darbieten, um die Autorschaft bei einzelnem Abschnitten des Werkes näher zu bestimmen. Allein da die Verfasser selbst nicht unterscheiden wollen, was der eine und was der andere geschrieben hat, ist auch diese Besprechung nicht befugt darüber Vermuthungen zu äussern, sondern sie hat die Arbeit der beiden Verfasser als deren geistiges Eigenthum zu gesammter Hand hinzunehmen.

Wie der Titel der History of English Law ersehen lässt, soll die Geschichte des englischen Rechtes nur bis zum Regierungsantritt Eduards I, des englischen Justinian, behandelt werden. Doch wird diese Zeitgrenze nicht schematisch eingehalten. Die Geschichte mancher Rechtsinstitute

setzt, um einen geeigneten Ausgangspunkt zu gewinnen, mit der modernen Gestaltung des Common Law ein. Bei anderen wird auf die altgermanischen Anfänge zurückgegangen. Die Verfasser theilen ihren Stoff in zwei Bücher. Das erste Buch, sketch of early english legal history, entspricht dem, was wir allgemeine oder äussere Rechtsgeschichte nennen. Das zweite Buch, the doctrines of english law in the early middle age, ist den Instituten des Privat-, Straf- und Processrechtes gewidmet. Ausgeschlossen bleibt die Verfassungsgeschichte. Anfänglich hatten die Verfasser noch ein drittes Buch in Aussicht genommen, welches Studien über das Domesday-Book bringen sollte. Sie haben aber diesen Plan fallen lassen. Mit Recht; denn diese Studien hätten schlecht in den Rahmen eines Werkes gepasst, welches in der Rechtsentwicklung von Heinrich II bis Eduard I seinen Schwerpunkt sucht.

Da es hier schlechterdings unmöglich ist den reichen Inhalt der History of English Law zu skizziren, muss ich mich in der Hauptsache darauf beschränken einzelne Materien hervorzuheben, welche Anlass zur Geltendmachung eines abweichenden Standpunktes, zu Berichtigungen oder zu Ergänzungen darbieten.

Das erste Buch beginnt mit einem Ueberblick über die angelsächsischen Rechtszustände. Obzwar diese nur im Hinblick auf die anglonormannische Zeit dargestellt werden sollen, ist doch der Abschnitt etwas gar zu dürftig ausgefallen, so dass er den übrigen Capiteln des trefflichen Werkes nicht ebenbürtig zur Seite steht. Gerade mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung hätte die nach Edgar III, 2 dem angelsächsischen König zustehende Befugniss der Milderung des strengen Rechtes (lihting) erwähnt werden können. Für die Danelag ist eine Verwerthung von Steenstrups Normannerne nicht ersichtlich. Die systematische Ausdehnung des Busssystems, die sich aus Alfred, Einleitung 49, § 7 ergiebt, ist nicht berücksichtigt. Die rechtsgeschichtliche Stellung der gesidas wird nicht völlig klar, weil die Abschichtung dieser ältesten Klasse angelsächsischer Gefolgsleute und ihre Umwandlung in einen erblichen Stand bevorrechteter Grundbesitzer übersehen wird. Vergriffen ist die Auslegung von Knut II, 22, wenn es mit Bezug darauf I 16 heisst: a defendant, who was of evil repute might be driven to clear himself by the fore-oath alone. Der Voreid treibt den homo credibilis zur Reinigung und zwar zum einfachen Reinigungseid. Der homo incredibilis hat einen dreifachen Eid oder das Ordal zu wählen. Die angelsächsische Strafknechtschaft darf nicht als ein Abverdienen der Busse angesehen werden.

Auf festeren Boden tritt die Darstellung mit Capitel III: England unter den normannischen Königen. Lebens- und reizvoll ist die Entwicklung der englischen Rechtssprache geschildert und der Antheil, den daran das Angelsächsische und das Französische haben. Anschaulich wird dargestellt, wie die angelsächsischen Rechtsausdrücke nur für veraltete und absterbende Einrichtungen fortleben, während das neue, das lebendige Recht in französischem Gewande erscheint. Eine Er-

gänzung der von den Verfassern beigebrachten Ergebnisse lässt sich vielleicht aus den Vorschriften über die Anwendung des iuramentum fractum und planum (non fractum) gewinnen. Dass die Unterscheidung dem normannischen Rechte bekannt war, bezeugt Concilium Lillebonnense von 1080. Was die Verfasser I 68 über das iuramentum fractum sagen, findet eine Correctur II 599, wo es wenigstens für möglich erklärt wird, dass das iuramentum fractum ein in Absätzen vorgesprochener (ein gestabter) Eid sei. Mir ist dies zweifellos. Die Vergleichung der altfranzösischen Quellen schliesst jedes Bedenken aus. Wenn es nun in Wilhelm II, 3 (vgl. III, 12) heisst, dass der fränkische Mann sich gegen den englischen mit einem ungebrochenen Eide (mid unforedan áđe) vertheidigen solle, so kann ich das nur so erklären, dass damals der Angelsachse seinem schwörenden Gegner die Eidformel in angelsächsischer Sprache absatzweise vorsagte und dieser sie wörtlich nachzusprechen hatte. Da der Normanne des Angelsächsischen nicht mächtig war, konnte man von ihm nicht verlangen sich den Eid absatzweise von dem Angelsachsen vorsprechen zu lassen und ihn wörtlich nachzusprechen. Vielmehr war ihm gestattet einen schlichten Eid ohne Beobachtung vorgesprochener Worte — wie wir vermuthen dürfen — in seiner Muttersprache auszuschwören. In den Leges Henrici erscheint das Privilegium des Francigena als ein Vorrecht des alienigena schlechtweg (64, § 3). Auch die deutschen Rechtsquellen kennen die Befreiung des Fremden von dem Formalismus des gestabten Eides.

Das vierte Capitel bringt werthvolle Ausführungen über die Berührung des englischen Rechtes mit dem römischen und kanonischen Rechte, unter welchen der Einfluss des kanonischen den des römischen bedeutend überwog. Im Gegensatz zu dem Verhalten des deutschen Klerus kam in England die Geistlichkeit dem nationalen Rechte gegen das römische zur Hülfe. Die königlichen Richter, welche das englische Common Law von einer rohen Masse schwankenden Gewohnheitsrechtes zu einem einheitlich gegliederten System erhoben, waren königlich gesinnte Kleriker.

Capitel V: das Zeitalter Glanvillas, geht auf die Reformen Heinrichs II ein, welche die Beweisjury in das Gerichtsverfahren einführten und den Grund legten zur Ausbildung des Writprocesses, „des kräftigsten Bollwerks gegen die Romanisirung des englischen Rechtes". Lichtvoll ist die Geschichte der curia regis und ihrer Abspaltungen dargestellt. Feine Bemerkungen finden sich über Glanvillas Tractat, von dem die Vermuthung ausgesprochen wird, dass er nicht von Glanvilla selbst, sondern von dessen Sekretär Walter Hubert verfasst worden sei. Auf Seite 123 finden die Verfasser es wahrscheinlich, dass Heinrich II schon zur Zeit, als er noch nicht englischer König war, die Recognitionen in der Normandie ins Leben gerufen habe. Nach Lage der Urkunden des Liber niger capituli Baiocensis ist es zweifellos, dass die Einführung der Recognitionen in der Normandie 1150—1152 stattfand, also den gleichartigen Massregeln Heinrichs II in England vorausging und ihnen als Vorbild diente. Freilich darf man die massgebenden

Urkunden nicht in der Form benutzen, in der sie Bigelow abdruckte, der sie nicht zu datiren verstand. Zur Erklärung von Magna Charta c. 38: nullus ballivus ponat de cetero aliquem ad legem (1217: ad legem manifestam nec ad iuramentum) simplici loquela sua sine testibus fidelibus ad hoc inductis, gestatte ich mir hier ein Privileg Eleonorens von 1146 bei Giry, Etablissements de Rouen II 72 f. beizusteuern: impetebant servientes seu ministri nostri quemlibet hominem Vindocinensis ecclesie in prefata insula (Oléron) de quolibet forisfacto absque presentis testis productione et imposite culpe purgationem nisi per duellum vel per calide aque iudicium nolebant recipere. Diese unbillige consuetudo, appellatio regis genannt, wird abgeschafft.

Mit dem Uebergang auf Bracton's Zeitalter, in welchem von den derzeit lebenden Rechtshistorikern keiner so gründlich zu Hause ist wie der Herausgeber von Bracton's Note Book, steigert sich die Wirkung des Buches. Ich hebe aus der reichen Fülle fruchtbarer Gedanken, die dieses Capitel enthält, die an die Schicksale des römischen Rechtes in England und Schottland angeknüpfte Bemerkung heraus: Romanism must come sooner or later; the latter it comes the purer and the stronger it will be. Sie gilt in vollem Masse auch für die Reception des römischen Rechtes in Frankreich und Deutschland.

Buch II beginnt mit einer lehrreichen Darstellung der Besitzstände an Liegenschaften (tenures). Für die Geschichte der Assisa utrum, einer der ältesten und langlebigsten Recognitionen kann man meines Erachtens zu etwas festeren Ergebnissen gelangen. In der Normandie hat sie von jeher petitorischen Charakter. Nur wenn die Recognitio ergebnisslos ist, weil kein giltiger Wahrspruch der Geschwornen zu Stande kommt, entscheidet der momentane thatsächliche Besitz über die Frage, ob der Rechtstreit vor dem weltlichen oder vor dem geistlichen Gerichte auszutragen sei. In England erscheint die Assise zunächst als eine possessorische, sie bringt keine endgiltige Entscheidung, sondern will von vorneherein nur feststellen, ob das geistliche oder das weltliche Gericht das competente Forum sei. Von Glanvilla ab gewinnt die Klage mehr und mehr petitorischen Charakter, bis sie endlich zum eigentlichen writ of right des Geistlichen wird. Dass Heinrich II in den Constitutionen von Clarendon der Assisa utrum für England anders als für die Normandie nur provisorischen Charakter gab, dürfte sich als eine Rücksichtnahme auf die englischen Prälaten erklären, die er damals nicht auch in Fragen des kirchlichen Vermögens herausfordern wollte (vergl. diese Zeitschrift II 209). Was die Satzung nicht gewagt hatte, führte dann in England eine zielbewusste Justizverwaltung durch. — Die Bemerkung I 298, dass das Beneficium ursprünglich bei Herren- und Mannfall heimfiel, ist auf das vassallitische Beneficium zu beschränken. Das Beneficium an sich war in ältester Zeit dem Herrenfall nicht unterworfen. — Eigenthümlich ist dem englischen Rechte, dass im Gegensatz zur continentalen Gestaltung des Lehnrechtes die kriegerischen Dienste, die von den military tenures zu leisten waren, auf den Dienst im Heere des Königs beschränkt

wurden. Der tenant ist kein Privatsoldat, jeder Kriegsdienst servitium regale.

In der Lehre von der Veräusserlichbkeit des Lehns wird bemerkt, Glanvilla sage weder direct noch indirect etwas über eine Beschränkung des Grundbesitzers in der Veräusserung seines Landes. Meines Erachtens folgt aus Glanvilla VII, 1, 9 mit unabweisbarer Consequenz, dass er eine Veräusserung von Land ohne Mitwirkung des Lehnsherrn im Einklang mit den Grundsätzen des deutschen Lehnrechtes nur im Wege der Afterleihe (subinfeudatio) für zulässig hielt. Sonst hätte Glanvilla den Rückfall des vom Vater an den Sohn vergabten Landes nicht schlechtweg ausschliessen können durch den Grundsatz: nemo eiusdem tenementi simul potest esse heres et dominus; denn dies setzt die Unzulässigkeit einer Vergabung voraus, durch welche der Ascendent ohne Vorbehalt des homagium sein volles Recht an dem Lande auf den Sohn übertrug. Vergl. meine Forschungen S. 711.

Von den freien Besitzständen geht die Darstellung zu den unfreien tenures über, die sich dadurch charakterisiren, dass ihnen der Schutz der königlichen Jurisdiction fehlt. Zwischenstufen zwischen freehold und villeinage wurden im dreizehnten Jahrhundert durch starres Festhalten jenes Merkmals beseitigt. Das Streben der königlichen Rechtsprechung nach möglichst weitgehender Vereinfachung des Rechtes übte in diesem Punkte eine nivellirende, eine antisociale Wirkung aus.

Das zweite Capitel des zweiten Buches behandelt die Standes- und Personenrechtsverhältnisse. Mit Verwerthung der schönen Monographie Vinogradoffs, Villainage in England (vgl. diese Zeitschrift XV 187 ff.) werden die villani eingehend besprochen, hinsichtlich deren die Entwicklung darin gipfelt, dass sie im Verhältniss zum Herrn als Sache (chattel), im Verhältniss zu Dritten als Freie gelten. Durch eine verwandte Formel wird die Stellung der Juden gekennzeichnet, die dem König gegenüber als Knechte, allen anderen gegenüber als Freie angesehen werden. Die Erörterungen über die Rechtslage des Klerus liefern den Beweis, dass in dem bekannten Zwist zwischen Heinrich II und Becket die weitgehenden Forderungen des herrschsüchtigen Prälaten sich nicht auf das damals geltende kanonische Recht stützen konnten. Lehrreich ist die historisch-dogmatische Untersuchung über juristische Personen. Doch thäte man, nebenbei gesagt, der Theorie Gierkes Unrecht, wollte man sie als anthropomorphische bezeichnen. Hohes Interesse gewähren die Ausführungen über die Anwendung des Wortes corona, über die im dreizehnten Jahrhundert beginnende Personificirung der Krone und die abstracter werdende Auffassung des Königthums. Die geschlossene Argumentation der Verfasser würde freilich den Boden unter den Füssen verlieren, wenn es nicht gelänge zu widerlegen, dass schon nach Aethelbirht c. 6 bei Todschlag fünfzig Schillinge „an die Krone" zu zahlen waren. Mit Herrscherkrone übersetzt nämlich an dieser Stelle Reinhold Schmid das Wort drihtinbéage. Allein béag darf hier nicht mit Krone übersetzt werden. Das kentische Königthum kannte weder Krone noch Krönung. Béag ist in Aethelbirht 6 gleich

dem nordischen baugr als die antheilige Gebühr am Wergelde aufzufassen und drihtinbéag, wie bereits Konrad Maurer bemerkte, mit Herrenring zu übersetzen.

Das Capitel: Jurisdiction and the communities of the land greift zum Theil in das öffentliche Recht hinüber. Es erörtert die Stellung der Grafschaften, Hundertschaften, vills und townships, die grundherrliche Gerichtsbarkeit, manor und borough. Besondere Sorgfalt wird der Beantwortung der Frage gewidmet, ob und wie weit bei diesen Organisationen Eigenthum einer Körperschaft oder Rechtsgemeinschaft anzunehmen sei. Bei der Erörterung der Begriffe manor und borough scheinen mir die Verfasser etwas gar zu skeptisch zu verfahren.

Der zweite Band des Werkes beginnt mit dem Abschnitt: Eigenthum und Besitz. Er enthält den Kern der Rechtssätze, die wir als Sachenrecht zusammenfassen und zählt zu den glänzendsten Partien des Buches. Das Erforderniss der real delivery bei Uebereignung von Liegenschaften und die Beseitigung der symbolischen Uebereignungsformen wird als das dauernde Ergebniss des vorübergehenden Einflusses nachgewiesen, den das Studium des römischen Rechtes auf die Entwicklung des englischen Rechtes ausgeübt hat. Aus demselben Einflusse wird die Entstehung des Rechtssatzes erklärt, der dem termor (dem Eigenthümer auf bestimmte Zeit) die Assisa novae dissaisinae versagt. Das System der Besitzklagen Heinrichs II verhinderte eine der deutschen Rechtsentwickelung analoge Spaltung zwischen Gewere zu Landrecht und Leiherecht. Verhältnissmässig früh hat sich in England die freie Veräusserlichkeit des Grundbesitzes durchgesetzt, weil die curia regis sie begünstigte. Rückhaltloses Lob verdient die Ausführung über die Gründe des Besitzschutzes. Sie gehört zu dem Besten, was vom rechtsgeschichtlichen Standpunkte darüber gesagt worden ist und läuft in das Ergebniss aus, dass die Einseitigkeit der Besitztheorien ebensowenig wie die der Strafrechtstheorien für die geschichtliche Betrachtung ausreicht, eine Lehre, die man auch ausserhalb Englands zu beherzigen vollen Grund hat. Die Frage, ob die Relativität des Eigenthums alterthümlichen Ursprungs sei, wird II 77 aufgeworfen aber nicht beantwortet. Ich möchte sie unbedenklich bejahen. Das ius maius im Breve de recto, dem der englische Begriff des ius merum entstammt, hat ein Vorbild in Gerichtsurkunden der fränkischen Zeit (vgl. meine deutsche Rechtsgeschichte II 375 f.), laut welchen in Processen um Grundbesitz und Freiheit das stärkere Recht des Beweisführers zum Beweise gestellt wird.

Die von den Verfassern gelegentlich citirte Bemerkung Bracton's fol. 53: 'aliud est dare ecclesiam et aliud dare advocationem. Laici tamen secundum communem usum propter eorum simplicitatem dant ecclesias, quod nihil aliud est dicere quam praesentare' liefert einen Fingerzeig auf den Ursprung der advowson. Wie die Untersuchungen von Stutz ergeben (s. unten S. 135), die den Verfassern noch nicht bekannt sein konnten, ist das Patronatsrecht (advowson) nichts anderes als der Ueberrest des einstigen germanischen Eigenthums an der Privatkirche.

Die Auffassung der Laien hat in England den alten Gedanken festgehalten, nachdem das Papstthum seinen Kampf gegen das Eigenkirchenthum bereits siegreich durchgeführt hatte.

Kurz aber nicht sehr durchsichtig ist die Geschichte des Pfandrechts an Liegenschaften dargestellt. Die Verfasser gehen darin nicht über das Domesday-Book hinauf. Die Besprechung der Formen der Verpfändung setzt erst bei Glanvilla ein. Aber gerade in dieser Materie hätte es sich verlohnt in die angelsächsische Zeit zurückzugreifen. Angelsächsische Urkunden bieten uns einerseits Beispiele des Nutzungspfandes und zwar sowohl der Todsatzung (des normannischen vifgage) als auch der Zinssatzung (des vadium mortuum Glanvillas), andrerseits Vorbilder des klassischen englischen mortgage, das heisst der Verpfändung durch bedingte Uebereignung, die in angelsächsischer Zeit mittelst Uebergabe des Landbuches geschehen konnte. Zu den Belegstellen, die ich in meiner Rechtsgeschichte der Urkunde I 195 ff. geben konnte, ist kürzlich ein neues Zeugniss hinzugekommen, ein Indorsat von 1018 bei Napier and Stevenson, The Crawford Collection of early charters and documents (Anecdota Oxoniensia) p. 9: ic gesealde hym ane gyrde landes to underwedde. Der Pfandgläubiger erhält darin die Stellung eines tenant for life. Die Verpfändung durch resolutiv bedingte Uebereignung ist zu Glanvillas Zeit sicherlich schon oder genauer gesagt n o c h vorhanden gewesen. Doch hatte Glanvilla keinen Anlass sie besonders zu erörtern, weil das Rechtsgeschäft juristisch als ein feoffment mit einer Resolutivbedingung erscheint und nur ökonomisch die Sicherstellung einer Forderung bedeutet. Was Glanvillla ausführlich erörtert, ist die ältere Satzung des deutschen Rechtes, die in England keine Zukunft hatte und unbrauchbar wurde, weil dem Pfandgläubiger die Besitzklage fehlte. Die Entwicklung des englischen Pfandrechts hätte nur dann eine andere Wendung genommen, wenn die curia regis ein der jüngeren deutschen Satzung analoges Rechtsverhältniss geschützt und entwickelt hätte. Auch jene Form des Pfandrechts, welche die Verfasser als Bractonian gage of years bezeichnen, ist nicht schlechtweg eine Neubildung der Zeit nach Glanvilla. Sie hat ein Vorbild in der suspensiv bedingten Uebereignung, wie sie uns schon in fränkischer Zeit zu pfandrechtlichen Zwecken begegnet.

In dem Abschnitte über die Verträge fragen die Verfasser II 211, Anm. 2, wie die Volkssitte zu erklären sei, dass man Messer oder Waffen oder waffenähnliche Gegenstände nicht schenke, sondern die Schenkung in die Form eines Kaufes kleide. In Deutsch-Oesterreich besteht, soviel ich weiss, der Aberglaube, dass solche Schenkung den Schenker und den Beschenkten entzweien werde. Derlei Gegenstände „stechen“, wenn man sie schenkt, „die Freundschaft ab“, schneiden die Liebe entzwei. Der Grundgedanke des Launegild allein kann den Aberglauben nicht erklären. Denn andere als spitze oder gefährliche Dinge darf man schenken. Sollte nicht vielleicht die Idee mitspielen, dass der Beschenkte, wenn er sich mit dem Messer verletzt, dem Schenker als der causa remota der Verletzung die Verantwortung aufbürden könnte?

Chapter VI des zweiten Buches, Inheritance, wirft eine Reihe interessanter Probleme auf. Aus der reichen Fülle des wohlgeordneten Stoffes kann ich hier nur wenige Einzelheiten herausgreifen. Die Verfasser gehen davon aus, dass das angelsächsische Recht das Erforderniss des Erbenconsenses bei der Veräusserung von Liegenschaften nicht gekannt habe. Doch geben sie II 251 zu, dass das Volkland, worunter sie mit Vinogradoff das nach Volksrecht besessene Land verstehen, minder leicht veräusserlich gewesen sei als das Bocland. Da bei den Altsachsen das Widerspruchsrecht der Erben in voller Schärfe ausgebildet war, ist es von vorneherein unwahrscheinlich, dass die Angelsachsen von der unbeschränkten Veräusserungsfreiheit ausgegangen seien. Der Quellenbefund ist ein zwiespältiger. Neben Landvergabungen, die mit Umgehung der nächsten Erben stattfinden, sind Veräusserungen bezeugt, bei welchen Kinder, Eltern oder sonstige Verwandte mitwirken. Ebenso Fälle, in welchen consenslose Vergabungen hereditaria proclamatione erfolgreich angefochten werden. Indem ich von den besonderen Beschränkungen absehe, die der Wille des Gebers bei Bocland statuiren konnte, glaube ich die Lösung des scheinbaren Widerspruchs in der Unterscheidung von Erbland und Gewinnland finden zu können. Nach Leges Henrici c. 70,21, c. 88,14 darf man gekauftes und sonst erworbenes Land frei veräussern, dagegen nicht Erbgut (hereditatem). Dem normannischen Rechte ist solche Unterscheidung fremd. Dieses gestattet den dritten Theil der Liegenschaften ohne Erbenkonsens zu vergaben (dare in elemosinam vel pro servitio suo). Verkaufen durfte man seinen ganzen Grundbesitz; doch hatten die Erben ein Retractrecht. Bei Glanvilla, der das Gewinnland, wenn Erbland da ist, völlig frei giebt, scheint eine Mischung normannischer und angelsächsischer Rechtssitte vorzuliegen, bei Bracton, wo er für das burgagium zwischen ererbtem und erworbenem Gute unterscheidet und dieses der Fahrniss gleichstellt, eine Reminiscenz an angelsächsisches Recht.

Zur Geschichte der Untheilbarkeit des Grundbesitzes kann ich mir nicht versagen — mit Rücksicht auf die praktische Bedeutung, die sie jetzt in Deutschland für den bäuerlichen Besitz zu erlangen scheint — eine Aeusserung Eduards I anzuführen, welche II 271 mitgetheilt wird. Nach kentischem Rechte war Gavelkindland theilbar. Eduard I giebt dem John von Cobham 1276 aus besonderer Gunst das Privilegium, dass seine Gavelkindgüter wie Ritterlehen vererben sollen. In der Motivirung heisst es: Solche Besitzungen, die, solange sie ungetheilt blieben, gross genug waren für Leistung des Reichsdienstes und mehreren den Lebensunterhalt boten, werden unter den Miterben in so viele Theile getheilt, dass der Theil jedes Einzelnen ihn kaum ernähren kann. Dagegen bestätigte Eduard I den Wälschen die Theilbarkeit des Landes im Erbgang. „Eduards Macht lag in der Stärke der Kenter, in der Schwäche der Wälschen.“

Prächtig sind die Ausführungen über den eigenthümlichen Vorgang, durch den in England die Vererbung der Fahrniss dem weltlichen Rechte entzogen wurde und dem kirchlichen Rechte anheimfiel. Für

die Auftheilung des beweglichen Nachlasses in drei Theile, von welchen einer der Wittwe, der andre den Kindern, der dritte dem Seelenheile des Verstorbenen gebührte (wifes part, bairns part, deads part), lehnen die Verfasser die Annahme normannischen Ursprungs ab. Ich glaube mit Unrecht, muss aber hier darauf verzichten den Beweis dafür zu führen, indem ich mir dieses hochinteressante Problem für eine eingehende Untersuchung vorbehalte. Vorläufig mag es genügen auf ch. 207 der très ancienne Coutume de Bretagne (nach der Capitelzählung in der Ausgabe von Planiol) zu verweisen, wo jene Dreitheilung (le tierz au mort, l'autre tierz à l'homme ou à la femme, qui demoure, et l'autre tierz es enffanz d'iceulx deux) als Recht der Bürger und der gens de basse condition mit voller Deutlichkeit zu Tage tritt.

Ueber die Geschichte des Familienrechts gestatte ich mir hier mit dem Ausdruck aufrichtiger Anerkennung hinwegzugehen. Einzelnheiten wie die courtesy of England, die uxores Danicae (die nicht als morganatische Ehefrauen aufzufassen sind) habe ich mit Bezugnahme auf Pollock und Maitland erst kürzlich in dieser Zeitschrift XVI 97 f., XVII 19 besprochen. Deutlich zeigt sich in der Geschichte des ehelichen Güterrechtes, wie das normannische Recht als das Recht des erobernden Volkes die Rechtsentwicklung beherrschte und wie das englische Recht zugeschnitten wurde für die Bedürfnisse der Reichen und Vornehmen, unter welchen das normannische Blut überwog. Die Zerstörung des Mobiliarerbrechtes durch die Kirche hatte in England die Wirkung, dass die vorhandenen Keime der Fahrnissgemeinschaft erstickt und dass die Mobilien der Ehefrau als Eigenthum des Mannes behandelt wurden, bis das neueste Recht ähnlich wie einst das römische von der absoluten vermögensrechtlichen Abhängigkeit der Ehefrau zu dem Extrem der vollen vermögensrechtlichen Unabhängigkeit überging.

Hohen Genuss bieten dem aufmerksamen Leser die inhalt- und geistvollen Abschnitte über Strafrecht und Processrecht. Besonderen Anlass habe ich mich darüber zu freuen, dass die Verfasser hierin so häufig den Ansichten zustimmen, die ich in älteren Arbeiten entwickelt habe. In der Lehre von der absichtslosen Missethat ist II 480, Anm. 5 das Citat aus den Gesetzen Rogers von Sizilien zu streichen. Die Verfasser haben das Citat von mir übernommen. Ich habe es wörtlich aus Merkel, Commentatio qua iuris Siculi sive assisiarum regum regni Siciliae fragmenta proponuntur, ausgeschrieben. Die Stelle lautet daselbst: qui de alto se ipsum precipitat et hominem occiderit et ramum incautus prohiciens non proclamaverit seu lapidem ad aliud iecit hominemque occidit, capitali sententia feriatur. Der Inhalt würde nicht übel zu dem passen, was wir sonst über die Behandlung ungewollter Missethaten im germanischen Strafrechte wissen. Allein wie ich nunmehr aus Brandileone, Il diritto romano nelle legge Normanne del regno di Sicilia, S. 117 ersehe, hat Merkel bei Benutzung der von ihm abgedruckten Handschrift ein unbegreifliches Versehen begangen. Cod. Vaticanus f. lat. Nr. 8782 hat hinter dem Worte occidit die Worte: huic pene non succumbit, so dass die Stelle sachlich mit ihrer Vorlage

l. 7, Dig. 48, 8 übereinstimmt. Dann folgt eine Stelle über Vergiftung, welche schliesst: capitali sententia feriatur. Merkel hat den Satz über die Vergiftung völlig übersehen und nur dessen Schlussworte statt des: huic pene non succumbit hinter dem occidit der citirten Stelle angefügt. Das ist ein grober Fehler, den man einem Gelehrten wie Merkel, der sich durch seine Arbeiten bei den Monumenta Germaniae historica den Ruf exacter Lesung der Handschriften erworben hatte, nicht zutrauen konnte. Merkel scheint eben einen sehr unglücklichen Tag gehabt zu haben, als er in Rom jenen Codex Vaticanus benutzte.

Ich kann von dem Buche nicht scheiden ohne den Verfassern für vielfache Belehrung und Anregung und für die Stunden ungetrübten Genusses, die es mir bereitet hat, meinen aufrichtigen Dank zu sagen.

Berlin, den 25. Juni 1896. Heinrich Brunner.

Dr. Ulrich Stutz, Privatdocent (jetzt a. o. Professor) des deutschen und Kirchenrechts a. d. Universität Basel, Geschichte des kirchlichen Beneficialwesens von seinen Anfängen bis auf die Zeit Alexanders III. Bd. I 1. Hälfte. Berlin (G. W. Müller) 1895. 8°. SS. 395.

Auf dem Gebiete des Kirchenrechts erscheinen verhältnissmässig viel mehr Compendien als Monographieen oder ausführliche Bearbeitungen des gesammten Stoffes, obwohl die Förderung wissenschaftlicher Erkenntniss und die Gewinnung fruchtbringender Ergebnisse für die Regel nur auf dem letzteren, sehr selten auf dem ersteren Wege möglich erscheint. Deshalb ist die Arbeit des Verfassers an sich schon mit Freuden zu begrüssen, um so mehr als sie sich einen bisher zwar schon mehrfach behandelten, aber keineswegs zu irgend einem befriedigenden Abschluss gebrachten Gegenstand, die Geschichte des kirchlichen Beneficialwesens, zum Vorwurf genommen hat. Der Verfasser giebt mit Rücksicht darauf, dass er zunächst nur einen Theil seines Werkes veröffentlicht hat, diesem in der auf dem Umschlag gedruckten Vorrede die folgende Auskunft über das Ergebniss seiner Forschungen mit auf den Weg. Er will „nachweisen, dass das beneficium ecclesiasticum ursprünglich nichts anderes war, als das gemeine, nichtvasallitische Beneficium des weltlich fränkisch-langobardischen Rechts, das in karolingischer Zeit deswegen für die Kirchen allgemeine Anerkennung fand und finden konnte, weil fast jedes niedere Gotteshaus zu einer Eigenkirche geworden war, d. h. zu einer Kirche, über die der Herr unter der Form des Eigenthums eine sowohl vermögensrechtliche als auch publicistische Herrschaft ausübte. Die Eintheilung ist folgende: In einem ersten Buche wird gehandelt von den Grundlagen des kirchlichen Beneficialwesens. Es wird gezeigt, dass seine Wurzeln nicht im vor-

germanischen Kirchenrecht zu suchen sind, sondern dass das germanische Eigenthumskirchenwesen sowohl wegen seiner allgemeinen Verbreitung als auch wegen seiner rechtlichen Gestalt allein das Fundament des beneficium ecclesiasticum hat bilden können. Das zweite Buch soll die Dogmatik des kirchlichen Beneficiums bringen und die Rechtsstellung des Beneficialen schildern. In ihm wird die Geschichte der cartula ordinationis, die Investitur der niederen Beneficien, das Spolienrecht u. a. m. zur Sprache kommen. Das dritte Buch wird darthun, wie die Kirchherrschaft gleich dem übrigen mittelalterlich-deutschen Grundeigenthum in Folge von Uebersättigung sich auflöste, so dass Alexander III. bloss an eine bereits im Flusse begriffene Entwicklung anzuknüpfen brauchte, um auf den Kirchenpatronat zu kommen und damit wie der Eigenherrschaft über die Kirchen, so auch der wahren Beneficialleihe ein Ende zu bereiten."

Das erste Buch soll einen Band umfassen, während Buch II und III in einem zweiten vereinigt werden sollen.

Die erste Hälfte des ersten Buches, welche jetzt allein vorliegt, bringt die Fundamente für die Auffassung des Verfassers. Dem Nachweise der Negative, dass das kirchliche Beneficialwesen, nicht wie die herrschende Ansicht annimmt, seine Wurzeln im vorgermanischen Kirchenrecht, d. h. von den seitens der Bischöfe in römischer und in merovingischer Zeit einzelnen Klerikern verliehenen Precarien seinen Ausgang genommen hat, ist zunächst der erste Abschnitt (S. 1 bis 88): „Die Verwaltung und Nutzung des kirchlichen Vermögens in den Gebieten des weströmischen Reichs von Konstantin d. Gr. bis zum Eintritt der germanischen Stämme in die katholische Kirche" gewidmet. Hier handelt er vor Allem von der freien Verwendungsbefugniss des in der Hand des Bischofs centralisirten kirchlichen Vermögens durch diesen. Der Bischof hat wohl die Pflicht, für den Unterhalt der Kleriker zu sorgen, also ihnen ein Stipendium zu bemessen, aber diese haben weder einen directen noch einen fest bestimmten und erzwingbaren Anspruch auf die Mitnutzung des Kirchengutes (S. 18). Die seit dem 5. Jahrhundert in der päpstlichen Provinz vorkommende Vier(Drei-)theilung der kirchlichen Einnahmen (für die Kirche, Bischof, Klerus und Arme) erscheint als eine durch die Päpste eingeführte Beschränkung des freien Verfügungsrechtes des Bischofs, ändert aber an sich nichts an dem rechtlichen Verhältniss der Kleriker zum Kirchengut, wennschon später dadurch, dass man in reicheren Diözesen, wie nachweislich in Ravenna (S. 32 ff.), nicht mehr alle Einnahmen an die Centralkasse des Bisthums ablieferte, sondern die Vornahme der Vertheilung den einzelnen Einnahmestellen überliess, thatsächlich das Stipendium des einzelnen Klerikers in seiner Höhe gleichmässiger und unveränderter als früher wurde (S. 39. 40). Ein Bruch in die Einheit von Eigenthum und Vermögensverwaltung vollzieht sich allerdings darin, dass im 5. und 6. Jahrhundert in Rom die Titelkirchen, in Afrika und in Italien die Landkirchen zu selbstständigen Vermögenssubjecten werden, aber die Verwaltung ihres Vermögens bleibt vom Bischof abhängig und so erhält

sich hier trotz der Beseitigung der Einheit des Eigenthums die Einheit der Verwaltung. Aber auch die letztere liess sich nicht mehr völlig aufrechterhalten, als seit dem 5. Jahrhundert Kirchen von Privaten (s. die interessante Urkunde v. 471 für Tivoli S. 53) gegründet und dabei von diesen Bestimmungen über die Verwaltung des denselben gewidmeten Kirchengutes getroffen werden. So konnten die an diesen fungirenden Geistlichen neben ihrem bischöflichen Stipendium, das sie kraft ihres Amtsverhältnisses bezogen, auch auf Grund des privatrechtlichen Titels der Stiftung aus dem der Kirche dazu gewidmeten Vermögen besondere Einkünfte erhalten. Ebenso tritt in Gallien und in Spanien mit der Verselbstständigung der Pfarrkirchen in der Seelsorge seit dem 6. Jahrhundert eine Loslösung derselben von der Kathedrale hinsichtlich des Vermögens ein (S. 68 ff). Aber immer dauerte die alte Centralisation in sofern fort, als das ursprüngliche und das vermehrte Kathedral- und Diözesan-Kirchengut im Eigenthum und in der Verwaltung des Bischofs blieb. Keineswegs ist, wie die herrschende Lehre behauptet, ein Theil des Diözesangutes dadurch in Landkirchenvermögen übergegangen, dass der Bischof kirchliche Ländereien in der Nähe von Landkirchen den an denselben angestellten Klerikern zur Verwaltung und später als Precarium geliehen hat, und dadurch eine Verbinduug dieser Gütermassen mit den einzelnen Landkirchen entstanden ist. Allerdings haben die Bischöfe in Folge des Anwachsens des kirchlichen Grundbesitzes einzelnen Klerikern aus dem Diözesangute auch Ländereien zur Nutzung verliehen, in Gallien und Spanien in der Form des Precariums, aber als Theil oder anstatt des Stipendiums, und wenn das an sich zunächst stets widerrufliche Precarium auch allmälig zu einer festeren Form der Leihe, namentlich zu einem lebenslänglichen und unverkürzbaren Nutzungsrecht des Klerikers geworden ist, so war damit erst der Anstoss zu einer durchgreifenden Umgestaltung der ganzen kirchlichen Vermögensverwaltung und ihres Rechtes gegeben, aber vollzogen war diese damit noch nicht.

Der im Vorstehenden seinem Inhalte nach kurz charakterisirte Abschnitt hat für das Thema des Buches an sich nur die negative Bedeutung, dass er der herrschenden Lehre ihr Fundament entzieht. Aber er bietet zugleich eine positive Förderung der Wissenschaft insofern, als er das älteste System der Centralisation und Einheit des Kirchenvermögens in der Hand des Bischofs auf Grund eines umfangreichen, bisher noch nicht erschlossenen Quellenmaterials in lichtvoller Weise darlegt und die Momente, welche Gegenströmungen hervorgerufen und bedingt haben, klar und scharf charakterisirt. Dass die Auffassung des Verfassers diese Verhältnisse befriedigender, als die herrschende Ansicht erklärt, scheint mir unbestreitbar. Ueberdies ist sie auch durch das benutzte Quellenmaterial m. E. unanfechtbar dargethan.

Der zweite, umfassendere Abschnitt (von S. 88 bis zum Ende des Bandes) behandelt „die Eigenkirchen der Germanen". Zunächst legt der Verfasser die Verhältnisse der Eigentempel in der heidnischen Zeit eingehend dar, welche er richtig für ein gemeingermanisches Institut erklärt,

wenngleich wir nur aus dem Norden, insbesondere Island directe Nachrichten darüber besitzen. Er verfolgt dann die Verbreitung des Instituts zunächst in den Reichen der arianischen Germanen (S. 95 ff.), der Sueven, der Westgothen, bei denen allerdings das Privateigenthum an Kirchen durch die Synoden nicht mehr anerkannt wird (S. 104. 105), der Burgunder und der Langobarden. Während bei den erstgedachten drei Stämmen das Institut bald verloren geht, entwickelt es sich desto kräftiger im langobardischen Italien, wo es allerdings für die Kathedralen und die Pfarrkirchen bei dem alten Rechte bleibt. Demnächst wird die Entwicklung des Eigenkirchenwesens in den Reichen der katholischen Germanen, zunächst in den Gebieten des Frankenreichs (S. 134 ff.), wo dasselbe seit dem Ende des 7. und Anfang des 8. Jahrhunderts in den Zeiten der Zerrüttung der kirchlichen Verhältnisse siegreich gegenüber den bisherigen römischen Einrichtungen vordringt, behandelt. Eine eingehende Untersuchung ist den Eigenkirchen des Königs und der Klöster (S. 153 ff.) gewidmet. Die königlichen Eigenkirchen, unter denen die Pfarrkirchen zahlreich vertreten sind, haben nicht nur durch ihre grosse Zahl eine besondere Bedeutung erlangt, sondern auch durch den hohen Ertrag, welchen sie abwerfen und in Folge dessen sie häufig von den Königen benutzt werden, um Liberalitäten, z. B. durch ihre Ausleihung zu Beneficialrecht, zu erweisen, während die Klöster ihre Aussenkirchen lediglich als Eigenkirchen, als werthvolle Vermögensstücke besassen, um so mehr als sie dieselben meistens einem derivativen Erwerbe, Kauf, Tausch und vor Allem Schenkungen verdankten. Daran schliesst sich eine Erörterung des Einflusses der Einziehungen (sog. Säcularisationen) des Kirchengutes und der Entwicklung des Pfarrsystems auf das fränkische Eigenkirchenwesen (S. 182 ff.). Durch die ersteren wurden den Bisthümern und Klöstern mit ihrem Gute auch Kirchen entzogen und mit dem eingezogenen Vermögen ausgeliehen. Wie der Grundgedanke des germanischen Eigenkirchenwesens, dass die Kirchen sowohl Objecte des Eigenthums, wie auch nutzbare Güter seien, zur Einziehung und Ausleihung solcher bischöflichen Kirchen geführt hatte, so werden sie nun nach der Einziehung analog den Eigenkirchen, gleichgültig, ob sie vorher Eigenthum des Bisthums oder besonderer juristischer Personen mit vermögensrechtlicher Stellung gewesen waren, als geliehene bischöfliche Eigenthumskirchen, behandelt, und das Recht des Beliehenen an ihnen unterschied sich nur durch die zeitliche Begrenzung und die Dienste, bez. Zinspflicht von dem Rechte des freien Eigenthümers an seiner Kirche. Durch diese Einziehungen ist das alte Diözesangut des Bischofs gemindert, und damit die Herrschaft des Bischofs über das kirchliche Vermögen und die Kleriker seiner Diözese im Frankenreiche erheblich beeinträchtigt worden. Weiter ist dies aber dadurch geschehen, dass hier im Gegensatz zu Italien die Kirche bei der Bildung von Pfarreien und der Schaffung von Pfarrkirchen mehr oder minder auf die Mitwirkung der Grundbesitzer, also auch zahlreicher Germanen, angewiesen war, und dass die von diesen errichteten Eigenkirchen den Charakter von Tauf- oder Pfarrkirchen annahmen, damit also das

frühere Recht, dass Kirchen der letzteren Art nur direct dem Bischof unterstehen konnten, durchbrochen wurde.

Nach einer besonderen Behandlung der Eigenkirchen bei den Baiern (S. 196 ff.), bei denen das Eigenkirchenwesen älter als die ordentliche, im römischen Reiche ausgebildete Kirchenverfassung ist, geht der Verfasser zu der Behandlung „der Aufnahme der Eigenkirchen in das mittelalterliche Kirchenrecht und ihrer Bedeutung für dasselbe“ über. Hier bespricht er zunächst die Eigenkirchenfrage im Reiche der Karolinger bis zum Tode Karls d. Gr. Unter diesem erfolgt zuerst die gesetzgeberische Regelung des Eigenkirchenwesens in der Weise, dass erstens dem Herrn das ihm nach ursprünglich germanischer Anschauung zukommende Recht, jeden Augenblick über Sein oder Nichtsein der Kirche und über Belassung, Minderung oder Wegnahme des Vermögens zu verfügen, genommen, ihm vielmehr nur erlaubt wurde, die Kirche, aber ohne die Fortdauer derselben und die Abhaltung des Gottesdienstes in Frage zu stellen, an andere zu übertragen und zu verkaufen. Zweitens wurde für die Erbauung neuer Eigenkirchen, um ihren Fortbestand zu sichern, die Erlaubniss des Bischofs, welchem damit die Möglichkeit gegeben wurde, über eine genügende Dotirung, sowie über die Wahrung der Gerechtsame und Zehnten, sowie seiner eigenen bischöflichen Rechte zu wachen, gefordert. Drittens gewährte Karl dem Bischof ein Aufsichtsrecht über die Eigenkirchen, insbesondere über ihre bauliche Instandhaltung, die Unterhaltung des Gottesdienstes und die Beschaffung der nöthigen Mittel dafür. Die weiteren Anordnungen Karls betreffen die Hebung der Stellung der Geistlichen der Eigenkirchen. Dahin gehört die Beschränkung der Rechte des Herrn durch die Nothwendigkeit der Prüfung des anzustellenden Geistlichen in Bezug auf seine Tauglichkeit durch den Bischof und die Abhängigmachung der Lösung des Dienstverhältnisses zwischen dem Herrn und dem Kleriker von der Genehmigung desselben Kirchenoberen. Ferner wurde den Herren die Verwendung ihrer Geistlichen als Wirthschaftsbeamte verboten, und angeordnet, dass das Unterwürfigkeitsverhältniss nicht eine der Würde des Geistlichen widersprechende Form annehmen dürfe. Endlich suchte Karl auch die Unterordnung der Geistlichen der Eigenkirchen unter den Bischof durch Anerkennung der Synodalpflicht derselben und Mehrung der Disciplinargewalt des Bischofs über sie zu sichern. In der Zeit Ludwigs d. Fr. — dieser ist der folgende § 17 (S. 235) gewidmet — sucht die kirchliche Reformpartei unter den Bischöfen über die Anordnungen Karls d. Gr. hinaus die Stellung der Geistlichen an den Eigenkirchen zu heben, also die Rechte der Grundherren in Betreff ihrer Kirchen zu beschränken, während die letzteren ihrerseits nach Erweiterung derselben streben, namentlich dahin, das ausschliesslich den Tauf- oder Pfarrkirchen zukommende Zehntrecht zu beseitigen und die Uebertragung desselben auf ihre Eigenkirchen zu erlangen. In diese Bewegung hat das cap. ecclesiasticum v. 818. 819 (Boretius capitul. 1, 276) eingegriffen. Kirchlicherseits erlangte man damit die Ausschliessung der Knechte von den heiligen Weihen und eine

Regelung des Falles, dass sich ein Geweihter hinterher als unfrei erwies, sowie der vermögensrechtlichen Wirkungen, wenn eine Freilassung eines solchen erfolgte (c. 6). Weiter wurde angeordnet, dass jede Eigenkirche eine ganze dienstfreie Hufe erhalten, und für diese, sowie für die Zehnten, Gaben der Gläubigen und für die Gebäude und Gärten der Priester keinen anderen als den geistlichen Dienst thun sollte, was eine Herabsetzung der Rente aus der Eigenkirche für den Herrn, für den Geistlichen aber die Feststellung einer congrua, eines Existenz-Minimums, bedeutete. Nach Ausführung dieser Verordnung soll künftig jede Kirche, deren Vermögen dazu ausreicht, einen eigenen Priester erhalten, d. h. die Uebertragung mehrerer Kirchen an ein und denselben Priester ausgeschlossen sein (c. 10. 11). Den Grundherren kommt dagegen das Capitulare insofern entgegen, als zwar an der Nothwendigkeit der Zustimmung der Bischöfe für die Anstellung und Entlassung der Priester festgehalten wird, aber die Bischöfe solche Kleriker, welche in Bezug auf ihre Lebensführung und Bildung einwandsfrei sind, wenn sie ihnen von den Laien behufs der Weihe und Anstellung an ihren Kirchen präsentirt werden, nicht zurückweisen dürfen (c. 9); ferner insofern, als die Zehnten neu angelegter Villen an die in ihnen errichteten Kirchen übertragen werden (c. 12).

Wie mit diesem Capitular die Gesetzgebung über das Eigenkirchenwesen ihren Höhepunkt erreicht, da sich in den späteren Ordnungen so gut wie keine neuen Gedanken mehr vorfinden, so findet es nun auch in der römischen Synode unter Eugen II. v. 826 c. 21 und c. 24, l. c. 1, 374 seine Anerkennung durch das Papstthum.

Der Verfasser verfolgt dann die spätere Gesetzgebung unter Ludwig d. Fr. und seinen Nachfolgern (S. 261 ff.). Ein Eingreifen derselben wird deshalb nöthig weil in den damaligen Zeiten, in denen es immer mehr an einer starken Regierungsgewalt fehlt, die Grundherren von Neuem ihre Macht, namentlich in Betreff der Handhabung des Zehntrechts zu erweitern suchten, ferner, weil in den kriegerischen Wirren, sowie wegen der Nachlässigkeit und auch in Folge rücksichtsloser Ausbeutung seitens der Grundherren zahlreiche Kirchen zerfielen und endlich die häufigen Erbtheilungen den Bestand anderer gefährdeten. Nachdem der Verfasser die mit Rücksicht auf diese Verhältnisse erlassenen Bestimmungen, auf welche ich an dieser Stelle nicht näher eingehen kann, ausführlich dargelegt hat, wendet er sich zu dem Schluss-Paragraphen seiner Behandlung der karolingischen Zeit, in welchem er die Stellung Hinkmars v. Rheims zur Eigenthumskirchenfrage bespricht (S. 280 ff.). Nach der Mitte des 9. Jahrhunderts macht sich im Reiche Lothars und im Westfrankenreiche gegenüber den in Folge der Zerrüttung der kirchlichen Verhältnisse hervortretenden Missbräuchen der Grundherren eine Strömung geltend, welche sich auf Beseitigung des Eigenkirchenwesens richtet. Aus Veranlassung der Klagen der Grundherren bei Karl d. Kahlen hat dieser Hinkmar v. Rheims mit der Abfassung eines Gutachtens über die Eigenthumskirchenfrage betraut. In demselben, der collectio de ecclesiis et capellis, zuerst herausgegeben

von **Gundlach** in **Briegers** Zeitschr. f. Kirchengeschichte 1889. 10, 92 ff. (zwischen 858 und 860), in welchem der Erzbischof ebensowenig wie sonst seine gemässigt kirchlichen Anschauungen verleugnet, tritt er dem kirchlichen Radicalismus der Anhänger der gedachten Bestrebungen entgegen und stellt sich im Grossen und Ganzen auf den Standpunkt des geltenden Rechts. Der Verfasser, welcher dieser Schrift, der einzigen Darstellung des Eigenkirchenrechts aus der Zeit seiner Geltung, mit Recht die Bedeutung beilegt, dass sie die weitere Entwicklung entscheidend beeinflusst und das Eigenkirchenwesen für Jahrhunderte gerettet hat, analysirt dieselbe genau und weist darauf hin, dass sowohl der Reichstag zu Pistres (869), wie auch die Synode von Trosly (909) in ihren Beschlüssen über das Eigenkirchenwesen die Anschauungen von Hinkmar gutgeheissen haben.

In den letzten beiden §§ 20 und 21 (S. 296 ff.) endlich handelt der Verfasser über „die Eigenkirchenidee und die bischöflichen Kirchen". Er legt hier dar, dass die bischöflichen Kirchen ebenfalls allmälig unter den Einfluss des Eigenkirchengedankens gerathen sind. Einmal machte sich derselbe darin geltend, dass er ihre Selbstständigkeit dadurch förderte, dass er der Tendenz nach wirthschaftlicher Emancipation vom Bisthum und dessen Vermögen mächtig Vorschub leistete und ihr schliesslich zum Siege verhalf, so dass diese Kirchen im Laufe der fränkischen Periode Mittelpunkte von selbstständigen Sondervermögen geworden sind. Andererseits bringt dieser Einfluss die wirthschaftlich emancipirten Gotteshäuser alsbald in die strengste rechtliche Herrschaft vom Bischofe und führt zu der weitgehenden Herrschaft mit privatrechtlichem Charakter, welche der Bischof im Mittelalter über diese Kirchen ausgeübt hat. Indem der Verfasser als Grund der erstgedachten Veränderung das allmälige Verschwinden der Geldwirthschaft und das Aufkommen der Naturalwirthschaft, welche letztere kleine Verwaltungskreise und eine Vielheit von Verwaltungscentren erfordere und auf den Landbesitz als Quelle der Mittel für die Deckung des kirchlichen Bedarfs hinweise, bezeichnet, tritt er zugleich mit Entschiedenheit der herrschenden Lehre entgegen, dass die Decentralisation der Kirchenguts-Verwaltung und Nutzung das Werk einer von den Bischöfen ausgegangenen Verwaltungsreform gewesen sei, weil diese die Unhaltbarkeit des früheren Zustandes eingesehen und nun die in der Nähe der Einzelkirchen belegenen Bisthumsländereien den an diesen Kirchen angestellten Geistlichen zu unmittelbarer Verwaltung und Nutzung übertragen hätten. Zur Erhärtung dieser seiner Auffassung untersucht er die Kirchengutsverhältnisse des 7. und 8. Jahrhunderts auf die von ihm verworfene Abschichtungstheorie hin. Dabei weist er aus den Quellen nach, dass das alte Diözesangut in Italien, ebenso in Gallien jedenfalls bis zum 8. Jahrhundert intact geblieben ist, denn sonst hätten im Frankenreiche weder Karl Martell noch seine Nachfolger zu ihren Einziehungen des Kirchengutes, welche wesentlich das Bisthumsvermögen, das nachmalige bischöfliche Tafel- und Capitelgut, getroffen haben, schreiten können. Sodann wird des Näheren an der Hand der

Quellen dargethan, dass die Bischöfe in den ganz römisch gebliebenen Diözesen (namentlich in Ravenna und auch in Rom) zur wirthschaftlichen Verselbstständigung ihrer Kirchen erst zu einer Zeit Schritte gethan haben, als diese im Abendlande schon bei unzähligen Eigenkirchen verwirklicht war, und dass der Grund dafür in dem Zwang der Verhältnisse, der stetigen Ueberhandnahme der Naturalwirthschaft und dem sich immer mehr ausbreitenden Eigenkirchenwesen gelegen habe. Den Schluss bildet die Darlegung, dass trotz dieser wirthschaftlichen Verselbstständigung der bischöflichen Kirchen diese doch unter eine weitgehende bischöfliche Herrschaft mit ausgesprochenem privatrechtlichen Charakter gerathen sind. Den Grund dafür findet der Verfasser einmal in dem Erwerbe von wirklichen Eigenkirchen durch die Bischöfe, namentlich durch Schenkungen, wodurch dieselben in die Rechte des bisherigen Eigenthümers eingetreten sind. Sodann nahmen die Bischöfe gegenüber den Eigenkirchen, welche sie auf ihrem Privatgut gegründet hatten oder welche schon seit früherer Zeit auf demselben vorhanden waren, rechtlich dieselbe Stellung, wie die anderen Grundherren ein. Weiter musste, nachdem in Folge der Einziehungen des Kirchengutes mit diesem Gut auch bischöfliche Kirchen seitens der Karolinger an Laien ausgeliehen, und diese Gegenstand der Leihe geworden waren, nunmehr das bischöfliche Recht den Charakter des Eigenthumsrechtes annehmen, weil die Leihe das zu Grunde liegende Rechtsverhältniss in ein privatrechtliches Gewand einkleidet und dem Leiherecht nothwendig ein Eigenthumsrecht correspondirt. Schliesslich liess sich die Auferlegung von Abgaben durch die Bischöfe, welche sich namentlich im Laufe der fränkischen Zeit mehren, gerade durch die Idee des Eigenkirchenwesens am besten rechtfertigen. Auf diese Weise erklärt es der Verfasser, dass in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts die eigenkirchliche Behandlung der bischöflichen Kirchen zu einer vollendeten Thatsache geworden ist.

Soviel über den reichen Inhalt dieses Abschnittes des Buches. Von dem kirchlichen Beneficium, dessen Geschichte der Verfasser schreiben will, ist allerdings in diesem Abschnitt noch nicht näher die Rede. Indessen bildet er die positive Grundlage für die Auffassung des Verfassers, welche derselbe in seiner Antrittsrede: „Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechtes. Berlin 1895“ entwickelt, — auf sie verweist er zur näheren Orientirung — dass das kirchliche Beneficialwesen von der Besetzung der Eigenkirchen durch ihre Herren in der Art seinen Ausgang genommen hat, dass der Geistliche ein Leiherecht an der Kirche, ihrem Vermögen und ihren Einkünften erhielt mit der Pflicht der ordentlichen Instandhaltung und des ordentlichen Betriebes der Kirche, d. h., dass die Kirche dem Geistlichen als Beneficium in der Gestalt des fränkischen Rechtes geliehen wurde.

Der Verfasser ist einen langen und mühevollen Weg in seinen bisherigen Darlegungen gewandert. Aber zur Fundamentirung seiner Anschauung war dies nöthig. Zugleich hat er in dem fraglichen Ab-

schnitte eine vortreffliche Geschichte des Eigenkirchenrechtes, wie wir sie noch nicht besessen haben, unter Darlegung der treibenden Momente geliefert. Bei der Behandlung des Patronatsrechtes hat man freilich längst schon das Eigenkirchenwesen zur Erklärung seiner Entstehung herangezogen. Ich habe dann meinerseits nachgewiesen, dass dasselbe auch die Grundlage der Inkorporation gebildet hat, und nicht minder auf die privatrechtlichen Anschauungen, welche sich im Kirchenrecht des Mittelalters unter germanischem Einfluss, so namentlich in der Behandlung der bischöflichen Amtsbefugnisse, geltend gemacht haben, aufmerksam gemacht. Dem Verfasser, welcher die Bedeutung des Eigenkirchenwesens für die Entwicklung des kirchlichen Vermögensrechtes und des Beneficialwesens näher untersucht hat, gebührt unstreitig das Verdienst, für alle hier fraglichen Erscheinungen die einheitliche Grundlage aufgedeckt zu haben. Das ist der Hauptertrag des zweiten Abschnittes des vorliegenden Buches. Denn auch hier halte ich seine Darlegungen für begründet und stimme ihnen zu, um so mehr als mir das von ihm benutzte, in überreicher Fülle herangezogene Quellen-Material vertraut ist und sich zwischen uns in den einschlägigen Fragen, welche ich schon in meinem Kirchenrechte behandelt habe, in allen wesentlichen Punkten eine nur erfreuliche Uebereinstimmung zeigt.

Fasst man beide Abschnitte zusammen, so bilden sie — ganz abgesehen von den weiter in Aussicht gestellten Theilen des Buches — schon allein einen werthvollen Beitrag zur Geschichte des kirchlichen Vermögens bis zum Ende der karolingischen Zeit, in welchem m. E. der Verfasser eine Reihe bisher nicht haltbarer Ansichten beseitigt hat.

Gelungen ist ihm dies dadurch, dass er mit einer umfassenden historischen, germanistischen und kanonistischen Bildung an seine Arbeit herangegangen ist, in emsigem Fleisse ein ungeheures Quellenmaterial nicht nur herangezogen, sondern auch mit correcter Methode und mit feinem Verständniss für die historische Entwicklung bearbeitet und auf diese Weise nicht nur den Verlauf, sondern auch die treibenden Momente derselben dargelegt hat.

So kann denn schon der vorliegende Theil als eine der besten Monographieen auf dem Gebiete des Kirchenrechtes bezeichnet werden, welche keine Spuren einer Erstlingsarbeit an sich trägt, vielmehr Zeugniss von der vollkommenen wissenschaftlichen Beherrschung und Bewältigung des Stoffes seitens des Verfassers ablegt.

Wie jede tief eindringende wissenschaftliche Arbeit nicht nur für ihren unmittelbaren Gegenstand, sondern auch darüber hinaus fruchtbringend wirkt, so auch die des Verfassers. Darüber hat sich derselbe in seiner schon erwähnten Antrittsrede ausgesprochen. In dieser weist er darauf hin, dass sich seine dargelegten Auffassungen ausser für die Erhaltung der Geschichte des Patronates, der Inkorporation und der privatrechtlichen Herrschaft der Bischöfe über ihre Kirchen auch für die des Regalien-, Spolien- und des Investiturrechtes an Bisthümern, sowie des Stolgebührenrechtes werthvoll erweisen werden. Auch das

halte ich für richtig und glaube, dass dies ebenfalls noch für andere Materien, z. B. für eine Geschichte der rechtlichen Stellung der Klöster, der Fall sein wird. Nur darüber liesse sich streiten, ob man, wie der Verfasser, die hier in Frage kommenden Erscheinungen unter der Bezeichnung: „mittelalterlich-germanisches Kirchenrecht" zusammenfassen kann und nicht correcter von einem durch mittelalterlich-germanische Anschauungen beeinflussten Kirchenrechte sprechen müsste. Das ist indessen eine Neben- und vielleicht auch mehr Geschmackssache.

Unter allen Umständen kann man dem Verfasser für seine hervorragende Leistung nur Dank wissen und diesem den Wunsch anfügen, dass nicht nur er sein mühevolles und verdienstliches Werk bald vollenden, sondern auch eine Reihe von Nachfolgern finden möge, welche in gleicher Weise arbeiten und unsere Wissenschaft auch in anderen Theilen durch ihre Leistungen ebenso, wie er dies für das von ihm gewählte Gebiet gethan hat, fördern.

Berlin, den 10. März 1896. Paul Hinschius.

Die Behandlung der Verbrechenskonkurrenz in den Volksrechten von Dr. Hans Schreuer. Breslau, Verlag von Wilhelm Koebner (M. u. H. Marcus) 1896, XII u. 299 S. 8°. (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte herausgegeben von Otto Gierke. 50. Heft.)

Die vorliegende Monographie ist ein sehr werthvoller Beitrag zur Geschichte des deutschen Strafrechts. Wenn sie auch nur einen fest umschriebenen Kreis von Fragen mit Hülfe des volksrechtlichen Materials zu lösen unternimmt und sich zum grössten Theil als eine Interpretation und Combination der einschlagenden Gesetzesstellen giebt, so wird die Untersuchung überall mit so eindringender Genauigkeit und mit so vollem Bewusstsein für die allgemeinere Bedeutung auch des schwierigsten und entlegensten Details geführt, dass sie das Verständniss des Strafrechts der Volksrechte und das dieser Rechtsquellen überhaupt in wesentlichen Stücken fördert.

Der Verfasser behandelt seinen Stoff in zwei Abschnitten. Im ersten, „Verbrechenseinheit und Verbrechensmehrheit" genannt, wird zunächst die vielfach in den Volksrechten vorgenommene Spaltung, „Atomisirung", des objectiven Thatbestandes besprochen, d. h. diejenige Behandlung, die bei der Mehrheit der getrennt sich der äusseren Anschauung bietenden Einzelerfolge stehen bleibt und diese dann als Verbrechensmehrheit bestraft. Dies tritt besonders deutlich bei den verschiedenen Arten der Körperverletzung hervor. Das Princip der Volksrechte ist hier das, mehrere verschiedenartige Wunden als ebenso viele Delicte anzurechnen und auch mehrere gleichartige Verletzungen

im Allgemeinen nach ihrer Zahl vergelten zu lassen, wobei aber im letzteren Falle mitunter eine obere Grenze gesetzt wird, von der an die Zahl der Verletzungen gleichgültig ist; dann nimmt also die Gesammtbusse den Charakter einer Pauschalsumme an. Wie nun dies Princip in den einzelnen Rechten auf Blau- und Blutwunden, Knochenwunden, Stichwunden, Verstümmelungen angewendet wird, kommt im § 2 zu eingehender Darstellung.

Im § 3 werden die Wege geschildert, die die Volksrechte einschlagen, um einen zugefügten Vermögensschaden zu bestrafen: entweder setzen sie eine Pauschalbusse fest ohne Rücksicht auf die Höhe des Schadens im concreten Fall (System der Lex Salica und Lex Ribuaria), oder sie haben Pauschalbussen für gewisse Schadeneinheiten, die im concreten Fall je nach der Zahl solcher anzunehmenden Einheiten vervielfacht werden, oder endlich es bestehen dem concreten Schaden vollständig sich anpassende Proportionalbussen.

Liegen complicirtere Thatbestände vor, Heimsuchung und Brandstiftung (§ 4), oder die Tödtung einer Schwangeren (§ 5), so wird bald ein Delict, bald eine Verbrechensmehrheit angenommen und dementsprechend die Strafe bemessen.

Oft aber wird auch ein Delict, das durch eine besondere Vermessenheit, praesumptio, charakterisirt ist, als eine Concurrenz zweier Verbrechen, nämlich des „Erfolgsdelicts“ und der hinzutretenden praesumptio aufgefasst und daher nicht nur mit der Erfolgbusse, sondern ausserdem mit einer besonderen Injurienbusse bedroht. Daneben findet sich jedoch auch hier eine Zusammenfassung des Thatbestandes zu einem einzigen präsumptiven Verbrechen. Unter diesen Gesichtspunkten erörtert der § 6 die Thatbestände des Einbruchsdiebstahls, der Heimsuchung, der Ausraubung eines bestatteten Leichnams, des Schachraubs, der Wegsperre, des schimpflichen Ueberfalls u. a. In einem Anhang wird gezeigt, dass ein allgemeines Princip, wonach die Volksrechte bei Verletzung eines höheren Friedens zur Vervielfachung der Erfolgbusse oder zum Aufschlag einer Präsumptionsbusse gegriffen hätten, nicht nachgewiesen werden kann.

Einen Gegensatz zu den in den §§ 2—6 erörterten Fällen der Atomisirung bilden diejenigen, in denen zwar mehrere verbrecherische Thatbestände vorliegen, von diesen aber nur der letzte, der Erfolg, mit Busse bedroht wird; er ist die Folge der übrigen, die als blosse Vorstufen erscheinen. Erliegt z. B. der Verletzte den Wunden, so ist dann nur das Wergeld, aber nicht auch die Wundbusse zu zahlen. Die hierher gehörigen Bestimmungen der Volksrechte werden im § 7 zusammengestellt; anschliessend wird die Behandlung derjenigen Thatbestände besprochen, die unser heutiges Recht als Versuche und fortgesetzte Delicte bestraft. Dem alten Recht sind bekanntlich diese Begriffe fremd; es kennt an Stelle des Versuchs nur entweder ein selbständiges Versuchsdelict neben dem vollbrachten, oder es lässt ihn völlig straflos; an Stelle des fortgesetzten Delicts nimmt es entweder Verbrechensconcurrenz oder Einheit an.

Verbrechensconcurrenz liegt auch dann vor, wenn mehrere Personen durch eine und dieselbe Handlung verletzt werden, mögen es mehrere Privatpersonen sein (§ 8) oder mag ausser der Privatperson auch die Oeffentlichkeit, der Staat gekränkt sein (§ 9). Weil sehr viele Verbrechen sowohl durch eine an den Privatverletzten zu entrichtende Busse als auch durch ein an den Fiskus fallendes Friedensgeld zu sühnen sind, ist man dazu gelangt, hier stets ein solches Verbrechen als eine Delictsmehrheit anzusehen. Und das fand dann später eine analoge Anwendung, als das fränkische Königsrecht neben der Privatbusse den Bann als Strafe einführte. Damit wurde die altfränkische Auffassung, dass eine Handlung sich auch bei Verletzung eines besonderen Friedens nur als ein Delict darstelle, verlassen und Privatbusse mit Bann cumulirt.

Den Beschluss des ersten Abschnitts bilden Erörterungen über den Unterschied zwischen realer (mehrthätiger) und idealer (einthätiger) Verbrechensconcurrenz (§ 10), der, wie der Verfasser ausführt, im alten Recht zwar lange nicht die heutige Bedeutung hatte (denn es legte eben den Hauptnachdruck auf den Erfolg), doch aber auch nicht ganz bedeutungslos war. Einthätige Verbrechensmehrheit bewirkte Einschränkung der Bussencumulation, nur sie ermöglichte die Bestrafung mit einer Pauschalsumme; sie wird meist als ein einziger Friedensbruch behandelt, auch dann wenn das Verbrechen gleichzeitig ein Bannfall ist. Dagegen werden bei realer Verbrechensconcurrenz die Friedensgelder und Bannbussen gehäuft.

Der zweite Abschnitt untersucht nun, wie die im ersten festgestellten Thatbestände der Verbrechensconcurrenz strafrechtlich behandelt wurden, ob in den einzelnen Fällen mehrere Strafen cumulirt, ob die niederen durch die höheren absorbirt wurden oder ob Strafschärfung eintrat.

Zunächst (im § 12) handelt es sich um Concurrenz mehrerer Bussdelicte. Im Allgemeinen tritt Bussenhäufung ein, Cumulation. Nur dass diese zuweilen eine Grenze findet. Nämlich aus logischen Gründen dann, wenn durch die Mehrheit der einzelnen Verbrechen ein Resultat herbeigeführt wird, das selbst wieder als höheres Delict unter besondere Strafe gestellt ist, und seltener durch positive Bestimmungen der Gesetze, die an Stelle unbegrenzter Strafhäufung eine durchschnittsmässige Strafschärfung eintreten lassen. Im Uebrigen herrscht das Princip der Cumulation auch selbst bei Lösungstaxen, die nicht einmal da absorbiren, wo es die durch sie abgelöste Todestrafe thut.

Sehr eigenthümlich ist die Stellung der Volksrechte gegenüber der Concurenz von Buss- und Achtsachen (§§ 13—21). Es handelt sich um diejenigen Verbrechen, auf die sowohl eine Busse als auch die Friedlosigkeit (Todesstrafe) gesetzt ist. Während nun bei der überwiegenden Mehrzahl der germanischen Stämme der Todesstrafe, als einer der Gesammtheit und dem Privatverletzten gewährten Genugthuung, eine „expiatorische Function“ beigelegt wird, die also weitere Bussen ausschliesst, lassen die ostgothischen, langobardischen, kentischen und

nordischen Rechte neben der Todesstrafe auch die verwirkten Bussen zur Auszahlung gelangen. Der Verfasser giebt zunächst eine eingehende Darstellung der hierher gehörigen Fälle idealer Verbrechensconcurrenz (§§ 14—16); dann unternimmt er es, die hervorgehobene auffallende Verschiedenheit der Volksrechte zu erklären (§§ 17—19). Er kommt (§ 19) zu dem Ergebniss, dass eine verschiedene Auffassung des Verhältnisses von Todesstrafe und Busse als der letzte Grund anzusehen ist. Diejenigen Rechte, die Todesstrafe und Busse cumuliren, halten den Verletzten für nicht befriedigt durch die blosse Todesstrafe. Sie wollen ihm eine in bestimmter Form erfolgende Genugthuung, zu der die Busszahlung gehört, verschaffen; sie repräsentiren die ältere, noch ganz auf sinnlich formale Auffassung beschränkte Stufe der Entwicklung. Von dieser Herrschaft der Form haben sich die meisten Rechte befreit. Es ist höchst interessant, was der Verfasser zur weiteren Erklärung dieses verschiedenen Standpunkts der Volksrechte anführt. Er weist nämlich darauf hin, dass fast ganz die gleiche Verschiedenheit bei der Haftung und Busszahlung für fremde Delicte Platz greift: diejenigen Rechte, die Todesstrafe und Busse cumuliren, die alterthümlicheren also, halten in der Frage der Haftung für Knechte an dem alten System fest, das dem Verletzten von wem auch immer Busse verschaffen will; diejenigen aber, die der Todesstrafe Absorptionswirkung beilegen, lassen viel schneller die Busse für fremde Missethat verschwinden.

Der Untersuchung der Fälle der realen Verbrechensconcurrenz (§ 20) sind eingehende processrechtliche Erörterungen eingefügt; denn dafür, dass auch in diesen ebenso wie in denen der idealen Absorption der Bussen durch concurrirende Todesstrafe eintritt, entnimmt der Verfasser seinen Beweis hauptsächlich aus der Geschichte des fränkischen Ungehorsamsverfahrens und seiner Entwicklung zur Fronung. Das altsalische Recht nämlich bestraft in letzter Linie den im Termin ausbleibenden Beklagten lediglich mit der Acht, d. h. mit der auf den Ungehorsam gesetzten Versäumnissstrafe; durch diese Acht wird die Busse für das eingeklagte Delict und die Busse für etwa concurrirende frühere Versäumnissdelicte absorbirt; der Kläger erhält also die von ihm eingeklagte Busse nicht. Dies Verfahren ist nur durch die absorptive Wirkung der Todesstrafe zu erklären. Erst als sich die Fronung, eine wirkliche Execution, aus dem alten Ungehorsamsverfahren herausgebildet hatte, erfolgte daneben eine Verurtheilung zur Busszahlung an den Kläger, trat also Strafhäufung ein. Weitere Beweise lassen sich dann noch aus den Stellen entnehmen, die auf gehäufte Bussdelicte die Todesstrafe setzten, und es ist anzunehmen, dass bei den meisten Stämmen auch bei realer Verbrechensconcurrenz concurrirende Lösungstaxen von der Todesstrafe absorbirt wurden.

Gegenüber den sehr verwickelten Fragen dieses Abschnittes handelt es sich in den Schlussparagraphen, in denen die absorptive Wirkung der Todestrafe den Erben des Hingerichteten gegenüber (§ 21), die Cumulation der Leibesstrafen, die auch zum Theil noch mit Bussen

gehäuft werden (§ 22), endlich die Wirkung von Verbannung und Verknechtung (§ 23) besprochen werden, um weit weniger schwierige Punkte, so dass dieser kurze Hinweis genügen mag.

Ueberhaupt hat diese Anzeige, wenn sie den Gang der Untersuchung, so gut es ging, zu charakterisiren versuchte, nichts als ein Hinweis sein können und wollen. Von der Fülle des Inhalts, von der Summe mühsamster und peinlichster Forschung, die in dieser Schrift enthalten sind, eine Andeutung zu geben, musste sie sich versagen, und in eine kritische Besprechung der einzelnen Punkte einzutreten würde dem Referenten, selbst wenn es Raum und Ort zuliessen, schon darum nicht anstehen, weil er sich bewusst ist, von dem Verfasser überall nur gelernt zu haben. Und er glaubt behaupten zu dürfen, dass es wohl den meisten Lesern ebenso wie ihm selbst gehen wird: sie werden, wenn sie dem Verfasser, der es ihnen freilich nirgends leicht, manchmal sogar recht schwer macht, mit der erforderlichen Aufmerksamkeit zu folgen sich entschliessen, reiche Belehrung aus seinen Untersuchungen schöpfen.

Bonn. R. Hübner.

Dr. Rudolf Hübner, Der Immobiliarprocess der fränkischen Zeit (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke, 42. Heft), Breslau, W. Koebner 1893, VIII und 238 S. gr. 8°.

Aus der vorliegenden Untersuchung, der ersten monographischen Behandlung dieses Gegenstandes, gewinnt man den Eindruck, dass dem Verständniss des fränkischen Liegenschaftsprocesses allzu grosse Schwierigkeiten nicht im Wege stehen. Dieser Eindruck entspricht z. Th. dem wirklichen Sachverhalt, z. Th. rührt er von der geschickten Darstellung her, die der Stoff erfahren hat. Der Verfasser versteht es vortrefflich, Gründlichkeit und Lesbarkeit zu vereinigen, und er zieht mit einer Sicherheit, wie sie eben nur die vorherige Bearbeitung der Regesten sämmtlicher fränkischen Gerichtsurkunden geben konnte, aus der Fülle des Materials jeweilen am rechten Orte das rechte Beispiel hervor. In anerkennenswerther Weise vertritt er den in neuerer Zeit leider oft vernachlässigten Grundsatz, dass da, wo man aus den Quellen directe Antwort haben kann, jede Reflexion und Argumentation unnütz und vom Uebel ist, indem unter allen Umständen eine einzige Quellenstelle mehr taugt als viele Worte. So allein wird Anschaulichkeit erzielt, so allein bleibt man vor dem ungesunden Scharfsinn und der Scholastik bewahrt, die sich gegenwärtig wie in der Jurisprudenz überhaupt so auch in der Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte wieder zu regen beginnen, aber nirgends schlechter angebracht sind als gegenüber den urkräftigen Gebilden des altdeutschen Rechtes.

Freilich nicht über alles, was wir gerne wissen möchten, und wornach zu fragen wir berechtigt sind, erhalten wir aus dem uns zu Gebote stehenden Quellenmaterial die erwünschte Auskunft. Für die Entstehungsgeschichte des fränkischen Immobiliarprocesses besitzen wir nur schwache Anhaltspunkte, und über die rechtliche Bedeutung der einzelnen Processhandlungen, insbesondere der bloss mündlich vollzogenen, machen uns die Quellen nur einige wenige Andeutungen. Hier bleibt dann allerdings nichts anderes übrig, als zu versuchen, ob sich nicht die Lücke durch wissenschaftliche Combination und Argumentation einigermassen ausfüllen lasse. Der Verfasser hat sich auch dieser Aufgabe nicht entzogen. Aber er hat die so gewonnenen, z. Th. nur hypothetischen Ergebnisse nicht in den Vordergrund gestellt. Er hat sich bei der Anordnung des Ganzen an den Verlauf gehalten, den der ordentliche Liegenschaftsprocess im Leben zu nehmen pflegte, und nacheinander gehandelt von der Klage, u. zw. sowohl von der Einleitung des Rechtsstreites durch Ladung und Klagerhebung als auch von der Klagbehauptung und der Klagbegründung, dann von der Klagbeantwortung, von der einfachen durch Anerkennung oder Leugnen wie von der in Einredeform, hierauf von der Beweisvertheilung und endlich von der Beendigung des Rechtsganges durch Urtheil und Urtheilserfüllung und vom Ungehorsamsverfahren. Den geschichtlichen Erörterungen und der rechtlichen Würdigung der einzelnen Processhandlungen sind keine eigenen Abschnitte gewidmet, vielmehr hat sie der Verfasser jeweilen am passenden Orte dazwischen eingeflochten. Diese Anordnung scheint mir durchaus angemessen und durch die Beschaffenheit des Materials geboten. Sie hat dem Verfasser die Möglichkeit gegeben, den Quelleninhalt frei zu entfalten, und sie hat ihn davor bewahrt, zu fragen, was man nicht beantworten kann, und das Hypothetische dem Sichern gegenüber alllzusehr hervortreten zu lassen.

Auf das Einzelne kann ich hier natürlich nicht eingehen. Nur Folgendes sei besonders hervorgehoben.

Die Frage, ob es in fränkischer Zeit wenigstens in den Fällen der Dejection des Klägers, des zweifelhaften Besitzstandes und beiderseitiger Nutzung nicht possessorische Klagen gegeben habe, verneint Hübner, wie mir scheint, mit Recht. Von den meisten für die Existenz eines Possessoriums angerufenen Urkunden weist er nach, dass sie sich weder im einen noch im andern Sinne deuten lassen oder geradezu gegen die Annahme einer Besitzklage sprechen. Bezüglich der Erklärung von Meichelbeck, Hist. Frising. I^{b} 368 = Hübner, Gerichtsurkunden 219 habe ich allerdings einige Bedenken. Der Inhalt ist folgender: Der Vogt Bischof Hittos von Freising klagt gegen Waldker, weil dieser in den Hof und die Kirche zu Langenbach wider Recht eingedrungen sei und ausserdem einen Knecht des Bisthums misshandelt habe. Der Beklagte entgegnet, die Kirche mit aller Zubehör sei sein Eigenthum (suam propriam esse). Also offensichtlich ein Streit um das Recht! Allein nun fragt ihn der vorsitzende Graf, utrum ille (er) vel episcopus vestituram haberet, ille vero coram cunctis tribus vicibus fatebat, se hanc

vestituram firmiter tenere. Wozu diese Frage? Hübner vermuthet, es habe dadurch in Erfahrung gebracht werden sollen, ob Waldker einen rechtlichen Grund für seine Handlungen anzuführen, d. h. ob er ein Recht zum Besitz zu behaupten vermöge. Diese Frage habe Waldker mit seinem dreimaligen se hanc vestituram firmiter tenere nur scheinbar bejaht, in Wahrheit aber verneint, indem er sich bloss auf die Thatsache des Besitzes berief. Deshalb sei er auch nicht zum Eid gekommen. Ich will nun kein allzu grosses Gewicht darauf legen, dass das hanc der Annahme im Wege steht, es sei in Frage und Antwort an etwas Verschiedenes, dort an das Recht auf den Besitz, an die iusta et legitima vestitura, hier an die blosse Thatsache des Besitzes gedacht worden. Mir scheint die Erklärung namentlich an zu grosser Künstlichkeit zu leiden. Die Sache lag offenbar einfach so, dass der dejicirte Kläger ähnlich wie im Falle von Hübner, Gerichtsurkunden 169 behauptete, das Gut gehöre ihm per iustam legem vel maiorem iustitiam et per anteriorem vestituram [1]). Gegenüber der Behauptung der frühern, durch Dejection gebrochenen Gewere war die der gegenwärtigen unerheblicher; darum kam der Kläger zum Beweis. Aber festgestellt werden musste zunächst die gegenwärtige Gewere des Beklagten, sonst schwebte der Beweis des Klägers in der Luft; daher die Frage, die wiederholt wurde, um dem Beklagten noch die Gelegenheit zum Rückzug zu geben. Auch bezüglich des Urtheils, das schliesslich erging, lassen sich m. E. Hübners Ausführungen noch ergänzen. Nicht nur deshalb ist es offensichtlich ein Endurtheil über das Recht gewesen, weil es die Restitution befahl, und weil ihm die symbolische und körperliche Rückgabe nachfolgte, sondern auch deswegen, weil dadurch ausserdem eine Vierzigschillingsbusse für die widerrechtliche Wegnahme verhängt wurde (Wolfleoz fideiussor pro altare XL solidos wadiavit und dazu Hübner S. 207). Das war die Landraubbusse, die aber doch nicht in einem blossen Besitzurtheil hätte ausgesprochen werden können.

Auch das hat nämlich Hübner in Uebereinstimmung mit Heinrich Brunner aus den Volksrechten und den Urkunden noch einmal überzeugend nachgewiesen, dass die Immobiliarklage ursprünglich Delictsklage war. Es ergibt sich dies vor Allem daraus, dass ausser auf Rückgabe auch auf Busse erkannt wurde. Aber auch der Klagevorwurf malo ordine oder iniuste invasisti oder malo ordine possides spricht dafür sowie der Umstand, dass in älterer Zeit auch die Immobiliarklage mit Anefang eingeleitet werden konnte.

Besondere Beachtung verdient endlich das, was der Verfasser über die Art und Weise sagt, wie der Immobiliarprocess sich gestaltete, bevor das Recht eine wirksame Uebereignung von Liegenschaften kannte. Damals blieb der Veräusserer von Rechtswegen Eigenthümer,

---

[1]) Nach S. 87 N. 1 zu schliessen, hat der Verfasser allerdings diese Urkunde missverstanden. Er führt sie nämlich als Beleg für den derivativen Rechtserwerb unter Lebenden an. Es handelt sich aber um Dejection durch den Autor des Beklagten. Darauf hat sich der Kläger berufen, nicht auf Schenkung oder Tradition.

und es konnte in Folge dessen der Erwerber das Gut vor Gericht weder vertheidigen noch einklagen. Da auch die processualische Stellvertretung freier und selbmündiger Personen dem ältesten Rechte so gut wie unbekannt war, blieb nichts anderes übrig, als einstweilen eine Gewährschaftspflicht auszubilden. Der beklagte Erwerber verweigerte die Einlassung und benannte den Gewährsmann, der dann in den Rechtsstreit einzutreten und ihn durchzufechten hatte (in autoricio defensare). Nachdem dann eine wahrhaft rechtsbegründende Uebertragungsform auch für Liegenschaften ausgebildet worden war, wurde die Nothwendigkeit, den Autor in den Rechtstreit hinein zu ziehen, auf die Fälle beschränkt, in denen entweder ein rechtsgültiger Uebertragungsact nicht bewiesen werden konnte, oder in denen das Recht des Autors ausdrücklich angefochten wurde. Damit änderte sich dann auch die processualische Bedeutung der Berufung auf den Autor, sie wurde eine Einrede im eigentlichen Sinne. So eröffnet uns der Immobiliarprocess, trotzdem er eine Errungenschaft der spätern Zeit ist, darum, weil er sich langsam entwickelte, doch noch einen Einblick in die Anfänge des Processrechtes.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. J. Kempf, Geschichte des deutschen Reiches während des grossen Interregnums 1245 — 1273, auf Grund einer von der philosophischen Facultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg gekrönten Preisschrift umgearbeitet und ergänzt. Würzburg, A. Stubers Verlagsbuchhandlung 1893, VIII und 292 S. in 8°.

An trefflichen Quellen- und Urkundenpublicationen sowie an tüchtigen Monographieen zur Geschichte des grossen Interregnums war schon bisher kein Mangel. Aber an eine zusammenhängende Darlegung der politischen Verhältnisse Deutschlands in der „kaiserlosen, schrecklichen Zeit" hatte sich noch niemand gewagt. Um so grössere Anerkennung verdient dieser erste Versuch, zumal da er als höchst gelungen bezeichnet werden darf. Auf die staatsrechtlichen Verhältnisse ist Kempf allerdings nicht näher eingegangen. Die ad cautelam vorgenommene Nachwahl Wilhelms von Holland von 1252 und die Wahlvorgänge des Jahres 1257 haben nur eine ganz summarische Behandlung gefunden, die gegenüber den neuern Forschungen Lindners und Seeligers kaum mehr in Betracht kommt. Wem es dagegen auf den Gang der politischen Ereignisse in dieser schrecklich zerfahrenen Zeit ankommt, der wird die frische und übersichtliche Darstellung Kempfs, die auch die Verhältnisse Italiens berücksichtigt, mit Erfolg zu Rathe ziehen.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Wilhelm Bruckner, Die Sprache der Langobarden. Quellen und Forschungen zur Sprach- und Culturgeschichte der germanischen Völker. Herausgegeben von A. Brandl, E. Martin, E. Schmidt. 75. Heft. Strassburg bei Trübner 1895, XVI und 338 S. in 8°.

Die im Edict und in den Urkunden enthaltenen Rechtsausdrücke sind, abgesehen von den zahlreichen Eigennamen, so ziemlich alles, was von langobardischen Sprachresten auf uns gekommen ist. Eine Untersuchung über die Sprache der Langobarden hat also schon um ihres Gegenstandes willen Anspruch darauf, auch von den Rechtshistorikern beachtet zu werden. Ganz besonders gilt dies aber von der vorliegenden Arbeit, welche dank dem Geschick, dem Scharfsinn und der Gründlichkeit, womit ihr Verfasser zu Werke gegangen ist, in mehr als einem Punkte wesentlich berichtigte oder gar neue Ergebnisse über die deutschen Wörter in den langobardischen Rechtsquellen zu Tage fördert.

In einer Einleitung scheidet B. zunächst die nichtlangobardischen, also namentlich die gotischen und fränkischen Namen und Appellativen von den langobardischen aus, um alsdann von dem Gebiet und der Lebensdauer der langobardischen Sprache zu handeln, wobei er die Ansicht äussert, es sei das Langobardische noch um das Jahr 1000 keine todte Sprache gewesen. Auch der gegenseitigen Beeinflussung des Lateinischen und des Langobardischen geht der Verfasser nach und erbringt im Weitern den Nachweis für das einstige Vorhandensein zahlreicher Heldenlieder. Reste allitterirender Poesie haben sich übrigens noch in der Origo gentis Langobardorum erhalten, sowie in einigen formelhaften Ausdrücken, z. B. in gaida et gîsil, mêta et morgincâp. Endlich zeigt B., dass die Langobarden der anglofriesischen Gruppe der Ingvaeonen zugehörten und spricht sich für die althergebrachte Deutung ihres Namens durch „die Langbärte" aus.

Der grösste Theil der auf diese Einleitung folgenden Grammatik wird durch die Lautlehre eingenommen. Von den in ihr und in der Einleitung gegebenen Worterklärungen hebe ich hervor: S. 26 uuarigang stm., nicht, wie man bisher erklärte: der in jemandes Schutz Gehende sondern: der Seegänger und darum: der Fremdling. S. 40 Roth. 48: in angargathungi id est secundum qualitatem personae: nach der Angergrösse d. h. gemäss seinem Wergeld; also auch bei den Langobarden eine Beziehung zwischen Wergeld und Grundbesitz! S. 41 gafand stm. Theilhaber an den Erträgen, Ganerbe. S. 42 scamar stm. der im Verborgenen sich Haltende und daher sowohl: Spion als: Dieb. S. 57 figang stm. das Ausgehen auf Vieh, auf Habe. Dann Diebstahl aber auch eigenmächtige Pfändung und gestohlenes, aber auch eigenmächtig gepfändetes Gut. Dazu S. 58 figangi stm. der auf fremdes Vieh bezw. Gut ausgeht, dann der auf grossem Diebstahl (an Vieh oder Sachen von entsprechendem Werth) Ertappte (Roth. 253 mit 291) und, da der

grosse Diebstahl, zumal wenn er handhaft war, friedlos und später wenigstens todeswürdig machte, der Friedlose, dem Tode Verfallene. S. 90 Roth. 224 in gaida et gisil: auf Pfeilspitze und Pfeilschaft. S. 91 wird das merkwürdige lidinlaib aufgelöst in einen Satz lid in laib und gedeutet: geh (lid imper. zu ahd. lidan) in die Hinterlassenschaft. S. 98 in fraida in Roth. 275 ist nicht Glosse zu refugium, sondern es gehört zu mhd. vreide und bedeutet: auf der Flucht.

Durch ein vortreffliches Register wird die Benutzung des Buches auch zum blossen Nachschlagen ermöglicht.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Georg Frommhold, Professor der Rechte in Greifswald. Deutsche Rechtsgeschichte, ein Grundriss zu Vorlesungen mit drei Karten. Berlin, C. Heymanns Verlag, 1894. XIV und 224 S. gr. 8.

Man kann über den Werth derartiger Grundrisse verschiedener Ansicht sein. Ein selbständiger Lehrer wird sich kaum dazu verstehen, seine Vorträge einem von anderer Hand vorgezeichneten Rahmen anzupassen, und ein selbständiger Schüler wird es vorziehen, statt solcher Quellenexcerpte ganze Quellen im Zusammenhang durchzulesen. Das Letzere halten wir auch für das einzige Erspriessliche. Allein durch die Lektüre zusammenhängender Stücke erhält man eine richtige Vorstellung davon, was Recht war, und wie das Recht im Leben functionirte, und nur die Lektüre ganzer Quellen vermag wahres Interesse und wirkliche Liebe zum Stoff zu erzeugen. Aber das Gute braucht nicht nothwendig der Feind des Bessern zu sein. Gerade dem Studenten, der eine oder mehrere Quellen sich zu eigen gemacht hat, mag eine ergänzende Zusammenstellung aus andern willkommen sein, und für die grosse Menge derer, die sich nicht dazu aufschwingen, und auch nicht ein die Quellencitate zu einem Ganzen verbindendes Lehrbuch neben der Vorlesung sich leisten wollen, ist diese Auswahl auf alle Fälle besser als nichts. In diesem Sinne können wir das Erscheinen des Frommholdschen Grundrisses nur begrüssen. Er ist recht brauchbar, übersichtlich und mit Sorgfalt bearbeitet. Ueber die Anordnung und die Eintheilung des Stoffes und über die Auswahl der Quellen und der Litteratur brauchen wir keine Worte zu verlieren; die Detailausführung, an der sich der hier gebotene Rahmen zu bewähren hätte, fehlt, und dem subjectiven Ermessen und Geschmack ist die Hauptentscheidung überlassen. Im Allgemeinen scheint uns Frommhold das Richtige getroffen zu haben, namentlich auch darin, dass er dem Vorbild von Brunners Rechtsgeschichte folgend den Stoff in jeder Periode in zwei Gruppen, in die allgemeine und in die besondere Rechtsgeschichte scheidet. In einer zweiten Auflage wäre auch die ausländische Litteratur zu berücksichtigen.

Basel. Ulrich Stutz.

Emil Langenpusch, Das germanische Recht im Heliand (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Otto Gierke, 46. Heft). Breslau, W. Koebner 1894, VII und 71 S. gr. 8°.

Der Verfasser hat mit anerkennenswerthem Fleiss und grosser Sorgfalt zusammengestellt, was im Heliand von Rechtsausdrücken und Rechtsinstituten begegnet; er gibt jeweilen die Fundstellen an und hat den Stoff in übersichtlicher Weise geordnet. Seine Arbeit ist ein ganz brauchbares juristisches Register zum Heliand. Dagegen kann sie keinen Anspruch darauf erheben, mehr zu sein. Denn der Verfasser hat es nicht verstanden, das Material wirklich zu verarbeiten. Der verbindende Text setzt sich fast durchweg aus wörtlichen Citaten aus den Rechtsgeschichten von Brunner und Schröder, aus Sohms fränkischer Reichs- und Gerichtsverfassung, Dahns Königen der Germanen und aus andern Werken zusammen. Eigene Beobachtungen hat der Verfasser an dem Material fast keine gemacht. Darum fehlt auch der Darstellung alles Leben. Man darf natürlich an eine solche Erstlingsarbeit nicht den Maasstab Grimmscher Werke anlegen, aber wünschbar wäre es doch gewesen, dass der Verfasser sich etwas mehr vom Geist des grossen Meisters der Rechtsalterthümer hätte inspiriren lassen.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Alfons Dopsch, Entstehung und Charakter des österreichischen „Landrechtes". Aus dem Archiv für österreichische Geschichte LXXIX 1 separat abgedruckt. Wien, bei F. Tempsky 1892, 99 S. gr. 8°.

Bezüglich der kürzern und ältern Fassung des sogenannten österreichischen Landrechtes (L. R. I, neuester Abdruck bei v. Schwind und Dopsch, Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande, Innsbruck 1895 S. 55 ff. Nr. 34) schliesst sich der Verfasser der vorliegenden Schrift im Wesentlichen der auch von Luschin von Ebengreuth getheilten Auffassung Heinrich Siegels an, welche die Entstehung dieses Textes in den Anfang des Jahres 1237 verlegt und darin eine schlichte Aufzeichnung des damals in Oesterreich geltenden Rechtes erblickt.

Bezüglich der Zusätze und Abweichungen der erweiterten Fassung (L. R. II, v. Schwind und Dopsch, a. a. O. S. 101 ff. Nr. 50) geht dagegen Dopsch seine eigenen Wege. Er weist überzeugend nach, dass die Zusätze unmöglich schon wenige Monate nach L. R. I und im Jahre 1237 entstanden sein können (Ansicht von Siegel). Er bekämpft aber auch mit Erfolg Rössler und Luschin, die die Jahre 1295—1298 als Entstehungszeit annahmen. Gegen eine solche Annahme spricht nach Dopsch die politische Lage zur Zeit Albrechts I. Und nicht dafür

spric t die von Luschin zu Gunsten des Jahres 1298 angerufene Reimchronik. Sie besagt nämlich nur, es hätten die Stände der österreichischen Länder gegenüber Albrechts Versuch, alle seine Söhne zu belehnen, auf ihr verbrieftes Recht, dass nur Einer im Lande Herr sein solle, sich berufen; von einer Revision des Landrechtes aber weiss sie nichts.

Alles spricht dagegen nach Dopsch dafür, dass L. R II unter König Otakar im Jahre 1266 entstand. Dies gilt namentlich von den Bestimmungen über die Burgen (§§ 39, 40, 58). Sie sind bestimmt, die Rechte der Landherren zu beschränken und die landesfürstliche Gewalt zu kräftigen. Ihre eigenthümliche Fassung: Wir seczen und gepieten, das kain landesherr ... erlaub erklärt sich aus der benützten Vorlage und darf nicht mit Siegel zu dem Schlusse verwendet werden, der, welcher setze und gebiete, sei ein anderer als der Landesherr. Vielmehr ist gerade er es, von dem die Satzung ausgeht. Nun erhellt aber aus § 37 weiter, dass dieser Landesherr den Königstitel führt. An die erste Habsburger Zeit ist wegen des Widerspruchs mit Rudolfs Landfrieden von 1276 nicht zu denken. Demnach können nur die Jahre des Königthums Otakars in Betracht kommen, vor allem das Jahr 1266, in dem der König die Burgen der Landherren planmässig zu brechen begann und eine gegen ihn gerichtete Adelsverschwörung niederwarf. Nun gewinnen die 20 Jahre von § 58 einen guten Sinn; sie sind vom Todesjahr des letzten Babenbergers an gerechnet. Nun erklärt sich weiter die merkwürdige Uebereinstimmung mehrerer Paragraphen von L. R. II mit andern Quellen aus der Zeit Otakars, insbesondere mit dessen Landfrieden von 1251; der letztere ist, wie Dopsch nachweist, bei der Redaction von L. R. II unmittelbar benutzt worden. Nur zu 1266, nicht aber zu 1237 und 1298 passen § 55 und 56; sie beziehen sich auf die Heerfahrt Otakars nach Baiern im Sommer jenes Jahres.

Aber auch die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Zeit um 1266 stimmen mit dem überein, was nach L. R. II Rechtens wurde oder werden sollte. Die Gerichtsverfassung von L. R. II ist die, die uns durch andere Nachrichten aus der Zeit Otakars bekannt ist. Verschiedene charakteristische Neuerungen des Königs, z. B. die Einsetzung von 4 Landrichtern, die Verweisung der Landherren vor ein Genossengericht u. a. m., finden im L. R. II entsprechende Berücksichtigung. Die Erwähnung des Oberstlandrichters in den §§ 44 und 92 steht nicht im Wege; Luschins Annahme, es sei der oberste Landrichter durch die 4 Oberlandrichter ersetzt worden und fortan weggefallen, steht mit den Urkunden im Widerspruch. Dass dem Hoftaiding die Entscheidung über offene Gewalt schon damals vorbehalten war, steht auch anderweitig fest. Endlich stimmen auch die ständischen Verhältnisse trefflich zur Zeit Otakars. Der Ausdruck Ritter und Knecht weist auf die zweite Hälfte des Jahrhunderts hin, und dass die Lehenmässigkeit der Bürger in § 43 als häufig aber noch nicht als allgemein vorausgesetzt wird, macht die Entstehung vor der Zeit Rudolfs höchst wahrscheinlich.

Es hält natürlich für den, der mit der ältern österreichischen Rechtsgeschichte nicht durch eigene Quellenstudien vertraut ist, schwer, in dieser vielumstrittenen und schwierigen Frage sich ein selbständiges Urtheil zu bilden. Wir haben aber den Eindruck, dass durch Dopschs Untersuchung das Jahr 1266 als Entstehungszeit von L. R. II höchst wahrscheinlich gemacht sei. Ob, wie der Verfasser weiter ausführt, L. R. II wirklich Gesetz wurde, und ob L. R. I in der kaiserlichen Kanzlei entstand, das mag dahingestellt bleiben.

Basel. Ulrich Stutz.

Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum ex monumentis Germaniae historicis separatum editi. Hincmarus de ordine palatii edidit Victor Krause, Hannoverae et Lipsiae (Hahn). 1894, 31 S. in 8°.

Da Adalhards von Corbie ältere Schrift leider verloren gegangen ist, sind wir für unsere Kenntniss der karolingischen Hofverwaltung ganz auf Hinkmars Schreiben über diesen Gegenstand angewiesen. Deswegen und weil die Sprache auch dem Ungeübten keine Schwierigkeiten bereitet, eignet sich die kleine Abhandlung trefflich zur Lektüre in den Seminaren und zur Privatlektüre für den Studenten. Davon eine kleine und billige Separatausgabe zu veranstalten, war ein guter Gedanke. Die Edition, der eine grössere in der Quartserie der Leges nachfolgen soll, ist von Victor Krause mit der Sachkenntniss und Sorgfalt besorgt, die wir an ihm von der neuen Ausgabe der Capitularien her gewohnt sind. Den Beschluss bildet ein Register.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. jur. Kurt Burchard, Privatdocent an der Universität Leipzig. Die Hegung der deutschen Gerichte im Mittelalter, Leipzig, C. L. Hirschfeld 1893, VIII und 315 S. in 8°.

Nach echt deutschem Brauch musste jedes Gericht, bevor die eigentliche Verhandlung ihren Anfang nehmen konnte, feierlich gehegt werden. So war es, wie aus der bekannten Notiz der Germania über die Landsgemeinde geschlossen werden darf, schon zu des Tacitus Zeiten, so ist es an einigen Orten bis in unser Jahrhundert hinein gehalten worden. Die Hegung hatte einen doppelten Zweck. Sie sollte die Gesetzlichkeit des Dings feststellen; dazu dienten eine Reihe von Fragen welche die Zeit, die Stätte, die Verkündung und die Besetzung des Gerichtes betrafen, und die darauf ergehenden Hegungsurteile. Und sie sollte ausserdem der Versammlung den Frieden wirken, zu welchem

Zweck das Gericht verbannt, Lust geboten, Unlust aber verboten wurde.

All dies wusste man längst; die Untersuchungen J. Grimms, L. v. Maurers, Homeyers u. A. hatten über die Dinghegung helles Licht verbreitet. Dessenungeachtet füllt das vorliegende Buch eine Lücke aus. Denn eine systematische und erschöpfende Behandlung des Stoffes gab es bisher nicht, sie hat uns erst Burchard gebracht. Und er hat damit unsere Kenntniss erweitert. Die Bedeutung der einzelnen Hegungsacte tritt jetzt schärfer hervor, und vor allem sind wir nunmehr in Stand gesetzt, die vielen particulären Abweichungen und Variationen zu überschauen. Das Letztere scheint mir eine der Haupterrungenschaften des Buches darzustellen. Für das Verständniss des Wesens der Dinghegung sind allerdings diese kleinen Unterschiede nicht von Belang; wer dieses sich oder Andern klar machen will, kann sie ignoriren. Wer es dagegen mit dem Hegungsverfahren einer oder mehrerer Quellen zu thun hat, der ist dankbar, wenn er auf diese Einzelheiten aufmerksam gemacht wird und durch die Vergleichung mit anderwärts bezeugten ähnlichen oder abweichenden Formen eine Erklärung erhält, die er sich selbst ohne unverhältnissmässigen Aufwand von Mühe und Arbeit nicht verschaffen könnte. Auch können ja derartige Beobachtungen noch für andere Fragen als die der Dinghegung wichtig werden. Burchard selbst weist darauf hin, dass man schon aus der Erwähnung des Vorüberkommens des Sacramentes unter den Gründen, die das Aufstehen vom Gericht erlaubt machen, auf die Entstehung des Laienspiegels in bairischen Landen schliessen müsste, selbst wenn es nicht bekannt wäre, dass Ulrich Tenngler in bairischen Diensten zu Höchstätt Landvogt war.

Hinsichtlich des Einzelnen muss ich mich des knappbemessenen Raumes wegen kurz fassen und auf einen kleinen Nachtrag zu Burchards Ausführungen über die Verkündung des Gerichtsfriedens und die am Hegungsacte betheiligten Personen beschränken. Er betrifft einen Bedeutungswandel, den die Verbannung des Gerichts noch in der letzten Zeit vor ihrem Verschwinden durchgemacht hat. Es lässt sich an der Hand der Quellen feststellen, dass da, wo es amtliche Fürsprecher gab, die Verkündung der Bannformel im Laufe der Zeit gewöhnlich an sie überging. Für Basel als das mir zunächstliegende Rechtsgebiet ergibt sich dies aus der Vergleichung folgender Stellen: 1. Erneuerte Satzungen über Stadtrecht und Rechtsgang von 1457 c. 9 (Basler Rechtsquellen I 148 S. 151): Item der schultheis an dem weltlichen gerichte sol ŏch tåglichs, so das gericht sitzet, vor allen dingen das gericht bannen und nieman one urloub und erkanntniss des gerichtz anders dann durch einen geschwornen amptman sin sache offnen noch reden lassen. 2. Kohlenberger-Gerichtsordnung von 1559 (ebenda 287 S. 426): So sagt dan der amptman (zum richter) widerumb: so lass dir din gricht verpannen. So befilcht dan der richter solches dem jüngsten amptman und spricht: N. verbannen daz gricht. So verpant dan derselb amptman das gricht also: ich verbüt ich euwer recht zů eim mal, zům anderen mal und

zûm dritten mal, daz niemand redt on sin fürsprechen, es werde im dan erlaubt. 3. Statuta und Gerichtsordnung von 1719 I 1 c. 10 (ebenda 463 S. 753): Er (der Schultheis) soll auch, sobald er sich zu rechter Zeit ans Gericht gesetzt hat und angeschlagen worden, durch den Gerichtsschreiber die Besatzung des Gerichts ablesen und durch den jüngsten Amptman das Gericht verbannen lassen. Man sieht, während noch im 15. Jahrhundert ganz so wie in alter Zeit der Richter es war, der die Verbannung vornahm, ist sie in dem Sondergericht auf dem Kohlenberg mindestens von 1559 an und im Schultheissengericht mindestens seit 1719, an beiden Orten aber wahrscheinlich schon seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts dem Amtmann überlassen worden. Warum das? Offenbar darum, weil das Friedgebot und das Verbot der Unlust nach damaliger Auffassung nur noch dazu diente, dem amtlichen Fürsprecher sein Redemonopol zu wahren. Ihre ursprüngliche und allgemeine Bedeutung hatte die Gerichtsverbannung eingebüsst, sie diente nur noch dem Schutze des subjectiven Rechtes eines Einzelnen. Darum ist sie auch diesem überlassen worden und hat so lange Bestand gehabt als dessen Recht. Noch in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts pflegte, wie man mir mittheilt, hier in Basel zu Beginn einer jeden Gerichtssitzung ein Amtmann vorzutreten und zu sagen: Es wird hiermit in Erinnerung gebracht, dass niemand vor Gericht rede, er habe denn durch einen Amtmann um die Erlaubniss dazu anhalten lassen und solche von einem hochgeehrten Herrn Präsidenten erhalten. Das war der letzte bis in unsere Tage hinüberreichende Rest der einstigen Gerichtshegung[1]).

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Karl Adler, Privatdocent an der Wiener Universität, Zur Entwicklungslehre und Dogmatik des Gesellschaftsrechts. Berlin, Carl Heymanns Verlag 1895, VI und 134 S. 8°.

Von dieser Abhandlung kommen für unsere Zeitschrift nur diejenigen Paragraphen in Betracht, die der Entwicklung des Gesellschaftsrechtes in nachrömischer Zeit gewidmet sind. Warum gelang dem mittelalterlichen und nachmittelalterlichen Recht die Verselbständigung des Gesellschaftsvermögens, zu der es das römische Recht nicht gebracht hatte? Nach Adler lediglich darum, weil es die Specialexecution hatte und dauernd beibehielt. Die Personal- und Universalexecution weise den ihnen Unterworfenen aus der Gemeinschaft heraus. Sie habe

[1]) Bis zum Jahre 1792 wurden auch die Kriegsgerichte der Schweizerregimenter im Auslande feierlich gehegt. Vgl. die interessanten Gerichtsformalien, die den verschiedenen Ausgaben des Code criminel de l'empereur Charles V à l'usage des conseils de guerre des troupes suisses beigegeben sind.

darum, als sie von den Franken nach Italien gebracht worden sei, auch die Haftungsgemeinschaft des altlangobardischen Hausverbandes gesprengt, so dass die Entstehung der späteren Handelsgesellschaft mit ihrer Solidarhaft der Gesellschafter nicht an ihn anknüpfen konnte. Dagegen sei man durch die Specialexecution schon frühe auf die echte Solidarität gekommen, indem man die Execution einer Forderung in das Vermögen mehrerer zu einer Gemeinschaft Verbundenen zugelassen habe. Und diese echte Solidarität sei durch das Statutarrecht den Handelsgesellschaften aufgedrängt worden, um die Gläubiger vor der Prellung durch fraudulöse Vermögensübertragung von Seiten eines Gesellschafters auf den andern zu schützen, also zum Zwecke der Creditsicherung. Damit sei die Unterscheidung von Gesellschafts- und Privatgläubigern und die Selbständigkeit des Gesellschaftsvermögens angebahnt gewesen. So Adler. Dass uns seine, übrigens sehr skizzenhaften Ausführungen überzeugt hätten, können wir nicht behaupten. Wir entnehmen dem von ihm Beigebrachten bloss, dass das Executionsrecht dem jeweiligen materiellen Recht der langobardisch-italienischen Hausgenossenschaft oder Gesellschaft alsbald sich anpasste. Weil allmählich die Anschauung sich gebildet hatte, dass später erworbenes Heiraths- und Errungenschaftsgut des Sohnes als Sondergut anzusehen und der Haftung für die Gemeinschafts- und Erbschulden zu entziehen sei, untersagte ed. Liutpr. c. 57 den Gläubigern des Vaters, darauf zu greifen, aber nicht umgekehrt. Und so auch in den übrigen Fällen.

Basel. Ulrich Stutz.

Concilium Basiliense. Studien uud Quellen zur Geschichte des Concils von Basel, herausgegeben mit Unterstützung der historischen und antiquarischen Gesellschaft von Basel von Johannes Haller. Bd. I Studien und Documente 1431—1437. Basel, R. Reich 1896, XII und 480 S. in 4°.

Das Basler Concil hat dem deutschen Recht fast gar keinen bleibenden Gewinn gebracht. Seine Reformationsdecrete wurden zwar vom Mainzer Fürstentag des Jahres 1439 recipirt und später von Eugen IV. in den sog. Fürstenconcordaten bestätigt. Allein das Papstthum behielt seine Rechte vor und wusste mit Hülfe dieses Vorbehaltes und gestützt auf die ihm zu Gebote stehenden Machtmittel so ziemlich seine frühere Stellung zu behaupten. Selbst das Annatenverbot des Concils ging nicht in das geltende Recht über, wenn auch thatsächlich der Annatenbezug aufhörte. Trotz alledem kann der deutsche Rechtshistoriker an dem Basler Concil nicht gleichgültig vorübergehen. Der gewaltige Geisterkampf, der die Versammlung erfüllte, und ausserhalb ihrer noch lange nachhallte, nimmt ohnehin jedermanns Interesse in Anspruch. Und die Umgestaltung der kirchlichen Ordnung, die auf dem Concil angestrebt wurde, würde, wenn sie gelungen wäre, so

gründlich gewesen sein, dass es wohl der Mühe werth ist, sich in das Reformproject und seinen Gegensatz zur Ueberlieferung zu vertiefen.

Die Quellen zur Geschichte des Basler Concils sind in neuerer Zeit um eine sehr wichtige vermehrt worden. F. Haller hat das amtliche Sitzungsprotokoll einer Reihe von Jahren in einer für den Concilsnotar Pierre Brunet als Handexemplar gefertigten Abschrift entdeckt. Dies Sitzungsprotokoll sowie andere noch nicht bekannte, werthvollere Quellen sollen in der Sammlung, deren erster Band nunmehr vorliegt, dem gelehrten Publikum zugänglich gemacht werden.

Eine trefflich geschriebene und höchst interessante Uebersicht und Charakteristik des überlieferten Quellenmaterials leitet das Werk ein. Haller weist mit Nachdruck auf den Unwerth der Schriften von Enea Silvio Piccolomini hin, anerkennt dagegen lobend die Zuverlässigkeit des Johannes von Segovia und zeigt, dass dem Letzteren das Concilsprotokoll vorgelegen haben muss.

Es folgen zwei Reihen von Quellenstücken, jede durch eine besondere Einleitung eingeführt. Die erste Serie umfasst 46 theils in Extenso, theils im Regest mitgetheilte lateinische und deutsche Berichte, die der Benedictinermönch Ulrich Stoeckel zu Handen der in der Freisinger Diözese gelegenen Klöster seines Ordens von Basel nach Tegernsee geschickt hat. Die zweite, interessantere Reihe wird gebildet durch 74 Documente, die sich auf die Reformarbeit, auf den misslungenen Versuch Eugens IV., das Concil schon bald nach seinem Zusammentritt wieder aufzulösen, auf die Unionsverhandlungen mit den Griechen und den zweiten Conflict mit der Kurie beziehen.

Dies der Inhalt des ersten Bandes, dem eine Reihe von weiteren, die Protokolle enthaltenden folgen soll. Wir werden unsern Lesern über den Fortgang des schönen, seiner Bedeutung entsprechend ausgestatteten Werkes später wieder Bericht erstatten.

Basel. Ulrich Stutz.

Friedrich v. Thudichum, ordentl. Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen. Geschichte des deutschen Privatrechts, Stuttgart. Ferd. Enke 1894, X und 474 S. in 8°.

Dieser Geschichte des deutschen Privatrechts ist ein eigenthümliches Missgeschick widerfahren. Ihr Verfasser hat sie drei Jahrzehnte zu spät erscheinen lassen. Anlage, Inhalt und Apparat, alles weist darauf hin, dass das Werk der Hauptsache nach schon um die Mitte der sechziger Jahre, ich will nicht sagen auf dem Papier, wohl aber im Geiste des Verfassers fertig war. Würde es damals sorgfältig durchgesehen und gleich darauf veröffentlicht worden sein, fürwahr, es hätte als Lehrbuch recht gute Dienste leisten können. Denn es ist übersichtlich und mit haushälterischem Sinne eingerichtet. Es liest sich auch

ganz leicht und angenehm[1]), und die Darstellung ist stellenweis sehr anschaulich. Dazu kommt, dass es der Selbständigkeit und Originalität keineswegs entbehrt. Ich denke dabei nicht einmal an die dem Verfasser eigenen Ansichten über die politische und Agrarverfassung der älteren Zeit, über die Morgengabe u. a. m., die er schon in Einzeluntersuchungen vertreten hat und die natürlich im Lehrbuche wiederkehren. Was meiner Ansicht nach besondere Anerkennung verdient, das ist die eingehende Berücksichtigung der neueren Zeit und des süddeutschen Quellenmaterials. Man wird durch Thudichums Buch mit Verhältnissen bekannt gemacht und auf Rechtsfälle und Quellen hingewiesen, von denen man sonst nichts zu hören bekommt. Das gilt namentlich auch von den schweizerischen Rechten, die der Verfasser sehr oft anführt, während die meisten Bearbeiter zusammenfassender Darstellungen sie ignoriren, trotzdem sie leicht zugänglich sind und ein germanistisches Material enthalten, wie man es schöner gar nicht wünschen kann. All dies verleiht dem Buch ein eigenartiges Gepräge und macht es auch für den Fachmann beachtenswerth. Damit ist aber auch so ziemlich gesagt, was sich zu seinem Lobe sagen lässt. Im Uebrigen verdient die Arbeit nur Tadel und entschiedene Zurückweisung und zwar, wie bereits angedeutet wurde, hauptsächlich darum, weil sie jetzt, wo sie endlich veröffentlicht wird, längst veraltet ist und dem heutigen Stand der Wissenschaft durchaus nicht entspricht. Es ist dem Recensenten als einem Vertreter der jüngsten Germanistengeneration allerdings sehr peinlich, einen solchen Vorwurf einem so verdienten und angesehenen älteren Gelehrten gegenüber, wie Thudichum es ist, aussprechen zu müssen. Er würde wohl auch, nachdem bereits von competentester Seite[2]) über diese Geschichte des deutschen Privatrechts das Urtheil gesprochen worden war, geschwiegen und mit seinen Ausstellungen zurückgehalten haben, wären nicht inzwischen andere Stimmen laut geworden, von denen namentlich eine das vorliegende Buch mit dem grössten Lobe überschüttete[3]). Durch sie ist es dem Unterzeichneten, der gleich nach dem Erscheinen des Buches mit dessen Besprechung in dieser Zeitschrift beauftragt worden war, zur Unmöglichkeit geworden, durch blosses Stillschweigen Kritik zu üben[4]). Gerade weil diese Geschichte des deutschen Privatrechts in erster Linie für Studirende und Nichtfachjuristen berechnet ist, darf darüber kein Zweifel gelassen werden, dass das, was sie lehrt, nicht die Wissenschaft unserer Tage ist.

Schon der Apparat deutet darauf hin. Wir haben eine neue Ausgabe der Capitularien, aber Thudichum benutzt sie nicht, sondern

[1]) An einzelnen Ausdrücken freilich nimmt man Anstoss. Warum wird S. 65 ff. von Unzahlfähigkeit statt von Zahlungsunfähigkeit, S. 332 von dem Einbringen statt vom Eingebrachten der Frau, und an verschiedenen Stellen von Gallen statt von Galliern, sowie von Saliken oder gar Franken-Saliken statt von Saliern und Salfranken gesprochen? — [2]) Vgl. Zeumer in Sybels histor. Zeitschrift 1885. — [3]) Oertmann im Archiv für bürgerliches Recht X 1895 S. 304. — [4]) Auch das Vorgehen Th's gegen einen seiner Recensenten macht uns ein offenes Wort zur Pflicht.

verweist seine Leser auf die Edition von Pertz und das Waltersche Corpus juris. Brunner verdanken wir einen bessern Einblick in die Textgestaltung der lex Alamannorum und Lehmann eine neue Ausgabe der alamannischen Volksrechte; das hindert nicht, dass Thudichum immer noch Merkel und seine 3 Texte citirt. Die langobardischen Rechtsquellen führt er nach Neigebaur und Baudi v. Vesme an, sofern er sich nicht, wie das S. 298 N. 3 geschieht, mit dem blossen Vermerk: Ed. Liutpr. begnügt, wobei es dann dem Studirenden und Nichtfachjuristen überlassen bleibt, Capitel und Ausgabe selbst zu ermitteln. Dass S. 113 und 175 ausnahmsweise Weilands Kaiserconstitutionen Berücksichtigung gefunden haben, dient nur dazu, die regelmässige Nichtbeachtung der neuern Quellenausgaben um so auffälliger zu machen. Noch schlimmer ist es mit den Litteraturnachweisen bestellt. Es versteht sich von selbst, dass ein Lehrbuch sich hierin auf eine gewisse Auswahl zu beschränken hat. Diese Auswahl muss aber nach bestimmten Gesichtspunkten getroffen sein. Es muss dem Anfänger diejenige Litteratur an die Hand gegeben werden, die für ihn besonders bildend ist, und deren er zur ersten selbständigen Orientirung bedarf. Bezüglich der vor der Mitte der sechziger Jahre erschienenen Litteratur lässt sich gegen die von Thudichum getroffene Auswahl nicht viel einwenden, obschon man Bücher wie Arnolds treffliche Geschichte des Eigenthums und andere wichtige Werke ungern vermisst. Hinsichtlich der neuern Litteratur ist dagegen der Leser übel berathen. Ausser den eigenen Arbeiten und ganz wenigen z. Th. nicht einmal bedeutenden Schriften und Aufsätzen citirt Thudichum so gut wie nichts. Das Meiste von dem, was Andere zum classischen Monographieenschatz unserer Wissenschaft rechnen, findet sich bei Thudichum nicht. Brunners Rechtsgeschichte der Urkunde und die meisten andern, das Privatrecht berührenden Untersuchungen dieses Autors bleiben unerwähnt; von der Existenz von Heuslers Gewere erfährt der Leser nichts; das Vertragsrecht und das Eherecht wird ohne jegliche Bezugnahme auf Sohms Recht der Eheschliessung behandelt. Und das sind nur einige Beispiele statt vieler. Gerade diejenige Litteratur, auf die man die Studirenden hinweist, damit sie lernen, was es heisst, eine germanistische Frage aufwerfen, untersuchen und lösen, und damit sie Freude an unserer Wissenschaft bekommen, gerade sie bleibt unberücksichtigt.

Das hat sich übrigens an Thudichums Buch selbst gerächt. Ich glaube die Behauptung verantworten zu können, es sei die germanistische Forschung der letzten Jahrzehnte fast spurlos an ihm vorübergegangen. Ganz besonders gilt dies in Betreff des Rechtes der fränkischen Zeit, über das in den letzten 30 Jahren eben auch am meisten gearbeitet worden ist. Ich verweise z. B. auf die Geschichte der Auflassung. Was über traditio und investitura, über das capitulare legibus additum von 803 und über das Erforderniss der Gerichtlichkeit geschrieben worden, scheint für Thudichum nicht zu existiren. Dafür stellt er Betrachtungen darüber an, ob die drei Beine des von ihm mit Vorliebe behandelten „Besessstuhls“ etwa auf die drei Tage der

sessio triduana oder die Eigenschaft der possessio als einer publica, sollempnis et libera Bezug haben. Von der freiwilligen Verpfändung von Liegenschaften heisst es S. 265, sie sei seit dem 13. Jahrhundert üblich geworden; von dem Unterschied von Nutzpfand und Verfallpfand erfährt man nichts. Auch bezüglich der Gewere macht Th. es sich leicht; der Leser vernimmt von dem Institut fast nichts als den Namen. Womöglich noch dürftiger sind des Verfassers Angaben über die Geschichte des Bürgschaftsvertrages; alles was Val de Lièvre und Andere über den Wettvertrag geschrieben haben, bleibt unberücksichtigt. Das Beste aber leistet Thudichum im ehelichen Güterrecht, dessen ganze Geschichte auf 10 Seiten abgehandelt wird; Schröders Buch wird dabei erwähnt, aber wenig benutzt, und die Untersuchungen Heuslers, Hubers, Gierkes und Adlers sind gar nicht beachtet. Man kann sich überhaupt, wenn man das Buch aufmerksam durchliest, des Verdachtes kaum erwehren, es sei Thudichums Kenntniss des älteren Privatrechts im Grossen und Ganzen aus Grimms Rechtsalterthümern geschöpft und beruhe nur zum kleinern Theile auf eigener Forschung uud unmittelbarer Anschauung der Quellen. Aber auch bezüglich des mittelalterlichen Rechtes ist auf das Buch kein Verlass. Ich verweise statt auf anderes auf die Darstellung des Ständerechtes. Da heisst es z. B. S. 166: „Im 11. und 12. Jahrhundert führt der Kriegsdienstmann neben ministerialis auch den Ehrennamen miles, was auch schon im alten Rom oft den Offizier im Gegensatz zum gemeinen Soldaten, miles gregarius, bedeutete". Viel nützlicher als der Hinweis auf das alte Rom wäre für den Leser die Berücksichtigung von Zallingers Abhandlung über ministeriales und milites gewesen. Es würde sich daraus ergeben haben, dass zwischen beiden ein Unterschied existirte und welcher.

Auch die Auffassung, die das Buch bezüglich der treibenden Kräfte der Privatrechtsentwicklung enthält, kann nicht wohl die heutige genannt werden. Thudichum verspricht im Vorwort, nicht bloss den Gang der Entwicklung sondern auch die Ursachen derselben ins Klare zu setzen. Fragt man nun, was nach ihm die treibende Kraft gewesen ist, so findet man, dass es im alten Recht der freie Deutsche, im spätern Mittelalter der schlaue Pfaffe und seit der Reformation der böse Adel war. Ich will mich zum Beweis dafür mit einigen Citaten aus dem § 63 begnügen, der das Eherecht vom 9. bis 16. Jahrhundert behandelt und zu den am meisten charakteristischen des Buches gehört. Dort heisst es S. 301, die Kirche habe ihr Eherecht, das nach des Verfassers Meinung so unbestimmt und widerspruchsvoll ist, dass es eine streng juristische Behandlung gar nicht verträgt, hauptsächlich darum geschaffen, dass die Ehen der Könige, Fürsten und Grafen von den Priestern abhängig würden, und damit sich dadurch die Ehelosigkeit der Ordenspersonen und der Kleriker leichter erzwingen liesse. Und S. 305 wird gelehrt, die Formlosigkeit der sponsalia und überhaupt das ganze kirchliche Eheschliessungsrecht sei lediglich darauf berechnet gewesen, Mädchen den Klöstern zuzuführen und den Bischöfen und dem Papst ein Entscheidungsrecht über Ehen von

Fürstenkindern zu verschaffen. Dass bei dieser Anschauung, wornach das Recht von Einzelnen oder einzelnen Classen auf Andere zugeschnitten wird, die moderne Auffassung, der zu Folge das Recht das Product eines um geistige oder materielle Interessen geführten Kampfes ist, durchaus zu kurz kommt, versteht sich von selbst. Die wirthschaftsgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat denn auch gerade so wenig Berücksichtigung gefunden als die rechtsgeschichtliche. Dass man in mehr als einem Abschnitt des Buches mit einer Zusammenstellung statt mit einer Darstellung des Stoffes vorlieb nehmen muss, ist die natürliche Folge einer derartigen Behandlung der Geschichte. Man schlage statt anderer nur die von der Freilassung handelnde S. 111 auf; weniger hätte sich für das Verständniss dieses Stoffes wirklich nicht thun lassen. Weder die einzelnen Arten der Freilassung noch ihre verschiedenen Wirkungen werden auseinandergehalten und die Bedeutung der Freilassungsformalitäten bleibt völlig unerklärt.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass das Buch eine Fülle von unrichtigen oder halbrichtigen Angaben und Behauptungen enthält. Mit Erstaunen vernimmt man S. 65 N. 5, dass die Capitulariensammlung des Ansegis unsicher ist, und S. 304 (vgl. S. 300, 301), dass Benedictus Levita den Pseudoisidor ausgeschrieben hat. Nach S. 163 haben die homines synodales ihren Namen davon, dass sie zum Reichstag erschienen. S. 38 wird gelehrt, nach altdeutschem Rechte habe der Vormund das Mündelgut ganz wie heutzutage zum Vortheil des Mündels zu verwalten und ihm am Schluss Rechnung zu stellen gehabt. S. 87 wird die terra sortis titulo adquisita von lex Burgundionum I 1 erklärt als das durch die Verlosung von Allmendäckern erworbene Land. S. 177 erfährt man, dass Einschildige die in die Ritterschaft neu Erhobenen hiessen. Auf die Deutung der Lidmagen als der Verwandten durch das männliche Glied (S. 19) und der pueri regis als unehelicher Kinder der fränkischen und burgundischen Könige (S. 191, 192 N. 1, 193 N. 3) brauche ich nicht näher einzugehen; sie erfreut sich jetzt schon in den Kreisen der Fachleute einiger Berühmtheit.

Doch ich will hier abbrechen. Das Gesagte wird wohl auch für denjenigen, der das Buch nicht aus eigener Anschauung kennt, genügen, um ihn davon zu überzeugen, dass diese Geschichte des deutschen Privatrechts leider nicht dazu geeignet ist, Studirende und Nichtfachjuristen in unsere Disciplin einzuführen.

Basel. Ulrich Stutz.

Arthur B. Schmidt, Medicinisches aus deutschen Rechtsquellen (Abdruck a. d. Festschrift für Professor Benno Schmidt) Jena, Gust. Fischer 1896. 54 S. 8°.

Der Verfasser hat den glücklichen Gedanken gehabt, die Bestimmungen des mittelalterlichen Strafrechts über die Leibesverletzungen nach ihren medicinischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Die Ein-

theilung in trockene Streiche, blutende Wunden und Lähmungen ist dieselbe geblieben wie in der Zeit der Volksrechte, doch zeigt sich gegenüber der ausserordentlichen Casuistik der volksrechtlichen Busstaxen für Verwundungen ein erheblicher Fortschritt in der Zusammenfassung der einzelnen Fälle zu ganzen Kategorien, auch finden bereits gerichtliche Wundbesichtigungen und Messungen nach Länge und Tiefe statt (metewunde, mensurabile vulnus). Die höhere Strafbarkeit der sichtbaren Wunden, im Gegensatze zu den bedeckten, hat sich nur ganz vereinzelt erhalten.

Trockene Streiche sind diejenigen Leibesverletzungen, die weder blutende Wunden, noch Knochenverletzungen mit sich bringen, aber Beulen (pulislac) oder blutunterlaufene Stellen (blawunde, plewat) hinterlassen. Bleiben nicht einmal solche Spuren zurück, so liegen bloss einfache Streiche vor, die zwar zu den busswürdigen Misshandlungen, aber nicht zu den Leibesverletzungen gezählt werden.

Blutende oder fliessende Wunden sind nur solche, bei denen das Blut auf die Erde rinnt (bluotruns, bluotregen). Dabei unterscheiden manche Quellen, z. B. der Sachsenspiegel, zwischen blossen Verletzungen der Haut (blutrunnich ane vleischwunde) und den tiefer gehenden Fleischwunden. Gegenüber der einfachen, gemeinen, schlichten Wunde werden als strafwürdiger (kampfwürdige oder friedbrechende Wunden) hervorgehoben: die gemeisselte oder geheftete Wunde (mit Charpiebehandlung und Wundnaht), die bogende Wunde (pogwunde), bei der das Blut im Bogen spritzt, die beinschrötige Wunde (mit Knochenverletzung), die lebensgefährliche Ferchwunde (mortliche oder Todwunde). Die Strafbarkeit wird überall erhöht, wenn die Verwundung mit gewaffneter Hand herbeigeführt ist.

Der Begriff der Lähmung umfasst in der Regel nicht bloss den Fall der Unbrauchbarmachung, sondern auch den der Verstümmelung eines Gliedes (lidiscarti). Wo beide Fälle unterschieden werden, ist die strafrechtliche Behandlung doch dieselbe. R. S.

Arthur B. Schmidt, Die geschichtlichen Grundlagen des bürgerlichen Rechts im Grossherzogthum Hessen. Giessener Universitätsprogramm, 1893. 114 S. 4°. Mit einer Karte.

Innerhalb des Deutschen Reiches ist die particularrechtliche Zerklüftung des bürgerlichen Rechts nächst dem Königreiche Bayern am grössten im Grossherzogthum Hessen, worüber die vorliegende Arbeit durch eingehende Darstellung der Territorialgeschichte des Grossherzogthums, eine klare Uebersicht über den Umfang der zwanzig verschiedenen Rechtsgebiete und eine in grossem Massstabe in verschiedenen Farben ausgeführte Rechtskarte in ausgezeichneter Weise orientirt. Der Verfasser hat sich damit nicht nur um das praktische Rechtsleben seiner engeren Heimat, sondern auch um die deutsche Rechtsgeschichte

verdient gemacht und es wäre dringend zu wünschen, dass seine Arbeit in den übrigen Rechtsgebieten Deutschlands entsprechende Nachahmung fände.

Einheitliches Recht besitzt nur die Provinz Rheinhessen mit Kastel und Kostheim (Code civil), sowie der grössere Theil von Oberhessen nebst einigen kleinen Districten der Provinz Starkenburg, wo ausschliesslich gemeines Recht ohne particularrechtliche Beimischung, abgesehen von den neueren hessischen Landesgesetzen, gilt. Von den älteren Particularrechten, die der Verf. in einer Uebersicht über die Geschichte der hessischen Privatrechtsquellen behandelt, sind am meisten verbreitet: die Katzenelenbogener Landesordnung, nach Kleinschmidts Entwurf von 1569 seit 1591 thatsächlich eingeführt, ohne amtliche Publication, und das Solmser Landrecht von 1571, das theils als Ganzes, theils unter Beschränkung auf bestimmte Materien ein ausgedehntes Gebiet in Oberhessen, theilweise auch in Starkenburg, beherrscht. Sehr zersplittert ist das Gebiet des Kurmainzer Landrechts von 1755, das an die Stelle des Rheingauer Landbrauches von 1643/83 getreten ist und sich, wie der Verf. nachweist, vielfach wörtlich an die Frankfurter Reformation und Orths Anmerkungen zu derselben anlehnt; ebenso das des Kurpfälzer Landrechts von 1582/1610, das sich in der Hauptsache als eine Nachbildung des Württembergischen Landrechts von 1555/1610 herausstellt. Das im Südwesten der Provinz Starkenburg geltende Erbacher Recht beruht theils auf einzelnen Gewohnheitsrechtssätzen, theils auf jüngeren Verordnungen, nachdem das Landrecht von 1520/52 seit dem 17. Jahrhundert ausser Uebung gekommen ist. Das von v. d. Nahmer so gepriesene Wimpfener Stadtrecht von 1775 ist, soweit es über das Stadtrecht von 1544 hinausgeht, nach den Nachweisungen des Verf. in der Hauptsache eine blosse Reproduction des Hohenloheschen Landrechts von 1737. R. S.

Deutsche Justiz-Statistik. Bearbeitet im Reichsjustizamt. Jahrgang VI (1893) und VII (1895). Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 293 und 303 S. 8°.

Die Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte hat allen Anlass, von dem reichen Inhalte der „deutschen Justiz-Statistik“ Notiz zu nehmen [1]). Die Statistik über die Gerichtsverfassung ergibt zur Zeit einen Bestand von 28 Oberlandesgerichten. Auf zwei derselben kommen mehr als vier Millionen Einwohner (Breslau, Berlin), auf zwei mehr als drei (Köln, Dresden), auf vier mehr als zwei Millionen (Hamm, Naumburg, Celle, Stuttgart); weniger als 500000 zählen nur Braunschweig und Oldenburg. Von den vorhandenen 172 Landgerichten

[1]) Wo Veränderungen eingetreten sind, setzen wir die Angaben von 1893 in Klammern.

kommen zwölf auf mehr als 500000, vier auf weniger als 100000 Einwohner. Die meisten Landgerichte (14) hat das Oberlandesgericht Breslau, während Oldenburg nur zwei Landgerichte, Braunschweig gar nur eins umfasst. In neun Oberlandesgerichtsbezirken sind mehrere Landgerichte zu einem Schwurgericht vereinigt, so dass die Gesammtzahl der Schwurgerichte nur 140 beträgt. Die Zahl der Amtsgerichte ist von 1919 auf 1924 gestiegen. Während das Oberlandesgericht Breslau auch hier die grösste Zahl (130) aufzuweisen hat, zählt das Oberlandesgericht Hamburg nur 9 Amtsgerichte. Von den Landgerichten hat Kassel die meisten Amtsgerichte (34) während das Berliner Amtsgericht den ganzen Sprengel des Landgerichts Berlin I ausfüllt.

Das Reichsgericht besitzt 6 Civil- und 4 Strafsenate mit zusammen 84 (81) Richtern, das bayerische oberste Landesgericht 2 Civilsenate mit zusammen 18 Richtern. Bei sämmtlichen Oberlandesgerichten bestehen 96 (90) Civil- und 24 Strafsenate, bei sämmtlichen Landgerichten 451 (444) Civil-, 451 (409) Straf- und 107 (101) Kammern für Handelssachen. Von den letzteren befinden sich 12, von den Strafkammern 40 nicht am Sitze des Landgerichts. Die Oberlandesgerichte sind insgesammt mit 577 (548), die Landgerichte mit 2420 (2341) und die Amtsgerichte mit 4503 (4409) Richtern besetzt. Die 6 kleinsten Landgerichte zählen je 7, die 15 grössten mehr als 20 Richter (Berlin I allein 142). Von den Amtsgerichten sind 42% (42,3) nur mit einem, 46% (46,1) mit zwei bis drei, 12% (11,6) mit vier und mehr Richtern (Berlin mit einem Amtsgerichtspräsidenten und 139 Richtern) besetzt.

Die Gesammtzahl der Staatsanwälte beläuft sich bei den Oberlandesgerichten auf 54, bei den Landgerichten auf 554 (542). Am Reichsgerichte sind ausser dem Oberreichsanwalt 4 Reichsanwälte angestellt.

Die Justiz-Statistik enthält noch eine genaue Uebersicht über die einzelnen Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte des Deutschen Reiches, über die Vertheilung der Rechtsanwaltschaft und die Consulargerichtsbezirke.

Der zweite Theil enthält die Processstatistik der Geschäftsjahre 1890/91 und 1892/93 in drei Abschnitten (bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Strafsachen und Concursverfahren). R. S.

F. Frensdorff, Die Lehnsfähigkeit der Bürger, im Anschluss an ein bisher unbekanntes niederdeutsches Rechtsdenkmal. Abdruck a. d. Nachrichten der k. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, philos.-hist. Classe, 1894. 56 S. 8°.

Aus einer Göttinger Sammelhandschrift mit Einträgen aus dem 14. bis 16. Jahrhundert veröffentlicht Frensdorff einen der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts angehörigen, in niederdeutscher Sprache abgefassten Aufsatz „Van lehengude unde dat to entfangende“, der in unmittel-

barer Anlehnung an den Sachsenspiegel, wenn auch thatsächlich gegen denselben polemisirend, die Lehnsfähigkeit der Stadtbürger und das Eintrittsrecht der Enkel bei der Lehnssuccession verficht. Frisch und anschaulich geschrieben und seine theoretischen Ausführungen durch Belege aus dem praktischen Leben unterstützend, trägt der Aufsatz den Anstrich eines für bestimmte Zwecke verfassten Rechtsgutachtens. Die Bezugnahme auf die nur in der Mark Brandenburg bezeugten Aemter der Plockvögte und Landreiter lässt vielleicht auf die Heimat des Verfassers schliessen; ob die neben ihnen erwähnten „selenvoghede" derselben Gegend angehören, bedarf noch näherer Untersuchung. Von dem Herausgeber ist das Schriftchen mit trefflichen Erläuterungen und einer eingehenden Darlegung der hinsichtlich der passiven Lehnsfähigkeit im Laufe der Zeit eingetretenen Wandelungen ausgestattet.

R. S.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Kritik der Verfassung Deutschlands. Aus dem handschriftlichen Nachlasse des Verfassers herausgegeben von Dr. Georg Mollat. Nebst einer Beilage. 8° VI und 143 S. Kassel, Th. G. Fisher u. Co. 1893.

Vorliegende Schrift ist von dem berühmten Philosophen in der Zeit zwischen dem Frieden von Luneville und dem Reichsdeputationshauptschluss verfasst worden. Bisher waren nur Bruchstücke von ihr bekannt, die von Rosenkranz und Hoym in ihren Arbeiten über Hegel mitgetheilt worden sind. Mollat hat nun die ganze Abhandlung, deren Manuscript sich auf der königlichen Bibliothek zu Berlin befindet, herausgegeben. Für den Historiker besitzt sie auch heute noch Interesse, weil sie lehrt, wie sich die Zustände des bereits mit dem Tode ringenden alten Reiches in dem Kopfe eines hervorragenden Denkers widerspiegelten. Die Hegelschen Vorschläge zur Reform des Reiches zielen auf eine Kräftigung der kaiserlichen Macht, eine einheitliche unter kaiserlichem Befehl stehende Armee und Schaffung einer Volksrepräsentation nebst einer tiefgreifenden Umbildung des Reichstages. Aber nur durch die Gewalt eines Eroberers könnte Deutschland in einen wahren Staat verwandelt werden. Ein Theseus müsste kommen, um aus den zerstreuten deutschen Völkchen ein Volk zu schaffen und diesem den Antheil an dem was Alle betrifft einräumen. Bezeichnend sowohl für die Entwickelung Deutschlands als für die Staatslehre des späteren Berliner Professors ist es, dass er Preussen den Beruf zur Führung des Reiches abspricht. Hatte er auch den Theseus richtig gefordert, so ahnte er damals doch nicht, von wannen er kommen werde.

Jellinek.

Randbemerkungen zum Monzambano (Verfassung des deutschen Reiches). Zur Erinnerung an Samuel von Pufendorf. 8⁰ 74 S. Berlin 1894, Puttkammer und Mühlbrecht.

Diese aus Anlass des 200jährigen Todestages Pufendorfs publicirten Blätter haben mit dem genialen Werke Monzambanos wenig gemein. Es sind wohlmeinende, der Gegenwart zugewendete politische Betrachtungen und Vorschläge eines patriotisch gesinnten Mannes, die äusserlich an die Capitel der Pufendorfschen Streitschrift anknüpfen, ohne mit ihnen im inneren Zusammenhang zu stehen. Jellinek.

Dr. iur. Freiherr Ernst Langwerth von Simmern (jetzt Privatdocent an der Universität Marburg), Die Kreisverfassung Maximilians I. und der schwäbische Reichskreis in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwickelung bis zum Jahre 1648, Heidelberg, Carl Winters Universitätsbuchhandlung 1896, XIV und 456 S. in gr. 8⁰.

Als das Mittelalter zu Ende ging, war das deutsche Reich seiner Auflösung nahe. Die Exemtionen und das Lehenswesen hatten langsam aber gründlich ihr Zerstörungswerk gethan. Die Grafschaftsverfassung, die einst wie ein Netz das Reich überspannt und in organischem Zusammenhang mit der Centralgewalt gehalten hatte, lag in Trümmen. Das Reich baute sich jetzt auf einer Menge von mehr oder weniger selbständigen Localgewalten auf. Sie waren von ihm einst gross gezogen worden, sie hatten sich dann, als das Königthum darnieder lag, selber zu helfen gewusst und drohten nun, den alten Reichsverband zu sprengen. Die äusserst mannigfachen Bande, die sie und das Reich verbanden, waren fast nur noch leere Formen, denen ein wirklicher Inhalt fehlte. Sogar die Friedensbewahrung vermochte das Reich nicht mehr zu besorgen; es waren Einungen einzelner Stände, die den Frieden aufrecht erhielten.

Man muss sich diesen Schwächezustand des damaligen heiligen römischen Reichs deutscher Nation recht lebhaft vergegenwärtigen, um das richtig zu würdigen, was versucht wurde, um ihm abzuhelfen. Es war schon sehr viel, dass man überhaupt ernsthafte Anstrengungen machte, das Reich zu reorganisiren. Und diese Anstrengungen hatten wirklich einigen Erfolg. Es gelang, dem alternden Reichskörper wiederum so viel Leben einzuhauchen, dass er selbst den dreissigjährigen Krieg überdauern und drei Jahrhunderte lang ein, wenn auch mitunter recht kümmerliches Dasein fristen konnte.

Eines der Mittel zur Neubelebung des Reichsverbandes war die Kreisverfassung. In den Kreisen erhielt das Reich wieder organische Verbände, die die einzelnen Stände zusammenfassten und zum Reich

und seinen Aufgaben wieder unmittelbarer in Beziehung brachten. Zugleich erhielten dadurch aber auch die einzelnen Reichstheile eine Organisation, die sie in Stand setzte, ihre gemeinsamen Interessen sowohl den zu ihnen gehörenden Ständen als auch andern Reichstheilen gegenüber erfolgreicher als bisher wahrzunehmen.

Der Verfasser des vorliegenden Buches will nun vor allem untersuchen, wie weit eigentlich diese Kreisorganisation ausgebaut und für die Reichs- und Sonderzwecke fruchtbar gemacht wurde, und in welchem Maasse sie sich lebensfähig erwies. Zu diesem Ende stellt er zunächst die Entstehung der sechs und der zehn Kreise dar und sodann ihre erste Organisation bis zum Beginn der Sonderentwicklung der einzelnen Kreise. Vom Jahre 1522 an wendet er sich dann — der Umstand, dass das meiste Material noch ungedruckt ist, rechtfertigt diese Beschränkung durchaus — einem Kreise zu, dem schwäbischen, und macht dessen innere Entwicklung und Ausgestaltung, seine Beziehungen zu andern Kreisen und zum Reiche zum Gegenstand seiner Untersuchung. Von allzu vielen und grossen Errungenschaften weiss L. allerdings nicht zu berichten. Wer es gewohnt ist, mit der organisationsfrohen Gegenwart oder etwa mit der leichtflüssigen fränkischen Verfassungsentwickelung sich zu beschäftigen, der erschrickt über den Mangel an organisatorischer Kraft, über die Schwerfälligkeit und Unfruchtbarkeit, die in dieser mittleren Periode zu Tage treten. Die einfachsten Organisationsprojecte werden mit der grössten Mühe geboren, die wenigsten von ihnen erweisen sich wirklich als lebensfähig oder finden Gnade vor den Augen der Betheiligten, des Reichs, der Kreise, der Stände, deren Interessen sich vielfach kreuzen, und wenn sich etwas hält, so genügt es nur den bescheidensten Ansprüchen. Aber man muss sich eben das Eingangs Bemerkte gegenwärtig halten, und dann wird man auch gerne L. zustimmen, wenn er die Thätigkeit des schwäbischen Kreises auf dem Gebiete des Polizei- und Finanzwesens recht anerkennenswerth findet, und z. B. in dem allmählich zu ansehnlicher Stellung gelangenden Kreisoberstenamt, in dem Selbstregierungsrecht und der nach und nach erworbenen Verbandspersönlichkeit des Kreises, in der zuerst wegen des Münzwesens angebahnten Verbindung zwischen dem schwäbischen, bairischen und fränkischen Kreise für die damalige Zeit sehr werthvolle und bedeutende Errungenschaften erblickt.

Uebrigens ist es auch für die Beurtheilung des Buches selbst wichtig, dass man sich klar macht, wie spröde und vielfach unerquicklich der Stoff ist, den es zu behandeln hat. Die Darstellung kann oft nicht anders, als sich mit Kleinigkeiten und ohnmächtigen, fruchtlosen Versuchen beschäftigen. Immerhin will es dem Referenten scheinen, es hätte die Kreisrechtsgeschichte ohne Nachtheil für die Genauigkeit noch etwas kürzer sich darstellen lassen. Manches von dem Quellenmaterial, das jetzt die Lektüre erschwert, hätte sich in die Anmerkungen verweisen lassen, ohne dass die Darstellung an Anschaulichkeit verloren haben würde. Dafür wäre dann die Rechtsgeschichte des schwäbischen Kreises weniger umfangreich geworden und hätte nicht in zwei Theile

zerlegt zu werden brauchen. Das letztere ist offenbar nur der äussern Gliederung halber geschehen; denn die Redaction der Kreisexecutionsordnung von 1563 ist doch kein Ereigniss von solcher Wichtigkeit gewesen, dass es einen tiefen Abschnitt in der Kreisrechtsgeschichte zu machen und deren Scheidung in zwei Perioden zu rechtfertigen vermöchte. Diese Theilung aber scheint dem Referenten sich nicht bewährt zu haben. Sie hat zu unnöthigen Wiederholungen geführt und Zusammenhängendes ohne Noth auseinandergerissen. Das grosse Verdienst, das sich L. mit seiner Untersuchung um die Verfassungsgeschichte des 16. Jahrhunderts erworben hat, soll übrigens mit diesen lediglich die äussere Anordnung betreffenden Ausstellungen keineswegs geschmälert werden. Es gehörte schon viel Muth dazu, um sich in diese Materie so zu vertiefen, und der Verfasser hat es mit höchst anerkennenswerther Ausdauer und grosser Sorgfalt gethan. Schon durch die Mittheilung von viel ungedrucktem Material verpflichtet er den Leser zu Dank. Auch gewährt sein Buch einen gründlichen Einblick in die Kreisrechtsgeschichte im Ganzen und fördert viele interessante Einzelheiten zu Tage. Ich erwähne statt anderer nur die Ausführungen S. 67 ff. über die Anfänge des Kreisausschreibeamtes, S. 91 ff. über den Einfluss Herzog Christophs von Würtemberg und Schwabens auf die Augsburger Reichstagsbeschlüsse von 1555, S. 113 ff. über die Entstehung der Bänke, S. 213 ff. und S. 310 ff. über die allerdings ergebnisslosen Kämpfe mit der Landvogtei in Schwaben und dem Land- und Hofgericht.

Den Beschluss bildet ein Abdruck der Executionsordnung des schwäbischen Kreises von 1563. Die 3 schreitenden Leoparden oder leopardirten Löwen im obern Felde des auf dem Titel der Executionsordnung mit abgedruckten Kreiswappens sind, wie hier beiläufig noch bemerkt sein mag, allerdings aus dem Wappen des Herzogsthums Schwaben bezw. aus dem der Staufer übernommen.

Möge der Verfasser uns bald den zweiten Band bescheeren, der die Rechtsgeschichte des schwäbischen Kreises bis zu dessen Auflösung darstellen soll.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Gerhard Seeliger, Privatdocent an der Münchner Universität (jetzt o. ö. Professor in Leipzig). Die Capitularien der Karolinger, München 1893, J. Lindauersche Buchhandlung (Schöpping). 88 S. 8.

Seeligers Untersuchung richtet sich gegen die namentlich von Alfred Boretius vertretene und begründete herrschende Lehre von den Capitularien. Diese sondert die weltlichen Capitularien bekanntlich in drei Gruppen, die sich nach Entstehung, Bedeutung und Geltungsdauer unterscheiden sollen. Die capitularia legibus addenda haben nach

Boretius volksrechtlichen Inhalt, können darum auch nur zu Stande kommen wie Volksrecht, d. h. nur mit Zustimmung der provincialen Volksversammlungen und haben wie die Volksrechte unbeschränkte Geltungsdauer. Anders die capitularia per se scribenda. Sie regeln die Verwaltung und die öffentlichen Verhältnisse des Reichs und bewegen sich mehr ausführend innerhalb des vom Volksrecht gegebenen Rahmens. Sie werden vom König allein erlassen; geht eine Berathung auf einem Reichstag dem Erlass voran, so hat der Reichstag doch nur votum consultativum. Im Princip gelten sie bloss für die Lebenszeit ihres Urhebers; der Nachfolger lässt sie zwar gewöhnlich in Kraft, aber gebunden ist er nicht an sie. Die capitularia missorum endlich waren blosse Instructionen für die missi. Sie richten sich nicht als Gesetz oder Verordnung an das Volk sondern bloss an die Beamten, so dass sie nur Zeugnisse der Verwaltungspraxis sind. Sie haben darum nur transitorische Bedeutung, sind auf einen Einzelfall berechnet und schaffen nicht dauerndes Recht.

Der schwache Punkt dieser Lehre war die Annahme einer verschiedenen Geltungskraft der drei Arten. Hierfür gaben die Quellen keinen sichern Anhalt. Aber man konnte sich diese Annahme gefallen lassen, denn sie war die logische Folgerung des Uebrigen. Und dieses, insbesondere die verschiedenartige Entstehung, schien durch die Quellen unmittelbar bezeugt zu sein. Man berief sich vor allem auf die vielbesprochenen Vorgänge des Jahres 803. Damals wurde nämlich in C. 40, 19 mit Beziehung auf C. 39, das Boretius zu den capitularia legibus addenda rechnet, bestimmt: Ut populus interrogetur de capitulis quae in lege noviter addita sunt, et postquam omnes consenserint, subscriptiones et manufirmationes suas in ipsis capitulis faciant. In der That waren dann zu Paris in mallo publico diese Capitel vor dem comes Stephanus und den scabinei verlesen und nach Erklärung des consensus von allen scabinei, episcopi, abbatis und comitis unterfertigt worden. Hielt man dies zusammen mit dem bekannten Ausspruch Karls des Kahlen: lex consensu populi fit et constitutione regis und mit C. 143, 5: Generaliter omnes admonemus, ut capitula que praeterito anno legis Salicae per omnium consensum addenda esse censuimus iam non ulterius capitula sed tantum lex dicantur, immo pro lege teneantur, so schien der Begriff der capitularia legibus addenda im obigen Sinn und ihr Gegensatz zu den capitularia per scribenda sich eigentlich von selbst zu ergeben.

Aber es schien eben nur so. Vor der schärfern Betrachtung, die Seeliger diesen Stellen hat angedeihen lassen, hat die hergebrachte Deutung sich nicht zu behaupten vermocht. Da ist zunächst C. 143, 5 citatum. Man hätte eigentlich schon ohne eine besondere Untersuchung darauf kommen sollen, dass es Unsinn gewesen wäre, zu sagen: Das capitulare legi Salicae additum vom letzten Jahre soll fortan nicht mehr Capitular sondern lex heissen und als lex gehalten werden. Das würde ja nach der herrschenden Ansicht schon damit eingetreten sein, dass es der König mit Zustimmung aller als legi addendum erliess.

Warum ein Jahr nachher das noch ausdrücklich bestimmen? Man muss also nach einer andern Erklärung suchen. Seeliger giebt sie. Die Stelle bezieht sich auf C. 142. Dies Capitular aber ist formell keine kaiserliche Anordnung, sondern der Bericht über einen in Abwesenheit des Kaisers gefassten Beschluss des salischen Volkes oder der salischen Rechtskundigen. Es war zu befürchten, dass das Volk, da es den kaiserlichen Ursprung des Erlasses nicht zu erkennen vermochte, ihn zu befolgen sich weigern würde (vgl. den bekannten Brief Karls des Grossen an Pippin von Italien von 803, C. 103). Darum wird im Jahre darauf ausdrücklich erklärt: Der Erlass ist von uns ausgegangen, und wir wollen, dass sein Inhalt Recht sei. Diese Erklärung scheint uns durchaus zutreffend; sie ist es auf alle Fälle weit mehr, als die von Boretius, so nahe seine Deutung auf den ersten Blick zu liegen scheint. Und ähnlich verhält es sich mit den Vorgängen des Jahres 803. Nicht für das Zustandekommen von C. 39 wurde damals der Consens eingeholt, die volle Gesetzeskraft der Anordnungen wird vielmehr vorausgesetzt. Nur als eine Form der ausdrücklichen Verpflichtung des Volkes auf das neue Gesetz ist er gedacht, es sollte das Volk bezw. seine Vertretung, zu einer förmlichen Verpflichtung auf das Gesetz provocirt werden. Dazu kommt, dass auch zu C. 136, das sogar Boretius nicht als capitulare legi addendum zu erklären wagt, und zur divisio regnorum von 806 der consensus omnium oder totius populi eingeholt wurde, und dass bei manchen angeblichen capitularia legibus addenda die nach der herrschenden Lehre für ihr Zustandekommen erforderliche Einholung der Zustimmung des Volkes unterblieb.

Die Gegenüberstellung von capitularia legibus addenda und per se scribenda ist demnach unhaltbar; weder bezüglich der Art und Weise der Entstehung noch hinsichtlich der Bedeutung lässt sich ein so scharfer Unterschied machen. Noch schlimmer ist es um die Scheidung von capitularia per se scribenda und missorum bestellt; Boretius selbst hat sie an dem Material nicht durchzuführen vermocht. Bestimmungen die sich unmittelbar an das Volk richten, und solche, die nur die missi instruiren sollen, gehen bunt durcheinander. Nach diesem Gesichtspunkt lassen sich nur die einzelnen Capitel, nicht die Capitularien scheiden, wenn man auch weiterhin jene Erlasse, die vorwiegend Anweisungen für die Wirksamkeit der Königsboten enthalten, capitularia missorum nennen mag. Nur ist damit nichts gesagt über die Geltungskraft. Bestimmungen, die auf Dauer berechnet sind, und vorübergehende können in ein und demselben Capitular vereinigt sein. Die Geltungskraft hängt nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Capitular ab, sondern ist für jedes Capitel eine besondere.

Was dem Referenten immer am meisten Bedenken gegen die herrschende Lehre von den drei Arten von Capitularien und ihre verschiedene Geltungsdauer verursachte, das ist der nunmehr auch von Seeliger geltend gemachte Umstand, dass Ansegis, der umsichtige zeitgenössische Sammler, Capitularien aller drei Gruppen als gleichwerthig behandelt, ja dass die Könige es selbst gethan haben. Boretius freilich

hat sich über dies Bedenken kühn hinweggesetzt; er meinte, wir kännten eben die damalige Zeit besser, als sie sich selbst gekannt, und bemerkten vom unbefangenen historischen Standpunkt aus Gegensätze, die den Zeitgenossen verborgen blieben. Diese seine Zuversicht soll ihm durchaus nicht zum Vorwurf gemacht werden. Seine Lehre durfte als wohl begründet gelten, und sie wurde scharfsinnig und mit Eleganz von ihm entwickelt. Sonst hätte sie sich auch nicht eine solche Beliebtheit erwerben und sich nicht so lange halten können. Als Jurist sieht man sie auch heute nur ungern weichen, als Historiker muss man wünschen, dass man sich möglichst bald und ganz von ihr frei mache. Trotzdem Seeliger mit seiner Abhandlung nur zerstört und — von einer schärferen Formulirung des Gegensatzes von Capitular und Urkunde abgesehen — nichts aufgebaut hat, ist ihm die Wissenschaft, der es allein auf die Wahrheit ankommt, doch zu Danke verpflichtet.

Basel. Ulrich Stutz.

Dr. Ernst Freih. v. Schwind, a. o. Professor des deutschen Rechtes in Innsbruck, und Dr. Alphons Dopsch, Privatdocent der österreichischen Geschichte in Wien. Ausgewählte Urkunden zur Verfassungs-Geschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter, Innsbruck, Wagnersche Universitäts-Buchhandlung 1895. XX und 474 S. gr. 8.

Neben die verdienstvolle allgemeinere Sammlung von Altmann und Bernheim tritt mit diesem Buche eine nicht minder dankenswerthe Auswahl von Urkunden, die speciell auf die österreichische Verfassungsgeschichte Bezug haben. Sie ist zunächst für den akademischen Gebrauch in Uebungscollegien und Seminarien berechnet, wird aber sicherlich, dem Wunsche ihrer Veranstalter entsprechend, auch weiteren Kreisen willkommen sein. Denn sie enthält eine Reihe von nicht oder nur in ungenügender Form gedruckten Urkunden und vereinigt in einem handlichen Bande eine ganze Anzahl von Stücken, die auch für den ausserösterreichischen Forscher von Wichtigkeit sind. Ich erwähne statt anderer nur das privilegium minus Friedrichs I. von 1156, Herzog Otakars von Steier Ständerechtsbrief von 1186, Ottos IV. Urkunde zu Gunsten Salzburgs über Gurk von 1209, die beiden österreichischen Landrechte, König Rudolfs Landfrieden von 1276, eine ganze Anzahl von Stadtrechtsbriefen, eine Reihe wichtiger Zoll- und Münzprivilegien, sowie Bergbauordnungen, ferner die Tiroler Landesordnung von 1352, Rudolfs IV. Privileg für die Universität Wien von 1365, u. v. a. Soweit wir es zu beurtheilen vermögen, erscheint uns die Auswahl als eine glückliche; mit Recht haben die Herausgeber den Begriff der Verfassungsgeschichte möglichst weit gefasst und auch die Verwaltungsgeschichte mit hineingezogen. Die einzelnen Stücke sind aus den

Handschriften, nicht aus Drucken edirt. Die Herausgeber haben auf die Edition grosse Sorgfalt verwendet und manche Verbesserung gegenüber den bisherigen Drucken angebracht. Jeder Urkunde ist ein Verzeichniss der früheren Drucke und der hauptsächlichsten Litteratur vorangeschickt. Am Schlusse folgt eine chronologische Uebersicht und ein Realindex, welcher die abgedruckten Stücke nach verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten gruppirt, sowie eine geographische Uebersicht. Wir wünschen dem trefflichen Werke viele eifrige Benützer.

Basel. Ulrich Stutz.

Georg Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. V (Die deutsche Reichsverfassung von der Mitte des 9. bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts I. Bd.) bearbeitet von Karl Zeumer. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1893.

Nach einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten ist Bd. V der Waitzschen Verfassungsgeschichte in neuer Auflage erschienen. Eine solche Neuauflage war dringendes Bedürfniss. Seit Jahren war der V. Band im Buchhandel vergriffen. Vor Allem aber waren es die zahlreichen in der Zwischenzeit veröffentlichten Neuausgaben des mittelalterlichen Quellenmaterials, sowie jüngere Untersuchungen, die jene Revision wünschenswerth erscheinen liessen. Eine leichte Aufgabe war die Herstellung dieser neuen Auflage nicht. Wer den V. Band. der „Deutschen Verfassungsgeschichte“ mit seinem „etwas spröden Text“ und seiner überreichen Zahl von Quellencitaten kennt, wird dies widerspruchslos bestätigen. Er ist nach Ansicht des Referenten derjenige Band des Waitzschen Werkes, dessen Neuherausgabe die meisten Schwierigkeiten in sich schloss. Zeumer hat diese Schwierigkeiten überwunden. Er hat pietätvoll den alten Text, an den der Rechts- und Verfassunghistoriker sich gewöhnt hat, im Wesentlichen in seiner ursprünglichen Fassung beibehalten. Nur an wenigen Stellen (vgl. S. 267, 276, 290, 323, 342, 384, 414, 415, 421, 450) treten Aenderungen hervor. Um so stärkeren Nachdruck hat Zeumer mit vollem Recht auf die Berichtigung und zweckentsprechende Umgestaltung der Anmerkungen gelegt. Hier sind es ein Mal die Neuausgaben der Quellen, die an die Stelle der veralteten Ausgaben gesetzt sind, — so in erster Linie die revidirten Editionen der Monumenta Germaniae. Von völlig neuem Quellenmaterial sei ferner nur auf Sickels Kaiserurkunden, auf das Strassburger, Wormser, Speyerer, Halberstädter Urkundenbuch hingewiesen. Druckfehler und Versehen, die manchen Fachgenossen wie den Referenten, bei näherem Nachschlagen gestört haben werden, sind berichtigt. Aber nicht nur dies. Zeumer hat dem von ihm herausgegebenen Bande eigene Nachträge in den Anmerkungen beigefügt. Neue Untersuchungen werden berücksichtigt und in ihren Ergebnissen gegen Waitz abgewogen; Fragen, die W. nur kurz gestreift, werden mit breiterem Quellenmaterial behandelt, — Probleme, die in der Gegenwart stärker in den Vorder-

grund wissenschaftlichen Interesses gerückt sind, eingehender verfolgt. Um nur weniges herauszuheben, sei auf die Seiten 284, 303, 307, 311, 312, 334, 342, 346, 358, 371, 379, 384 f., 386, 392, 395 f., 402 f., 415 f., 423, 429 mit eigenen Studien über Landverleihungen, Ministerialen, städtische Bevölkerung u. a. verwiesen. So greift an weit über hundert Stellen die Hand des Herausgebers bessernd und das bisher Gebotene mehrend ein, auf knappem Raume eine Fülle von Sonderuntersuchungen und kritischen Winken bietend. Auch in den nach Waitzschem Plane als Anmerkung an den Schluss des Bandes verwiesenen Ausführungen über Freien- und Schöffengut finden sich einzelne Zusätze (S. 487, 492, 498).

In seiner Vorrede äussert sich Zeumer resignirt über das geringe Mass des Dankes und der Anerkennung, das ihm zu Theil werden würde. Ich möchte der Letzte sein, der den Herausgeber in diesen Empfindungen bestärkte. Seine selbstlose, entsagungsvolle Arbeit verdient den vollen Dank derer, die sich bewusst sind, wie viel sie Waitz's Deutscher Verfassungsgeschichte verdanken. Und mit vollem Recht darf Z. in dem Gedanken Befriedigung finden, den er selbst ausspricht, „an seinem Theile die wissenschaftliche Brauchbarkeit eines Buches wieder für längere Zeit gesichert zu haben, dessen grundlegende Bedeutung trotz Allem, was mit Recht oder Unrecht gegen die späteren Bände der Verfassungsgeschichte gesagt ist, wohl von keinem Fachgenossen geleugnet wird“.

Giessen. Arthur B. Schmidt.

Dr. Wilhelm Sjögren, Privatdocent in Upsala, Ueber die römische Conventionalstrafe und die Strafklauseln der fränkischen Urkunden. Berlin, Carl Heymanns Verlag 1896. VIII und 152 S. Preis Mk. 3.

Die private Strafsatzung hat in der Entwickelungsgeschichte des Privatrechts wichtige Functionen erfüllt. Das sucht die in gutem Deutsch geschriebene Abhandlung des schwedischen Autors einmal an der Conventionalstrafe des reinen römischen Rechts, zweitens an den typischen Strafklauseln der germanischen Privatrechtsurkunden fränkischer Zeit darzuthun.

Erstere ist nach Sjögren „abgeschwächte Variante“ der öffentlichen Strafsatzung — abgeschwächt, weil im Einzelinteresse, nicht im Interesse der Gesammtheit und durch Privatdisposition, nicht durch die Rechtsordnung geschaffen. Ihr eigentlicher (später freilich durch steigende Willkürlichkeit in der Anwendung getrübter) Beruf war es, im Dienste der objectiven Zwecke der Rechtsordnung schwache, noch unentwickelte Verkehrsgebilde, im Werden begriffene Obligationstypen (z. B. Compromiss, Vertrag zu Gunsten eines Dritten) zu verstärken. Die Verstärkung lag darin, dass zu dem von der Rechtsordnung an sich hervorgebrachten, unzureichenden Rechtsschutze kraft der Privatdis-

position ein Strafschutz als Complement hinzutrat und ferner, dass das Verkehrsgebilde selbst, ganz abgesehen von seiner Anerkennung durch die Rechtsordnung, ein weiteres, selbständiges Fundament in der durch die Strafsatzung geschaffenen „Norm" (im Binding'schen Sinne) erhielt.

Eine im Grunde gleiche Function schreibt Sjögren den germanischen Strafklauseln zu. Er bestätigt zunächst durch weitere Belege (S. 105—108) die — gewiss richtige — Annahme R. Loenings, dass diese Klauseln aus dem den Germanen überlieferten römischen Urkundenwesen heraus in speciellem Zusammenhang mit der stipulatio duplae des Gewährleistungsversprechens sich entwickelt haben. Er unterscheidet ferner mit Loening zwischen den Klauseln, die eine Conventionalstrafe enthalten, ihre Wirkung auf die Parteien beschränken, und den Klauseln, deren Strafdrohung sich gegen Dritte richtet, zwischen den „relativ" und den „absolut" gefassten Klauseln. Letztere seien im fränkischen Urkundenbereich entstanden, im langobardischen dagegen erst nach der fränkischen Eroberung allmählich heimisch geworden. Dagegen bekämpft Sjögren entschieden Loenings Meinung, dass der wahre Rechtsgrund der Strafdrohung in der absoluten Klausel das Gesetz gewesen sei, dass man nur an die auch ohnedies kraft objectiven Rechts geltende Strafe in der Urkunde habe erinnern wollen. Dieser Polemik ist beizupflichten: die Willkür bei Bestimmung des Strafmasses, der Umstand, dass sich fast durchweg Handlungen, deren gesetzliche Strafbarkeit auf keine Weise erhellt, in den Urkunden mit Strafe bedroht finden, sind in der That ausreichende Argumente. Nach unserem Verfasser enthalten vielmehr absolute wie relative Strafklauseln Privatdispositionen, dazu bestimmt, die Schwäche einer rechtsgeschäftlichen Operation, des „Fundaments", zu decken, und durch typische Wiederkehr dazu dienlich, einer bereits angebahnten Rechtsbildung zum Siege zu verhelfen. Mit dieser Erklärung, die wohl von Anderen schon gelegentlich angedeutet, vom Verfasser zum ersten Male eingehend formulirt ist, bin ich ganz einverstanden. Nicht so mit den Ausführungen darüber, worin die durch Strafdisposition auszugleichende Schwäche des Fundaments gelegen habe. Sjögren meint: vor Allem im germanischen Urkundenwesen selbst. Die Urkunde, im römischen Vulgarrecht ein zweifelhaftes Rechtsgebilde, weil in einem gewissen Gegensatz zum geschriebenen Recht, das kraft Schriftform verbindliche Verträge wenig oder gar nicht gekannt habe, sei mit dieser Zweifelhaftigkeit in das germanische Rechtsleben übergegangen, namentlich sei die Urkundenbegebung als Uebereignungsform in ihrer Wirksamkeit unsicher gewesen, wofür dann eben Strafvertrag oder Strafdrohung Ersatz habe bieten sollen (S. 98 f., 128 f., 134). Das halte ich nicht für richtig. Römische carta und cartae traditio, mag auch ihre Aufnahme ganz natürlich im Anfang einen Zustand des Schwankens herbeigeführt haben, sind in verhältnissmässig kurzer Zeit dem germanischen Geschäftsformalismus eingegliedert worden und — so gerade vornehmlich bei der Grundstücksübereignung — zu den concurrirenden altnationalen Formen in ein sicheres Verhältniss gelangt, sei es nun (die Entwickelung ist bei

den verschiedenen Stämmen verschieden), dass sie ganz an die Stelle der letzteren oder neben sie zur Auswahl getreten sind, dass sie sich in der römischen Gestalt behauptet oder mit germanischen Form-Elementen verschmolzen haben. Jedenfalls war diese Sicherheit der Rechtsübung — man denke nur an die diesbezüglichen Vorschriften der Volksrechte, z. B. lex Ribuar. 59, 1 — schon erreicht, als die Strafklauseln, relative wie absolute, in Gebrauch waren. Ein Bedürfniss, die Urkunde als Geschäftsform zu verstärken, lag also damals nicht vor. Zudem wäre es doch gerade durch die Strafklausel kaum befriedigt worden, da diese selbst mit der Urkunde, in der sie stand, die von Sjögren angenommene Schwäche der Form getheilt haben würde.

Ich vermuthe die unterstützungsbedürftigen Punkte an anderen, verstreut liegenden Stellen. Zunächst: die Strafklausel ist im Zusammenhang mit dem Gewährleistungsversprechen beim Kauf entstanden. Dieses selbst hat überhaupt nur im Gewande jener Klausel bei den Germanen Eingang gefunden — ebenso das sich anschliessende Versprechen des Verkäufers, seinerseits bei dem Verkauf zu verharren und sich jedes Angriffs zu enthalten. Also gerade was heute die obligatorische Verpflichtung des Verkäufers aus dem Kaufvertrage ausmacht, fand damals unter der Strafklausel Deckung. Es bedurfte aber ihrer deshalb, weil das germanische Verkaufsgeschäft, wie ich mit Anderen bestimmt annehme, gar keine obligatorische Wirksamkeit hatte, weder Consensual- noch Realcontract, sondern lediglich dingliches Uebereignungsgeschäft war. Die vom entwickelteren Rechtsbewusstsein geforderte obligatorische Haftung wurde vermittelst strafsetzender Privatdisposition als Delictshaftung eingeführt. Erst die — auch in l. 115 (116) Liutprandi bezeugte — regelmässige Wiederholung solcher Strafdisposition in den Verkaufsurkunden mag dann allmählich die Rechtsbildung beeinflusst und eine entsprechende unmittelbare contractsobligatorische Wirksamkeit des Verkaufsgeschäftes angebahnt haben. In ähnlicher Function diente ferner z. B. das Bussgelöbniss dazu, eine Obligation zu künftiger schenkungsweiser Uebereignung rechtsbeständig zu machen (vgl. Regesto di Farfa nr. 229 v. J. 817 und dazu Brunner, Zur Rechtsgesch. d. Urk. S. 279 N. 1). Und besonders charakteristisch ist es, wie in Urkunden des Codex Cavensis aus dem 10. und 11. Jahrhundert der letztwillig Verfügende, der nach seinem Tode bestimmte Geldsummen durch seine Erben zu frommen oder anderen Zwecken gezahlt und deshalb den Erben eine obligatorische Verpflichtung dieses Inhalts aufgelegt wissen will, dieses Resultat durch Androhung einer Busse, die ihnen im Fall der Nichterfüllung ein Treuhänder abnehmen soll, zu erreichen sucht. Bot das germanische Recht nämlich in der donatio post obitum etwas im Erfolg dem römischen Vindicationslegat Verwandtes, so fehlte es dagegen an einem entsprechenden Seitenstück zum Damnationslegat. Hier sollte die Strafdrohung helfen (Näheres in meiner Langobardischen Treuhand S. 120 f.).

Der clausula heredum, der Strafdrohung gegen die Erben des Ausstellers für den Fall der Anfechtung des Rechtsgeschäfts, giebt Sjögren

selbst (S. 136 ff.) die richtige Deutung. Sie hat sich gegen das Beispruchsrecht gewendet. Schreibt man diesem mit der herrschenden Ansicht altgermanische Herkunft zu, so muss man — meint Sjögren — in der späteren „Trübung durch das Eindringen römischer Anschauungen, in der internen Abschwächung zu einem blossen Retractsrecht“ (wohl kaum schon für die fränkische Zeit nachweisbar), in der Unsicherheit, „welchem Kreise von Verwandten der Anspruch von Rechtswegen zustehe“, die Momente erblicken, in denen jene Strafdrohung genügenden Halt fand. Ich möchte noch als Weiteres, vielleicht Wichtigstes die Beeinflussung des allgemeinen Rechtsbewusstseins durch die Kirche anführen, die im Interesse der Seelgiften gegen die germanisch-rechtlichen Schranken der Verfügungsfreiheit erfolgreich zu Felde zog. Die Strafklausel war überhaupt eine nicht zu unterschätzende Waffe in diesem Kampfe, und das nicht bloss gegenüber den Erbenrechten, sondern ebenso gut (vgl. Sjögren S. 139 f.) gegenüber den Beispruchsrechten der Nachbarn, Markgenossen und anderer Gemeinschaftsangehörigen.

Allein oder neben diesen Zwecken konnte — was Sjögren nicht berührt hat — die Strafklausel auch den Zweck haben, die Beweiskraft der Urkunde zu verstärken. Denn die Privaturkunde als Beweismittel war allerdings ein schwaches Gebilde. Die blosse Schelte stellte sowohl ihre formelle Echtheit als ihre materielle Wahrheit in Frage; Satzung und Praxis von damals litten an „einer gewissen Unsicherheit in der Behandlung des Urkundenbeweises (im Falle der Schelte)“. Vgl. Brunner, D. RG. II S. 426. War nun die Strafklausel, was meistens zutraf, auf jede Art von Angriff gemünzt, so wirkte sie für die Fernhaltung der Schelte und schützte somit gegen die Mängel des Beweisrechts. Gerade das einzige mir bekannt gewordene Beispiel für wirkliche Verhängung einer durch Privatdisposition angedrohten Strafe durch Gerichtsurtheil betrifft den Fall, dass die Urkunde (über eine letztwillige Verfügung) von dem Contravenienten (einem Erben des Verfügenden) gescholten worden war (Codex Cavensis nr. 797 vom Jahre 1028, darüber Langob. Treuh. S. 124 f., 132).

In allen diesen Anwendungen hatte also die Strafklausel in der That die Function, einen Mangel der Legaldisposition im Wege der Privatdisposition auszugleichen. Relative und absolute Klausel standen darin gleich. Erstere ist damit auch genügend erklärt, nicht so die letztere. Denn hier bleibt noch die Hauptfrage offen: Wie lässt sich das Heraustreten der Privatdisposition aus dem Vertragsbereich, ihre Richtung gegen Dritte innerlich rechtfertigen? Ich neige mich stark dazu, in den Ausführungen Sjögrens die richtige Lösung zu finden. Er meint: Für die germanische Anschauung hängen das Rechtsgeschäft und der dadurch geschaffene Rechtszustand untrennbar zusammen. Verletzung des Rechtszustandes ist Verletzung des Rechtsgeschäfts, Vertragsbruch. Das gilt auch von dem ein dingliches Recht begründenden Geschäft; so ist Angriff gegen das durch Verkauf dem Käufer verschaffte Eigenthum Angriff gegen das Verkaufsgeschäft. Wo nun, wie in letzterem Falle, der Angriff gegen das Recht von jedem beliebigen Dritten

ausgehen kann, erscheint folglich auch das Geschäft von dritter Seite anfechtbar und der dem Recht gegen Dritte gewährte Rechtsschutz auch dem Geschäft zugehörig. Dieses selbst wird als gegen Dritte wirksam gedacht. Daher wird es begreiflich, dass in solchem Falle die private Strafdisposition, weil sie die Rechtswirksamkeit des Geschäfts zu sichern bestimmt ist, leicht alle Dritten als mögliche Vertragsbrecher aufs Korn nimmt und so zur absoluten Strafklausel wird. Die Letztere hat also — und das bestätigen nach Sjögren auch die Formelsammlungen — dort und nur dort ihren Platz, wo es sich um Begründung absoluter, gegen Jedermann wirkender Rechte handelt, namentlich bei Veräusserungsgeschäften über individualisirtes Gut, wie bei Verkauf, Tausch, Schenkung, donatio post obitum, aber auch bei Verträgen über Gewaltverhältnisse, wie adoptio, manumissio per epistolam, obnoxiatio, nicht dagegen bei Verträgen um Schuld, cautiones. Entschiedenen Beifall verdient auch die Bemerkung Sjögrens, dass für die äussere Entwicklung der relativen zur absoluten Strafdisposition die clausula heredum ein vermittelndes Moment abgegeben habe (S. 140). Hat doch diese, worauf ich hinweisen möchte, bei der donatio post obitum, bei der der Aussteller Zuwiderhandlung und Busse ausschliesslich für die Zeit nach seinem Tode, also allein für seine Erben, in Betracht nimmt, auf keine Weise mehr den Charakter einer (zunächst den Aussteller bindenden und seine Erben nur als seine Universalsuccessoren ergreifenden) Conventionalstrafe, sondern bereits den einer einseitigen Strafdrohung, eines reinen Strafbefehls (Langob. Treuh. S. 126).

An der praktischen Bedeutung der Strafklauseln, auch der absoluten, ist nicht zu zweifeln (so neuestens auch Dahn, Könige der Germanen VII, 3 S. 303). Zum Theil garantirte ihnen das Gesetz ausdrücklich die Realisirbarkeit, wie die lex Alam. tit. I § 2 für Urkunden zu Gunsten von Kirchen. Aber auch wo dies nicht der Fall war, wurde dann, wenn die durch die Klausel geschützte Norm dem im Gericht lebenden allgemeinen Rechtsbewusstsein entsprach, vom Gericht gegen den Zuwiderhandelnden auf die Strafe als eine „gerechte" erkannt (Sjögren S. 135). Dafür ein Quellenbeleg (bisher wurde ein solcher vermisst, auch Sjögren sieht sich auf „aprioristische Erwägungen angewiesen") in der oben citirten Urkunde Codex Cavensis nr. 797. Das war möglich, weil damals, wie unser Verfasser mehrfach treffend hervorhebt, die Rechtsetzung mit Rechtsgeschäft einer-, mit Rechtsprechung andererseits noch stark zusammenfloss (vgl. Gierke, D. Pr. R. I § 15). Entsprach dagegen die hinter der Klausel stehende Norm dem Rechtsbewusstsein nicht, drang der Angreifer vor Gericht gegenüber der Urkunde durch, so wurde auch die Strafe nicht verhängt. Die gerichtliche Realisirung der privaten Strafdisposition, principiell möglich, war also freilich in concreto unsicher — natürlich, da ja die Klausel mitten in einer erst auf- oder vielleicht schon absteigenden Rechtsentwicklung ihren Platz hatte. Allein gerade diese Art der Unsicherheit kam der freiwilligen Respectirung der Klausel — und damit schliesslich der entsprechenden Rechtsbildung — zu Gute, indem da, wo nicht das Be-

wusstsein von der Gerechtigkeit der Strafe wirkte, immer noch die Furcht vor einer ungerechten Strafe von einem Angriff gegen die Urkunde abhalten mochte. Als besondere Verstärkung der Aussicht auf Realisirung betrachtet Sjögren (S. 143 ff.) mit Recht die in den fränkischen Klauseln häufig vorkommende Zuweisung eines Theiles der Busse an den Fiscus, worin eine „Vergütung der Gesammtheit bezw. des Richters für den den zweifelhaften Rechtsgebilden der Privatdisposition gegebenen Rechtsschutz" gelegen habe. —

Das vorliegende Buch verdient unsere volle Anerkennung. Es hat — wobei ich hauptsächlich den zweiten, germanistischen Theil ins Auge fasse — zur weiteren Aufhellung einer Erscheinung von grosser rechtshistorischer Tragweite in tiefdringender Untersuchung ein gutes Theil beigetragen.

Breslau, October 1896. Alfred Schultze.

Dr. A. Halban, Zur Geschichte des deutschen Rechtes in Podolien, Wolhynien und der Ukraine. Berlin 1896. 8°. XII und 136 S.

Unzweifelhaft würde das Verständniss mancher deutsch-rechtlichen Einrichtungen gewinnen, wenn man auch über die Rolle derselben im Auslande, über ihre Resistenzkraft fremden Rechtseinflüssen gegenüber, sowie über ihre eigene Fortentwickelung auf fremdem Boden informirt wäre.

Das deutsche Recht in der Fremde, von den Germanisten wenig behandelt (Bischoff, Frensdorff, Bobrzynski), ist zum Theil Gegenstand der Rechtsgeschichte der betreffenden Länder; dieselbe befasst sich aber damit nur, insofern das deutsche Recht die Entwickelung dieser Länder beeinflusste. Kein Romanist wäre wohl damit einverstanden, wenn die Geschichte des römischen Rechtes in Deutschland nur dem unmittelbaren Interesse des Germanisten dienen würde und ebenso sollte sich der Germanist nicht damit begnügen, dass die Geschichte des deutschen Rechtes ausserhalb Deutschlands nur den Bedürfnissen der Rechtsgeschichte der betreffenden Länder gemäss bearbeitet werde.

Bekanntlich fehlt es bis jetzt an einer genauen Zusammenstellung aller ausserdeutschen Gebiete, in denen deutsches Recht in grösserem oder geringerem Umfange gegolten hat; desto mehr fehlt es an einer Uebersetzung der einschlägigen Rechtsquellen und des in Betracht kommenden Materials.

Verf. hat es versucht, auf Grund der Acten des Centralarchivs in Kiew und der nicht zu unterschätzenden russischen Litteratur die Bedeutung des deutschen Rechtes in den Ländern, aus denen die Acten

dieses Archivs[1]) stammen, nämlich in Podolien, Wolhynien und der Ukraine, darzustellen.

Zunächst war die Bedeutung des deutschen Rechtes in diesen von deutscher Colonisation nicht berührten Ländern historisch zu entwickeln und Verf. war bemüht darzulegen, dass das deutsche Stadtrecht weder auf Germanisirung (denn deutsche Bevölkerung fehlt), noch auf Polonisirung (denn es wird unter russischer Herrschaft weiter verbreitet) zurückzuführen ist; seine Einführung, Verbreitung und Aufrechterhaltung beruht also offenbar auf seinen juristischen, nationalökonomischen und politischen Vorzügen.

Sodann sind die Rechtsquellen dieses Gebietes kurz besprochen worden, wobei hervorzuheben war, dass die aus Polen importirten und nicht in allen Städten verbreiteten Quellen durch die Ortspraxis abgeändert und mit dem litthauischen Landrechte in Verbindung gesetzt wurden, — und dass eine Reihe von Umständen weitgehende Umwandlungen des deutschen Rechtes zur Folge hatte. Die Praxis erscheint demnach als wichtigste Rechtsquelle.

Auf Grund der Actenbücher erörtert Verf. sodann die Principien der Actenführung, die Anwendung und Citirung der Rechtsquellen, die Grenzen der städtischen Jurisdiction, die Thätigkeit der Vogtei und des Rathes, sowie specieller Gerichte und die Grundzüge des Verfahrens, namentlich den Instanzenzug.

Verf. gelangt zur Ueberzeugung, dass die Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte des deutschen Rechtes ausserhalb Deutschlands in folgenden Hauptrichtungen zu führen wären:

1. wäre es nothwendig, sämmtliche Urkunden, auf denen die Einführung des deutschen Rechtes in verschiedenen Ortschaften beruhte, zu sammeln, eventuell vorhandene Sammlungen zu ergänzen, das gesammte Material geographisch und für einzelne Gebiete chronologisch zu ordnen;

2. die Informationen über die ausserhalb Deutschlands verwendeten deutschrechtlichen Quellen wären zu ergänzen, die einzelnen Rechtsquellen aber mit ihren deutschen Mustern zu vergleichen, und alles unter fremdem Einflusse Entstandene speciell zu prüfen;

3. die Praxis wäre für alle Ortschaften separat zu studiren, weil die Unterschiede ziemlich relevant sind;

4. die Beziehungen des deutschen Rechtes zum einheimischen Rechte müssten, und zwar ebenfalls zumeist auf Grund der Praxis, ins rechte Licht gerückt werden.

Der Lösung dieser Fragen müsste aber eine Zusammenstellung aller ausserdeutschen Gebiete, in denen deutsches Recht gegolten hat, vorangehen, sowie auch eine Uebersicht des einschlägigen Materials. Für die zunächst vom Verf. ins Auge gefassten Gebiete sind neben dem

---

[1]) Das Centralarchiv in Kiew enthält gegen 500 Actenbücher städtischer Behörden, aus 25 nach deutschem Rechte organisirten Städten der genannten Gebiete. Die Acten gehen zurück bis 1520 und reichen bis 1800.

Kiewer noch die Archive von Charkow, Moskau und Petersburg, für die zunächst sich anschliessenden litthauischen Gebiete aber die Archive von Wilna und Witebsk wichtig und eine Bereisung derselben erscheint in hohem Grade erwünscht.

Czernowitz, im September 1896. v. Halban.

Immerwahr, Walter, Die Verschweigung im deutschen Recht. Von der Berliner Fakultät gekrönte Preisschrift. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke, 48. Heft.) Breslau, W. Koebner 1895. 53 S. gr. 8.

Der Verfasser charakterisirt die Verschweigung als „eine Art des Eigenthumserwerbes durch Zeitablauf nach einem vorangegangenen Aufgebotsverfahren" und entrollt ein Bild von dem Werdegang des Instituts (I), seiner Ausgestaltung in der Zeit der Rechtsbücher (II und III) und seiner Bedeutung für das heutige Recht (IV). Ausgehend von dem durch Sohm und Brunner sichergestellten Zusammenhang zwischen missio in bannum regis und Verschweigung nimmt er an, dass bereits zu Anfang des 9. Jahrhunderts im fränkischen Recht nicht nur die executorische, sondern auch die freiwillige Uebereignung von Immobilien „mit einem in Gestalt des Bannes gekleideten Aufgebotsverfahren" verbunden ist, „welches spätestens nach Jahr und Tag alle Widerspruchsberechtigten sich verschweigen lässt", und zwar folgert er (S. 5) ein so frühes Vorkommen des Aufgebots-Friedebanns, der bisher für Deutschland frühestens im Anfang des 11. Jahrhunderts dargethan werden konnte, aus dem Capitulare (Italicum) Hlotharii von 825 c. 11 (Bor. I, 331). Das fränkische Institut verbreitet sich dann über ganz Deutschland unverändert, und nur in Sachsen schwächt sich die Wirkung des Bannes dahin ab, dass bei Fronung zu Gunsten der Erben des Executionsschuldners noch eine zweite Frist von Jahr und Tag hinter der ersten läuft, und dass andererseits die Verschweigung auf Grund der Auflassung hier bekanntlich dem Erwerber nicht ein Antwortsverweigerungsrecht, sondern nur die Befugniss gewährt, die Klage ohne Stellung des Auctors mit Eineid zurückzuweisen. Als „Trübungen" betrachtet der Verfasser die bisweilen hervortretende Combination der Frist von Jahr und Tag mit der dreissigjährigen römischen Frist, sowie den Satz „die Luft macht frei bezw. eigen" (S. 6—13). — In dieser historischen Skizze ist die Annahme eines Bannes als Voraussetzung der Verschweigung in Cap. Hloth. v. 825 c. 11 nicht haltbar; wenn auch für das altlombardische Recht bereits seit Ende des 9. Jhdt's. in verwandter Anwendung ein Aufgebotsverfahren mit Bann nachweisbar ist, so ist doch in dem Cap. cit. ein Bann nicht erwähnt, unter traditio ist vielmehr nur die investitura per cartulam zu verstehen, als weitere Verschweigungsvoraussetzung ist lediglich die Kenntniss des Ersterwerbers von dem zweiten Geschäft (v. „cognito negotio")

angegeben, und auch das hier anschliessende (Heusler Gw. 90) Cap. Adelchis v. 866 (J. S. 35) enthält von einem Banne nichts. Es bleibt die Frage offen, wie diese und andere frühe Spuren einer ohne vorangegangenen Bann eintretenden Verschweigung sich erklären lassen. Namentlich bleibt fraglich, ob die Verschweigung gegenüber freiwilliger Uebereignung aus derjenigen gegenüber Fronung hervorgegangen ist, oder ob beide von vornherein neben einander standen und eventuell beide, worauf besonders die neueren Ausführungen Hubers hinleiten, ihren Grund zunächst nur hatten in der Kenntniss des Widerspruchsberechtigten von der Rechtserwerbshandlung bezw. in der diese Kenntniss ermöglichenden Publicität des betreffenden Actes; es könnte dann einerseits die Executionsgnadenfrist nach der Verschweigungsfrist für etwaige der Beschlagnahme entgegenstehende Rechte fixirt, andererseits der Fronungsbann — zunächst nur offenkundige königliche Occupationshandlung, dann aber als selbständiger Grund der Verschweigung empfunden — durch Vermittelung der alten Scheinprocesse zur freiwilligen Uebereignung herübergenommen und damit auch hier als Aufgebotsfriedebann zur nothwendigen Voraussetzung der Verschweigungswirkungen geworden sein. Jedenfalls hat der Verfasser das wichtige Cap. 45 Leg. Sal., dessen Verschweigungsfrist in Cap. 46, 1 wiederkehrt, durch die blosse Zusammenstellung (S. 11) mit dem Satze „die Luft macht frei bezw. eigen" nicht hinreichend gewürdigt, zumal für letzteren Satz die Gengler'schen Darlegungen (St. R. A. Exc. V) unberücksichtigt geblieben sind.

Bei Darstellung der Rechtsbücherperiode bezeichnet der Verfasser als unerlässliche (S. 28 ff., 41) Voraussetzung der Verschweigung ein — mit dem Rechtserwerb durch Fronung oder Auflassung von Immobilien bezw. mit der Occupation herrenloser Fahrhabe (nicht Immobilien S. 44) verbundenes — Aufgebotsverfahren, durch welches anwesende Einspruchsberechtigte zur sofortigen Widersprache, abwesende zur Widersprache binnen Jahr und Tag aufgefordert und eventuell ausgeschlossen werden. Mit der Verlegung des Gerichts in die Rathsstube unterbleibt allmählich die Frage an die Anwesenden, so dass auch für diese die Jahresfrist läuft (S. 14—17). Der Ablauf der — bisweilen auch anders bemessenen (S. 22—25) — Frist wird gehemmt durch entschuldbare Unkenntniss des Aufgebots, echte Noth, Unmündigkeit und Handlungsunfähigkeit des Säumigen (S. 20/21); negative Verschweigungs-Voraussetzung ist Nichterhebung eines Widerspruchs, der nur durch rechte Klage erfolgen kann und immer nur zu Gunsten des Ansprechers wirkt (S. 17/18). Thatsächlichen Besitz (bzw. Nutzungsmöglichkeit) des Begünstigten während der Verschweigungsfrist rechnet dagegen der Verfasser nicht zu den wesentlichen Voraussetzungen (S. 25) und zieht damit energisch die Consequenz seiner Grundauffassung der Verschweigung. Das zur Begründung dieses entscheidenden und für die gesammte Gewere-theorie höchst wichtigen Punktes Beigebrachte (cfr. S. 37/38) ist beachtenswerth. Uebrigens greift die inzwischen von Huber (Gewere no. 74) für die gegentheilige Ansicht geltend gemachte Wendung des Brünner Schöffenbuchs 328: „Interrumpitur autem praescriptio quandoque per inundatio-

nem aquarum . . quandoque etiam per deiectionem vel expulsionem" jedenfalls nicht durch; denn dieser Satz ist den kanonistischen Vorlagen des Werkes, Hostiensis (Summa, tit. de praescr. rer. imm. n. 5. Ed. Basel 1573 p. 590 naturaliter interrumpitur per inundationem maris vel fluminis vel quando aliquis per latrones vel alios de possessione violenter eiicitur) und Goffredus de Trano (Summa, tit. de except. n. 3 Venet. 1564 p. 230) nachgeschrieben, die sich ihrerseits wieder an die Glosse zu l. 12 § 2 D. 42, 5 bezw. l. 30 § 3 D. 41, 2 anlehnen. — Die von dieser Frage zu trennende andere, wie weit die Publicität des Rechts e r w e r b e s als Verschweigungsvoraussetzung durch die Publicität der Rechts a u s ü b u n g mittels fortdauernden offenkundigen Innehabens e r s e t z t werden konnte, berührt der Verfasser nicht, lehnt aber eine solche Möglichkeit mittelbar durch seine im Wesentlichen auf sächsisches Recht beschränkte Ausführung über die Unerlässlichkeit des Aufgebotsverfahrens (vgl. aber z. B. für das niederländische Recht Behrend, Anevang S. 44) ab.

Die Wirkung der Verschweigung tritt nicht nur für den Erwerber der Eigengewere, sondern auch zu Gunsten des Entleihers, Vasallen (S. 29), Leibzüchters etc. (S. 37) ein; andererseits unterliegen der Verschweigung wie der Eigenthümer, der Executionsschuldner, der Contumacirte (S. 32), so auch der Servitutberechtigte (S. 35), der Pfandgläubiger, der Beispruchs- und Retractsberechtigte (S. 35—40), der Leibzüchter etc. (S. 40 ff.), überhaupt alle dinglich Berechtigten (vgl. auch S. 34). Richtig wird (S. 35) die Verschweigungswirkung als Präclusion entgegenstehender Ansprüche bezeichnet, nur folgeweise kann von constitutiver Wirkung (S. 2) gesprochen werden: wie weit und (bei Unterbrechungen) von welchem Zeitpunkte an eine solche eintritt, wäre — schon wegen der Wichtigkeit dieser Frage für die allgemeinere nach dem Verhältniss der Gewere, als „formeller Legitimation", zum dinglichen Recht — näherer Erörterung werth gewesen. Erwünscht würde ferner eine Untersuchung über das Verhältniss der sächsischen, auf die Befreiung von der Auctorstellung beschränkten Verschweigungswirkung zu der durchgreifenden fränkischen gewesen sein. Die sächsische Wirkung kehrt wieder bei der romanisirten langobardischen Verschweigung, die ursprünglich (Roth. 228) sowohl für Mobilien wie für Immobilien gegeben war, sie erscheint bei der altschwedischen und altdänischen lagahaefth, und auch die austrasische Decretio Childeberts von 596 c. 3 schliesst im damals noch ungetrennten Mobiliar- und Immobiliarprocess nach Ablauf von 10 Jahren nur die Interciation, nicht auch die „ceterae conditiones" aus. Dabei ist wenigstens im langobardischen Recht der Eid des Beklagten nicht über die rite erfolgte Investitur wie später in Sachsen, sondern als eigentlicher Unschuldseid zu schwören und verwandelt sich erst allmählich in einen Eid über den Besitztitel. Hier versagt also die von Heusler (J. II. S. 108) für Sachsen gegebene Erklärung der abgeschwächten Verschweigungswirkung, und es liegt die Frage nahe, ob es sich bei derselben nicht überhaupt um particuläre Parallelbildungen handelt, welche in eine Zeit zurückreichen, wo die Delictsklage um Diebstahl bzw. Landraub von dem Verfahren mit anevang noch durchaus geschieden war. Jedenfalls lässt

sich in einer monographischen Darstellung der Verschweigung dieser für die Erkenntniss ihrer Geschichte und damit ihres Wesens sehr erhebliche Punkt nicht durch die blosse Bezeichnung der sächsischen Verschweigungswirkung als Abschwächung der fränkischen (S. 8) erledigen.

Während in unserer Zeit die Verschweigung im Immobiliarrecht sich nur bruchstückweise — als österreichische Tabular-, bayerische Annalersitzung, als Verschweigung an Retractsklagen und gegenüber Avulsionen — erhalten hat, in der Hauptsache aber hier durch die absolute Wirkung der Grundbucheintragungen ersetzt ist (S. 47—49), blüht sie noch im modernen Aufgebotsverfahren, auf dessen Ausbildung sie durch Vermittelung der Generalprovocationen einen entscheidenden Einfluss geübt hat (S. 50—53).

Wenngleich die vorliegende Preisschrift naturgemäss weder Litteratur noch Quellen erschöpft, insbesondere die Urkundensammlungen unberücksichtigt lässt, und wenn sie auch die processualische Seite des Instituts (cfr. Frommhold, Widerspruchsklage S. 63 ff.) nicht hinreichend erörtert und bisweilen allzu lakonisch über schwierige Fragen und entgegenstehende Meinungen hinweggeht, so stellt sie doch ein mannichfaltiges Material knapp und geschickt im Lichte neuerer Forschung zusammen, zeigt scharfe juristische Erfassung des historisch Gegebenen und bietet somit eine dankenswerthe Förderung der wichtigen Lehre.

Breslau. Ernst Heymann.

Blondel, Georges, Étude sur la politique de l'empereur Frédéric II en Allemagne et sur les transformations de la constitution allemande dans la première moitié du XIII. siècle. Paris 1892, Alph. Picard et fils. XLVI und 444 S. 8°.

Der Verfasser hat sich schon durch eine Reihe von Arbeiten über akademische, wirthschaftliche und politische Einrichtungen Deutschlands als ebenso gründlicher wie vorurtheilsloser Kenner deutscher Verhältnisse einen guten Namen gemacht. In dem vorliegenden Werke bewährt er sich als würdigen Schüler von Georg Waitz, dem er in warmen Worten für das von ihm Empfangene seinen Dank ausspricht. Der vorurtheilsfreie Blick des Verfassers, verbunden mit umfassender Herrschaft über Litteratur und Quellen des von ihm behandelten Gebietes, hat es ihm ermöglicht, nicht nur seinen Landsleuten ein wahrheitgetreues Bild der für unser Vaterland so verhängnissvoll gewordenen Wendung der deutschen Dinge unter der Regierung des Kaisers Friedrich II. zu geben, sondern auch die wissenschaftliche Forschung in verschiedenen Richtungen nicht unwesentlich zu fördern. In der Einleitung und sodann am Schlusse des zweiten Capitels (S. 77 f.) stellt der Verfasser in geistvoller Weise die so verschiedene, obwohl von den gleichen Grundlagen ausgegangene Verfassungsentwickelung Deutschlands, Frank-

reichs und Englands einander gegenüber, indem eben die Regierungszeit Friedrichs II. den Ausgangspunkt für die neue von Deutschland eingeschlagene Bahn, die nothwendig zum Zerfalle des Einheitsstaates führen musste, gebildet hat. Weiterhin stellt der Verfasser wiederholt Vergleiche zwischen der zielbewussten, staatsmännischen Politik des Königs in Sicilien und der herumtappenden Augenblickspolitik desselben in Deutschland an. Das erste Capitel gibt eine kurze Skizze der deutschen Verfassungsentwicklung von Heinrich I. bis auf Friedrich II., um dann auf Jugend, Erziehung und Charakter des letzteren und die Grundzüge seiner deutschen Politik einzugehen. Sorgfältige verfassungsgeschichtliche Arbeit enthalten die fünf folgenden Capitel. Das zweite Capitel behandelt die königliche Gewalt zu Anfang des 13. Jahrhunderts sowie die Organe und Hülfsquellen des Königthums, im Einzelnen: Königthum und Kaiserthum, Staatsbegriff, Staat und Kirche, die zwei Schwerter, Wesen des Lehnsstaates, Königswahl und Kurfürstencollegium, Hofämter, Kapelle, Hofrath, Reichstage und Hoftage, Landfriedensgesetze, Reichsweisthümer, Reichshofgericht, Reichskriegswesen, Krongüter, Gerichtsgefälle, Regalien, Reichsabteien, Städtesteuern, Juden. Den Gegenstand des dritten Capitels bildet Friedrichs Stellung gegenüber dem weltlichen Lehnsadel, insbesondere: die Ausbildung der Erblichkeit der Lehen, Entwicklung des Landeshoheitsbegriffes, Heerschildsordnung, Reichsfürstenstand, Herzöge und Herzogthümer (herzogliche Hofgerichte und Landtage), die Auflösung der Gauverfassung, Markgrafen, Landgrafen, Pfalzgrafen, Burggrafen, freie Herren, fürstliche Hofämter, Ritterstand und Ministerialität. Weiter geht der Verfasser (S. 127 ff.) auf die wichtigsten Privilegien Friedrichs II., nämlich das Statutum in favorem principum, die Confoederatio cum principibus ecclesiasticis, den Mainzer Landfrieden von 1235 und verschiedene Einzelprivilegien ein, um sodann (S. 141 ff.) die einzelnen von der Krone gemachten Zugeständnisse zu erläutern: Einräumung nutzbarer Regalien, Marktprivilegien, Strassenwesen, Zoll und Münze, Berg- und Salzregal, Jagd und Fischerei, Geleitsrecht, Zugeständnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege (die Ausführung über das Gerichtswesen gehört zu den weniger befriedigenden Theilen des Buches), desgleichen auf dem des Heer- und Befestigungswesens, verschiedene Einzelzugeständnisse. Den Schluss (S. 193 ff.) bildet eine werthvolle Uebersicht über die Consequenzen der gegenüber dem Laienadel befolgten Politik des Königs. Das vierte Capitel ist dem Verhältnisse Friedrichs II. zum Klerus gewidmet, im Einzelnen wird erörtert: die Stellung des Klerus bei Beginn des 13. Jahrhunderts, namentlich die volle Unterwerfung des Episkopates unter den Papst seit Innocenz III., die Zugeständnisse Friedrichs II. in Betreff der Bischofswahlen (Goldene Bulle von Eger von 1213), sowie die Bestrebungen des Papstes, die Capitelswahlen zu beseitigen und die einseitige Ernennung der Bischöfe an sich zu bringen. Daran schliesst sich eine ausführliche Besprechung der Confoederatio cum principibus ecclesiasticis, in welcher Verfasser den Preis für die Wahl Heinrichs zum römischen Könige erkennt (S. 214—265). Die Echtheit des Privilegs wird in einem besonderen

Excurse (S. 407 ff.) vertheidigt [1]. Im Einzelnen kommen zur Sprache: Kaiser und Kirche, die zwei Schwerter, Bann und Acht, Einfluss des Bannes auf die Rechtsfähigkeit, die gerichtliche Exemtion der Geistlichen, die Bischofswahlen, Regalien- und Spolienrecht, Testirfreiheit der Bischöfe, Eigenthümer des Kirchengutes, Kirchenpatronat, Beneficien und Zehnten, Vogteien, Einzelzugeständnisse und Schenkungen, Stellung der Reichsabteien. Nicht ganz klar ist es, wie der Verfasser (S. 262—265) die Bestimmung des § 10 der Confoederatio über das Ledigwerden der Regalien verstanden wissen will. Dass „iurisdictio" in dem Sinne von „ius" verstanden werden kann, ist nach den von Blondel angeführten Beispielen zuzugeben. In dem vorliegenden Falle wird man das Wort wohl am besten „obrigkeitliche Gewalt" übersetzen: die Beamten des Königs sollen sich in den Bischofstädten keine obrigkeitliche Gewalt, sei es in Zoll oder Münze oder wer weiss welchen anderen amtlichen Beziehungen (wozu auch die Handhabung der Gerichtsbarkeit gehört), anmassen, ausgenommen bei Gelegenheit eines in der Stadt abgehaltenen Reichstages. Das bisherige Recht, auf das der König in der Confoederatio verzichtet, ergibt sich aus den Worten: „quocienscumque autem ad aliquam civitatum eorum accesserimus sine nomine publice curie, nichil in ea iuris habeant", also derselbe Zustand, der noch Ssp. III, 60 § 2 [2]) als der normale erscheint, wenn auch das königliche Recht thatsächlich schon früher nur bei Gelegenheit der Reichstage ausgeübt worden sein mag. Diese Beschränkung wurde nunmehr reichsgesetzlich festgelegt, und zwar von vornherein mit der Massgabe, dass ausser der eigentlichen Sitzungszeit noch eine Woche für die Vorbereitungen und ebenso eine Woche für die Abwickelungsgeschäfte nach Schluss des Reichstages, vorausgesetzt natürlich, dass der König thatsächlich so früh eintraf und nicht früher abreiste, miteingerechnet werden sollte. Wenn die Quellen bei späteren Gelegenheiten nur von dem Regalienrechte des Königs während der Dauer des Reichstags reden, so ist damit noch keineswegs gesagt, dass sie dieselbe in engerem Sinne aufgefasst haben.

Im fünften Capitel (S. 281—344) stellt der Verfasser das vielberufene Verhältniss Friedrichs II. zu den Städten dar. Die dabei eingefügte Ausführung über die Entstehung der Städte (S. 281—292) lässt Manches zu wünschen übrig, was wohl den Verfasser bewogen hat, nachträglich in einem ausführlichen Excurse (S. 415—432) denselben Gegenstand, unter näherem Eingehen auf die verschiedenen Theorien, noch einmal zu behandeln. Während die Darstellung im Text sich vor-

---

[1]) In den Göttinger gel. Anzeigen 1894, S. 544 bemerkt Philippi gelegentlich einer beachtenswerthen Anzeige des vorliegenden Werkes, dass er den grössten Theil seiner gegen den Inhalt der Confoederatio gerichteten Bedenken durch die Ausführungen von Winkelmann und Weiland für beseitigt erachte und nur die diplomatischen Bedenken gegen die Echtheit des einzigen in urkundlicher Form erhaltenen Eichstädter Exemplars aufrecht erhalte. — [2]) Die Stelle wurde unbesehens auch in den Dsp. 310 und Schwsp. Lassb. 133 aufgenommen.

wiegend an die Marktrechtstheorie (zumal in der Formulirung Sohms) anlehnt, kommt der Excurs zu dem Ergebniss, dass die Frage noch nicht gelöst und schwerlich überhaupt zu lösen sei, „que les villes n'ont ni une origine romaine ni une origine germanique; leur essor est le produit d'une évolution sociale qui se retrouve dans tout l'Occident et n'est propre ni à un peuple, ni à une race; il faut y voir avant tout une manifestation de cette tendance à l'association qui est universelle, et se produit spontanément chez tous les peuples quand les circonstances favorisent son apparition. Qu'on insiste sur l'influence des marchés, ou qu'on cherche à les rattacher aux communautés rurales, les villes n'ont été, en définitive, que le produit de l'extension d'associations partielles préexistantes, extension qui aboutit à la création de seigneuries collectives populaires pourvues des attributs les plus importants de la souveraineté" (S. 432). Beschämend für uns Deutsche ist die sehr richtige Bemerkung des Verfassers (S. 415) über die neuere Stadtrechtslitteratur: „Au lieu de rester purement scientifiques, les discussions ont même dégénéré en polémiques personnelles, dont le ton et la vivacité ont dépassé les bornes de la critique polie." Vortrefflich sind die Bemerkungen auf S. 344, in denen der Verfasser die sich dem Kaiser in den Städten darbietende ausgezeichnete Gelegenheit zu einer Reichsreformpolitik in monarchischem Sinne der auf blosse Augenblickserfolge berechneten principienlosen Politik Friedrichs II. gegenüberstellt.

Das sechste Capitel hat die ländlichen Verhältnisse unter Friedrich II., deren gedeihliche Entwickelung von diesem weder gehemmt noch gefördert wurde, zum Gegenstande, wobei besonders die unter dem Landvolke vertretenen Ständeklassen (die der Schöffenbarfreien ohne genügende Berücksichtigung der v. Zallinger'schen Forschungen), die Verfassung der Grundherrschaften und Fronhöfe und der Begriff der Hufe und des Morgens zur Erörterung kommen. Bei der Königshufe (S. 372) hat der Verfasser übersehen, dass dieselbe häufig die Bedeutung eines blossen Ackermasses hat, ohne dass an irgend eine Beziehung des nach derselben vermessenen Gutes zum Könige zu denken ist.

In dem siebenten Capitel (S. 375 ff.) und einem Schlussworte (S. 394 ff.) stellt der Verfasser die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Politik Friedrichs II. zu Deutschland zusammen. Sie gipfeln darin, dass derselbe, der während seines ganzen Lebens nur neun Jahre in Deutschland zugebracht hat, jedes Verständnisses und jedes Interesses für das Land seiner Väter bar gewesen ist und dieses in gewissenloser Weise seinen sicilischen Plänen geopfert hat: „Il ne lui était donc pas permis de sacrifier à l'Italie le pays auquel son devoir de roi, comme les traditions de sa famille, l'attachaient plus fortement. Il ne lui était pas permis de trouver le terrain trop défavorable, ou les habitants trop mal préparés à comprendre ses idées et á partager ses goûts. Il ne lui était pas permis de donner constamment la préférence au royaume que sa mère lui avait laissé en héritage et de dédaigner le pays de son père, c'est à dire sa véritable patrie, parce

qu'il y fallait compter avec des princes remuants et que la couronne y était élective" (S. 376). Dem kann man nur vollkommen beistimmen, und ebenso dem in dem Munde eines in den Ideen strengster Centralisation des Staatslebens aufgewachsenen Franzosen doppelt anzuerkennenden Ausspruche: „Mais ce ne fut pas pour l'Allemagne un mal sans compensation que d'être forcée de renoncer à ses espérances de domination universelle et à ces rêves grandioses, mais irréalisables, qui lui imposaient plus de sacrifices qu'ils ne lui assuraient de profit. Quelques-unes des transformations qui se produisirent dans la constitution du pays eurent leur utilité. L'Allemagne trouva quelque compensation à l'unité factice qu'elle perdait, dans l'affermissement, la croissance et l'expansion de ses forces individuelles et autonomes" (S. 395).

Der reiche Inhalt des Werkes erhellt aus dem Angeführten. Wer könnte dem Verfasser einen Vorwurf daraus machen, dass ihm bei einer solchen Fülle des Stoffes, trotz ausgezeichneter Kenntniss der deutschen Sprache und der einschlägigen Litteratur, hier und da Missverständnisse und Versehen in die Feder geflossen sind! Einige Verstösse, die dem Referenten aufgefallen sind, seien hier hervorgehoben. S. 5 wird das Wort „Reichsritterschaft" in einem dem technischen Gebrauche desselben widersprechenden Sinne verwendet. S. 29 scheint es dem Verfasser entgangen zu sein, dass der Auctor vetus de beneficiis als der zweite, höchstens durch einige Zusätze vermehrte Theil der Urgestalt des Sachsenspiegels (Sächs. Lehnrecht) und demnach wesentlich als ein Werk des Eike von Repgau anzusehen ist. S. 51 und 367 übersetzt der Verfasser „Weisthum" irrthümlich mit „livre de sagesse", statt etwa mit „expertise de droit". S. 70 sind die hohenstaufischen Könige, insofern sie sich mit Kirchengütern hatten belehnen lassen, aus Versehen als „suzerains" (statt „vassaux") der Kirchen bezeichnet. S. 108 Anm. 1 wird von den Markgrafen und Landgrafen gesagt, dass sie am längsten den Charakter der alten Gaugrafen bewahrt hätten. S. 111 ist das Richten bei des Markgrafen Hulden unrichtig aufgefasst. S. 112 werden die Herzöge von Zähringen und von Kärnthen irrthümlich als Markgrafen bezeichnet. S. 113 Anm. 4 gibt die Anwendung der Bezeichnung „ministeriales du palais" auf die Pfalzgrafen zu Missverständnissen Anlass. S. 175 erklärt der Verfasser die Bestimmung des Statutum in favorem principum § 8 („Locum cente nemo mutabit sine consensu domini terre") in dem Sinne der Aufhebung der Freizügigkeit der Gerichtsleute, während es sich um das Verbot der Verlegung der Centdingstätte ohne Genehmigung des Landesherrn handelt, ein Verbot, das sich ebensowohl gegen die Könige selbst, wie gegen die Centgrafen (§ 7) richtete. S. 185 ist dem Verfasser unbekannt geblieben, dass die sog. Constitutio de expeditione Romana eine im Interesse der Reichenauer Dienstmannen hergestellte Fälschung gewesen ist. S. 309 wird aus Versehen von dem „dernier paragraphe" des Statutum in favorem principum gesprochen, gemeint ist § 18. S. 346 spricht der Verfasser in der Anmerkung von ausgedehnten Wäldern, die noch gegen das 12. Jahrhundert fast zwei Drittel Deutschlands bedeckt und in den Augen des Volkes als Gemeingut gegolten hätten,

von dem Jeder den Gebrauch machen konnte, der ihm gutdünkte. Gegenüber dem ausschliesslichen Rechte des Königs an herrenlosen Grundstücken und der mehr und mehr zur Ausbildung gelangten Obermärkerschaft der Fürsten, sowie gegenüber der strengen Abschliessung der Markgenossenschaften gegen alle Ausmärker und der zunehmenden Verschärfung der auf Markfrevel gesetzten Markeinungen ist eine derartige Behauptung, die schon für die fränkische Zeit, zum Theil selbst für die germanische Urzeit den grössten Bedenken unterliegt, gewiss nicht aufrecht zu erhalten. S. 351 erwähnt der Verfasser den Sterbfall als eine Abgabe freier Zinsleute, derselbe wurde aber durchweg als ein Zeichen persönlicher Unfreiheit aufgefasst.

Doch was wollen diese Ausstellungen gegenüber der Fülle des Wissenswerthen, das uns in dem vorliegenden Werke in vollendeter Form dargeboten wird, besagen! Der lebhaftesten Anerkennung von Seiten der deutschen Wissenschaft darf der Verfasser gewiss sein.

R. Schröder.

Dr. Alexander Löffler, Die Schuldformen des Strafrechts in vergleichend-historischer und dogmatischer Darstellung. Bd. I: Die Entwickelung des geltenden Rechts. Abth. 1: Deutschland und Oesterreich. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1895. X und 286 S. gr. 8°.

Es giebt nicht, wie bisher allgemein angenommen wurde, bloss zwei Formen der Delictsschuld, sondern deren drei, nämlich Absicht, Wissentlichkeit und Fahrlässigkeit: das ist die Grundauffassung des Verfassers, deren eingehende kritisch-dogmatische Begründung zwar erst Band II erbringen soll, die aber schon in dem jetzt vorliegenden, die historische Entwickelung der Schuldlehre in Deutschland und Oesterreich darstellenden Theil der Arbeit kräftig zur Geltung kommt. Einen kurzen Abriss dieser seiner dogmatischen Lehrmeinung giebt der Autor schon in der Einleitung (S. 1—11) dem Leser mit auf den Weg; sie leuchtet auch weiterhin als das eigentliche Ziel voran, auf welches der Verfasser hinaus will, und an ihrem Massstabe wird alsdann, namentlich gegen den Schluss des Buches hin, das Recht und die Wissenschaft der Vergangenheit gemessen, und Lob und Tadel gespendet. Damit ist eine Schwäche des Werkes gekennzeichnet: es trägt so, wie es sich selbst giebt, stark subjective Färbung. Die Reinheit der historischen Forschung wird aber durch derartigen Subjectivismus allzu leicht beeinträchtigt — eine Wahrheit, die schon zu den Trivialitäten gehört. So ist auch unser Autor in dem Wunsche, Sätze, die er de lege ferenda für richtig hält, auch schon von der Geschichte approbirt zu sehen, mehrfach fehl gegangen. Auf das Conto dieses Wunsches wird z. B. wohl die Ausführung auf S. 95 zu setzen sein. Löffler möchte gern, weil er selbst eine Beziehung des Schuldbegriffs zur Rechtswidrigkeit leugnet, nachweisen (gegen Binding), dass schon der römischrechtliche dolus das Bewusst-

sein der Rechtswidrigkeit nicht vorausgesetzt habe. Er ruft nun u. A. auf S. 95 hierfür den § 1 I. vi bon. rapt. 4, 2 an, wo gesagt wird, dass der imprudens iuris, Einer, der das Selbsthilfeverbot nicht kennt, dennoch wegen Zuwiderhandelns gegen dasselbe bestraft wird. Dabei hat Löffler nur Eins übersehen: dass nämlich die Quellen weder hier noch sonst, insbesondere nicht in der divalis constitutio selbst, der l. 7 C. unde vi 8, 4, aussprechen, dass diese Privatstrafe für Selbsthilfe nur den dolosen Thäter treffen solle, so dass also dem imprudens iuris unseres § 1 dolus imputirt werden müsste. Indessen sei hier ausdrücklich zur Vermeidung eines Missverständnisses ausgesprochen, dass glücklicherweise der weitaus überwiegende Theil der historischen Ergebnisse des Werkes auch objective Gültigkeit beanspruchen darf.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Löffler'sche Buch eine sehr schätzenswerthe Bereicherung der Litteratur darstellt. Die bisherigen Forschungen sind bei Weitem nicht so tief in die Materie eingedrungen, wie jetzt Löffler. Die Gründlichkeit paart sich mit Klarheit. Die Darstellung ist anschaulich und lebendig. Sprachlich sei nur Eins bemerkt: Verfasser schreibt beständig „anderseits", Warum schreibt er nicht auch in entsprechender Weise „einseits"?[1])

Was nun die germanischrechtlichen Abschnitte des Buches insonderheit anlangt, so mag vorab bemerkt werden, dass nicht in ihnen der Schwerpunkt der Arbeit liegt. Gleichwohl sind auch sie nicht lediglich Reproduction schon bekannter Dinge, sondern bezeichnen entschieden einen Fortschritt in der historischen Erkenntniss. Letzteres gilt zunächst von der nachdrücklichen Betonung der germanischen Erfolghaftung. Wilda, dem John, Brunner u. A. sich angeschlossen haben, hatte die Ansicht aufgestellt, im germanischen Strafrecht sei der widerrechtliche Wille die eigentliche Grundlage jedes strafbaren Unrechts gewesen. Nun ist aber Strafe wegen Ungefährverletzung im germanischen Strafrecht durchaus nichts Seltenes gewesen. Die Vereinigung dieser Thatsache mit jenem angeblichen Willensprincip ist Wilda und seinen Nachfolgern schwerlich gelungen. Löffler wendet sich nun gegen jene Aufstellung, auch in der erweiterten Fassung B. W. Leists, wonach es ein nicht bloss germanisches, sondern urarisches Princip sein soll, dass der böse Wille das eigentlich Arge in den Unthaten sei. Er selbst sucht die Erklärung für das gleichzeitige Vorkommen der Erfolghaftung und des Schuldrequisits in einer strengen Scheidung von Rache- und Compositionenrecht einerseits und Friedenssystem ande-

[1]) Es unterliegt doch keinem Zweifel, dass die Schreibung „anderseits" nicht nur hässlich, sondern sprachwidrig und falsch ist. Die Stammworte sind „ein" und „ander", aus diesen wird „ein-erseits" und „ander-erseits". Jene Verstümmelung unserer Muttersprache — „anderseits" — scheint übrigens bei der Zeitschrift für die gesammte Strafrechtswissenschaft geradezu Grundsatz zu sein, wenigstens hat Referent die Erfahrung gemacht, dass in seinen Publicationen in der genannten Zeitschrift, wiewohl im Manuscript richtig „andererseits" geschrieben war, stets „anderseits" im Druck gesetzt und seine Correctur dieser fehlerhaften Missbildung einfach ignorirt wurde!

rerseits. In jenem, dem historisch älteren, ist keine Spur von Rücksichtnahme auf Schuld oder Unschuld zu finden. Die Rachsucht stellt sich ausschliesslich auf den Standpunkt des Verletzten, dieser aber empfindet den Schmerz nicht minder bei Zufallsverletzung, als bei schuldhafter That. Erst das Friedenssystem, ausgehend von der genossenschaftlichen Bedeutung einer Reaction gegen das Unrecht, bringt dann den Fortschritt, die Straflosigkeit absichtsloser Missethat. Diese Verschiedenheit des Standpunkts erhellt namentlich daraus, dass nach den Volksrechten die casuelle (einschliesslich der culposen) Verletzung zu Busse, aber nicht zu Friedensgeld verpflichtet. In der späteren Zeit steht dann freilich die Schuldfrage „unter dem Zeichen einer bedenklichen Verwilderung". Statt dass das Friedensrecht mit seiner Betonung des Schuldrequisits immer mehr an Boden gewonnen hätte, erfolgt ein ungeheurer Rückfall ins Racherecht, „der Rachegedanke beherrscht in weitem Umfange das Rechtsbewusstsein dieser Zeit". Die Erfolghaftung dringt in das Gebiet des öffentlichen Strafrechts ein; jetzt ist Gewedde, nicht bloss Busse, ohne Rücksicht auf Schuld zu zahlen; es ist strafrechtliche Verbürgung gestattet u. s. w. Und das tritt in den eigentlichen deutschrechtlichen Quellen sowohl, wie auch in den italienischen Stadtrechten deutlich zu Tage[1]). Endgültig hat dann mit den germanischen Traditionen der Erfolghaftung erst die C. C. C. gebrochen. — Diese Darlegungen des Verfassers erscheinen wohlbegründet.

Schliesslich seien noch einige Einzelpunkte hervorgehoben.

1. Die Tödtung auf handhafter That ist nach Brunner und Schröder ein Ausfluss der Friedlosigkeit, so zwar, dass diese bei Ertappung auf handhafter That von selbst, ohne Friedloslegung, eintritt. Diese Meinung bekämpft Löffler mit triftigen Gründen, indem er die unmittelbare Beziehung der Tödtung auf handhafter That zum Racherecht aufdeckt, unter Hinweis namentlich auf die analogen Erscheinungen des altgriechischen und altrömischen Rechts.

2. Ebenso wird man dem Verfasser Recht geben müssen, wenn er gegen Post, Günther u. A. das Abhauen der meineidigen Finger, die Feuertodesstrafe gegen Münzfälscher u. s. w. als Massregeln criminalpolitischen Charakters, nicht als Talion gedeutet wissen will.

3. Löffler findet in den Bestimmungen der additio zur lex Frisionum einen Fortschritt gegenüber den Bestimmungen der lex selbst, insofern hier für die Ungefährverletzung die simpla compositio beibehalten, die Composition für absichtliche Verletzung dagegen auf das Dreifache erhöht worden sei. Die gegentheilige Meinung Bewers, der die gleiche Scheidung von Absicht (Zahlung des triplum) und Casus (Zahlung des simplum) der lex selbst unterlegt, wird von ihm als unhaltbar nachgewiesen.

---

[1]) Haftung für casus in dem italienischen Statutarrecht s. jetzt auch bei Kohler, Studien aus dem Strafr., III S. 205—206, der jedoch — wohl zu Unrecht — den casus nicht als reinen Zufall auffassen will. Jedenfalls zeigen die Löffler'schen Darlegungen, dass eine Strafdrohung für nackten Zufall für jene Zeit durchaus nicht ungeheuerlich gewesen wäre.

4. Das altgermanische Friedensrecht wird von dem Verfasser als das „Urbild der Binding'schen Normentheorie“ bezeichnet. Dort wie hier sei das Delict als Ungehorsam aufgefasst, nur im altgermanischen Recht mit mehr Consequenz, als bei Binding. Sei nämlich der Ungehorsam das eigentlich Strafbare im Delict, nicht die Verletzung eines Rechtsgutes, so komme man — hier nimmt Löffler einen von Adolf Merkel erhobenen Einwand gegen die Normentheorie auf — zu einer Abstufung der Strafen nur nach der Autorität des Bannberechtigten, nicht nach der Bedeutung der That für die Rechtsgüterwelt, wie dies bei dem altgermanischen fredus thatsächlich der Fall gewesen sei. Da nun eine derartige Strafbemessung nicht als das Richtige erscheint, so hält — so muss man im Sinne Löfflers weiter folgern — das Friedenssystem und mit ihm der Grundgedanke der Normentheorie vor der kritischen Prüfung nicht Stand. Damit geräth aber der Verfasser in einen bösen Zwiespalt mit sich selbst. Denn er selbst ist es ja, der den innigen Zusammenhang der Schuldlehre mit der Auffassung des Delicts als Ungehorsam ins helle Licht gestellt hat (S. 25); will anders man also das Schuldprincip beibehalten, so bleibt doch wohl nichts Anderes übrig, als den Ungehorsam zum Angelpunkt des Delicts zu machen. Was aber die angebliche Folgerichtigkeit des altgermanischen Friedensrechts anlangt, so meinen wir, dass eine Parömie „Ungehorsam ist Ungehorsam“ doch nur dem Standpunkt eines unentwickelten Rechts entsprechen konnte, wie es das alte germanische Recht war. Nur eine ganz äusserliche Auffassung kann den mannichfaltigen Inhalt der Gebote und Verbote derart ignoriren, dass der Ungehorsam gegen alle gleich gewerthet wird. Wer tiefer in das Wesen der Dinge eindringt, wird bald gewahr, dass der Ungehorsam durchaus nicht gleich schwer wiegt, sondern entsprechend der verschiedenen Wichtigkeit, die der Bannberechtigte den Normen beilegt. Dieser Abstufung des Ungehorsams entspricht dann die Abstufung der Strafen. Die Normentheorie ist also nicht nur nicht eine inconsequente Neuauflage des Friedensrechts, sondern vielmehr eine naturgemässe Ausgestaltung desselben im Sinne fortschreitender Rechtsentwickelung.

5. Die Schuldlehre des Schwabenspiegels weicht von der des Sachsenspiegels erheblich ab. Im Gegensatz zu v. Bar, der die Schwabenspiegelbestimmungen auf Missverständniss des römisch-kanonischen Rechts zurückgeführt hatte, nimmt Löffler „schärfste bewusste Opposition“ des Schwabenspieglers an. Es wird ihm hierin beizupflichten sein.

Breslau, September 1896. Dr. Ernst Beling.

Germanistische Chronik.

Auch in diesem Jahre hat die Chronik eine Reihe der schmerzlichsten Todesfälle zu verzeichnen. Am schwersten wiegt, nachdem unsere Nation den Verlust ihres grossen Geschichtschreibers Heinrich von Sybel kaum verwunden hat[1]), der am 28. April 1896 in Berlin erfolgte Tod Heinrichs von Treitschke. — Am 10. Februar 1896 starb der hochverdiente Vorstand der Badischen Historischen Commission, der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Eduard Winkelmann in Heidelberg, der ausgezeichnete Bearbeiter der Geschichte Kaiser Friedrichs II. und der Kaiserurkunden des Mittelalters[2]). Ihm folgte am 9. März, noch in der Blüthe der Jahre und in voller Schaffensfreudigkeit stehend, Dr. Victor Krause (Berlin), der sich durch die Fortsetzung der von Boretius begonnenen Ausgabe der Capitularien für die Monumenta Germaniae, sowie durch seine Untersuchungen über die missi dominici bereits in trefflichster Weise bewährt hatte. — Am 3. August 1896 starb in Zürich der verdienstvolle Begründer und Leiter des schweizerischen Idiotikons, Dr. Fritz Staub.

Am 5. Februar 1896 starb der ordentliche Professor der Rechte Dr. L. M. B. Aubert in Christiania, dessen Werk Grundbegernes Historie i Norge Danmark og tildels Tyskland (1892) in seinen Deutschland betreffenden Theilen auch in Band XIV unserer Zeitschrift, in deutscher Bearbeitung von O. Doublier, erschienen ist[3]).

Mit Frankreich beklagen wir den am 18. Juni 1896 in Paris erfolgten Tod des grossen Quellenforschers Eugène de Rozière, Mitglied des Senats und des Institut de France. Am 3. Mai 1820 geboren, blickte der Verewigte, ein Enkel von J. M. Pardessus, auf ein reiches Leben zurück. Von 1853 bis 1881 bekleidete er das Amt des Inspecteur général des archives départementales. Er war Mitbegründer und bis zu seinem Tode Mitherausgeber der 1855 ins Leben getretenen Revue de droit

---

[1]) Durch einen leider übersehenen Druckfehler steht in der germanistischen Chronik des vorigen Bandes (S. 276) Ludwig von Sybel. Ebenda (S. 277) ist irrthümlich angegeben, dass Ludwig Weiland nach dem Tode Weizsäckers nach Göttingen berufen worden sei. Es handelte sich um den Abgang Weizsäckers von Göttingen nach Berlin. — [2]) Nachrufe in: D. Zeitschr. f. GW. N. F. I. 60 ff., Neue Heidelberger Jahrbücher, 1896, S. 123 ff., Allgemeine Zeitung 1896, Beilage Nr. 48. — [3]) Nachruf Tidsskrift for Redsvidenskab IX. 344.

français et étranger. Seine ausgezeichnete Ausgabe der Formelsammlungen (Recueil général des formules usitées dans l'empire des Francs du 5. au 10. siècle, 1859—1871) hat wegen ihrer systematischen Anordnung auch neben der musterhaften Ausgabe Zeumers in den Monumenta Germaniae einen hohen Werth für die rechtsgeschichtliche Forschung behalten [1]).

Am 4. October 1896 starb der Oberlandesgerichtsrath und ordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Alex Franken in Jena.

Der Generalreferent der Commission für das bürgerliche Gesetzbuch, Geh. Oberjustizrath Professor Dr. G. Planck in Göttingen, wurde wegen seiner glänzenden Verdienste um das Zustandekommen des grossen Gesetzgebungswerkes zum Wirklichen Geheimen Rathe mit dem Prädicat Excellenz ernannt.

Berufen wurden: die ordentlichen Professoren der Geschichte Dr. Dietrich Schäfer in Tübingen nach Heidelberg, Dr. Wilhelm Busch in Freiburg i/Br. nach Tübingen, Dr. A. Naudé in Marburg nach Freiburg i/Br., Dr. Reinhold Koser in Bonn nach Berlin als Director der preussischen Staatsarchive, Dr. Friedrich von Bezold in Erlangen nach Bonn, Dr. Aloys Schulte in Freiburg i/Br. nach Breslau.

Der ordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Konrad Cosack in Freiburg i/Br. wurde in gleicher Eigenschaft nach Bonn berufen. An seine Stelle trat Dr. Ulrich Stutz, bisher ausserordentlicher Professor in Basel.

Der ausserordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Alfred Schultze in Halle wurde in gleicher Eigenschaft nach Breslau versetzt. Der ausserordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Eduard Rosenthal in Jena wurde zum ordentlichen Professor befördert.

Zu ordentlichen Professoren der Geschichte wurden befördert die ausserordentlichen Professoren Dr. Hans Delbrück in Berlin und Dr. Herzberg-Fränkel in Czernowitz.

Der Privatdocent Dr. Michels in Göttingen wurde als ordentlicher Professor der deutschen Philologie nach Jena berufen, der Privatdocent der deutschen Philologie Dr. A. Bachmann in Zürich zum ausserordentlichen Professor befördert, der Privatdocent der Geschichte Dr. Richard Fester als ausserordentlicher Professor nach Erlangen berufen.

Der ausserordentliche Professor der Geschichte Dr. Eduard Heyck in Heidelberg folgte einem Rufe als Vorstand der Fürstlich Fürstenbergischen Bibliothek in Donaueschingen.

Als Privatdocenten haben sich habilitirt: für deutsches Recht Dr. Frhr. Langwerth von Simmern in Marburg, Dr. Ernst Heymann in Breslau, Dr. Hans Schreuer in Prag, Dr. Paul Puntschart

[1]) Ein Nachruf von Schlumberger in der Nouvelle Revue de dr. fr. et étr. 1896, S. 449 ff.

in Innsbruck, Dr. Rudolf His in Heidelberg; für deutsches Recht und Strafrecht Dr. Hermann Knapp in Würzburg; für Staatswissenschaften Dr. Werner Wittich in Strassburg; für Geschichte Dr. A. Meister in Bonn; für germanische Philologie Dr. Franz Saren in Halle.

Die 14. Plenarsitzung der badischen historischen Commission fand im November 1895 statt. Veröffentlichungen der Commission: Ladewig und Müller: Regesten zur Geschichte der Bischöfe von Constanz, I. Band, 5. Lieferung (Schluss); Fester, Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, 6.—8. Lieferung; Schröder, Oberrheinische Stadtrechte, 1. Abtheilung, Heft 1 und 2; Krieger, Topographisches Wörterbuch des Grossherzogthums Baden, 3. Abtheilung; Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch, 3. und 4. Lieferung; Badische Neujahrsblätter, 5. Blatt (Gothein, Bilder aus der Culturgeschichte der Pfalz nach dem 30jährigen Kriege); Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, Band X (darin: Chroust, Ein Beitrag zur Geschichte der kurpfälzischen Finanzen am Anfang des 17. Jahrhunderts; Schröder, Uebersicht über das gedruckte und handschriftliche Material für die Herausgabe der badischen und elsässischen Stadtrechte I.; J. Becker, Die Wirksamkeit und das Amt der Landvögte im Elsass im 14. Jahrhundert; Schneider, Gerechtigkeiten und Einkünfte der Hinterburg in Neckarsteinach).

Die 37. Plenarversammlung der historischen Commission bei der königl. bayerischen Akademie der Wissenschaften fand im Juni 1896 statt. Von der deutschen Biographie lagen der 39. und 40. Band vollendet vor, von den deutschen Reichstagsacten unter Karl V. Band II, von den Briefen und Acten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts Band IV. Besonderen Werth für die deutsche Rechtsgeschichte hat der 24. Band der Chroniken der deutschen Städte (Band III der niederrheinischen und westfälischen Städte, Soest und Duisburg) mit einer allgemeinen Einleitung zur Geschichte und Verfassung von Soest und einer kritischen Ausgabe des Soester Stadtrechts von Ilgen[1]).

---

[1]) Es ergibt sich, dass die §§ 1—34 des ersten Soester Stadtrechts grösstentheils einem Privileg des Kölner Erzbischofs entnommen sind, aber auch einige vornehmlich auf die Rechtspflege bezügliche autonomische Bestimmungen enthalten. Die Abfassungszeit wird begrenzt durch die Benutzung dieses Theils des Soester Rechts in dem Stadtrecht von Medebach (1165). Die von derselben Hand geschriebenen §§ 35—52 sind nach ihrem Inhalte ein späterer Zusatz, wahrscheinlich aus dem Anfange des 13. Jahrhunderts, der bei der Bestätigung des Soester Stadtrechts durch Erzbischof Heinrich (1226) schon vorgelegen haben dürfte. Als ein weiterer Zusatz geben sich durch die Schrift die §§ 53—63 zu erkennen. Ilgen setzt denselben nach der Schrift in die 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts, doch dürfte die Erwähnung des Kaisers (§ 53) gegen eine Abfassung nach 1250 sprechen. Die zweite Redaction

des ersten Stadtrechts gehört nach der Schrift dem ausgehenden 13. Jahrhundert an (städtische Urkunden von 1292/93 rühren anscheinend von derselben Hand her), auch der Inhalt spricht für eine Abfassung nach der 1281 erfolgten Neuregelung des städtischen Gerichtswesens. Verschiedene Textänderungen von der Hand eines in städtischen Niederschriften aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts mehrfach begegnenden Schreibers sind wohl erst nach 1310 vorgenommen worden.

R. Schröder.

Monumenta Germaniae historica. In den Tagen vom 9. bis 11. April 1896 tagte in Berlin die Plenarversammlung der Centraldirection. Diese hat durch den am 1. August 1895 erfolgten Tod Heinrichs von Sybel (vgl. diese Zeitschrift XVI, 276) ein langjähriges und eifriges Mitglied verloren. Der Abtheilung Leges ist in Victor Krause, der am 9. März d. J. zu Falkenstein im Taunus nach längerem Leiden verstarb, ein treuer und unermüdlicher Mitarbeiter entrissen worden. Die Vollendung der Capitularien-Ausgabe hat dadurch eine neue Unterbrechung erlitten. Von dem dritten Hefte des zweiten Capitularienbandes sind Walahfrid Strabo's Libellus de exordiis, Hincmar's Schrift De ordine palatii, die Concordanzen mit den älteren Editionen, die wichtigen addenda et corrigenda und der über Erwarten reichhaltige Namenindex noch von Krause selbst im Druck erledigt worden. Von dem sehr eingehenden und ausführlichen Index rerum et verborum waren, als Krause starb, die Wortartikel bis considerare gedruckt. Der Rest ist zum grössten Theile im Manuscripte ausgearbeitet, bedarf aber noch einer Revision. Für einzelne Wörter liegt nur der von Krause hergestellte Zettelkatalog vor. Für die Einleitung, Beschreibung und Classificirung der Handschriften sind nur erst Vorarbeiten vorhanden. — Herr Professor Dr. Zeumer hat im verflossenen Geschäftsjahre die Quartausgabe der Leges Visigothorum soweit gefördert, dass er hofft, binnen Jahresfrist mit der Drucklegung beginnen zu können. Eine Geschichte der westgothischen Gesetzgebung gedenkt er in gesonderter Ausführung zu veröffentlichen. Nach Krause's Tod hat er es übernommen, die Arbeiten für den Index rerum et verborum weiter zu führen. Für die Capitulariensammlung des sog. Benedictus Levita wird Herr Dr. Seckel in Berlin als Mitarbeiter eintreten. Die Quartausgabe der Lex Baiuwariorum zu besorgen hat Herr Professor Freiherr Dr. von Schwind in Innsbruck sich bereit erklärt. Der zweite Band der Constitutiones et acta publica imperatorum et regum, dessen Fortsetzung nach Weilands Tod Herr Dr. Schwalm in Göttingen übernahm, ist bis zum 81. Bogen gedruckt und wird demnächst ausgegeben werden. Für die Karolinger-Urkunden, welche Herr Professor Mühlbacher bearbeitet, hat dessen Mitarbeiter Dr. Dopsch einen grossen Theil von Italien mit ausgiebigem Erfolge bereist. Von den Urkunden Heinrichs II., die Herr Professor Bresslau herausgiebt, ist ein erheblicher Theil bereits gedruckt.

Berlin, den 15. April 1896. Heinrich Brunner.

Von der Savigny-Stiftung.

Von der K. bayerischen Akademie der Wissenschaften ist dem Curatorium der Savigny-Stiftung folgende Mittheilung zum Zwecke der Veröffentlichung zugegangen:

Die von der k. Akademie der Wissenschaften am 14. November 1891 veröffentlichte Preisaufgabe der Savigny-Stiftung:

„Revision der gemeinrechtlichen Lehre vom Gewohnheitsrecht"

hat eine einzige Bearbeitung gefunden ....

Die k. Akademie ist zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, der Arbeit den Preis zuzuerkennen.

Die k. Akademie schreibt die gleiche Preisaufgabe, unter denselben Bedingungen wie zuerst noch einmal zur Bewerbung aus, — mit dem unerstrecklichen Einsendungstermin 1. August 1898 (nicht 1897).

Das neue Preisausschreiben lautet demnach folgendermassen:

Die K. bayerische Akademie der Wissenschaften, welcher vom Curatorium der Savigny-Stiftung zu Berlin die Verfügung über eine Jahresrate genannter Stiftung übertragen ist, stellt wiederholt folgende Preisaufgabe:

„Revision der gemeinrechtlichen Lehre vom Gewohnheitsrecht."

Die Preisbewerbung, von welcher nur die einheimischen ordentlichen Mitglieder der K. bayerischen Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen sind, ist an keine Nationalität gebunden, doch dürfen die Bearbeitungen der Preisaufgabe nur in lateinischer oder deutscher oder englischer oder französischer oder italienischer Sprache verfasst sein.

Der unerstreckliche Einsendungstermin der Bearbeitungen, welche an die K. bayerische Akademie der Wissenschaften zu München zu adressiren sind und an Stelle des Namens des Verfassers ein Motto tragen müssen, welches an der Aussenseite eines mitfolgenden, den Namen des Verfassers enthaltenden verschlossenen Couverts wiederkehrt, ist der 1. August 1898 (nicht 1897).

Der Preis beträgt 4000 Mark; derselbe wird erst dann ausbezahlt, wenn die Veröffentlichung der Preisschrift durch den Druck bewirkt ist.

(Veröffentlicht in der Sitzung vom 28. März 1895.)



ZEITSCHRIFT

DER SAVIGNY-STIFTUNG

FÜR

RECHTSGESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN

VON

E. I. BEKKER, A. PERNICE, R. SCHRÖDER,
H. BRUNNER.

ACHTZEHNTER BAND

XXXI. BAND DER ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSGESCHICHTE

GERMANISTISCHE ABTHEILUNG.

WEIMAR
HERMANN BÖHLAUS NACHFOLGER
1897.



WEIMAR. — HOF-BUCHDRUCKEREI.

Inhalt des XVIII. Bandes

Germanistische Abtheilung.

I.

Die Quellen des „Libellus de Cesarea monarchia".

Von

Herrn Dr. **Jos. Hürbin,**

Rector des Gymnasiums in Luzern.

Der „Libellus de Cesarea monarchia"[1]) ist nicht das reine Erzeugniss originalen Denkens, sondern vielfach ein Auszug aus andern Werken, wie dessen Verfasser Peter von Andlau in der Einleitung selbst sagt: „Romani procursum imperii ingentemque loci et urbis gloriam, princeps orbis sacratissime, magni excellentesque ingenio viri dictis scriptisve magnopere celebrarunt. Germanorum vero, ad quos splendor migravit imperii, vel rerum gestarum gloriam, quibus Cesaream meruere monarchiam, tum quoque maxime ea, que vel latissimis iuris utriusque codicibus aut veterum partim hystoriis de imperialis celsitudinis maiestate, sparsim leguntur diffusa, pauci admodum stilo complexi sunt. At nuper michi in bibliothecula mea ociosius residenti, multa quoque et preclara de divinarum et humanarum rerum sciencia litteris pertractanti, Teutonicum non immerito visum est decere laborem, *illa ceu ex variis floribus in unum compingere opus,* quo multis morem gererem, qui horum forsitan noticiam non haberent."

Wenn wir daher fragen, durch was zeichnet sich diese Schrift Peters von Andlau aus, dass sie ein Interesse zu erregen vermöchte, die Quellen kennen zu lernen, aus denen der

[1]) Vgl. die Einleitung zur Ausgabe dieses Werkes in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XII. Germ. Abth. S. 34—40, Jahrgang 1891, wo das Nöthige über den Verfasser und dessen Werk gesagt ist.

Verfasser schöpft, so lautet die Antwort: „Sie ist die erste zusammenhängende Darstellung des Deutschen Staatsrechts, die einzige des 15. Jahrhunderts“ [1]). Geschrieben im Jahr 1460, zeigt das Werk einerseits gerade in Folge der Abhängigkeit von mittelalterlichen Schriftstellern die scholastisch-speculative Methode, lässt aber andererseits den Eindruck einer neuen, geistigen Bewegung erkennen, indem nicht nur die Aussprüche der italienischen Humanisten wie Poggio und Boccaccio denjenigen der Autoren des Mittelalters als gleichberechtigt dargestellt, sondern die Schriftsteller des Mittelalters durch Aussprüche griechischer und lateinischer Classiker ergänzt werden. Laband [2]) hat einst gesagt: „Dem Aufblühen des Humanismus in Deutschland geht es (das Werk Peters v. A.) um ein volles Menschenalter voraus; von dem frischen Hauch des neuen Geisteslebens, das am Ausgang des 15. und am Anfang des 16. Jahrhunderts gerade in den oberrheinischen Ländern erstand, war es noch nicht durchweht. Aber dennoch zeigt es bereits deutlich die Richtung an, in welche die geistige Bewegung einzulenken im Begriffe stand; und dass Petrus von Andlau persönlich an dieser Bewegung Antheil nahm, beweist sein freundschaftlicher Verkehr mit Sebastian Brandt, den er im Jahr 1475 als Dekan der juristischen Fakultät in Basel immatrikulirt hatte.“ Dieser Ausspruch erhält eine tiefere Begründung dahin, dass das Deutsche Staatsrecht, wie es Peter von Andlau in seinem Libellus de Cesarea monarchia „aus der grossen Masse des römisch-kanonischen Rechts als einen abgegränzten und besondern Theil heraushob und dadurch den Ansatz zur Bildung eines neuen Zweiges der Rechtsliteratur schuf“, nach ihren Quellen als eine Schrift des Uebergangs zu betrachten ist, deren eine Seite dem Mittelalter, die andere der neuen Zeit sich zuwendet.

Die Quellen im Einzelnen sind zu unterscheiden:

a) in solche, welche der Verfasser selbst nennt und anführt;

b) in solche, welche Peter von Andlau ohne jede weitere Angabe benutzt hat. Für die ersteren schien eine systematische

[1]) P. Laband, Rede über die Reception des Römischen Rechts für das Deutsche Staatsrecht. Strassburg 1880. S. 24. — [2]) Ibidem S. 26.

Uebersicht angezeigt, und gebe ich eine solche, nach bestimmten Abtheilungen geordnet, im Folgenden. Unter den letzteren sind, wie wir im zweiten Theil dieser Abhandlung sehen werden, namentlich des Iordanus von Osnabrück Werk: „De prerogativa imperii Romani“, sowie des Thomas von Aquin, de regimine principum zu verstehen, weiterhin Felix Hemmerlin, de nobilitate et rusticitate, und Enea Silvio Piccolomini: „De ortu et auctoritate imperii Romani“.

I. Theil. Uebersicht der angegebenen Quellen.

I. Quellen des Rechts.

A. Geistliches Recht.

1. Corpus iuris canonici:

1. dist. ius naturale in I. tit. 1.
8. dist. quo iure in I. tit. 1; II 8;
c. 6. dist. 35 in I. tit. 1.
1. dist. c. ius gencium in I. tit. 1; I. tit. 4;
6. dist. c. his itaque in I. tit. 1; I. tit. 4;
c. de Constantinop. 22. dist. in I. tit. 1; I. tit. 3; I. tit. 11;
in proemio VI. Decretal. in I. tit. 2.
XI q. 3. c. resistit in I. tit. 2; II 8;
c. solite. De maior. et obed. in I. tit. 2; 96 dist. in II 8;
c. omnis anima. De censib. in I. tit. 2.
gl. in c. magnum II. q. I. in I. tit. 2.
gl. in Clem. ad nostram de heretic. in I. tit. 3.
c. significasti. de elect. in I. tit. 3; II 5;
19. q. 2 due sunt leges in I. tit. 3.
c. licet. De regul. in I. tit. 3.
c. ad hoc. 89 dist. in I. tit. 3.
dist. 45. c. licet in I. tit. 3.
De penit. dist. 3. c. in domo in I. tit. 3.
text. in c. fundata. De election. lib. VI in I. tit. 7; I. tit. 9; I. tit. 15; II. tit. 12;
gl. in Clem. unica de iureiur. in I. tit. 7.
c. sicut in sacramentis. De consecr. dist. 4 in I. tit. 7; II. tit. 16;

c. quod diversitatem. De concess. prebend. in I. tit. 8;
c. in apibus VII q. I. in I. tit. 8; II 8;
c. ut fame. De sent. excom. in I. tit. 9.
L. dist. ut constituerentur in I. tit. 9.
c. cum ex iniuncto. De no. episc. in I. tit. 9.
c. in adiutorium. 10. dist. in I. tit. 10.
96. dist. c. Constantinus in I. tit. 11; II. tit. 9;
c. ego Ludovicus. 63 dist. in I. tit. 11; I. tit. 13; II 4;
in Clem. ne Romani de iureiur. in I. tit. 11; II 4; II 5;
II 6; II. tit. 12;
63. dist. c. tibi domino in I. tit. 11; II. tit. 2; II 4;
in extravag. De pace Constant. in I. tit. 12.
gl. in c. venerabilem. De elect. in I. tit. 13; I. tit. 15;
II. tit. 2; II. tit. 3; II 4; II 5; II 8;
c. Adrianus dist. 63 in I. tit. 13; II 8;
63. dist. § si verum in I. tit. 13.
XV. q. 6. in I. tit. 13.
XI. q. 1 in I. tit. 13; —relatum II 9;
in c. ex hiis 28 q. 1 in I. tit. 13.
gl. in c. unico de sac. uncc. in I. tit. 14.
de consecrat. dist. 1. c. nullus in I. tit. 14.
dist. 46. c. disciplina in I. tit. 14.
gl. 34. dist. c. 1 quod in I. tit. 15.
in c. In die. De consecr. dist. 5 in I. tit. 16; II 8;
LXIII. d. in Synodo in II. tit. 1.
gl. in c. ad Apostolice. De re iudic. lib. VI. in II. tit. 1; II.
tit. 2; II. tit. 4; II. tit. 9; II 18;
8. q. I. c. Moyses in II. tit. 1.
c. licet. De foro compet. in II. tit. 1; — ex suscepto. de fo.
comp. II. tit. 9; — fac. c. alius XV. q. 6;
c. licet. De re iudic. in II. tit. 2.
78. dist. c. quid est in II. tit. 2.
consue. dilectus. De verb. signif. abbate in II. tit. 3.
De officior. Romana lib. VI in II. tit. 3.
c. quanto de iureiur. in II. tit. 3.
c. novit. De iudic. in II. tit. 3; II 4; II 9;
c. 3. De iure patron. in II. tit. 3.
De elect. c. et c. bone in II. tit. 3.
XXX. q. 6 principes et c. regum in II. tit. 4.

arg. c. gratum. De elect. in II. tit. 4.
c. causam. Qui fil. sunt legit in II. tit. 4.
gl. singularis LXIII. dist. c. 5 in II. tit. 5.
c. transmissam. De elect. in II. tit. 5.
c. avaricie. eod. tit. VI. in II. tit. 5.
arg. c. translato. De constit. in II. tit. 5; II 9;
alle. et in fine VI. libri in II. tit. 5.
c. unico. De sacram. unc. in II. tit. 6.
De fide instrum. c. inter dilectos super gl. iudicio in II. tit. 6.
36 q. I. c. penult. in fin. in II. tit. 6.
gl. in c. Valentinianus LXIII. dist. in II. tit. 6.
XXX. q. I etiam nunc. in II. tit. 8.
96 dist. bene quidem in II. tit. 8.
C. II. De iudic. in II. tit. 8.
XI q. I. § siquis vers. volumus in II. tit. 8.
23. q. 8 convenior in II. tit. 8.
16. q. 3. § potest in II. tit. 8.
c. super quibusdam. De verb. signifer in II. tit. 8.
c. cum homines in fine. De decim. in II. tit. 8.
c. cum ex officii. De prescript. in II. tit. 8.
c. intellecto. De iureiur. in II. tit. 8.
46. dist. sunt namque in II. tit. 8.
gl. notab. in c. non autem 6. q. I. in II. tit. 9.
XCIII dist. in II. tit. 9.
c. cum ad verum. 96. dist. in II. tit. 9; — XI. q. 6 in II. tit. 13;
I. q. 3. ex multis in II. tit. 9.
c. omnis. 22. dist. in II. tit. 9.
10. dist. quoniam in II. tit. 9.
c. cum inter universas in fin. De elect. in II. tit. 10.
c. de multa. De prebend. in II. tit. 11.
c. nunquam. 56. dist. in II. tit. 11.
c. certificari. De sepultur. in II. tit. 11.
arg. c. fin. De constit. lib. 6. in fine in II. tit. 11.
88 dist. c. negociatorem in II. tit. 11.
23. q. I per tot. in II. tit. 13; II. tit. 18;
33 q. 5. c. regum in II. tit. 16.
c. sunt quidam in II. tit. 16.
c. iudices. 3. q. VII in II. tit. 16.

c. ne innitaris. De constit. in II. tit. 16.
c. audacter. 8. q. I in II. tit. 16.
24. q. I. qui contra pacem in II. tit. 18.
Eccles. 4. De offic. leg. c. I. lib. VI. q. 23. q. II. dominus in II. tit. 18.
16. q. I. c. revertim in II. tit. 18.
16. q. 7. maiores in II. tit. 18.
33. q. 5. c. principes in II. tit. 18.

2. Glossatoren des Corpus iuris canonici[1]):

Johannes Andreä in I. tit. 13, I. tit. 15; II. tit. 2; II. tit. 3; II. tit. 6.
Panormitanus (= Nicol. v. Tudeschis) in II. tit. 1; II. tit. 3.
Abbas antiquus[2]) in II. tit. 2.
Antonius de Butrio in II. tit. 2.
Ioh. de Anania[3]) in II. tit. 2.
Cardinalis Florent. (= Franciscus Zabarella) in II. tit. 3.
Hostiensis (= Hen. de Segusia) in II. tit. 3; II. tit. 6; II. tit. 8.
Ioh. de Lignano in II. tit. 9.
Speculator (= Guillelmus Durantis d. Aeltere)[4]) mit Specul. in Tit. de iurisdic. omni iudic. in II. tit. 3 und Specul. Tit. de procurs. § 1. vers. in II. tit. 13.

B. Weltliches Recht.

1. Corpus iuris civilis:

L. cum pater. D. de legat. 2 in I. tit. 1.
L. ex hoc iure. D. de iustit. et iure in I. tit. 1.
Auth. ut nulla iudic. Collat. 9. et ut iud. sine quo suffrag. in princ. Collat. 2. in I. tit. 2.

---

[1]) Für die Feststellung der einzelnen Stellen aus dem Corpus iuris canonici, namentlich für die Canonisten vgl. Joh. Friedr. v. Schulte, Die Geschichte der Quellen und Literatur des Canonischen Rechts Bd. I und II. Stuttgart 1875; für die nachstehenden mittelalterlichen Civilisten cfr. Savigny, Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter. Bd. 4 bis 6. Heidelberg 1831. — [2]) Vgl. J. F. v. Schulte, Gesch. der Qu. und Lit. d. can. Rechts II 130 ff. — [3]) Gest. 1457, vgl. v. Schulte l. c. II 320 ff. — [4]) Guillelmus Durantis der Aeltere, von seinem Werk: speculum iudiciale gewöhnlich Speculator genannt, war Bischof von Mende; er starb 1296. Vgl. v. Schulte l. c. Bd. II.

Auth. de incest. et nefar. recept. § si sermo. Collat. 2. in I. tit. 3.
L. 2. D. de orig. iur. in I. tit. 6.
gl. ordinaria in proem. digest. et pariter instit. in I. tit. 7; I. tit. 11; . . in ver. ex quest. I, 12; II. tit. 13.
l. princeps. D. de legibus et IX. q. III. c. in I. tit. 8; II. tit. 8;
l. digna vox. C. de legibus in I. tit. 8; II. tit. 8;
l. si unus. § principaliter. D. de arbitris in I. tit. 8.
l. quia poterat. D. ad Trebell. in I. tit. 8.
l. ita vulneratus. D. Ad leg. Aquil. in I. tit. 9.
l. si operis. C. de pen. in I. tit. 9.
Auth. de defensor. civit. § fin. collat. 3. in I. tit. 9.
C. ad leg. Iul. amb. (L)una in I. tit. 9.
L. unica. C. ut omnes cau. tam civil. quam crimen in I. tit. 9.
text. iun. gl. 28. q. I.. § ex his in I. tit. 10.
L. I. E. de emend. cod. in I. tit. 10.
l. unica. C. de novo cod. confir. in I. tit. 10.
l. I. C. de vete. iure enucl. in I. tit. 10; l. 2 . . . in I. tit. 11; II. tit. 17.
C. de donat. int. vir. et uxor. L. fin. in I. tit. 10.
Auth. quom. oport. episc. in princ. Collat. I in I. tit. 11; . . . 23 q. 4. c. quesitum in II. tit. 9.
gl. in l. § in urbem D. de offic. pref. urb. in I. tit. 11.
l. omni nacione. C. de sacros. eccles. in I. tit. 11.
l. curialibus C. de decur. lib. 10. in I. tit. 12.
Instit. quibus mod. ius pat. potest sol. § filiusfamilias, si militaverit et ibi gl. in I. tit. 12.
L. unica C. de privileg. urb. Constip. lib. XI in I. tit. 12.
Auth. ut ordo prefect. collat. V in I. tit. 12.
L. I et II. C. de prefect. pretor. sive urb. et mag. milit. lib. XII in I. tit. 12.
C. de offic. prefec. Orient. et Illirici in I. tit. 12.
gl. in l. qui indignus. D. de senator. in I. tit. 12.
gl. in l. que super eos sunt coll. V in I. tit. 12.
c. I. de constit. in I. tit. 12.
Auth. navigia C. de furt. in I. tit. 12.
L. per fundum ff. de servit. rustic. pred. in II. tit. 3.
L. ult. D. de collat. bonor. in II. tit. 5.
L. omnes. D. de fer. et ibi gl. id est coronatio in II. tit. 5.
L. bene a Zenone C. de quadr. prescript. in II. tit. 5; II. tit. 8.

l. iure nostro § fin. D. de testam. in II. tit. 5.
Instit. de rer. divis. § sacre X. distinct. de capitulis in II. tit. 6; II. tit. 8;
L. unica. C. de auro coron. lib. 10 in II. tit. 6.
L. Iudeorum. C. de Iudeis in II. tit. 6; II. tit. 8;
L. leges. C. de legibus et constit. in II. tit. 6.
L. constitutiones. C. de iur. et fac. ignor. in II. tit. 8; II. tit. 13;
L. deprecacio D. ad leg. Rhod. de fact. in II. tit. 8.
L. omnis pensitare. C. de annon. et tribut. lib. X. c. omnis anima. De censib. in II. tit. 8.
l. I. Quis dicat dux. com. etc. coll. X in II. tit. 8; II. tit. 12.
l. hostes. D. de capt. in II. tit. 8.
l. item si verberatus. De rei vendic. in II. tit. 8.
c. I. de dona in II. tit. 8; II. tit. 11;
l. providendum. C. de postul. in II. tit. 11.
l. I. de dignitate. lib. 12. in II. tit. 11; II. lib. 12;
l. iudices. C. eod. in II. tit. 11.
d. l. I. in fin. in II. tit. 11.
l. mulieres eod. in II. tit. 11.
l. femine. D. de senator. in II. tit. 11.
I. liberos. De de senator. in II. tit. 11.
Auth. habita. C. ne fil. pro patre in II. tit. 11.
l. medicos. C. de dignit. lib. 12. in II. tit. 11.
l. unica. C. de equest. dignit. lib. 12 in II. tit. 11.
L. 2. C. de crim. sacrileg. et 18. q. 4. § qui autem in II. tit. 11.
l. I. D. de mun. et honor. in II. tit. 11.
L. omnes populi. De de iust. et iure in II. tit. 11.
L. milites. De re milit. lib. 12. in II. tit. 11.
L. nobiliores. C. De commerc. in II. tit. 11.
C. de comit. consist. lib. 12. in II. tit. 12.
Auth. de pace tenend. in rubro et in nigro coll. X. 33. q. I. c. noli de treuga et pace per tot in II 12; 18.
C. de vestibus oloser. et de auro etc. lib. XI. in II. tit. 12.
C. nulli licere in fren. et equest. sell. I unica. libro XI. in II. tit. 12.
L. I. § miles. D. de testam. milit. in II. tit. 13.
L. penult. D. de testam. milit. in II. tit. 13.
gl. in l. penult. D. ex quibus maior in II. tit. 13.
C. ne negociat. milit. L. unica. lib. XII. in II. tit. 13.

et § si quis rusticus. De pace tenen. in II. tit. 13.
L. I. qui milit. non poss. in II. tit. 13.
L. filiusfamilias. De testam. milit. in II. tit. 13.
L. III. C. de fabricens. in II. tit. 13.
L. 2. D. de hiis qui not. infam. in II. tit. 13.
c. degradacio. De poen. lib. VI. in II. tit. 13.
§ ignominie et not. in rubr. C. de veteran. lib. 12 in II. tit. 13.
L. veterani. tit. et lib. proxime all. in II. tit. 13.
L. advocati. C. de advoc. divers. iudic. in II. tit. 13.
Instit. de milit. testam. § II in II. tit. 13.
L. I. C. de equestri dignit. lib. 12 in II. tit. 13.
C. de ingen. et manumiss. L. ad recognoscendum in II. tit. 14.
L. statuimus. D. de re divi. in II. tit. 14.
L. omnium. C. de testam. in II. tit. 14.
L. II. C. de iurisdict. in II. tit. 14.
et l. minor in princ. C. de minor. in II. tit. 14.
L. si duos. D. de excus. tutor. in II. tit. 14.
L. fin. D. de albo scrib. in II. tit. 14.
L. iudices. C. de iudic. in II. tit. 14.
L. si pater. D. de oper. libert. in II. tit. 14.
Auth. ut iudic. sive quoque in II. tit. 16.
L. item si unus. § principaliter. D. de arbitr. in II. tit. 16.
C. de novo Cod. in princ. compon. in II. tit. 16.
L. unica. C. nem. lic. sign. Salvat. in II. tit. 17.
L. manichaeos. C. de heret. in II. tit. 17.
l. I. C. de fal. mone. in II. tit. 18.
c. I. de restit. spol. in II. tit. 18.
l. I. § is autem. D. si famil. furt. fecis. dic. in II. tit. 18.

2. Glossatoren des römischen Rechts:

Bartolus (in proem. Digest. et gl. iuris civilis) in I. tit. 11; ... in l. hostes. D. de capt. II 8; II 11; II. tit. 14.

Ioh. de Plat. (in l. curialibus. C. de decur. lib. 10) in I. tit. 12; II. tit. 13.

Iacobus de Arena (cuius questionem ad literam posuit Cyn. in L. bene a Zenone. C. de quadr. prescript.) in II. tit. 5.

Cynus (siehe oben) in II. tit. 5; .. (in l. providendum. C. de postul.) II. tit. 11; II. tit. 13.

Baldus (in l. penult. D. ex quibus caus. maior.) in II. tit. 13.

3. Der „liber feudorum“ Friderici I. Augusti wird wiederholt angeführt in II. tit. 12. De septem nobilitatis gradibus quibus terrena regitur monarchia.

4. Die goldene Bulle,

auch „Constitutio Karolina“ genannt (vgl. II. tit. 3. Schluss), findet sich als Rechtsquelle in II. tit. 2, 3, 10, 15 angeführt.

II. Theologische Quellen.

A. Die heilige Schrift.

1. Altes Testament:

Genesis 2 u. 4 cap. in Cham et Lamech; 5 u. 6 in I. tit. 1, 2, 4; II. tit. 18.
Deuter. 13 in I. tit. 1.
Exod. 25 in II. tit. 9. lib. Numer. „via regia“ in II. tit. 18.
I. regum, cap. 8 u. 10 in I. tit. 2, 9; II. tit. 6, 5, 16.
David Ps. „Deus iudicium regi da“ in I. tit. 2; II. tit. 8; II. tit. 9.
Salomon „Ubi non est gubernator“ in I. tit. 3; II. tit. 16; II. tit. 17.
Proverb. 8. in I. tit. 2.
Ecclesiast. in I. tit. 1.
Isaias 33 in I. tit. 2; II. tit. 16.
Ezechiel: „Servus meus David“ in I. tit. 2; II. tit. 14.
Ieremias in I. tit. 3, 5.
Daniel cap. 2 in I. tit. 4; II. tit. 8, 17.
Esdra „frequentia templi“ in II. tit. 18 (abgel.).

2. Neues Testament:

a) Evangelien: Math. in I. tit. 8; ... cap. 17 in II. tit. 8; ... cap. 11 in II. tit. 9; ... cap. 18 in II 14; cap. 10 in II 18.
b) Apostelgeschichte: I. tit. 10 (Pauli Gefangenschaft); .. Nos Dei genus sumus in II. tit. 17.
c) Briefe der Apostel: Paulus ad Rom. in I. tit. 1, 2, 3; II. tit. 9; ad Corinth. in I. tit. 2; II. tit. 5; ad Ephes. in II. tit. 18, 20; ad Coloss. in II. tit. 8; ad Thessal. epist. 2 in II. tit. 20. Petrus „Subditi estote omni creature“ in I. tit. 2.
d) Apocalypse S. Ioh. cap. 12 in II. tit. 9.

B. **Theologische Autoren.**

Kirchenväter:

Augustinus, de trinitate 3 in I. tit. 2; II. tit. 9.
„ de civitate Dei 16 in I. tit. 4 (abgel.); I. 5; I 10 (3mal in 5 und 18 cap.); ..5 in II 11; ..4 in II 16; II 17, 18, 20.
„ in glossa super evangelium Lucae in II. tit. 8.
Ambrosius „supra Ps. „Beati immaculati"" in II. tit. 16.
Hieronymus in I. tit. 4; „De sepultur. in II. tit. 11 (2mal).
„ epist. ad Eugeniam in I. tit. 15.

Kirchenlehrer:

Gregor „in Pastorali" in I. tit. 9.
„ „in Prologo Moralium" in I. tit. 11.
Thomas von Aquin II secundae q. c. 4. art. 1 in I. tit. 3.
„ „ „ II, 2. q. 62 (61?) artic. 7. in II. tit. 18.

C. **Liturgische Bücher.**

Pontificale Romanum in II. tit. 6 (2mal), tit. 7, tit. 19.

III. Classische Autoren.

A. **Griechische Classiker.**

Plato, Timäus am Schluss der Einleitung seines Werkes.
„ Politeia (?) in I. tit. 9; II. tit. 10, 12, 16.
Aristoteles, Physik 8 in I. tit. 2, 8.
„ Metaphysik in I. tit. 2.
„ Ethik 5 in I. tit. 2, 9, 10; II. tit. 16.
„ Politeia 2 in I. tit. 8 (2mal), ... 5 in II. tit. 5.
„ liber de sensu et sensato in II. tit. 14.

B. **Lateinische Classiker.**

Cicero, De officiis 2 in I. tit. 1, 4, ... 1 in I. tit. 10, ... 2 in I 10; II. tit. 10, 16.
„ De republica in I. tit. 10.
„ „contra Sallustium" in II. tit. 11.
„ De senectute in II. tit. 16.
C. Sallustius Crispus, bellum Catilinarium in I. tit. 10, 6.
„ „ „ „ Iugurthinum in II. tit. 12, 18.

Tit. Livius, de bello Punico in I. tit. 7, 10.
C. Suetonius Tranquillus, XII vitae imperatorum in I. tit. 15.
Valerius Maximus, factorum et dictorum memorabilium libri novem in I. tit. 6 (li. 2), 9, 10 (2mal), 15 (2mal); ... lib. 1. de relig. neglect. in II. tit. 17, 4, ... li. 2 in 13.
Ios. Flavius, Antiquitates in I. tit. 4.
Fl. Vegetius Renat., epitome rei militaris in II. tit. 12, 13 (li. 1), (l. 2 cap. 5); I. tit. 9.
L. Annaeus Seneca, de brevitate vitae ad Paulinum in I. tit. 2.
" " " epistulae ad Lucilium 44 in II. tit. 11.
P. Ovidius Naso, De arte amandi in II. tit. 16.
P. Vergilius Maro, Aeneis in I. tit. 5, 7; II. tit. 18.
M. Annaeus Lucanus in II. tit. 14.
T. Maccius Plautus, Amphitruo in II. tit. 18.
P. Terentius Afer, Adelphoi in I. tit. 10.
Boëthius, de consolatione philosophiae in II. tit. 16.

IV. Mittelalterliche Autoren.

Eutropius, breviarium ab urbe condita in I. tit. 5 (2mal), 7, 15; II. tit. 13.
Orosius, Historiarum libri VII adversus paganos in I. tit. 5.
Isidor von Sevilla, Etymologiae in I. tit. 7, 15; II. tit. 12, 18.
Anastasius bibliothecarius, chronica de Greco in Latinum translata in I. tit. 13.
Admonius (= Aimoin), gesta Francorum in I. tit. 13.
Gotifridus (von Viterbo), in sua chronica (Pantheon?) in I. tit. 13.
Landulphus von Columna, libellus de translatione imperii in I. tit. 13.
Richardus episcopus Cremonensis, in sua chronica in I. tit. 13 (2mal).
Francorum series gestorum (?) in I. tit. 13.
Chronica Francorum (?) in I. tit. 15.
Francorum chronographia (?) in II. tit. 1.
Gesta Aquitaniae (?) in II. tit. 1.
Liber pontificalis in II. tit. 6.
Chronica (?) in II. tit. 9.
Bartolus de Saxo, de insignibus et armis in II. tit. 14.

V. Humanistische Schriftsteller.

Boccaccio, liber de claris mulieribus in I. tit. 15.
Poggio Bracciolini, dialogus de nobilitate in II. tit. 11.

Aus dieser Uebersicht der angegebenen Quellen geht zunächst hervor, dass die Quellen des Rechts — wie es auch dem Charakter des „Libellus de Cesarea monarchia" entspricht — überwiegend zur Verwendung gelangt sind.

Es seien daher die wichtigsten derselben, die zugleich am meisten citirt werden, einer näheren Prüfung unterzogen. Im kanonischen Recht begegnet uns zuerst als solche 96 dist. c. Constantinus = Decretum Gratiani, prima pars. Dist. XCVI. C. XIV. De eodem, enthält die berühmte Constantinische Schenkung und zeigt nach Collation die angeführte Stelle Peters von Andlau mit derjenigen des Corpus iuris canonici gleichlautend. Freilich kann der Verfasser des ersten Deutschen Staatsrechts lib. I. tit. 11 nicht in Abrede stellen, dass zu seiner Zeit, d. h. im Jahr 1460 „... apud multos curiosos legistas vertatur in dubium, an huiusmodi Constantini donacio facta ecclesie Romane de terris imperii de iure subsistat" wie ein Hinweis auf Bartolus darthut, allein fährt Peter weiter: „Apud Canonistas tamen nulla ambiguitas, quin perpetua firmitate subnixa sit, quod clara voce approbat text. in c. ego Ludowicus LXIII. dist. (= Dist. LXIII c. XXX. Romani pontificis electio a Lodoico Romanis conceditur. Item pactum constitutionis Imperatoris primi Lodoici cum Romanis pontificibus). Et imperator tempore approbacionis eleccionis de se facte, de tuendo et defendendo Romanam ecclesiam in iuribus sibi concessis solempne hodie prestat iuramentum, ut text. in clem. ne Romani de iureiur. (= Clementinarum Liber II. Titulus IX. De iureiurando. Cap. un. Iuramenta, quae Romanae ecclesiae praestant Romani principes, fidelitatis existunt. Clemens V. in concilio Viennensi), cuius iuramenti forma in decretis est LXIII. c. tibi domino (= Dist. LXIII. c. XXXIII. Iuramentum Ottonis, quod fecit domino Papae Iohanni. Item constitutio Ottonis), et lacius patebit.

Es könnte auffallend erscheinen, dass Peter von Andlau, auch abgesehen von seinem curialistischen Standpunkt, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und in einem solchen

Werk an der Constantinischen Schenkung festhielt, nachdem bereits Nicolaus von Cusa sowie Enea Silvio Piccolomini Zweifel über dieselbe geäussert, und Laurentius Valla den Glauben daran schwer erschüttert hatte. Allein man darf nicht vergessen, dass diese Richtung in Deutschland damals noch keineswegs die herrschende war; glaubte man doch selbst in der Kaiserlichen Kanzlei an die donatio Constantini, und war von deren Richtigkeit fest überzeugt, ein Umstand, der nicht ohne Einfluss auf den Kaiser bleiben konnte. So wird erklärlich, wie in einer Schrift, die Kaiser Friedrich III. gewidmet war, diese Ueberzeugung Ausdruck finden konnte.

Die zweite wichtige Quellenstelle des kanonischen Rechts ist gl. in c. venerabilem. De elect. = Decretal. Gregor. IX. Lib. I. Tit. VI. De electione. Cap. 34. Electio imperatoris spectat ad principes Germanos, tres prelatos et quatuor laicos, et electio facta per eorum maiorem partem ceteris non contemptis tenet. Et ad Papam pertinet electum approbare, examinare, inungere, consecrare et coronare, si est dignus, vel reicere, si est indignus, ut quia sacrilegus, excommunicatus, tyrannus, fatuus et hereticus, paganus, periurus vel ecclesie persecutor. Et electoribus nolentibus eligere Papa supplet. Et data paritate vocum eligentium, nec accedente maiori concordia Papa potest gratificari, cui vult. H. d. notanter iste textus.

Diese Decretale, welche die Doppelwahl Ottos IV. und Friedrichs von Schwaben zur historischen Grundlage hat, diente Peter von Andlau an vielen (in der Uebersicht bezeichneten) Stellen seines Werkes in vortrefflicher Weise, um die Superiorität des Papstes über den Kaiser darzuthun. Die Wichtigkeit dieser Quellenstelle und ihrer Anwendung erhellt am besten daraus, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass diese Decretale eine Hauptquelle des ersten Deutschen Reichsstaatsrechts ist. Sie kennzeichnet den Verfasser als ausgesprochenen Curialisten.

Die Uebersicht über die Rechtsquellen ist noch in anderer Hinsicht bemerkenswerth. Sie zeigt, dass Peter von Andlau an Verweisungen nicht gespart hat, aber es sind Verweisungen auf die beiden grossen Sammlungen des Corpus iuris canonici und Corpus iuris civilis selbst; die Zahl und der Hinweis auf die Glossatoren ist sowohl im römischen wie kanonischen Recht

eine verhältnissmässig bescheidene zu nennen. Ich glaube, dass P. v. Andlau sich dadurch vortheilhaft von seinen juridischen Zeitgenossen unterscheidet, welche zumeist den Glossatoren den Vorzug vor den ursprünglichen Quellen einräumten.

Unter dem feudorum liber Friderici I. Augusti sind die im Corpus iuris civilis nach den Novellen Justinians befindlichen „Feudorum libri" zu verstehen, und zwar ist die von P. v. Andlau angezogene Stelle des Libellus de Cesarea monarchia lib. II. tit. 12 = Feudorum libri. Liber secundus. Titulus X. Quis dicatur dux, marchio, comes, capitaneus vel valvasor in zumeist wörtlicher Wiedergabe. Dieses ganze 12. Capitel des zweiten Buches des Deutschen Staatsrechts besteht überhaupt aus dem genannten Titel 10 des Lehnsrechts und aus der ungenannten Quelle Thomas' von Aquin, de regimine principum, lib. III. cap. 21.

Die goldene Bulle scheint P. v. Andlau in ihrem ganzen Umfang wohl gekannt zu haben, denn nicht nur an den von ihm citirten Stellen seines Werkes hat er dieselbe benutzt, sondern wir begegnen gleich im ersten Titel seines zweiten Buches dem Ausdruck: „Hii namque septem principes electores velut septem candelabra lucencia in unitate septiformis spiritus, sacrum debent illuminare imperium", welcher der Einleitung des ersten Deutschen Reichsgrundgesetzes entnommen ist. Lib. II. tit. 2 des Libellus de Cesarea monarchia: „De Romanorum regis eleccione" entspricht zum grossen Theil wörtlich dem Cap. II der goldenen Bulle: „De electione Regis Romanorum" mit Ausnahme des Wahlrechtes des Böhmenkönigs, von welchem Peter von Andlau sagt: „De conswetudine tamen rex Bohemie ad eleccionem non vocatur, nisi cum vota aliorum sunt equalia numero, et sic hodie practicatur. Quod vero, dummodo persistat in unione sancte matris ecclesie; alioquin si duo electi paria vota haberent, ad Papam recurrendum esset, qui unum ex illis, quem vellet, eligere posset, et dicit glo. in c. ad apostolice de re iudi. li.° VI.°, quod illud ius non habuit rex Bohemie ab antiquo"; als Curialist betont Peter die Oberhoheit des Papstes, ganz entsprechend der Decretale c. tibi Domino dist. 63.

Die Berufung auf die goldene Bulle in lib. II. tit. 3 seines Werkes: „. . . in hoc actu eleccionis est necesse, eos

simul convenire, ut in constitucione Karolina declaratur, et supra tetigi. Concluditur ergo ad ipsos principes ius eligendi ut collegium, et non ut ad singulos[1]) spectare debere", beruht auf cap. I der goldenen Bulle: „Qualis esse debeat conductus Electorum et a quibus", und hat offenbar die Stelle des Einladungsschreibens im Auge: „... infra tres menses continuos omnes et singuli Principes Electores Frankenford super Moganum esse debeant constituti..."

Des Ferneren ist lib. II. tit. 10. „Ad quem Romano imperio vacante iurium rerumque imperii administracio spectare dicatur"; nachdem eine dem curialistischen Standpunkt des Verfassers entsprechende Erklärung „de iure communi Papa in administracione huiusmodi succedere debet" erfolgt ist, wird den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen und cap. 5 der goldenen Bulle „De iure Comitis Palat. et eciam Saxonie ducis" fast wörtlich wiedergegeben.

Ebenso ist lib. II. tit. 15 „De imperialis curie celebracione, et Cesaree maiestatis solempnitate ein fast wörtlicher Auszug — ich folge Peters Anordnung — aus Titel 12 der goldenen Bulle „De congregacione principum"; Titel 26 und 27 „De officiis Principum Electorum in solempnibus Curiis Imperatorum vel regum Romanorum" und Titel 22 „De ordine Processionis Principum Electorum, et per quos insignia deportentur."

Was die theologischen Quellen betrifft, so sind dieselben grossentheils abgeleitete, selbst die der Bibel; bezüglich der Kirchenväter gilt dies besonders von Augustinus, de civitate Dei, dessen fast sämmtliche Stellen der Abhandlung des Thomas von Aquin, de regimine principum, wie unten klar ersichtlich sein wird, entnommen sind. Dagegen haben die Werke Gregors und Thomas' von Aquin, wie die Vergleichung lehrt, Peter von Andlau vorgelegen. Das Gleiche gilt vom

[1]) Ob die Kurfürsten die Königswahl als collegium oder als singuli vorzunehmen hätten, war unter den Juristen eine alte Streitfrage; vgl. Grauerts Ausführungen im Histor. Jahrbuch XIII, 207 f., und die dort citirten Stellen aus Hostiensis, Lupold von Bebenburg und Johannes Andreae. Peter von Andlau entscheidet sich gegen Hostiensis im Sinne Lupolds von Bebenburg und des Johannes Andreae dafür, dass sie als collegium wählen, also alle sieben geladen werden müssen, zur Wahlversammlung zu kommen, dann aber die Majorität entscheidet.

Pontificale Romanum (auch unter dem lib. II. tit. 6 citirten liber pontificalis ist nach dem Zusammenhang das Pontificale Romanum zu verstehen). Dasselbe ist in lib. II. tit. 6 (des „Libellus de Cesarea monarchia") „De Romanorum regis unccione et triplici eiusdem coronacione" zur besonderen Verwendung gelangt, denn dieses Capitel ist nicht viel mehr als ein Zusammenreihen von dem betr. Abschnitte des Pontificale über die Krönung des Kaisers in Rom und dessen eidliche Versprechungen gegenüber dem Papst, welch' letztere aus Clem. lib. II. Tit. 9. c. 1 (vgl. oben S. 13) entnommen sind. Da das Pontificale Romanum nur einen besonderen Titel: De benedictione et coronatione regis, nicht aber einen solchen über die Krönung des Kaisers enthält, so scheint Peter eine eigene Relation über die Krönung Kaiser Friedrichs III., dem er sein Werk ja gewidmet, vorgelegen zu haben. Es wird dies um so wahrscheinlicher, als Peter von Andlau in lib. II. tit. 7 seines Werkes, unmittelbar nach Darstellung des Vorgangs bei der Segnung und Krönung der Kaiserin — es ist dies eine der wenigen Stellen des ersten Deutschen Staatsrechts, in welcher zeitgenössische Ereignisse berührt werden — fortfährt: „Sic nuper de anno Domini MCCCCLII dominica Letare, que est medie quadragesime, gloriosissimus et invictissimus imperator noster Fridericus III. ab illustrissima exortus, cum desponsata sibi coniuge, domina Leonora, serenissimi regis Portugalie filia, utrisque prius per papam Nicolaum quintum ad invicem matrimoniali iure desponsatis, ipse in Augustum, ipsa in Augustam coronati sunt . . ." Zugleich zeigt Peter bei dieser Schilderung der Kaiserkrönung eine genaue Kenntniss der Topographie von Rom, eine Kenntniss, die er offenbar durch seine Romreise[1]) im Jahr 1458 gewonnen hatte.

An einer anderen Stelle seines „Libellus" hat zwar der Verfasser das Pontificale nicht als seine Quelle genannt, dafür aber dasselbe um so eifriger und wörtlicher benutzt, nämlich lib. II. tit. 19 „De forma Romanorum Imperatorem suscipiendi, cum urbem aliquam duxerit ingrediendam" entspricht seinem vollen Inhalt nach genau dem Titel XXII

[1]) Vgl. Jos. Hürbin, Peter von Andlau. I. Theil. S. 38 und 39. Luzern 1894.

des Pontificale: „Ordo ad recipiendum processionaliter Imperatorem".

Um auf die classischen Autoren zu kommen, welche Peter citirt, so ist zu sagen, dass, was die Stellen aus Aristoteles anlangt, dieselben durchweg dem „De regimine principum" des Thomas von Aquin entlehnt sind, ebenso diejenigen der Politeia Platos. Ob dies auch von dessen Timäus gilt, den Peter am Schluss der Einleitung seines Werkes anführt, wage ich nicht zu entscheiden, da derselbe gerade in der Humanistenzeit so verbreitet und bekannt war, dass ihn Raphael in seiner herrlichen Stanzenfreske: „Die Schule von Athen" dem Plato als Erkennungszeichen in die Hand gab.

Von den lateinischen Autoren war Peter von Andlau der bekannteste Cicero. Wohl könnte man einwenden, dass der Verfasser des ersten Deutschen Staatsrechts ganze ciceronianische Stellen wörtlich aus „De regimine principum" übernommen habe. Allein zwei Thatsachen beweisen durchschlagend, dass Peter von Andlau mit Cicero wohl vertraut war. Einmal hatte er schon während seiner Studienzeit, 1443 und 1444 zu Pavia[1]), die Werke Ciceros wie de officiis und de amicitia mit eigener Hand abgeschrieben und andererseits hat er die wörtlich übernommenen Stellen durch andere Werke Ciceros ergänzt. So fügt er z. B. einer Stelle aus „de officiis", die er aus lib. III. cap. de regimine principum in sein lib. I. tit. 10 übernahm, noch eine weitere Stelle aus „de republica" Ciceros an. Auch darf darauf hingewiesen werden, dass er solche Schriften Ciceros genau kannte, welche kaum drei Jahrzehnte vor Abfassung des „Libellus de Cesarea monarchia" aufgefunden worden waren, eine Kenntniss, die sich hinsichtlich des Dichters Plautus ebenfalls nachweisen lässt[1]).

Nicht selbständig scheinen die Historiker Sallust, Livius, Jos. Flavius, Vegetius und Valerius Maximus sowie der Philosoph Seneca benutzt zu sein, da wenigstens bei einzelnen derselben die directe Uebernahme aus „de regimine principum" nachzuweisen ist, andere Stellen dagegen nicht citirt werden. Im Gegensatz hierzu hat Peter von Andlau in Anführung der Dichter Ovid, Virgil, Lucanus, Terenz sowie der philosophischen

---

[1]) Vgl. J. Hürbin l. c. S. 20 und 21.

Schrift „De consolatione philosophiae" von Boëthius aus der ursprünglichen Quelle geschöpft.

Die Classiker gewähren den besten Uebergang zur Humanistenzeit, insofern die Humanisten die eifrigsten Verbreiter der Autoren des Alterthums waren. Zwar war Peter von Andlau nicht in der Weise von der humanistischen Strömung berührt worden, dass eine Kenntniss der griechischen Sprache bei ihm nachzuweisen wäre. Den Fall Konstantinopels, der die Beziehungen der Griechen zum Occident besonders förderte, beklagt Peter auf's Tiefste, aber als Jurist zunächst als den Fall des Hortes der Gesetze und des Kaiserthums: „Sed quibus te nunc lachrymis atque lamentis prosequar, inclita Constantinopolis, nescio, que non solum utroque Imperatore tuo viduatam te cernis hodie, sed et in multo clarissimorum civium tuorum sanguine virgineoque effuso cruore, Christiano eciam corpori subtracta es. Dum te nuper auxilia petentem undique, nec impetrantem impiissimus Turcorum princeps Christiani nominis cruentissimus et acerrimus hostis cum innumerabili Saracenorum copia in dedicionem cepit, sanctuariaque optima Dei nostri prophanavit anno incarnacionis eiusdem milesimo quadragintesimo quinquagesimo tercio vigesima nona mensis Maii. Enimvero plangendum est valde eam urbem sub infidelium imperio nunc ancillari, que toti quondam Orienti leges dedit. Sedit itaque iam in tristicia domina gencium, et non est ex omnibus, qui consoletur eam.[1])

Besass Peter von Andlau keine Kenntniss des Griechischen, so war er dafür mit den Erzeugnissen der italienischen Humanisten, namentlich ihren lateinischen Werken, um so vertrauter. So versäumt er nicht, an der Stelle seines Werkes[2]), wo er von der Vortrefflichkeit des deutschen Adels und dessen altem Herkommen spricht, auch die edle Sitte und die Reinheit deutscher Frauen in hohem Lobe zu feiern, und als trefflichsten Zeugen hierfür führt er keinen Geringern als „Bocacius Florentinus in libello quem de preclaris edidit mulieribus" an.[3])

---

[1]) Libellus de Cesarea monarchia lib. I. tit. 11. — [2]) Ibidem lib. I. tit. 15: „De Germanice nobilitatis excellencia et antiquissima eius origine". — [3]) Zwar habe ich diese Stelle über den Humanismus in „Peter von Andlau". I. Theil. Luzern 1894. S. 23—26 bereits behandelt, aber

Boccaccio, „der sich ja immer damit beschäftigt hatte, von den Frauen zu singen und zu sagen, bald das Beste bald das Schlechteste, fand es ungerecht, dass es nach so Vielen, die von berühmten Männern geschrieben hatten, noch kein Buch über die berühmten Frauen gebe, und suchte diesem Mangel durch seinen „Liber de claris mulieribus" abzuhelfen. Es ist eine Reihe sehr kurzer Biographien, im Ganzen mit asketischer Strenge geschrieben, beginnend mit Eva und bis zur Königin Johanna (von Sicilien) herabsteigend, welche er hier preist, wie in der 6. Ekloge, sie die strahlende Sonne Italiens, eine Glorie nicht bloss der Frauen, sondern auch der Fürsten nennt".[1])

Aus diesem Werke hebt Peter von Andlau jenes Capitel heraus, welches die Ueberschrift „De coniugibus Cymbrorum" trägt und uns die Scene vergegenwärtigt, da nach dem Vernichtungskampfe bei Aquae Sextiae die überlebenden Frauen der Teutonen von der Wagenburg herab an den siegreichen Marius die Bitte richten, er möchte ihnen gestatten, sich unversehrten Leibes dem Dienst der Vesta zu weihen. Da ihre Bitte nicht erhört wird, tödten sie, um der Schande und der Sclaverei zu entgehen, zuerst ihre Kinder und dann sich selbst, und retten auf diese Weise sich und der Ihrigen Freiheit und Reinheit. Mit Recht zählt sie daher der italienische Dichter, ob ihrer Geistes- und Herzensstärke, unter die „illustres feminas", so schliesst Peter diese Episode.

In einigen Ausgaben der Werke Boccaccio's ist dieses Capitel „De coniugibus Cymbrorum" 76, in andern 78. Ich gebe hiermit die betr. Stelle aus Boccaccio wörtlich und andererseits deren Entlehnung durch Peter in seinem Werk:

Giov. Boccaccio, Liber de claris mulieribus. c. 76 (r. 78). „De coniugibus Cymbrorum".	Peter von Andlau, Libellus de Cesarea monarchia. lib. I. tit. 15. (Zeitschr. der Savignystiftung für Rechtsgeschichte XII, 97.)
... Inde ut omnem Ita-	... Tandem vero cum

einer vollständigen Uebersicht der Quellen halber darf dieselbe hier nicht ausgelassen werden.

[1]) A. Gaspary, Geschichte der Italienischen Litteratur. Berlin 1888. Bd. II. S. 36.

liam uno et eodem concurrerent impetu tripartito, illam intrare agmine, triplici itinere statuere, quibus a consternatis tumultu Rhomanis Gaius Marius consul, in quem iniici (?) spes ea tempestate videbatur, obvius missus primos obiectus habuit Teutonum insolentes duces, adversus quos in nihilo declinantes certamen cum conservisset et longa pugna partium aliquamdiu mutasset fortuna. Postremo multo sanguine fuso terga dedere Teutones. Deinde in Cimbros itum est, ut Teutones apud Aquas Sextias, sic illos in Campo Caudio duplici subit certamine, facta hominum strage permaxima, quod advertentes cum caeteris impedimentis se positae coniuges, non virorum secutae sunt fugam, sed plaustris, quorum praegrandis illis erat copia, in formam valli redactis, stulto sed animoso consilio preustis fustibus lapidibus gladiisque libertatem suam castimoniamque tutari, quam longius possent, disposuere, sed acie facta, advenientibus Marianis militibus, cum non diu obstitissent, sensere quoniam in vaccuum conatus disponerent, et ob id si possent inire cum imperatore concordiam,

plana Ytalye pervasissent,

Gaius Marius consul, in quem inniti omnis reipublice spes Romanorum ea tempestate videbatur obvius missus est illis,

quibus apud Aquas Sextias superatis partimque fugatis

mulieres eorum constanciore animo, quasi vicissent, non virorum secute sunt fugam, sed plaustris in modum castrorum dispositis,

ipse desuper pugnantes diu obstitere Romanis sed acie facta advenientibus Marianis militibus

in vaccuum conatus suos disponerent. Unde petierunt a Mario ut si inviolata castitate

petiere. Erat enim illis infixum animo, si viros, si sedes avitas, si substantias omnes pugna perdidissent, una saltem, qua possent via, libertatem et pudicitiam servare suam. Et idcirco postulavere unanimes, non fugientium virorum pacem, non in patriam redire suam, non ut sua restaurent auro damna, sed ut omnes Rhomani virginibus vestalibus iungerentur. Quod cum honestissimum visum foret, et syncerae mentis testimonium, nec impetrassent, succensae furore in obstinatam voti sui perseveranciam persaevum iniere facinus. Nam ante omnia collisis in terram parvis filiis atque peremptis, ut illos qua possent via turpi servituti subtraherent, nocte eadem intervallum a se conseptum, ne et ipse in dedecus suae castitatis et victorum ludibrium traherentur, laqueis omnes, lorisque mortem constituere sibi praedae aliud, ex se praeter pendentia cadavera avidis liquere militibus. . . .

diis serviendum esset, Romanis virginibus vestalibus iungerentur. Erat enim illis infixum animo, si viros, si patriam, si substancias omnes pugna perdidissent, una saltem qua possent via, libertatem et pudiciciam servare.

Sed cum

petita non impetrassent

parvulis suis ad saxa collisis, ut illos turpi servituti subtraherent, nocte eadem intra vallum a se confectum, ne ipse in dedecus sue castitatis et victorum ludibrium traherentur, laqueo se suffocarunt, maneque mortue sunt mutuis amplexibus se tenentes,

anno ab urbe condita DCXXXXVI.

Aber nicht nur, wenn es gilt, schöne, edle Seiten des deutschen Volkscharakters hervorzukehren, sondern auch, wenn ihn die Zustände mit offenbarem Schmerz erfüllen, wie das

bei der Schilderung des deutschen Adels und dessen Lebens und Treibens im 15. Jahrhundert[1]) der Fall ist, erinnert sich Peter der Zeugnisse italienischer Humanisten. Kaum drei Jahre vor seiner Ankunft in Pavia hatte der Dichter Poggio Bracciolini 1440 in Florenz, wo er 1453 Kanzler dieser Stadt wurde (als welcher er auch 1459 dort starb), seinen „Dialogus de nobilitate“ geschrieben, „eine Aufzählung der so verschiedenen Ansichten über den Adel und dessen würdige Lebensweise, wie sie in den verschiedenen Gegenden Italiens und bei andern Nationen herrschte“.[2]) Peter kannte das Werk, las es noch in Basel, und verfehlte nicht, an passender Stelle Poggio's Urtheil, so wenig es ihn selber erbauen mochte, in folgender Weise anzuführen: „Soleo sepe ad me ipsum stimulari doloribus, cum Pogii Florentini poete et oratoris hac nostra etate clarissimi libellum legere cepero, quem de nobilitate edidit; qui cum mores conditionesque nobilitatis diversarum provinciarum descripserat, hanc laudem Germanice nobilitati tribuit. Ait enim, ut suis verbis utar: „Germani atque Alamanni, quibus census patrimonii ad victum suppetit, et hiis quibus procul urbibus, aut qui castellis et oppidulis dominantur, quorum magna pars prede ac rapine[3]) deditur, nobiles censentur. Quibus humanius ingenium natura dedit, herent principibus, quorum in aula assuescunt cultiori vite, rudes tamen et moribus asperi“. Hec Poggius“.

Um die Besprechung über die von Peter genannten Quellen mit den Autoren des Mittelalters abzuschliessen, so ist hinsichtlich derselben im Allgemeinen vorauszuschicken, dass der Verfasser des „Libellus de Cesarea monarchia“ hier am meisten aus abgeleiteten Quellen geschöpft hat. Im einzelnen ergiebt die Vergleichung Folgendes.

Was Eutropius betrifft, so entspricht I tit. 5 nicht, I tit. 7 nur sehr auszugsweise dem lib. VI cap. 19—25 und lib. VIII cap. 1—9 des Eutropius; I tit. 15 dem lib. V cap. 1

---

[1]) Libellus de Cesarea monarchia, lib. II. tit. 11: „De nobilitate, et quibus causis nobilitatis iura nascantur“. — [2]) A. Gaspary, a. o. Bd. II S. 121. — [3]) Die Ausgabe von Poggio hat „latrocinio“ statt „prede ac rapine“.

und 2 des Eutropius; II tit. 13: „Eutropius autem in historiis Romanorum tradit, milites ex eo nomen traxisse, quod Romulus condita urbe centum elegit senatores, quorum consilio omnia ageret, et mille pugnatores, quibus deliberata execucioni mandaret: ideoque a millenario numero appellatos fore findet sich zwar diese Stelle in lib. I cap. 2 des Eutropius, nur gerade die bezeichnete, hervorgehobene Stelle nicht.

Ebenso entspricht die angeführte Stelle I tit. 5 nicht I lib. 18 des Orosius, wohin sie doch gehören sollte (Aeneae in Italiam adventus).

Die Stellen der Etymologiae Isidors von Sevilla sind dem Werk de regimine principum entnommen.

Möglich ist, dass Peter von Andlau die gesta Francorum Aimoin's gekannt hat, wie denn lib. I tit. 3 (Krönungsact) dem lib. IV cap. 90 dieses Schriftstellers entspricht.

Den Ausspruch über Karl d. Gr., dass er „Romuleus matre, Theutonicus patre" gewesen sei, weist Peter dem Gotfried von Viterbo zu; ein Vergleich mit diesem Autor lehrt, dass der Satz aus abgeleiteter Quelle stammt.

Dagegen hat Peter den angeführten Landulphus von Columna so ausgiebig benutzt, dass am Schluss der Besprechung dieser mittelalterlichen Autoren ausführlich auf ihn zurückzukommen sein wird.

Die folgenden in der Uebersicht genannten Quellen sind offenbare Namen, die Peter citirt gefunden hat, und die er sodann wieder anführt.

Noch wäre ein Werk: S. Methodius de consumacione seculi, in II lit. 20 angeführt, zu erwähnen, allein Peter von Andlau hat die Stellen desselben zumeist dem Iordanus von Osnabrück[1]) entnommen.

---

[1]) Wenigstens stimmt Peter von Andlau mit der Jordan'schen Fassung des Methodius überein. Da jedoch von der Reichsübergabe in Jerusalem bei Iordanus nichts steht, so ist zu schliessen, dass Peter von Andlau auch einen eigenen Text des Methodius gekannt und benutzt hat. Ueber Methodius vgl. F. Kampers, Kaiserprophetien und Kaisersagen in Heigel und Grauert, Historische Abhandlungen, Heft VIII, S. 34ff. München, 1895.

Die an letzter Stelle aufgeführte Schrift: „De insigniis et armis" von Bartolus war Peter als Jurist bekannt, auch mochte ihm die Kritik derselben, welche Laurentius Valla in Form eines Briefes von Pavia aus an Candido Decembrio richtete, nicht entgangen sein, um so weniger, als darin dieser Abgott der Rechtsgelehrten sehr übel wegkam [1]).

Wie oben erwähnt führt Peter in lib. I tit. 13: De Romani imperii a Grecis in Germanos translacione als Quelle den Landulphus von Columna an oder wie Goldast in seiner „Monarchia" II S. 88 ihn nennt Radulphus von Columna und zwar dessen Abhandlung: „De translatione imperii". In der That zeigt eine Vergleichung des Libellus de Cesarea monarchia, dass in I tit. 13 die Capitel 2, 3, 5, 6, 7 der Schrift des Landulphs übergegangen sind. In welcher Weise diese Uebernahme erfolgte, zeigt am besten nachstehende Gegenüberstellung der beiden Werke.

Radulphi de Columna, canonici Carnotensis, tractatus De translatione imperii [2]).	Peter von Andlau, Libellus de Cesarea monarchia.
Cap. III.	Lib. I. tit. 13.
Heraclio igitur mortuo et imperii sic difformata potentia, quantum ad dominium Orientis, remansit Imperialis sedes in Graecia apud Constantinopolim, usque ad tempora Constantini sexti et Leonis filii sui, per triginta tres Imperatores: computato Magno Constantino per quadringenta quinquaginta unum annos et undecim menses: computatis viginti tribus annis, de imperio Constantini, quos post translatam seu mutatam sedem de Roma in Graeciam supervixit. Tunc	. . . Unde

[1]) Vgl. Gaspary, a. o. Bd. II S. 138. — [2]) Vgl. Goldast, Monarchia Bd. II. Frankfurt 1668. S. 88—95.

Leo Papa tertius, imperium de Graecis in Francos transtulit, in persona magnifici principis Caroli, magni Franciae ac Germaniae regis. Sed quia haec historia propter scriptorum varietatem communiter est ignota, ipsam pro viribus declarabo. Dum itaque uniuscuiusque rei praecipua pars principium sit, quo incognito raro in cognitionem medii et finis devenitur, prout mihi videtur, translationem imperii de Graecis in Francos, et de Francis in Germanos veraciter et sine contradictione describam. Attendendum est igitur diligenter: et principium et causa huius translacionis fuit, discordia inter sacram Romanam et Imperatorem Leonem propter venerationem sanctarum imaginum. Leo enim tertius Imperator haereticis hoc suadentibus acquiescens, dixit Christi et Sanctorum imagines minime venerandas, quia species idolatriae videbatur. Gregorius vero tertius, qui tunc Romanae ecclesiae praesidebat, cum catholicis affirmabat, Christi et sanctorum imagines venerandas, et cum venera-

cum annis tantum CCCCXV sacram imperii arcem tenuisset Grecorum potencia, rursus ab Oriente in Occidentem, a Grecis in potentissimos Germanos non sine superne disposicionis fato Romanum imperium translatum est. Et quoniam huiusmodi translacionis hystoria propter scribencium varietatem et principium ignoratum communiter est ignota, quam tamen Landulphus de Columpna satrapa Romanus studiose recollegit; idcirco sciendum et diligenter attendendum, quod primitiva occasio huius translacionis fuit discordia inter Imperatorem Leonem et ecclesiam Romanam circa veneracionem ecclesiasticarum imaginum. Leo enim tercius Imperator dicebat Christi et sanctorum imagines minime venerandas, quia species idolatrie videbatur. Gregorius vero tercius, qui tunc Romane presidebat ecclesie, contrarium dogmatizavit. Imperator autem in sua sentencia perseverans eousque contra Papam exasperatus est, ut Romam veniens omnes Christi et sanctorum imagines, quas

tione colendas... In hoc siquidem errore damnabili sic contumaciter Leo predictus perseveravit, et de Constantinopoli Romam veniens, omnes sanctorum imagines quas Romae reperit, violenter abstulit et secum Constantinopolim asportavit, easque damnabiliter igne cremavit. Propter quod dictus Gregorius Pontifex tertius ipsum Imperatorem solemniter anathemare condemnavit, Apuliam ei abstulit, tuncque Italiam ab eius dominio et oboedientia recedere fecit, eique vectigalia solennia interdixit, Romaeque congregans Synodum, venerationem sanctarum imaginum confirmavit et violatores generali sententia anathematis condemnavit. Et demum predictus Leo in hoc damnabili errore moritur: Et successit ei in Imperio Constantinus quintus magis impius, non solum in errore praedicto, sed etiam in omnibus vitiis et peccatis, in maleficis quidem actibus, et luxuria abominabili, in quibus longo tempore supervixit.

Rome reperit, aufferret asportansque illas secum Constantinopolim eas per sentenciam igne damnando concremavit. Propter quod dictus Gregorius Imperatorem anathematizavit, totamque Apuliam et Ytalyam atque Hesperiam ab eius dominio et obediencia separari suasit, tuncque translacio imperii cepit aliqualiter tractari. Leone autem Augusto in sua pertinacia mortuo successit ei in imperio filius eius Constantinus quintus eiusdem cum patre propositi, qui in nullo favebat ecclesie Romane.

Soweit diese Probe. Sie mag genügen, um die Art der Uebernahme anzudeuten, denn cap. 5, 6 und 7 sind in ganz gleicher Weise von Peter aufgenommen worden.

Wichtiger für uns ist die Entdeckung, dass Peter von Andlau die translatio imperii des Landulph von Columna nicht nur an der von ihm genannten Stelle benutzt und ausgeschrieben hat, sondern auch da, wo er ihn nicht nennt, nämlich in dem wichtigen Capitel über die Einsetzung der sieben Kurfürsten. Die folgende Vergleichung wird uns die fast wörtliche Uebernahme klarlegen.

Cap. IX	Lib. II tit. 1. De septem Principum Electorum institucione.
Post hoc mortuo Ottone tertio sine filiis, Gregorius quintus, natione Theutonicus, de parentela Ottonis, in summum pontificem assumitur. Cuius Pontificis tempore Electores Imperatoris instituuntur septem, scilicet Principes Alemaniae, tres praelati et quatuor laici, ut Martinus scribit. Quia igitur predicti tres Ottones successive, et quasi hereditario iure obtinuerunt imperium, per Gregorium Papam quintum est provisum et utiliter ordinatum, ut tantae sublimitatis ordinatio, quae non debetur sanguini, sed virtuti, non per viam successionis, sed electionem procederet: ut eligeretur dignus, et non nobili tantum, sed dignissimo do-	...Verum Ottone tertio mortuo sine filiis Gregorius quintus, nacione Theutonicus de parentela Ottonis in summum pontificem assumitur. Cuius pontificis tempore regis Romanorum septem electores instituuntur, scilicet septem principes Alamannie. Quia enim predicti tres Ottones successive, quasi hereditario iure obtinuerunt imperium, fuit pro bono statu ecclesie Dei et populi Christiani provide et utiliter ordinatum, ut tante potestatis fastigium, que non debetur sanguini sed virtuti, non per viam successionis sed eleccionis procederet, ut dignissimus habeatur ad dignitatem imperii gubernandam. *Factum est autem decretum*

naretur. Fuit igitur per dictum Pontificem institutum, ut septem proceres officiales Imperatorem regem Romanum eligerent, et per summum pontificem confirmandum, et imperiali diademate coronandum. Quorum sunt tres Praelati, qui sunt imperii Cancellarii: scilicet Archiepiscopus Coloniensis, qui est Italiae, Archiepiscopus Treverensis, qui est Galliae, et Archiepiscopus Moguntinensis, qui est Germaniae. Et quatuor Barones, qui Imperialibus serviunt, Marchio Brandenburgensis, qui est camerarius Imperatoris; Comes Palatinus, qui est dapifer; Dux Saxoniae, qui est portitor ensis, et Rex Bohemiae, qui est pincerna Imperatoris. *Quae ordinatio facta fuit anno Domini M IIII,* ut gesta Germanorum manifeste declarant.

huiusmodi post Christi nativitatem anno MIV. Et sunt quatuor laici et tres clerici: primus est rex Bohemie, olim dux, imperatoris pincerna; secundus comes Palatinus; tercius dux Saxonie, portitor ensis; quartus marchio Brandenburgensis, marescalcus; ex clericis primus est archiepiscopus Moguntinus, cancellarius Germanie; secundus archiepiscopus Coloniensis, cancellarius Ytalie; tercius archiepiscopus Trevirensis, cancellarius Gallie.

So ist denn diese wichtige Notiz, welche als Gründer des Kurfürstencollegiums den Papst Gregor V, und — sehr wenig im Einklang mit dessen Regierungszeit — als Jahr der Einsetzung 1004 angiebt, nicht mehr als eine Uebernahme aus der 1310—1320 verfassten Schrift Landulphs von Columna. Naturgemäss verlieren alle Stellen, die hinsichtlich dieser Notiz Peter von Andlau als Original bezeichnen, ihre Richtigkeit.

---

2. Theil. Die nicht genannten Quellen des „Libellus de Cesarea monarchia".

Unter den Quellen, welche Peter von Andlau in seinem „Libellus de Cesarea monarchia" nicht genannt, wohl aber ausführlich benutzt hat, steht sowohl an Bedeutung wie Um-

fang der Benutzung das Werk des Thomas von Aquin „De regimine principum ad regem Cypri“ obenan.

Thomas von Aquin hat dasselbe in seinen letzten Lebensjahren, als er die Politik des Aristoteles erläuterte, um 1266 geschrieben. In 4 Bücher getheilt umfasst es 82 Capitel. Während Frühere, so auch der gründliche Thomaskenner De Rubeis nur Buch 1 und die ersten 4 Capitel des zweiten Buches oder höchstens die 2 ersten Bücher als genuines Werk des Aquinaten anerkennen, behauptet Bosone[1]), dass das ganze Opusculum das echte Product des Genies des Thomas von Aquin sei. Für unsere Untersuchung sei festgestellt, dass es als solches im 15. Jahrhundert überall, also auch von Peter von Andlau gehalten und geglaubt wurde, und jedenfalls ist Bosone im Recht, wenn er weiterhin[2]) sagt: „Der Aufsatz „de regimine principum“ von Thomas von Aquino hat, wie die andern Werke des heiligen Doctors, einen grossen Einfluss auf das Mittelalter und auch auf die nächsten Jahrhunderte ausgeübt, und alle diejenigen in Erstaunen gesetzt, welche die mittelalterliche Politik mit Ernsthaftigkeit durchgedacht haben, und er enthält gewissermassen den Kern der politischen Lehre der Kirche“.

In diesem Sinn haben wir denn auch die ausgiebige Benutzung durch Peter von Andlau zu beurtheilen, und dieser „Kern der politischen Lehre der Kirche“ ist besonders im I. Buch seines „Libellus de Cesarea monarchia“ zur Darstellung gelangt, welches in philosophisch-historischer Weise über die Entstehung und Leitung des Staates, die Geschichte des römischen Reiches und die Uebertragung des Imperiums sich verbreitet.

---

[1]) Cäs. Aug. Bosone, Der Aufsatz „De regimine principum“ von Thomas von Aquino. Ein Beitrag zur Kenntniss der Staatsphilosophie im Mittelalter. Bonn 1894. S. 19. — Bezüglich der Autorschaft des Thomas von Aquin für das ganze Werk „De regimine principum“ sei gegenüber Bosone daran erinnert, dass De reg. princ. III c. 20 die Wahl Adolfs von Nassau und Albrechts I. zu römischen Königen erwähnt wird, also 1292 und 1298, Thomas aber schon 1274 starb; mithin kann diese Ausführung unmöglich von Thomas sein. Man wird daher gut thun (mit De Rubeis), nur bis II. c. 5 die volle Autorschaft des Aquinaten anzunehmen, für das Uebrige Ptolemaeus von Lucca jedenfalls mitverantwortlich zu machen. — [2]) Ibidem S. 22.

Man kann sagen, alle leitenden Grundsätze über Naturrecht, ius gentium und Staatsrecht, wie sie in „de regimine principum“ sich vorfinden, sind von Peter von Andlau übernommen und gewissermassen zur eigentlichen Grundlage seines Versuches eines ersten Deutschen Reichsstaatsrechtes gemacht worden. Die Vergleichung der beiden Werke, welche der Anlage des „Libellus de Cesarea monarchia“ entsprechend vorzugehen hat, wird dies im Einzelnen bestätigen. Um den Gang dieser Vergleichung nicht durch weitere Bemerkungen unterbrechen zu müssen, sei darauf hingewiesen, dass die *Capitelüberschriften* jeweils über den hauptsächlichen Inhalt der in Rede stehenden Fragen unterrichten. Dieselben geben zugleich die Art und Weise der Benutzung an; so ist z. B. aus *lib.* III *cap.* 1, 2, 3 des „De regimine principum“ *Titel* 2 *lib.* I im Libellus de Ces. mon. geworden, oder *Titel* 10 *lib.* I des ersten Deutschen Staatsrechts erweist sich als Auszug aus *lib.* III *cap.* 4, 5, 6 des Fürstenregimentes. Ueberhaupt ist gerade dieses dritte Buch am stärksten benutzt worden, jedoch ohne dass man bei den andern über Nichtberücksichtigung zu klagen hätte. Der診Haupttheil der übernommen Stellen fällt dem *allgemeinen* Theil des ersten Staatsrechts, lib. I zu (S. 61—110); der kleinere dem *positiven* (S. 111—138).

Thomas von Aquin. *De regimine principum.* *Lib.* III *cap.* 1.	*Peter von Andlau.* *Libellus de Cesarea monarchia. Lib.* I *tit.* 2.
In hoc primo capitulo consideratur et probatur omne dominium a Deo esse considerata natura entis.	An regna mundi a summo rerum principe, Deo, eiusque divina dependeant voluntate.
... manifeste apparet a Deo omne provenire dominium sicut a primo dominante: quod quidem ostendi potest *triplici via*, quam *Philosophus* tangit: *quia vel inquantum ens, vel inquantum motor, vel inquantum finis.*	In adversum vero *tripartita* emergit *philosophica racio*, quibus mundi principatum ostenditur ab ipso summo Deo eiusque divina defluere voluntate. Omnis namque principatus a Deo est, *tum racione entis, tum motus, et finis.* Omne
... omne ens ex ente primo	

dependet, eadem et dominium... Sed omne ens ab ente incerato trahit originem. Ergo virtus creata ab increata. Hoc autem in dominio praesupponitur, quia non est dominium, ubi non est potentia sive virtus. Ergo omne dominium erit ab increata virtute et haec est Deus, ut supra dictum est; et sic idem quod prius. Unde Apostolus ad Heb. I, quod Deus portat omnia verbo virtutis suae. In Eccli. I, 8 etiam scribitur, quod unus est altissimus creator omnium, omnipotens, rex potens, metuendus nimis, sedens super thronum, dominans Deus. In quibus verbis apparet, a quo omnis creatura habet esse, virtutem et operationem, et per consequens dominium et multo amplius rex, ut superius est ostensum.

quippe ens ex ente primo dependet, a quo originatur: et omne creatum in increato fundatur. Cum autem ens creatum profluat ab increato, necesse est eciam eius virtutem et potenciam, scilicet dominatum ab illo procedere, dominiumque creatum in increato fundari. Omne preterea ens per participacionem reducitur ad ens per se. Presidentes autem dominio plus vigent in natura entis, quam persone private: cum gerant vicem quasi totius entis, cui presunt.

Thom. v. Aq. de reg. princ. III, 2.

Hoc idem probat ex consideratione motus cuiuslibet naturae creatae.

Non solum autem ratione entis, sed ratione etiam motus probatur, a Deo provenire dominium.

Et primo quidem assumenda est ratio Philosophi in VIII Physicorum. Quia omne quod movetur, ab aliquo movetur;

Sequitur et alia racione, dominium esse a Deo, in comparacione ad motum. Omne namque quod movetur, ab alio movetur et in moventibus et motis (ut inquit Philosophus VIII. Physicorum) non est in infinitum abire, sed est venire

et in moventibus et motis non est abire in infinitum. Ergo oportet venire ad aliquod primum movens immobile, quod est Deus, sive causa prima. Inter omnes autem homines, qui plus habent de ratione motus sunt reges et principes, et omnes qui praesunt, sive in gubernando, sive in iudicando, sive in defendendo, et sic de aliis actibus qui ad curam regiminis pertinent. Unde Seneca De consolatione fratris ad Polibium, sic loquitur de Cesare, exhortans eum ad contemptum mundi: „Cum voles omnium rerum oblivisci, cogita Cesarem. . . .

Omnium domos illius vigilia defendit, omnium otium illius labor, omnium delicias illius industria, omnium vocationem illius occupatio. Ex quo se Cesar orbi terrarum dedicavit, sibi se eripuit; et siderum modo, quae irrequieta semper cursus suos explicant, numquam illi licet nec subsistere, nec quidquam suum facere.

ad aliquod movens, quod non movetur, quod est ipse Deus. . . Porro inter cunctos mortales plus habent de racione motus reges, principesque terrarum, tum multitudinem gubernando, tum iudicando, tum denique illam defendendo. . .

. . . Unde Seneca in libro de brevitate vite ad Paulinum exhortans eum ad contemptum mundi, sic loquitur de Cesare: „Cum voles rerum omnium oblivisci, Cesarem cogita. Omnium enim domus illius vigilia defendit, omnium ocium illius labor, omnium vacacionem, illius occupacio". Et subinfert: „Ex quo se Cesar orbi terrarum dedicavit, se sibi eripuit". Siderum namque more agere debet commendabilis princeps, que in re quieta cursus explicant suos.

De reg. princ. III cap. 3. Hoc idem probat per considerationem finis.

Sed et respectu finis hoc idem apparet. Si enim est hominis agere propter finem ratione sui intellectus, qui finem in unaquaque eius acti-

Est sane et tercia racione mundi dominium a Deo, ex parte finis. Divina enim providencia, in quantum unamquamque creaturam movet in

one praestituit unaquaeque natura quanto est magis intellectiva, tanto magis propter finem agit. Cum ergo Deus sit summa intelligentia et purus actus intelligendi, sua actio magis finem includit. Ergo oportet dicere, quod in unoquoque fine uniuscuiusque rei creatae praeexigatur actio intellectus divini, quam et nos divinam prudentiam vocamus, per quam Dominus cuncta disponit et in debitum finem deducit . . .

Amplius. In regimine legislator semper debet intendere, ut cives dirigantur ad vivendum secundum virtutem: immo hic est finis legislatoris, ut Philosophus dicit in II. Ethic. . . Sed ad istum finem venire non possumus sine motione divina. . . Rursus ad idem. Finis movet efficientem; et tanto efficacius, quanto finis nobilior et melior reperitur, ut bonum gentis respectu boni civitatis vel familiae, sicut Philosophus dicit in I. Polit. Finis autem ad quem rex intendere debet in se ipso et in subditis est aeterna beatitudo, quae in visione Dei consistit. Et quia ista visio est perfectissimum

finem suum destinatum, in finem debitum deducit illam, sicut sagittam in determinatum signum, qua profecto racione a sapiente dicitur, opus nature, opus esse intelligencie. Cum autem ipse universorum dominus ordinatissimis quibusdam motibus omnia debito et ordinato fine concludat; consentaneum est, multo magis illum racionalem creaturam in finem optimum deducere velle.

Quod quidem per suos dispensatores provisoresque terrenos utpote reges, principes ecclesiarumque prelatos, tanquam causas secundas fieri disposuit. Debet nempe rex ad id vires suas extendere, ut cives dirigantur ad vivendum secundum virtutem, qui est finis legislatoris, ut 2. Ethicor. Philosophus ait. Ad istum autem finem pervenire impossibile est absque mocione divina. Ceterum finis movere solet efficientem, et tanto efficacius, quanto finis nobilior atque melior. Finis vero quem princeps principaliter in se et suis subditis intendere debet, eterna est beatitudo, que perfectissimum bonum est.

bonum, maxime debet movere regem et quemcunque dominum, ut hunc finem subditi consequantur, quia tunc optime regit, si talis in ipso sit finis intentus.

De reg. princ. I cap. 1.
Quid significetur nomine regis.

... Si ergo naturale est homini quod in societate multorum vivat, necesse est in hominibus esse per quod multitudo regatur. Multis enim existentibus hominibus, et unoquoque id quod est sibi congruum, providente, multitudo in diversa dispergeretur, nisi etiam esset aliquis de eo quod ad bonum multitudinis pertinet, curam habens; sicut et corpus hominis et cuiuslibet animalis deflueret, nisi esset aliqua vis regitiva communis in corpore quae ad bonum commune omnium membrorum intenderet. Quod considerans Salomon dicit Prov. XI, 14: Ubi non est gubernator, dissipabitur populus.

Lib. de Ces. mon. I tit. 3.
Quod pro mundi gubernacione necessario principes gencium sunt instituti.

.. Cum enim naturale sit hominum in multitudine vivere, et diversi diversis preoccupentur negociis, necesse est in omnibus aliquid, per quod multitudo regatur. Multis namque existentibus hominibus, et unoquoque id quod est sibi proprium providente, multitudo in diversa spargeretur, nisi esset aliquis in ea curam habens eorum que ad multitudinis pertinent bonum, quemadmodum corpus hominis et cuiuslibet animalis deflueret, nisi esset aliqua vis regitiva communis in corpore, ad omnium membrorum commune bonum intendens. Ait enim Salomon Hebreorum sapientissimus: „Ubi non est gubernator, dissipabitur populus".

De reg. princ. III. cap. 12.
Hic sanctus doctor declarat de dominio imperiali, unde istud nomen habuit originem etc.

... Quaedam autem alia nomina istius dominii assumpta

Lib. de Ces. mon. I. tit. 7.
De consularis imperii in Cesareum transmutacione.

...Octavianus preterea a senatu primus ex eo

sunt a quibusdam excellentibus viris dicti principatus propter aliquam praerogativam in eis repertam, ut Caesar a Iulio, ut historiae tradunt, sic dictus, quia, ut scribit Isidorius lib. Etymologiarum IX, quia casu mortuae matris utero prolatus est, vel quia cum caesarie natus: a quo Imperatores sequentes sic vocati sunt, quia comati essent: sed Augustus ab augendo rempublicam, primus vocatus est Octavianus, ut idem Isidorus scribit.

quod rempublicam auxerit, Augustus consalutatus est, quod nomen cunctis successoribus usque ad nunc dominis tantum orbis consecratum est, idque apicem declarat imperii. Debet namque quilibet imperator illius esse propositi et animi, ut imperium augeat, ut ait gl. ordinaria in proem. digestor. et pariter instit. Nisi enim glosella salvaret titulum Augustorum, nullus fere nostra etate vere se denominaret Augustum, cum plerique pocius angustent quam augeant imperium. Cesares vero dicti a Iulio Cesare, qui (ut Isidorus lib. 7 Etym. ait) de matris utero cesus erat, vel a cesarie, quia comatus.

De reg. princ. I cap. 4.
Quare subditis regia dignitas rectorum odiosa.

... Plerumque namque convenit ut homines sub

Lib. de Ces. mon. I tit. 8.
An conveniat imperium et quodlibet regnum magis regaliter quam politice gubernari.

... Nunc vero priusquam ad alia progrediar, haud incongrue placuit politicam inserere quaestionem: An conveniat imperium et quodlibet regnum per unum magis quam gubernari? Et quidem politicum regimen prevalere regali multis racionibus persuaderi potest. Plerumque namque contingit, ut homines

rege viventes, segnius ad bonum commune nitantur, utpote aestimantes id quod ad commune bonum non sibi ipsis proferre, sed alteri, sub cuius potestate vident esse bona communia. Cum vero bonum commune non vident esse in potestate unius, non attendunt ad bonum commune, quasi ad id quod est alterius, sed quilibet attendit ad illud quasi suum: unde experimento videtur quod una civitas per annuos rectores administrata, plus potest interdum quam rex aliquis, si haberet et tales tres vel quatuor civitates: parvaque servitia exacta a regibus gravius feruntur quam magna onera, si a communitate civium imponantur; quod in promotione Romanae reipublicae servatum fuit. Nam plebs et ad militiam scribebatur; et pro militantibus stipendia exsolvebat, et cum stipendiis exsolvendis non sufficeret commune aerarium, in usus publicos opes venere privatae adeo ut praeter singulos annulos aureos, singulasque bullas, quae erant dignitatis insignia, nihil sibi auri	sub rege viventes segnius fiant ad bonum commune existimantes, id quod ad bonum commune impendunt, non sibi sed alteri conferri, sub cuius potestate consistunt. Cum autem res publica per plures administratur, quilibet ad bonum commune quasi ad suum proprium attendit. Unde experimento nonnunquam videmus, civitates per annuos rectores administratas plusque proficere, quam eas que principum administracione gubernantur, ut in rebus Romanis patuit, que post exactos reges mirum in modum et in brevi excreverunt; et in Venetorum politia id hodie luculentissime cernitur. Parva preterea servicia a regibus gravius feruntur, quam onera grandia, que a communitate civium imponuntur. In Romana enim republica cum plebs milicie adscriberetur, nichilominus tamen et pro militantibus stipendia exsolvebat. Verum cum stipendiis solvendis non sufficeret erarium, in usus publicos opes venere private, adeo, ut preter singulos annulos et cetera dignitatis insignia

ipse etiam senatus reliquerit.

nichil sibi auri eciam senatus ipse reliquerit.

De reg. princ. I cap. 2.
Quid plus expediat civitati vel provincia pluribus aut uno regi rectore.

His autem praemissis requirere oportet, quid provinciae vel civitati magis expedit, utrum a pluribus regi, vel uno. Hoc autem considerari potest ex ipso fine regiminis.

Ad hoc enim cuiuslibet regentis ferri debet intentio ut eius quod regendum suscepit, salutem procuret. Gubernatoris enim est navem contra maris pericula servando illaesam perducere ad portum salutis. Bonum autem et salus consociatae multitudinis est, ut eius unitas conservetur, quae dicitur pax; qua remota sociali vitae perit utilitas, quin**immo multitudo dissentiens sibi ipsi fit onerosa. . .**

Manifestum est autem quod unitatem magis efficere potest quod est per se unum, quam plures; sicut efficacissima causa est calefactionis quod est per se calidum vel calefaciens. **Utilius igitur est**

In adversum vero monarchicum regimen optimum esse longe maioribus racionibus persuasum est. Et primo quidem id palam est ex fine regiminis.

In id enim cuiuslibet regentis ferri debet intencio, ut eius quod regendum suscepit, salutem procuret, instar nautici gubernatoris, cuius sollicitudo est, ut navem contra maris pericula et Scylleam voraginem ad portum salutis perducat. Bonum vero et salus consociate multitudinis est, ut eius unitas, que pax nuncupatur, conservetur; qua remota sociali vite perit utilitas.

Manifestum autem est, quod unitatem magis efficere potest, quod est per se unum, quam quod in pluri consistit. Iuxta philosophos efficacissima causa calefaccionis est per se calidum. Et id non solum racione, sed et experimento compertum

regimen unius quam plurimum. . .

Hoc etiam experimentis apparet. Nam provinciae vel civitates quae non reguntur ab uno, dissensionibus laborant et absque pace fluctuant.

habemus, quod provincie et civitates que non reguntur ab uno, dissensionibus crebro laborant, ut in Roma republica visum est.

De reg. princ. I. cap. 5. Quod minus malum est ex monarchia in tyrannidem converti, et quod cum regno plurium obtingat communius.

Cum autem inter duo, ex quorum utroque periculum imminet, eligere oportet, illud potissime eligendum est, ex quo sequitur minus malum. Ex monarchia autem, si in tyrannidem convertatur, minus malum sequitur, quam ex regimine plurium optimatum, quando corrumpitur. . . Magis igitur praeoptandum est unius regimen quam multorum, quamvis ex utroque sequantur pericula.

Adhuc. Illud magis fugiendum videtur, ex quo pluries sequi possunt magna pericula. Frequentius autem sequuntur maxima pericula multitudinis ex multorum regimine quam ex unius. Plerumque enim contingit, ut ex pluribus aliquis ab intentione communis

. . . Preterea id magis fugiendum est, ex quo maiora possunt sequi incommoda. Sed in regimine multorum plerumque contingit, ut ex pluribus aliquis ab intencione communis boni divertat, quo a bono publico pedem declinante dissensionis periculum

boni deficiat, quam quod unus tantum. Quicumque autem ex pluribus praesidentibus divertat ab intentione communis boni, dissensionis periculum in subditorum multitudine imminet, quia dissentientibus principibus consequens est ut in multitudine sequatur dissensio. Si vero unus praesit, plerumque ad bonum commune respicit; aut si a bono communi intentionem avertat, non statim sequitur ut ad subditorum oppressionem intendat, quod est excessus tyrannidis et in malitia regiminis maximum gradum tenens... Non minus contingit in tyrannidem verti regimen multorum quam unius, sed forte frequentius... Nam fere omnium multorum regimen est in tyrannidem terminatum, ut in Romana republica maxime apparet. Quae cum diu per plures magistratus administrata fuisset; exortis simultatibus, dissensionibus et bellis civilibus, in crudelissimos tyrannos incidit: et universaliter si quis praeterita facta, et quae nunc fiunt, diligenter consideret, plures inveniet exercuisse tyrannidem in terris quae per multos reguntur, quam in illis quae gubernantur ab uno.	multitudini imminet. Dissencientibus enim principibus ut in multitudine sequatur dissensio, necesse est omne regnum in se divisum (ut ait Salvator) desolabitur, nec ulli navem in unam trahunt partem nisi coniuncti. ... Optimus ergo est in qualibet republica principatus unius, ubi tum eciam regnum in tyrannidem vertitur, periculosius longe est in multitudine quam uno solo. Multitudine enim tyrannisante ad oppressionem tocius rei publice tendit, qui quidem excessus tyrannidis maximum gradum tenet malicie. Et ut paucis que volo perstringam, si quis preterita facta et que nunc sunt diligenter consideret, crebrius inveniet excrevisse tyrannides in terris que pluribus reguntur, quam que gubernantur ab uno.

De reg. princ. I. cap. 2.

Melius igitur regit unus quam plures ex eo quod appropinquant ad unum.

De reg. princ. I. cap. 4.

(Imperatores), per quorum studium Romana res publica et aucta et conservata est: plurimi vero eorum in subditos quidem tyranni, ad hostes vero effecti desides et imbelles, Romanam rempublicam ad nihilum redegerunt. Similis etiam processus fuit in populo Hebraeorum. Primo quidem dum sub iudicibus regebantur, undique diripiebantur ab hostibus. Nam unusquisque quod bonum erat in oculis suis, hoc faciebat. Regibus vero eis divinitus datis ad eorum instantiam, propter eorum regiam malitiam, a cultu unius Dei recesserunt et finaliter ducti sunt in captivitatem. Utrinque igitur pericula imminent: sive dum tyrannus timetur, evitetur regis optimum regimen; sive hoc desideratur potestas regia in malitiam tyrannicam convertatur.

. . . Concluditur ergo ad conservacionem stabilitatemque imperii et cuiuslibet regni racione naturali pariter et morali considerata frugalius esse regimen unius quam plurimum licet sepe ex desidia ac impericia regum et principum contrarium contingat. Nam plurium imperatorum studio et fideli administracione Romana res publica magnopere aucta est, et per plurium desidiam et tyrannidem ad nichilum fere redacta. Sic quoque in utroque regimine populi Hebreorum fuit, quod rempublicam eorum offenderet, primo quidem, dum sub iudicibus regebantur, undique diripiebantur ab hostibus, et unusquisque quod sibi bonum videbatur in oculis suis, faciebat. Regibus vero eis divinitus ad eorum datis instanciam, propter regum maliciam a cultu unius Dei recesserunt, finaliterque miserabili fato armis devicti occubuerunt, longevaque captivitate attriti sunt. Utrobique ergo et in politico et in regali regimine virtus in precio est.

De reg. princ. IV cap. 7. Refert aliam opinionem dictorum Philosophorum quantum ad principatum, quem volebant esse perpetuum: circa quam disputat ad utramque partem.

Est autem et alia conditio quam Philosophus in II. Polit. attribuit politiae dictorum philosophorum: videlicet magistratus ad regimen iuxta morem Atticae regionis, cuius caput sunt Athenae, post mortem videlicet Codri regis: quos quidem magistratus romana respublica senatores vocabat. Hos prefati Philosophi voluerunt esse perpetuos: quorum motivum fuit imitatio naturae, ut Aristoteles eis imponit. . . . Amplius autem ad hoc idem probandum sic argumentum assumi potest. Quia ut Philosophus dicit in principio suae Metaph., *experientia facit artem, et inexperientia casum: et Vegetius De arte militari, „Scientia, inquit, rei militaris nutrit audaciam. Nemo enim facere quod se bene didicisse confidit". Ex his autem arguitur quod si fiat mutatio rectorum vel principum seu magistratus, interdum assumitur inexpertus, ex quo multi contingunt errores in politia.*

Lib. de Ces. mon. I. tit. 9. An expediat reipublice imperii et cuiuslibet alterius, gubernatorem habere pocius perpetuum vel temporalem.

Sapientissimi urbis Rome patres politico eorum adhuc persistente regimine, singulis annis novos statuisse magistratus in superioribus actum est. Quo cessante Cesareoque incipiente per fixos rectores tanquam reipublice magis salutares res Romanas exinde directas agresti stilo perclaruit. Qua de re nunc pulsat questio animum: An expediat in omni republica magistratum ordinare fixum? Socrates certe et Plato precipue humane sapiencie lumina in ea sentencia fuere, quod omnino non conveniat reipublice magistratus annue mutari, ad eamque partem has voluerunt urgere raciones. *Experiencia namque (inquiunt) facit artem, ut de arte militari Vegecius dicit: „Sciencia rei militaris nutrit audaciam, quia nemo facere metuit, quia se bene didicisse confidit." Sed si fiat mutacio rectorum vel principum, plerumque contingit inexpertum ad rempublicam administrandum assumi, ex quo errores nonunquam maximi incidunt in politia.*

Rursus ad idem. Talis vicissitudo regimine derogat, ut dictum est supra in II libro: quia datur occasio subditis non obedientiae ex spe evadendi manum principis, vel veniendi ad dictum principatum: et sic motivum dictorum Philosophorum Socratis videlicet et Platonis, videtur consonum rationi.

Sed e converso fuit motivum sapientum urbis sive romanae reipublicae: quia post expulsionem regum statuerunt consules: unde in I Mach. VIII, 16 scribitur inter alia commendabilia de Romanis, quod committunt uni homini magistratum suum per singulos annos dominari universae terrae suae et omnes obediunt uni. Causam autem signant historiae, ut nec insolens diu maneret, et moderatior cito succurreret. Quam quidem causam Philosophus etiam tangit in II. Polit.: quia mutare aliquando principatum ad dignitatem, magistratus personis idoneis distribuere, causa est maioris pacis in civitate, et in politia quacumque.

Alia autem causa assumitur ex uno principio Philosophi V. Ethic., ubi dicitur quod principatus virum ostendit. Contin-

Preterea per huiuscemodi vicissitudinem rectorum datur occasio subditis rebellandi minimeque obediendi, vel quia quisque sperat magistratus potestatem brevi finiendam vel saltem per successum temporis ad idem officium seipsum deligendum fore.

Et quamvis Socratica pariter et Platonica sentencia urgentibus racionibus persuaderi possit, est tamen in contrarium altera eque probabilis persuasio, monarcha nempe philosophorum Aristoteles II. Politic.: „Mutare (ait) aliquando principatum magistratusque dignitatem, causa maioris pacis unionisque in civitatibus solet esse et policiaque quacunque."

git enim interdum personam assumptam ad dignitatem esse hominem virtuosum in gradu suo; sed postquam statum principatus accepit, elevatur in superbiam et tyrannus efficitur, sicut accidit de Saule; de quo dicitur in I Reg., quod quando assumptus est in regem, inter filios Israel non erat melior vir illo, et solis duobus annis in sua permansit innocentia. Postquam autem factus tyrannus et Deo inobediens, dictum est ei per Samuelem ibid. XV, 23: Quia abiecisti sermonem Domini et non obedisti voci eius, abiecit te Dominus, ne sis rex.

Amplius autem gradus quidam est in natura hominis, quantum ad virtutes et gratias. Quidam enim sunt ad subiectionem dispositi, sed ad regimen minus valent; quidam autem e converso.

Ex tali ergo opinione, quia bonus est subditus assumptus, et male regens, si perpetuetur cum principatu, est causa scissurae in civitate, conveniens est mutare rectores.

Rursus. Appetitus honoris inest homini: unde Valerius Maximus dicit

Emergit ad hanc sentenciam et alia racio ex dicto eiusdem philosophi V. Ethicor., ubi ait: „principatus virum ostendit.“ Contingit enim plerumque virum virtute et moribus commendabilem in gradu suo provehi ad dignitatem et in successu temporis vitam moresque deflectere in deterius, ut I. regum in Saule Hebreorum principe exemplum in manibus est.

Porro in natura hominis gradus, quantum ad virtutes et gracias reperiuntur, quidem enim ad subieccionem idonei sunt, sed ad regimen minime utiles; quidam vero in contrarium dispositi sunt.

Si autem ex fallibili opinione contingat, eum qui minime idoneus est ad regimen aliorum, elevari perpetuum, quantum id commoditatis frugalitatisque allaturus sit reipublice nemo profecto racionis compos ignorat.

Cum eciam secundum

quod „nulla est tanta humilitas, quae hac dulcedine non tangatur": et hinc sequitur aliud, scilicet quod est superioris impatiens. Dare ergo principatum uni soli est causa seditionis in multitudine. Et ita est etiam ratio Aristotelis in II. Polit.: ubi dicit quod Socrates semper facit eosdem principes; quod seditionis est causa apud nullam dignitatem possidentes. Videntes enim se omnino statu carere, si contingat eos esse viriles et animosos, ad discordias nituntur civium. Propter quod Valerius Maximus refert de Fabio duce Romano lib. X, de quo dictum est supra, quod cum saepius consulatum habuisset, et in sua progenie talis dignitas a longo tempore per successionem continuata esset, id egit cum populo ut aliquando vocationem eius honoris Fabiae genti darent. Laudabilis igitur politia est, in qua secundum merita unicuique civi vicissim distribuuntur honores, ut antiqui fecerunt Romani, quam etiam Philosophus magis commendat.

philosophum VI. Ethicor. omnes homines desiderent habere honores, maximumque bonorum exteriorum honorem existiment, adeo quod non sit ulla humilitas, ut Maximus ait Valerius, que hac dulcedine non tangatur. Ob quam causam nonnulli in republica ad principatum aspirantes non equo animo ferunt superioritatem unius et perpetui. Proinde Aristoteles II. Politicor. Socraticam irridens sentenciam ait: Socrates semper eosdem facit principes, quasi stabilicio principatuum apud inferiores viriles et animosos precipua sit causa civilis discordie." Fabius dux Romanorum cum sepius consulatum habuisset, huiusmodi dignitatis in sua familia longis fuisset continuata temporibus id egit cum populo, ut aliquando Fabie genti daretur, ne tanta dignitas in una domo remaneret.

... Racio prohibicionis est, ne regentes rempublicam aspere dominentur, et ne detur occasio delinquendi, ideo disponit lex, ut post biennium deponat officium, et racionem reddat de

gestis . . ., verum etsi Aristotelica sentencia vicissitudinem rectorum et principum in republica exigere videatur.

De reg. princ. Lib. IV. cap. 8.

Hic declarat melius esse in politia non perpetuare rectores; et respondet ad partem oppositam: ubi etiam dicit, nullum in Lombardia habere dominium nisi per viam tyrannicam, Duce Venetiarum excepto.

. . . Quod autem inducitur ultimo de derogatione regiminis, si principatus immutetur, hic attendendum est, sicut tactum est supra in II. lib. quod regiones diversificantur quantum ad homines et in modo vivendi sicut cetera viventia secundum aspectum coeli, ut Ptolomaeus tradit in Quadripartito. Si enim plantae transferuntur ad aliam regionem, ad eius naturam convertuntur: simile est de piscibus et de animalibus. Sicut ergo de viventibus, ita de hominibus. Gallici enim, qui se transferunt in Siciliam, ad naturam applicantur Siculorum: quod quidem apparet, quia ut narrant historiae, iam ter est populata dicta insula de praefata gente. Primo

Est tamen advertendum, quod regiones gencium diversificantur, tum quoad naturam humanam, tum quoad complexiones modumque vivendi, quemadmodum universa animancia iuxta aspectum celi influenciamque astrorum alterantur, ut Ptolemaeus tradit, in quadripartito. Nam si plante ad aliam transferantur regionem, ad illius naturam convertuntur, ita et de hominibus videmus, quod nonnunquam Allamanni translati in Ytalycam ytalicantur, et mores vitamque eorum vel in bonum vel in malum imitantur.

enim tempore Caroli Magni; secundo ad trecentos annos tempore Roberti Guiscardi; et temporibus nostris per regem Carolum; qui iam induerunt ipsorum naturam. Hoc ergo supposito, dicendum est, quod regimen et dominium ordinari debet secundum dispositionem gentis, sicut ipse Philosophus in Politicis tradit. Quaedam autem provinciae sunt servilis naturae; et tales gubernari debent principatu despotico, includendo in despotico etiam regale. Qui autem virilis animi et in audacia cordis et in confidentia suae intelligentiae sunt, tales regi non possunt nisi principatu politico communi nomine extendendo ipsum ad aristocraticum. Tale autem dominium maxime in Italia viget; unde minus subiicibiles fuerunt semper propter dictam causam. Quod si velis trahere ad despoticum principatum, hoc esse non potest nisi domini tyrannizent. Unde partes insulares eiusdem, quae semper habuerunt reges et principes, ut Sicilia, Sardinia et Corsica semper habuerunt tyrannos. In partibus autem Liguriae,

Quam ob rem pari racione regimen et dominium cuiuscumque regionis ordinandum esse videtur secundum disposicionem gentis sicut et ipse philosophus in Politicis tradit. Quedam enim provincie serviles sunt natura, homines habentes pusillanimes et tales gubernari convenit regimine despotico et regali. Sunt autem alie provincie habentes gentes et animi et corporis viribus audaces, ingenioque et industria prestantes, quas politico gubernari regimine necesse est, quale profecto dominium in Ytalia et plerisque aliis regionibus viget, quibus difficile est propter innatam eorum rebellionem dominari regaliter. Regiones tamen insulares Ytalye semper reges et principes habuerunt, utpote Sicilia, Sardinia et Corsica.

In partibus vero Ligurie, Emilie et Flaminie

Aemiliae et Flaminiae, quae hodie Lombardia vocatur, nullus principatum habere potest perpetuum, nisi per viam tyrannicam. Duce Venetiarum excepto, qui tamen temperatum habet regimen: unde principatus ad tempus melius sustinetur in regionibus supradictis. Quod enim dicitur derogare politiae, non est verum, si eligantur idonei: alias, ut dictum est, corrumpitur politia. Idoneos autem Aristoteles tradit in Politicis lib. IV, mediocres civitates, hoc est nec nimis potentes, quia de facili tyrannizant, nec nimis inferioris conditionis, quia statim democratizant. Cum enim se in alto considerant, sui immemores sicut ignari regiminis, in erroris barathrum submerguntur, vel de improvida cura ad subditos vel de sumptuosa audacia ad aliorum gravamina: unde et politia corrumpitur et inquietatur. Assumendi igitur sunt rectores vicissim in politia sive consules, sive magistratus vocentur, sive quocumque alio nomine, dummodo idonei reperiantur. Amplius autem nec periculum imminet,

que hodie Lombardia nuncupatur, nullus fere nisi tyrannica quadam impressione principatum obtinere potest, perpetuum, ut nostra etate sepe visum est. Attamen dux Veneciarum temperatum limitatumque regimen habet, qui suam potestatem a senatu Venetorum, veluti lumen a sole luna mutuare perhibetur. In terris vero ubi principatus ad tempus equanimius sustinetur, ad regimen mediocres (ut philosopho IV. Politic. placet) idoneiores sunt, hoc est, ut nec sint potentes nimis, qui de facili tyrannisent, nec nimis abiecte condicionis, quia statim democratizant. Considerantes enim illi se quasi ex nichilo in altum fastigium elevatos sui immemores ignarique regiminis in erroris plerumque baratrum prolabuntur.

quia iudicant secundum leges eis traditas, quibus sunt per iuramentum astricti; unde non est materia scandali puniendo, quia tales leges ab ipsa multitudine sunt institutae. Rursus nec domino derogat, si leviter puniat secundum naturae gentis subiectae: quia aliquando in talibus regionibus melius politia servatur dissimulando culpam vel dimettendo poenam. In quo facto epicietis, de qua Philosophus in V. Ethic. videtur locum habere, quae iustum legale diminuit. In quo etiam regimine regulae illius summi pastoris sunt attendendae, videlicet B. Gregorii in Registro pastorali, in quibus modum correctionis tradit secundum personarum statum et qualitatem.

. . . Nec huiusmodi dominio derogant, si quandoque temporum et regionis qualitate considerata delicta levius puniantur in politico quam despotico. In nonnullis namque terrarum oris ad conservacionem policie dissimulare culpam, vel remittere meritam penam, non minus quandoque quam aspera correcio reipublice accommoda est. In quo casu non minus eciam epycheica virtus sibi locum vendicare videtur. Unde Gregorius in pastorali modum correccionis iuxta personarum statum et qualitatem instruit esse attendendum.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 4.

Hic auctor declarat, qualiter dominium Romanum fuit a Deo provisum propter zelum patriae.

Et quia inter omnes reges et principes mundi, Romani ad predicta magis fuerunt solliciti, Deus illis inspiravit ad

P. v. A. Lib. de Ces. mon. lib. I. tit. 10.

Quod previsivo consilio Dei mundi monarchia Romanis concessa est.

Inter cunctos per orbem reges principesque terrarum nulli usquam reperti sunt, qui ad bene beateque regendum

bene regendum, unde et digne meruerunt imperium, ut probat Augustinus in lib. De civ. Dei diversis causis et rationibus, quas ad praesens perstringendo, ad tres reducere possumus, aliis, ut tradatur compendiosius, resecatis, quarum intuitu merunt dominium. Una sumitur ex amore patriae, alia vero ex zelo iustitiae, tertia autem ex zelo civilis benevolentiae.

Amplius autem amor patriae in radice caritatis fundatur, quae communia propriis, non propria communibus anteponit, ut beatus Augustinus dicit exponens verbum apostoli de caritate. Virtus autem caritatis in merito antecedit omnem virtutem, quia meritum cuiuscumque virtutis ex virtute caritatis dependet. Ergo amor patriae super ceteras virtutes gradum meretur honoris. Hoc autem est dominium. Ergo ex amore digne consequitur quis principatum. De hoc autem amore patriae dicit Tullius in lib. De officiis, quod „omnium societatum nulla est gratior, nulla carior quam ea quae cum republica perseverat. Unicuique enim nostrum cari sunt parentes, cari sunt liberi, cari sunt propinqui ac familiares; sed omnium propinquitates patria sua caritate complexa solerciores existerent Romano populo, digne adeo suis virtutibus imperium orbis promeruisse, lumen ecclesie attestatur Augustinus. Virtutibus quidem, dico non theologicis, que sine fide et caritate non habentur, sed politicis, quibus eciam gentiles adornantur, ut inquit text. iun. gl. XXVIII. q. I. § ex his nempe etsi. Romanos multis summisque virtutibus in XVIII de civit. Dei extollit Augustin. maxime tamen tribus, quibus precipue floruerunt, illos dignissimos imperio fuisse ostendit: tum ob sincerum amorem et integram eorum in rempublicam fidem, tum zelum iusticie, tum quoque civilem eorum in omnes benevolencia. Atque ut a prima exordiar, sanctus amor patrie honorem dominii digne meretur, ille enim in radice fundatur caritatis, sed quia virtus caritatis in merito precellit omnem virtutem, eo quod cuiuscunque virtutis meritum ex virtute dependeat caritatis, et qui rempublicam zelat, rem videtur zelare divinam, nam cum bonum gentis esse divinum, ut I. Ethicor. philosophus dicit. Graviter itaque ut iustum principem decet, imperator amplum suum senatum alloquens: „Cordi, (ait) nobis est, patres con-

est: pro qua qui bonus dubitet mortem oppetere, si eidem sit profuturus?“ Quantus vero fuerit amor patriae in antiquis Romanis, Salustius refert in Catilinario ex sententia Catonis, quasdam de eis connumerando virtutes, in quibus dictus amor includitur. „Nolite, inquit, existimare maiores nostros armis rempublicam ex parva magnam fecisse: quippe amplior nobis quam ipsis armorum est copia; sed quia in eis fuit domi industria, foris iustum imperium, in consulendo animus liber, neque delicto neque libidini obnoxius. Pro nos habemus luxuriam atque avaritiam, publice egestatem, privatim opulentiam: laudamus divitas; sequimur

scripti, semper nostri animi curas rebus communibus avidissime impendere.“ L. I. E. de emend. cod. Ea propter amor patrie supra ceteras virtutes gradum meretur dominii, imperii et honoris, in quo utique amore, nullam dispensacionem mortales admittunt. Non enim ulla causa intervenire debet, ait Tullius in lib. de republ. unde proprie derogatur patrie. Et in I. Officior. is ipse Tullius, qui et consul Romanus fuit, „omnium societatum, inquit, nulla est gracior, nulla carior, quam ea, que cum republica perseverat. Unicuique enim nostrorum cari sunt parentes, cari liberi, cari sunt propinqui ac familiares, sed omnes omnium caritates patria una complexa est, pro qua quis bonus non dubitat mortem oppetere, si eidem sit profuturus.“ Quanta autem in rempublicam flagrarint caritate veteres Romani, Salustius in Cathilinario ex sentencia Cathonis refert, dum plurimas virtutes illorum connumerando subnectit: „Nolite namque existimare maiores nostros armis rempublicam ex parva magnam fecisse, quippe amplior nobis quam ipsis armorum et equorum est copia, sed quia in eis fuit domi industria, foris iustum imperium,

inertiam; inter bonos et malos nullum discrimen: omnia virtutis praemia ambitio possidet." ... De isto autem amore patriae exemplum accipimus, ut historiae tradunt et beatus Augustinus in V De civit. Dei de Marco Curtio nobili milite, qui armatum equo sedentem in abruptum terrae hiatum se praecipitem dedit, ut pestilentia cessaret ab urbe. Item de M. Regulo, qui salutem reipublicae praeferens, consultus a Romano populo, et inter praedictum populum et Poenorum gentem mediator pacis existens, in Africam rediens a Carthaginiensibus est occisus. Quam mundas etiam habuerunt manus a muneribus principes eorum pro conservanda republica, patet de M. Curio, de quo scribit Maximus Valerius libro quarto quomodo Samnitum divitias contempsit. Cum enim post victoriam de ipsis habitam, legati eorum ad ipsum aditum habuissent, ipsumque reperissent in scamno sedentem, et catino ligneo coenantem, magnumque auri pondus

in consulendo animus liber, nec delicto nec libidini obnoxius. Pro hiis (ait) nos habemus luxuriam et avariciam, publice egestatem, privatim opulenciam; laudamus divicias sequimur inerciam, et inter bonos et malos discrimen nullum; omnia denique virtutis merita nunc possidet ambicio." Quid dicam de Marco Curio nobilissimo urbis Romane milite, qui pro salute urbis et patriae, cum in medio foro et in ea parte urbis, ubi nunc templum divi Anthonii situm est, terra dissiluisset sumptis milicie insigniis equo armatus insidens in abruptum terre hyatum se precipitem dedit, ut pestilencia cessaret ab urbe. Quid preterea de Marco Regulo Attilio, Romanorum fidelissimo duce, condignum sue premio virtutis recenseam, qui reipublice sue preferens salutem sponte se dedit in necem. Is enim cum Carthaginiensibus bellum inferret, cum quingentis viris captus et in cathenas coniectus esset, postea a Carthaginiensibus, qui bello fracti erant, ad pacem petendam et pro commutacione captivorum Romam sub sacramento tamen redeundi missus est. Ille Romam ductus suasit, ne pax cum Afris fieret, illos enim fractos tot casibus

offerrent, suis invitatus verbis ut eo uti vellet, vultum protinus risu solvens, „Supervacue", inquit. Narrate Samnitibus, M. Curium malle locupletibus imperare, quam locupletem fieri: et mementote me non acie vinci, nec pecunia posse corrumpi."

... Sed et Mathatias et filii quamvis fuerint de sacerdotali genere

spem non habere ullam, ac se tanti non esse, ut tot milia captivorum, quos Romani detinebant propter unum se et senem et paucos, qui ex Romanis capti erant, redderentur. Offerentibus autem Romanis ut eum Rome tenerent, negavit se in urbe mansurum, in qua postquam Afris servierat, dignitatem honesti civis habere non posset. Rediens itaque in Africam miserabili nece extinctus est. Quam mundas eciam a muneribus habuerint manus Romani principes pro republica conservanda Maximus Valerius lib. IV. multis exemplis describit, sed unum de Marco Curio sufficiat. Is postquam victoriam de Sampnitibus obtinuisset legati Sampnitum ad eum cum muneribus missi ipsum ad focum in scampno sedentem et chatino ligneo cenantem reperiunt; illi vero magnum auri pondus obtulerunt benignis invitantes verbis, ut eo uti vellet. Qui protinus vultum risu solvens: „Narrate, inquit, Sampnitibus, Marcum Curium malle locupletibus imperare quam locupletem fieri; mementote denique me nec acie vinci, nec pecunia posse corrumpi." Integram ergo et inviolatam fidem urbi et patrie non modo illi, de quibus oracio premissa

propter zelum legis et patriae in populo Israelitico meruerunt dominium, ut patet in I et II Machab.

Th. v. Aq. De reg. princ. III cap. 5.
Qualiter Romani meruerunt dominium propter leges sanctissimas quas tradiderunt.

Est autem et alia ratio, unde digne Romani dominium sunt adepti: zelus videlicet iustitiae... Trahebantur enim homines ad ipsorum amorem, ut propter ipsorum iustissimas lege se sponte eisdem subiicerent. Unde et ipse Apostolus Paulus cum a Iudaeis nimis iniuriis vexaretur coram Festo principe circa partes Caesareae Palaestinae, ut in Actibus Apostolorum traditur, ad Caesarem appellavit, ac se subiecit legibus Romanis.

... Propter quod dicit idem

est, sed plurimi alii servaverunt. Quapropter Romanis summa Dei providencia universale orbis dominium et imperium iuste concessum est. Sic quoque et apud Hebreos Mathathias et eius filii, quamvis sacerdotali essent tribu progeniti, propter zelum tamen legis et patrie in filiis Israel principatum meruerunt...

Fuit et altera haud minus digna imperio causa, zelus intemerate iusticie sacratissimaque sanccio legum...

... Plurimi populorum equissimis Romanorum legibus allecti spontanee se illis subdiderunt; nunc vero nec subiecti armis contineri possunt. Quibus itidem legibus doctor gencium Paulus innixus, cum a Iudaeis atrocibus afficeretur iniuriis apud Caesaream Palestine urbem (ut in actibus apostolorum habetur) a Festo principe ad Cesarem appellat, et Romanis legibus cum et ipse civis esset Romanus (ut in c. si in adiutorium X dist.) confidenter se subiecit...

... Ob quam revera causam

doctor Augustinus in XVIII lib. De civit. Dei, c. XVIII, quod Deo placuit orbem terrarum per Romanos debellare, ut in unam societatem reipublicae legumque productum longe lateque pacaret.

... Unde et idem Doctor in V eiusdem lib. dicit, quia propter leges ipsorum sanctissimas nisi sunt tamquam recta via ad honores, imperium et gloriam: nec habent unde conqueri debeant de summi et veri Dei iustitia: perceperunt enim mercedem suam iuste videlicet dominando, ac legitime gubernando. Quantus autem fuerit zelus iustitiae apud romanos consules antiquos contra malos, de multis est manifestum. Unde scribit Augustinus in V saepe iam dicto libro, quod Brutus filios suos occidit, quia bella concitabant in populo: ex quo vigore iustitiae mortem merebantur. „Vicit enim in eo, ut ait Poeta (Virgilius Aeneid. VI),

Amor patriae, laudumque immensa cupido.

Narrat enim de Torquato, quod idem fecit de filio, qui contra edictum patris hostes invasit iuvenili quodam provocatus ardore: et licet victoriosus extiterit, quia tamen castra suae gentis discrimini exposuit, ipsum morti adiudicavit iuxta

(ut Augustini XVIII lib. de civitate Dei repetam verba) placuit Deo per Romanos orbem debellare terrarum, ut in unam societatem reipublice legumque perductum illum longe lateque paccaret. Unde in V. eiusdem voluminis inquit, quod Romani propter leges eorum equissimas usi sunt, tanquam recta via ad honores, imperium et gloriam. Nec habent unde iure conqueri possunt de summi et veri Dei iusticia, perceperunt enim mercedem, iuste dominando legitimeque gubernando. Subiungit porro in eodem libro Augustinus de zelo iusticie Bruti, civis Romani, qui filios suos occidit, quia bella concitabant in populo. Vicit enim in eo (ut ait poëta)

„amor patrie, laudumque immensa cupido."

Et rursum de Torquato, qui nato necem inferre voluit, quod contra edictum patris hostes iuvenili quodam provocatus ardore, et licet hostes vicerit prelio, tamen castra sue gentis discrimini exposuit, ipsum morti iuxta militares leges,

militares leges ubi idem Doctor causam suae mortis insinuat, dicens: „Ne plus mali esset in exemplo imperii contempti, quam boni in gloria hostis occisi." Maximus autem Valerius dicit de ipso, quod maluit proprio natu carere quam disciplinae militaris transgressionibus indulgere.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 6.

Quomodo concessum est eis dominium a Deo propter ipsorum civilem benevolentiam.

Tertia vero virtus per quam subiugaverunt Romani mundum et meruerunt dominium fuit singularis pietas ac civilis benevolentia . .

. . . Propter quod et Philosophus dicit in VIII Ethic., quod benevolentia est principium amicitiae. Quantum autem antiqui Romani in hac excelluerint virtute, unde exteras nationes ad suum traherent amorem, seque eisdem sponte subiicerent exempla deducantur in medium. Primo quidem de Scipione, qui, ut refert Maximus Valerius lib. IV, cum esset in Hispania dux Romani exercitus contra gentem Hannibalis, ac vigesimum quartum agens annum Carthaginem ibidem a Poenis conditam in suam redegisset potestatem, in

adiudicavit, ne plus mali esset in exemplo imperii contempti, quam boni in gloria hostis occisi. Et maluit (inquit Valerius) proprio carere, quam discipline militaris transgressionibus indulgere.

Tertiam subinde iustam concessionis dominii causam subnectit idem Augustinus, asserens illam fuisse civilem ipsorum benevolenciam singularemque in omnes humanitatem . . .

. . . Unde philosophus VIII. Ethicor.: „benevolencia est premium amicicie" ait; . . .

Ac vere benevolencia animique lenitate Romani plerasque exteras naciones in suum traxerunt amorem, ymo et quos armis superare non poterant, benevolencia devicerunt. Inter quos Scipio illustris consul occurrit primus. Is enim annos tantum natus quattuor et viginti, cum in Hyspaniam proconsulare sortitus esset imperium, primo impetu Carthaginem novam Hyspanie cepit, et dum inter ceteros quedam

ipsa virginem cepit eximiae venustitatis, quam ut desponsatam agnovit et nobilem, ipsam inviolatam parentibus reddidit et aurum quod in redemptione eius traditum fuerat doti eius adiecit. Ex quo facto ad amorem Romanorum hostes adduxit, admirantes de tam casta moderatione continentiae dicti principis: quia cum idem auctor ipsum referat solutionis vitae in iuvenili aetate fuisse se ipsum in tante libertate et potestate consistens ab omni delicto conservavit immunem. Unde Titus Livius de bello Punico narrat, Scipionem sponsum dictae virginis allocutum fuisse in quo sermone suam ostendit pudicitiam digne principibus imitabilem, et dominii meritoriam. Scribit et idem Titus de ipso quaedam benevolentiae inductiva in praedicta victoria. Cum enim misit obsides Romanis primo quidem hortatus est universos bonum habere animum, venisse enim eos in Romanorum potestatem, qui beneficio quam metu obligare homines mallent, exterasque gentes fide et societate iunctas habere, quam tristi subiectas servitio.

De hoc etiam dicit Augustinus I De civit. Dei, quod proprium ipsorum fuit parcere

adulto flore virgo pulcherrima ab eo comprehensa fuisset, eam paterna pietate servavit, concedens parentibus, ut eam redimerent; ad se eciam sponsum nobilissimi generis virum venire persuadens, ei ipsam quasi pius genitor in matrimonium tradidit, preciumque quod a parentibus eius acceperat, doti adiecit, puelleque condonavit. Ex quo facto tota pene Hyspania ad Romanorum se dedit imperium. Et Titus Livius de bello scribens Punico sermonem Scipionis quo virginis sponsum allocutus, tum mitem eius in victoria animum digne certe principibus inimitabilem his verbis ostendit: „Primum quidem (ait) exhortatus est universos bono esse animo; venisse enim eos in populi Romani potestatem, qui beneficio mallent quam metu vincere; exteras quoque gentes magis fide ac societate iunctas, quam tristi servicio subiectas habere."

Clemenciam pietatemque ipsorum magnopere eciam extollit Augustinus I. de civit.

subiectis, et debellare superbos, acceptaque iniuria ignoscere quam persequi malebant. Refert etiam idem Doctor in eodem lib. de Marco Marcello, qui cum Syracusam urbem cepisset, ante illius ruinam suas illi effudit lacrimas, tantaeque fuit pudicitiae et continentis animi, benignaeque mentis, quod priusquam oppidum iussisset invadi, publico edicto constituit ne quis corpus liberum violaret. Quid pluribus exemplis insistimus? Cum etiam Machabaei, Iudas videlicet, Ionathas et Simon, de genere Iudaeorum, quorum est proprium aliarum nationum aspernari consortium, tum quia Saturnini sunt, sicut Macrobius dicit, super somnium Scipionis, tum quia legibus prohibebatur eisdem considerata benevolentia Romanorum cum ipsis statuerunt amicitiam, ut in I Machabaeorum scribitur.

Dei, proprium inquiens Romanorum fuisse „parcere subiectis et debellare superbos". Ex multisque exemplis introducens Marcum Marcellum, qui cum a senatu ad expugnandum Syracusas, nobilem Sicilie urbem, missus esset, ante illius dedicionem pias illi effudit lachrymas, publicoque edicto constituit, ne quis in illa corpus liberum violaret. Captis autem a sese Syracusis ruinam ex alta civitatis prospiciens arce: „En urbs, ait, Syracusana hoc saltem in tua clade maxima solamen habes, etsi incolumem stare non poteras, saltem sub victore clementissimo cecidisti." Hiis denique et quamplurimis aliis virtutibus ab olim Romani claruerunt, allectus Iudas Machabeus, Hebreorum invictissimus princeps, suique sanguinis fratres, qui etsi aliarum nacionum, propter leges divinas assolvissent aspernari consorcium, fama tamen bonitatis Romanorum attracti amicicie foedus cum eis statuerunt.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 19.

Qualiter diversificatus est modus imperii a Carolo Magno usque ad Ottonem tertium, et unde plenitudo potestatis summo Pontifici convenit.

. . . cum Ecclesia vexaretur

P. v. A. Lib. de Ces. mon. lib. II. tit. 1.

De septem Principum Electorum institucione.

. . . Nam cum vexaretur

ab iniquis Romanis advocatus est Otto primus dux Saxonum in Ecclesiae subsidium, liberataque Ecclesia a vexatione Longobardorum et impiorum Romanorum, ac Berengarii tyranni, in imperatorem coronatur a Leone septimo genere Alamano, qui et imperium tenuit usque ad tertiam generationem: quorum quilibet vocatus est Otto. Et extunc, ut historiae tradunt, per Gregorium quintum genere similiter Theutonicum provisa est electio, ut videlicet per septem principes Alamaniae fiat, quae usque ad ista tempora perseverat.

ecclesia Romano a Berengario tyranno Ytalie, anno a nativitate Christi DCCCCXXXV, advocatus est in ecclesie subsidium Otto primus dux Saxonum, princeps magne potencie, religiosus et fide Catholicus, qui super universam Alamanniam, ut habetur in decretis LXIII d. in sinodo, qui magnum Theutonicorum parans exercitum Ytaliam ingressus est, commissoque bello cum dicto Berengario ipso cum suo exercitu devictum occidit; deinde Romam pergens a Leone octavo in imperatorem coronatus est, qui et imperium tenuit usque ad terciam generacionem, quorum quilibet vocatus est Otto. Verum Ottone tercio mortuo sine filiis Gregorius quintus, nacione Theutonicus, de parentela Ottonis in summum pontificem assumitur. Cuius pontificis tempore regis Romanorum septem electores instituuntur, scilicet septem principes Alamannie.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 20.

Comparatio regalis dominii inter imperiale et politicum qualiter convenit cum utrisque.

. . . Primo enim considerata electione. Sicut enim consules Romani et dictatores, qui politice regebant populum, assu-

P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 3.

An principes electores non Germanum eligere in Cesarem possint.

. . . Sed licet Romani quondam orbis imperium tenerent, nonunquam tamen viros fide et probitate preditos extra

mebantur per viam electionis, sive a senatoribus; ita et de imperatoribus contingebat, quod assumebantur a Romano exercitu, ut Vespasianus in Palaestina, ut historiae tradunt, et similiter Phocas ex militari seditione in Oriente assumptus est contra Mauritium imperatorem, quem postea interfecit. Aliquando autem imperatores eligebantur a senatoribus, ut Traianus et Diocletianus; quamvis unus de Hispania esset, alter vero de Dalmatia. Et similiter Aelius Pertinax a senatoribus est assumptus. Item non semper de genere nobili, sed de obscuro, ut in praenominatis liquet Caesaribus, Vespasiano et Diocletiano, sicut historiae tradunt.

nacionem Ytalicam ad apicem imperii assumebant, ut de Traiano, qui de Hyspania, et Dyocleciano, qui de Dalmacia ab opido Dyoclea oriundus fuit, hystoriis traditum est. Sic et Valentinianus, dum apud Argolicos imperium esset, a Grecis imperator creatus est, licet ipse non Grecus, sed Pannonius de civitate Cibala natus esset.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 13.

Hic sanctus doctor declarat de monarchia Christi quomodo in tribus excellit; et de Octaviano augusto quo modo gessit vices Christi.

. . . quia ille natus erat, qui verus erat mundi dominus et monarcha cuius vices gerebat Augustus licet non intelligens: sed nutu Dei sicut Cayphas prophetavit. Unum hoc instinctu dictus Caesar mandavit tunc temporis, ut narrant historiae, ne quis de Romano populo dominum ipsum vocaret.

P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 9.

An maiestatis imperialis auctoritas derivetur in Cesarem immediate a Deo vel illam accipiat ab eius vicario summo.

. . . Et cum natus erat Christus, rex et sacerdos in eternum, utramque potestatem in se transtulit, eo quod ipse esset verus et naturalis Dominus mundi. Ob quam causam Octavianus Augustus mox nato Domino divino agitatus spiritu edicto prohibuit se deinceps dominum nominari.

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 21.

De dominio principum, qui subsunt imperatoribus et regibus, et de diversis nominibus eorum quid importent.

. . . Secundum nomen est comitum, quod quidem nomen fuit assumptum primo a populo Romano post exactos reges. Eligebant enim singulis annis, ut tradit Isidorus undecimo ethymologiarum duos consules, quorum unus rem militarem, alter vero rem administrabat civilem. Est isti duo consules primo vocati sunt comites a commeando simul per veram concordiam. Unde aucta fuit respublica, ut Sallustius tradit de bello Iugurthino. Processu vero temporum istud nomen abolitum est a Romano regimine et translatum est ad statum aliquem dignitatis sub regibus et imperatoribus deputatum. Unum dicuntur comites a comitando, quia ipsorum officium est praecipue reges et imperatores sequi in rebus bellicis vel quacunque re militari et in aliis quibuscunque gerendis pro totius regni utilitate.

Duces autem a ducatu populi dicti sunt, sed praecipue in castris. Est enim ipsorum officium, exercitum dirigere et ipsum in pugna praeire. Unde

P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 12.

De septem nobilitatis gradibus quibus terrena regitur monarchia.

. . . Hunc gradum sequitur generosum comitum nomen . . . Fuit vero nomen comitum primo post exactos reges a populo Romano assumptum, ut dicit Ysidorus XI. ethim., eligebantur tunc singulis annis duo consules, quorum unus rem militarem, alius autem rem administrabat civilem, et isti duo consules vocati sunt comites a commeando simul per veram concordiam, qua sola aucta fuit respublica, ut tradit Sallustius de bell. Iugurth. Processu vero temporis nomen istud a Romano abolitum est regimine, in statumque dignitatis translatum, et tunc a concomitando dicti sunt. Ipsorum enim precipuum erat officium imperatorem comitari et sequi tum in rebus bellicis, tum aliis domesticis forensibusque negociis pro imperii utilitate gerendis.

. . . dicti sunt primo duces a ductu populi, sed precipue in castris. Est enim ipsorum officium exercitum dirigere et ipsum in pugna preire et ideo

cum filii Israel impugnarentur a Cananeis quaesiverunt ad se invicem, ut scribitur in libro Iudicum: „Quis ascendet ante nos contrà Cananeum, et quis erit dux belli?“ Et hoc nomen tali rectori proprie convenit propter difficultatem regendi, quando quis est in pugna. Unde ab excellencia regiminis congruissime dux vocatur. Qua ratione Iosue sive Iesus Nave, quia pugnavit bella domini sic vocatus est. . .

. . . Aliud autem nomen deserviens imperatoribus et regibus est marchio, qui comitatui equipollet. Sed hoc nomen sortitur a severitate iustitiae. Dicitur enim marchio a marcha, quod est singulare divitum pondus, per quod significatur recta et rigida iustitia. Hoc autem satis congrue apparet in dictis principibus, qui ut communiter reperitur in regionibus nobis notis; omnes tales principes, qui isto nomine nuncupantur sunt in provinciis asperis. Propter quod et confinia regionum, quae sunt loca montuosa et rigida; apud aliquos appellantur marchiae, vel in provinciis lascivis, quorum utrumque genus rigore iustitiae conservatur.

in lingwa Theutonica dicitur HERTZOG quasi ZOGHEER. Unde cum filii Israel impugnarentur a Çhananeis quesiverunt ad invicem (ut scribitur in lib. Iudicum): „Quis ascendet ante nos contra Chananeum et quis erit dux belli?“ Et hoc nomen tali rectori proprie convenit propter difficultatem regendi populum, quando est in pugna, ab excellencia regiminis, qua utique racione Iesus Nave quia feliciter pugnavit bella Domini, dux appellatus est. . .

. . . Aliud autem nomen dignitatis deserviens imperatoribus et regibus dicitur marchio et est ille qui a principe de marchia investitus est. Dicitur autem marchia, quia cara, id est collecta et iuxta mare plerumque posita. Alii dicunt, quod dicitur a marcha, quod est singulare divitum pondus, per quod significatur recta et rigida iusticia, qua quidem illustres marchiones Badenses plurimum commendantur, qui non solum nomine, sed et reipsa se marchiones ostendunt. Et plerunque huiusmodi principes marchionali titulo illustrati in locis asperis demorari consweverunt, ob quam causam confinia regionum, que quidem sunt loca montuosa rigidaque, apud nonnullos marchie appellantur, et interdum provincie

	lascivum gignentes populum, quorum utrumque genus rigore iusticie conservari necesse est.
Est et aliud nomen, quod baro dicitur a labore dictum sive quia in laboribus fortes, ut Isidorus tradit in commemorato libro. Barra enim graece, latine gravis sive fortis vocatur. Hoc autem proprium est principum ut in continuis sint gymnasiis, sicut in partibus Galliae et Germaniae est solitum, sive in venationibus et aucupiis, sive in tormentis ut mos fuit antiquus ut Amonius historiarum scriptor egregius scribit. Cuius ratio ponitur a Vegetio de re militari, quia oportet ipsos esse primos ad bellandum pro subditis et assuetudine efficiuntur audaces. Unde ipse subdit ibidemque nullus attemptare dubitat, quod se bene didicisse confidit.	. . . Est autem capitaneus sive baro is qui a principe vel potestate aliqua de plebe vel plebis parte per feudum fuerit investitus; et valvasores vasallos habet, qui proprie valvasor maior olim appellabatur, et baro a labore, quasi fortis in labore secundum Ysidorum. Barra enim grece gravis sive fortis latine vocatur, quia debet esse in continuis gymnasiis id est virium et virtutum exerciciis, ut in partibus Germanie atque Gallie solitum est fieri. Nam (ut Vegecius dicit de re milit.) oportet ipsos primos esse in acie ad bellandum pro subditis; idcirco assiduitate exercicii audaces efficiuntur et prompti. Nullus enim (ut idem Vegecius inquit) attemptare dubitat, quod se bene didicisse confidit.
Th. v. Aq. De reg. princ. IV. cap. 27.	P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 14.
Hic declarat de partibus politiae quantum ad bellatores quos distinguit secundum triplicem considerationem.	De aquila et armorum insigniis.
. . . dicit Vegetius: Militaris romana disciplina primas a c i e s f a c i e b a t a l a r e s. . . .	. . . Precipue quoque ea causa quod in ordinando bello l e g i o a c i e s f a c i e b a t a l a r e s. . . .
. . . De qua aquila dicitur in Ezechiele loquente de Nabucho-	. . . Unde et in Ezechiele loquens propheta de Nabucho-

donosor orientis monarcha: „Aquila grandis magnarum alarum, longo membrorum ductu, plena plumis et varietate venit ad Libanum et tulit medullam cedri.“

donosor Orientis monarcha: „Aquila, inquit, grandis magnarum alarum, longo membrorum ductu, plena plumis venit ad Libanum, et tulit medullam cedri etc.“

Th. v. Aq. De reg. princ. III. cap. 5.

Qualiter Romani meruerunt dominium propter leges sanctissimas, quas tradiderunt.

. . . Quod quidem probat Augustinus in IV. De civit. Dei c. IV dicit enim sic: „Remota iustitia, quid sunt ipsa regna nisi magna latrocinia?“

P. v. A. Lib de Ces. mon. II. tit. 16.

De hiis, que ad Imperatoris spectant officium; et defectus imperii causis.

Remota namque iusticia, quid sunt regna, nisi magna latrocinia? ut Augustinus IV. de civitate Dei inquit.

Th. v. Aq. De reg. princ. II. cap. 16.

Hic sanctus doctor declarat qualiter oportet regem et quemcunque dominantem ad cultum divinum intendere, et quis fructus ex hoc sequatur.

His habitis agendum est de cultu divino, ad quem reges et principes studere debent toto conatu et sollicitudine sicut ad finem debitum. Et ideo hic in hoc ultimo capitulo traditur, de quo et rex ille magnificus Salomon in Eccles. XII cap. scribit: „Finem loquendi omnes pariter audiamus: Deum time et mandata eius observa, hoc est enim omnis homo.“

P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 17.

Quod Cesareus animus ad divini cultus augmentum semper debet esse intentus.

Ad divinum cultum imperator reges et principes toto conatu et sollicitudine tanquam ad finem debitum studere debent. Ob quod ille magnificus Salomon ait: „Deum time et mandata eius observa et hoc est omnis homo.“ Quamvis autem iste finis omnibus sit necessarius, regi tamen potissimum propter tria, ut quia homo, quia dominus, quia rex.

Et quamvis iste finis omnibus sit necessarius: divinus videlicet cultus et reverentia per observantiam mandatorum, ut iam dictum est, regi tamen magis competit. Et huius rei est magis debitor propter tria, quae sunt in ipso. Et quia videlicet homo, et quia dominus et quia rex.

Quia homo singulariter a Deo creatus. Ceteras enim creaturas Deus dicendo fecit. Cum vero hominem creavit, dixit: „Faciamus hominem ad imaginem et similitudinem nostram." Unde apostolus in actibus apostolorum XVII c. refert verba Arati poetae dicentis, quod nos genus Dei sumus. Ex hac ergo parte debitores sumus omnes Deo in generali, ad divinam reverentiam, quod est primum praeceptum primae tabulae. Unde dicitur populo Israelitico in Deutero. per Moysem et per consequens nobis: „Audi Israel, dominus Deus tuus Deus unus est." Quasi ipse solus sit, cui debetur reverentia et honor inquantum ab ipso solo creati sumus, et singulari quadam praerogativa producti. Et propter hoc habita consideratione tanti beneficii subdit Moyses in eodem statim loco dicens: „Diliges dominum Deum tuum ex toto corde tuo et in tota

Primo ut homo, quia ille singulariter pre ceteris creaturis factus est ad imaginem et similitudinem Dei. Hinc Apostolus in actis Apost. dictum Arati poëte introducens ait: „Nos genus Dei sumus." Ex hac itaque racione debitores sumus omnes Deo in generali, ad eiusque divinam reverenciam astringimur omnes, precipue tamen principes, inquantum plus participant de nobilitate humane nature racione sui generis. Qua profecto racione motus est Cesar Augustus, qui divinos sibi honores a populo Romano exhiberi passus non est; sed a Sibilla Tiburtina edoctus illos ad suum referri voluit creatorem.

anima tua et in tota fortitudine tua.“ In hoc volens ostendere, quod totum Deo debeamus, quod sumus. Et in recognitione eius praeceptum de decimis eius institutum, quod quilibet obligatur non in quantitate numeri, sed in cuiusque rei ex dicta iam causa. Sed quamvis quilibet ad hoc sit obligatus, plus tamen princeps etiam sicut privata persona, in quantum plus participat de nobilitate humanae naturae ratione sui generis, unde trahit originem, et inde nobilitatem ut philosophus probat in sua rhetorica. Qua consideratione motus Caesar Augustus qui et Octavianus, ut historiae tradunt, divinos honores non sustinens qui eidem exhibebantur a Romano populo propter corporis eius pulchritudinem et animi probitatem, suum creatorem et factorem quaesivit a Sybilla Tiburtina quem et invenit et adoravit, prohibuitque edicto publico, ne ipsum ulterius aliquis de dicto populo adoraret vel deum aut dominum vocaret.

Amplius autem et inquantum dominus, quia non est potestas nisi a Deo, ut Apostolus dicit ad Rom. VIII cap. unum, et vices Dei gerit in terris ut dictum est supra. Propter quod tota virtus do-

Secundo competit imperatori et cuicunque regi divinum tueri cultum ut domino, quia non est potestas nisi a Deo, ut Apostolus scribit ad Rom. et quia vices eius gerit in terris, totaque virtus imperii a

minii ex Deo dependet sicut eius ministri. Ubi autem est dependentia a dominio necessaria est superioris reverentia, quia per se nihil est, ut in ministris regalium contrarium contingit. Propter quod in Apocal.: „Quotiescunque de coelestium spirituum ministerio, qui per seniores tanquam maturiores in actionibus, et animalia quae potius aguntur quam agant ex vehementi irraditione divina, et in ministerio designant, super de eisdem subiungitur, quod ceciderunt in facies suas et adoraverunt Deum. Qui quidem duo actus sunt latriae seu divini cultus. Unde et ille Nabuchodonosor monarcha in Oriente, ut scribitur in Daniele, quia suum dominium non recognoscebat a Deo secundum suam imaginationem in bestiam est translatus, dictum est ei: „Septem tempora mutabuntur super te, donec scias, quod dominetur excelsus in regno hominum, ut cuicunque voluerit det illud."

Deo dependet, influitque in regem ut ministrum. Unde quia Nabuchodonosor magnus ille Orientis monarcha suum dominium a Deo non recognovit defluere, secundum imaginativam anime sue potenciam in bestiam translatus est, ut scribitur 4 c.: „Septem enim, ait Daniel, tempora mutabuntur super te, donec scias, quod dominetur excelsus in regno hominum, et cuicunque voluerit, det illud."

. . . Non solum autem sicut homo et dominus ad divinum obligatur cultum, sed etiam sicut ut rex, quia iniungitur oleo consecrato, ut patet de regibus Israelitici populi, qui oleo sancto iniungebantur manibus prophetarum. Unde et

. . . Tercio imperator non modo ut homo aut dominus, sed eciam ut rex ad divinum astringitur cultum, quia oleo sacro inungitur; unde et reges Israhelitici populi, Christi domini propter excellenciam virtutis vocabantur, quia per

christi domini vocantur propter excellentiam virtutis et gratiae in coniunctione ad Deum, quibus praedicti esse debebant, secundum quam unctionem quandam consequebantur reverentiam et delationem honoris.

. . . Amplius autem et in dicta unctione, ut Augustinus ait de civit. Dei, figurabatur rex verus et sacerdos iuxta Danielis prophetiam IX cap.: „Cum venerit, inquit, sanctus sanctorum cessabit unctio vestra.“ Inquantum igitur figuram gerunt in hac unctione illius, qui est rex regum et dominus dominantium, ut dicitur in Apocal. XIX. cap.: „Qui est Christus, dominus noster.“ debitores sunt reges ad ipsum imitandum, ut sit debita proporcio figurae ad figuratum, umbrae ad corpus, in quo verus ac perfectus cultus divinus includitur.

Patet igitur, quia necessarium sit cuilibet domino, ut sit Deo devotus et reverens, sed praecipue regi ad conservacionem sui regiminis. Cuius exemplum trahimus quidem a primo urbis rege, videlicet Romulo, ut historiae tradunt. In primordio enim sui regiminis in urbe Romana fabricavit asylum, quod templum pacis nominabat multis amplians gratiis. Pro cuius numine et reveren-

hanc inunccionem, ut tangit Augustin de civit. Dei figurabatur futurus rex et sacerdos iuxta Danielis propheciam: „Cum venerit, inquit, sanctus sanctorum cessabit unccio vestra.“ Inquantum ergo reges figuram gerunt unccione sua illius, qui est rex regum et dominus dominancium; debitores sunt reges ad imitandum ipsum, ut sit debita proporcio figure ad figuratum.

Necesse itaque est regi, et omni principi, revereri Deum suosque sacerdotes precipue propter sui regiminis conservacionem. Romani namque rerum domini non alia racione suum imperium prosperatum esse arbitrati sunt, quam quod deorum suorum culturam tenerrime observabant, ut multis exemplis recitat Valer. lib. I. cap. de relig. neglec. Ob quam causam Romulus primus urbis

tia omnem sceleratum qui ad ipsum confugeret cuiuscunque status reddebat immunem. Qualem autem habuerint exitum posterius, qui in divino cultu fuerunt negligentes, et qui fuerunt ferventes scribit Maximus Valerius in principio libri sui. Quid vero dicam de Deicolis regibus sive veteris sive novi testamenti? Omnes enim qui ad divinam reverentiam fuerunt solliciti feliciter consummaverunt cursum. Qui vero econtra infelicem consecuti sunt exitum. Tradunt etiam historiae, quod in qualibet monarchia ab initio saeculi tria se invicem in ordinem comitata sunt: divinus cultus, sapientia scholastica et saecularis potentia. Quae quidem tria se invicem per ordinem consequuntur et in rege Salomone ex suis meritis conservata sunt, quia per divinam reverentiam cum descendit in Ebron assumptus in regem, consecutus est sapientiam, et ex utroque ulterius in regali virtute super reges sui temporis excellentiam. Cum vero a vero cultu Dei recessit infelicem exitum habuit, ut patet in III lib. regum [1]).

conditor in primordio sui dominii fabricavit asylum, quod templum Pacis nominabat, multis amplificans graciis pro cuius nùmine reverencia omnem sceleratum ad ipsum confugientem reddebat immunem. Si denique veteris et novi testamenti revolvimus codicem, reperiemus omnes reges ad divinam intentos reverenciam, felici cursu consumasse dominium, et in contrarium agentes miserum exitum consecutos, ut nempe antiquis hystoriis traditum est. In qualibet monarchia ab exordio seculi tria se invicem concomitata sunt, divinus cultus, sapiencia scholastica, et potencia secularis. Que quidem omnia in rege Salomone suis ex meritis sunt consummata. Per divinam enim reverenciam, cum descendisset in Ebron oracionis locum, assumptus in regem, consecutus est sapienciam, et ex utroque super universos reges sui temporis magnificatus est. Postquam vero ab optimi Dei cultu recessit, felicitas omnis que se prius in eum congesserat, ablata fuit, gloriaque eius misere prostrata est.

[1]) Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass als Ausgabe der Werke des hl. Thomas von Aquin diejenige von Fretté bei Vivès, Paris 1875, benutzt wurde.

Th. v. Aq. De reg. princ. II. cap. 12.	P. v. A. Lib. de Ces. mon. II. tit. 18.
Quod ad bonum regimen regni sive cuiuscunque dominii pertinet stratas sive quascunque vias in regione vel provincia habere securas et liberas.	Quod imperatoris maxime est in orbe terrarum conservare pacem, et stratas publicas tenere securas.
Est et aliud necessarium regi ad bonum regimen regni, ad quod ordinantur ipsae munitiones, ut videlicet stratas faciant securas et aptas ad transeundum, sive pro advenis sive pro indigenis vel regalibus suis. Viae enim communes sunt omnibus quodam iure naturae et legibus gentium. Propter quod prohibentur a nemine occupari, nec ulla praescriptione, nec quocunque temporum cursu ius de eisdem posset alicui acquiri. Unde in libro Numerorum via publica via regia nominatur ad significandum eius civitatem. Ubi Augustinus in glosa dictum verbum exponit, quia pro tanto sic appellatur, quia debet esse libera cuilibet transeunti innoxio ratione humanae societatis. Propter quod et ibidem scribitur, quod amor eis contradicentibus, ne filii Israel transirent per eos cum sola via regia gradi permitterent, hoc est sine aliqua laesione regionis dominus mandavit ipsos deleri.	Decorare pacem remque publicam perturbantes compescere imperatoris et cuiuscunque principis maxime proprium esse debet; idque magnopere curare, ut stratas viatores habeant securas. Vie namque publice communes sunt omnibus non modo legibus gencium, sed et iure quodam nature, propter quod prohibentur a nemine occupari, nec ullo temporis cursu prescribi possunt. Unde in lib. Numer. via publica, Regia via appellatur.
Ut autem stratae in sua comitate sint liberae et	. . . Ex quo magis principes ad hanc securitatem promo-

transeuntibus forent securae iura principibus permittunt pedagia. Unde et eis servantibusque viatoribus sunt praedicta, officiales principum ipsa merito possunt exigere et proficiscentes debite obligantur persolvere. Amplius autem et viarum securitas in regimine regni principibus est fructuosa, quia illuc magis confluunt mercatores cum mercibus, unde et regnum in divitiis crescit. Qua ratione in urbe aucta fuit respublica propter vias circa quas sollicitabantur expeditas habere, et stratae vocabantur Romanae, ut homines magis redderentur securi ad deferendum merces, ac sub simulatione callida sub nominibus Kalendarii permutatis, ut latrones ignorarent tempus, sicut Computistae scribunt, cum in urbe celebrarentur nundinae sic eos decipiebant.

. . . Rursus et divinus cultus in hoc augetur propterea quod promptiores sunt homines ad reverentiam divinam, cum liber est aditus viarum ad indulgentiam sive ad aditum sancti. Unde et praecipuum motivum Romanorum fuit stratas faciendi securas, divinus videlicet idolorum cultus pro quo multum zelabat respublica, ut Maximus Valerius scribit in principio libri sui. Sacra eti-

vendam prompciores existerent, legibus permissum est eis, imperatoris tamen auctoritate, a transeuntibus pedagia et thelonia exigere.

Cedit non modo in laudem principis, sed et in utilitatem quoque maximam ipsius redundat propter confluxum hominum ac mercium, propter quas dominia plurimum ditari solent. Potissimum namque in urbe aucta fuit respublica propter vias quas tenebant expeditas, et quo magis id fieri posset sub simulacione callida nominibus Kalendarii permutatis nundinas in urbe celebrarunt, quatenus latrones ignorarent, ut Computiste scribunt.

Rursus ex hoc divinus frequencius augetur cultus: quanto enim liberior est aditus viarum ad limina sanctorum, tanto sunt prompciores homines ad reverenciam divinam. Unde et precipua fuit cura Romanis stratas faciendi securas ob idolorum cultum, quem Roma (ut in preced. cap. dixi) integerrima veneracione zelabat, neque alia racione tam severe crassabantur in Christianos primi-

am scriptura in Esdra refert reverentiam templi impeditam fuisse propter hostes in circuitu, propter quod et tardata fuit aedificatio templi, iuxta quo domino dicitur in Io: „Quadraginta et sex annis aedificatum est templum hoc et tu in triduo reaedificabis illud.“

tivos, quam quod diis eorum maximoque Iovi obsequium se prestare putabant.

Et divina scriptura in Esdra commemorat frequenciam templi impeditam fuisse propter hostiles incursus.

Nicht lange nach der Abfassung der Schrift: „de regimine principum,“ d. h. zu Beginn der 80er[1]) Jahre des 13. Jahrhunderts, gelangte ein Werk nach Italien, das ebenfalls staatsrechtlichen, speciell reichstaatsrechtlichen Charakter trug, aber in Deutschland verfasst worden war. Der Autor desselben, Iordanus von Osnabrück, war in den Jahren 1254—1283 Kanonikus am Hochstift Osnabrück. Das einzige[2]) Product seiner litterarischen Thätigkeit, welches das Andenken des Iordanus der Nachwelt erhalten hat, ist sein Buch über das Römische Reich, oder wie es auch betitelt ist: „Tractatus magistri de prerogativa Romani imperii.“ Diesen Titel gab ihm nämlich der Cardinal Jacob von Colonna, welcher das Werk dem Papst, wahrscheinlich Martin IV. (1281—1285), übersandte.

Die Aufgabe, welche der Verfasser sich gestellt hat, geht dahin, zu zeigen, dass das Römische Reich mit Recht, ja mit Nothwendigkeit, auf die Deutschen übertragen worden sei. „In eigenthümlicher Weise, mit einer gewissen historischen, aber freilich oft Sage und Tradition für wahre Geschichte nehmenden Erudition, wird diese Aufgabe behandelt, dabei noch wiederholt die Berechtigung und Selbständigkeit des Kaiserthums begründet, aber das ohne directe Polemik gegen Rom, eher mit einer hervortretenden Abneigung gegen Frankreich und die Franzosen, deren Ansprüche auf

---

[1]) G. Waitz, Des Iordanus von Osnabrück Buch über das Römische Reich. Abhandlungen der Kgl. Ges. der Wissenschaften. Bd. 14. Göttingen, 1868. S. 5. — [2]) Waitz will ihm in der „Allgem. Deutschen Biographie“ auch die Noticia saeculi zuschreiben, aber mit Unrecht.

höhere politische Bedeutung damals begannen, und die hier mit dem Besitz des Studiums, als einer dritten selbständigen Macht neben Kirche und Kaiserthum, getröstet werden sollen. Dabei erhebt der Verfasser seine mahnende und warnende Stimme vornehmlich auch gegen die Deutschen selbst, Fürsten und Volk, nicht beizutragen zur Verkleinerung des Königthums und Kaiserthums, vielmehr dasselbe in Ehren und Ansehen zu erhalten, wie das einem patriotischen Mann in der Zeit Rudolfs wohl nahe liegen mochte"[1]).

Es ist klar, dass ein solches Werk, wie das Buch des Iordanus über das Römische Reich es war, für einen Mann, der (unter Friedrich III.) in ähnlichen Verhältnissen des Reiches — sie waren nur noch weit schlimmer geworden — lebte, der von gleicher Vaterlandsliebe erfüllt war, der den Versuch eines ersten Deutschen Reichsstaatsrechtes unternahm, dass eine solche Schrift von hohem Vortheil war, und sozusagen geradezu eine Benutzung herausforderte. Schon Waitz[2]) hat auf dieselbe in dem genannten Werke aufmerksam gemacht, wenn er schreibt: „Dagegen hat der Bericht des Iordanus entschieden auf spätere Darstellungen eingewirkt: mehrere scheinbar weit auseinander liegende Erzählungen, deren Ursprung man zum Theil nicht nachzuweisen vermochte, erhalten hier ihre Erklärung.

Am deutlichsten ist es bei dem Petrus de Andlo, der in seinem Buch De imperio Germano auch sonst dies seiner Aufgabe naheliegende Werk mehrfach benutzt hat. Die Erzählung über den Ursprung der Germanen oder Franken (I, c. 15) ist grossentheils hieraus genommen, auch der wörtliche Ausdruck beibehalten, nur Einiges unter Berufung auf eine chronica Francorum abweichend erzählt."

Soweit Waitz. Eine methodische Vergleichung der beiden Schriften wird im Einzelnen zeigen, dass diese Benutzung an mehreren Stellen durch Peter von Andlau erfolgt ist; der Anlage des Buches von Iordanus folgend ist zunächst cap. I desselben benutzt, welches zeigt, wie das Römische Reich von dem Herrn Jesus Christus und dem h. Petrus anerkannt und geehrt worden sei, und ausführt, dass die Deutschen, auf

---

[1]) Ibidem S. 10. — [2]) Ibidem S. 17.

welche das Reich übertragen, dies zu bedenken und darnach zu handeln hätten." Diesem cap. I des Iordanus sind vom Verfasser des ersten Deutschen Reichsstaatsrechts in II. tit. 8 seines Werkes die hauptsächlichsten Beweise für das Ansehen und die Erhabenheit des römischen Kaisers über die andern Könige entnommen, wie die folgende Vergleichung zeigt.

Eine zweite Stelle dieses cap. I ist in II. Tit. 20 übergegangen, handelnd vom Ausgang des Reiches, wo zwar von Methodius, der hier als Gewährsmann bezeichnet wird, auch ein eigener Text (wie oben berührt) Peter von Andlau vorlag; eine dritte Stelle von cap. I hat als Mahnung an die Deutschen in II. tit. 16 Aufnahme gefunden.

Iordanus von Osnabrück[1]), de prerogativa Romani imperii, cap. 1. (ed. G. Waitz 1868. S. 43.)	Peter von Andlau: Libellus de Cesarea monarchia, lib. II. tit. 8.
	... Primo enim dignitate et honore cunctos reges antecedit imperator, quia non solum terrenus, sed et divinus sibi honor exhibitus ceteros principes merito facit anteire.
1. Multifarie multisque modis Dominus universorum in	Multipharie namque multisque modis Christus dominus

[1]) Da G. Waitz in seinem Werke: „Des Iordanus von Osnabrück Buch über das Römische Reich", Göttingen 1868, S. 31 auf eine Basler Handschrift des 15. Jahrhunderts hinweist, so lag es nahe, zu vermuthen, dass dieselbe Peter von Andlau als directe Vorlage gedient habe. Eine Collation, welche Dr. August Bernoulli für mich anzustellen die Güte hatte, hat zwar diese Vermuthung nicht zur absoluten Sicherheit erhoben, aber immerhin gezeigt, dass sehr viele der nachstehenden Varianten sowohl der Basler Handschrift als den betreffenden Stellen des „Libellus de Cesarea monarchia" eigen sind. Im Allgemeinen ist darüber zu bemerken: Die Schrift des Iordanus im Cod. E I 4 der Basler Universitätsbibliothek trägt auf Blatt 539 die Ueberschrift: Cronica Iordani de imperio Romanorum. Die Randbemerkungen, welche Waitz l. c. S. 31 erwähnt, von späterer Hand, sind einfache Inhaltsangaben. Der Text weist meistens dieselben Varianten auf wie die Gruppe *C*; hin und wieder stimmen sie auch mit *B* und *F* und *D*. Die einzelnen Abschnitte tragen dieselben Ueberschriften wie in *C*. Die der Hs. eigenen Varianten sind im Folgenden unter dem Texte an den betr. Stellen angegeben.

diebus sue carnis dignatus est honorare Romanum imperium, dando in semet ipso exemplum tamquam dominus et magister, Romanum imperium ab omnibus fore honorandum. Honoravit quidem Dominus cesarem sive regem Romanum mundum ingrediens, in mundo progrediens et mundum egrediens. Verbi gratia[1]) mundum istum secundum carnem ingrediens, in duobus honoravit Romanum imperium: primo in hoc, quod tempore sui adventus per ipsum cesarem totum orbem pacavit, ut pro ipsius Domini presentia pax esset in universa terra ad signandum, quod ipse esset pax nostra, et per eum, ut dicit apostolus ad Colosenses, reconcilianda erant omnia que sunt in celo et in terra. Unde psalmista: „Posuit prodigia“, id est indicia future reconciliationis, „super terram auferens bella usque ad fines terre“; et alibi: „Orietur in diebus Domini habundantia pacis“. Secundo in ingressu suo Dominus approbavit et honoravit Romanum imperium, mox ut natus est censui cesaris se subdendo. Unde Augustinus in glosa super euangelio Luce sic dicit: „Humilitas Christi commendatur, quia

diebus sue carnis imperium honorare dignatus est, dando in semetipso exemplum tanquam dominus et magister, Romanum imperium ab omnibus fore honorandum. Honoravit quidem ipsum mundum ingrediens, in ipso progrediens et ipsum egrediens.

Mundum istum secundum carnem ingrediens duobus modis honoravit Romanum imperium. Primo quidem in tempore sui adventus per Cesarem Augustum totum mundum pacificavit, ut per ipsius domini adventum pax esset in universa terra ad designandum, quod ipse erat pax nostra faciens utraque unum, et per eum (ut dicit apostolus ad Colossens.) reconcilianda erant omnia, que sunt in celo et in terra. Unde prophetarum eximius et rex invictus David canit in psalmo: „Posuit prodigia et iudicia future reconciliationis super terram auferens bella usque ad finem terre“; et alibi: „Orietur in diebus domini habundancia pacis. Secundo quia suo ingressu honorasse et approbasse videtur Romanum imperium, mox ut natus est censui Cesaris se subdendo, quando edic-

[1]) verbi gratia fehlt in der Hs.

non solum incarnari voluit, sed etiam illo tempore nasci, in quo natus mox censui cesaris subderetur. Natus est enim in diebus professionis, quando singuli ibant in suas civitates unde oriundi erant, ut profiterentur tribum suam, censum et regem. Sic ergo Dominus mundum ingrediens dupliciter honoravit cesarem sive Romanum imperium et universum orbem ministerio cesaris pacando et censui cesaris se subdendo. Item Dominus in diebus sue carnis progrediens in hoc mundo Romanum imperium dupliciter honoravit. Primo, quia dedit ei tributum pro se et pro beato Petro, ut legitur Mathei. 17. capitulo secundo, quod non solum tributum dedit ei, sed ei dare etiam precepit 21. capitulo: „Reddite cesari, que sunt cesaris" et cetera. Augustinus super hoc dicit: „censum et tributum". Item Dominus egressurus mundum bis approbavit et honoravit cesarem sive Romanum imperium. Primo dum dicentibus apostolis: „Ecce duo gladii hic"[1]), Dominus ut dicit Lucas, respondit: „Satis est". Ecce, quod duo gladii[1]), qui duas potestates significant[2]), in hoc pre-

tum ab Augusto exiit, ut describeretur universus orbis, et singuli ibant in suas civitates, unde oriundi erant, ut confiterentur tribum suam. Unde Augustinus in gl. super ewang. Luce dicit: „Humilitas Christi commendatur, quia non solum incarnari voluit, sed in illo tempore nasci, in quo mox censui Cesaris subderetur.

Deinde Christus progrediens in hoc mundo Romanum imperium dupliciter honoravit, primo, quia dedit ei tributum pro se et Petro, ut legitur Mathei XVII, et habetur in decretis XXIII. q. I. eciam nunc; quia non solum tributum dedit, sed eciam Cesari dari precepit, dicens: „Reddite Cesari, que sunt Cesaris."

Preterea Christus egressurus mundum bis honoravit Romanum imperium. Primo dum dicentibus apostolis: „Ecce duo gladii hic", qui duas potestates significant in presenti seculo, Christus respondit: „Satis est". Et quid est dicere „Satis est" nisi sufficit et nihil deest.

---

[1]) hic dominus, ut dicit Lucas ... duo gladii fehlt in der Hs. — [2]) Hs. signant.

senti seculo satis sunt. Et quid est dicere: „satis est", nisi: „sufficit et nichil deest". Protestatus ergo Dominus est sua ipsius voce[1]), potestatem sacerdotalem et potestatem imperialem, que tunc maxime vigebant[2]), mundo sufficere et ei quoad regimen tam in spiritualibus quam in temporalibus nichil deesse. Unde Gelasius papa dicit: „Duo sunt, quibus hic mundus principaliter regitur, pontificalis auctoritas et regalis potestas". Hee sunt potestates principales, per quas Deus discernit et distribuit iura humano generi, ut genus humanum per iuris regulas[3]) ad vitandum mala et faciendum bona salubriter informaretur. Secundo Dominus morte sua instante approbavit et honoravit Romanum imperium. Dum enim Pilatus iactaret se de potestate, quam haberet in Christum et diceret ei: „Nescis, quia potestatem habeo crucifigere te et dimittere te?" Dominus, ut dicit Iohannes, respondit: „Non haberes ullam potestatem adversum me, nisi datum esset tibi desuper". Quod duobus modis secundum glosam exponitur. Uno modo sic: desuper id est a Deo, quia non est potestas, nisi a Deo.

Protestatur ergo dominus, esse de sua voluntate potestatem sacerdotalem et potestatem imperialem. Unde Gelasius papa: „Duo sunt, inquit, quibus hic mundus principaliter regitur, scilicet pontificalis auctoritas et regalis potestas", ut L LXXXXVI dist. duo sunt de maior. et obed. solite. Hee sunt due potestates principales, per quas Deus decrevit et voluit, ut mutuo sibi honorem debitum impenderent et per eos genus humanum per iuris regulas ad vitandum mala et faciendum bonum salubriter informaretur. Secundo dominus instante mortis hora honoravit imperium, quando Pilato dixit: „Non haberes in me potestatem ullam, nisi tibi datum esset desuper." Quod secundum gl. duobus modis exponitur, uno modo sic: „Desuper", id est a Deo, quia non est potestas, inquit apostolus,

[1]) Hs. dominus esse de sua voluntate. — [2]) Hs. maxime ambo. — [3]) Hs. illas regulas.

Vel: desuper id est a cesare, qui Pilatum prefecerat in presidem. Unde super verbis hiis: „Si hunc dimittis, non es amicus cesaris“, dicit glosa: „Iudei terrent Pilatum a cesare, quem non potest ut auctorem[1]) sue potestatis contempnere. Deus enim fuit auctor potestatis Pilati primarius, cesar autem fuit auctor sue potestatis secundarius“. Secundum hunc posteriorem intellectum Dominus in verbis istis multum commendat Romanum imperium. Ostendit enim, potestatem cesaris aliis potestatibus mundanis[2]) preeminere et ipsas sub eo[3]) contineri. Quid est enim potestatem dari desuper, nisi dari ab eo cuius potestas supereminet et alias potestates mundanas tanquam inferiores et minores sub se continet et includit.

Item Dominus non solum honoravit sed honorat Romanum imperium in hoc, quod Romano imperio stante et durante non veniet homo peccati, filius perditionis, Anti-

nisi a Deo. Alio modo exponitur: „Desuper“ id est a Cesare, qui Pilatum fecit presidem Palestine.

Deus enim fuit auctor potestatis Pilati primarius, Cesar autem secundarius.

Secundum hunc posteriorem intellectum dominus multum commendat Romanum imperium; ostendit enim potestatem Cesaris aliis potestatibus mundanis preeminere, et ipsas sub eo contineri. Quid est enim, potestatem dari desuper, nisi dari ab eo, cuius potestas supereminet alias potestates mundanas tanquam inferiores et minores sub se contineat et includat, unde omnes alie potestates a Romano imperio subalterna quadam emanacione defluere dicuntur.

Pet. v. Andlau, lib. II. tit. 20.
De Romani imperii exitu, et eius finali consummacione.

... Romanum imperium ..., durabitque in finem mundi. Neque auferetur sceptrum a Christiano imperio, donec venturus sit acerrimus hostis fidei

[1]) Hs. nec auctorem. — [2]) Hs. humanis vel mundanis. — [3]) Hs. sub eodem.

christus, ut legitur 2. ad Thessalonicenses capitulo 2., ubi dicit apostolus: „Qui tenet teneat, donec de medio fiat et tunc revelabitur ille iniquus, quem Dominus interficiet spiritu oris sui". Super verbis istis dicit glosa, quod apostolus in hiis verbis: „Qui tenet teneat" et cetera, Romanum imperium designat, quo destructo veniet Antichristus; unde Romanus imperator, qui Romanum imperium sive mundum tenet, teneat de rege ad regem successive, donec Romanum imperium penitus auferatur. De medio enim fieri est de communi aspectu hominum auferri. Augustinus in 20. libro de civitate Dei super hiis verbis apostoli dicit: „Illud quod ait apostolus tantum, ut qui modo tenet teneat, donec de medio fiat, non absurde de Romano imperio creditur dictum, tamquam dictum sit tantum, qui modo imperat imperet, donec de medio fiat, id est tollatur de medio et tunc revelabitur ille iniquus, quem significari Antichristum nullus ambigit". Magnus honor est Romano imperio, quod Dominus in hoc pre ceteris ipsum privilegiare dignatus est, quod non veniet Antichristus Christi et membrorum eius adversarius, nisi

nostre Antichristus. Ait enim Apostolus 2. ad Thess.: „Nisi venerit discessio primum, non revelabitur ille filius perditionis." ... Memoratus quoque gloriosus Apostolus, qui archana Dei manifestissime novit, Thessalonicensibus in eadem 2. epistula scribit: „Qui tenet, teneat, donec de medio fiat, et tunc revelabitur ille iniquus, quem Dominus interficiet spiritu oris sui." Super verbis istis dicit gl. quod apostolus in hiis verbis: Qui tenet teneat Romanum imperium designat, quo destructo veniet Antichristus. Unde Romanus imperator, qui mundum tenet de rege ad regem successive imperabit, donec Romanum imperium auferatur de medio. „De medio namque aufferri" est a conmuni hominum contactu sustolli. Unde Augustin. in 20. de civitate Dei super eisdem verbis Apostoli: „Qui modo tenet, teneat, non absurde, inquit, de Romano imperio creditur dictum, tanquam sit dictum: Qui modo imperat, imperet, donec (de medio fiat), id est tollatur, et tunc revelabitur ille iniquus, quem Antichristum significari nemo ambigit.

prius Romanum imperium penitus sit ablatum. Ablato autem Romano imperio erit tribulatio tanta et talis, „qualis et quanta", ut legitur in Matheo et Marco, „non fuit ab initio mundi usque modo, neque fiet". In diebus illis in tantum „habundabit iniquitas" et infidelitas, „ut in errorem ducantur, si fieri potest, etiam electi". Respectu huius tribulationis gravissime et maxime tempora priora videbuntur tempora pacis fuisse. Unde psalmista: „Orietur in diebus Domini iustitia et habundantia pacis, donec auferatur luna", id est Romanum imperium, quod per lunam designatur.

... Romanumque sepultum imperium, revelabitur iniquus ille, perdicionis filius. Tantaque tunc erit humane miserie calamitas, tanta in universo mundo persecucionis sevitura est, quod nisi dies huiusmodi tribulacionis, Marco teste et Matheo fuissent abbreviati, non fieret salva omnis caro. Omnia namque priora tempora, aurea secula temporaque pacis fuisse mortale hominum genus estimaturum est, canente in psalmo regio propheta: „Orietur in diebus Domini iusticia et habundancia pacis, donec auferatur luna," id est Romanum imperium, quod per lunam congrue designatur.

Utinam Germani ad quos mundi regimen et translatum et quibus ecclesie regimen[1]) est commissum saperent et intelligerent ac novissima providerent! Utinam saperent iustitiam et eam diligerent, et regem quem Dominus eis loco iustitie posuit[2]), reverenter intenderent, eique sicut Dei ministro honoris debitum exhiberent.

Pet. v. Andlau, lib. I. tit. 16. De hiis, que ad Imperatoris spectant officium; et defectus imperii causis.

... Utinam saperent et intelligerent ac novissima providerent! Saperent, dico ministerium ensis quem deferunt, intelligerent statum, in quo eos collocavit Dominus, ut iusticiam et pacem providerent, quibus eget orbis Christianus. ...

Nach cap. 1 des Iordanus ist cap. 4 seines Werkes zur ausgiebigen Benutzung von Peter von Andlau herangezogen.

---

[1]) Hs. et hii quibus ecclesie regimen. — [2]) Hs. eis in ministrum posuit.

Dasselbe hebt an mit der Wanderung der Trojaner, von denen wie die Römer auch die Germanen abgeleitet werden, die auch den Namen der Franken führen; es folgt die Geschichte dieser bis zu Karl dem Grossen, dem der Papst das imperium überträgt. Diese Wanderung hat, wie oben bemerkt, Aufnahme in lib. I. tit. 15 des „Libellus de Cesarea monarchia" gefunden, welches vom Ansehen und alten Ursprung des deutschen Adels handelt. Auf die Deutschen ist das Kaiserthum mit Recht übergegangen wegen antiqua nobilitas, animorum magnanimitas integraque in sanctam orthodoxam fidem sinceritas, denn sie stammen wie die Römer von den Trojanern und sind sub Priamo iuniore magni Priami nepote an die Ufer des Rheins gelangt. Die Abweichung von der Vorlage: Iord. cap. 4 hinsichtlich der Wandersage erhellt aus der Vergleichung.

Iord. v. Osnabrück, cap. 4.	Pet. v. Andlau, lib. I. tit. 15. De Germanice nobilitatis excellencia et antiquissima eius origine.
Porro sciendum est, quod post Troie destructionem Eneas et Priamus iunior, magni Priami nepos, cum multis Troianis et magno exercitu peragrantes Africam, pervenerunt[1]) ad Italiam. In qua Eneas cum suo populo regnum cepit instituere. Huius nota historia est. Priamus vero transiens in Galliam, illos Gallicos, qui supra Rheni litus morabantur, de terminis illis expulit et versus occidentem[2]) retrocedere coegit; ibique munitiones et castra instituens, Troiam videlicet minorem, que nunc Xanctis dicitur, et	... omnes principes et nobiles regni Troiani, qui miseram stragem evaserant, per mundum dispersi sunt, sub quo eventu alii Ytalyam sub Enea invexerunt, ut supra retulimus, alii vero bellatorum incliti sub Priamo iuniore, magni Priami nepote, in Germaniam venientes Reni litoribus insiderunt, ubi habitatoribus terre illius expulsis de terminis suis Orientem illos retrocedere coegerunt. Tunc eciam ibi municiones et castra instituentes urbem, quam patrio nomine Troiam appellarunt, erexerunt, fluviumque

[1]) Hs. devenerunt. — [2]) Hs. orientem.

Veronam[1]), que nunc Bunna nuncupatur diocesis Coloniensis, coniuges accepit[2]) cum suo exercitu de mulieribus Theutonicis, eo quod essent corpulente et habiles ad[3]) prolem fortiorem propagandam. Processerant enim a Theutona gigante, a quo Theutonici nuncupantur[4]). Et ex dictis mulieribus filios et filias genuerunt ac ipsarum ideoma didicerunt. Tandem reliquie exercitus Priami cum Treverensibus pacem firmantes et amicitiam ibi sedem regni illius provintie, id est Gallie, posuerunt. Est autem Treverensis civitas Gallie [Comate vel Belgice] omnium civitatum et regnorum[5]) totius Europe antiquissima. Fundata enim erat octavo anno nativitatis Abrahe a Trebeata[6]), filio Nini, qui Semiramen novercam suam fugiens, ne cum ipsa incestum committere cogeretur, ad illas partes devenit, ibique civitatem constituit, quam suo nomine Treverim nominavit.

Exercitus autem Enee, qui in Italia apud Latinos resederat, istos populos, videlicet exercitum Priami, qui Galliam

ibi defluentem Xantis vocitarunt, que postea ab infidelibus destructa, ac rursum per fideles restaurata Xantis usque in hodiernum vocatur. Coniuges autem ex mulieribus Theutonicis, eo quod corpulente et fortes essent ad prolem propagandam acceperunt, filiosque filias generantes Theutonicum ydioma didicerunt.

Sed et cum Treverensis civitatis populo pacem firmantes amicitiam statuerunt, ibique postmodum longo tempore sedem habuerunt. Que quidem urbs tocius Europe antiquissima, octavo anno Abrahe, a Trebeta filio Nini, regis Assyriorum, fundata perhibetur.

Exercitus autem Enee, qui in Ytalya apud Latinos resederat, istos populos, exercitum videlicet Priami, qui et Gal-

---

[1]) que nunc Xanctis dicitur et Veronam fehlt in Hs. — [2]) Hs. construxit et coniuges acceperunt. — [3]) Hs. ad heredes ad. — [4]) Hs. Processerunt nempe Teutonici a quodam gigante, qui Teucer nuncupatur. [5]) Hs. Gallie orientalium civitatum et regni. — [6]) Hs. attributa.

occupaverat, lingua Latina Germanos appellabat, eo quod illi et isti de Troianorum germine processissent. Tandem cum hii Germani multiplicati essent, miserunt partem exercitus in Thuringiam, ultra Renum, qui ibidem similiter regnum instituentes, multo tempore habebant *reges crinitos*[1], quorum unus erat *Basinus*[2], de quo infra *faciam*[3]) mentionem.

liam et Theutoniam occupaverat, lingua latina Germanos, eo quod de eodem germine processissent, appellavit. Tandem vero cum Germani multiplicarentur, miserunt partem exercitus ad Thuringiam ultra Renum, qui ibidem regnum instituentes multo post tempore *reges* habuerunt *eneydos*.

Et propter has causas successu temporis tota Theutonia tamquam a digniori Germania est vocata; salvis aliorum descriptionibus, que dicunt, Germaniam Renum habere a meridie, et eam esse dictam a germinando, cum tamen illis realis veritas, quodammodo contradicere videatur.

Et propter hanc causam tota Theutonia tanquam a digniori Germania est vocata.

Postremo cum regnum Romanorum adeo esset dilatatum, ut fere totus mundus eis subderetur, *venit Iulius* cum Romanis, illam sibi terram, videlicet primam Germaniam et totam Galliam subiciens et ibidem quam plura castra et civitates edificans, totam terram Treverensis, Coloniensis et Maguntinensis diocesum Romanis habitatoribus occupavit, antiquam germanitatem inter Romanos et illos populos renovando.

Postremo cum regnum Romanorum adeo dilatata foret, ut fere totus mundus eis subderetur, Germanique Romano rebellarent imperio, *venit Iulius Caesar* cum ingenit apparatu et exercitu Romanorum, et Germaniam totamque Galliam sibi subiciens. Ibi quam plurima castra et urbes edificans omnem Treverensem, Coloniensem ac Moguntinam provinciam Romanis occupavit, antiquam germanitatem inter

[1]) Hs. reges *eneides*. — [2]) Hs. Bassinnus. — [3]) Hs. facit.

Romanos et illos populos renovando.

Nicht nur die kräftige Mahnung (in der zweitfolgenden Stelle) an die deutschen Fürsten, dem Kaiser gleichwie in den vergangenen Zeiten so jetzt zum Schutze des Reiches beizustehen — eine Stelle, die dem I. Buch bei Peter von Andlau einen schönen Abschluss giebt — ist wörtlich dem Werk des Iordanus entnommen, sondern auch im II. Buch des „Libellus de Cesarea monarchia", in der Darstellung des positiven Reichsstaatsrechts, ist jene historische Stelle aus Iordanus zu Ehren gelangt, welche über die glückliche Regierung König Heinrichs I. aus dem Hause der Sachsen handelt.

Iord. v. Osnabrück, cap. 6.	Pet. v. Andlau, lib. II. tit. 1. De septem Principum Electorum institucione.
Quo facto processerunt ad electionem et invocata Spiritus sancti gratia dominum Heinricum ducem Saxonie in regem Romanorum, futurum imperatorem, concorditer elegerunt.	Verum Conrado sine liberis defuncto Heinricus prefatus Saxonie dux Romanorum adeptus est regnum,
Qui quam magnifice et imperiose Francorum regibus et Lumbardis super Romanorum imperio perpetuum silentium imposuerit, et qualiter ipse terram illam que inter Mosam et Renum Lotharingiam appellaverit, et eandem terram cum tota Almania regno Francorum auferens imperio Romano univerit, et quam multis devotionibus et honoribus Romanum pontificem et ecclesias Dei in Italia et Germania sublimaverit, quia in multis scriptis sufficienter ex-	qui quam magnifice et imperiose Francorum regibus et Lombardis super Romano imperio silencium perpetuum imposuerit. Qualiterque ipse terram illam que inter Mosam et Renum est, Lotharingiam appellaverit, atque terram eandem cum tota Alamannia regno Francorum eripiens Romano univerit imperio quantaque devocione et honore ecclesias Dei tam in Ytalia quam Alamannia sublimaverit, quia multis codicibus illud expressum reperitur,

primuntur, non oportet hic narrari.

hic insistere supervacuum esse arbitratus sum.

Iord. v. Osnabrück, cap. 8.

Confidenter loquor: si Germani principes cum suis fidelibus imperatori tamquam advocato ecclesie, fideliter assisterent, sicut in temporibus preteritis consueverunt, tunc absque dubio omnis potestas contraria esset parva, tunc non solum Grecia, sed etiam Caldea contremisceret cum Egipto. Aves viso flore cantant et letantur, sed ad aquile intuitum silent et fugiunt: sic omnes barbare nationes aliorum regum insignia despiciunt, sed Romanorum et Germanorum aquilas timent naturaliter et abhorrent.

Pet. v. Andlau, lib. I. tit. 16. De principibus ac proceribus, super quibus Romani imperii fundatus est potentatus.

Confidenter siquidem loquor, si Germani principes cum fidelibus, Imperatori, tanquam advocato ecclesie, fideliter assisterent, prout temporibus antiquis consweverunt, omnis profecto potestas contraria videretur parva. Tunc non solum Grecia, sed et Egiptus et Chaldea contremiscerent, ac ultime regiones Saracenorum trepidarent. Nam ut aves in se volantes ac cantantes ad aquile intuitum silent et fugiunt, sic omnes barbare naciones aliorum insignia vexillaque despiciunt, Romanorum vero ac Germanorum aquilas timent naturaliter et abhorrent, protendente nempe aquila Romanorum ab Europa alas suas nec griffes Asie atque Africe satis tute erunt.

Eine der wichtigsten Traditionen, um zu zeigen, dass das Römische Reich mit Recht, ja mit Nothwendigkeit auf die Deutschen übertragen worden sei, bildet die Legende von der Sendung des Eucharius Valerius und Maternus nach Deutschland, eine Tradition, welche Peter von Andlau in unverkennbarer, wenngleich kürzerer Form, dem Tractat des Iordanus (wie nachstehende Vergleichung zeigt) entnommen.

Wenn wir fragen, warum diese Legende solchen staatsrechtlichen Abhandlungen eingefügt wurde, so lautet die Ant-

wort: Wie das ganze Mittelalter einen rechtlichen Vorgang sich nicht ohne symbolische Handlung vorstellen konnte, so hat die Uebertragung des Kaiserthums auf die deutsche Nation darin ihren Ausdruck gefunden, dass der Hirtenstab Petri (das Abzeichen der Herrschaft) durch Eucharius und Valerius nach Deutschland gebracht und dort aufbewahrt wurde, eine Auffassung, welcher die beiden Schriftsteller in ihrer unmittelbar an die Legende anschliessenden Betrachtung deutlichen Ausdruck verliehen haben.

Iord. v. Osnabrück, cap. 9 und 10.

9. Istis prehabitis, velud ab alio inchoandum est exordio, verumtamen eodem intendo fine concludere narranda cum narratis.

Dum itaque[1]) beatus apostolus predicandum Galliis sancte Trinitatis fidem tres viros sanctissimos, videlicet Eucharium Valerium et Maternum, et hii tres in quandam Gallie Belgice provinciam que dicitur Alsatia pervenissent, accidit, ut beatus Maternus in villa que Legia dicitur infirmatus moreretur. Cuius cor-

Pet. v. Andlau, lib. I. tit. 14. Quod divino presagio Romanum imperium transferendum fuit nobilissimos in Germanos.

Dudum autem ante huiusmodi translacionem factam Deus previsivo consilio Romanum imperium gubernandum fore per Germanos definivit, cuius sane rei gracia pastoralis ille beati Petri baculus suo tempore in Germaniam destinatus est cuius missionis hystoriam simul ac mysterium tradit gl. in c. unico de sac. uncc. sed laccius assumo.

Beatus Petrus Apostolorum apex cum ad predicandum Gallicis et Germanis sancte trinitatis fidem tres viros et sanctitate vite et literarum doctrina plurimum preditos ad partes illas destinaret, videlicet Eucharium, Valerium et Maternum, et in nobilem Alsaciam (que Germanie), tunc vero Gallie Bel-

[1]) Hs. Cum itaque.

pus Eucharius et Valerius terre commendantes, eadem qua venerant via cum magna festinatione ad urbem Romanam sunt reversi. Et dum starent in presentia sancti Petri, dicebant ei: „Pater sancte, ecce[2]) noster collega Maternus mortuus est et sepultus. Et quia absque tertio sine tuo mandato procedere non expedit, supplicamus, ut alium loco ipsius nobis adiungas". Et respondit eis beatus Petrus: „Non sic est faciendum. Sed hec facta sunt, ut manifestetur gloria Dei coram gentibus. Accipite hunc baculum meum, et cum ad locum sepulture perveneritis, extrahite corpus de sepulcro, et supponentes illi baculum, dicite: „Materne, dicit tibi Christus filius et servus eius Petrus, ut resurgas et iniunctum tibi officium una nobiscum exequaris". Sanctus Eucharius et Valerius, accepto baculo et mandato apostoli, ad Legiam, ubi Maternum sepeliverant, die sepulture 40. sunt reversi, et facientes sicut preceperat apostolus, dicebant: „Materne, dicit tibi Christus filius Dei et servus eius Petrus, ut resurgas et iniunctum tibi officium una nobiscum exequa-

gice provincia erat, pervenissent, accidit, ut beatus Maternus in villa, que Legia dicitur nature debitum persolvens moreretur. Cuius corpus Eucharius et Valerius terre commendantes, eadem qua venerant via magna cum festinacione ad urbem Romanam sunt reversi, et dum starent in conspectu Petri dicebant: „Pater sancte, ecce noster collega Maternus viam est universe carnis ingressus et sepultus; non autem expedit absque tertio sine tuo mandato progredi; supplicamus, ut alium sui loco nobis adiungas." Et respondit beatus Petrus: „Non ita faciendum est, fratres. Illa enim, que dicitis, contigerunt, ut manifestetur gloria Dei in gentibus. Accipite, inquit, hunc baculum meum, cumque ad locum veneritis sepulture, corpus extrahite, illudque contingite baculo dicentes: Imperat tibi Christus filius Dei et servus eius Petrus, ut resurgas, et nobiscum iniunctum tibi officium nobiscum exequaris". Mox igitur Eucharius et Valerius iter, quo venerunt remeantes ad Legiam, ubi Maternum condiderant quadragesimo sepulture eius die pervenerunt, implentesque aposto-

[1]) Hs. Pater sancte ecclesie.

ris". Quo facto, mox cadaver illud, quod in sepulcro 40 diebus iacuerat, spiritum recepit, et anima corpori se coniunxit et resedit[1]). Maternus surrexit et ambulavit cum fratribus suis sanus et incolumis. Hoc signo viso, fere totus illius provincie populus glorificabat Deum. Et baptizata fuit in illa die in nomine domini nostri Ihesu Christi multitudo hominum copiosa. Sancti vero Eucharius Valerius et Maternus ubique virtutibus et signis ampliabant fidem Christi, baptizantes gentes in nomine eius. Sed Valerius et Eucharius infra annos 12 decesserunt ab hoc seculo, regnaturi cum Christo. Maternus autem post diem resurrectionis sue vixit annos 40 et populum Treverensem Tungrensem et Coloniensem ad fidem Christi convertit. In quibus etiam tribus civitatibus a se invicem per modum trianguli plus quam duas magnas dietas distantibus una die tres missas solempniter celebravit. Et dum etiam populum Trevirensem baptizaret, tanta simul multitudo confluxit, ut eos baptizari oporteret in rivulo qui civitatem irrigat et tunc Belgis dicebatur. Et dum oleum sanctum deficeret,

licum preceptum coram sepulchro astiterunt, baculoque recepto dicentes: „Mandat tibi Christus filius Dei vivi et servus eius Petrus, ut resurgas, et nobiscum iniunctum officium debitum exequaris. Illico cadaver se erexit et anima cum corpore coniuncta est, qui sanus et incolumis cum fratribus ambulavit, disseminantes verbum Dei. Quod ubi miraculum populus Alsacie vidit, glorificavit Deum, baptisataque est die illa multitudo hominum copiosa.

[1]) Hs. coniunxit et recedit.

misso celitus oleo, totus ille rivulus consecratus oleo sacro omnibus apparebat. Et propter hoc idem rivulus modo Olevia, quasi olei via, dicitur, qui olim Belgis dicebatur. Et ab hoc rivo Gallia Belgica nomen habet, licet alii dicant aliter. Porro cum sanctus Maternus post commissum sibi officium in Colonia moreretur, signo per angelum dato, corpus eius translatum est ad civitatem Treverensem. Et baculus beati Petri apostoli, cum quo ipse resuscitatus fuerat, in partes duas est divisus. Cuius pars inferior cum corpore pontificis penes Treverenses, superior vero pars aput Colonienses ea qua decet reverentia reservatur.

Et hec est causa, quare Romanus episcopus baculum non habet pontificalem. Quem utique beatus Petrus in spiritu prophetico transmisit ad Germanos. In hac igitur historia quedam sunt literaliter admiranda et quendam figuraliter memoranda. Quid autem dignius est miraculo, quam quod beatus Petrus in Urbe remanens per baculum suum in Germania fratrem mortuum suscitavit et multitudinem gentium huius baculi ministerio ad fidem Christi con-

Unde dicimus spiritu prophetico beatum Petrum baculum ad Germanos transmisisse, ob quam causam simul et mysterium illius Romanus pontifex instar aliorum pontificum baculo pastorali hodie non utitur, ut dicit text. iuncta gl. in prealleg. c. unico. De sac. uncc. et de consecr. dist. I. c. nullus dist. XLVI c. disciplina. Est autem predicta historia non solum litteraliter, sed eciam per allegoriam sive typice intelligenda.

vertit? Sed quid per Petrum apostolorum principem et fundamentum ecclesie nisi regale sacerdotium intelligimus? Et quid per baculum pastoralem, per quem pastor sustentatur, ovis errans ad ovile reducitur et lupus rapax repellitur nisi sacrum imperium, id est sacerdotale regnum, designatur? Per baculum siquidem pastor sustentatur, dum Romanus imperator terrena se denudans potestate, summum pontificem et pastorem omni qua potest reverentia et honore sublevat et exaltat. Per baculum etiam ovis errans ad ovile reducitur vel Maternus mortuus suscitatur, dum quicumque christiani perversis moribus vel scismaticis vel aliis erroribus a Romane ecclesie obedientia deviantes, de mandato apostolico per imperatorem materiali gladio ad unitatem fidei revocantur. Per baculum insuper lupus rapax repellitur, dum inimici christiani nominis auctoritate Romani pontificis per Romanum imperium conteruntur. Hunc itaque baculum beatus Petrus Romanus et Anthiocenus episcopus per Eucharium et Valerium transmisit ad Galliam Belgicam, dum Romanus pontifex per manus magnifici Karoli Romanum imperium de Grecis

Quid enim per Petrum Apostolorum principem ecclesieque fundamentum aliud quam regale sacerdotium intelligimus? Quid vero per baculum pastoralem, per quem sustentatur pastor, ovis errans ad ovile reducitur, lupusque rapax repellitur nisi sacrum imperium designatur?

Per baculum siquidem pastor apostolicus sustentatur, dum Romanorum imperator iura Romane ecclesie ut advocatus tuetur et defendit, et fidem catholicam quam Romana ecclesia firmiter tenet, Germanorum magnanimitas imperialiter conservandam esse demandat. Per baculum ovis errans ad ovile reducitur et Maternus recuscitatur, dum quicumque vel heretica labe infecti a Romane ecclesie obediencia deviantes de apostolico mandato per imperatorem materiali gladio ad fidei unitatem revocantur. Per baculum insuper lupus rapax repellitur, dum Sarraceni et christiani nominis inimici Romani Imperatoris comprimuntur, et ab area fidei cohercentur. Hunc itaque baculum beatus Petrus Romanus episcopus per Eucharium et Valerium transmisit in Germaniam, dum pontifex in persona magnifici Karoli Romanum impe-

transtulit in Germanos. Huius autem baculi partem inferiorem sed longiorem habet ecclesia Treverensis, superiorem vero breviorem habet ecclesia Coloniensis; quia licet civitas Treverensis antiquitate sit longior quam Coloniensis, multo tamen est inferior potestate et merito. Colonia superiorem partem baculi tenet, quia non solum Coloniensis archiepiscopus eligere, sed electum pre omnibus aliis principibus tenetur et debet consecrare; in hoc Romani pontificis precurrens officium, qui regem electum et consecratum canonice in imperatorem consecrat Romanum.

cap. 10. Manifestum est igitur ex predictis omnibus, quod non solum humana solertia ex necessariis et rationabilibus causis fuit institutum, immo et antequam fieret divina fuit prefiguratione presignatum, quod Romanorum imperium in fine seculorum transferri oportuit in Germanos. Sed de hoc non est ipsis gloriandum, cum tanto magis se ostendant reprehensibiles, quanto magis ipsi se ab imperatoris obsequio faciunt alienos; immo ipsi propter suam superbiam et desidiam regnum ecclesie quantum in eis est, vix obtinere poterunt, quod

rium de Grecis transtulit in Germanos.

Manifestum itaque est, non solum humana disposicione factum, vero eciam divina preordinacione presignatum esse, quod Romanum imperium in fine seculorum transferri deberet in Germanos. Unde non solum imperialem sed et divinam maiestatem offendere videntur, qui iura et terras imperii sibi usurpari et quantum in eis est sacrum imperium opprimere conantur. Quod si in ceteris nacionibus reprehensibile est, multo quidem detestabilius Germanis

eorum progenitores a Deo et hominibus sanguine proprio meruerunt.

principibus esse videtur, quos ad imperii gubernaculum pre cunctis gentibus elegit.

An die beiden Werke aus dem 13. Jahrhundert reiht sich als weitere Vorlage für das erste Deutsche Reichsstaatsrecht ein solches aus dem 15. Jahrhundert an.

In den Jahren 1444—50 verfasste der Chorherr Felix Hemmerlin von Zürich seinen „liber de nobilitate". Nach Umfang und Inhalt das bedeutendste Werk Hemmerlins, behandelt es in der Form eines Dialogs zwischen einem „Rusticus" und einem „Nobilis" die Vorzüge des Adels. Eine frische Darstellung belebt das Ganze; man merkt es dem Verfasser deutlich an, wie wohl er sich an Seite des österreichischen Adels fühlt, mit welchem seine Vaterstadt gerade damals (im alten Zürcherkrieg 1436—1450) gegen die Schwyzer sich verbündet hatte.

Peter von Andlau kannte das Werk. Schon der Eingang bezw. die Widmung der beiden Werke gleichen sich sehr. Capitel 12—15 in „de nobilitate": De antique gradibus nobilitatis ante translationem imperii per leges imperiales differentialiter distinctis; de imperatore seu romanorum rege; de moderne gradibus nobilitatis per septem ordines divisis; de Militibus in armata militia militantibus enthalten ähnliche Gedanken, wie das erste Deutsche Staatsrecht. Völlig Hemmerlin entnommen ist die sog. Quaternionentheorie aus cap. 16 de nobilitate, welcher hier die primäre Quelle bildet.

Felix Hemmerlin,
de nobilitate et rusticitate. Cap. 16.
De principibus et nobilibus super quibus Romani imperii fundatur potentatus.

Ait Rusticus: Sum competenter informatus de quorundam conditione nobilium sub imperio Romano militantium,

Peter von Andlau,
Libellus de Cesarea monarchia, lib. I. tit. 16.
De principibus ac proceribus, super quibus Romani imperii fundatus est potentatus.

licet frequenter frustra locutus fueris et aperueris os tuum et absque fundamento verba multiplicaveris, prout dixerunt ad Iob amici sui dum de vicio ipsum accusaverint loquacitatis. Unde Gregorius ibidem moral. XXV. c. XV, sed quoniam esse proprium arrogantium solet vicium, ut et pauca credant, que ipsi multa dixerunt, et multa credant, que ipsis pauca dicuntur. Quia enim semper dicere volunt, aliena audire non possunt; vim se pati existimant, si ea, que moderate sentiunt, immoderatius non effundant. Hec ille. Sed quicquid sit, quia super illustrium necnon illustrium, spectabilium et clarissimorum ordo sub Iustiniani christianissimi Romanorum imperatorum maiestate, quondam multa providentia constitutus pronunc videtur abolitus, modo scire delectat principum, et aliorum nobilium et personarum ordinem et regulam, super quibus Romani imperii maiestas ad presens tanquam super bases et columpnas suas fertur fore fundata similiter et firmata.

Nobilis: Dignanter attende. Quod increpationis tue verba rustico more proposito nobiliter in patientia possum

Quanquam imperium Romanum olim fuerit potentissimum, quia tamen et status et vires eius paulatim labefactari ceperunt, conveniebat post sui in Germanos translacionem et in successu temporis, illud specialibus munire presidiis, principibusque firmare, quibus ut firmis columpnis et basibus innixum adverse tempestatis procellis et turbinibus valencius resistere posset, et sue potencie mucronem longe lateque vibrare. Idcirco imperium super VII gradibus nobilitatis atque eciam communitatibus opulentis provida sagacitate fundatum est, quorum quemlibet gradum quatuor

sufferre, patientia vero similiter quodam brevis relationis eloquio citius quam poteris tue solutionem questionis perpende. Nam iuxta Karoli quarti Romanorum imperatoris constitutionem, que Karolina dicitur principum et nobilium constitutorum certus multum notabilis ordo descriptus curialibus antiquis notissimis, ubi dicitur inter cetera. Quod quattuor generosi sunt principes inclite prosapie sanguinis alte ab evo longo producti clarissime, et pronunc magnificentia fuere singulari apud Augustos et rempublicam principales principalissime super quibus Romanum digne constituitur imperium. Immo notanter rite describitur fore fundatum. Primus itaque princeps est comes Palatinus Reni de magno pallacio Treverensi de quo s̄. dictum est. Palatinus autem dicitur vicarius publicus imperatoris, quia quodammodo gerit vices principis et sumitur pro eodem, ita not. in glo. 1. C. de palatinis sacrarum largitionum. l. 1. Unde autem moderni principes palatini receperint ortum et originem plene videbitur in c. XXV. Item legimus in libro qui dici-

illustres familie determinare videntur. Que familie utpote ceteris in suo ordine prestanciores peculiarius Romano imperio incorporate, et oportuno tempore ad presidium eius obligaciores prompcioresque esse debent.

Sunt autem primo quatuor generosi principes inclite prosapie ab evo longo producti, super quibus Romanum fundatur imperium et apud Augustos principalissimi. Primus princeps est comes Palatinus Reni de magno Palacio Treverensi; secundus est dux Brunswicensis in Saxonia; tercius dux Lotharingie in Gallia; quartus dux Suevie, cuius domus penitus defecit; domus equidem potens et gloriosa nimis, sed incusanda Suevorum nobilitas esse videtur, quod viduato ducatui alium preficere principem neglexerunt.

tur viridarium etc. Secundus princeps est dux Brunswicensis in Saxonia, de cuius origine similiter ibidem. Tercius dux Lotaringie in Gallia. Quartus dux princeps Suevie in Germania cuius domus penitus defecit, ut c. XIX dicetur infra.

Item sunt quattuor marchiones principales pre ceteris marchionibus mundi precellentiores. Primus marchio Moraviensis. Secundus marchio Misnensis. Tercius marchio Brandenburgensis. Et quartus marchio Lutringensis. Item sunt quattuor comites provinciales qui et Lantgravii vulgo seu improprie nuncupantur inter alios spectabiliores. Primus lantgravius Thuringie. Secundus lantgravius Hassie. Tercius lantgravius Alsatie. Quartus lantgravius Luchtenburgensis.

Item sunt quattuor comites castrenses principales, qui pre ceteris videntur notabiliores qui vulgo burggravii dicuntur, et qui olim palatini dicebantur et

Sunt et quatuor marchiones per ceteris marchionibus precellenciores: primus marchio Moraviensis; secundus Misensis; tercius Brandenburgensis et quartus Badensis[1]).

Quatuor deinde procedunt illustres comites provinciales, qui vulgo langravii appellantur, primus langravius Thuringie; secundus langravius Hassie; tercius langravius Alsacie, cuius domo defecit et in episcopatum Argentinensis ecclesie iura langraviatus translata sunt; episcopus enim illic se usque modo lantgravium Alsacie in suo titulo appellare conswevit; quartus vero lantgravius Lichtenburgensis est.

Quatuor enim generosi

[1]) Die Handschriften *B* und *D* des „Libellus de Ces. mon." haben „Luthringensis"; vgl. Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. XII. Germ. Abth. S. 101 Anm. 9.

nunc ad differentiam palatini comitis Reni supradicti burggravii nuncupantur, et est nomen fictum a Theutonicorum ydiomate, sicut sepe fingimus nomina a Gallicorum vulgari, ut de vi et ho. cle. c. 1. lib. VI Et hoc licet. prout similiter a Tuscorum et Lombardorum prolatione, ut no. Archidiac. ibidem. Cum hic terminus Burggravius non sit in grammaticorum norma positiva conscriptus, aut aliquibus legibus designatus, et proprie dicuntur palatini, ut C. de castren. peculio omnium palatinorum l. unica et C. de privi. eorum qui in sacro pallatio militant quasi per totum qui et aulici dicebantur temporibus Gelasii pape et Anastasii et Iustini imperatoris et tempore quo Boëthius in Italia claruit, et prout legitur in historiis Friderici primi imperatoris de palatinis de Thubingen in Suevia et de Witilissbach in Franconia, qui proprie ab imperatoris pallatio, cui quondam adherebant, nomina dicuntur traxisse, cum eorundem castra pre ceteris castris pallatia non fuerint aut habuerint. De palatinis vero sacrarum largitionum et rerum privatarum vide C. e. ti. lib. XII., qui pronunc non sunt in usu nostro, comites Castrenses in pagina[1]) fundacionis sacri describuntur imperii, qui vulgo burggravii dicuntur, et olim palatini dicebantur, ut C. de castren. pecul. omn. palatinorum. L. unica et C. de privil. eorum, qui in sacro palacio militant, quasi per totum. Primus igitur est Nurenbergensis burggravius; secundus burggravius Magdeburgensis; tercius Strauburgensis; quartus burggravius de Rineck.

---

[1]) Diese „pagina fundationis sacri imperii" ist offenbar eine schriftliche Quelle, die P. v. Andlau vorlag, die ich jedoch anderweitig noch nicht nachweisen kann.

unde de ipsis nihil dicemus, sed de modernis loquimur. Primus igitur Palatinus sive Burggravius dicitur Nurenburgensis. Secundus burggravius Magdaburgensis. Tercius burggravius Strauburgensis. Quartus burggravius de Rineck.

Item sunt quattuor comites maiores, et minimi inter principes, cum utique principes sunt tenti et nominati, prout omnes iam predicti superiores, et est primus comes Clevensis. Secundus comes Schwartzburgensis. Tercius comes Cilie, Et quartus comes Sabaudie.

Item sunt quattuor barones pre ceteris legaliores, et hii et inferiores non sunt principes. Primus baro de Limpurg. Secundus baro de Dosis. Tercius baro de Westerburg. Quartus baro de Alwald. Item sunt quattuor milites aut militares principales. Primus miles de Andelo. Secundus miles de Strongendoch. Tercius miles de Meldingen. Quartus miles Freudenberg.

Item sacrum imperium est fundatum super quattuor civitates videlicet

Sunt et quatuor magnifici comites sacri imperii, maiores quidem in suo gradu, sed inter principes minores; primus est Clevensis, qui hodie sublimatus est in ducem, secundus Schwarzburgensis, tercius comes Cilie, cuius domus defuncta in prelustres Austrie duces de anno domini MCCCCLVI feudali iure devoluta est, et quartus comes Sabaudie, qui in Constanciensi consilio a gloriosissimo Imperatore Sigismundo ducali titulo est illustratus.

Quatuor eciam nobilissimi barones predictis connumerantur; primus de Limpurg, secundus baro de Dosis, dictus de Rar; tercius de Westerburg; quartus baro de Alwald. Hos subsequuntur strenuissimi milites, ceteris ex ordine militari clariores, qui et proceres sive valvasores dicuntur,

primo civitatem Augustensem. Secundo super civitatem Metensem. Tercio super civitatem seu oppidum imperiale Aquisgrani. Quarto super civitatem Lubicensem.

Item fundatum est imperium super quattuor villis quarum prima est Babenburgensis. Secunda villa Schletstatensis. Tercia villa Hagnawensis. Quarta villa Ulmensis.

Item fundatum est imperium super quattuor rusticos, quorum primus est rusticus Coloniensis. Secundus rusticus Ratisponensis. Tercius vero rusticus Constantiensis. Quartus autem Saltzburgensis diocesis.

Sunt et alii plures comites et barones ac nobiles sacri Romani imperii perpetui et personales in stirpes et successores suos officiales aut officialium principalium substituti in certas nobilium progenies ordinati, quorum ministeria, que diversa sunt, scire volueris, supradicta Karoli quarti statuta perlegere poteris, et hic per quiescendum deliberavimus, ne

quorum primus est magnanimus miles de Andelo in Alsacia, de quo titulo proximo dictum est; secundus miles Strandeck; tercius de Meldingen; quartus miles de Frowenberg in Bavaria.

Sacrum imperium insuper fundatum dicitur super quatuor civitates insignes, quarum prima est Augustensis Rhecie; secunda Maguntina, tercia urbs Aquisgranensis; quarta est Lubicensis.

Quatuor deinde sunt ville magnifice, que in fundamento imperii annumerantur; prima est Babepergensis; secunda Schletstadensis; tercia Hagnowensis; quarta Ulmensis.

Et ut nullus gradus pretermissus videatur, accedunt premissis quatuor famosi rustici, qui et in basibus imperii describuntur; primus est rusticus Coloniensis; secundus Ratisponensis; tercius vero rusticus Constanciensis, quartus Saltzburgensis diecesium.

Sunt et alii plures comites, barones et nobiles sacri Romani imperii perpetui et hereditarii offi-

tabescentis animi torpore crucieris.

ciales, qui in stirpes succedunt, quorum ministeria, si scire volueris, Karoli quarti Romanorum Imperatoris statuta per auream edita bullam perlegere licet.

Auch Hemmerlin ist für die Quaternionentheorie nicht die älteste Quelle. Die erste Erwähnung derselben in deutscher Sprache, die mir aus dem 15. Jahrhundert bekannt ist, enthält ein Copialbuch des Klosters Murbach im Elsass[1]). Es würde an dieser Stelle zu weit führen, eingehend über diese sonderbare Tetralogie zu handeln, es soll dies in einem eigenen Abschnitt der Monographie Peters von Andlau geschehen. Ist die Quaternionentheorie vielleicht rechtsgeschichtlich nur als eine Spielerei anzusehen, so gewinnt dieselbe, kunsthistorisch betrachtet, eine ganz andere Bedeutung. So sind z. B. die prachtvollen Holzschnitzereien des Rathhaussaales zu Ueberlingen — vollendet im Jahre 1493 — nichts Anderes als eine plastische Illustration des „Libellus de Cesarea monarchia" lib. I. tit. 16, und es spricht — um die Worte Labands anzuführen, der mich zuerst auf diese Sculpturen aufmerksam machte — für die Würdigung des Ansehens dieser Idee, wenn der Rath der reichen und damals angesehenen Reichsstadt am Bodensee ihren grossen Saal, das Schmuckstück der Stadt, nach solcher Darstellung des Reiches hat ausschmücken lassen.

Will man nach weiteren rechtshistorischen Tractaten des Mittelalters Umschau halten, die als Quellen für das erste Deutsche Staatsrecht in Betracht kommen könnten, so wird Dante's staatsrechtliche Abhandlung: „De monarchia", verfasst im Jahre 1300[2]), vielleicht die erste Stelle einnehmen.

[1]) Manuscrits allemands, fonds de Murbach, no. 45, auf der Stadtbibliothek zu Colmar i/E. Fol. 5[a] f. In der angezogenen Monographie gedenke ich eine übersichtliche Darstellung mit allen einschlägigen Texten zu geben. Ueber die Entstehung der Quaternionentheorie vgl. Grauert, Histor. Jahrbuch XI. S. 818 (München 1890). — [2]) Vgl. die gründliche Abhandlung Grauerts: „Zur Danteforschung" im Histor. Jahrbuch, Bd. XVI. S. 510—544, wo diese Abfassungszeit näher begründet ist. Dagegen theile ich auf Grund eigener Studien, sowie nach einer

In der That zeigt das erste Buch derselben: de necessitate monarchiae, § 2 und § 7 verwandte Gedanken mit „Lib. de Ces. mon. I. tit. 3: „Quod pro mundi gubernacione necessario principes gencium sunt instituti", ebenso Dante I § 12 mit P. v. Andlau I tit. 8: „An conveniat imperium et quodlibet regnum magis regaliter quam politice gubernari"; des Ferneren Dante, lib. II: „Quomodo Romanus populus de iure sibi asciverit officium monarchiae sive imperii" § 3 und § 11 mit P. v. Andlau I. tit. 10: „Quod previsivo consilio celum terramque regentis monarchia mundi Romanis concessa est"; und Dante's lib. III: „Qualiter auctoritas monarchiae sive imperii dependet a Deo immediate" § 9 und 10 mit P. v. Andlau II tit. 9: An maiestatis imperialis auctoritas derivetur in Cesarem immediate a Deo vel illam accipiat ab eius vicario, pontifice summo". Allein fast alle diese Stellen — es sind, wie eine genaue Vergleichung ergiebt, zumeist Bibelstellen — sind sämmtlichen staatsrechtlichen Abhandlungen des ausgehenden Mittelalters, die solche Fragen behandeln, eigen. Dazu tritt der Umstand, dass Dante's Prosaschriften um die Mitte des 15. Jahrhunderts selbst in Italien nicht allzusehr gelesen wurden, diesseits der Alpen aber so gut wie unbekannt waren. Es erscheint demnach mehr als fraglich, ob Peter von Andlau das Werk des grossen Florentiners gekannt habe.

Zu einem gleichen Ergebniss führte die Untersuchung, ob des Würzburger Domherrn, Lupold von Bebenburg[1]),

---

mündlichen Besprechung mit F. X. Kraus in Freiburg i/B. die Ansicht Grauerts nicht, dass Dantes „De monarchia" bereits im 15. Jahrhundert den deutschen Politikern und Schriftstellern bekannt gewesen sei. Der berühmte Dantekenner Dr. Scartazzini erwiederte mir auf eine Anfrage Folgendes: „Die älteste Spur einer Bekanntschaft der Deutschen mit Dantes „De monarchia" finde ich bei dem bekannten lutherischen Fanatiker Mathias Flacius Illyricus, der in seinem „Catalogus testium veritatis" auf diese Dante'sche Arbeit ausdrücklich verweist. Dass die Schrift schon früher diesseits der Alpen bekannt gewesen sei, lässt sich geschichtlich schwerlich erweisen, und möchte ich um so mehr bezweifeln, dass man sie bereits im 15. Jahrhundert gekannt habe, als sie damals selbst in Italien so halb und halb verschollen war."

[1]) Ueber ihn vgl. F. Joël, Lupold III. von Bebenburg, Bischof von Bamberg. Theil I: Sein Leben. Halle 1891. Dass er seinen berühmten

Schrift: „De iure regni et imperii Romanorum" als Vorlage des ersten Deutschen Staatsrechts gedient habe. L. v. Bebenburg hat zwar einzelne Fragen, wie die Unterscheidung von regnum und imperium, der Stellung des Königs gegenüber dem Papst, weit schärfer[1]) durchgeführt als Peter von Andlau. Allein bei solchen einzelnen Fragen ist Bebenburg im Wesentlichen auch stehen geblieben, und dabei naturgemäss in Gegensatz zur curialistischen Auffassung dieser Dinge (wie sie dem Lib. de Ces. mon. geläufig ist) gerathen. Von dieser Auffassung wird da gesprochen werden müssen, wo von der Stellung P.'s v. Andlau zu seinen Vorgängern in staatsrechtlichen Dingen die Rede ist. Eine Quelle zu Peters Arbeit ist Bebenburgs Werk nicht.

Anders verhält es sich dagegen mit der Schrift des berühmten Humanisten Aeneas Silvius Piccolomini (später Papst Pius II., 1458—1464): „De ortu et auctoritate imperii Romani", verfasst 1445. Schon früher[2]) wurde erkannt, dass dieselbe von Peter von Andlau in seinem 15 Jahre später verfassten „Libellus de Cesarea monarchia" benutzt worden sei. Es gilt indess, diese Benutzung auf das richtige Mass zurückzuführen und sie andererseits genauer nachzuweisen. Am auffälligsten ist die Uebereinstimmung an folgender Stelle:

Aen. Silv. cap. 1. Quonam modo et quanam causa civilis vita ceperit.	Peter von Andlau I. tit. 4. De regnis et monarchiis primitivis.
Romana regia potestas, quam sacrum Romanum imperium appellamus, ab ipsa humanae naturae ratione, quae optima vivendi dux est, cuique omnes	Ut Iosephus libro antiquit. I. Genesisque littera historiam nobis texere videntur, a primordio humane creacionis dispositum principatum aut huius-

Tractat 1338 geschrieben und von Johannes Andreä in Bologna die Doctorwürde erhalten, cfr. Grauert, Histor. Jahrbuch XIII, S. 208. München 1892.

[1]) Vgl. Handbuch des öffentlichen Rechts. Einl. Band. Abth. I. (von Rehm) S. 182 ff. Freiburg i/B. 1896. — [2]) Vgl. O. Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter. Berlin 1887. Bd. 2[3] S. 385 Anm. 3 und nach ihm Rehm, Handbuch des öffentlichen Rechts. Freiburg i/B. 1896. Einl. Band. Abth. I. S. 203 Anm. 4.

parere oportet originem ducit. Exactis namque ex paradiso deliciarum primis parentibus, cum in agris homines et in silvis bestiarum modo vagarentur, victuque sibi ferino vitam propagarent; animadvertit homo (nam rationis participem illum Deus creavit) hominem homini ad bene vivendum maxime conducere, societatemque fore plurimum necessariam. Sic ergo, qui segregati prius vitam in silvis more ferarum ducebant, sive docente natura, sive Deo volente, totius naturae Magistro in simul convenere, societates instituerunt, domos aedificaverunt, oppida muros cinxerunt, artes invenerunt. Et cum alter alterius commodis inserviret, placebat mirum in modum singulis vita civilis, dulcisque nimium videbatur et propinquorum et amicorum consuetudo, cuius fuerant prius expertes.

Cap. II.

Unde et qua ratione regia potestas coeperit.

Verum sicut ab homine multa parantur homini commoda; sic nulla est pestis, quae homini ab homine non nascatur. Coeperunt itaque homines violare societatem, fidem frangere, pacem turbare, iniuriari concivibus vicinorummodi alterius in alterum dominatum (ut supra exaratum est) nullum reperimus, sed omnes homines hoc seculi passim bestiarum more vagabantur, nullaque lege, nulla societate, nulla denique humanitate regebantur, sed iure dumtaxat nature vivebant. At genere humano multiplicato, ceperunt homines simul habitare, quod ex eo tempore (ut recitat tex. 6 Dist. § hiis itaque) factum esse putatur, quo Cain [occiso Abel fratre suo] profugus ad plagam Orientalem divertens civitatem ibidem edificavit, quam ab Enoch seniore filio Enochiam appellavit. Is enim (ut Iosephus narrat) primus simplicitatem, qua prius vivebant homines, ad invencionem mensurarum et ponderum permutavit, integram eorum vitam ex rerum ignorancia et simplicitate ad calliditatem corrupcionemque perduxit; terminos terre primus posuit, civitatesque constituit, et muris munivit, illicque suos coegit convenire domesticos, eorumque dominum se erexit; proximos eciam quosque sibi adiacentes fratres cede, rapinis, depredacionibusque infestans, ut robustus viribus erat, timore sui anxit, vique dominatu potitus est.

que; tum opibus, tum matrimoniis insidiari, rapere aliena, fas omne abrumpere. Nec enim pacis aemula, mater litium, suique prodiga cupiditas passa est, diu manere ius sanctae societatis illaesum. Cum ergo premeretur ab initio multitudo ab his, qui viribus editiores, ad unum aliquem confugere placuit . . .

Es lässt sich im Allgemeinen sagen: gleiche oder wenigstens ähnliche Gedanken, wie sie in den ersten 5 Capiteln der Abhandlung des Aeneas Silvius ausgesprochen sind, finden sich zerstreut in I. tit. 1 — tit. 7 des „Libellus de Ces. mon." wieder. Die wörtliche Uebernahme dagegen beschränkt sich im Weiteren auf einzelne, besonders markirte Sätze. So findet sich aus cap. 8 des Aen. Silvius: „Qui tenet, teneat, donec de medio fiat" etc. in P. v. Andlau II. tit. 20: De Romani imperii exitu et eius finali consummacione. Ferner aus dem gleichen cap. des Aeneas Silvius: „In apibus, inquit beatus Gregorius, princeps unus est, grues unum sequuntur" in Lib. I. 8, wo P. v. Andlau von dem Vorzug des imperium oder regnum über das politice gubernari spricht.

Aus Cap. 11 bei Aen. Silvius ist der Satz: „iure enim humano (ut Augustinus inquit) dicitur: Haec villa mea est, hic servus meus est, haec domus mea est, iura autem humana, iura Imperatorum sunt" bei P. v. Andlau in II. tit. 16 bezw. II. tit. 8 übergegangen.

Weit mächtiger (als durch Uebernahme einzelner Stellen) hat der geistreiche Humanist in der Anlage des Werkes, sowie durch einzelne kräftige Anregungen auf Peter von Andlau, als er den ersten Versuch einer Darstellung des Deutschen Reichsstaatsrechtes schrieb, eingewirkt. Vergleicht man nämlich die Widmung beider Abhandlungen — jede derselben ist bekannt lich Kaiser Friedrich III. zugeeignet — so wird man unschwer erkennen, dass diejenige Peters nur eine weitere Ausführung der Dedicationsworte des Aeneas Silvius ist. Weiterhin dürfte

Cap. 3 des Humanisten: „Quid potissimum deceat Reges" die Anregung zu Peters II. tit. 16: „De hiis, que ad imperatoris spectant officium" gegeben haben, wo Aeneas von der Pflege der Gerechtigkeit spricht, Peter von Andlau aber von der colenda iustitia ausgehend in II. tit. 17 das cultus augmentum und in II. tit. 18 das conservare pacem und stratas publicas tenere securas als weitere Pflichten beifügt und ausführt. Die theilweise Aufnahme von Aeneas Cap. 7: Ecclesiasticam potestatem a Christo pariter esse constitutam in P. v. Andlaus II. tit. 8 und II. tit. 9 dürfte auf dem gleichen Grunde beruhen. Dagegen hat Aeneas in seinem Cap. 10: „Quare Romanum imperium fuerit a Graecis ad Germanos translatum" die Gründe dieser Uebertragung sowie die Kaiserkrönung Karls des Grossen nur sehr kurz berührt; eine weit bessere und ausführliche Darstellung über den gleichen Gegenstand findet sich bei Peter I. tit. 13 und I. tit. 14.

Ebenso wird man kaum fehlgehen, wenn man die beiden folgenden Stellen aus Aeneas Cap. 23 und 24 als Anregung und Vorbild auffasst zu jener schönen, von hoher Vaterlandsliebe durchglühten Stelle Peters II. tit. 18, die mit den Worten anhebt: „At illustres Germanie principes vos mea oratione alloquor. Nimio enim in rem publicam imperii affectu impellente cohibere non possum etc."[1]) Die Stellen des Aeneas lauten: „. . . Sit tandem finis litium, sit caput inter principes, sit qui temporalia terminet; auferatur materia litigandi perpetua, cognoscant homines, se principes esse subiectos Imperatoremque mundi Dominum, tanquam Dei vicem in temporalibus gerentem, venerentur." Aus Cap. 24: „. . . omnes populi, nationes, principes, reges tuis debeant obedire mandatis. Quae cum ita sint, cavere tamen debes, ne sine ratione agas, ne vel ad tuam voluptatem potius quam ad subditorum utilitatem regas imperium atque sic ex rege tyrannus fias . . ."

Schon bei diesen Stellen lässt sich allerdings nicht verkennen, wie sehr der gewandte Italiener einem Herrscher von ausgeprägtem Selbstgefühl, wie es der zäheste Vertreter habs-

---

[1]) Vgl. Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. XVI. Germ. Abth. S. 54.

burgisch-dynastischer Interessen, Kaiser Friedrich III., war, zu Gefallen redete. Eine vollendete Schmeichelei aber war es, wenn er in Cap. 13 seiner Darlegung ausführte: „Imperatorem non obligari ad rationem reddendam suorum factorum, sed de iis praesumendam esse"; zugleich stand ein solcher Satz im Widerspruch zum bestehenden Recht, wie P. v. Andlau II. tit. 10 im Anschluss an die goldene Bulle bemerkte: „Habet quoque illud insigne privilegium comes Palatinus, ut imperator coram eo conveniri et de iusticia respondere teneatur." Dem Gedankengang des Aeneas Silvius entsprach es in Cap. 17: „Caesarem etiam malis vel bonis auferre posse bona temporalia", dem Kaiser diese Macht zuzuerkennen und sie in Cap. 19: „Imperatoris adeoque Caesaris esse, condere, solvere interpretarique leges" zur absoluten Machtfülle römischer Cäsaren mit dem Ausspruch zu steigern: „Leges sacratissimas, quae constringunt hominum vitas, universique mundi cervicibus imponuntur, solius imperatoris est condere, *cui quicquid placuerit, legis habet vigorem*." Zwar wird dieser Ausspruch in Cap. 21, wo von der „vis illa moderandarum legum, quam ἐπιείκειαν vocant" (vgl. P. v. Andlau I. tit. 1) die Rede ist, folgendermassen eingeschränkt: „. . . cavendum tamen imperatori est, ne sine ratione libidines potius suas quam iustas leges sequatur, fiatque Deo maximo reus, apud quem potestas potenter tormenta patiuntur, qui iuris aequitatisque tramitem reliquerunt." Immerhin bleibt für Aeneas Cap. 22 bestehen: „Caesar . . ., qui nullum habet in temporali causa maiorem . . . Tanta est enim in Caesare sine principibus, quam cum ipsis", ein Satz, der für das imperium wohl gilt, nicht aber für den Kaiser[1]).

Gegenüber diesen Aufstellungen hat Peter von Andlau einen weit besseren Sinn für die historisch gewordene Gliederung des Reiches bewahrt. Im Grunde genommen sind Bebenburg und Aeneas Silvius über Einzelfragen nicht hinausgekommen; der Erstere hat die Frage nach der Erwerbung der Königs- bezw. Kaiserkrone und die Stellung des Kaisers zum Papste behandelt, der Zweite die Entstehung und den Inhalt der auctoritas imperii Romani untersucht[2]). Peter

[1]) Vgl. Rehm, l. c. S. 202. — [2]) Ibidem S. 162.

von Andlau dagegen — mag er an juristischer Schärfe im Einzelnen seine Vorgänger nicht erreichen — hat den ersten Versuch eines Deutschen Reichsstaatsrechts gewagt, indem er uns neben der Stellung des Kaisers eine umfassende Darstellung vom Stand der Kurfürsten, des Adel- und Ritterstandes [1]), des Reichstages, der Reichsinsignien, über das Ceremoniell bei der Kaiserkrönung und über die Pflichten des Kaisers: Recht und Gericht, Schutz der Religion, Wahrung des Landfriedens in seinem „Libellus de Cesarea monarchia" geboten. Wieviel davon er freilich Anderen entlehnt hat, sucht die vorliegende Studie darzuthun. Noch grössere Bedeutung hat der Versuch des ersten Deutschen Staatsrechts in politischer Hinsicht durch sein kraftvolles Eintreten für die Reception des Römischen Rechts [2]) erlangt. Nichts Geringeres bezweckte sie dadurch herbeizuführen als eine Reform des Reiches, eine Reform, die freilich durch das Römische Recht so wenig gelingen konnte, als durch die Berufung auf Plato und Aristoteles, d. h. den Humanismus.

---

[1]) J. Hürbin, Der deutsche Adel im ersten deutschen Staatsrecht. Luzern 1893. — [2]) Ibidem S. 13 ff.

II.

Die alte Frankfurter Deutsche Uebersetzung der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV.

Von
Bibliothekar und Privatdocent Dr. **Wilh. Altmann**
in Greifswald.

Wo sind die Zeiten hin, da die genaue Kenntniss der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV. als unbedingt erforderlich galt! Heute sind insbesondere die Studirenden der Geschichte und Rechtswissenschaft zu zählen, welche dieses so überaus wichtige Reichsgesetz einmal gelesen haben. Als erschwerendes Moment für das Studium der G. B. scheint von Vielen der Umstand angesehen zu werden, dass sie in lateinischer Sprache geschrieben ist; aus diesem Grunde hat wohl seinerzeit auch eine deutsche Uebersetzung der G. B. in die Sammlungen der Reichsabschiede (Corpus recessuum) Aufnahme gefunden, wie auch deutsche Uebersetzungen in Handschriften und gedruckten Ausgaben des 15.—18. Jahrhunderts zahlreich vorhanden sind. Eine handliche neuere Ausgabe einer Uebersetzung der G. B. besitzen wir aber nicht. Der Wunsch, eine solche bei historischen Uebungen mit der lateinischen Sprache Nichtkundigen zu Grunde zu legen, bestimmte mich zur Herausgabe des folgenden Textes; denn eine moderne deutsche Uebersetzung zu geben erschien mir aus vielen Gründen unangebracht.

Da eine officielle gleichartige deutsche Uebersetzung der G. B. nicht existirt und auch nie existirt hat, so konnte es für mich nicht zweifelhaft sein, dass ich die älteste unter den zahlreichen Uebersetzungen zum Abdruck zu bringen hatte. Als solche muss nach den eingehenden Untersuchungen Harnacks (Das Kurfürstencollegium bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts S. 182 ff.), auf welche ich hier verweisen kann, die im Frankfurter Stadtarchive befindliche angesehen werden, welche

in der äusseren Form den Originalausfertigungen sehr ähnlich ist, aber, da sie unbesiegelt ist, keine officielle Geltung beanspruchen kann.

Wenn Harnack nach Mittheilungen des damaligen frankfurtischen Stadtarchivars versichern konnte, dass die Handschrift dieser Uebersetzung diejenige eines in den siebziger Jahren des 14. Jahrhunderts noch häufig bemerkbaren Frankfurter Schreibers ist und somit nicht aus der Reichskanzlei stammt, so glaube ich unten bei Cap. 19 nachweisen zu können, dass diese Uebersetzung spätestens vor Mai 1365 entstanden sein muss; auch liegt ihr nicht, wie die Capitelüberschriften erkennen lassen, das Exemplar der G. B. zu Grunde, welches die Stadt Frankfurt im Jahre 1366 vom Kaiser erworben hat.

Der folgende Abdruck schliesst sich aufs Engste an die Handschrift[1] an, doch sind grosse Anfangsbuchstaben nur nach Punkten gesetzt, i und j, u und v, welche in der Hds. willkürlich durcheinandergehen, geschieden worden. Betreffs der Interpunction, Satzabtheilung u. s. w. folge ich der Ausgabe in: „Ausgewählte Urkunden zur Erläuterung der Verfassungsgeschichte Deutschlands im Mittelalter. Herausgegeben von Wilh. Altmann und E. Bernheim. 2. Auflage. 1895."

Da der Uebersetzer die vielen eingeschalteten Sätze und Participialconstructionen des Originals vielfach, auch durch Umstellungen, zu vermeiden gesucht hat, so ist die Uebersetzung oft viel deutlicher und erleichtert mitunter die Interpretation; möchte sie in den Kreisen, an die ich bei der Herausgabe gedacht habe, Eingang finden.

[I. Theil. Die Nürnberger Gesetze.]

In[2] namen der heiligin undeilsamen drivaltekeit seleclich amen. Karle der firde mit gunste gotlichir miltekeit Romischir keisir allezit merer und konig zů Beheim. Des dingis zů

---

[1] Es ist mitunter zweifelhaft, ob nicht statt tz, wie ich immer drucke, cz zu lesen ist; ebenso kann ů mitunter auch für ů gehalten werden. Das tt der Hds. sieht einem ck sehr ähnlich. — [2] Die 14 Hexameter, welche der Originalfassung der G. B. vorausgehen, boten dem Uebersetzer solche Schwierigkeiten, dass er sie wegliess; doch stehen sie lateinisch auf der letzten Seite unserer Hds. (S. 72), von anderer Hand geschrieben. Weggelassen ist in der Uebersetzung auch die Zusammenstellung der Capitelüberschriften des I. Theiles.

ewegem gedenckin. Ein iegelich rich, daz in yme selbir zurdeilit ist, daz wird zurstorit; wan sine fursten sint wordin der diebe gesellin, darumb hat got mittin undir sie gemischit eynen swindeldin geist, daz sie stalpin[1] an dem mittem dage alse in dem finstern, und hat ir kirtzstal[2] bewegit von siner stat, und sint blint und furer der blinden; und wer in den finstern get, der stossit sich, und mit blindem gedancke begeńt sie vil meindat, die in der deilůnge geschehint. Sage, dů hochfard, wye mochtest du an Lucefer han gerichtzit, hettest dů zurdrennůnge nit zů helfe gehabit? Sage, dů nideger dufil, wie hettest dů Adam uz dem paradyse geworffin, hettest dů in nit von gehorsam gescheiden? Sage, dů unkuschekeit, wie mochtest du Throy*a* han gestorit, hettest dů frauwe Lenen nit von erem manne gescheidin? Sage, zorn, wie kundest du daz Romische gemeyne gut[3] zůstorit han, hedest du nit von der zweyůnge Pompii und Julii zusamene gereißit den strit mit scharpin swertin bit uf daz gedirme? Sůndir[4] du, haz cristinlichis keisirdums, daz von gode ist gestirckit glich der heiligin undeillichin drivaltikeit mit den gotlichin dogenden glaube zůvirsicht und minne, des fullemůnt[5] uff daz allircristenlichiste rich seleclich ist befestint, hastu dich mit dinre altin virgift als ein slange meyndedeclichin bekotzit an die keisirliche winrebe und an die nesten gledir des keisirdummys, so dye sule zuquetzschit weren, daz dů den bu des keisirdůmis zůmale fellig mechtist; manigfelteclich hastu zweyůnge geleit undir die sobin kurfursten des heiligin richis, durch die als durch sebin luchtinde kirtzluchtir daz heilige keisirdům sal herluchtit werdin in eynekeit des sebingebinden[6] geistis. In drůen[7] wan[8] wir von amptes wegin, von dem wir gebruchen keisirliche wirdekeit, schuldig sin zů begegen kunftigem schadin der zurdeilunge missehelle undir den kurfursten, in der zal wir auch *[sint]* alse ein konig von Beheim, von zweyn sachin, beide von keisirdům und von recht der kure, der wir gewonlichin nutzen: so han wir in unserm uffin hofe zů Nurenberg, da alle kurfursten geistlich und werntlich by uns sassin mit zallichir menige andern fursten grefin baneren frien edele*n*

---

[1] stalpin (lat. palpent) stampfen, stolpern. — [2] Gestell für Leuchter; Leuchter. — [3] rem publicam. — [4] Tu quidem, invidia, christianum imperium! — [5] fundamentum. — [6] septiformis. — [7] Sane cum — [8] Hds. von

und der stede uf dem stule keisirlichir almechtekeit, gezerit mit keisirlichir ymfeln wat[1] und krone, mit sedegemme båradin můde von fullenkomenheit keisirlichis gewaltis gemacht gesetzit und mit keisirlichem bekanteniße bestedigit die nachgeschrebenen gesetze, recht zů schuren[2] und zů fůren einbirkeit undir den kurfursten und ein eynmůge wal inzulegene und auch zů furbeslißin den zůgang der vorgenant virsmehit zurdrennůnge und manigirhande schadin, die daruz nochfulgent. Dis ist geschehin[3] anno domini 1356 indiccione nona 4. idus januarii in deme zehinden jare unsir riche und in deme irstin jare des keisirdummys.

Wie daz geleit sulle sin der kurfursten.
Capit. primum.

[1] Wir setzin von sichirm wißen von fullenkommener keisirlichir gewalt und bestedegen mit desem keisirlichim gebode, so wanne und wie dickewie hienach notdurfft uffstet in geschichte, ein Romischin konig zů welin zů eyme kunfftigen keisir, und die kurfursten nach altir labelichir gewonheit zů der kur sullin farin, so ist ein iegelichir kurfurste, ob iz und wan iz an in gemudit[4] wird, schuldeg zů geleidin eynen iegelichin sinen medekurfursten adir ir boten, die sie darzů sendent, durch ir lant gebiede und stede und auch furbas, so sie verriste mogen, und ane geverde geleide lihin gein der stat, da die wale geschehin sal, und hin wedirumb zů varen by der pene meynneidis und virluste siner stymme, die er zů der zyt an der kure habin sulte; und setzin, daz er adir sie in die buße zů stunt gefallin sin, die adir der an dem vorgenant geleide sumig sint adir daz geleide freveliche widdirsprechint.

[2] Darubir setzen wir und gebiedin andirn fursten gemeinlichin, wie sie genant sin, die gelehint sin von deme heiligen Romischen riche, und auch allin grefin landishern rittern knechten edel und unedel burgere*n* und gemeyne*n* und allen insesses *der* burge und stede und alle*n* stede*n* des heiligen richis, daz sie zů der selbin zit, so man die kur důn sal eyns

[1] Kleidung (insigniis). — [2] Für die Worte „recht zů schuren" keine Vorlage im Original; der ganze Satz ist in der Uebersetzung etwas umgestellt. — [3] „Dis ist geschehin" vom Uebersetzer der Deutlichkeit wegen hinzugefügt. — [4] Hs. genudit.

Romischin konigis zů eyme kunfftigen keisir, eynen iegelichin kurfursten, so ers an sie forderd, adir sine boten, die er zů der kůr sendit, sullen geleidin durch ir gebiede und so sie ferste mogen, alse vor bedacht ist, ane alle geverde. Wer auch die vorgeschrebin unsir gesetze frebeliche ubirginge, der sal zů stunt in die vorgenant buße gefallin sin: alle fursten und grefin landishern edel rittere knechte und alle wolegeborne, dye daweddir dunt, dye fallin in quot meyneydes und virlust allir leen, die sie von deme heiligen riche hant, und andir lehin, von weme sis hant, und als irs gutis, wo sie iz hant; alle burgir und gemeinde, die sich virmeßynt darweddir zů dunde, die sint gelich meyneydig und darzů sint sie allir ire recht friheit priviligia und gnadin, die sie von dem heiligen riche hant, gentzlich beraubit, und ir lip und ir gut fellit in keisirliche achte. Und ubir die selbin, die wir von nů dirre zit mit gedat als auch danne[1] berauben von allim irrem rechtin, ist eyme yegelichin herleibit anzůgriffen ungefrebilt mit eygin gewalt ane gerichte unde anzůgriffin[2] eins ieclichin amptmannis, und sullen darumb keine buße fochtin von deme riche adir von iemanne, umb daz sie begriffin werdin, daz sie weddir eyn gemeyne gut[3], uffinbere und des heiligin richis gesetze und wirdekeit und auch wedir eigin ere und heil also groß ding frefeliche gehindird hant und auch als wedirspenische ungehorsam ungetrewe alse boslich und ungetrewelichin hant gedan.

[3] Wir setzin und gebiedin, daz burger und gemeynne den vorgenant kurfursten, so sie iz von in fordern, schuldig sin zů virkeiffin und schaffin, daz man yn virkeiffe spise, so ir und iren boten und irs fulkys notdurfft, noch gemeyme lauffe und werd, so sie farn zů der stat, da man die kur begen sal, unde auch, so sie von dannen farin; zů den vorgeschreben dingen sal niemans kein geverde legin; wer andirs darweddir dete, so wullen wir, daz er mit der gedede falle in die buße, die in dem vorgesetzen widdir burgir und gemeinne von uns uzgekundit sint. Welchir herubir von fursten grefin landisherren ritter*n* burger*n* und gemeynne*n* eyme kurfursten, so er ferit zů der kure eynen Romischen konig zů kiesin adir,

---

[1] ipso facto exnunc prout extunc. — [2] sine iudicio seu invocatione. — [3] rempublicam, s. o. S. 109 A. 3.

so er von dannen ferit, fintliche hude[1] furmachit adir sich virmissit lage zů legen adir sie adir etlicheme undir in an sinre adir sinre lude lip adir gut anegriffit, anebetrubit adir ir vorgenant badin[2] (sie heischin geleide adir nit), den urteilen wir furfallin an der gedat in die vorgenant buße mit allin gesellin siner bosheit, also zů wise[3], daz iecliche persone in die buße falle, die wir nach undirscheit der personen hievor han ufgesetzit.

[4] Wer auch, daz etzlichir kurfurste mit etwemme sime mitdekurfursten fintschafft druge und undir in wellichirleye krieg widdirsache adir missehellunge lieffe, die ding sullen in keine wis daweddir sin: eynre sy deme andirn gebunden zů geleidin und sine boten, die er zů der selbin kure sendet, mit vorgesatztir wiße by der pene meynneidis und virluste sundir zů dem male siner stimme in der kure, alse for uzgesprochin ist.

[5] Wellichir auch andir furste grefe landishern ritter knecht edel adir unedel burgir adir gemeynne von den steden mit etlichem kurfursten adir mit me uzsir in widdir wurdigen willin dinge adir wilchirleie zweyunge krieg adir missehelle lieffe, doch so sullent die selbin dem selbin adir den selbin kurfursten adir yrin boten, die sie zů der selbin kure sendin, dar zů farin und her widdirumb zů komen geleide geben ane alle widdirrede und geverde, alse ir ieclichir sundirlich virmidin wulle die egenant buße, die von uns uf sie gesprochin sint; und wer darweddir dete, den urteylin wir zů stunt gefallin in die selbin buße. Zů eyner witern sichirheit und festekeit allir vorgesetz so heißin wir und wullin, daz alle kurfursten und andir fursten grefin landishern edele stede und ir gemeynne bestedegin mit briffin und mit yren eyden alle vorgesetze, und sullin sich darzů virbinden mit guten trewin und ane argelist kreffteclichin zů fullinbrengen. Und wer sich hindirzůge die selben briffe zů gebin, der fellit mit der dat in die buße, die wir nach undirscheit der personen ieclichim besundir uffgelegit hant mit den vorgesetzen.

[6] Auch willich kurfurste *[adir furste]*, wilchis ardis adir wirdekeit er ist, lehin heldit von deme heiligin riche, adir

[1] hostiles custodias. — [2] später meist: botin. — [3] ita videlicet.

grefe landishern adir edel adir der nachkomen adir irben die vor- adir nachgeschrebin unsir keisirlich gesetze und recht nit wullint haltin adir in frefeliche widdirsprechin, ist is, daz her ein kurfurste ist, zů stunt so sullint die andirn sine medekurfursten den selben furbaz me uz ir gesellesehafft sliešin, und sal darbin *[der]* stymme der kure und der kurfursten stat wirdekeit und recht und sal auch nit ingesetzit werdin von der lehin wegin, die er von deme riche heldit. Abir ein andir furste adir ein edel man, als vor geseit ist, der da missedut an den selbin unsirn gesetzin, den sal auch glichirwiz nieman in lehin setzin, die er von dem heiligen riche adir von iemans andirs heldit; unde darzů fellit er zů stůnt in alle vorgesetzite buße, die sine persone anedreffint.

[7] Wie wir doch unvirscheidenlichin wullen und gesetzit han, daz alle fursten greffin landishern edele rittir[1] knecht stede und ir gemeyne virbundin sin daz vorgesprochene geleide zu lihenne eyme iegelichin kurfursten adir sime boten, alse vor geredit ist, so han wir doch ir ieclichem die mynre[2] nit sundirlich geleide und geleidis lude zůgeordenerit, die allirmeist darzů geschickit sint nach deme gelegir der gegin und stede, alz iz sich zů hant fullecliche ufinberit mit der nachgeschrebin rede.

[8] Zu dem irsten den konig von Beheim ein irtzschenke des heiligin richis sullin geleidin ertzebuschofe von Mentze, Babinbergir und Wirtzeburgir buschofe, der burggrefe von Nurenberg; die von Hohinloch, die von Wertheim, Brunecke und von Hanauwe; stede Nurenberg Rotenburg und Windisheim.

[9] Den irtzbuschoff von Kollin des heiligin richis irtzkantzelir durch Lamparten sullint geleidin irtzbischofe von Mentze und von Drere, der paltzgreve von dem Rine, der lantgreve von Hessin, die *[grefen]* von Katzinelinbogin, von Nassauwe, von Diestz; item von Ysenburg, von Westirburg, von Ronkel, von Limpburg und von Falkinstein; item stede Wetflar Geilinhusen Fredeberg.

[10] Den irtzbuschoff von Drere irtzkanzelir des heiligin richis durch Welschlant und in dem konigriche von Arlet sullint geleiden der irtzbischof von Mentze, der paltzgreve von Rine;

[1] Hds. richtir. — [2] nichilominus.

andir werbe der von Spanheim, von Feldentz, von Nassauwe grefen, Ruwegreven, Wildegrefen, von Ysenburg, von Westirburg, von Ronkel, von Limpburg, von Dieschtz, von Katzinelinbogen, von Eppinstein, von Falkinstein; und die stat von Mentze.

[11] Den paltzgreven vom Rine ein drossesse des heiligen richis den sal geleidin der buschoff von Mentze.

[12] Den hirtzaugin von Sassin ein irtzemarschalg des heiligin richis sullin geleidin der konig von Beheim und die irtzebischofe von Mentze und von Medeburg und die bischofe von Babinberg und Wirtzeburg, der margreve von Missin und der lan*t*greve von Hessin; item die epte von Fulde und von Hirsfelde und der burgreve von Nurenberg; die von Hohinloch, von Wertheim, von Brunecke, von Hanauwe, von Falkinstein; und stede Erfurd Mulhusen Nurenberg Rotinburg und Windisheim. Den margreven von Brannenburg ein irtzkamerer des heiligin richis sullint geleidin alle, die zůnest genant sin, dye den hirtzaugin von Sassin geleidin.

[13] Wir wullin und setzin kuntlich, daz ein iegelich kurfurste, der solich geleide wil habin, also zitliche fordere, von den er iz gedenckit zů heischin, und den weg, den er farin wil, vor virkunde, daz die, wilche darzů gesetzit sint, daz selbe geleide zů gebin, und also angemanit werdin, sich zitlichin und bequemelichen darzů mogen bereidin.

[14] Die vorgeschrebin gesetze, die von des geleidis wegin gemacht sint, herluchtin wir, daz man sie also sichirlichin sulle virsten, daz ein iegelichir, der vor genant ist adir villichte nit genant ist, wem iz heim gedihit, daz von eme daz geleide in solichir geschichte gefordirt wird, virbundin sin undir den bußen, die for begriffin sint, daz geleide zů gebin sundirlich durch sin lant und gebiede und auch furbaz, so er ferste mag, ane argelist.

[15] Andir werbe setzin wir und ordeneren, daz der irtzbischoff von Mentze, der dan zů ziten ist, sal iedem kurfursten besundir die kure virkunden mit sinen botin und mit sinen uffin brieffin; in den brieffin sal uzgeleit sin dag und zil, zusschin den die selbin brieffe zů den selbin fursten nach gemeyme geduncke komen mogin; die selbin brieffe sullint haldin, daz von dem dage in den brieffen uzgeleit innewendig

dreyn den nesten manden sullin alle kurfursten und iegelichir besundir zů Frankinfurd uf den Meyn geinwurtig sin adir sullint iren guden glauphaftigen badin zů der selbin zyt und stat sendin mit irm fullin gantzen gewalde mit irin uffin brieffin mit ir iegelichis großem ingesegel besegelt, eynen Romischin konig zů kiesen zu fůrdirn in daz keisirdům. Wie auch und undir wilchir furme die brieffe sullin gemacht sin, und waz wirdekeit an in sulle unvirwendelich behaldin werden, und in waz wise und mosse die kurfursten ir boten zů der kure sullin sendin und wie sie in den gewalt gebot und procuratoria ordenerin sullint, daz findet man geschrebin und clerlich uzgeleit an deme ende dis buchis[1]; und die selbe furme, die danne gebin wird, gebiedin wir und wullen von folkomen keisirlichem gewalt, daz sie also altzůmal gehalten werde.

[16] Wir heißin und setzin, so iz darzu komet, daz des keisirs adir des Romischin konigis dot kuntlich wird in deme bischtum von Mentze, daz der irtzbischoff von Mentze zů stunt innewendig eyns mandis frist, an einandir zů zelin von dem dage der kuntlichkeit des selbin dotis, kunt dů mit sinen uffin briffin ieclichim kurfursten sundirlich den dot und die virkundunge, alse vor geschreben ist; abe nů der selbe irtzbischoff an der endunge[2] adir virkundunge sumig adir villichte laz were von der zyt darnach in dren manden, alse da abin zů nest in deme gesetze geordent ist, so sullin die selbin kurfursten von eygeme můde und ungerůffin umb die dogint irir trewe, von der sie schuldig sin daz heilige rich zů besorgin, zůsamenkomen *[in]* die vorgenant stat Frankinfurd *[zu]* kyesen eynen Romischin konig zů eyme kunftigen keisir.

[17] Iz sal auch ein ieclich kurfurste adir sine botin in der zyt der vorgesprochin kür faren in die egenant stat Frankinfurd nit me dan myt zweinhundirt pherdin geredin, in der zal mag er mit yme furin funfftzig gewapinde adir minre und nit me.

[18] Sundir[3] der kurfurste, der zů der kure geruffin were und zů der kure nit queme adir sine rechtliche boten mit

[1] d. h. der Nürnberger Beschlüsse; unten Cap. 19. — [2] executio. — [3] vero

sinen uffin brieffin mit sime groBim ingesegel besegelt, die follin frien gantzin gewalt hiltin eynen Romischin konig zů kiesen, nit sente adir, ob er queme adir die selbin boden villichte sente, und darnach der furste adir sine botin inweg fure von der kure, und ein Romischer konig zů eyme kunfftigen keisir noch nit gewelit were, und auch nit lieBe noch insetzte wirdeclichin eynen waren procurator zu den vorgenant dingen, der sal darbin siner stimme und recht, die er zů der kure zů der selbin zit hatte und sie also gelaBin hat.

[19] Wir setzin auch den burgern von Frankinfurd uf und gebiedin in by der crafft des eydes, den wir in darubir uffsetzin zů sweren zů den heiligen, daz sie mit getrueme ernste und sorgsame fliBe behudin und beschirmen alle kurfursten und ir iegelichen von ubirfalle des andirn, ob it weddirwintigest undir in uffstunde, und auch von allen luden mit allem irem fulke, die sie und ir iegelichir in der vorgenant zal der zweir hundird pherde in die stat zů Frankinfurd gefurd han; andirs sie fallint in missetat meyneidis und virliesin auch gentzlich alle ir recht friheit wirdekeit gnade und laube, die sie von deme heiligen riche hant; und mit der dat fallen sie in keisirliche achte mit libe und mit gůde; und sy von stunt herleibit eyme iegelichen anzůgriffin ungefrevelt mit eygen willen und gewalte ane gerichte die selbin burgir, die wir umb die geschichte von dirre zit alse auch darnach beraubin alle ir recht alse virredir ungetrewin und des richis weddirspenschin; also wer die selbin angriffit, der sal in keine wise fochtin keinirleie buBe von deme heiligen riche.

[20] Darubir die burgir von Frankinfurd durch alle die zyt, in der sich geburit ubir die kure zů dedingen, so sullen sie in keyne wis nyeman in die stat laBin, willichirleie wirdekeit adels adir hirschefte er ist, alleine die kurfursten uzgenomen und ir boten und ir procurator, der ir iegelichir mit zwein hundird perdin sal infaren, alse for gesetzit ist. Were abir, daz nach der kurfursten infard adir in ir gegenwurtekeit sich geburte, daz ieman in der stat funden wurde, des ůzfard sullin sie zů stunt mit den werkin[1] bestellin ane allis virziehin undir allen den buBen, dye dafor ubir sie herzalt sin, und auch in

[1] cum effectu

der crafft des eides, den die burgir darubir sweren sullin zů den heiligen by der crafft dys geinwurtigen gesetzis, alse dofor uzgeleit ist.

Das andir capitel.
Von der kůr eyns Romischen konigis.

[1] Darnach so die kurfursten sint komen in dye stat zů Frankinfurd, des nesten morgens, so der dag uffget, sullin sie in ir allir geginwurtekeit in santte Bartholomeus kirchin daselbis dun singin eyne messe von deme heiligen geiste, daz er yn ir hertze irluchte und daz liecht siner crafft in ir sinne gisse, daz sie mit syner helfe gesturit werdin eynen gerechtin gudin und nůtzin menschin kiesin einen Romischin konig zů eyme konfftigem keisir und zů heile allin cristin ludin. Do die messe gedan ist, so sullin die kurfursten alle zů deme altir gen, uf dem dye messe gesungen ist: alda sullint die geistlichin fursten ubir dem ewange*lio* sancti Johannis „in principio erat verbum etc.“, daz daselbis fur sie sal geleit werdin, ir hende mit wirdekeit legen uf ir brust; die werntlichin fursten sullint mit irin hendin liplichin daran griffen, die alle mit allem irim gesinde sullin da geinwurtig sten ungewapint. Und der irtzebuschoff von Mentze sal in die furme des eidis gebin und er mit yn und sie mit yme adir der bodin, die nit geinwurtig sin, den eit in Dutschin důn in dese wise:

[2] „Ich irtzbischof von Mentze des heiligin richis irtzkantzelir durch Dutschelant und ein kurfurste sweren zů desin heiligen ewangeligen, die hie geinwurteclichin fur mir ligin, daz ich uff die druwe, mit der ich gode und deme heiligen Romischin riche virbundin bin, kiesin nach allir miner bescheidinheit und virnufft und mit godes helfe kiesin wil ein zitlich houbit cristim folke, (daz ist ein Romisch konig zů eyme kunfftigen keysir, der darzů bequemeliche sy,) alse verre mich mine bescheidinheit und mine sinne wisint, und by der selbin trewe; so wil ich gebin mine stimme und willin und die vorgenant kůre důn ane alle gedinge miede lon adir gelobede, adir wilchir wise soliche ding mogen genant werden. Alse helfen mir got und alle heiligen.“

[3] Do der eit von den kurfursten adir irin boten in der vorgenant furme und wise gesworin ist, so sullin sie sich

schicken zů der kure und sullint von der stunt uz der stat zů Frankinfurd nummer von einandir komen, iz inhabe dan daz merer deil undir in vor gewelit eyn zitlich houbit ein Romischin konig cristem fulke zu eim kunfftigem keisir; wirzogin sie daz zů dunde drißig dage nach einandir zů zelin von dage des gesworin eidis, darnach daz die drißig dage uzsint, sullint sie furbaz me nit eßin dan waßir und brot und sullint in keine wis uz der stat nummer komen, ez sy dan for von in adir von dem meisten deile undir in ein zitlich houbit der heiligin cristenheit irkorn.

[4] Nachdeme daz sie adir der merer deil undir in gewelit han, die selbe wal sal gehabit sin und behaltin werdin, alse ob sie eynmudeclichin von in allen were geschehin; geschehe iz auch, ob etliche kurfursten adir ire boten durch etliche zit nit geinwurtig werin und sich virspedet adir gehindird wurdin und doch quemen, e die vorgenant kur volendit wurde, dem bekennen wir, daz man in zů der kure laßin sal in dem selbin wesin, in dem sie ist in der zyt siner zůkunfft. Wan[1] is nů von altir bewertir und lobelichir gewonheit ungebrechinlichin bisher gehaltin ist, daz hienach geschrebin stet, darumb so setzin wir und bekennen von fullenkomen keisirlichin gewalt, daz der, der in forgesatzte wise irkorn wird, zů eime Romischen konige, so die kure geschehin ist, e er sich keinirleie sache adir gescheffte von krafft des heiligen richis it undirste zů důne, so sal er allen unde bisundir den kurfursten geistlich und werntlich, von den kuntliche ist, dąz sie die nestin gledir sint des heiligin richis, alle ir privileige briefe recht friheit furluhin ding alte gewonheit und wirdekeit, und waz sie von deme riche bis an den dag der kůre gehabit han und besessin, bestedegin und befestin mit sinen besegeltin briefen ane furzog und weddirrede; und die vorgenant stucke sal er in alle hernuwin, nach deme daz er mit keisirlichir imfeln gekronit wird. Die bestedunge sol der herkorn eyme iegelichim kurfursten bisundir důn von irst mit sime koniglicheme namen und darnach undir siner keisirlichin wirdekeit hernuwin; in den dingin sal er dye furstin alle in der gemeyne und ir ieclichin bisundir nummer gehindirn, me er ist sie schuldig gnedeclichin zů furdern ane argelist.

---

[1] Hds. von; s. auch S. 109 A. 8.

[5] In der geschichte, so dry kurfursten geinwurtig adir der boten, die nit geinwurtig sin, den firden undir in adir uz ir gesellesehaffte, daz ist ein kurfurste, der geinwurtig adir nit geinwurtig were, zů eyme Romischin konige irwelten, deme irkennen wir mit gesetze, daz des irwelten stimme, abe er geinwurtig were adir sine boten, ob yme nit geburte gegin-wurtig zů sine, volle crafft habe und die zal der kore mere und daz großir deil hersetze glich den andirn kurfursten.

Daz dritte capitel. Von deme sitzin der irtzbischoff von Mentze Dryere unde Kůllen.

In namen der heiligen undeilsamen drivaltekeit seliclich. Karlus der firde von gunste gotlichir gnade alle zit merer und konig zů Beheim. Zů ewigem gehugniße[1] der dinge. Gezirde und ire des heiligen Romischen richis und keisirlichir wirdekeit und dangbir nůtz gemeynes gudis furet einmudegir wille der wirdegin herluchtin kurfursten, die alse hohe sule fursichteclichir wisheit den heiligin bů mit sorgsamyr miltekeit *[ufrecht haltint]*, mit der helfe keisirlichis gewaltis recht[2] wird gestirkit, und so sie me mit witer mynne gelichis gunstis mit ein virstrickit sin, so sie me seleclichin uzgißin gemach fruchtberis freden und ruwe allir cristenheit. Darumb daz undir den wirdegin irtzbischofin von Mentze Kollin und Drere des heiligin richis kurfursten allir krieg und argwan, die undir in mochtin ufsten von deme furgange und umb wirde-keit irs sitzins in keisirlicheme adir in koniglicheme hofe, hienach und furbas me zů ewigin ziten abesin und sie in ge-ruwigir wise hertzin und gemudis blibinde[3] quemelichir be-drachten mogin mit gemeime gunste und fliße dogintsamer liebe die notdurfft des heiligen richis zů droste cristim fulke, so setzin wir mit vorbedrachtunge mit allin kurfursten geist-lich und werntlich und mit irme rade unde von fullenkomen-heit keisirlichis gewaltis bestedegin wir mit desem gesetze ewecliche zu werin, daz[4] die irtzbischofe mogin und sullen sitzen in allin uffinlichin keisirlichin und koniglichin gededen, an gerichte, lehin zů libin, zu dissche eßin, in reden und in

---

[1] memoria — [2] quorum presidio dextra imperialis potentie roboratur — [3] Hds. blibin die — [4] Umstellungen gegenüber dem Original.

allin andirn werckin, adir so in geburit zůsamene komen zů dedingen umb des richis nůtz und ere: der bischoff von Drere sal gelich geyn des keisirs antzlitze sitzin; der von Mentze sal in sime bischtum und in siner profincien und auch uzwendic siner provincien in allir sinre Dutschen kantzelarien ane in der provincien von Kollin sitzin zů der rechtin siten des keisirs; der von Kollin sal in sime bischtum und in siner provincien und uzwendic siner provincien in allem Lamparten und Welschlant sitzin zů der rechtin hant des keisirs. Wir wullen, daz die selbe wise zů sitzin by allir ordenunge, alse vor gesprochin ist, gehaldin werde von den nachkomelingin der vorgenant irtzbischoffin Kollin Drere und Mentze, daz zu keiner zyt umer me keinerleie zwifil von den dingen ufsten.

Das IV. capitel. Von[1] deme sitzin allir kurfursten und von dem zůruffin der kurfursten eynen Romischen konig zů kiesin und von den amptin der werntlichen kurfursten keisirlichis hofis et cetera.

[1] Hienach setzin wir, wie dicke iz sich heischit von desir stunde und furbaz me, so ein keisirlichir hoff gehaltin wirt, (in iegelichim sitzen zů rade zů dyssche und in wilchin andirn stedin, da eyme keisir adir eim Romischin konige mit den kurfursten geburit zů sitzin,) so sal der konig von Beheim, umb daz er kronit und gesalbit furste ist, allirneste sitzin by dem irtzbischoff, er sy von Mentze adir von Kollin, dem dan zů zidin ane mittel geburit zů sitzin by der rechtin sitin des keisirs nach geleginheit der stede und der provincien, alse ir friheit heldit; nach deme konige von Beheim uf die selben siten sal sitzin der paltzgreve von Rine; abir zů dem linketen deil nach dem vorgenant irtzbischof, *[dem zu dem linketen deil]* ane mittel geburit zu sitzin, sal der hirtzauge von Sassin sitzin, darnach der margreve von Brannenburg.

[2] Andir werbe, wie dicke und wanne daz heilige rich ledig ist, von dannen sal der irtzbischof von Mentze gewalt han, (als iz auch bekant ist, daz er von altir her hat gewalt gehabit die andirn kurfursten, sine gesellin in der kur, mit brieffin by ein heischin, die alle adir die geinwurtig mogen

[1] Im Or. nur: De principibus electoribus in communi.

adir wollin sin) und in dem zil der kurfursten by ein gesament, so sal der bischoff von Mentze und kein andir stymme innemen undir solichir ordenunge: zům irstin so sal der irtzbischoff von Mentze den irtzbischoff von Drere anfragin, dem die irste stimme zugehorit, alse iz von altir herkomen ist; darnach den irtzbischoff von Kollin, dem die wirdekeit und daz ampit zůgehorit, daz er eym Romischin konige die irste konigliche krone uffsetzit; zum drittin male von deme konige von Beheim, der undir leyenschen furstin von koniglichir wirdekeit den anefang heldit; zum firdin male von deme paltzgreven von Rine, zum funfftin male von deme hirtzaugen von Sassen, zum sestin male von dem margreven von Brannenburg. So daz allis geschehin ist, so sullint die vorgenant furstin den bischoff von Mentze irin gesellin wedirumb fragin, daz er in sine meinunge und sinen willen ufinbare. Andir werbe in der hirschafft eins keisirlichin hofis sol der margreve von Brannenburg waßir gebin ubir des keisirs hende adir des Romischin konigis; den drang sal dienen der konig von Behem, daz er doch nit schuldig ist zů dunde undir siner koniglichir kronen, er wulle iz dan gerne dun von willin; der paltzgreve von dem Rine sal daz irste eßin anedragen, der hirtzauge von Sassin marschalg sal sin ampt dun, als is von altir her gewonlich ist.

Das V. capitel.

Von des paltzgreven und des hirtzaugin von Sassin ampten, so daz heilige rich nit houbitis hait etc.

[1] Wye dicke iz hienach geschicht, daz daz heilige rich ledig stet, so sal der paltzgrafe von dem Rine furmundir sin des heiligin richis von der paltzgreveschafft wegin zů der hant eins kunftigin Romischin konigis in den landin des Rines und Swabin und in Frenschin gebiede mit gewalt, gerichte zů haltin, geistliche gabe zu lihin, gulte und gefelle insamen, in lehin zu setzin, eide umb getruwekeit an des heiligin richis stat und in des selbin richis namen zů inphahin; daz selbe sal doch allis zů siner zit von deme Romischen konige, der darnach herwelit wird, hernuwit werdin; und sal man yme die eide alle von nuwem uffswerin; alleine uzgenomen der furstin lehen und vanlehin, der lyhin und insetzin behaltin wir be-

sundir alleine dem keisir adir eyme Romischen konige. Doch sal der selbe paltzgreve wißin, daz yme uffinlichin virbodin ist alle virandirûnge adir virsetzin des richis gut, die zit er furmundir ist. Der hirtzauge von Sassin sal ein furmundir sin an allin steden, da man Sassin-recht heltit, undir allir wiße und maße, alse dafor uz ist geleit.

[2] Und wie doch iz sy von altir gewonheit ynbrocht, als man sprichit, daz ein keisir adir ein Romischir konig in sachin, umb die er hat zû antwurten vor eynem paltzgraven des Rines, der da ist des heiligin richis ein irtzdrossesse und ein kurfurste, doch so mag der selbe paltzgrafe daz gerichte nirgin andirswo gehaltin dan alleyne in des richis hoff, da der keisir adir der Romische konig gegenwurtig ist.

Daz VI. capitel.
Von der kurfursten wirdekeit an sitzin an gen und an sten gein andirn gemeynen fursten[1].

Wir setzin ewecliche, wie dicke iz sich furbaz me geburit, daz ein keisirlich hof gehaltin wird, daz die vorgenant kurfursten geistlichin und werntlichin nach der vorgeschrebin ordenunge und wise ir stede zû der rechtin und linketen hant unvirwandelt haltin, und sal in adir yr keyme in wilchirleie gededin, die in den hof horint, kein andir furste, waz wirdekeit und ardis er sy, in kein wis furgezagin werden an gen, an sitzin adir an sten und bysundir, daz mit namen der konig von Beheim in der hirschafft solichis hofis en allin und sundir vorgenant stedin und dedin unvirwandellich sal furgen eyme iegelichen andirn konige, in waz friheit adir wirdekeit er herschinet, der[2] villichte von etzlichir geschichte adir sache gedege darzû komen adir do sin.

Daz VII. capitel. Von der fursten nachkomen.

[1] Undir den unzellichin sorgin, von den unsir hertze degelich virmudit wird, umb daz selige wesin des heiligin richis, daz wir von gote merer[3] seleclich besitzin, so ist unsir bedrachtin zûfur darzu berichtit, wie die begirliche heilsûm

---

[1] Im Or.: De comparatione principum electorum ad alios principes communes. — [2] Hds. dem. — [3] deo auctore.

eynnekeit alle zyt undir den kurfursten des heiligin richis stedecliche grůne und ir hertzin in eynekeit lutir minne inthaltin werdin, von deren fursichtekeit der wildin wernt so snellir so lutirlichir zů rechtir zyt geholffin, und so vil undir den kurfursten kein wersal sich virzuckit und minne lutirlichin wird behut, und virborgin krot ist abegesnedin, so iegelichis recht luthirlichir wird irluchtit. Wan nů gemeinlich lang und breit uffin ist und villichte durch alle die wernit kuntlich, daz die hirluchtin konig von Beheim, paltzgreve des Rines, hirtzauge von Sassin, margreve von Brannenburg von des richis crafft und irre furstendum in der kur eins Romischin konigis zůkunftigen keisirs mit den andirn geistlichin kurfursten rechte stimme und stat habin und eyne mit den andirn gesetzit sint, daz sie ware und riliche[1] kurfursten sint des heiligin richis. Daz[2] nů it in kunftigen ziten materie ergirůnge und missehelle uffsten undir der kurfursten sone adir ir nachkomen von recht stimme adir gewalt zů der kur und alse ein gemeyne gut mit kunftigem schedelichin virziehin wurde gehindird, dem schadin zů begenen heilsameclich mit gotz helfe, so setzin wir und bekennen in keisirlichem gewalt mit desem geinwurtigen gesetze ewecliche zů blibin, nachdeme daz dye selbin kurfursten und ir iegelichir dot ist, des recht stimme und crafft zů kiesin sal fallin an sinen irsten elichin geborin son, der ein leie ist; ob der nit were, so sal die kure frilichin fallin uf des selbin irstin geborin son elich und leie ane weddirrede eins iegelichen. Were abir, daz der selbe irste geborn son von dirre wernde vor virfůre ane knabin-irbin eliche leie, so sal von crafft dis keisirlichis gesetzis recht stimme und gewalt der kure fallin uf den altirn brudir leie, der von warem fedirlichim stamme ist komen, und danach uff des selbin irstin geborn sone; soliche nachkomen[3] sal ewecliche behaltin werden an den irsten geborin sonen und irbin der kurfursten an recht stimme und gewalt vorgenant, doch also ob ein kurfurste adir sin neste geborn son adir andir sine sone leie sturbe, und gedege, daz er ließe knabin-irbin elich leien, die nit follen alt werin, so sal der altste brudir des dodin des selbin dodin kindir furmundir sin und besorgen, biz daz altiste undir den

[1] legitimos. — [2] Construction! — [3] successio.

kindern zů fullim aldir komit; (daz altir achtin wir an eym kurfursten achtzehin jar fullenkomen, und wullin und setzen, daz iz ewecliche alse gehaltin werde;) und wanne der altir son zů dem altir komit, so ist *d*er furmundir zů stunt schuldig umb in zu geben recht stimme und gewalt mit ampt[1] und allis, daz darzů gehorit.

[2] Were iz auch, daz etlichiz des selbin furstendum dem riche ledig wurde, von deme sal der keisir adir Romisch konig, der dan zu den ziden ist, fursehen als von dingen, daz an in und an daz riche mit rechte gefallin ist; alle zit unsirm konigriche von Beheim, so iz ledig ist, behaltin *[wir]* sine friheit recht und gewonheit ubir die kur eins konigis von Beheim, die geschehin sal von den inwonendin des richis, alse ir privileigia haltin und von langir gewonheit gehaltin hant von kristenlichin keisirn und Romischin konigin: den friheit rechtin und gewonheit wullin wir mit desen selbin keisirlichin gesetze*n* in keyne wis schadebir sin unde nach me wir setzen und virendungin nů und zů ewegin kunftigen ziten, daz die selbin friheit recht und gewonheit mit allir ir schrift und furme unzwivellichin mit festekeit irre crafft gehaldin werdin.

Daz VIII. capitel.

Von der friheit des konigis von Beheim unde siner lute.

Alse iz hievor den cristlichin konigin von Beheim unsirn altirn und furfarn und dem konigriche von Beheim und des selbin richis krone gnedeclichin ist virluhin und virhengit von den Romischin keisirn und konigen unsirn furfarn und nach in dem selbin riche von der zit, dawedir hut dis dagis kein gedenckin ist, von labelichir forbeschrebener gewonheit von langin ziten und mit gewonheit der gebruchinden inbracht ist ane wedirrede und ane alle wedirwurdekeit gehaltin ist, daz kein furste landisherre edel rittir knecht burgman burgir, nachdan[2] kein persone des selbin richis und allis, daz darzů horit, an welchin ende*n* daz ist, zu keins clagirs ansprache, was wesins wirdekeit adir ardiz der selbe clagir ist, inmoge noch insulle geladin gezogin noch geruffin werdin an keinerleie und yemans andirs gerichte dan alleine vor des konigis von Beheim und des koniglichin hofis richtir adir gerichte: herumb

[1] Hds. ampmit. — [2] denique.

so irnuwin wir und bestedegin wir von sichirm wißin und setzin mit unserm geinwurtigem keisirlichem gesetze mit fullinkomen keisirlichim gewalt die selbin friheit gewonheit und gnade eweclichin stede zů haldene, ob ieman von den vorgenant, er sy furste landisherre edel rittir knecht burgir burgman adir gebure adir andir willichirleye vorgenant persone zů iemans gerichte uzwendig des konigrichis von Beheim geladen wurde wedir die vorgenant friheit gewonheit adir gnade in lastirbere adir schultbere adir virmissthetin sachin adir in welchen andirn gescheftin, zů wilchir zit daz geschehe: die persone, die also geladin wurde, ist nit schuldig zů irschinen adir zů antwurten an gerichte andirs, dan vor geschrebin stet. Ob nů von eim richtir, von weme der gesetzit were adir was gewaltis er were, uzwendig des konigrichis von Beheim wedir den selbin, der nit vor gerichte irschene, in gerichtis wise gefarn wurde mit urteile, die urteil sie sin undirsprochin adir geendit urteil, eyne adir me, in wilchin sachin adir gescheften daz geschehe adir in waz wise sich geburte, daz die selbin urteil uzgegebin und gekundit wurdin: die ladůnge gebot processe und urteil und allis, daz von in in gerichtis wise mage geschehin adir virsucht werdin, daz virnichtin wir allis und duns gentzlichin abe von fullemkomenheit keisirlichis gewaltis. Darzů legin wir uffinlichin und setzin mit desem keisirlichem gebode vorgenant gewaltis ewecliche zů werinde, als iz in dem vorgenant riche zů Beheim fließeclichin gehaltin ist von der zyt, dawedir nieman kein gedencken hat, daz ubiral kein furste landisherre edel rittir knecht burgir burgman gebure nach kein persone adir inwonende des konigrichis von Beheim, willichirleie wesins wirdekeit adir ardis er sy, sullint sich nummyr beruffen von keime gerichte urteil adir geboden des konigis von Beheim adir sinre richtir unde sullin sich auch nummer beruffin zů eyme andirn gerichte, waz wedir sie an koniglichem gerichte adir des richis richtir gedan adir gesprochin adir gehaltin ist adir hienoch wiedir sie gesicht adir gesprochin wird. Geschicht iz abir, daz etliche beruffunge an gerichte adir uzwendic gerichte geschehen, zu stunt sullin die selbin beruffin mit keynir crafft besten, und die sich beruffin han, sullint wißin, daz sie zů stunt fallin in buße virlustekeit irre sache.

Das IX. capitel.
Von den gultgrubin in dem riche zů Beheim[1].

Wir setzin mit desem geinwurtigem gesetze ewecliche zů werinde, daz unsir nachkomen konige zů Beheim und alle kurfursten geistlich und werntlich mogint han gultgrůbin und andir grubin von smedesamen dingin und saltzgrubin, die itzunt fundin sint adir hernach fundin werdin, in deme Beheymschen rich adir in landin, die deme selbin riche undirdenig sin mit allin rechtin, alse sie iz bizher gewonliche besessin hant. Sie mogen auch Judin han und zulle nemen, alse iz hievor uffgesetzit ist und mit lobelichir bewertir gewonheit von langin ziten an unsere seligin altirn konige zů Beheim und an die kurfursten und ir altirn mit virschrebeme lauffe rechtecliche bekant ist zů behaltin.

Das X. capitel sagit von den muntzin und andirn gnadin des richis zů Beheim et cetera[2].

[1] Wir setzin furbaz me, daz die konige zů Beheim in irme riche und in allin landin, die deme riche zůgehorin, an welchin steden sie wullint, mogint dun muntzin slahin von gulde und silbir undir allir wise und furme, als iz in deme riche zu Beheim uff dise zit in fredesamir stedir besitzunge gehalten ist. [2] Auch wullin wir mit desim keysirlichem gesetze und unsir gnade ewecliche zů werinde, daz den kurfursten konigen zů Beheim herleibit sy von eyme iegelichim fursten hern grefin und andirn luden ein iegelich lant burge irbe eygin adir gut zů keiffin und an sich zů gewinnen, in gabe adir in phandis wise uffzůnemen undir gewonlichem gedulde der lande burge irbe eigin adir gut, also zů emphahin adir keifin eigin fur eygin, lehin vur lehin, also daz die konige zů Beheim von den selbin landin burge irbe eigin und gut deme heiligin Romischin riche virbundin sin zů gebin und zů dienen sin gewonlich recht. [3] Dis geinwurtige gesetze und gnade streckin wir mit crafft unsirs keisirlichin rechtis zů allin kurfursten geistlich und werntlich und zů iren nachkomen und ir elichen irbin mit allir wise und gedinge, alse vor geschrebin ist.

---

[1] Sic! Or. De auri argenti et aliarum specierum mineris. — [2] Sic! Or. De monetis.

Das XI. capitel.

Von friheit der kurfursten des Romischin richis.

[1] Wir setzin auch, alse wir fundin han, daz in alten gezidin gehaltin ist, daz keine grefin landisherrin edel gelehinten dinstman burglude rittir knecht burgir und burgsessen adir kein persone, in wilchim wesins ardis adir wirdekeit die undirdenig sind den stifften Kollin Mentze und Drere, nit mogint geladen noch beclagin noch bezagin adir geheischen werden zů iemans ansprache an keim gerichte uzwendig gebiede der stifte dan alleine fur gerichte der irtzbischof und irin richtirn, und also daz bizher gewesin ist, also sal iz fur wirtir ewecliche gehalten sin. Were iz abir, daz die undirdan der vorgenant stiffte weddir unsir dis gebot zů iemans ansproche wurden geladin an iemans gerichte uzwendig gebiede und gemircke der vorgenant stiffte, in waz sachin das were, umb ere adir umb gut adir gemissthete sache, der ist nit schuldeg zů irschinen adir den gerichtin zu antwurten; und die selbe ladunge und processe unde alle urteil, wie man sie nennit, die weddir die nit komendin geschehin adir gesprochen werdin von den uzsirn[1] richtirn, und allis, daz daruz gelaufin mag, herkennen wir fur nicht mit dem, so iz geschicht. Darzů legin wir und setzin, daz grefin landisherrin edel gelehinte dinstmanne burgmanne rittir knecht burgir gebure nach keinerleie persone, die den selbin stifftin undirdenig sint, wilchirhande wesins wirdekeit adir ardis sie sint, der keime ist herleibit sich zů beruffen von den gerichtis wise urteil adir geboten, wie sie genant sint, die wedir sie gesprochen sint adir gesprochin werdin an der irtzbischofe adir irre zitlichin amptlude gerichte, aldiewile daz in an den selbin gerichtin rechtis nit virsagit wird, von den sie claginde sint; waz beruffunge hiewedir geschehe, die sal man nit inphahin, und kundin *[wir]* sie virnicht; abir an gebrestin der gerechtekeit so sy allin vorgenant herleibit, in den sachin yn recht virsagit wird, sich zů beruffin unde alleine zu keisirlichem hofe und gerichte adir vor des richtirs gehorde, der zu der zit gerichte besetzit in keisirlichim hofe, und fur keinen andirn richtir; waz hiewiddir geschehe, daz sy zů stunt virnichtit. [2] Daz selbe gesetze

[1] a iudiciis extraneis.

wullin wir mit crafft unsirs geinwurtigen keisirlichis gerichtis geschickit han zů den herluchtetin werntlichin kurfursten paltzgrave hirtzauge von Sassin und margrafe von Brannenburg und zu irin irbin nachkomen und undirdan fulleclichin undir allir wise und gedinge, also vor gesagit ist[1].

Das XII. capitel. Von samenunge der kůrfůrsten.

Undir den manigfeltigen sorgin eins gemeynnis gutis, in den unsir gedang dicke inzuckit wird, so hat unsir wirdekeit angesehin, daz iz notdurftig sy, daz die kurfursten des heiligin richis, die da sint feste stutzil und unbewegeliche sule des richis, me zůsamene komen, dan bizher gewonheit ist gewesin, zů sprachin und zů dedingen von des richis und der wernde heil, alsie durch ferre geleginheit der lande einre von dem andirn wonende sint, so vil sie baz konen gesagen und mit einandir geredin von den inbrechinden gebresten der lande, die in bekant sin, und kunnent mit gesundim rade ir*r*e fursichtekeit heilsame helfe gebin und gemachesame widirbrengen solichin gebrestin. Hievon ist, daz in dem hohin unserm hofe[2] zu Nurenberg, der durch unsir wirdekeit wirdeclichin begangen ist mit den irlichin geistlichin und herluchtin werntlichin kurfursten und mit andirn furstin und herrin, da han wir mit bedrachtim můde mit den selbin kurfursten und mit irim rade geordenerit umb ein gemeynne gut und heil, daz die selbin kurfursten furbaz me zů eim male aller jar vier wochin nach dem ostirlichin dage selbir sullint zůsamenkomen in etzlichir stat des richis; und nů zu der selbin zit dis geinwurtigen jaris sal von uns und den selbin furstin begangen werdin gespreche und hoff mit der selbin samenunge in unsir keisirlichir stat zu Metze, und da sal von uns mit der furstin rade bescheden werdin stat der vorgenant samenunge, welchis dagis furbas me in dem nachgendem jare man zusamene sulle komen; dese ordenunge sal alleine werin zu unsirm und der furstin wille*n*. Diewile die ordenunge werit, so nemen wir die kurfursten in unsir keisirlich geleit zů deme vorgenant hofe[2] zů komen zů blibin und auch wedir heim zu varin. Herumb

---

[1] Die kaiserliche Interpretation dieses Capitels, welche in dem Böhmischen Exemplar der G. B. zwischen 1366 und 1378 in margine zugefügt worden ist, fehlt in dieser alten Uebersetzung. — [2] Hds. hafe.

daz daz gespreche und rat gemeines gudis und fredin nit gehindird wurdin mit virziehin adir blibin in droste adir mit ubirmeßigeme fliße der wirtschafft[1], alse iz etwan gewonlich ist geschehin, so ordenerin wir mit gemeymme willin, daz furbaz me, diewile der vorgenant keisirliche hoff adir samenunge werd, keim furstin irleibit ist gemeynne sproche[2] zu haltene; abir sundirlich gespreche, daz[3] die ordenunge der keisirlichin dingen, die zu dunde sint, nit irrint, die sint mit maßen virhenget[4].

Daz XIII. capitel. Von deme wedirruffen der friheit.

Andir werbe setzin wir und bestedegin mit desem keisirlichim gebode, daz alle friheit und briefe, welchin personen, was wesins furnemekeit adir wirdekeit sie sint, adir stedin frien adir eygin, die von uns adir von unsirn seligin furfarn gebin sint, undir wilchim inthalteniße der worte ubir recht gnade friheit gewonheit adir gut, die von uns adir von unsirn seligin furfarn Romischin keisirn und konige*n* von eigin willin adir yn andirs virluhin sin adir hienach von uns und von unsirn nochkomen Romischin keisirn und konigen virluhin wurde*n*, die insullint noch inmogint gentzlich an keinen dingin geletzin adir abegezihen den friheidin gerichtin rechtin eren adir hirschefftin der kurfursten geistlichir und werntlichir; were iz auch, daz in solichin friheiden und briefin etlichir personen, waz furnemekeit adir wirdekeit sie werin adir gemeyne, alse e genant ist, uzgenomelichin besorgit were adir hienach virhut wurde, nit sullint *sie* wedirruffinlichin sin, ez inwere dan, daz von den selbin brieffin und friheit undir allin worten inen begriffin[5] nach einandir sundirlich rede geschehe von wortin zů wortin. Die selbin brieffe und friheit, nach dem und also vil alse sie abeziehinde sint den friheite*n* gerichten rechtin eren adir hirschafft der vorgenant kurfurstin adir ir ieglichim an deme ende, wedirruffin wir sie von sichirme wißin und dun sie abe und setzin von keisirlichim gewalte, daz man sie virste und halte, daz sie wedirruffen sin.

---

[1] frequentationem convivii. — [2] generales invitatas. — [3] sic! — [4] permisse. — [5] Hds. dahinter: wurde!

Daz XIV. capitel.

Von den, die erin eygen herren boslich wedirsagen[1].

In etwie vil landin iz geschicht, daz dinstman und gelehinte manne die lehen und die gulte, die sie von den selbin herrin hant, mit wortin und mit geverden uffsagin untzitlich und uffgebint; und so die selbe uffgabe geschehin ist, so weddirsagin sie boslich den selbin herrin und dunt in ir fintschafft kunt; und darnach dunt sie in großin schaden und die selbe gulte und lehin, die sie von der fintschafft und kriegis wegin hant uffgegebin, die griffin sie an und bekomern und haltin sie. Herumb setzin wir mit desem geinwurtigem gesetze ewecliche zů werinde, daz die selbe uffgabe sal man virnicht han, als ob sie nie geschehin were, iz insy danne, daz die selbe uffgabe und uffsege von in frilich und mit werkin[2] geschehe, also daz daz selbe gut gulte und lehin den herrin von yn liplichin und redelich werde[3] uffgebin in solichir wise, daz die selbin wedirsagere die herren an den selbin guten und gulte und lehin nummer zů keiner zyt betrubin adir schedigin von yn adir mit andirn, noch insullint darzů rat helffe adir gunst nummer gebin[4]. Wer darweddir dut adir die herrin an den selbin gutin lehin adir an andirn irren guten betrubit adir in schadin brengit adir wer dem, der soliche ding dut, rat und helfe irbudit, der virlusit zů stunt die selbin lehin und gulte und ist irin loiz und fellit in des richis achte, und sullin furbaz me zů allir zit kein weg uffin sin noch inmogint yme in keine wis von nuwem uffgelubin werdin; waz hiewedir geschehe, daz hette keine krafft. Zů leste begriffin wir mit desem gesetze, daz die, von den die uffgabe nicht geschicht und weddir ir herrin frefelichin dun und sie wissinlichin anegriffint mit weddirsagin adir mit unwedirsagin[5], zů stunt sint sie gefallin in alle vorgenant buße.

Das XV. capitel.

Von den bosen einhelligin, die sich vireynnegin wedir die, den sie billiche undirdan sint[6].

Dye von den heiligin gesetzin virsmehetin und virwurffin eynunge und unzemeliche samenunge adir virbindunge in den

---

[1] Or. De hiis, quibus ut indignis auferuntur bona feudalia. — [2] libere et realiter. — [3] Hds. rede. — [4] Hds. gegebin. — [5] diffidacione obmissa. — [6] Or. nur: De conspirationibus.

stedin und uzwendig adir zusschin stat unde stat adir zusschin persone und stat adir zusschin persone und persone geslichtis[1] halb adir wilchirleie andir schinis[2]; darzû globe[3] und eit, virbintteniße und gedinge und ynbrachte gewonheit zû den selbin dingin, dye wir billichir schetzin ein stor[4], virwerffin wir und virdampnen und von sichirm wissen virnichtin wirs als; welliche stede adir persone, ez sy undir in adir mit andirn, was wirdekeit ardis adir wesins sie sint, soliche virbinteniße bizher hant gedan adir hienach sich virmessen zu dunde ane irre herrin laube, der undirdan sie sint adir den sie sint dinstliche adir in der gebiede sie wonent, und die selbin herrin nit uznemen, alse die virbinteniße ane zwivel von den heiligen gesetzin der cristinlichir merir unsir furfarn sint virbotin und abegetan, als virbiedin auch wir und dun sie abe; alleine uzgenomen die fursichtekeit und virbintniße, die die fursten und stede undir einandir umb gemeinen frede der lande kuntliche undir in bestedeget hant, die behaltin wir sundirlichin unsir herluchtenunge und laßin sie blibin, biz daz wir zû rade werdin, waz wir davon ardenerin. Waz abir sundirlich persone furbaz me soliche globede virbinteniße bose vireinnunge und gedinge anefinge weddir dis geinwurtige gesetze und alt recht, daz davon gemacht ist, der fellit zû stunt in virlust siner erin und buße zehen phunt gultis; ist iz ein stat adir ein gemeine, die wedir daz gesetze dunt, die git hundirt phunt gultis und virliesin alle friheit und keisirliche wirdekeit; daz halbe deil der gultbuße fellit in keisirlichin sag[5], daz andir deil dem herrin des landes, zû des schadin die virbinteniße geschehin ist; auch[6] fallint die vorgenant die mynre nit in buße der altin recht, die weddir die bosen einhelligin gesetze sint.

Das XVI. capitel. Von den palburgirn.

Vil clage hat uns furbracht, daz etliche burgere und undirdan der fursten der landisherrin und andir lute suchint von in zû werffint die burdin geburtlichir undirdenekeit und smechlichin schaffin sie mit frefelichir gedurst, daz sie in andirn stedin inphangin werdin zu burgern, und hant daz

[1] pretextu parentele. — [2] cuiuscunque coloris. — [3] Hds. davor noch: dunt. — [4] corruptela. — [5] fiscus. — [6] Dieser Satz im Or. schon vorher in kürzerer Fassung.

hievor me gedan und nyt mynre[1] wullin sie lipliche sitzin in landin stedin festin und dorffin der irstin herrin, die sie mit solichir geverde gelaßen hant, und der selbin stede friheit, darin sye sich geburgert hant, wullint sie sich frauwen und hertriegint[2] schyerm von in: sie heißin palburgir in Dutschem lande; herumb wan nů geverde und schalkeit nieman sulde zů helfe komen, so setzin wir uz sichirm wißin keysirlichiz gewaltis mit gesundim rade allir kurfurstin geistlichir und werntlichir und bestedegin mit desem gesetze zů ewigir werůnge, daz die vorgenant burgere und undirdan, die ir herrin also virspottint, in allin landin und stedin des heiligin richis von desem dage und hienach der stede friheit und recht nummer sullint genießin, in den sie sich in solichir geverde schaffint zů burgern adir bizher geschaffint hant, ez sy dan, daz sie sich zů den selbin steden lipliche ziehin und darinne eygin hert stedeclichin habin und werlich ane driegin[3] darinne wonnen und schuldigir burde und stede-stůre in den selbin stedin undirdenig sin. Und welche weddir dis gesetze inphangin sint adir inphangin werdin, daz inphahin sal keine crafft han, und sullin noch inmogin in keinen sachin genießin friheit adir recht der stede, da sie inphangen sin, ane weddirrede rechtis friheit adir gewonheit, von welchin zitin sie inthalten sin, die wir alle widdirruffin, alse vil alse sie desem gesetze widdir sint, und herkennen sie ane crafft umb die vorgenant stucke: alle die recht der furstin der herrin und andir lute, die sie hant an libe und an gude yrre undirdan, die sie in vorgenant wise laßin, sal in alle zyt behaltin sin. Und me[4] *[die]*, die vorgenant burgir und fromede[5] undirdan weddir dis gesetze inphahin, laßin sie sie nit in eyme mande, nachdem daz dese geinwurtigen ding yn virkundit sint, so sint sie umb den selbin ubirgang gefallin in virlust hundirt mark lodegis gultis, alse dicke sie iz furbaz důnt; des gultis sal halb fallin in keisirlichin sag, daz andir sal ane abelaßin den herrin der lude, die weddir diz gesetze inphangin sint.

Das XVII. capitel. Von wedirsagen.

Alle, die sich furbaz me virmeßin wedir ieman von rechtir sache zů wedirsagen und den untzitlich in ir wonunge, adir

[1] et nichilominus. — [2] contendunt defensare. — [3] non ficte. — [4] Nichilominus hos. — [5] alienos.

da sie gemeinliche nit wonen, weddirsag*in*t, daz herluchtin wir, daz sie den wedirsagiten keynen schadin mit irin[1] mogent gedun an brande an raube an zuckin[2]. Wan[3] nů falsch[4] und geverde nieman sulde zů helfe komen, so bestedigen wir mit desem gesetze ewecliche zů werinde, daz die selbin weddirsagunge, die also geschehin ist adir hienach geschicht, nit sal crafft han wedir herrin adir andir lute, mit den die weddirsagere hant gewonit in geselleschafft in heimelichkeit adir in andir irlichir fintschafft; und sal auch nit sin, daz mit der wise eins iegelichins wedirsagins ieman angegriffin werde mit brande raube adir zuckin, ez sy dan, daz die wedirsagunge dry naturliche dage deme weddirsagetin vorhin lipliche virkundit werde uffinlichin adir an die stat, da he gewonlichen wonit, und daz von dem selbin virkunden mit waren gezugin sichir bekennen moge geschehin. Wer andirs ieman weddirsagit und[5] anegriffit, der fellit zů stunt in unere, als ob kein weddirsagin were geschehin; und *[wir]* setzen auch, daz der selbe von eim iegelichim rittir als eyn virredir mit rechtir buße gepineget werde.

Wir virbiedin auch alle unrechte kriege und alle unrecht brant raub zuckin und unrecht zulle und unrecht geleide und abedrucken gewonlichis schetzins umb daz geleide undir der buße der heiligin gesetze, die ubir dye vorgenant ding undir ieclichis sundirlich zu bußen gesetzit sint.

Daz XVIII. capitel.

Von dęm bryefe der kure an die kurfursten[6].

„Uch hirluchten und großin furstin margrafen von Brannenburg des heiligin richis irtzkamer*er* unserme medekurfurstin und liebin frunde dun wir irtzbischoff von Mentze kunt myt desir geinwurtigen batschafft, daz die kure eins Romischin konigis sich zů dirre zit gebůrit zů dunde; und von schulde unsirs amptis so ruffin wir uch zů der selbin kure, alse wir sullin, daz ir von deme dage dis brieffis undir dren mandin nach einandir zů rechen von uch selbir mit uwirn geweltigin boten, eyme adir me, die adir der fullenkomen gewalt habin,

[1] cum honore. — [2] rapinas. — [3] Hds. von; vgl. S. 118 A. 1. — [4] fraus. — [5] Hds. ane. — [6] Or. nur: Litera intimationis.

komen zu der stat, die darzu gehorit nach der wise der heiligen gesetze, die darubir gemacht sint, alda zu beradin ubireinzůkomen mit andirn unsirn medekurfursten von der kur eins kunfftigen Romischin konigis, der danach mit godes helfe gefurderd werde zu eyme keisir, und auch an der selbin stat zů blibin, biz daz die selbe kure volbracht wird, und auch andir sachin zu dunde und uzzudragin, als man findet uzgeleit in den heiligin gesetzin, die darubir bedrechteclichin gemacht sint; und komen ir nit adir uwir botin, so furvarn wir doch uff ende mit unsirn medekurfursten in der vorgenant kur, alse die keisirlichin recht gesetzit hant."

Daz XIX. capitel.
Von der furme des gewaltbrieffis des kurfursten, der sine botin sendet zů der kůre.

„Wir Lodewig[1] von gotz gnadin margrave zů Brannenburg důn kunt allin gemeine mit dirre geinwurtigen schrifft, sit daz die kure eins Romischin konigis anfellit zů důne von redelichin sachen und wir mit sorgsame begerinde sin zů bedenckin umb des heiligen richis ere, daz izit schedelichin swerin schadin undirlege, so machen wir und setzin und ordenerin Johannem und Paulum[2] unsir liebin und getrewin, von den wir sichirlichen sundir getrewin haltin ane allin zwivel, unsir ware rechtliche procurator und sundirbar badin (mit allin rechten wise und furme, in den wirs allir best und creftlichir mogin machin und kunen, sie beide und ieclichir[3] in gantze macht, alse daz des recht und gedinge, der die sache undir handin hat, nit beßir sin, und waz von ir yme an wird gefangin, daz mag durch den andirn geendit werdin und recht-

[1] Entsprechend der in Cap. 18 an den Kurfürsten von Brandenburg gerichteten Aufforderung zur Wahl wird in unsrer Uebersetzung (im Or. allgemein gefasst: „Nos ... talis dei gracia etc.") in dieser Vollmacht der Kurfürst Ludwig d. Römer von Brandenburg († 17. Mai 1365) als Aussteller genannt; der Uebersetzer fingirt hier offenbar den zu seiner Zeit lebenden Kurfürsten von Brandenburg, welcher thatsächlich nie eine solche Vollmacht ausgestellt hat. Hatten wir früher (vgl. S. 128 A. 1) bereits das Jahr 1366 als möglichen Termin für die Abfassung unserer Uebersetzung gefunden, so ergiebt sich nun als Endtermin das erste Drittel des Jahres 1365. — [2] Diese Namen sind fingirt; im Or. stehen dafür je drei Punkte. — [3] sic!

liche ende nemen,) zû dedingin an allin stedin mit andirn unsirn kurfursten geistlich und werntlichen und mit yn ubir einandir zû komen und zû enden umb ein wole, geschickete, ungebresthafte personen zu kiesin zû eyme Romischin konige, und daz die selbin procurator mogin geinwurtig sin den dedingin, zû habin ubir die kur solichir persone und zû handeln und bedrachtin, von unsirn wegin an unsir stat und namen die selben personen zû nennen und an sie zû gehellin und zu eyme Romischin konige zû furdirn und zu kiesen und uff unsir sele eynen ieclichin eit zû sweren, der darzu notdurfftig ist adir gewonlichin wird, zû den vorgenant stuckin; und daz sie mogin eynen andirn adir andir scheffener setzin zu gantzir crafft und den selbin adir die selben zû weddirruffin und zu tûne alle ding, sundirlich waz zû den vorgeschrebin dingen notdurftig nûtze adir bequemeliche wirt zu dunde, geinwurtig zû sinde uff ein fulbrachtis ende des benennyns und des beradis der selbin kure und auch, ob die vorgenant stucke adir ir ieclichis heischin ein sundirlich gebot, auch ob die selbin großir adir me sundirliche werin, dan die vorgenant ding adir wir selbir mochtin dun, obe wir dem gescheffte und der kunfftigen kur mit unsirs selbis libe geinwurtig werin; und wullin stede und geneme habin und globin festeclichin zû haltin ewecliche, waz durch die selbin vorgenant unsir scheffener und bodin und von den, die sie gesetzit hant adir setzinde sint, von in adir von ir yme in den vorgenant stucken gewirckit wirt adir geschicht, adir in wilchir wise daz geordenerit wirt."

Daz XX. capitel. Von der eynekeit der furstindum und recht, die in zugehorin et cetera.

Wan[1] alle furstindum, von der crafft[2] *die* werntlichen[3] kurfursten recht *und* stimme habin an der kure eins Romischin konigis, mit dem selbin recht ampt und wirdekeit mit andirn rechten, die in zugehorint und davon hangint, also gar sint zusamen geschickit und unvirscheidenlichin vireynneget, daz recht stimme ampt wirdekeit, die zu iedem furstindum gehorit, nit gefallin mogin uff eynen andirn dan alleine an den, der daz furstindum mit lande und mit allim dem, daz darzu gehorit, kunt-

[1] Hds. von; vgl. S. 133 A. 3. — [2] quorum virtute. — [3] Hds. . . . chir.

liche besitze mit dinstbirkeit mit lehin und hirschafft; daz bestedegin wir, daz eim ieclichin der vorgenant furstindum mit recht mit stimme der kure und ampt und mit allir wirdekeit, die darzu gehorint, also sin vireinet und ungedeilit by einandir blibin zů ewigin zitin, also daz der besitzir eins ieclichin furstindums sal sich frauwin eyner geruwigin frihin besitzunge recht stimme amptis wirdekeit und allir dinge, die darzu horint; und sal auch der selbe von allin kurfursten ein kurfurste gehaltin sin: der selbe unde nieman andirs sal von den kurfurstin zů allir zit zů der kure genomen werdin und zů andirn gedetin, die umb ere und nutz des heiligin richis sint zu důne, und ane alle weddirrede sal man in zulaßin; noch ir keins der vorgenant dinge sullint von einandir gedeilit werdin, wan sie sint und sullint unscheitbirlichin sin, noch inmag sie auch nieman zu deilin gefordirn weddir an gerichte adir uzwendig an gerichte noch mit urteil ubirkomen; ez sal auch nieman den horen, der da eins fordert ane daz andir. Geschehe iz abir von irůnge adir andirs, daz ieman virhort were, alle brieffe gerichte urteil, adir waz semelichis dingis davon uzginge weddir dese unse ordenunge, daz sal allis samt zů stunt mit keiner crafft besten.

Daz XXI. capitel. Von der ordenunge des furgangis der irtzebyschoffe etc.

Wan[1] wir da abin an deme drittin capitel zů rade wurdin fullinkommeclichin zů virsegin umb die ordenunge des sitzins undir den geistlichin kurfurstin in rade und zů dissche und andirs, alse dicke alse[2] keisirlichir hoff gåhaltin wirt mit hirschafft adir wan sich furbaz me geburit, daz die kurfurstin mit dem keisir adir mit eyme Romischin konige gesamint sint, davon wir gehorit han, daz hievor krieg darumb gewesin ist, nu gleibin wir, daz iz gut sy, daz wir endin und uzlegin die ordenunge vorgendis undir in. Darumb so irkennen wir mit desem keisirlichim gebote, alse dicke in samenunge des keisirs adir eins Romischen konigis den vorgenant geistlichin kurfurstin mit dem keisir adir konige sich geburit zů gende und man keisirlich adir koniglich wapin fur yn dreit, so sal der

[1] Hds. von; vgl. S. 135 A. 1. — [2] Hds. asse.

irtzbischoff von Drere in glichir slechtir lynnegin gen vor dem keisir adir konige, und sal nieman zusschin in zwein gen, dan alleine die die keisirliche adir konigliche zeichin dragin; so abir der keisir adir konig ane die wapin get, so sal der selbe irtzbischof von Drere dem keisir adir konige vor gen, also daz nieman zusschin in zweyn sy; dye andirn zwene irtzbischof sullin ewicliche ir stede behaltin, als iz da abinan mit undirscheit irre provincien uzgeleit ist umb das sitzen.

Daz XXII. capitel.

Von der ordenunge des furgangis der werntlichen kurfurstin, und wir die keisirlichin und koniglichen wapin sulle keisir adir konige furdragen[1].

Uzzůlegen die ordenunge des furgangis der kurfursten, davon wir for rede han gehabit, so setzen wir, daz in der geinwurtikeit des keisirs adir des konigis so erget, alse dicke den kurfursten geburit zů gende nach der zile mit eim Romischin keisir adir konige: so ein uffinbar keisirlichir adir koniglichir hof ist, in waz sachin adir hirschafft daz sy, und man wirt dragin keisirliche gezirde, so sal der hirzauge von Sassin, der daz keisirliche adir konigliche swert dreit, vor dem keisir adir konige anemittil gen, und sal zusschin yme und dem bischoff von Drere niemant damittin sin; der paltzgrave sal den keisirlichin apil dragen zů der rechten siten; der margrave von Brannenburg sal daz ceptrum dragin zů der linketin siten ie weddir siten des hirtzaugen von Sassin; der konig von Beheim sal anemittel nach dem keisir gen.

Daz XXIII. capitel.

Von den segen der irtzbischoffe in der messe und zů dissche in keisirs und koniges geinwůrtekeit etc.[2]

Alse dicke hirliche meße gehaltin wirt vor des keysirs adir Romischin koniges geinwurtekeit und den irtzbischofin von Mentze Drere und von Kollin adir ir zwein geinwurtig geburit zů sinde, sullin sie undir in dese ordenunge haltin:

[1] Or.: De ordine processionis principum electorum et per quos insignia deportentur. — [2] Or.: De benedictionibus archiepiscoporum in presentia imperatoris.

in der bichte, die geschicht vor der messe, an dem herbieden daz ewangelige zů kossin, den freden nach dem „agnus dei" umb zů dragen und an den segin, die nach der messe und fůre dissche zů thunde sint, und got zů lobin noch dissche in soliche wise des irsten dagis sal iz der irste allis důn, des andirn dagis der andir, des drittin dagis der dritte. Den irsten den andirn und den dritten bedůdin wir also zů virstende, nachdem daz ir ieglichir fůr adir noch zů buschoffe irwihit ist. Und daz eynre den andern mit wirdigir zemelichir ire fůrkome und den andirn gut bilde gebin, sich undir einandir zů eren, so sal der, den der ordin rorit die vorgenant ding zů dunde des dagis, den andirn mit eyme mynsamen nigin und winkin darzu ladin, und sal darnach furdreden zů den vorgenant dingen, alse iz sich danne heischicht.

[II. Theil. Die Metzer Gesetze.]

Daz XXIV. capitel.

Von den uffsetzigen weddir der kurfursten lip und lebin und der ufsetzigen buße und iren nachkomen und allir der, dye in zůgehorint[1].

In[2] deme hofe zu Metze, den wir keisir Karle der vierde Romischis und Beheimschis richis ein merer hiltyn in deme jare, da man zalte von Crist geburte druzehinhundirt jar und in dem sehsundfunftzigisten jare und by uns warent alle kurfurstin des heiligin richis mit geinwurtekeit der herrin des erwirdegen vatirs *[Talayrand]* bischoff zů Albane der heiligin Romischin kirchin kardenal und Karle des konigis von Francrichis irste geborn son hirtzauge zu Normandi und delfin zu Fienne, in der herrin geginwurtekeit und zit, alse vor genant ist, so han wir die nach geschrebin gesetze gesagit uz.

[1] Wer mit furstin adir mit rittirn mit sundirlichin personen adir mit gemeyme fulke meyndedeclichin uffsatze dut adir mit eyden sich virbindit zu dunde uff dot der erwirdegin des heiligin richis kurfurstin geistlichir adir werntlichir adir eyme undir in, der sal billich gebußit werdin; (die recht

---

[1] Diese Ueberschrift findet sich in keiner der sog. Original-Handschriften der G. B. — [2] Das klein Gedruckte ist ein späterer Zusatz, der als solcher im Kurmainzischen Exemplar kenntlich ist; in den Ausfertigungen für die Kurfürsten von Köln, Trier und der Pfalz fehlt dieser Zusatz, welcher eigentlich vor der Ueberschrift des Cap. 24 stehen müsste, gänzlich.

wultint, daz wille der meyndat mit dem selbin grymme gepiniget wurde, alse die werk, und daz er mit dem selbin grimme gebußit wurde als ein schuldig man der almechtekeit, umb daz die vorgenant kurfurstin sint, ein glet unsirs libis;) und sin gut in unsirn schatz geurteilit sy; [2] sine kint, den wir von keisirlichin gnaden virlihin daz lebin, sie sultin mit fedirlichir pine sterbin; daz bilde fedirlichir irbesunde sulte an in mit grymmer pine gemessin werdin: sie sullin virschaltin sin von mutirlichir zucht und von allim irbe irre nestin, und waz in von den mag gefallin, ensal auch nit fulgin selgerede von andirn luten; arm und gebrestin sullin sie eweclichin-sin, fedirliche schande sal in alle zyt nachfulgin, zů keinen erin zu keiner werntlichir wirdekeit sullin sie nummer komen; sie sullin solich sin, daz in dot ein drost sy und daz lebin ein bittir pin, unde darin stinckende sin in ewigeme jamer; [3] danach heißin wir, *[daz]* alle die virlumunt sin und ane gnade, die fur soliche ummer virsuchint bede an uns zů legin. [4] Die dochtir, wie vil der ist, die sullin alle mit einandir nemen daz virde deil von der mudir gude, siege abe besetzit[1] adir unbesetzit, uff daz sie habin mittelmeßige narunge billichir, wan daz sie gantzin nůtz adir irbe namen davon haltint; daz urteil sal miltir gein yn sin: wir getruwin, daz sie von krangheit frauwelichis ardis minre gedurstig[2] sin. [5] Friheit, die sonen und dochtirn sint nach desem gesetze gebin, daz sie ledig sultin sin von fedirlichen undirdenekeit, komit in nit zů helfe. [6] Wir setzin auch, daz wedemegabe und viranderunge wilchirhande gude, mit wilchir geferde adir recht man findet, daz sie geschehin sint von der zyt, da die vorgenant zum irsten gedachtin den uffsatz und geselleschaft anzůgriffin, daz sal keine krafft han. [7] Der vorgenant uffsetzigin husfrauwin, die irin wedemen herkobirt hant, und die gut, die sie von irrin mannen inphangin hant in giftis recht, sint die in dem gedinge, daz sie den sonen sullint gefallin zu der zyt, so die[3] schare[4] ist abegenutzit, so sullin sie wißin, daz alle die gut, die den sonen nach dem gedinge sultint werdin, in unsen keisirlichin schatz horint; [8] doch sal den dochtirn von den selbin gutin daz vierde deil werdin und nit den sonen.

---

[1] sive testata sive intestata. — [2] minus ausuras. — [3] Hds. sie. — [4] usustructus (Ertrag, Einkünfte).

[9] Andir werbe waz wir von den vorgenant und iren kinden gesetzit han, daz wullin wir in hirtekeit gehalten han an irin knechtin an irin dienern, die der missetat midewissinde sint, und der selbin kinde. [10] Wer abir undir den von ursprunge der anegefangin missetat mit fliße eins waren labis die meindat meldit, der sal mit lone und mit erin von uns begabit werdin; abir der an dem ufflegin schuldig wirt, ob der doch undir unkuntlichir wise die heimelichkeit der rede uffinbarit, der sal losunge und gnadin wirdig sin. [11] Andir[1] werbe umb die selbin missetat, die sich driffit zu geletztir almechtekeit an den kurfurstin, sullint auch die knechte an des herrin houbit gepiniget werdin. [12] Hernach setzen wir, ob it uffsatzis geschehe weddir die vorgenant kurfurstin geistlichin und werntlichin und missetan wurde, daz auch noch dote des schuldegen daz lastir mag hernnuwit werdin. [13] Darzu bestedegin wir mit desem gebode, daz nach dote der schuldegen die meyndat moge beclagit werden, und des ubirwundin dotis gehugnißis sal man virdampnen und sin gut sal man den irben abenemen; [14] wan von dem, daz eynre ein meyndedegin rat *[fassit]*, so ist er zů stunt etlichir maße gepinget an sime gedancke; darzů bekennen wir mit deme, daz einre al soliche missetat an sich zuhit, daz der nit viruzsirn adir nieman fri von dinstbirkeit gelaßin mag, und yme sin schuldener von rechte nit geldin sal. [15] In der sache setzin wir, daz die knechte gepiniget werden den herrin zu leidin, daz ist umb die sache des virdamptin uffsatzis weddir die kurfurstin, alse vor geseit ist. [16] Und ob einre sturbe, daz nachkomen gut sal gehaltin werdin von der ingewollin[2] persone halb, ob er alse dot gewisit wirt, daz er gewesen ist in der selbin sache.

Daz XXV. capitel.

Von den nachkomen der werntlichin kurfursten[3].

Ez bekomit wol, daz andir furstindum by einandir gantz blibet, daz gerechtekeit gestirkit werde und die getruwin undirdan sich frauwin ruwe und frede: nichils me sullint die grossin furstindum hirschafft ere unde recht der kurfursten

[1] Die §§ 11 und 12 im Or. umgestellt. — [2] incerta. — [3] In den Or.-Hdss keine Ueberschrift.

ungeletzit by einandir blibin, wan da me schadin lit, da sal man helfe zulegin, so die sule fallin, daz die weddirsetze des buwis *n*it zusamen slahe; herumb stedegin wir und bekennen mit gebode ewige zit zů werin, daz von nů furbaz me die edeln und grossin furstindum, daz rich von Beheim, paltzgraveschafft des Rines, hirtzaugedum von Sassin, margrafedum von Brannenburg, ir lant gebiede manschafft dinstbirkeit, und waz andirs darzu gehorit, sullint nummer virsnidin adir virdeilit werdin, me sie sullint billichir ewecliche blibin in irrim fullinkomen gantzheit. Der irste geborin son sal an den hirschefftin und rechten irben[1]: der horit alleine darzu, er were dan nit by sinnen adir ein dor adir eins virmertin[2] mirglichis gebrestin, von des wegin er nit sulte noch inmochte ubir die lude nit ein furste gesin; in der geschichte sal der andir geborin son irben, ob er ist in deme geslichte, adir darnach der andir alste brudir adir leies mag, der von fedirlichim stamme zů dem nestin ist abekomen in rechtir lenige. Der selbe sal sich zu hant gein den andirn brudirn und swestirn minsame und gnedeclichin herbiedin nach der gnadin, also yme got git nach sime wolegefallin, und nach irbem macht, also umb in alle wise virbodin sy deilin unde intledin furstindum und allis, daz darzu horit.

Das XXVI. capitel.
Wie die kurfurstin von keisirlichem hofe sullent komen[3].

[1] An deme dage, so keisirlichir adir koniglichir hof in wirdekeit gehaltin wirt, so sullin die kurfurstin alle komen zů prime zit zu des keisirs adir konigis hirburge, und sal der keisir adir der konig angedan sin mit allir keisirlichir wede[4], und ieder kurfurste uff sinem perde sullint mit deme keisir riten an die stat, da man sitzin sal: ir ieclichir sal gen in ordenunge und wise, alse iz vor gesetzit ist des furgangis der kurfursten und fullinkommeclich ist uzgedragin. Der irtzkantzelir, in des irtzkantzelerie der hof gehaltin wird, sal brengin uff eyme silbirn stabe alle ingesigel unde keisirliche adir konigliche briefe-zeichen; die werntlichin kurfurstin sullint

[1] Hds. noch: irbin. — [2] famosi et notabilis defectus. — [3] In den Or.-Hdss. keine Ueberschrift. — [4] Oben (s. S. 110 A. 1) wat.

brengen daz ceptrum den apil und daz swert; zum irstin sal man auch dragin vor deme irtzbischofe von Drere anemittel, so er fur get in siner ordenunge, zum irstin die krone von Ache, darnach die krone von Meilon von etlichin nedirn furstin, die der keisir adir der konig darzu schickit; daz dragen mit den kronen sal alleine geschehin deme, der mit keisirlichen adir mit koniglichir imfeln gezerit ist.

[2] Die keisirynnen adir die Romische koniginnen sal mit irre keisirlichen adir koniglichir wede gecleidet zogin zů der sitzestat, von irren großin herrin geselgit mit yren nachfulgerin juncfrauwin etwie ferre eyn zemeliche wide nach deme keisir adir Romischen konige und auch nach deme konige von Beheim, der dem keisir allirneste nachfulgit.

Daz XXVII. capitel.
Von den ampten der kurfursten in keisirlichem adir koniglichem hofe.

Wir setzin, wan der keisir adir Romisch konig uffin hoff heldit, da die kurfurstin mit yrin amptin sullint dienen, so sal die nachgeschrebin ordenunge gehaltin werdin:

[1] Zům irstin, so der keisir adir der konig sitzit uf sime keisirlichin adir koniglichim trone, so sal der hirtzauge von Sassin sin ampt dun in dese wise: man sal schudin for daz keisirliche gesesse ein huffen habirn, der also hoch sy, daz er dem perde ge an die brust adir an den vordern reiff; uff dem perde sal der hirtzauge sitzin und sal han eyne silbirn strichin in siner hant und ein silbirn summern[1], die beyde sullint han an gewiechte 12 marck silbirs; und also sitzint uf dem perde sal er daz mas ful habirn nemen und sal den dem irstin knechte, der da komit, schudin in sinen sag. So er daz gedut, so sal er die strichin steckin in den habirn und sal abezogen, und sin undirmarschalg der von Pappinberg[2] der sal an sine stat adir des hofis marschalg, obe der von Pappinberg nit da inwere, den habirn furbaz uzmessin. So der keisir adir der konig inget zů dissche, so sullin die geistlichin kurfursten irtzbischhofe sten for dem dissche mit andirn prelatin unde sullint den disch gesegin nach der ordenunge, alse daruff

[1] = sumber, Korb; Or. mensura. — [2] sic! später (S. 146) richtig.

vor geschrebin ist; so der disch gesegint ist, so sullint die selbin irtzbischofe, obe sie da sint, adir zwene adir eynre die ingesigel und keisirliche adir konigliche briefe-zeichin von deme hofekantzilir nemen an deme silbirn stabe, und der irtzbischof, in des kantzelerie der hof gehalten wirt, sal mittin gen und die zwene ie wedir sit neben sit und sullint alle den stap, da die ingesigel anehangin, mit irin *[handin]* anegriffin und sullin sie dragin und wirdeclichin legin fur den keisir adir konig uf den disch; der keisir adir konig sal sie in zů stunt weddirgebin, und der irtzbischoff, in des kantzelarie daz geschicht, der sal daz große ingesigel dragin an sime halse, bis daz man gessin hat, und darnach bit daz er komit an sine hirburge von keisirlichim adir koniglichem hafe [!] geredin. Der stap, da die ingesigel anehangin, sal von 12 mark silbirs sin; des silbirs sal ieder irtzbischof gebin daz dritte deil; der stap mit den ingesigeln und briefe-zeichin sal zůgeantwurtit werdin des hofis kantzelir in sinen nůtz zů kerin, wie iz yme selbir fugit. Und nachdem daz der irtzbischof, dem daz große ingesigel geburit zů dragin, komit von keisirlichem hofe in sine hirburge, so sal he daz selbe ingesigel sendin mit eyme sinis gesindes uff eime perde deme hofekantzlir; daz pherd ist her schuldig zů gebin dem selbin kantzilir nach zemelichkeit siner eigin wirdekeit und minne, die er zů yme hat.

[2] Der margrafe von Brannenburg sal komen uff eyme perde und sal han zwei silbirn beckin mit waßir in den hendin und eine schone hantwebil und sal sitzin von sime pherde und sal deme keisir adir deme konige waßir gebin ubir die hende; die beckin sullint halten 12 mark silbirs.

[3] Der paltzgrave von Rine sal inriten uf eyme perde mit vir silbirn schusselin in sinen hendin, die sal iecliche haltin 3 mark silbirs, und sal abesten von dem perde und sal die schußelin setzin uf den disch fur den keisir adir konig.

[4] Darnach sal der konig von Beheim komen uf eyme pherde und sal brengen eynen silbirn kop von 12 marck silbirs mit wine und mit waßir gemisschit und sal sten von sime pherde und sal den kop dem keysir adir konige zů drinckin biedin.

[5] Alse wir funden han, daz bizher gehaltin ist, also setzin wir auch, so die werntlichin kurfursten ir ampt han

getan, so sal der von Falkinstein ein fitzkamerer des richis zů eme nemen pherde und beckin des marggrafin von Brannenburg; der kochinmeistir von Norttinberg sal nemen pherde und schußelin des paltzgrafen; der schencke von Limpburg sal nemen pherde und kop des konigis von Beheim; der von Pappinberg[1] der sal nemen pherde unde stap und summern des hirtzaugin von Sassin, ob die selbin sint zůgegin und ir iegelichir dinte yn sime ampte; ist abir, daz ir etlichir in deme hofe nit geinwurtig were, so sullin des keisirs adir des konigis dageliche hofediener, nachdem als iegelichir gemeinsamt an dem amte mit dem, der nit zůgegin ist, als er daz ampt dreit, also sal er auch den nutz ufhebin.

Das XXVIII. capitel.
Von der ordenunge der dische in dem keisirlichin adir koniglichem offen hofe[2].

[1] Keisirlichir adir koniglichir disch sal also gefugit sin, daz er ubir andir dische in dem sal sehs fuße hohir sy gesetzit, an dem nieman sal sitzin in dem dage des hirlichin hofis dan alleine der keisir adir konig.

[2] Der stul und der disch der keisirynnen adir konigynnen sal bereit sin in dem sal, also daz ir disch dry fuße nedir sy dan des keisirs adir konigis und dri fuße hohir dan der kurfurstin disch; die kurfurstin sullen undir in in glichir hohe stule und dische han.

[3] Undir des keisirs geseße sins dischis sal man bereiten den selbin kurfurstin geistlichin und werntlichen zů der rechtin hant dry, zů der linketin hant dry geseßin; daz sebinde geseße sal man bereitin glich gein des keisirs adir konigis antlitze, als iz davor von dem sitzin der kurfurstin uzgesprochin ist; auch also daz nieman andirs, waz wirdekeit er ist, sitzin sal undir in adir zů den dischin.

[4] Iz zemit auch nit den werntlichin kurfurstin, daz ir eynre sich setze zů sime dische, diewile der andir einre sin mitkurfurste sin amt noch dan zů dunde hat; wan so ir einre sin ampt fullinbracht hat, so sal er gen zů dem dische, der

---

[1] S. auch S. 142 A. 2. — [2] Ueberschrift fehlt im Or.

eme bereit ist, und sal daby stende beidin[1], bis daz die andirn ir ampt hant gedan; danach sullin sie sich alle und sundir mit einandir setzin zu den disschin, als in ir ieclichim bereit ist.

[Das XXIX. capitel.][2]

[1] Wir han daz auch fundin von warir sage und gesetze der altin, von der zit itzunt nieman andirs gedenckit, daz von unsirn seligin furfarin flißeclich gehaltin ist, daz eins Romischin konigis kure zů Frankinfurd in der stat geschehin sal, zů Ache gecronit werdin, sin irsten hof zů Nurmberg haltin; darumb wullin wir von sichirn sachin, daz die selbin ding in kunftigin zitin gehaltin werdin, ez inwere dan, daz den vorgenant stuckin allin adir etlichen redeliche hindirniße begenten. [2] Wan iz auch geschehe, daz ein kurfurste geistlich adir werntlich mit rechtim hindirniße geirrit werde, so er geheischin were zů dem keisirlichin hofe, und nit komen mochte, der bode adir procurator, den er sendit und den man zů sal laßin, nach dem alse sin gebot stet, waz wirdekeit adir wesins er ist, so sal er doch nit zu dische adir zů stule sitzin, alse dem bereit ist, der in gesant hat.

[3] So nů alle ding fullinbracht sint, die zu keysirlichim adir zu koniglichim hofe zu richtin sint, so sal der hofemeistir zu eme nemen allin bů keisirlichis adir koniglichis geseßis, da keisir adir konig geseßen ist, mit den kurfurstin den hof zů halten adir lehin zů lihin, alse vor uzgegebin ist.

Daz XXX.[3] capitel. Von den furstin, die lehin inphahint, waz sie gebin sullint et cetera[4].

[1] Wir setzin mit desem keisirlichin gesetze, daz die kurfurstin geistlichin und werntlichin, so sie konigliche lehin von keisir adir von konige inphahint, so sullin sie nieman gebundin sin icht zu gebin; wan daz gelt, daz in solichir wise gegebin wurde, daz hurte den amptluden zů. Wan[5] nů alle kurfursten in keisirlichem hofe ubir alle ampte sin, wan sie kamerer kochinmeistir schencke und marstellir sint und hant

[1] beiten = warten (exspectare). — [2] Diese Ueberschrift (Abgrenzung) fehlt in der Hds. — [3] Hds. XXIX, vgl. A. 2. — [4] Or.: De iuribus officialium, dum principes feuda sua ab imperatore vel rege Romanorum recipiunt. — [5] Hs. von; vgl. S. 136 A. 1.

undir in in den selbin amptin gesetz*te* undirdan, die ime von Romischin fursten gegebin und gewedemit sint, darumb were iz ein daube rede, daz die undirdane amptlude von irin obirstin amptherrin, und in wilchir wise daz geschehe, *[geschenke furdern]*, ez were dan villichte, das die selbin kurfurstin irin undirn amptluden etwaz frilich und willeclich wultin gebin.

[2] Abir dye andir furstin des richis geistlich adir werntlich, so ir eynre lehin inphebit von Romischin keisir adir konige, der sal gebin den amptludin in des keisirs adir konigis hofe 63 mark silbirs und eynen firdung, ez sy dan, daz ir einre mit friheit adir mit keisirlichir adir mit koniglichir laube sich beschirmen moge und bewerin, daz er ledig uzgenomen sy von solichir gulte und auch von andirn dingen, die von gewonheit sint zů geltin umb soliche inphahin der lehin. Die vorgenant 63 marck und firdung silbirs sal der hofemeistir des keisirs adir konigis also deilin: er sal eme selbir zum irstin behaltin 10 mark, dem kantzelir zehin mark, den meistirn den schribirn den dicterern 3 mark, dem ingesigelir umb daz waz und birmynt den eynen firdung, also daz der kantzelir und die schribir dem furstin, der daz lehin inphangen hat, nit andirs sint schuldig zů gebin dan gezug-brieffe des inphangen lehins adir eynen brieff eyner eynfeltigin inleidunge.

[3] Auch sal der hofemeistir gebin dem schenkin von Limpburg 10 mark, dem kochinmeistir von Norttinberg 10 mark, dem undirmarschalke von Pappinheim 10 mark, dem kemmerer von Falkinstein 10 mark mit solichin gedingen, ob sie und ir iegelichir geinwurtig sint in den hohen hofen und iegelichir dinte sime ampte; were abir, daz die vorgenant undiramptlude adir ir iegelichir nit geinwurtig weren, so sullint die amptlude des keisirs adir konigis, die ubir solich ampt sint, der abesint, der stat sie virwesint, in des amptis namen und arbeit er dreit, also sal er nutz und gewin nemen.

[4] So auch ein furste lehin inphehit von keisir adir von konige und uf eyme pherde adir uf eyme andirn fiehe sitzit, daz phert adir daz fiehe, willichirleie iz ist, sal deme obirstin marschalke deme hirtzaugin von Sassin werdin, ob er geinwurtig ist; andirs iz wurde dem undirmarschalke von Pappinheim: ist er nit da, so wirt iz des keisirs adir konigis hofemarschalg.

Daz XXXI.[1] capitel.

Von den manigerhande zungen der kurfursten[2].

Sit daz die wirdekeit Romischis richis hat zů bedrachtin gesetze unde uzrichtin manigirhande lande, die undirscheidin sint an setin[3] an leben an sprache, so ist von urteil allir wise wirdig und nutze geachtit, daz die kurfursten, die da sint sule und gledir des richis, sin gelerit in undirscheit manigirhande sprache unde zungen, daz sie fele lude virsten, und auch daz man sie virste, und daz sie mit sorgsamkeit vil lutin ir not uffhebin; darumb setzin wir, daz der herluchtin kurfursten des konigis von Beheim, des paltzgraven[4] von Rine, des hirtzzaugin von Sassin und des margraven von Brannenburg sone adir ir irbin adir ir nochkomen gelerit werdin in Latiner Lamparter und Slefener zůnge, anzůfahin von deme jare irs altirs, wan iz dofur zů haltin ist, daz in Dutsche sprache zů wißin naturlich ingeplantz*t* ist von kintheit zů lerin, also daz sie undir 14[5] jarin irs altirs gelerit sin in solichin zungen, alse sie dan gnade von gode darub:r han inphangin; daz wirt nit alleine nutze, iz wirt auch von vorgenant sachin gar hohe notdurftig gehaltin. Darumb daz die zungen dicke zů nutze und notdurft des heiligin richis gewonlich sint zů ubin und in strengen sachin des richis me virjagit[6] werden dese wise zů lernen, setzin wir also zu halten, daz iz blibe an fedir wille, ob sie sone hant adir ire nestin, von den sie sich virsehin, daz sie irben an den furstendum, schickin zů den stedin, da sie die selbin zungen mogen lernen adir in zů fugin in irin eygin husirn zuchtmeistir lere*r* und kinde-medegesellin, die auch darinne virstendig sint, mit der wandele und lere sie mit einandir mogint in den zungin undirwisit werden.

---

[1] Hds. XXX; vgl. S. 145 A. 2. — [2] Ueberschrift fehlt im Or. — [3] sic! — [4] Hds. der paltzgrave. — [5] Hds. XXIV! — [6] ventilantur.

III.

Römisches und westgothisches Recht in Grimowalds und Liutprands Gesetzgebung.

Von
Herrn Professor Dr. **Nino Tamassia**
in Padua.

Einleitung. Die vorliegende Arbeit ist eine Fortsetzung meiner Fonti dell'Editto di Rotari[1]). Die Gesetzgebung König Grimowalds und Liutprands muss in der That nach derselben Methode untersucht werden, wie sie in dem alten Theil des Edicts des Rothari beobachtet wurde: d. h. es ist zu studiren, ob der grosse Einfluss des römischen und westgothischen Rechts auch in den von den Nachfolgern Rotharis hinzugefügten Capiteln sich aufrecht erhalten hat.

Unser Thema, insoweit es den Einfluss des römischen Rechts auf die Gesetze Grimowalds und Liutprands betrifft, ist auch von Professor Del Giudice[2]), und bei Gelegenheit auch in andern meiner Arbeiten behandelt worden, auf welche ich mich gegebenen Falls beziehen werde[3]).

Ich werde auch hier nach der Reihenfolge der einzelnen Capitel vorschreiten, wie ich dies bereits bei den vorerwähnten Fonti dell'Editto di Rotari gethan habe. Auf solche Weise ist es nicht schwer, von Capitel zu Capitel die Berührungspunkte, welche die langobardischen Gesetze mit dem römischen und westgothischen Rechte haben, herauszuheben.

---

[1]) Pisa 1889 S. XVII—93. — [2]) Studi di Storia e Diritto, Milano 1889 S. 410 ff. — [3]) Le alienazioni degli immobili e gli eredi .... secondo il diritto longobardo, Milano 1865; Longobardi, Franchi e Chiesa romana fino a'tempi di re Liutprando, Bologna 1888.

Um den starken Einfluss zu erklären, welchen die römischen Gesetze auf das langobardische Recht ausübten, begegnet man gewiss keinen Schwierigkeiten, da es ja leicht verständlich ist, dass mit dem Fortschreiten der Zeit das römische Element auch mit grösserem Nachdruck zur Geltung kam, je nachdem die Romanisirung des langobardischen Volkes voranschritt und die Beziehungen zwischen den beiden Völkern geregelter, häufiger und normaler wurden. Was das westgothische Recht dagegen betrifft, so kann der hier wahrnehmbare Einfluss in anderer Weise erklärt werden.

Die iudices palatii, unter denen immer einer legum peritissimus war, gleich dem Teodoald des concilium Ticinense[1]), mussten die Quellen der alten Gesetze kennen, ja es ist sogar wahrscheinlich, dass in den königlichen Archiven die leges Visigothorum, das Muster der nationalen Gesetzgebung, aufbewahrt wurden. Man kann annehmen, dass man zur Zeit unserer Könige, als man daran ging, das alte Edict zu erweitern, dieselben benutzt habe.

Das römische Recht beeinflusste in folgenden drei Arten die langobardischen Capitel: geradeswegs durch die justinianischen Sammlungen; auf Umwegen mit jenem Antheil römischen Rechtes, welchen die westgothischen Gesetze besassen, und endlich mit Ueberbleibseln jenes antejustinianischen Rechtes, welches noch nicht aus den Lebensgewohnheiten der lateinischen Völker verschwunden war[2]).

Wenn die Langobarden in so reichlichem Masse die älteste barbarische Gesetzgebung benutzt haben, die jedoch so nahe der römischen stand, so waren sie jedenfalls sehr umsichtig in dieser ihrer Wahl. Die westgothischen Gesetze hatten das römische Recht umgemodelt, indem sie dieses barbarisirten und zu anderen Lebensbedingungen geeignet machten. So konnte das römische Recht theilweise auch von anderen germanischen Völkern recipirt werden, denen auf diese Weise die Civilisation durch ein ihnen verwandtes Element zukam. Die Kenntniss der Quellen des langobardischen Edicts regt einen jeden Historiker zu einer Menge von Betrachtungen an.

---

[1]) Carmen de Synodo Ticinensi: Mon. Germ. Hist. Script. Langob. S. 189 ff. — [2]) Carlo Calisse, Das Theodosianische Recht in Italien (ital.) Macerata 1888.

Wiederum erweist sich die ungeheure Wirkung, welche die classische Civilisation auf die barbarische Gesetzgebung ausübt, und die Selbständigkeit des alten deutschen Rechtes erscheint dadurch nicht wenig in den Schatten gestellt. Das junge Volk besass einen feinen juristischen Sinn, der es später dem juristischen Geiste der Römer nacheifern liess [1]), aber bei seinem Auftreten in der römischen Welt nur unsichere und nicht zulängliche Rechtsgewohnheiten überkommen hatte [2]), so dass es beinahe unmöglich war, dass ein so bewundernswerther römischer Gesetzcomplex nicht von ihm ausgenutzt worden wäre. Vor Allem hat das gothische Volk, welches bestimmt war, die römische Macht aufrecht zu erhalten [3]), mit vollen Händen aus den juristischen Quellen der Besiegten geschöpft; nach ihm die anderen germanischen Völker nach seinem Beispiel [4]).

Zwischen den Gothen- und Langobardenkönigen besteht eine merkwürdige Uebereinstimmung. Beide nennen sich Flavii, ihre Gesetze heissen Edicta [5]). Sie sind zuerst Arianer und dann schwören sie feierlich die Ketzerei ab: Aribert, Neffe der Teodolinda, ist der langobardische Reccared. Beide misshandeln Ketzer und Juden [6]). Liutprand rühmt sich seiner religiösen Orthodoxie [7]), citirt die heiligen Schriften wie die westgothischen Könige [8]), und bei feierlichen Gelegenheiten befiehlt er allen seinen Unterthanen die strenge Beobachtung des wahren Glaubens [9]); Liutprand entnimmt endlich viele

[1]) Bethmann-Hollweg, Der Civilprocess des gemeinen Rechts, Bonn 1868. IV. S. 1 ff.; Geist des germanischen Rechts; H. Heusler, Instit. des deutschen Privatrechts, Leipzig 1885. I. S. 1 ff. — [2]) Rothar. C. 386: Inquirentes et rememorantes antiquas legis patrum nostrorum que scriptae non erant etc. — [3]) P. Orosii, Adversus paganos, Vindob. 1882. VII, 43 S. 560. — [4]) H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, Leipzig 1887. I § 39 S. 301 A. 44. — [5]) Leges Visigothorum antiquiores, ed. K. Zeumer, M. Germ. H. VI, 5, 15; VI, 5, 16; VII, 5, 7 u. s. w. Bemerkenswerth ist es, dass auch die barbari des römischen Heeres sich Flavii nennen: Corp. Inscr. Lat. V, 2 n. 8337, 8741, 8738/9 u. s. w. — [6]) Carmen de Synodo Ticinensi l. c. — [7]) Prol. I.: Christianus hac catholicus princeps; Prol. II. p. Chr. 717: rex gentis filicissimae ac catholicae deoque dilectae langobardorum etc. — [8]) Prol. I. Iob XII, 15; Prov. XXI, 1; Ep. Iac. I, 17. Vgl. Leges Visig. I, 1, 1; II, 1, 7; XII, 2, cc. 1, 2, 3 u. s. w. — [9]) Prol. des J. 727: Primum omnium statuere providemus pro christianae et catholicae legis defensione, quatinus nullus a fide Christi

Zusätze seiner Capitel den westgothischen Gesetzen. Er lässt die überschwänglichen Ausdrücke des westgothischen Gesetzgebers in eine schlichtere Sprache übertragen, aber der juristische Inhalt bleibt unverändert.

Der König belegt mit schwerer Strafe den dolosen Todtschlag[1]), fast verurtheilt er den Zweikampf[2]), fügt dem alten Gesetze unbekannte Strafbestimmungen hinzu, d. h. die decalvatio, das Auspeitschen, das Gefängniss[3]). Der Erste unter Allen, hat Wilda geschrieben: „Eine Annäherung an den Geist, der in dem westgothischen Gesetze herrscht, lässt sich überhaupt in den Gesetzen Liutprands und seiner Nachfolger nicht verkennen“[4]). „So ist damit zu viel gesagt“, fügt Osenbrüggen hinzu, und m. E. mit Unrecht[5]).

Denn wenn uns gelingt, den grossen Einfluss des westgothischen Rechtes auch auf die Gesetze Liutprands zu beweisen, kann es nicht Wunder nehmen, dass viele dem westgothischen Rechte angehörige Strafen in das Edictum Langobardorum übergegangen sind. Jedenfalls ist es bemerkenswerth, dass Wilda vor so langer Zeit schon eine Thatsache erwähnt, welche, wie wir hoffen, genau bewiesen werden soll.

Grimowalds Capitel.

	C. I. I, 14, cc. 2, 8, 11, 12 § 4.
Prolog . . . Per suggestione iudicum omniumque consensu, ea que illis dura et impia in hoc edictum *visa sunt ad meliorem* statum . . . . *corregere* . .	Suggestionibus iudicantium — suggestio iudicantis — ex suggestionibus procerum[6]) — universorum consensus.
	Lex R. Vis.: Auctoritas Alarici: *quod in legibus videbatur iniquum meliori deliberatione corrigere.*

aberrare presumat etc. Vgl. meine Arbeit: Longobardi, Franchi e Chiesa romana p. 173. Die Verordnung Liutprands war gegen die ikonoklastische Ketzerei gerichtet.

[1]) C. 20, 62: Osenbrüggen, Das Strafrecht der Langobarden, Schaffhausen 1863 S. 66/7. — [2]) C. 118. — [3]) C. 80, 143. Vgl. Ratchis C. 20. Osenbrüggen S. 28/9. — [4]) Das Strafrecht der Germanen, Halle 1842, S. 108, 514 A. 4. — [5]) S. 28. — [6]) Del Giudice S. 412.

Cfr. Prol. Liutprands. J. 724.

Hominis nostri in presentia nostra adduxerunt causas ..... quae nec per usum fuimus certi ad terminandum, *nec in edicti corpore insertae.* J. 726. Causae ad definiendum incognitae erant, ideoque haec statuimus adnotare capitula .... Quin etiam et iudicis atque fidelis nostri — nobiscum adfuerunt, et haec omnia inter se conlocuti sunt, et nobis renuntiantes, nobiscum pariter statuerunt, et cum praesentaliter fuissent relicta (h. e. relecta), *omnibus placuerunt* cfr. Prol. J. 727 etc.

C. I. I, 14, 8: Si quid in .... causa emerserit necessarium quod formam generalem et antiquis legibus *non insertam* (C. I. I. 14, 9: Si dubitatio in litibus oriatur .... ab omnibus proceribus nostri palatii) *cum omnes consenserint,* tunc demum in sacro concistorio recitari, si universis iudicibus .....placuerit, ut universorum consensus nostrae serenitatis auctoritate firmetur.

Del Giudice glaubt, dass die Uebereinstimmung von Grimowalds Prolog und den römischen Gesetzen (die Lex R. Wis. erwähnt er nicht) nur eine zufällige sei. Wir glauben dies nicht, wir nehmen sogar an, dass der langobardische König sich jener römischen Gesetze bedienen konnte, welche wenigstens nach ihrer äusseren Form der Art der Rechtsschöpfung deutscher Gesetzgeber entsprachen. Der Kaiser ist die Quelle des Rechts; ihm kommt es zu, die Gesetze auszulegen und zu vervollständigen [1]). In den angeführten Prologen verbietet der König Rechtsfälle zu entscheiden, die im Gesetze nicht vorgesehen sind, und mit den Richtern und den Getreuen erlässt er neue Verordnungen.

Auch das westgothische Recht untersagt dem Richter, darüber zu urtheilen, was in legibus non continetur [2]).

Dem römischen Gesetzgeber steht das Consistorium und der Senat zur Seite, dem deutschen die Grossen und das Volk.

---

[1]) Karlowa, Römische Rechtsgeschichte S. 826, 848. — [2]) II, 1, 11.

Die Constitution des Theodosius und Valentinian vermochte dem langobardischen Gesetzgeber eine Reihe von Ausdrücken zu liefern, welche sich seiner dem römischen Kaiser ähnlichen Lage wenigstens äusserlich anpassten. Wir haben nach dem Prolog Grimowalds die anderen Prologe Liutprands absichtlich zusammengestellt, damit durch sie der von uns versuchte Vergleich ergänzt werde. Die Capitel 1, 2, 4 Grimowalds behandeln die dreissigjährige Verjährung. Der römische Einfluss ist hier mehr als auf der Hand liegend. Aber mit Rücksicht auf die usucapio der Freiheit erscheinen die Capitel 1 und 2 dem theodosianischen Rechte sehr nahestehend[1]).

Grim. 1. . . . Similiter et si haldius fuerit, inpendat obedientia patrono suo, sicut per trigenta annos fecit, et ei *nova a domino* suo amplius *non* inponatur.	C. I. XI, 48, 19 und 23 §§ 1—2. Cum autem Anastasiana lex homines qui per triginta annos colonaria detenti sunt condicione, voluit liberos quidem permanere, non autem habere facultatem, terra derelicta, in alia loca migrare .... Caveant .... *domini* .... *aliquam innovationem* vel violentiam *eis inferre*, ... et veterem consuetudinem in reditibus praestandis eis observare.

Das Anastasianische Gesetz lässt zu Colonen Alle werden, die als solche 30 Jahre gelebt haben; die persönliche Freiheit bleibt ihnen unbenommen, aber beschränkt auf die von ihnen bearbeitete Heimstätte. Auch daraus, dass Grimowald sich nicht direct auf das römische Gesetz bezieht, können wir doch als sicher entnehmen, dass die römische Gepflogenheit, welche dem Herrn untersagte, die Lage der Colonen zu verschlechtern, sein Capitel beeinflusst hat.

Das Capitel 3 behandelt die culpa servorum. Um dem Herrn die Zahlung der hohen Busse für das Verbrechen seines

---

[1]) Vgl. z. B. Nov. Valent. III. T. 26, 1; 30, 1.

Sclaven zu ersparen, belegt der König den Herrn mit der milden Busse von 60 solidi, et ipsa persona (servi) tradatur ad occidendum. Eine solche noxae datio ist auch der im westgothischen Rechte in ähnlichen Fällen eingeschlagene Weg, um den Herrn von jeder schwereren Verantwortlichkeit zu befreien: Si autem noluerit (dominus) summam (compositionis exolvere) servum pro culpa tradere non moretur[1]).

Das bekannte Cap. 5 erkennt das Vertretungsrecht in der Erbfolge an. Del Giudice hat diesem Capitel die justinianeischen Gesetze gegenübergestellt[2]):

Grim. C. 5. et contigerit unum ex filiis vivente patre mori ... *talem partem percipiat* de substantia patris .... *qualem* pater eorum *percepturus* erat si vivus fuisset ..... in *locum patris.*	Nov. 118 c. 1. filios relinquentem *mori contigerit* ..... *parentis locum succedere tantam de hereditate morientis accipientes* .... *quantam eorum parens, si viveret, habuisset.* Cfr. ib. c. 3. Nov. 127 c. 1; Inst. III, 1 § 6.

Der Ausdruck pater eorum in sinu avi mortuus est scheint uns ein biblischer[3]). Sinus wäre demnach wohl nicht die Uebersetzung des altdeutschen Wortes fadem, wie Schröder glaubt[4]).

Liutprands Capitel.

Im ersten Prolog entspricht divinitus ut credemus inspirati dem westgothischen nobis est divinitus inspiratum[5]). Rovustissimus decessor noster ......

[1]) VI, 4, 10; VII, 2, 4. — [2]) S. 418/9. — [3]) Vgl. Ierem. Lam. II, 12 exhalarent animas suas in sinu matrum; Io. I, 18 u. s. w. — [4]) Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte 2 S. 64 A. 36. Eine gewisse Analogie mit den westgothischen Gesetzen zeigen auch die Capitel Grimowalds 6 und 8:

C. 6. Si quis uxorem suam absque culpam legitimam postposuerit et alia in domo superinduxerit ... C. 8. Si mulier aut puella *notum habuerit* quemcumque habere uxorem etc.	L. Vis. III, 6, 2. Quia .... plerosque .... coniugibus *suis spretis, alias* videantur uxores adpetere ... nullus virorum, *excepta fornicationis causa,* uxorem suam relinquat .... Mulier sciens .... agnoscens virum habere superstem uxorem etc.

[5]) L. Vis. II, 1, 5.

rothari rex sicut ipse est in scriptis affatus suis superius erinnert hingegen an eine Stelle der Novellen: hoc quod fortissimus quidem leo in suis conscripsit legibus[1]).

Die ersten sechs Capitel, die in Wahrheit eben so viele Triumphe der römischen Civilisation sind, bedürfen keiner weiteren Erklärung[2]). Die Formel: Si quis Langobardus, ut habens casus humane fragilitatis egrotaverit, quamquam in lectolo reiaceat, ist, wie bekannt, durchaus römisch[3]).

Im zweiten Prolog sagt der König: illut quod forsitan antea videbatur obscuro, nunc omnibus luce clarius enetiscat, und in einer römischen Constitution findet man: Si quid vero in isdem legibus latus fortassis obscurius fuerit[4]). In den Novellen: hoc adhuc clarius ordinavimus, hingegen in einem westgothischen Gesetz: ex hoc decentius enitere[5]).

Die Gesetze, welche die Freigebigkeit der Langobarden mit Bezug auf Meta und Morgengabe einschränken (C. 7, 89, 103), finden ihr Gegenstück in anderen westgothischen, die denselben Zweck verfolgen[6]). Das C. 8 (vgl. C. 15) ist, wie es scheint, durchaus römisch.

De testibus. Si qualiscumque causa inter conlibertûs aut parentis convenerit aut acta fuerit, et homines tres aut quattuor interfuerent, non reprovetur ipsa causa; nisi eorum testimonium ambe partis credant, qui fuerent inter ..... testis vero ipsi tales sint, quorum *opinio* in bonis precellat operibus, et quibus

C. IV, 20, 18. De testibus. Qui in scriptis a se debita rettulerunt... non facile audientur, si dicant ... solutionem sine scriptis fecisse velintque viles et forsitan redemptos testes super huiusmodi solutione producere, nisi quinque testes idonei atque integrae opinionis praesto fuerint solutioni celebratae hique cum sacramenti

---

[1]) Nov. 22 c. 20. — [2]) Del Giudice S. 426. — [3]) Dig. XVIII, 1, 2; C. I. VI, 23, 39. Marini, Papiri Dipl. S. 111—114. Fantuzzi, Mon. Ravenn. III S. 39/40. — [4]) C. I. I, 14, 9. — [5]) Nov. 22 c. 20. Vgl. Nov. 91 praef. L. Vis. I, 1, 1. — [6]) III, 1, 5.

fides amittetur rel..... Et si forsitan rememorati testes veritatem ipsam celare voluerent, tunc per sacramentum satisfaciant principi aut missom eius, ut ipsa *veritas* non obfuscetur.

religione deposuerint sub praesentia sua debitum esse solutum. Nov. 90 c. 1. bonae opinionis esse oportere testes. Vgl. L. Vis. II, 4, 2. Certe si admonitus quisquam a iudice de re, quam novit, testimonium perhibere noluerit, aut si nescire se dixerit .... et *vera* subpresserit.

Im Cap. 9 erkennt man die manumissio circa sacrum altare[1]). Wir bemerken hierzu, dass auch das westgothische Recht die manumissio coram sacerdote enthält[2]). Savigny entging der (jedoch von Anderen wahrgenommene) römische Ursprung des Cap. 16[3]). In der That entspricht das Cap. 16 der unica C. Th. II, 27; doch ist hervorzuheben, dass es sich in einer Stelle an die Lex Romana Curiensis anlehnt. Iovemus, sagt Liutprand, ut creditor postmodum taceat, et nullam habeat facundia devitoribus suis requirendum; excepto si ei captivitas evenerit. Honorius dagegen schreibt: sed si mediis temporibus peregrinetur obnoxius (§ 6), während die Lex R. Cur. eine dem liutprandischen Gesetze entsprechende Formel anwendet: quod si ille, qui ipsam cautionem fecit, in captivitatem ambulaverit[4]).

Das Cap. 18 enthält vielleicht die ersten Andeutungen der Verschollenheit[5]), trotz der strafrechtlichen Natur der Verordnung, gegen die magistri und negotiatores, welche das Land sine licentia regis verlassen[6]).

Eine Benutzung der Nov. 22 c. 14 ist wahrscheinlich. Nach dreijährigem Stillschweigen des Ehemannes ertheilt der König der verlassenen Frau maritandi licentiam. Ebenso bestimmt Justinian: tunc licentiam ei damus et preces porrigere imperatori et inde hoc promereri.

---

[1]) Del Giudice S. 432. — [2]) V, 7, 2. — [3]) Bethmann-Hollweg IV S. 384; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I S. 371. — [4]) Hänel, Lex R. Vis. S. 65. — [5]) Bruns, Jahrb. des gem. deutschen Rechts, I 1857 S. 133. — [6]) Vgl. Rothar. C. 177.

Der vierte Prolog hat: reminiscor, adicere curavimus, wie die Novellen: reminiscentes, perspeximus adicere legi[1]).

Der römische Einfluss auf Cap. 19 ist schon bekannt[2]); Del Giudice hat dem Cap. 19 zwei römische Gesetze gegenübergestellt[3]); nichtsdestoweniger ist das westgothische Recht auch in diesem Capitel sichtbar. Das langobardische und das römische Recht enthalten hierüber dieselben Bestimmungen. Beide Gesetze gestatten unter gewissen Bedingungen die Veräusserung der Güter von Minderjährigen und erkennen ihnen das Recht zu, ihr Testament zu machen[4]). Das langobardische Gesetz erlaubt dies jedoch nur im Falle: .... Si ...... ante ipsos XVIII annos evenerit aegritudo, et se viderit ad mortis periculum tendere, habeat licentiam de rebus suis pro animam suam — iudicare. Im westgothischen Recht findet man dieselbe Einschränkung: infra quartum decimum annum non illis aliter licentia erit, nisi gravis languor occurrerit, per quod eos fortasse mori suspicio sit[5]). Beiden Rechten, wie wir sehen, sind die folgenden Ausdrücke gemein: (in omnibus) iudicandi de rebus suis (liberam) habea(n)t (absolutamque) licentiam.

Ja noch mehr. Liutprand schreibt: ipse princeps .... propter deum et anime sue mercedem dirigat personam deum timentem, als Vormund des Minderjährigen. Den westgothischen Gesetzgeber leitet derselbe Gedanke: ut melioris mercedis partem nostra clementia consequatur, dum competentem curam eisdem minoribus inrogare perpenditur[6]). Beide Könige sind der Ansicht, dass durch die Beschützung der Minderjährigen ein verdienstvolles und himmlischer Vergeltung würdiges Werk vollbracht werde. Sollte hier auch nur eine zufällige Uebereinstimmung

---

[1]) Nov. 9 praef. Vgl. Nov. 52 c. 1. — [2]) Savigny, Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter [2] II S. 220/1 A. 9. Conrat, Geschichte der Quellen und Litteratur des römischen Rechts u. s. w. I. Leipzig 1889 S. 3—4 widmet dem römischen Einfluss auf die langobardischen Gesetze nur wenige und ungenügende Seiten. — [3]) S. 437/8. — [4]) Dig. XXVII, 9, 1 § 2; ib. fr. 5 §§ 10, 14. Dig. XXVIII, 1, 5; C. I. VI, 22, 3 § 1. Del Giudice S. 439/40. — [5]) II, 5, 9. — [6]) IV, 4, 4.

vorliegen? Auch die schwerere durch Cap. 20 für dolose Tödtung angedrohte Strafe enthüllt uns, wie wir schon bemerkten, den westgothischen Einfluss. Die eventuelle Einziehung aller Güter zu Gunsten der Verwandten des Getödteten ist eine Strafe des westgothischen Rechtes, welche für manche andere Verbrechen auferlegt wird [1]). Man achte ferner darauf, dass das folgende Cap. 21 den Herrn für den vom Sclaven cum voluntate domini, sicut supra adnexum est begangenen Todtschlag bestraft. Die gleiche Reihenfolge und der gleiche Gedanke zeigen sich im westgothischen Recht. Zuerst wird von der Bestrafung des von einem Freien begangenen Todtschlags gesprochen, sodann von jenem des Sclaven auf Befehl seines Herrn, welcher bestraft wird wie Einer, der quemquam insidians occidisse detegitur [2]).

Die Capitel 25—28 beziehen sich auf Fälle von Justizverweigerung, von Territorialcompetenz und von Schelte. Diese alle kann man aus den westgothischen Gesetzen erklären, die viele ähnliche Bestimmungen enthalten [3]).

Vergleichen wir z. B.:

C. 28: Et si forsitans iudex causam *per arbitrium* iudicaverit, et iudicium eius rectum non apparuerit; non sit culpavelis, nisi preveat sacramentum regi, quod non iniquo animo, aut corruptus a premio causam ipsam non iudicassit — et sit absolutus.	L. Vis. II, 1, 19: Sin autem, per ignorantiam iniuste iudicaverit [4]), et sacramentis se potuerit excusare, quod non per amicitiam vel cupiditate, aut per commodum quolibet, sed tantummodo ignoranter hoc fecerit — ... ipse iudex non implicetur in culpa.

Im Prolog v. J. 723, welcher den Capiteln von kirchenrechtlichem Inhalt vorhergeht, wird gesagt: Si aliquid pro gentis nostrae salvatione adhuc adicere possumus,

---

[1]) Z. B. II, 4, 7: ita ut, si non habuerit unde conponat, in potestate eius cum id, quod habere videtur, perenniter serviturus tradatur. Vgl. X, 2, 2 und 15. — [2]) Leg. Vis. VI, 5, 12. — [3]) Leg. Vis. II, 2, 7—11; Liutprands Cap. 25/26 = Leg. Vis. II, 2, 7; Cap. 27/28 = Leg. Vis. II, 2, 7; I, 1, 11; II, 1, 19. — [4]) Vgl. Lex Baiuw. II, 17, 18. Gaudenzi's Cap. 10.

credemus pro his dei misericordiam adipisci et retributionem aeternam ...... promereri; und im Prolog v. J. 727: Primum omnium previdemus .... quatinus nullus a fide christi oberrare presumat, sed firmiter in ea permanentis *deum* possemus habere clementiorem atque *propitium*. Ebenso äussert sich der westgothische König: hanc ... legem quam pietatis et religionis amore concepimus, pro nostro populique nostri remedio; apostatice calamitatis obprobrium ex hoc merito funditus extirpari conpellimur, ex quo Deum nobis propitium confidimus[1]).

Mit den Cap. 31, 32, 33, 34 haben wir uns anderswo beschäftigt[2]). Die Canones des römischen Concils v. J. 721 werden, auf des Papstes Ermahnung hin, von Liutprand in seine Gesetze eingeschoben, wie der König selbst bekennt: hoc.... adfiximus quia .... papa urbis romae, qui in omni mundo caput ecclesiarum Dei et sacerdotum est, per suam epistolam nos adortavit[3]).

Aber damit wiederholt der König die justinianeischen Worte über den römischen Primat: vestrae innotescat sanctitati, qui caput est omnium sanctarum ecclesiarum[4]).

Das römische Concil v. J. 721 verbietet die Ehe der presbytera, diacona, monaca, quam dei ancillam appellant[5]), trotzdem steht Liutprand den westgothischen Gesetzen sehr nahe:

C. 30, vgl. C. 76. De his feminis, quae velamen s. religionis suscipiunt	L. Vis. III, 5, 3. Quicumque religionis habitum ... susceperint .. aut ...
aut quae a parentibus suis deo vovintur	pia parentum oblationem meruerint (cfr. ib. 2)
aut se ipsae se elegunt religionis habitu, aut vestem monastiga induere vedentur	aut propriae voluntatis devotione tenuerint.

[1]) Leg. Vis. XII, 2, 14; III, 5, 3, pr. — [2]) Longobardi, Franchi e Chiesa romana u.s.w. S. 170 ff. — [3]) Cap. 33. — [4]) C. I. I, 1, 8 § 11. — [5]) Mansi, Concil. Coll. XII S. 261.

quamquam a sacerdote consegrate non sint sic nobis iustum paruit esse pro dei amore, ut *in ipso habitu* in omnibus perseverent . . . . quae postea ad saecularem vitam vel habitu transire nullatinus praesumat.	L. Vis. III, 5, 2. Devotas Deo virgines etc. cum benedictionem sacerdotis . . . . ib. Zelamus enim pro veritatem zelo Dei adque ecclesiam sanctam etc. ad laikalem conversationem postmodum . . . redierint.
Quia considerare devit omnes cristianus, quod si quiscumque saeculares . . . . saecularem desponsat . . . . . et si postea alter eam oxorem ducit culpaviles invenitur sol. DC; quanta magis devit causa Dei et s. mariae amplior esse etc.?	Si enim eum minima peccata corrigimus . . . . quanto magis si iscelus in divinitate conmissum severissima censure falce recidimus?
Si qua vero femina contra hoc . . . . . . egerit . . . . perdat omnem substantiam suam etc. de persona autem eiusdem femine . . . . iudecit rex, ... aut in monasterio mittendo etc.	in monasteriis perenniter religati.

Die Zwischencapitel lassen wir weg und halten uns an Cap. 44 de servo fugace.

C. 44. De servo fugace et advena homine, si in alia iudiciaria inventus fuerit, tunc deganus . . . . . *qui in loco est,* conprehendere debeat et ad sculdahis suum perducat, et ipse sculdahis eum iudici suo consignet.	Leg. Vis. IX, 1, 6. Si aput quemcumque . . . . . homo ignotus aut latens moretur, qui eum ospicio suscepit . . . . testetur . . . . iudici vel vicario proxime civitatis aut territorii, ut illius, *qui in loco* maior est, interrogatione dis-

Et ipse iudex potestatem habeat eum inquirendum, *unde ipse est* etc..... et habeat pro presura de ipso servo per caput solidos duos etc.	cussus, *qui sit*, aut propter quid venit, possit agnosci.... ib. 13. De mercede eius, qui prendiderit fugitivum[1]).

Die Cap. 48 und 49 bestrafen das crimen plagii. Der langobardische Gesetzgeber betrachtet den Fall, dass entweder ein Freier oder ein einem Anderen gehörender Sclave foris provinciam verkauft wird. Die Strafe ist im ersten Falle das Wergeld, im zweiten die compositio in quadruplum. Der römische Ursprung ist hier ganz klar, aber eine gewisse Verwandtschaft mit den westgothischen Gesetzen ist auch hier wahrnehmbar. Vergleichen wir das westgothische Gesetz (VII, 3, 2): Si quis ingenuus servum alienum ...... plagiaverit .... quattuor servos .... domino ..... reformare cogatur; und das andere (ib. 3): qui filium .... alicuius ingenui ..... plagiaverit .... vel in alias regiones transferri fecerit ..... conpositionem homicidii ab ipso plagiatore consequatur.

Im letzten Capitel dieses Volumens liest man: „Si quis servum alienum sua voluntate domini sui clerigaverit, conponat etc. et ipse servus revertatur ad proprium dominum[2]). Dem Könige steht freilich das justinianeische Recht vor Augen[3]).

Das Cap. 54 (vgl. 70, 75) behandelt die dreissigjährige Verjährung, welche auch von den westgothischen Gesetzen aufgenommen worden ist[4]). Das Cap. 58 dagegen scheint von römischen Constitutionen herzurühren; in der That kommt der Ausdruck intra aetatem auch in den erwähnten römischen Quellen vor[5]). Die Schlussworte eines Capitels von Grimowald und Liutprand erinnern an eine westgothische Stelle[6]).

---

[1]) Gaudenzi's Cap. 13. — [2]) Cap. 53. Die Capitel 51/52, was das Recht des Herrn über den Sclaven von Andern manumissum anbetrifft, lassen sich der L. Vis. V, 7, 2 und durch diese dem römischen Recht angleichen. — [3]) C. I. I, 3, 36 § 2; Nov. 123 c. 1. Für das ältere Recht vgl. Löning, Geschichte des deutschen Kirchenrechts I S. 138 ff.; II S. 280 ff. — [4]) L. Vis. X, 2, 4. — [5]) C. I. II, 21 cc. 4, 5, 6. — [6]) Grim. Cap. 8; Liutpr. Cap. 60 et illa reputet vitium suum pro eo quod

Man kann ferner dem Cap. 63 ein westgothisches Gesetz gegenüberstellen:

Cap. 63. Si quis testimonium falsum contra quemcumque redderit.... et ipsa fraus manefestata fuerit, conponat wirigild suum ....

Et si talis persona fuerit, ut non habeat unde conpositionem facere, tunc puplicus debeat eum dare pro servo in manu eius, cui culpam fecit, et ipse ei deserviat sicut servus.

Et ille qui aliûs rogat testimonium falsum dicere etc., sic conponat sicut et ipsos testis. Vgl. Cap. 72.

L. Vis. II, 4, 6. Si quis contra alium falsum testimonium dixerit et in mendacio invenitur .... si maioris hic persona est det illi etc. Quod si minoris loci persona est et non habuerit unde conponat, ipse tradatur in potestate illi, contra quem falsum testimonium dixerat, serviturus.

Vgl. ib. c. 6. De his qui ad falsum testimonium dicendum alios provocant u. s. w.

Die Capitel 70 und 74 enthalten eine Formel, welche die alte Unveräusserlichkeit der langobardischen Sors beweisen sollte: Alias vero res, quae divisae fuerunt — *sortes stantes* adaequentur. Allein die Formel ist eine römische, wie aus den Urkunden ganz leicht nachzuweisen ist[1]).

Das Cap. 71 hat das iuramentum calumniae übernommen, während Cap. 79, welches sich genau an das Cap. 232 Rotharis anlehnt, vom westgothischen Rechte beeinflusst wird[2]). Wir haben aber auch ein anderes Gesetz Liutprands, welches ohne Zweifel von einem westgothischen abgeleitet ist, und die sich hierbei ergebende Uebereinstimmung würde, nach unserer

haldioni consensit. Vgl. L. Vis. III, 4, 8: Suae imputet culpe, que se adulterio volens miscuisse cognoscitur. Ebenso Rothar. Cap. 217. Vgl. Fonti dell'Editto di Rotari S. 22.

1) Memorie etc. di Lucca IV, 2 app. n. 22; Mon. Hist. Patr. XIII n. 245. Vgl. Unsere Alienazioni S. 207/8. — 2) Vgl. L. Vis. VII, 2, 8; Fonti dell'Editto di Rotari S. 28/29. Ebenso kann man Cap. 81 auf das westgothische Gesetz VII, 2, 1 zurückführen.

Ansicht, beinahe hinreichen, den westgothischen Einfluss auf das langobardische Edict klarzustellen:

Cap. 82: Si quis carrum et boves in silva sua invenerit, et lignamen superposito aut cum qualemcumque rem honerato, et ipsos boves aut carro conprehindere et ad propriam suam duxerit, non sit culpavelis pro eo, quod in rebus suis invenit.

L. Vis. VIII, 3, 8: Si quis aliquem conprehenderit, dum de silva sua cum vehiculo vadit et circulos ad cupas aut quecumque ligna sine domini permissionem adportare presumat, et boves et vehiculum aliene silve presumtor amittat, et que dominus cum fure aut violento conprehenderit, indubitanter obtineat.

Liutprand überträgt das spanische Gesetz in knapper Form in die Vulgärsprache. Wir wollen in der Vergleichung der westgothischen Gesetze, welche so streng mit Bezug auf die militärischen Pflichten sind, nicht zu weit gehen[1], aber wir stellen eine Uebereinstimmung zwischen den beiden Gesetzen fest, soweit es diejenigen betrifft, welche bei den Wahrsagern sich Raths erholten. Die römische Herkunft dieser Bestimmungen ist hinreichend bekannt[2]. Es ist wahr, dass die Strafe hierbei für die Freien im langobardischen Recht eine leichtere ist, aber für die Sclaven ist sie in beiden Gesetzen gleich:

Cap. 84: Si vero servus aut ancilla sine volontate dominorum suorum, et tantum ex sua auctoritatem ad ariolum — ambolaverit .... tunc dominus eorum venundare eos deveat foris provincia.

L. Vis. VI, 2, 1: Servi vero [diverso genere tormentorum adflicti], in transmarinis partibus transferendi vendantur, ut severitas vindicte non habeat excusatos, quos proprie voluntatis excessus nefarie prevaricationis facit obnoxius.

---

[1] Cap. 83, vgl. L. Vis. IX Tit. 2. Vgl. auch Nov. 96. — [2] Cap. 84, vgl. L. R. Vis. Paul. V, 23, 3. C. Th. IX, 13, 1—2.

Das Cap. 86 (vgl. Rotharis Cap. 343) hat Aehnlichkeit mit den westgothischen Gesetzen (VIII, 3, 16/17), in welchen wir ebenfalls die Worte finden: domino pecorum alia sana restituere ... = cavallum sanum restituat dominum eius. Dagegen ist die Quelle des Cap. 90, die malo ordine possessio behandelnd, vielleicht im Codex Iust. zu suchen[1]).

Eine theilweise Uebereinstimmung mit dem westgothischen Gesetze bietet uns auch das Cap. 107 dar.

Cap. 107. Si plures hominis cartulam convenientiae inter se fecerent, et poena posuerint et postea unus .... vel amplius se de ipsa convenientiam subtrahere voluerent — unusquisque per caput conponat ipsa poena..... in integrum. Quia omnes unianimiter consenserunt,	L. Vis. II, 5, 4: Qui contra pactum vel placitum iuste hac legitime conscriptum venerit
et nullus eos imperavit talis causam facere, ideo per caput conponat etc.	quod non forsitan persona potentior extorserit, antequam causam dicatur, penam que in pacto ..... legitime continetur exolvat. Deinde que sunt in pacto ... definita serventur.

Hier folgt das langobardische Recht nicht gänzlich dem westgothischen, obwohl die italienischen Urkunden demselben Grundsatze folgen: post penam solutam — hoc pactum in perpetuum maneat[2]).

[1]) C. I. III, 32, 22:

Vgl. Cap. 90: Si quis res alienas .... malo ordine possederit, et per legem ... exinde ... expulsus fuerit .... retro reddat frugis et laboris ... ab illo diae, quod exinde conpellatio facta ... est.	C. I. III, 32, 22: Certum est mala fide possessores omnes fructus solere cum ipsa re praestare, bona fide vero extantes, post litis autem contestationem universos.

— [2]) J. Kohler, Urk. aus den Archivi veronesi, Würzburg 1883 I. S. 32 A. 10.

Die Capitel 108 und 109, welche das Recht des Gläubigers an das Pfand behandeln, scheinen auch, wie die Capitel Rotharis über diesen Gegenstand, auf westgothisches Recht zurückführbar zu sein[1]).

Das Cap. 113 verordnet, wie folgt: Si quis langobardus voluerit in filios suos sibi bene servientibus aliquit largiri, habeat licentiam in hoc modo, ut si fuerent duo filii, tertiam partem substantiae suae possit meliorare eum qui ei bene ..... servierit. Et si tres u. s. w. Diese Berechtigung, einen der Söhne dem andern vorzuziehen, gesteht auch das westgothische Gesetz dem Vater, der Mutter und dem Grossvater u. s. w. zu. Leg. Vis. IV, 2, 18: Nec meliorandi quemcumque nepotum amplius quam decimam partem huius rei habeant potestatem. Vgl. V, 2, 4: .. Pater .... avus .. etc., quibus quempiam filiorum vel nepotum meliorandi volumtas est ..... super decimam partem rerum suarum melioratis filiis ..... amplius nihil inpendant u. s. w. Es wird so die äusserste Grenze festgesetzt, über welche hinaus kein Unterschied zu Gunsten des Einen oder des Andern mehr gemacht werden darf.

Die Capitel 115 und 116 behandeln noch die verschiedenen Wirkungen der dreissigjährigen possessio malo ordine; während wir im Cap. 121 den Ausdruck finden: Si quis .... inventus fuerit cum uxorem alienam torpiter conversari, genau so wie in der Novelle 134 c. 12: Si quis vero accusatus in adulterio .... et post haec inveniatur mulieri .... turpiter conversatus etc.

Das Cap. 129 spricht sich gegen die Ehe zwischen noch nicht mannbar gewordenen Knaben und erwachsenen weiblichen Personen aus. Der König verordnet: nullo modo femina hoc facere presumat, nisi pater cum legitimûs parentis puelle hoc facere previderit. Nam si puer post mortem patris etc. intra aetatem remanserit, et ei se qualiscumque femina .... copolare presumpserit; die Ehe soll für nichtig erklärt und die Gatten getrennt werden. Die Frau muss die Mannbarkeit des Gatten abwarten, der jedoch nach

---

[1]) Vgl. Fonti dell'Editto di Rotari S. 32 ff.; Leg. Vis. V, 6, 3.

erreichter Mannbarkeit die Frau verstossen und eine andere wählen kann, wohingegen diese die Entscheidung des Mannes abzuwarten hat [1]).

Reccesswind bestimmt dafür: femine minores semper aetate viris maioribus in matrimonium disponsentur. Aliter disponsatio facta, si una pars contradicere videatur nullo modo manere iubetur [2]).

Aber aus dem Inhalte der beiden Gesetze schöpfen wir die Ueberzeugung von ihrem gemeinsamen Ursprung.

Cap. 129: Intervenientem vanissimam et superstitiosa vel cupida soasionem et perversionem apparuit modo in his temporibus	L. Vis. III, 1, 4: Vidimus quosdam non avidos amore nature, sed inlectos *cupiditatis* ardore filiis suis tam inorditatim disponere federa nuptiarum . . . . . . dum . . . .
quoniam adulte et iam mature aetate femine copulabant sibe puerolûs parvolûs . . . et dicebant	infantibus adulescentulas disponsationis copula iungunt.
quod vir eius legetimus esse deverit; cum adhuc se cum ipsa miscere menime valerit.	. . Cum viris res illa dederit nomen quod vi feminas agant [3]), sti per repugnantia nature conamina maribus puellulas anteponunt . . . .
. . . . Nulla amodo femina hoc facere presumat, nisi si pater aut avus pueri cum legetimûs parentis puelle hoc facere previderit etc.	nisi aut parentum, aut cognationis . . . . conveniens adfuerit consensus voluntatis (pro elongatione nuptiarum).

Das Cap. 130 erinnert auch an die Worte Brunners: „Bemerkenswerth sind in Liutprands Gesetzen die Anfänge einer mit dem Wortlaut des älteren Edicts operirenden Jurisprudenz. Der gesetzlichen Regelung neuer Rechtsfälle wird mitunter die

[1]) Vgl. W. v. Hörmann, Die desponsatio impuberum, Innsbruck 1891 S. 26 ff. — [2]) III, 1, 4. — [3]) Isidori, Etym. XI, 2, 17 ed. Lindemann S. 366.

Erörterung vorausgeschickt, dass und warum sie sich nicht unter ältere Gesetze subsumiren lassen"[1]).

In der That ist hier der Begriff des inlecitum consilium dahin erweitert, dass auch der Mann, welcher die Frau zum Ehebruche verführt, derselben Strafe verfällt. Die Quellen des Cap. 131 hingegen müssen in der römischen, vom westgothischen Rechte veränderten Lehre über das Depositum gesucht werden. Der Fall stellt sich folgendermassen: irgend Jemand übergiebt einem Freien ein Gut in Verwahrung; wenn dies gestohlen wird, muss der Depositar dem Deponenten den Werth ersetzen, dem Depositar hingegen steht die actio furti gegen den Dieb zu, der dem Depositar selbst und nicht auch dem Eigenthümer der gestohlenen Sache Ersatz leisten muss. Der König will nicht einmal gegen den Dieb ungerecht erscheinen, indem er ihm nicht duas calumnias (d. h. die Verpflichtung, für sein Vergehen dem Depositar und dem Deponenten doppelte Busse zu zahlen) auferlegt.

Das römische Recht verweigert, wie bekannt, dem Depositar die actio furti: quid enim eius interest, si dolo careat?[2]) Das westgothische Recht aber entscheidet denselben in Liutprands Capitel schon erwähnten Fall, wie folgt: Si ... que conmedata fuerant furto probatur ablata, ei, qui conmedata susceperat, spatium tribuatur, um den Dieb zu finden. Wenn er ihn findet, conmendatori res suas proprias tantummodo reformare cogatur; conpositio vero furti ad eum, qui habuit conmendata pertineat. Wenn der Dieb nicht gefunden wird, medietas rerum conmendatarum domino a suscipiente reddatur, ut damnum ex medio utrique sustineat[3]). Das westgothische Recht kann vielleicht von einer römisch-vulgären Lehre über das Depositum herrühren. Wir sehen daher, 1. dass auch im westgothischen Rechte die actio furti dem Depositar zusteht, 2. dass dieser in jedem Falle ganz oder zum Theil für den Diebstahl des anvertrauten Gutes verantwortlich ist. Es sind auch für beide Gesetze gemeinsame Ausdrücke vorhanden: conmendata susceperat — id si perierit

---

[1]) Deutsche Rechtsgeschichte I. S. 371/2 A. 19. — [2]) Dig. XLVII, 2, 14 § 3 Ulp. — [3]) V, 5, 3.

(lang. de cuius casa perierunt —) si postea ... furtus inventus fuerit ... (westg. si eum [furem] invenerit) u. s. w.

Auch in Cap. 134 leitet die Analogie zur Auslegung und Anwendung der Gesetze. Der König will die unerlaubte und gewaltsame Pfändung (wifare) bestrafen. Non potuimus, bekennt er, *causam istam adsimilare* neque ad arischild (Rothar. Cap. 19, Liutpr. Cap. 35, 141) neque ad consilium rusticanorum (Rothar. Cap. 279) neque ad rusticanorum seditione (Rothar. Cap. 280) et plus congruum nobis paruit esse de consilium malum (Rothar. Cap. 11). Hier sind wir also völlig in römischer Jurisprudenz, welche dahin geht: Quae in certis negotiis statuta sunt *similium quoque causarum* fata componere[1]).

Das Cap. 143 betrifft das kirchliche Asylrecht[2]) und stimmt mit den westgothischen Gesetzen überein:

Cap. 143: Si cuiuscumque servus, aut ancilla ..... in ecclesiam dei confugium fecerit, et dominus ...... per se, aut per missos suos exinde *violenter traxerit,* conponat wirigild suum in suprascripta basilica. Et si servus vel haldius sine voluntate domini sui hoc malum fecerit, det ipso servo etc. pro ipso malo in manu de custode ipsius basilicae.	L. Vis. IX, 3, 3. Vgl. ibid. I, 2, 4 und VI, 5, 16. Si quis de altaribus servum suum ... non traditum sibi a sacerdote vel ab ecclesie custodibus *violenter abstraxerit* .... altario cui iniuriosus fuit, cogatur exolvere sol. C. (T. de his qui ad ecclesiam confugiunt = L. R. Vis. C. Th. IX, 34.)

Das Cap. 144 wurde von Del Giudice[3]) mit der Const. 41 C. I. II, 4 verglichen, die den Volljährigen, welcher die beschworenen Verpflichtungen nicht einhält, mit Ehrlosigkeit und

[1]) C. I. I, 14, 3. Vgl. ibid. c. 12 § 1. Dig. I, 3 (12, 27, 38). — [2]) Vgl. Fonti dell'Editto di Rotari S. 40; Del Giudice S. 457/8. Auch das Cap. 271 Rotharis zeigt eine Benutzung der westgothischen Gesetze über das kirchliche Asylrecht. Rothari sagt: in sagrum altarium ubi iniuria facta est etc., und das westgothische Gesetz (IX, 3, 3): altario cui iniuriosus fuit etc. — [3]) S. 459.

dem Verluste des durch die nicht eingehaltene Verpflichtung Gewonnenen bestraft. In der That bestimmt das Cap. 144: amittat (qui sciens se periuravit) ipsam rem unde periuravit, et habeat eam ipse cui contra rationem iuravit.

Es kann sein und wir glauben sogar, dass eine gewisse Verwandtschaft zwischen den beiden Gesetzen besteht, aber es ist wahrscheinlich, dass das Uebrige westgothischen Ursprungs ist. Liutprand setzt den schon erwähnten Strafen noch hinzu: Insuper quia in se ipso, et quod plus est, in deo peccavit et negavit fidem suam et periuravit, domino deo suo et sibimet ipsi non pepercit, conponat medietatem de wirigild suo ei, cui periuravit. Eine der westgothischen Leges extravagantes[1]) bestimmt: Si quis animam suam periurio necaverit .... statim .... notam infamie incurrat ... et *** si potentior fuerit .... insistente iudice quartam partem facultatum rerum suarum amittat, illi consignandam cui fraudem periurii moliri conatus est. Es scheint, dass der langobardische Gesetzgeber in seinem Capitel die zwei Bestimmungen verschmolzen hat, wodurch dieses den doppelten Einfluss des römischen und westgothischen Rechtes aufweist.

[1]) Zeumer, S. 321 der kleinen Ausgabe. L. Vis. Vulg. II, 4, 7. Auch das folgende Gesetz S. 322 (L. Vis. Vulg. II, 5, 4) De superfluis scripturis u. s. w. und das berühmte Cap. 91 Liutprands De scrivis enthalten sehr ähnliche Bestimmungen.

IV.

Ulrich Zasius
und das Familienstatut der von Rappoltstein vom Jahre 1511.

Von
Herrn Professor Dr. F. P. Bremer
in Strassburg i/E.

Der berühmte Freiburger Rechtslehrer, der seine mannichfachen Beziehungen zu den geistlichen und weltlichen Herren im deutschen Reich nicht ungern erwähnte, gedenkt in seinen Vorlesungen mehrfach auch der von Rappoltstein und seines Verhältnisses zu ihnen. So erzählt er in seiner Vorlesung über das Digestum vetus bei Besprechung des Titels de iurisdictione omnium iudicum, dass er nicht lange nach Erwerbung seiner Doctorwürde, also nach 1501 [1]), in einem auf die Zehntpflicht der Rappoltsteiner Pfarrgemeinde bezüglichen Process die Abgrenzung der Competenz des weltlichen und geistlichen Richters zu behandeln gehabt habe. Seine Worte lauten:

„in usurarum casu, quum usurae manifestae sunt, sed factum negatur, haec iudex secularis expediet; ita eleganter Bar. hic ad fin. Hunc nodum in primis annis doctoratus habui. Dn. de Rapoltstein conquerebatur, quod parochiani decimas non recte solverent; haec facti quaestio erat, quia decimas deberi praesupponebatur. Sed adversae partis advocatus rem argute detorsit; quod decimae laico non competerent, propterea ad iudicem ecclesiasticum traducta est, quae alioquin coram seculari iudice fuisset examinata“ [2]).

---

[1]) Stintzing, Zasius S. 38. — [2]) I, 418 der Lyoner Ausgabe von Gryphius.

Bei einer andern Gelegenheit, nämlich in seinen Paratitla de noxalibus actionibus, erwähnt er wieder einen Process um das Zehntrecht der Herren von Rappoltstein, mit dem er gegenwärtig befasst sei: „qui petet decimas simpliciter sibi debitas in libello, si postea pendente iudicio addat, eas decimas ex privilegio sibi dari, potest eam qualitatem adimere, tollere ante sententiam, quod nunc nobis subveniet in decima dominorum de Rapoltstein“ [1]).

In seinen Vorlesungen über das Digestum novum endlich erzählt er bei seiner Erörterung der verborum obligationes, in der er auch „de pactis successionis amittendae“ handelt, dass er für die Grafen von Bitsch und die Herren von Rappoltstein ein Statut gemacht habe, wonach die Töchter von der Erbfolge ausgeschlossen seien. Die für uns besonders interessante Stelle lautet in ihrem Zusammenhange so: „Nos ... tenuimus, quod si filia etiam renuntiasset et iurasset non succedere nec ex testamento nec ab intestato, si pater hoc casu testamentum faceret, tunc possit filia etiam ex testamento succedere. Angelus in consil. IIII hanc limitationem non recipit, si alii agnati extiterint masculini generis etiam remotiores in gradu, quia putat hoc iuramentum factum esse ut conservetur ordinum dignitas, agnatio ... Potestis .. salvare Ang. in talibus casibus. Primo si fratres quidem non extitissent, sed mortui essent ante patrem, sed reliquissent descendentes filios vel nepotes et maxime filios, quia tunc soror vel filia non succedet, sed filii fratrum; nam si non esset factum pactum, filii fratrum succederent cum amita, cum sorore patris; ergo iam pacto convento excludent eam. Secundus casus est, si foret statutum vel consuetudo, quae esset notoria, quod stantibus agnatis essent exclusae filiae, si postea fieret pactum et iuraretur, filia non succederet etiam extantibus fratribus, etiamsi decimo gradu superviverent agnati, quod est not. digniss. nam quamvis civitates non habeant huiusmodi consuetudines in Germania, tamen nobiles communiter habent haec statuta, maxime Comites, sicut Comites de Bitsch et Domini de Rapoltstein, quibus ego feci, quod deinceps non est necesse filias renunciare, cum sint statuto exclusae, nihilo minus renunciant ad cautelam abundantem et iurant“ [2]).

[1]) I, 215. — [2]) IV, 350 sq.

In seinem Buche über Ulrich Zasius gedenkt auch Stintzing S. 157 dieser Stelle mit dem Bemerken, dass ihm über die Sache selbst „das Nähere nicht bekannt“ sei. Als in der jüngsten Zeit die Herausgabe eines Rappoltsteiner Urkundenbuchs ins Auge gefasst worden war, hielt ich den Augenblick für gekommen, das Statut zu verfolgen und wandte mich deshalb im Jahre 1884 an den mit der Herausgabe jenes Werkes betrauten Herrn Dr. Karl Albrecht in Kolmar, der denn auch das Statut bald auffand und mir mit der grössten Zuvorkommenheit eine sorgfältige Abschrift des umfangreichen Schriftstücks zur Verfügung stellte. Weil ich das Actenstück in einem grösseren Zusammenhang zu geben gedachte, schob sich die Veröffentlichung von Jahr zu Jahr hinaus. Da nun bereits der 4. Band des Urkundenbuchs vorliegt, der bis zum Jahre 1472 reicht, darf ich mit der Veröffentlichung nicht länger zögern.

Am 1. Februar 1511 gestattet K. Maximilian dem Schmassman, Brun und Wilhelm von Rappoltstein, Ordnung und Statute von wegen künftiger Erbfälle des Geschlechts Rappoltstein zu machen. Am 10. Februar lag dann der Familienvertrag vor, der am 1. März zu Freiburg die Bestätigung Maximilians erhielt. Das Actenstück ward in die Bestätigungsurkunde aufgenommen. Die Originalurkunden vom 1. Februar und 1. März beruhen im K. Geh. Hausarchiv zu München [1]). Den folgenden Abdruck der letzteren hat Herr Dr. Albrecht einer Revision zu unterwerfen die Güte gehabt.

Wir Smasman, Brun vnd Wilhelm herren zu Rapoltstein, zu Hohennagkh vnd Geroltzegkh am Wassichhenn, alle drey geuettern, bekennen offennlich vnd tun kundt menigklichem mit disem brief fur vnns, alle vnnser erben vnd nachkumen, das wir die gnadreichen milltigkait des almechtigen Gottes, da durch er vnnser vordern vnd vnns in disen scheinbaren

[1]) Im Kolmar. Bez.-Arch. E 492 Copie nach dem Original, beglaubigt vom Notar Guggenberger unter dem 3. März 1694. 1699 ward die Urkunde für den conseil souverain d'Alsace zu Colmar ins Französische übersetzt und die vom Ersten Präsidenten beglaubigte Uebersetzung durch den Druck vervielfältigt: in dem Kolmarer Bezirksarchiv werden 10 Exemplare dieses Drucks aufbewahrt (E 492. 501. 829).

stannd des adels gesetzt het, zu mermalen ernnstlich betracht vnd erwegen, vnd wol haben mögen, achtenn gebùrlich vnd erlich sein, zuuorderst vnnserm schöpffer vmb sölh mercklich guttat in ewig zeit höchsten dannckh ze sagen, vnd demnach disen vnnsern stannd, namen vnd stamen mit vernùnfftigen ordnungen, stattutten vnd gesatzten dermassen zephlanntzen furzesehen vnd in furganng zebehallten, damit die nit in abnemen, smelerung oder zerrùttung komen oder gebracht werden, besonnder in furgonder beharrung, souil das in diser weldt nach der vrtail Gottes möglich ist, bleiben vnd bey wesen beston mögen, als wir auch nit allain aus naturlich eingepflanntzter liebe, so wir zu vnnserm stamen vnd namen habend, besonnder auch aus rechter billikait des vnns selbs vnd vnnsern nachkomen schuldig seyen, zu dem das auch die keiserlichen recht eruordern vnd wellen, das die wirdigkeiten der geschlecht gehanndthabt werden söllen, so wir nun durch vilfalltig erfarung vnd durch vngezweiflt wissenhait erkennen, das adeliche stannd, stam vnd namen furnemlich auf mans personen ruen, vnd in inen in vil kunfftige allter ausgeflochten vnd gehandthabt, aber durch weybs bild, die werden zu Got in geistlicheit oder in die welt durch heyradt versehen, wol gemynndert werden vnd abgon mögen, vnd nun kundtlich am tag leit, das die ämbter, verwalltungen vnd alle offen nùtzbarkait des heiligen Romischen reichs vnd aller fùrstentumben allain durch mans personen in fride vnd krieg, vnd nit durch weibs art gefurdert, furgeruckht, gemert vnd gefestnet werden mogen: das alles bedacht vnd angesehen, nachdem wir alle drey alle vnnser herrschafften, aigen, lehen, ligend vnd varend gut, so von vnnsern vordern an vnns gefallen sindt, genntzlich vngeteilt vnnd in gemain bisher miteinanndern freundtlich vnd lieblich inngehebt vnd genossen vnd noch also innhaben vnd niessen, haben wir alle drey ainhelligklich fur vnns vnd auch fùr Bastian herrn zu Rappoltstein, vnnsern vettern vnd lieben bruder, der in vnnserer hallt vnd verwarung ist, an den allerdurchleuchtigisten grosmechtigesten fùrsten vnd herrn hern Maximilian Römischen kaiser, allzeit merer des Reichs, zu Hunngern, Dalmatien, Croatien etc, kunig, ertzhertzogen zu Österreich, hertzogen zu Burgundi etc., vnnsern allergenedigisten herrn, als Romischen

kaiser vnd vnnsern lanndsfürsten vnnd naturlichen herrn diemütigister vnndertenigkait lanngen lassen, wie das vnnser furnemen sig, etliche ordnungen, stattut vnd gsetzten aufzurichten, die kunfftigen erbfal, so hinfür in vnnserm geschlecht ewigklich gefallen mögen, auf mans nam zuverwennden vnd anndre nützlich vnd löblich ordnungen anzesehen berürende, vnd sein kaiserlich maiestat ernnstlich gebeten, vns sölhe ordnung vnd satztungen furzenemen ze tun, gnedigklichen zuergünstigen, vnd den mangel, in dem das Bastian von Rappoltstain, vnnser vetter vnd bruder, aus vngeburlicheit seiner vernunfft seins tails vnd rechtens halb hierinn nit willigen mag, als obrister curator vnd gerhab, mit allerwurgksamestem gunst aus kaiserlicher macht volkomenhait gnedigklichen zuerstatten, darinn auch kaiserlich maiestat vnnser aller gnedigister herr aus kaiserlicher macht vnns willen vnd gunst geben, vnnsers vettern vnd bruders Bastians mangel erstattet hat: auf solh begnadung, die vns mitgetailt vnd wir zu hohem dannckh aufgenomen, haben wir diss nachgonde stattuten, satzungen vnd ordnungen einhelligklich aus guttem vorbetrachtem rat, stattlicher vnnderrede vnd vernünftigem furnemen geordnet vnnd gesetzt, setzen vnd ordnen hiemit wissentlichen für vnns vnd vnsern vettern vnd bruder Bastian von Rappoltstein vnd all vnnser erben vnd nachkumen, namlich das nun hin für in ewig zeit all vnnser erb vnd guetter, ligend vnd varend, aigen vnd lehen, doch vnuergriffen der lehen herrn gerechtigkait, herrschafften, phandtschafften, stet, dorffer, leut vnd guetter, nichts ausgenomen, allain manlehen personen des namens vnd stamens Rappoltstein elich geborn, so lanng die oder einer derselben in leben ist oder werden mag, verfanngenwesen, vnd durch dhein sunndere ordnung oder gemecht inen abfallen soll, mit der beschaidenheit, das söllichs allain auf dieselben manlichen personen zu angebürenden erbteilen nach ausweisung der geschribnen kaiserlichen rechten furbasser vnuerschafft vnd ab intestato fallen sol, vnd die weibs bilder so yetzund in vnnserm geschlecht sind oder nun hinfuro geboren werdent, sy seyen vff vorbehalt kunfftiger erbfallen von vnnsern vordern oder vnns selbst hieuor verheyradt oder nit, die sollen von vnnser aller vieren, dartzu auch ye zu zeitten, wie sich das in

kunfftigem gefuegen mag, von allem våtterlichen mùtterlichen brùderlichen vnd der vettern, auch von aller sypschafft erb vnd gut des namens vnd stamens Rappoltstain, ligends vnd varends, aigen vnd lehen, wie obstat, nicht vberal ausgenomen, all dieweil knaben vnd manns personen ein oder mer vorhannden vnd in leben seien, genntzlich ausgeschlossen, abgetailt vnd nit erbmessig sein; doch so sollen solhe weibs bild, sy werden zu Got oder der wellt versehen, mit eim erlichen geburlichen zugellt aus gestewrt vnd versichert werden, als auch etlich yetzund versehen sein, vnd besonnder ob ainiche deren zu der geistlicheit irs freyen vnbezwungen willens naigung haben wurde, der sol man ir lebenlanng leybdings weise hunndert guldein gellts zu ainer niessung geben vnd die, so zu der wellt geschickht vnd genaigt waren, mit rat ir vatter vnd mutter, bruder oder annder sippfreund in die ee mit eerlichen ir gemesse gemåheln nach erhaischung irs stannds vnd sunsst nit versorgt wurden, mit vier tausent gulden auszestewren mit sölher summa, oder was den tochtern mit wissen vnd willen ir vnd der, den sy vermehelt werden, ye nach lauff der zeitten, stannds vnd vermögen der hern von Rappoltstein in minderm oder mererm ausstewrsweise verordnet vnd gegeben wurdet, sôllen sy ausgewisen vnd genntzlich vergnugt sein. Wer aber das ir ainiche sich wider vatter, mutter, bruder oder sypfreunden wissen, willen oder on iren rat verennderte, der sol man weitter dann irer elltern vnd verwanndten von Rappoltstein gutter will sein wurde, dhein zugellt schuldig sein, sich begebe dann das der tôchtern versehung one redlich vrsach geuerlichen vber gemainen lauff der zeit des rechtens, in deren tochter versehen werden sollend, verzogen wurde, vnd dann sy sich mit irem stannd gemëssen verennderteut, so sol inen solhs an zimlichen eren zugellt nit nachtail bringen. Wir ordnen vnd setzen auch, das hinfùr nit weitter not sey, das sich die tôchter von Rappoltstein geborn ainicher erbfallen mit brieflichem schein verzeihen, besonnder allain aus krafft diser ordnungen vnd stattuten sy sunst nit erbfåhig sein sollend. Ob aber von weibs bilden in kunfftigem zu vberflùssiger gewarsame einicher verzickk gefordert oder erlanngt wurde, das soll disen vnnsern ordnungen vnd stattuten genntzlichen kain abbruch, nachtail

oder schaden bringen; setzen auch, ob sich begebe vnd das kein knab oder manns person vnnsers stamens vnd namens Rappoltstein mer vorhannden in leben werend oder sein wurden, das Got nach seinem liebsten willen lanngzeit verhütte, alsdann vnd nit ee, so sollen die tochter oder weibsbild oder die von inen geborn vnd diser geschlecht gesippt wåren, alles des guts, ligends vnd varends, aigen oder lehen, die sich auf weibe streckhen, souil des dann zemal in vnnsern herrschafftenn beuor sein wurde, genntzlich erben vnnd volkomner erbschafft tailhafftig sein, souil ainem yedem die nähe oder weitte des sippgrads nach gemainen erbrechten zugeben vnd vermögen. Ferrer wellen wir, das kain herr von Rappoltstein vnnder vnns oder vnnsern erben vnd nachkomen macht haben sol, ainichen anndern vnnsers namens vnd stamens fur sich vnd sein abstigende erben vnd nachkomen aus diser erbs ordnung ze sundern, ob wol sölhs mit seinem willen geschehe, damit zwyspalltigkeit vnd vngleichung der erbschafften vnnd annder weise in vnnserm geschlecht verhüettet werde. Vnd demnach alle dise ordnungen vnd stattuten durch vnns einmuntlich furgenomen vnd in dise form gesetzt sind, so wellen vnd globen wir bey höchstem vnnserm glauben vnd waren trewen an geswornen aid stat fur vnns, all vnnser erben vnd nachkomen, das die hinfuro also vnzerrüt in iren wirden bestan vnd ewigklich vnnder vnns, vnnserm namen vnd stamen on alle widerred vnnd auszuge gehallten werden sollen, mit austrugkhter satzung, das ye zu zeitten ain herr von Rappolsstain, so diser ordnung geleben vnd anhanngen will, allen anndern seinen mitherrn, die dauon fallen vnd hie wider tun wollten, rechtlichen widersprechen vnd ir fùrnemen wurgksamlich hindern möge. Doch ob alle herrn von Rappoltstein, so ye zu zeitten in leben sein, eins gleichen ainhelligens willens ennderung inn diss stattutten fùrnemen wurden, das soll inen doch allain fur sich vnd alle ire absteigende erben vnd nachkomen manspersonen vnd nit weitter neben sich oder auf weibsbild abzutretten vorbehallten sein, alles getrewlich vnd vngeuerlich. Vnnd des zu vrkhund vnns, auch aus verwilligung vnnd zuelassung Romischer kaiserlicher maiestat vnnsern vettern vnd bruder Bastian von Rappoltstein, alle vnnser erben vnd nachkumen zu obgeschribnen satzungen vnd statuten stethalttung zeuerbindende, so haben wir Smasman,

Brun vnd Wilhalm herrn zu Rappoltstain, anfanngs genempt, alle drey vnd vnnser yeder besonnder sein aigen insigel offenlich gehenngkht an disen brieff, der geben ist auf montag nach sannd Appolonien der heiligen junckhfrawen vnd martlerin tag, nach Cristi geburde gezallt funftzehenhunndert vnd eylff jar.

Dass wir hier wirklich das von Zasius entworfene Statut vor uns haben, kann einem Zweifel nicht unterliegen, obschon „Korrespondenzen, die irgend welchen Anhalt für den Verfasser des Urkundentextes geben könnten, nicht existiren“[1]).

Zunächst ist daran zu erinnern, dass, als Kaiser Maximilian im Spätherbst 1510 auf seiner Rückkehr aus Italien nach Freiburg kam, Zasius, der eben Decan der Facultät gewesen war, den Auftrag erhielt, den hohen Gast im Namen der Universität zu begrüssen[2]). Es erscheint nicht unwahrscheinlich, dass damals dem Kaiser der Wunsch der Herren von Rappoltstein, ein Familienstatut zu machen und vom Kaiser bestätigen zu lassen, vorgetragen ward. Jedenfalls stellt die Urkunde fest, dass die drei Herren den Kaiser haben „langen lassen, wie das vnnser furnemen sig etliche ordnungen, stattut vnd gsetzten aufzurichten, die kunfftigen erbfal, so hinfůr in vnnserm geschlecht ewigklich gefallen mögen, auf mans nam zuuerwennden ... vnd sein kaiserlich majestat ernnstlich gebeten, vnns sölhe ordnung vnd satztungen furzenemen ze tun, gnedigklichen zuuergůnstigen“. Eine Hauptschwierigkeit bildete der Umstand, dass einer der betheiligten Herren von Rappoltstein unter Curatel stand und seine Einwilligung nicht geben konnte: „in dem das Bastian von Rappoltstain, vnnser vetter vnd bruder, aus vngeburlicheit seiner vernunfft seins tails vnd rechtens halb hierinn nit willigen mag“. Diesen „mangel“ ward der Kaiser gebeten „als obrister curator vnd gerhab mit allerwurgksamestem gunst aus kaiserlicher macht volkomenhait gnedigklichen zuerstatten“, eine Bitte, die er denn auch erfüllte. „Auf solh begnadung, die uns mitgetailt vnd wir zu hohem danncKh aufgenomen, haben wir diss nachgonde stat-

[1]) Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. K. Albrecht. — [2]) Stintzing a. a. O. S. 64.

tuten, satzungen vnd ordnungen einhelligklich ... geordnet vnd gesetzt". Das ist geschehen „aus guttem vorbetrachtem rat, stattlicher vnnderrede vnd vernünfftigem furnemen", worin wir geradezu eine Hinweisung auf die Mitwirkung des Rechtsgelehrten Zasius erblicken dürfen. Selbst der Stil des Zasius lässt sich erkennen: in dem nämlichen Jahre 1511 verfasste er „Der marggraffschafft Baden statuten und Ordenungen in Testamenten Erbfellen und Vormundschafften", worüber Stobbe in seiner Geschichte der deutschen Rechtsquellen II S. 390 f. näher berichtet. Das offenbar gleichfalls von Zasius entworfene Publicationspatent, aus dem Stobbe grössere Stücke mittheilt, stimmt genau in der Schreibweise mit dem Rappoltsteiner Statut und gebraucht mehrfach dieselben Ausdrücke. Ganz besonders charakteristisch ist für beide Arbeiten der wiederholte Hinweis einerseits auf die Vernunft und das Vernünftige, andererseits auf das kaiserliche Recht.

Das Freiburger Stadtrecht, an dem Zasius bekanntlich ebenfalls arbeitete, ward erst 1520 fertig. Aber in Arbeit hatte er es schon seit 1502 oder 1503, und in jenem Jahr 1511 wurden ihm für seine Mühe und Arbeit zum 3. Mal 20 flor. 6 B. ausgezahlt (Stintzing a. a. O. S. 384).

Dasselbe Jahr 1511 bezeichnet aber auch einen Wendepunkt in der Kenntniss des classischen römischen Rechts: damals fand ein früherer College des Zasius, Hieronymus Baldung, Mitglied der vorderösterreichischen Regierung zu Ensisheim, im Kloster Murbach die erste vollständige Handschrift des Caius epit. und der sententiae receptae des Paulus, wie sie durch die lex Romana Visigothorum überliefert sind, Schriften, die Zasius in seinen 1518 erschienenen Scholien benutzte und bekannt machte.

Miscellen.

[Kurmainz unter den Erzbischöfen Berthold von Henneberg und Albrecht von Brandenburg als Mittelpunkt der Reichsreformbestrebungen.]

I.

Es ist bekannt, welche hervorragende Rolle Berthold von Mainz (1485—1502) auf dem Gebiete der Reichsreformbestrebungen unter Friedrich III. und Maximilian I. gespielt hat. Unbeachtet ist aber geblieben, dass seine Thätigkeit sich auch auf die Reform des bürgerlichen Rechts erstreckt hat, indem die erbrechtlichen Bestimmungen des Reichsabschiedes von Freiburg von 1498 § 37, mittelbar auch die des Wormser Reichsabschiedes von 1521 § 19 auf ihn zurückzuführen sein dürften. Das Würzburger Kreisarchiv besitzt zwei gleichlautende, nur in der Schreibung hier und da abweichende Erbrechtssatzungen Bertholds vom 6. October 1491, die eine für Stadt und Amt Miltenberg (Original, Pergament mit Siegel, Urkunden H. 32), die andere für Stadt und Amt Amorbach. Wahrscheinlich haben noch andere Kurmainzer Bezirke dieselbe Ordnung empfangen. Die Ordnung für Amorbach findet sich in dem 1468 angelegten Stadtbuche von Amorbach, Blatt 70, 71, und lautet:

Wir Bertholt, von gottes gnoden deß heiligen stuls zu Meintze ertzbischoffe, des heiligen Romischen reichs durch Germanien ertzkantzler und churfurste, enpitten unsern amptman, kelner, schultessen, burgermeinstern, rethen, scheffen, richtern und gantzen gemeinden unserer stadt und ampts Amorbache unsern grueß.

Lieben getrewen, nochdem wir ine zeitten unserer regierunge deß hochwirdigen stieffts Meintze durch manigfeltig anebringen unserer underthonen und anderer irrung und zwitrechtikeit, so sich bisher auß ubung und gewonheit ane ettlichen orten gebraucht inn erbfellen, dichter ader enkeln berurende, alzo daß die ane irer anherren und anefrawen verlossenden haben und guttern mit derselben abgangen kinden zu erben nit sint zugelossen worden, vermerckt und sulche gewonheit dem gemeinen rechten unegemes befunden, haben wir zu außreutunge künfftiger irrung, und domit unßer underthonen deß stucks ferner zancks entladen bleiben mogen, inn zeittigem radt beschlossen und ine crafft unsers ordenlichen gewalts erclerung gethon, gesetzt und geordent, wie hernoch volget.

Zum ersten setzen, ordenen und wollen wir, wen hinfuro man ader frawenperson todts abegeen, die kinder, auch dichter ader enckeln von iren abgangen kindern geporn verlossen, so sollen die dichter ader urdichter ane allen der aneherren und anefrawen gelossen haben und guttern, farende und ligende, mit denn kinden zu erbschafft gelossen werden und so vil theils haben und nemen, als irem vatter und mutter, obe die noch ime leben werenn, geburet hette.

Deßgleichenn, so noch abgange der anherren oder anefrawen kinder, dichter ader urtichter inn leben, die von der rechten absteigenden linien und sipschafft geporren weren, sollen obberurter mossen zu erbschafft und theilung gelossen werden.

Item, ob aneherren ader anefrawen noch irem abegancke kein kinder lissen, sundern dichter ader urdichter hetten, die von zweien, dreien ader meer kinden geporen weren, die sollen auch mit einander erben und theilen, doch sol sulche theilung nit noch anzalle der persone, so inn leben sein, sunder noch anzalle der stemme gefallen und getheilt werden.

Item, obe ein abgangen person kein kinder, auch kein dichter ader urdichter ine der absteigende zeill ader linien gelossen hette, und deß selben geswistere und ettlicher abgangen geswister kinder inn leben weren, so sol deß abgangen geswister kinden, ire sei viel ader wenig, von deß abegangen habe und gutte, ligende und farende, als viel werden, als irem vatter ader mutter, so die noch ime leben weren, gepuret hette, daß ist nemlich alzovil als deß abegegangende bruder ader swester eins nemen und haben wurde. und die erbschafft sail ine diessem grade der nebenzeille und linien der geswister kinder ufhoren und geswister dichter mit den geswistern ader geswister kinden zu keiner theilung gelossen werden.

Item, waz ine dieser unserer ordenung mit lauttern worten nit vorfast und außgedruckt ist, daß sol besteen und bleiben bei den gesetzen und ordenung deß Romischen reichs rechten.

Item, ob imantzs testament, ordenung, verschreibung ader willen von seinen haben und guttern gesetzet ader gemacht hette ader hinfuro thůn wurde, dem wollen wir hiemit kein abruche thůn, sundern dieselben noch ordenung der recht ader gewonheit bei irem wesen besteen lossen.

Wir heben auch hiemit uf und vernichten alle andere ubung und gewonheit, wie sich die ine den vorberurten erbfellen inn unsern und unsers stieffts slossen, stetten, ampten und gerichten bei euch und andern, do diesse unßere ordenung offentliche verkündet wurt, vorher mochten gehalten haben, also daß die hinfur crafftloße, abegethon und ine kunfftigen sachen der erbfelle fur kein gewonheit noch recht gehalten, zugelossen noch doruffe geurteilt werden solle, inn kein weisse.

Hiruff bevellen wir euch allen und icklichen obgemelt, die itzunt sein ader hinfur zu ewigen zeitten zu unsern und unsers stiefft amptleutten, kellern, schultessen, burgermeinstern, rethen, scheffen ader richtern gesatzt werden, und allen andern unsern underthonen der

gemelten stadt und ampts zu und umb Amorbach bei den pflichten, domit ire uns verwandt seit, ernstlichen gepittende, diese unsere ordenung und satzung ine den obberurten fellen und sachen hinfuro ewicklichen zü halten. und ob sich hinfur dergleichen begeben und ine rechtfertigung waschen [l. wachsen] würde, doruff zu urteln und zu richten, als liep euch sei unser ungnode, und dorzu ein pene, nemlich hündert gulden, uns unableßlich zu bezalen zu vermelden. daß ist unßer ernstliche meinung.

Geben und mit unßerm anehangenden ingesigel besigelt zu Aschaffenburck uf donnerstag noch sant Franciscus tag, a. d. 1491.

II.

Von nicht geringerem Interesse ist die Stellung, welche Kurfürst Albrecht von Mainz zu der in der C. C. C. von 1532 zum Abschlusse gelangten Reform des Strafrechts und Strafprocesses eingenommen hat. Die Stadtordnungen, welche Albrecht in den Jahren 1527 und 1528 für seine in dem Bunde der „neun Städte" vereinigt gewesenen bauernfreundlichen Städte Aschaffenburg, Dieburg, Miltenberg, Tauberbischofsheim, Walldürn, Amorbach, Buchen, Külsheim, Krautheim und Ballenberg nach ihrer Niederwerfung durch den schwäbischen Bund erliess[1]), enthalten sämmtlich folgende Bestimmung (hier nach der Aschaffenburger Stadtordnung vom 12. Januar 1527, gleichzeitige Abschrift im Ingrossaturbuch Alberti card. Nr. 58, Bl. 1 ff., Kreisarchiv Würzburg):

Ferrer haben wir zu hertzen gefurt die grosse beschwerde und mishandlung, so aus den malefitz und peinlichen sachen, so bis daher allenthalben in unserm stift geubt und herpracht, ervolgt, und dan dasselbig auch bei gemeinen stennden des reichs auf gehaltenem reichstag zu Wormbs der notturft nach hochlich bedacht worden, also das sie ein ordnung, wie es hinfuro inn peinlichen sachen allenthalben im reich gehalten werden soll, auch dieweil an iedem ort sollich peinlich gericht nit mit gelerten personen besetzt werden mag, sich desto leichter und geschickter darinn zu halten wiß, einhelliglich auffgericht und entschlossen. ist demnach uns ernstlich gemeindt, das nu hinfurter inhalt angeregter des reichs ordnung nit allein zu Aschaffenburg und desselben bezirck, sonder allenthalben in unserm stifft gehanndelt und nachgangen. wollen auch daran sein, damit dieselb ordnung unnserm schultheisen zu Aschaffenburg zum furderlichsten uberantwort und zugestelt werden soll, darnach haben zu richten[2]).

In der Eidesformel für die Raths- und Gerichtspersonen[3]) heisst es: „in allen burgerlichen gerichtshandlungen nach clage, anntwort, rede, kundschafft und allem furtrag, wie die sachen im rechten fur inen kombt, desgleichen in peinlichen sachen wie die kaiserliche ordnung ausweiset und vermag, urteil zu sprechen."

---

[1]) Die Mehrzahl derselben habe ich in den Oberrheinischen Stadtrechten I. Heft 3 (1896) herausgegeben. — [2]) Vgl. Oberrheinische Stadtrechte I. 202. — [3]) Vgl. ebenda I. 209.

Dieselben Bestimmungen kehren wieder in Albrechts Ordnung der Landschaft vor dem Spessart, vom 29. April 1527 (Ingrossaturbuch Bl. 41 v), in seinen Stadtordnungen für Klingenberg, vom 13. Juni 1527 (Bl. 85 ff.), Stadtprozelten von 1528 (Bl. 105 ff.), Gernsheim von 1528 (Bl. 314 ff.), Neudenau von 1530 (Bl. 279 ff.), Amöneburg vom 7. Jan. 1532 (Bl. 352 ff.), ferner in den Ordnungen für Königshofen und Kostheim von 1528 (Bl. 209 ff., 324 ff.).

Die von Albrecht in allen diesen Ordnungen erwähnte „Reichsordnung des Halsgerichts" ist der von dem Wormser Reichstage von 1521 behandelte Entwurf, der erst nach den Reichstagsverhandlungen von Speier (1529), Augsburg (1530) und Regensburg (1532) zum Abschlusse gelangte. Der Umstand, dass dies Gesetz schon nach dem Entwurfe von 1521 in den kurmainzischen Landen publicirt wurde (freilich offenbar mit dem Vorbehalte, dass die Gesetzeskraft erst eintreten sollte, wenn der Kurfürst den Gerichten eine Ausfertigung des Gesetzes zugestellt haben würde), lässt auf ein ganz besonderes Interesse des Kurfürsten Albrecht an dem Zustandekommen des Gesetzes schliessen. Dies mag zum Theil auf seine Stellung als Erzkanzler des Reiches zurückzuführen sein. Das von Güterbock (Entstehungsgeschichte der Carolina, 1876, S. 52 f., 269 ff.) in einer Wiener Handschrift nachgewiesene erste Concept des Wormser Entwurfes ist, ebenso wie der Speierer Entwurf von 1529 (Güterbock 125) aus der Mainzer Kanzlei hervorgegangen; es scheint auf dem Wormser Reichstage von 1521 das Handexemplar der Mainzer Räthe gewesen zu sein, in welches sie die vom Reichstage beschlossenen Abänderungen eingetragen haben. Da auch die Kanzlei des Reichsregiments unter dem Erzkanzler stand, so wird auch der von dem Reichsregiment ausgegangene Nürnberger Entwurf von 1523 unter seiner Auctorität zur Aufzeichnung gelangt sein. Schwarzenberg aber, der von 1521—1524 Mitglied des Reichsregiments war und ohne Zweifel hervorragenden Antheil an der Redaction des Nürnberger Entwurfes gehabt hat, stand zugleich in den engsten Beziehungen zu dem Brandenburger Hause (vgl. Güterbock 77. 89 ff. 93 f.). Sein Einfluss mag für den von Albrecht bewiesenen Eifer bestimmend gewesen sein.

Richard Schröder.

Litteratur.

Samling af Danmarks Lavsskraaer fra Middelalderen med nogle tilhørende beslægtede Breve udgiven ved C. Nyrop af Selskabet for Udgivelse af Kilder til dansk Historie. 1. Hefte. Kjøbenhavn 1895, i Kommission hos Universitetsboghandler G. E. C. Gad. 160 S. 8°.

Mit der Inangriffnahme einer Sammlung der Handwerker- und Kaufmannsgildeskraen des dänischen Mittelalters, von welcher das erste Heft zur Besprechung vorliegt, sieht der Referent einen lange gehegten Wunsch der Erfüllung sich nähern. Die besondere Bedeutung Dänemarks für die Geschichte des germanischen Gildenwesens lässt es durchaus geboten erscheinen, dass das gesammte, in Betracht kommende Quellenmaterial in zuverlässiger Weise zugänglich gemacht werde. Reicht doch eben hier die Gewerbsgilde mit ihren Anfängen in eine Zeit hinein, in der die alte Schutzgilde noch in voller Blüthe steht, und wird daher eben hier die Umbildung der letzteren zur ersteren durch die Betonung des gewerblichen Moments besonders deutlich verfolgbar sein. Schon Langebek hat eine Sammlung dänischer Gewerbsgildeskraen mit Schutzgildestatuten zusammen angelegt, die jedoch nicht veröffentlicht worden ist. Nun hat sich die Gesellschaft für Herausgabe von Quellen zur dänischen Geschichte der Sache angenommen und ihren Verdiensten damit ein neues hinzugefügt. Die Veröffentlichung konnte nicht in bessere Hände als diejenigen von Professor C. Nyrop gelegt werden, der seit einer langen Reihe von Jahren die dänische Gewerbegeschichte und speciell auch die Geschichte der dänischen Gewerbsgilden zum Gegenstande eindringender Studien gemacht hat. Die 33 Nummern des vorliegenden Heftes der Sammlung gehören dem Zeitraum von 1349 bis 1460 und dem Gebiete des älteren Dänemarks mit Einschluss der Provinzen östlich vom Sunde und Schleswigs an. Der Mehrzahl nach enthalten sie dem Plane des Werkes entsprechend Skraen von Gewerbsgilden. Ausser ihnen sind namentlich die Gegenbriefe (Reversalien) bemerkenswerth, in denen sich die Zünfte der Stadtobrigkeit gegenüber zur gehörigen Erfüllung ihrer Pflichten, insbesondere zur genauen Wahrung der ihnen bestätigten oder ertheilten Skraen, verpflichten (Nr. 14, 17, 18, 25). Die Innungen, deren Statuten mitgetheilt werden, sind naturgemäss überwiegend solche von Handwerksmeistern. Doch begegnen auch schon nicht wenige Geselleninnungen (Nr. 3, 4, 12, 26, 27 31),

und gleich die erste Skra (Nr. 3) gehört der „Brüderschaft und Gemeinschaft“ (broderescap oc lag) der Bäckergesellen von Kopenhagen an, welche diese „mit Laub und Gunst von Bürgermeistern und Rath und Zustimmung und Erlaubniss von Aldermann und allen gemeinen Brüdern der Bäckergilde und -gesellschaft“ im Jahre 1403 errichtet haben. Unter den bisher veröffentlichten Nummern befindet sich eine nach Lage der Sache überraschend grosse Zahl hier zuerst gedruckter Stücke. Eine möglichst vollständige, gewerbegeschichtliche Einleitung soll nach einer dem vorliegenden Hefte beigegebenen Ankündigung den Inhalt der in der Sammlung zu veröffentlichenden Quellen in einer bestimmten Richtung zu wissenschaftlicher Darstellung bringen. Für den Rechtshistoriker ist das unternommene Werk nach verschiedenen Richtungen von grosser Bedeutung. An der Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Zugänglichkeit des für die Geschichte der Gewerbsgilden wichtigsten Materials ist mit dieser selbst vornehmlich die Geschichte der Stadtverfassung interessirt. Aber die Gildestatuten enthalten Vorschriften so mannichfacher Art, dass kaum irgend ein grösserer Theil der Rechtsgeschichte an ihnen unbetheiligt ist. Insbesondere für die Geschichte der germanischen Verbrüderung ist die Ausgestaltung von Bedeutung, die der ihr zu Grunde liegende Rechtsgedanke in seiner Anwendung auf die besonderen Zwecke der Gewerbsgilde erfahren hat. Und auch sonst haben sich in dem am überkommenen Brauche festhaltenden Rechte der Innungen werthvolle Reste des Alterthums erhalten. Aus dem Inhalte des vorliegenden Heftes mögen hierfür nur angeführt sein die in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerthe Ausstossungsformel in Nr. 4 art. 4 a. E.[1]), die Bedeutung der Dreizahl im Gilderecht[2]), die Erledigung von Streitigkeiten „vor deme syttende stole des rades“ (Nr. 9 art. 10), die Vorschrift der Flensburger Schuhmachergildeskra über das „lust geuen, wan de olderlůde hebben laten vpkloppen“ und die Bestrafung der „unlust“ (Nr. 21 art. 39), die Bestimmung derselben Skra, dass derjenige „brikt enen groten to wyne vnde to wasse“, der an den drei Festtagen der Gilde nicht erscheint „to der groten morgensprake, wan de drudde klaghe gån is“[3]).

Wir wünschen der wichtigen Publication, welche seitens der Gesellschaft der Aufsicht der Herren Professor Dr. phil. Kr. Erslev und Archivar Dr. iur. V. A. Secher unterstellt ist, den besten Fortgang[4]).

Kiel. Max Pappenheim.

---

[1]) Wer mit Geldern der Odenseeer Schuhmachergesellengilde durchgeht, soll „bliwe een selff woxen hærgenssøn allæ synæ daghe oc scal aldrigh tiænæ noger dandes man eller sidde meth dandes swenæ, oc han scal vtwises meth lithen æræ fra alle dandes men oc gothæ swænæ.“ In demselben Artikel auch das Rechtssprüchwort: „wilkor thet gaar ouer all ræt.“ — [2]) Vgl. Nr. 6 art. 1, Nr. 8 art. 1 und 3, Nr. 9 art. 1 und sonst. — [3]) Hierzu Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden S. 210, K. Burchard, Die Hegung der deutschen Gerichte im Mittelalter S. 9 ff. — [4]) Mittlerweile ist das zweite Heft der Sammlung (S. 161—416) erschienen. (Bei der Correctur hinzugefügt.)

F. Dahn, Die Könige der Germanen, Band VII, Die Franken unter den Merowingern. Erste Abtheilung: CLXX und 309 S. 1894. — Zweite Abtheilung: 273 S. 1894. — Dritte Abtheilung: VI und 581 S. 1895. Leipzig, Breitkopf & Härtel. 8°.

Nach einer langen Pause setzt F. Dahn sein grosses Werk über die Könige der Germanen fort. Der 6. Band erschien 1871, in zweiter Auflage 1885. Ueber die Gründe der Verzögerung hat sich D. selbst in seiner Vorrede ausgesprochen.

Der 7. Band behandelt das Frankenreich der Merowinger. Die völlige Trennung der beiden Perioden der fränkischen Geschichte hat gewiss Vieles für sich: auf diese Weise ist es möglich, die Eigenart jedes der beiden Zeitabschnitte viel schärfer hervortreten zu lassen, als dies bei einer zusammenfassenden Darstellung der Fall wäre. Hat doch auch Waitz die beiden Perioden gesondert.

Gegenüber einem so umfassenden Werke kann es sich natürlich hier nicht um eine kritische Würdigung seiner sämmtlichen Ergebnisse handeln. Es sollen im Folgenden nur einige Hauptpunkte hervorgehoben werden, in denen D. von der herrschenden Ansicht abweicht.

Vortrefflich schildert D. das allmähliche Zusammenwachsen des Frankenbundes, der nur zum Theil auf gemeinsamer Abstammung der Bundesglieder beruht. Im Gegensatz zu Schröder leugnet D. die Verwandtschaft der Chatten mit den salischen Franken: die Chatten sind Verwandte der Thüringer, haben sich aber an die Uferfranken angeschlossen. Zu den eigentlichen Franken werden sie nie gerechnet. Die salfränkischen Elemente im hessischen Rechte erklärt D. aus einer massenhaften salischen Einwanderung. Die Bewohner des Mosellandes zählt er zu den Ripuariern, während Schröder sie für Chatten hielt.

Die Verfassung des Frankenreiches beruht nach D. auf germanischer Grundlage: insbesondere betont er gegenüber Sybel sehr energisch den germanischen Ursprung des fränkischen Königthums und zeigt, wie sich dieses Schritt für Schritt aus dem alten Gau- und Völkerschaftskönigthum entwickelt hat. Dagegen räumt D. im Aemterwesen, in der Hof- und Finanzverwaltung dem römischen Elemente einen breiteren Raum ein, als etwa Waitz oder Brunner gethan haben.

In den Bezirken (provinciae) der fränkischen Amtsherzöge findet D. die alte römische Provinzialeintheilung wieder. Man muss erwidern, dass die Provinzen des fränkischen Reiches mit den römischen provinciae im Ganzen **nicht** übereinstimmen. Von den römischen Provinzen hat nur Novempopulania (Guyenne) die alte Gestalt bewahrt. Aquitanien und Narbonensis zerfielen in römischer Zeit in prima und secunda, die Franken kennen nur je eine Provinz dieses Namens. D. gesteht übrigens selbst zu, dass die Frankenkönige zuweilen durch Zusammenlegen von Gauen **neue** Provinzen schufen. Ausserdem wird von D. nicht genug betont, dass die Eintheilung in provinciae keine durchgehende war und dass es auch Gaue gab, die unter keinem Herzog standen.

Die Hundertschaft, auch die rein persönliche, ist nach D. keine gemeingermanische Einrichtung. Er hält es sogar für möglich, dass erst durch Childebert I. und Chlothar I. Hundertschaften geschaffen worden seien. Bei dieser Auffassung ist es kaum verständlich, wie man den Centenar der Lex Salica erklären soll, denn der Centenar setzt doch die Centena voraus. D. freilich behauptet (VII, 1, 87. 2, 127), der Centenar tauche in Gesetzen und Urkunden „spät“ auf (!), er werde zum ersten Mal 596 genannt (!). Gleich darauf ist aber doch wieder vom Centenar der Lex Salica die Rede (VII, 2, 131). Nach D. hatte die Hundertschaft zunächst „eine gemeindliche, zumal gemeinwirthschaftliche Bedeutung“, der Staat aber bediente sich ihrer dann „zu einzelnen Verwaltungs-, aber nie zu Kriegszwecken“. Bei dieser Ansicht bleibt aber die rein äusserliche Art der Eintheilung, der Zusammenschluss von gerade 100 Höfen einfach unverständlich, während die Einrichtung sich aus der Kriegsverfassung eines wandernden Volkes ganz von selbst erklärt.

In der Darstellung des Ständewesens unterscheidet sich D. wenig von seinen Vorgängern. Er betont wiederholt die grosse Macht und den unheilvollen Einfluss des merowingischen „junkerhaften“ Dienstadels. Die minofledi hält D. nicht mit Brunner für gewöhnliche normalbegüterte Gemeinfreie, sondern für solche Freie, die unter das Durchschnittsmass des Grundbesitzes herunter gesunken sind.

Zu den besten Theilen des Werkes gehört ohne Zweifel die Schilderung der sittlichen Verwilderung, die bei den Franken einriss in Folge der Niederlassung in Gallien, der Zersprengung der alten Sippeverbände und der Annahme der römischen Staatsreligion.

Das Königthum ist, wie D. ausführt, seinem Wesen nach germanisch, und dieser Grundcharakter hat sich durch das Hinzutreten römischer Elemente nicht geändert. Nur die Rechte des Königs sind dadurch vermehrt worden. Seit Chlodovechs Tode vollzieht sich die Thronfolge ohne jede Mitwirkung des Volkes. Dagegen macht etwa seit 650 der Adel seine Stimme bei dieser Gelegenheit energisch geltend. Das salische Alter von 12 Jahren ist nur für die privatrechtliche Mündigkeit des Königs von Bedeutung; seine Regierungsfähigkeit tritt ein mit der Schwertleite, die sich nach der körperlichen und geistigen Reife des jungen Königs richtet. Die merowingischen Reichstheilungen sind nicht, wie Brunner meint, blosse Theilungen der Reichsverwaltung: die Gebietshoheit ist getheilt, ein Unterthan des austrasischen Königs schuldet dem neustrischen Fürsten keine Unterthanentreue. Gemeinsame kriegerische Unternehmungen der Theilreiche setzen ein besonderes Bündniss voraus. Gegen Brunners Eintheilung der königlichen Bannfälle in Verwaltungsbann, Verordnungsbann und Friedensbann wendet D. ein, jeder Bann sei Verordnungsbann, d. h. Ausübung der königlichen Verordnungsgewalt in den Schranken des Gesetzes, und jeder Bann sei Friedensbann, denn Schutz des Friedens sei ja der Zweck der gesammten Rechtsordnung. Im Anschluss an diese Ausführungen bestreitet D. den behaupteten Dualismus von Volksrecht und Amtsrecht im fränkischen Reiche. Ein

solcher Dualismus kann höchstens darin gesehen werden, dass der königliche Bannbefehl als blosse Verordnung nicht in das Stammesrecht aufgenommen zu werden braucht und dass der König seinen Bann ohne gerichtliches Verfahren durch seine Beamten vollstrecken lassen darf (nicht muss).

Der Königsschutz ist erst ein Erzeugniss der fränkischen Zeit: in der altgermanischen Urzeit war der Einzelne durch seine Sippe genügend geschützt und das Königthum viel zu schwach, um eine allgemeine Schutzpflicht verwirklichen zu können. Man wird zugeben müssen, dass in diesen Bemerkungen D.s ein richtiger Kern liegt, dagegen schiesst er weit über das Ziel hinaus, wenn er behauptet, dass der König der germanischen Zeit nicht die Pflicht gehabt habe, „für sein Volk zu sorgen", dass sich eine solche Pflicht erst später aus der Noth der Zeit ergeben habe. Der Sonderfriede der königlichen Pfalzen ist bei den Franken auffallend spät bezeugt (erst 884); früher tritt bei den Baiern und Alamannen der herzogliche Pfalzfriede auf. Aus diesem Grunde bekämpft D. die Auffassung Brunners, als ob der Pfalzfriede dieser Stämme nur ein Abglanz des fränkischen Königsfriedens sei: er hält es sogar für möglich, dass die Franken den Pfalzfrieden von den oberdeutschen Stämmen übernommen haben. Der Pfalzfriede hat mit dem priesterlichen Charakter des alten Königthums nichts zu thun, er ist vielmehr aus dem Dingfrieden abzuleiten, weil der Königshof zugleich Gerichtsstätte ist.

Den Unterthaneneid der fränkischen Verfassung führt D. nicht auf das römische Recht zurück, wie Waitz und Brunner gethan, sondern er hält ihn für eine Nachbildung des gefolgschaftlichen Treueides. Eine Landesversammlung aller salischen oder ripuarischen Franken hat es nie gegeben, auch vor Chlodovech nicht: das Märzfeld ist eine blosse Heeresversammlung, übt aber doch einzelne Verrichtungen der altgermanischen Volksversammlung aus. Im Uebrigen sind Reichs- und Hoftage an ihre Stelle getreten, die im einzelnen Falle oft schwer auseinander zu halten sind. Für die Darstellung der merowingischen Gesetzgebung hat D. die Arbeiten von W. Sickel (1888) und Seeliger (1893) ausser Acht gelassen. Aehnlich wie Boretius, unterscheidet er drei Gruppen von Capitularien: 1. Reichsgesetze für das ganze Reich, 2. Capitula legibus addenda, 3. Verordnungen; zu dieser Classe gehören auch die Capitula missorum. Die beiden ersten Gruppen schaffen Gesetzesrecht für das ganze Reich oder für einen einzelnen Stamm. Daher bedürfen sie grundsätzlich der Zustimmung des gesammten betheiligten Volkes, der Reichs- oder Stammesangehörigen. Thatsächlich aber hat man sich in der Regel mit der Zustimmung des Reichstages begnügt.

Weiter behandelt D. die verschiedenen Seiten der königlichen Gewalt, besonders die Amtshoheit, die Gerichtshoheit, die Finanzhoheit und die Kirchenhoheit. Das Aemterwesen enthält mehr römische Elemente, als von der in Deutschland herrschenden Ansicht (z. B. Waitz, Brunner) angenommen wird. Die Aemter des Herzogs, des Grafen, sowie die meisten Hofämter sind nicht rein germanisch, sondern aus römischen

und germanischen Bestandtheilen zusammengesetzt. Dieser Ansicht Dahns entspricht es, wenn er bei all' diesen Aemtern eine genaue Scheidung der römischen und germanischen Elemente versucht: ein nicht ganz unbedenkliches Bestreben. Die schriftliche Bestallung der Beamten war nicht, wie Brunner meint, nur in Neustrien, sondern auch im Osten üblich. Der Einfluss des Gefolgswesens auf die Aemterverfassung wird von Brunner überschätzt.

Das Herzogsamt hält D., wie gesagt, für ein Mischamt, während Brunner es für rein germanisch ansieht. Ebenso ist das Amt des Grafen aus römischer und germanischer Wurzel entstanden. Der fränkische Comes leitet seine Befugnisse nicht von dem römischen Praeses provinciae, sondern vom Comes her, der durchaus nicht blosser Truppencommandant war. Ferner bestreitet D. — wiederum im Gegensatz zu Brunner — die Verschiedenheit von Comes und Grafio in merowingischer Zeit. Recht unklar und verschwommen ist die Schilderung der Unterbeamten. Die seltsamen Behauptungen Dahns über den Centenar wurden bereits erwähnt. Der Thunginus der Lex Salica ist nach seiner Ansicht mit dem Centenar identisch. Gleich darauf erfahren wir aber, dass der „Centenar den Thunginus im gebotenen Ding vertritt". „Der Thunginus ist Vorsteher der Hundertschaft, wo solche vorkommt, aber abgesehen hiervon Dorfvorsteher mehr noch, als Dorfrichter." Dorfvorsteher ist auch der Schuldheisch: er hält das Dorfding ab und steht, wo ein Centenar vorkommt, unter diesem. Nun soll einmal Jemand versuchen, sich das gegenseitige Verhältniss dieser Beamten klar zu machen: der Thunginus ist Dorfvorsteher und steht über dem Centenar, der Schuldheisch ist ebenfalls Dorfvorsteher, steht aber unter dem Centenar, und eigentlich sind Thunginus und Centenar identisch: ein seltsamer Wirrwarr von Unklarheiten und Widersprüchen.

Besser gelungen ist die Darstellung der Hofämter. Der Titel des Maior domus entstammt dem vornehmen römischen Privathaushalt. Die Germanen müssen ebenfalls einen Hausvorsteher gekannt haben, benannten ihn aber später mit dem römischen Namen. Der Maior domus steht an der Spitze des ganzen Königshofes, hat also auch die Antrustionen unter sich. Dass ihm aber ganz besonders die Führung dieses Gefolges obgelegen habe, will D. nicht zugeben. Ebenso leugnet er die ursprüngliche Identität von Maior domus und Seneschalk (vgl. jedoch VII, 1, 280 „der Maior gilt als Altknecht, Seniskalk"): die beiden Stellen, die er dagegen anführt, fallen aber in eine Zeit, wo der Maior domus kein Hausbeamter mehr war, sind also nicht beweiskräftig. Auch mit dem Truchsess fällt der Seneschalk nicht zusammen. Der Truchsess ist der Diener, welcher der truht, dem Gefolge, die Plätze in der Halle anweist; was er sonst zu thun hatte, sagt D. nicht. Mischämter sind die Aemter des Marschalks und des Schenken, rein germanisch ist dagegen das Pfalzgrafenamt, rein römisch das Amt des Referendars.

Mangelhaft ist wiederum die Charakteristik des Domesticus: auch sein Amt ist ein Mischamt. D. schliesst sich zunächst der Erklärung

Brunners an, dass der Provincialdomesticus aus einem römischen Princeps officii hervorgegangen sei; nur meint Brunner das Officium des Rationalis rei privatae und nicht, wie D. will, das des Praeses provinciae. Dann aber versucht D. noch eine andere Ableitung des Amtes. Domesticus bezeichnet eine gewisse Classe von Höflingen, etwa „Kammerherren“. Diese wurden häufig zur Verwaltung königlicher Güter in die Provinz geschickt, so dass der Titel Domesticus zuletzt alle Villenverwalter bezeichnete, auch wenn sie nicht vom Königshofe kamen. Man sollte nun denken, die beiden Erklärungen des Domesticus als Princeps officii und als Kammerherr schlössen sich gegenseitig aus; trotzdem stehen sie bei D. ganz friedlich neben einander.

In dem Abschnitt über die Gerichtshoheit behandelt D. zunächst das Princip der persönlichen Rechte und kommt dabei zu dem Ergebnisse, dass dieser Grundsatz für Reichsgenossen (nicht für Fremde) nicht nur bei den Franken, sondern in allen germanischen Reichen gegolten habe: die entgegengesetzte Meinung wird von Brunner vertreten. Weiter wendet sich D. gegen die herrschenden Ansichten über das Königsgericht. Der König hat eine ausserordentliche Gerichtsbarkeit, seine Competenz ist eine Mischung von Urtheil und Begnadigungsrecht und oft entscheidet er nicht nach strengem Rechte. Aber das Königsgericht ist doch kein Billigkeitsgerichtshof in dem Sinne, als ob hier ein ganz besonderes Recht angewandt worden wäre.

D. geht nun über zur Finanzhoheit und polemisirt energisch gegen Schröders Ansicht vom Bodenregal und von einem Obereigenthum des Königs an allem Grund und Boden. Ein eigentliches Forstregal, d. h. „ein ausschliessliches Recht des Königs, Wälder zu eignen“, hat es ebenfalls nie gegeben. Der König besass ausgedehnte Wälder zu eigen und schützte sie durch seinen Bann. Dass er auch Wälder, die nicht in seinem Eigenthum standen, seiner Nutzung vorbehalten konnte, wird von Waitz behauptet, von D. hingegen bestritten. Freilich muss D. selbst zugeben, dass der König in Gemeindewäldern „oft ein auf Gewährenlassen, oft auf Gewohnheit begründetes Jagdrecht, öfter wohl ein Jagen ohne jedes Recht übte“. Die Bannung fremder Wälder zu Gunsten der Eigenthümer erklärt D. aus der königlichen Polizeigewalt; ebenso den Befehl, einen Gemeindewald zu roden. Auch ein Berg- und Salzregal hat nach D. nicht bestanden: wo man ein solches Institut zu finden glaubte, handelt es sich um königliches Eigenthumsrecht oder um bloss polizeiliche Bestimmungen.

Die römischen Steuern haben sich länger erhalten und ihren öffentlich-rechtlichen Charakter länger bewahrt, als gewöhnlich angenommen wird. Im Süden und Westen Galliens sind auch freie Franken der Grundsteuer unterworfen worden.

Bei der Schilderung des Münzwesens hat D. seltsamerweise die Forschungen Brunners gar nicht berücksichtigt. Sehr hübsch ist die Erklärung der vielen Münzstätten der Merowingerzeit: man kennt ihrer 721. D. nimmt nämlich wandernde Münzwerkstätten an, die im Reiche herumzogen und im Auftrage von Privaten Münzen schlugen. Am

häufigsten musste das Bedürfniss nach gemünztem Geld da auftreten, wo gerichtliche Bussen zu zahlen waren: daher sind oft Dingstätten, z. B. Mallus Mauriacus, als Münzorte angegeben.

Endlich widmet D. der Kirchenhoheit eine eingehende Betrachtung. Gegen E. Löning führt er aus, dass das Christenthum schon in der früheren Merowingerzeit Staatsreligion und Zwangsglaube war. Und wenn er weiter die Abhängigkeit der gallischen Kirche vom Papste betont, so stellt er sich damit ebenfalls in Gegensatz zu dem genannten Forscher.

Die Anfänge des Lehenswesens werden an verschiedenen Stellen der ersten und dritten Abtheilung behandelt. Die Landschenkungen der fränkischen Könige übertragen in der Regel ein unbeschränkt vererbliches und veräusserliches Eigenthum, nicht, wie Brunner will, ein beschränktes Eigenthumsrecht. Wenn zuweilen bei Hochverrath nur die geschenkten Güter eingezogen werden, die Erbgüter aber nicht, so ist eine solche theilweise Begnadigung etwas rein Zufälliges und steht mit dem Wesen der Schenkung in keinem Zusammenhange. Es kommen freilich auch Landschenkungen zu beschränktem Eigenthum vor, aber diese bilden die Ausnahme und die Beschränkung muss besonders angegeben sein. In einzelnen Landschaften, z. B. in Baiern, wird allerdings die Sitte der beschränkten Eigenthumsübertragung vorherrschend. Aus dieser Sitte entsteht ein Gewohnheitsrecht, so dass man im Zweifel stets beschränktes Eigenthum annimmt. Aber dies gilt nur von einzelnen Gegenden.

Gut dargestellt ist die Entwickelung der kirchlichen Leihe, der precaria, und zwar stimmt hier D. im Ganzen mit Brunner überein. Beneficium bezeichnet in merowingischer Zeit technisch nur die kirchliche Leihe, und zwar die Leihe auf 5 Jahre. Seit ungefähr 740 wird die Form der kirchlichen Beneficien auch auf königliche Verleihungen angewandt: von jetzt ab heissen die königlichen Leihen beneficia. Daran knüpft D. eine unbegründete Polemik gegen Brunner: er bekämpft die Ansicht, dass schon die merowingische Zeit zwischen Beneficium und Precaria im Sinne von Lehngut und Zinsgut unterschieden habe. Brunner hat aber diese Ansicht gar nicht für die merowingische Periode ausgesprochen, sondern für die Zeit nach Karl Martell.

Was die persönlichen Elemente des Lehenswesens anlangt, so bestreitet D., dass der Antrustionat eine Wurzel der Vassallität sei. Der Antrustionat ist viel zu früh untergegangen, um eine solche Bedeutung erlangen zu können. Die Vassallität ist nicht nur dem Namen, sondern auch der Sache nach keltischen Ursprungs.

Die Immunität hat eine negative und eine positive Seite. Die negative Immunität, die Befreiung von den öffentlichen Lasten, ist die ältere und nur auf sie passt der Name „Freiung". In den späteren Urkunden tritt stets die positive Immunität hinzu: die öffentlichen Leistungen werden für den Immunitätsherrn erhoben. Der Ausschluss der öffentlichen Beamten bildet nicht den eigentlichen Inhalt der Immunität, sondern ist nur eine Folge derselben. Die Immunität ist nicht

denkbar ohne ein besonderes Immunitätsgericht. Zuweilen wird die Verleihung der Immunität an eine Kirche ausdrücklich damit begründet, dass die Kirche auf ehemals fiscalischem Boden stehe, nach D. ein schlagender Beweis für die Herkunft der Immunität aus dem römischen Domanialrecht.

Es ist nicht leicht ein Gesammturtheil über Dahns Werk abzugeben. Eine durchaus originelle Auffassung und eine Fülle neuer Gesichtspunkte zeichnen das Buch entschieden aus und verleihen ihm einen gewissen Werth, auch neben den vorzüglichen Darstellungen der fränkischen Verfassungsgeschichte, die wir Brunner und Andern verdanken. Einzelne Abschnitte sind nach Inhalt und Form recht gut gelungen. Dagegen müssen andere Partien als gänzlich verfehlt angesehen werden. Mangelhaft sind häufig die Schilderungen spätrömischer Zustände, sehr anfechtbar auch die sprachlichen Erklärungen, an die sich D. zuweilen heranwagt. D. wirft Waitz mehrfach vor, er lasse es an einer klaren Begriffsbestimmung fehlen: ganz denselben Vorwurf können wir D. selbst machen. Es dürfte z. B. äusserst schwer halten, sich nach seiner Darstellung ein Bild von dem Institut der Rachinburgen zu machen, und wir haben vorhin beim Thunginus und beim Domesticus andere Beispiele für Dahns Unklarheit kennen gelernt. Dazu kommt nun noch seine masslose Polemisirsucht: oft hält er es für nöthig, sich mit längst überwundenen und begrabenen Ansichten herumzuschlagen. Vor lauter Polemik kommt er häufig zu gar keiner zusammenhängenden Darstellung. Sein Buch macht daher einen merkwürdig zerhackten Eindruck und ist alles Andere eher, als eine genussreiche Lectüre.

Leider ist das Buch Dahns auch von einer gewissen Flüchtigkeit nicht freizusprechen. Lästig sind schon die häufigen Wiederholungen: der Grundsatz der persönlichen Rechte wird zweimal behandelt (VII, 1, 132 und 3, 1); ebenso die Verfassung des königlichen Hofhaltes (VII, 1, 187 und 3, 494) und die Anfänge des Beneficialwesens (VII, 1, 212 und 3, 301). Flüchtig ist es zu nennen, wenn von den französischen Ortsnamen ein grosser Theil falsch geschrieben ist, z. B. Avanche statt Avenches, Périgeux statt Périgueux, Gemblours statt Gembloux u. s. w., oder wenn für denselben Ort verschiedene Namen gebraucht werden, wie Stablo und Stavelot, Resbach und Rebaix. Schlimmer sind einige sachlichen Widersprüche. Nach VII, 1, 29 n. 6 zählt eine altgermanische Hundertschaft höchstens 1000 Köpfe, ein Gau 63250. Zu unserer grossen Ueberraschung erfahren wir jedoch S. 91, dass sich die Kopfzahl der Hundertschaft auf „allerhöchstens 1500", die des Gaues auf „über 26000" belief. Ganz Erstaunliches aber leistet D. in der Erklärung der Wörter cariofilum und garum, die in einer Markulfischen Formel (MG. LL. Form. S. 49. 415) und anderswo auftreten. VII, 3, 122 setzt er zu cariofile ein Fragezeichen; S. 148 hat er die Bedeutung des Wortes entdeckt und setzt cariofilum = cariobellum, Meerrettig. Dagegen entnimmt er S. 149 — also eine Seite später — einem Briefe von Ferdinand Cohn wieder eine neue und jetzt offenbar die richtige Erklärung: cariofilum (ital. garofalo, frz. giroflée) ist die Gewürznelke. Das Wort garum erläutert

D. VII, 3, 148 als „Fischbrühe oder ein Gewürz oder ein Getränk" und kommt zum Ergebniss, es müsse doch eine Flüssigkeit sein. S. 150 übersetzt er garum schlechtweg mit „Brühe". S. 122 aber lernen wir wieder eine neue Ansicht Dahns kennen: garum „nicht mehr Fischbrühe, sondern ein unbekanntes Gewürz". Man würde ja auf all diese Kleinigkeiten gar kein grosses Gewicht legen, wenn sie nicht für die ganze Arbeitsweise Dahns so sehr bezeichnend wären.

Heidelberg. R. His.

L. Stouff, Étude sur le principe de la personnalité des lois depuis les invasions barbares jusqu'au 12e Siècle (Extrait de la Revue bourguignonne de l'enseignement supérieur). Paris, Larose, 1894. 102 S. 8°.

Die Schrift von Stouff enthält eine gründliche Erörterung der interessanten Frage nach dem Personalitätsprincip in den germanischen Rechten. Leider hat der Verfasser die deutsche Litteratur, besonders die Forschungen Brunners und den inhaltsreichen Aufsatz von K. Schulz (i. d. Z. d. Ver. f. thüring. Gesch. 9, 155) zu wenig verwerthet. Auch die Benutzung veralteter Quellenausgaben kann man ihm mitunter zum Vorwurf machen.

In der Einleitung kommt St., im Gegensatz zu Brunner, zu dem Ergebniss, dass der Grundsatz der Personalität allen germanischen Rechten gemeinsam sei. Die gleiche Ansicht ist neuerdings von Dahn (Könige der Germanen, 7, 3, 10—16) und Schröder (Histor. Zeitschrift 42, 194 ff.) vertreten worden. St. nimmt eine Ausnahmestellung des ostgothischen Italiens an, aber das Edict Theoderichs will ja nur bestimmte Fälle regeln, quae possunt saepe contingere: im Uebrigen lebt jedes Volk nach seinem Recht. Dass für die Ostgothen gothisches Recht galt, beweist der civis Brixianus Stavila vivens secundum legem Gothorum in der bekannten Urkunde von 769: die Ostgothen werden nicht erst nach dem Untergang ihres Reiches angefangen haben, nach ihrem Stammesrecht zu leben. St. kommt dann auf die professiones iuris zu sprechen, versäumt aber hinzuzufügen, dass der Ausdruck nicht quellenmässig ist.

Der erste Theil behandelt die Anwendung des Grundsatzes auf die verschiedenen Personenclassen. Die Kirche lebt bekanntlich nach römischem Recht, die Geistlichkeit nördlich der Alpen nach ihrem Stammesrecht. In Italien schwankt das Verhältniss des Klerus zum Personalitätsprincip hin und her, häufig bekennen sich Geistliche zum römischen Rechte, bis dann im 11. Jahrhundert die Kirche mit ihrem Verlangen nach ausschliesslicher Geltung des römischen Rechtes durchdringt. Nicht stichhaltig ist St.s Behauptung, der italienische Adel habe mit Vorliebe salfränkisches Recht angenommen. Man begreift nicht wohl, warum das salische Recht als das vornehmste hätte gelten sollen, während doch die Könige seit Pipin dem ripuarischen Stamme ange-

hörten. Die Adeligen, die sich für Franken erklären, können sehr wohl die Nachkommen eingewanderter Franken sein. Die Bemerkung Ottos von Freising, auf die St. sich beruft, geht auf das sogenannte salische Gesetz und hat mit dem Volksstamm der Salier nichts zu thun.

Der zweite und umfangreichste Theil des Buches behandelt eine Frage, die streng genommen gar nicht zur Sache gehört: die allmähliche Ausgleichung der Stammesrechte durch gegenseitige Annäherung aneinander. Dabei räumt St. dem römischen Recht eine viel zu grosse Bedeutung ein. Man kann doch nicht sagen, die Lex Ribuaria sei „von römischen Einflüssen beherrscht" oder das gemeine Civilrecht des fränkischen Reiches sei in der Hauptsache römisch gewesen. Und es ist eine ungeheure Uebertreibung, wenn St. behauptet, die staatsrechtlichen Institute der germanischen Königreiche seien „fast alle römischen Ursprungs".

Im dritten Theil erörtert St. die Collision der Stammesrechte und bespricht die einzelnen Fälle im Eherecht, Vertragsrecht, Strafrecht und Process. Was das Eherecht angeht, so richtet sich der Muntschatz nach dem Rechte der Frau. Ebenso ist es zu erklären, wenn der Langobarde, der eine fränkische Wittwe heirathet, den Reipus zahlen muss: das ist nicht eine Ausnahmebestimmung, wie St. meint, sondern ein Ausfluss des allgemeinen Princips.

Nicht richtig ist St.s Behauptung, dass bei Verträgen mit Stammfremden römisches Recht gegolten habe. Ganz unklar aber sind seine Ausführungen über das Strafrecht: Lex Rib. art. 36 beweist nicht, dass sich das Wergeld nach dem Recht des Todtschlägers bestimmte, sondern das Gegentheil. Dagegen richtet sich die peinliche Strafe und die eventuelle Ablösung derselben nach dem Stammesrechte des Thäters. In karolingischer Zeit ist allerdings das Recht des Thäters zuweilen auch für die Busse massgebend (Brunner, RG. 1, 262). Im Allgemeinen aber dringt seit dem 9. Jahrhundert der Gedanke von der Geltung der Lex loci siegreich vor.

Heidelberg. R. His.

E. Huber, Die Bedeutung der Gewere im deutschen Sachenrecht. Festschrift der Berner Universität zur Jubelfeier der Universität Halle. Bern 1894. 84 S. 4°.

Die Schrift Hubers enthält einen neuen Beitrag zu der so oft schon behandelten Lehre von der Gewere. Sie fusst im Allgemeinen auf den Arbeiten Heuslers, sucht aber die Aufgabe noch tiefer zu erfassen, einen Einblick zu gewinnen in die Werkstatt des rechtserzeugenden Geistes. Ueberall wird die Frage nach dem Warum aufgeworfen: wie kommt es, dass sich die Parteien nur auf die Gewere, nicht auf das Recht berufen; wie kommt es, dass das Gericht nur über die Gewere sein Urtheil fällt u. s. w.

Zunächst behandelt H. die dreifache Wirkung der Gewere: Defensivwirkung, Offensivwirkung und Translativwirkung. Die Offensiv-

wirkung besteht darin, dass Berufung auf eine frühere Gewere die mangelhafte Gewere des Gegners bricht. Die Translativwirkung kommt zum Ausdruck in dem Satze, dass nur der über die Sache verfügen kann, der die Gewere hat.

Im zweiten Theil zerlegt H. die Gewere in ihre Elemente, thatsächliche Herrschaft über die Sache und Behauptung eines dinglichen Rechtes. Vortrefflich ist dabei der Gegensatz des römischen Besitzwillens und des deutschen animus possidendi hervorgehoben. Bei der vielumstrittenen Frage, ob mehrfache Gewere an einer Sache möglich sei, stimmt H. im Ganzen nicht mit Heusler, sondern mit Laband überein. Mehrfache Gewere liegt vor nicht nur bei der Schenkung mit Vorbehalt des lebenslänglichen Niessbrauchs (dies hatte auch Schröder angenommen), sondern auch bei der freien Leihe. Eigenthümlich ist die Beantwortung der Frage für das Lehnrecht. Hier nimmt H. zwei Entwickelungsstufen an. Ursprünglich steht die Gewere nach Landrecht nur dem Lehnsherrn, die Gewere nach Lehnrecht dem Vassallen zu. Später aber verwandelt sich die Gewere des Lehnsherrn in ein Hoheitsrecht, dem Vassallen wird auch die landrechtliche Gewere am Lehnsgute zugestanden.

Der dritte Theil gibt zunächst eine Kritik der verschiedenen Ansichten über die Bedeutung der Gewere. H. sieht seinerseits ähnlich wie Heusler in der Gewere die Form der dinglichen Rechte. Ihre Hauptaufgabe liegt in der formalen Legitimation: im Allgemeinen gilt der Inhaber der Gewere ohne weiteres als der dinglich Berechtigte und die Existenz des materiellen Rechts wird nur dann untersucht, wenn ein älterer Inhaber der Gewere die jüngere Gewere brechen will.

Der interessanteste Abschnitt des Buches ist wohl derjenige, welcher die Vorgeschichte der Gewere enthält. In der germanischen Urzeit fallen Eigenthum und Gewere zusammen, auch Satzung und Leibzucht treten Dritten gegenüber in der Form des Eigenthums auf. Im Mittelalter wird der Rechtsverkehr mannichfaltiger, neue dingliche Rechte treten auf, kleiden sich aber alle in die Form der Gewere. Sehr lehrreich ist auch die Nachgeschichte der Gewere, die Geschichte ihrer Beeinflussung und Umgestaltung durch das römische Besitzrecht. Die Gewere selbst geht unter, aber ihre formale Wirkung bleibt erhalten, um dann besonders im modernen Grundbuchrecht ihren Ausdruck zu finden.

Im Anschluss an die Gewere verfolgt H. die Geschichte dreier Institute, die, seiner Ansicht nach, eine analoge Entwickelung durchgemacht haben sollen: Kauf, Munt, Genossenschaft. Aber der Verlauf war hier doch ein anderer. Der Kauf z. B. ist in der Urzeit ein Vertrag, durch welchen eine Person oder Sache in die Herrschaft eines Andern gegeben wird. Später „zieht sich das Institut auf ein engeres Gebiet zurück" und macht anderen Rechtsgeschäften Platz: der Kauf dient nur noch der Uebergabe einer Sache „zu voller Herrschaft". Die Gewere hingegen, ursprünglich mit dem Eigenthum identisch, bleibt auch später die Form, hinter der sich die mannichfachen dinglichen Rechte bergen.

Der Referent verdankt den klaren und geistvollen Ausführungen H.'s reiche Anregung und Belehrung. Allerdings kann er dabei ein leises Bedenken nicht unterdrücken, ob nicht vielleicht H. in seinem Bestreben alles zu erklären zu weit gegangen, ob nicht seine Constructionen ein allzu künstliches Gepräge tragen und ob er nicht zuweilen dem altdeutschen Rechte Gedanken unterschiebe, die diesem thatsächlich fremd gewesen sind.

Heidelberg. R. His.

L. Guérin, Étude sur la procédure criminelle en Angleterre et en Écosse (Extrait du Bulletin de la Société de Législation comparée). Paris, Pichon 1890. 63 S. 8°.

Die Abhandlung Guérins enthält eine kurze Skizze des heutigen englischen und schottischen Strafprocesses, kann also in dieser Zeitschrift keine ausführliche Besprechung beanspruchen. Wenn trotzdem mit einigen Worten darauf hingewiesen wird, so geschieht dies deswegen, weil der englische Strafprocess noch so manches interessante Rechtsinstitut früherer Jahrhunderte beibehalten hat. Um nur zwei Beispiele zu nennen, so spielt das alte Verfahren upon hue and cry, d. h. bei handhafter That, noch heute eine Rolle und die Wurzeln der heutigen Friedensbürgschaft reichen zurück bis in die angelsächsische Zeit. G. verweist zwar nur auf die Leges Edwardi des 12. Jahrhunderts, aber die Friedensbürgschaft findet sich schon in den Gesetzen König Aethelstáns (924—940). Dass König Aelfréd die gegenseitige Haftung der Mitglieder einer Zehntschaft (tithing, frithborh) eingeführt habe, behaupten G. und sein Gewährsmann Blackstone auf Grund einer sehr unzuverlässigen Angabe Wihelms v. Malmesbury († 1148). Wahrscheinlich ist die Einrichtung erst unter den normännischen Königen in's Leben gerufen worden.

Heidelberg. R. His.

Das Kieler Erbebuch (1411—1604). Im Auftrage der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte bearbeitet und herausgegeben von Chr. Reuter. Kiel 1887. H. Eckardt.

Mit Rücksicht darauf, dass die Stadtbücher die wichtigste Erkenntnissquelle des Stadtrechtes sind, ist jede Stadtbuchausgabe mit besonderer Freude zu begrüssen, zumal wenn sie wie die vorliegende von einem Schriftsteller veranstaltet ist, der sich bereits wiederholt auf diesem Gebiete in zweckentsprechender Weise bethätigt hat.

Das Werk zerfällt in eine ausführliche Einleitung, den Text des Kieler Erbebuches (1411—1604) und mehrere umfangreiche Register.

Die Einleitung ist gegliedert in vier Theile. In ihrem ersten Theile, der die Ueberschrift „Das Erbebuch“ trägt, berichtet der Herausgeber zunächst über die Zeit der Anlage dieses Stadtbuches

und gelangt dabei zu dem Ergebnisse, dass das Buch, dessen erste Hälfte (244 Blätter) verloren ist, im Jahre 1302 angelegt sei. Als Namen des Buches werden nachgewiesen liber hereditatum und ervebok. Was den Zweck und den Inhalt des erhaltenen Theiles betrifft, so meint der Herausgeber, dass er mit verschwindend geringen Ausnahmen dazu gedient habe, „die vor dem Rate erfolgten Verlassungen von bebauten städtischen Grundstücken aufzunehmen" (S. VII). Wir können dem nicht beistimmen. Wie Reuter selbst (S. XXIII, vgl. auch Register S. 367) hervorhebt, ist die Formel der meisten Eintragungen zunächst: Hereditas sita in platea A. pertinet B., und erst seit 1579 wird die Auflassung beurkundet. Es steht keineswegs fest, dass der Rechtsgrund des Eigenthumes (pertinere) stets eine Auflassung war, wie denn auch nicht selten andere Gründe angeführt sind (vgl. S. XIVf. und S. 367 f.). U. E. sollte das Buch dienen schlechthin zur Beurkundung des Eigenthumserwerbes an Liegenschaften, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie bebaut oder unbebaut waren. Daneben finden sich zahlreiche Eintragungen anderen Inhaltes (vgl. S. XIV f. und S. 369, VI). Für die Eintragung von Grundrenten war grundsätzlich ein besonderes Rentebuch bestimmt (das von 1300 bis 1487 reichende ist von Reuter 1893 herausgegeben worden). Indessen sind wohl regelmässig die auf den Liegenschaften lastenden Renten im Erbebuche angegeben, zumal wenn sie bei der Veräusserung der Liegenschaften vorbehalten wurden (vgl. S. 369, V), worauf Reuter nicht gebührend hinweist. Die Sprache, in der das Erbebuch geführt wurde, ist bis zum Jahre 1471 lateinisch (abgesehen von einigen niederdeutschen Eintragungen), von da an niederdeutsch und seit 1601 hochdeutsch. Auffallenderweise hat der Herausgeber es unterlassen, in der Einleitung über die Randbemerkungen Auskunft zu geben und sie, soweit dies erforderlich war, bei dem Textabdrucke zu veröffentlichen. Die durch den Referenten vorgenommene Untersuchung der in der Kieler Universitätsbibliothek befindlichen Handschrift hat zu folgendem Ergebnisse geführt. Drei Arten von Randbemerkungen sind (abgesehen von den Textverbesserungen) zu unterscheiden: 1. der Name des in der Eintragung genannten oder des späteren Eigenthümers der Liegenschaft, zuweilen vorkommend und mitunter von späterer Hand als der der Eintragung geschrieben; 2. der häufiger auftretende, von gleicher Hand wie der der Eintragung geschriebene Vermerk Nota; 3. der von Anfang an bis zu Ende sich neben jeder Eintragung findende, von derselben Hand wie derjenigen dieser geschriebene Name der Strasse oder des Platzes, wo das in der Eintragung genannte Grundstück lag. Keine dieser drei Arten ist unwesentlich. Sie dienten sämmtlich zur Erleichterung des Nachschlagens der Eintragungen; bei der ersten und dritten Art leuchtet dies sofort ein, und die Bedeutung des Notavermerkes wird man unschwer erkennen, wenn man die damit versehenen Eintragungen mit den übrigen vergleicht. Beim Textabdrucke sind die Bemerkungen der ersten Art regelmässig angegeben, aber nicht immer (z. B. nicht bei Nr. 301, neben der Burmester steht), die der zweiten Art fehlen sehr häufig (z. B. bei

Nr. 59. 60. 61. 74. 82. 89. 135. 194), die der dritten Art sind nur ganz selten angegeben, und zwar anscheinend nur, wenn die Strasse in der Eintragung selbst nicht genannt ist. Mit der Behandlung der dritten Art beim Textabdrucke kann man durchaus einverstanden sein, aber auf jeden Fall hätte in der Einleitung das durchgehende Vorhandensein dieser Randbemerkungen scharf hervorgehoben werden müssen. Allerdings erwähnt Reuter in der Einleitung ein paarmal nebenbei solche Bemerkungen (S. XVII A. 4. XVIII A. 5. XLVII), und zwar in einer Form, die nur verständlich wäre, wenn der Leser mit dem ständigen Vorkommen dieser Bemerkungen bekannt gemacht worden wäre. Nirgends aber wird gesagt, dass sie sich neben allen Eintragungen finden. So wird der Herausgeber nicht im Entferntesten ihrer Bedeutung gerecht, sind sie doch eine der interessantesten Erscheinungen in der veröffentlichten Handschrift: es ist einer der mannichfachen bei der Stadtbücherforschung bekannt gewordenen Versuche, die Mängel der rein chronologischen Grundbuchführung einigermassen zu heben. Selbst wenn Reuter diese Bedeutung der Angabe der Strassen am Rande nicht erkannt hat, so wäre doch ein entsprechender Hinweis schon wegen der nothwendigen genauen Beschreibung der Handschrift erforderlich gewesen.

In dem zweiten Theile der Einleitung spricht der Herausgeber von den Rechtsgeschäften. Bei diesen Ausführungen macht sich ebenso wie bei der Uebersicht über die Rechtsgeschäfte S. 366 ff. der Mangel genügender Rechtskenntniss fühlbar. Man wird hieraus dem Herausgeber, der nicht Jurist ist, keinen Vorwurf machen können, höchstens daraus, dass er über Dinge geschrieben hat, zu deren Beurtheilung eine ihm fehlende fachmännische Bildung erforderlich ist. Solche Erörterungen haben unserer Meinung nach keinen Zweck. Der Jurist, der ein Stadtbuch gewissenhaft benutzen will, kann nicht umhin, dasselbe von Wort zu Wort durchzuarbeiten, wenn er auch dem Herausgeber für sachgemässe Unterstützung dabei dankbar sein wird, und demjenigen, welcher sich damit begnügen will, von Nichtfachleuten verfasste Einleitungen zu berücksichtigen, können diese nur schaden. Immerhin erkennen wir wie schon bei der Besprechung seiner Ausgabe des Kieler Rentebuches (Juristisches Litteraturblatt, Jahrg. 1893 S. 68f.) gern an, dass sich Reuter redlich bemüht hat, seiner schweren Aufgabe gerecht zu werden. Reuter ist offenbar die Bedeutung der Auflassung nicht klar: das ergibt sich u. A. daraus, dass er von „Auflassungen und Wechsel im Besitz von Immobilien" spricht (S. 370. 367 f.), und dass er unter „Uebersicht über die Auflassungen" (S. 366 ff.) den Erwerb im Erbgange und durch Richterspruch erwähnt. Die Behauptung, „dass rechtes Eigenthum erst durch Zuschreiben im Stadtbuche erworben wurde" (S. XXV), wird nicht begründet. Dass in einer Bursprake von 1563 gesagt wird, dass der Kauf einer Liegenschaft ungiltig sein solle, wenn die Auflassung und Eintragung nicht erfolgt sei (S. XIX), ist zwar ein Beweis dafür, dass im Jahre 1563 die Eintragung beim Verkaufe nothwendig war, nicht aber auch dafür, dass sie damals auch

in anderen Fällen und in jenem Falle früher und später nothwendig war. Was die Veräusserung von Liegenschaften an Nichtbürger anlangt, so war diese in früherer Zeit wie in Lübeck so auch in Kiel verboten. Reuter bezeichnet die Behauptung des Referenten in dessen Schrift über das Lübecker Ober-Stadtbuch, dass jenes Verbot in Lübeck um die Wende des 14. zum 15. Jahrhundert nicht mehr bestand, als nicht bewiesen (S. XXXVI). Auf der von Reuter angeführten Seite (204) hat Referent allerdings diesen Nachweis nicht gebracht, wohl aber auf den vorhergehenden Seiten, wo gezeigt worden ist, dass der Verkauf, die Vergabung und die Verpfändung von Liegenschaften an Nichtbürger damals gestattet war, sie ihnen aber im Ober-Stadtbuche (Grundbuche) nicht zugeschrieben werden durften. Die Zuschreibung geschah hier an Bürger; solchen Eintragungen des Ober-Stadtbuches entsprechen aber Eintragungen im Nieder-Stadtbuche, in denen der Bürger bekennt, dass die ihm in jenem zugeschriebene Liegenschaft veraciter et iuste einem bestimmten Nichtbürger gehöre (appertinere) und ihm, dem Bürger, nur zu treuen Händen dieses Nichtbürgers zugeschrieben sei. Aehnlich in Kiel seit derselben Zeit; z. B. heisst es in No. 9 der vorliegenden Ausgabe (1411): „Illa hereditas..... pertinet domino Hermanno Bergh presbitero..... Et est asscripta ad fideles manus Curd Bruers". Da das Veräusserungsverbot nicht mehr bestand, kann man nicht mit Reuter in der Zuschreibung der Liegenschaften an Bürger zu treuen Händen der Nichtbürger eine Umgehung desselben erblicken. (Wenn Reuter sagt, dass Häuser Nichtbürgern zur treuen Hand zugeschrieben würden, so ist dies vielleicht weniger ein Missverständniss als eine ungenaue Ausdrucksweise). Uebrigens widerspricht der Herausgeber selbst seiner Behauptung, dass das Verbot noch in Kraft war, indem er sagt, „dass wir es mit einer gewohnheitsmässigen Umgehung des geschriebenen Rechtes zu thun haben"; denn damit sagt er dasselbe, was wir gesagt haben, und was der Jurist so ausdrückt: Beseitigung eines Satzes des gesetzten Rechtes durch einen neuen gewohnheitsrechtlichen Satz.

Dem dritten Theile der Einleitung, der die Ueberschrift trägt: „Zur Ortskunde der Stadt Kiel" stimmen wir im Allgemeinen bei.

Im vierten Theile der Einleitung gibt der Herausgeber Kunde von den Grundsätzen, die ihn bei der Einrichtung der Ausgabe geleitet haben. Dass bei Lücken meist die Grösse in Centimetern angegeben ist, erscheint uns mit Rücksicht auf die verschiedene Grösse der Schrift überflüssig. Für durchaus unangebracht halten wir die vom Herausgeber gebrauchten Kürzungen der Schlussformeln der Eintragungen. Auf diese Weise werden deren juristische Verschiedenheiten nicht ersichtlich. So wird z. B. „cum omnibus etc." sowohl für „cum omnibus pertinentiis" gesagt als auch für „cum omnibus libertatibus" und „cum omnibus distinctionibus". Und wenn es heisst „Redditus etc." für „Redditus pro N. N.", so ist damit auch historisch Bedeutsames verschwiegen.

Der Abdruck der Handschrift ist, abgesehen von dem früher über manche Randbemerkungen Gesagten, nach den vom Referenten vorgenommenen Stichproben zu urtheilen, correct.

Die Register (Register der Personen- und Ortsnamen, topographisches Register der Stadt Kiel, Wort- und Sachregister) sind sorgfältig gearbeitet.

Wenn wir auch manche Ausstellungen haben machen müssen, so erkennen wir doch an, dass der Herausgeber auf seine Arbeit grossen Fleiss verwendet hat, und dass diese auch in der vorliegenden Gestalt wohl geeignet ist, der Forschung gute Dienste zu leisten.

Kiel. Paul Rehme.

Georg Waitz, Abhandlungen zur deutschen Verfassungs- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Karl Zeumer (a. u. d. T. Gesammelte Abhandlungen von Georg Waitz, 1. Band). Göttingen, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, 1896. XIII und 601 S. 8°.

Die Herausgabe einer Sammlung der vielfach zerstreuten und zum Theil kaum noch aufzutreibenden kleinen Schriften von Georg Waitz war ebensowohl eine Schuld der Wissenschaft gegen sich selbst, wie ein unerlässlicher Act der Pietät gegen den heimgegangenen Meister, dessen wissenschaftliche Entwickelung durch ein halbes Jahrhundert hindurch ebenso wie seine ungewöhnliche Vielseitigkeit und Bedeutung hier ganz besonders hervortritt. Mit Staunen über die unvergleichliche Arbeitskraft dieses Gelehrten muss schon die von Ernst Steindorff herausgegebene „Bibliographische Uebersicht" (Göttingen 1886) mit ihren 743 Nummern erfüllen. Den von ihm entworfenen und sorgfältig vorbereiteten Plan zur Ausführung kommen zu sehen, war Steindorff nicht mehr vergönnt, aber alles Erforderliche war bereits zwischen ihm und den Herausgebern vereinbart und genau festgestellt. Hiernach zerfällt die Sammlung, entsprechend den beiden Hauptrichtungen des Verfassers, in zwei Abtheilungen, von denen die eine die Rechts- und Verfassungsgeschichte, die andere die Quellengeschichte zum Gegenstande hat. Die Herausgabe der zweiten Abtheilung, der eine Biographie von Waitz beigefügt werden soll, liegt in den Händen von Holder-Egger. Die erste, zur Zeit allein vorliegende Abtheilung verdanken wir Karl Zeumer, der auch hier wieder wie bei dem 5. Bande der Verfassungsgeschichte in pietätvollster Weise seine hervorragende Arbeitskraft ganz in den Dienst des verewigten Lehrers gestellt hat. Neben dem Gefühle der inneren Befriedigung wird dem Herausgeber für den Act selbstentsagender Liebe der Dank der wissenschaftlichen Welt, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, reichlich zu Theil werden.

Den Hauptbestandtheil der Sammlung bilden die bis S. 410 reichenden Aufsätze, an ihrer Spitze das Kieler Universitätsprogramm zur 1000jährigen Feier des Verduner Vertrages, sodann, als zwei Aufsätze

„Zur deutschen Verfassungsgeschichte“ zusammengefasst, mehrere an eigenen Ausführungen reiche litterarische Anzeigen. Ihnen schliessen sich die bekannten akademischen Abhandlungen über die altdeutsche Hufe, die Anfänge der Vassallität und die Münzverhältnisse des fränkischen Reiches an, weiter der Artikel „Lehnwesen“ aus dem deutschen Staatswörterbuch und unter der Ueberschrift „Die Anfänge des Lehnwesens“ die ausführliche Kritik über Roths Feudalität und Unterthanenverband (aus der Historischen Zeitschrift XIII), ferner die quellenkritischen Arbeiten über die Lex Baiuvariorum, die hauptsächlich gegen Heusler gerichtete akademische Abhandlung über das Mundium und drei kleinere Aufsätze quellenkritischen Inhalts. Zwei in der Akademie gelesene Aufsätze über das Heerwesen und die Verfassungskämpfe des deutschen Reiches vom 10. bis 12. Jahrhundert (Nr. 175 und 182 in der Bibliographischen Uebersicht von Steindorff) haben fortbleiben müssen, weil die Manuscripte nicht aufzufinden waren; wahrscheinlich hatte der Verf. dieselben vernichtet, nachdem er ihren Stoff vollständig für seine Verfassungsgeschichte verarbeitet hatte. Den Schluss der Sammlung bilden Bücherbesprechungen aus den Göttingischen gelehrten Anzeigen und der Historischen Zeitschrift. Von den zahlreichen Recensionen, welche die Bibliographische Uebersicht verzeichnet, hat nur ein Theil Aufnahme gefunden. Ueber das Mehr oder Weniger liesse sich in einzelnen Fällen rechten, durchaus zu billigen ist aber der Standpunkt des Herausgebers, dass nur solche Anzeigen, die zugleich Eigenes enthalten, aufzunehmen waren.

Dass der Herausgeber auf Grund einer ausdrücklichen Bezugnahme von Waitz S. 403 ff. eine von ihm selbst herrührende, die Capitularienkritik betreffende, noch ungedruckte Ausführung eingeschaltet hat, verdient gewiss Dank, ebenso aber die bis auf den Buchstaben durchgeführte Festhaltung an dem, was Waitz selbst geschrieben hat. Nur augenscheinliche Versehen sind verbessert und Citate nach älteren Quellenausgaben durch Beifügung der nach neueren Ausgaben sich ergebenden in Klammern ergänzt. Nur bei der Abhandlung über die altdeutsche Hufe wurden die schwer aufzufindenden Urkundencitate durch Verweisungen auf Wartmanns Urkundenbuch von St. Gallen in erwünschter Weise erweitert. Bei allen in die Sammlung aufgenommenen Stücken sind die Seitenzahlen des ursprünglichen Druckes am Rande vermerkt.

R. Schröder.

Georg Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. VI (Die deutsche Reichsverfassung von der Mitte des 9. bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts, II. Bd.), zweite Auflage, bearbeitet von Gerhard Seeliger. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1896. XIV u. 625 S. 8°.

Die von Seeliger bearbeitete 2. Auflage des 6. Bandes der deutschen Verfassungsgeschichte beruht auf denselben Principien und ver-

dient dieselbe rückhaltlose Anerkennung, wie die Band 17, 175 dieser Zeitschrift besprochene Bearbeitung des 5. Bandes von Zeumer. Nur darin ist Seeliger von Zeumer abgewichen, dass er, um ein zu grosses Anschwellen des neuen Bandes zu verhüten, wo Aenderungen des früheren Wortlauts nothwendig geworden sind, diesen nicht noch einmal abgedruckt hat. Derartige Aenderungen sind nur vorgenommen, wo offenbare Irrthümer vorlagen oder wo neuere Untersuchungen oder Quellenpublicationen die früheren Ausführungen unhaltbar gemacht haben; überall, wo der Herausgeber nicht sicher überzeugt sein konnte, dass auch Waitz die Aenderung vorgenommen haben würde, ist die dissentirende Ansicht des Herausgebers nur in einer Note zum Ausdruck gebracht worden (vgl. S. 6. 10. 61. 128. 208. 232. 301. 543. 547). Alle Zusätze und Aenderungen des Herausgebers sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Der ungeheuren Arbeit, sämmtliche Citate zu vergleichen, hat der Herausgeber sich mit aufopfernder Gewissenhaftigkeit unterzogen. Falsche Citate sind berichtigt, solche aus älteren Ausgaben auf die neueren zurückgeführt, alle Citate aus Königsurkunden mit der entsprechenden Regestnummer versehen. In der Citirart ist grössere Gleichmässigkeit und möglichste Kürze durchgeführt worden. Nur etwa 20 Citate haben sich nicht auffinden lassen; sie sind durch ein [?] bezeichnet. Die neuere Litteratur ist erschöpfend, neueres Quellenmaterial nach Möglichkeit, aber selbstverständlich ohne systematische Ausbeutung herangezogen worden. Die auf diese Weise entstandenen Zusätze sind sehr bedeutend, der Umfang des Bandes ist von 506 auf 624 Seiten gestiegen. Bedeutende Nachträge hat schon der 5. Abschnitt „Lehnwesen" erhalten, man sehe besonders S. 12. 60 Note 4. 83 Note 3. 91. Weniger umfangreich sind die Zusätze des 6. Abschnittes „Der König" (wir machen auf S. 199. 202. 204. 232f. 248. 250. 253. 264 aufmerksam) und des 8. „Recht und Gewalt im Reich" (vgl. S. 499 Note 1. 539). Dagegen hat der 7. Abschnitt „Der Hof, die Reichsregierung und die Reichsversammlung" in den die Kanzlei behandelnden Theilen eine förmliche Umarbeitung erfahren (vgl. S. 345—373, über die Intervenienten bei Königsurkunden S. 396), welche durch die grossen, gerade auf diesem Gebiete erzielten Fortschritte der neueren Wissenschaft unerlässlich geworden waren. Man kann den von dem Herausgeber gemachten Aenderungen wohl kein besseres Lob spenden, als durch die Anerkennung, dass man dieselben in gleicher Weise von Waitz hätte erwarten dürfen, wenn ein gütiges Geschick ihm noch selbst die Neubearbeitung vergönnt haben würde.

Seeliger bezeichnet das, was er für das Werk gethan hat, als „Kärrnerdienst". Wir glauben ihm und Zeumer nicht zu viel zu sagen, wenn wir ihre Leistung der Mosaikarbeit eines Künstlers vergleichen.

R. Schröder.

Das Recht. Rundschau für den deutschen Juristenstand. Herausgegeben von H. Th. Soergel. München, Seitz & Schauer.

Die Zeitschrift für Rechtsgeschichte lehnt es im Allgemeinen ab, auf den Inhalt anderer Zeitschriften einzugehen, doch wollen wir es nicht unterlassen, auf diese seit Anfang dieses Jahres erscheinende Zeitschrift aufmerksam zu machen. Dieselbe will in erster Reihe eine Zeitschrift von Praktikern für Praktiker sein, aber sie zeigt zugleich in erfreulicher Weise, wie der früher zu beiderseitigem Nachtheil so schwer empfundene Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in der deutschen Rechtswissenschaft völlig verschwunden ist. Unter den Mitarbeitern findet sich eine grosse Zahl rühmlichst bewährter juristischer Schriftsteller, und die grosse Zahl der besprochenen Werke zeugt von dem Eifer und der Umsicht, womit gearbeitet wird. In erster Reihe sind Berichte (nicht ausführliche Kritiken) über alle juristischen und volkswirthschaftlichen Neuerscheinungen, soweit sie für den Praktiker von Belang sind, und zwar in möglichst rascher Zeitfolge, in's Auge gefasst. An die Bücherbesprechungen reiht sich regelmässig eine Bücherschau, in welcher die Neuerscheinungen vollständig zur Aufzählung gelangen. Wir können der neuen Zeitschrift nur guten Fortgang wünschen.

R. Schröder.

Lex Salica, herausgegeben von J. Fr. Behrend, 2. veränderte und vermehrte Auflage von Richard Behrend. Weimar 1897. Hermann Böhlaus Nachfolger. XII und 237 S. 8°.

Die treffliche Ausgabe der Lex Salica von Behrend war seit Jahren vergriffen und es ist daher mit Freuden zu begrüssen, dass die Opferwilligkeit der Verlagsbuchhandlung und die treue Fürsorge des Sohnes für das Werk seines Vaters ihr Wiedererscheinen in einer dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprechenden Gestalt ermöglicht haben. Die Arbeit, welche Richard Behrend auf sich genommen hatte, war keine kleine; er hat sie mit Geschick und anerkennenswerther Sorgfalt durchgeführt. Die Textbehandlung ist hinsichtlich der Lex Salica dieselbe geblieben und jetzt auch in gleicher Weise bei den salischen Capitularien, bei deren Herausgabe Boretius eine andere Methode befolgt hatte, durchgeführt worden. Von einer neuen Vergleichung der Handschriften konnte abgesehen werden, da dieselbe durch eine genaue Vergleichung mit den seither von Hessels, Holder und Boretius in zuverlässigster Weise veröffentlichten Texten ersetzt wurde. Die Angabe der Varianten wurde vermehrt. Um den Text übersichtlicher zu gestalten, wurde für denselben, mit Einschluss der Zusätze (Additamenta), ausschliesslich Antiqua und nur für die Anmerkungen Cursivschrift verwendet; die malbergische Glosse wurde durch gesperrten Druck hervorgehoben. Bei den Zusätzen sind regelmässig die Handschriften, welchen

sie entnommen wurden, angegeben. Die Bezeichnung der Handschriften ist vereinfacht, indem die der drei ersten Familien jetzt durchweg mit der Zahl 1, 2 oder 3, die der Emendataclasse mit E bezeichnet sind. Hinzugefügt ist das Remissorium C (S. 182) und die erst unter Karl d. Gr. aufgezeichnete „Regum Francorum genealogia" (S. 183). Von der Aufnahme der letzteren hätte Abstand genommen werden können; ihr historischer Werth ist äusserst gering und mit der Lex Salica hängt sie nur insofern zusammen, als sie sich in einige Handschriften derselben als überflüssiger Zusatz eingeschlichen hat. Bei den Capitula legis Salicae (Capitulare VII, S. 160) hat der Herausgeber übersehen, dass dieselben nach Seeliger (Capitularien der Karolinger S. 54 f.) nicht ein Weisthum von 819, sondern ein auf einem Reichstage des Jahres 820 beschlossenes Gesetz sind, welches wegen seiner Formlosigkeit (Beibehaltung der Weisthumsform) im October 821 auf dem Reichstage zu Diedenhofen noch einmal bestätigt und ausdrücklich mit der Gesetzeskraft des Volksrechts (lex) ausgestattet wurde. Im Gegensatze zu den Anmerkungen hat der Herausgeber in den Bemerkungen zu dem Text und den Varianten sich der lateinischen Sprache bedient. Dabei wird das Fehlen einzelner Stellen in bestimmten Handschriften regelmässig durch ein d. angedeutet, das jedenfalls für „deest" steht, auf S. 197 aber durch ein offenbares Versehen mit „in" erklärt wird.

Die Hauptneuerung und der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit des zweiten Herausgebers liegt in den Anmerkungen, welche zwar keinen eigentlichen Commentar, aber doch eine möglichste Orientirung über die einschlägige Litteratur der letzten drei bis vier Jahrzehnte und die wichtigeren Streitfragen geben wollen. Diese Anmerkungen sind überaus sorgfältig und verständnissvoll gearbeitet. Wo der Herausgeber selbst das Wort ergreift, geschieht dies in Kürze und mit bescheidener Zurückhaltung. Die neue Ausgabe hat durch diese Anmerkungen eine erhebliche Wertherhöhung erfahren, so dass auch die Besitzer der ersten Ausgabe immer gern zu der zweiten greifen werden.

R. Schröder.

Édouard Bonvalot, ancien conseiller de cour d'appel. Histoire du droit et des institutions de la Lorraine et des Trois Évêchés (843—1789) avec une introduction de M. Ernest Glasson, membre de l'Institut. Ouvrage, honoré du prix Odilon Barrot par l'Académie des Sciences morales et politiques. Premier volume: Du traité de Verdun à la mort de Charles II. Paris, F. Pichon, successeur. 1895. VIII et 386 et XXIV p. 8°.

Durch das vorliegende Werk wird die Zahl der vorhandenen, höchst verdienstlichen zusammenfassenden Darstellungen der territorialen Rechts- und Verfassungsgeschichte um eine weitere vermehrt. Édouard Bonvalot, längst bekannt als gründlicher Kenner und Herausgeber loth-

ringischer und elsässischer Rechtsquellen, unternimmt es darin, dem Leser ein möglichst vollständiges Bild der lothringischen Rechts- und Verfassungsverhältnisse und ihrer geschichtlichen Entwickelung zu geben. Noch liegt uns nur der erste Band vor, der bis zum Jahre 1431 reicht. Aber schon lässt sich erkennen, dass der Verfasser mit viel Geschick, grosser Sachkenntniss und anerkennenswerther Hingabe seinen Stoff behandelt. Sein Buch ist keine glänzende, geistvolle und geistreiche Leistung im Stil von Fustel de Coulanges, keine scharfsinnige und anregende Arbeit nach Art der Werke von Flach und Luchaire. Aber gerne erkennt man in ihm das Erzeugniss nüchterner und im Allgemeinen sorgfältiger Forscherarbeit an, welche die Wissenschaft fördert und den Leser zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Doch sind die beiden Hälften, in die der Band zerfällt, nicht gleich geschickt gearbeitet und darum auch von ungleichem Werthe.

Die erste, kleinere Hälfte umfasst die Seiten 1—155 und den Zeitraum von 843—1048, in welchem Jahre Gerhard, der Stammvater des späteren lothringischen Herzogshauses, von Heinrich III. mit Oberlothringen belehnt wurde. Von Lothringen und seinem Recht ist in diesem ersten Theil nicht allzu oft die Rede. Begreiflicher Weise; denn die Quellen fliessen eben für diesen Zeitraum nur spärlich, in Lothringen so gut wie anderswo. Dafür giebt uns Bonvalot eine Darstellung des öffentlichen Rechtes der karolingischen und nachkarolingischen Zeit. Er handelt zunächst von den Rechtsquellen, den kirchlichen wie den weltlichen, den allgemeinen wie den seinem Untersuchungsgebiet eigenthümlichen. Dann geht er über auf das Volk und seine Versammlungen, auf den König, dessen Stellung und Rechte, bespricht weiter eingehend die Hof- und Centralverwaltung, und hernach die Landesverwaltung, das Gerichts-, Heer- und Finanzwesen und endigt mit der Darstellung der Immunität, der Kirchenvogtei und des Lehenswesens als derjenigen Elemente, welche die fränkische Verfassung zu sprengen und den Feudalstaat herbeizuführen bestimmt waren. Aber zu einem solchen Abriss der allgemeinen Verfassungs- und Rechtsgeschichte reichen, selbst wenn man daran nur den Massstab einer Einleitung legt, des Verfassers Kräfte und Kenntnisse nicht aus. Schon die Darstellung müsste, um als gelungen gelten zu können, eine ganz andere sein; wer so oft behandelte und wohl bekannte Dinge von neuem behandeln will, der muss, soll sein Gemälde nicht langweilig werden, den Pinsel kräftiger zu führen und grössere Linien zu ziehen verstehen. Aber auch inhaltlich befriedigt der Abschnitt nicht recht. Das kommt z. Th. davon her, dass der Verfasser die Litteratur nicht genügend kennt; insbesondere gilt dies von der neueren deutschen. Sohm und Waitz werden kaum citirt, geschweige denn gründlich benutzt. Eine Reihe von verfassungsrechtlichen Einzeluntersuchungen, deren Kenntniss dem Verfasser sehr wohl zu Statten gekommen wäre, scheint für ihn entweder gar nicht zu existiren, oder er kennt sie, wie z. B. die Boretius'schen Capitularienforschungen erst aus zweiter Hand (vgl. S. 32 mit den Litteraturangaben zu diesem Paragraphen). Auch den reichen Gewinn, den er aus Lam-

prechts deutschem Wirthschaftsleben, das ja vornehmlich das Moselland und die Nachbargebiete berücksichtigt, hätte ziehen können, hat er sich entgehen lassen. Kein Wunder, wenn der Leser, zumal der deutsche, so gut wie nichts Neues erfährt, wohl aber manches zu hören bekommt, was er längst besser wusste. Ich greife nur einige wenige Beispiele heraus. S. 130 f. wird ganz ohne stichhaltigen Grund behauptet, das Grafengericht sei auch für causae maiores der Immunitätsleute ohne weiteres unzuständig gewesen. S. 103 bringt eine durchaus verfehlte Ausführung über das seit v. Sybel, Königthum S. 115 ff., oft besprochene c. 4 des capitulare Saxonicum; bei Brunner, Rechtsgeschichte I S. 151 hätte der Verfasser ohne Mühe über den Sinn der Stelle sich Auskunft holen können. Ebenda S. 150 f. würde er erfahren haben, dass der alamannische iudex nicht der Graf ist, und dass darum lex Alam. 41,1 nicht so gedeutet werden darf, wie er es S. 79 A. 3 thut. Auf S. 25 begegnet man der Behauptung, in der Vorstellung Karls des Grossen habe das salische Gesetz die erste Stelle hinter dem römischen Recht eingenommen, weil es das Personalrecht des Staatsoberhauptes gewesen sei. Das Letztere ist nicht richtig, und wie man das Erstere aus c. 2. der responsa misso cuidam data (M. G. Capit. I S. 145) schliessen kann, begreife ich nicht. Der Kaiser antwortet daselbst eben einfach dem missus eines Sprengels, für den bloss die Anwendung römischen oder salischen Rechtes in Frage kommen konnte. Ein blosses Versehen liegt wohl vor, wenn S. 57 das Reichsweisthum von Stela über das Repräsentationsrecht in's Jahr 973 verlegt wird. Mit dieser Unkenntniss oder mangelhaften Kenntniss der fremden Litteratur und ihrer Resultate verbindet sich dann aber noch ein Weiteres, eine gewisse Begrenztheit des Horizontes. Es fehlt dem Verfasser der weite Blick, dessen es für eine solche allgemeine Darstellung bedarf. Das tritt überall zu Tage, namentlich aber in den die politische Geschichte behandelnden Abschnitten. Hier vertritt Bonvalot einen tendenziös französischen Standpunkt, man vergleiche z. B. nur die Seiten 5 ff., wo viel von der Sehnsucht Lothringens nach der Vereinigung mit Frankreich die Rede ist. Nun wird es ja niemand dem Verfasser verargen, wenn er mit seinem Patriotismus nicht zurückhält. Aber braucht man denn, um patriotisch zu sein, eng und kleinlich zu werden? Und eine kleinliche Gesinnung verräth es doch, wenn z. B. S. 20, wo von der Aufdeckung der Pseudoisidorischen Fälschung die Rede ist, verschwiegen wird, dass der deutschen Forschung (Magdeburger Centuriatoren) dabei mit das Hauptverdienst zukommt, oder wenn S. 34, nachdem mit vollem Recht die grossen Verdienste von Baluze um die Capitularienausgabe geltend gemacht worden sind, der Verfasser hinzufügt: M. Pertz a prétendu mieux faire que le savant bibliothécaire de Colbert. Aux éloges pompeux ont succédé les critiques amères et, son compatriote, M. Boretius recommence sa publication jugée défectueuse. Ce nouveau travail nous fera-t-il oublier Baluze? Die eine und andere von unseren obigen Ausstellungen und mancher andere Passus des Bonvalotschen Buches zeigen, dass der Verfasser besser gethan hätte, das, was ihm die neue Capitularienausgabe an Text-

verbesserungen und erläuterndem Apparat bot, vorurtheilslos zu benutzen, statt ihren Werth von vornherein in Frage zu stellen.

In einem Punkte scheint freilich schon der erste Theil des Buches ein überraschendes neues Resultat zu bieten. Auf S. 36—42 versucht nämlich der Verfasser, die Heimath des Markulf neu zu bestimmen. Er findet sie in einem Kloster Salinis später Saint Pient in der Diözese Metz. Wie kommt er darauf? In des Jonas Leben des heil. Kolumban c. 14 wird ein Marculfus erwähnt, der cellarius eines Klosters Salicis oder Salinis war, dem Carantoc, ein Kelte, als Abt vorstand. Man hat bisher das genannte Kloster immer in der Nähe von Kolumbans Aufenthaltsort Anegray bei Luxeuil gesucht; so that es auch noch Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands I S. 245. Bonvalot dagegen meint, es müsse, da der wackere cellarius Marculfus bei seinem Provianttransport eremi vastitatem zu durchziehen gehabt habe, jenseits der Vogesen liegen und verlegt es kurzer Hand in die Diözese Metz. Da eröffnet sich nämlich die Möglichkeit, den cellarius Marculfus Carrière machen zu lassen. Bekanntlich ist Markulf, der Verfasser der berühmten Formelsammlung, zu seinem Werke von einem Bischof Landerich angeregt worden und hat es ihm gewidmet. Diesen Landerich aber hat man schon früher zu Metz in Beziehung zu bringen gesucht. Ferner ist bekannt, dass eine Pariser Handschrift des Markulf, Bibl. nat. MS. lat. 2123, statt Landerico einen andern Namen hat, den Bonvalot Glidulphus liest; der Verfasser sucht sogar darzuthun, dass auch Bibl. nat. MS. 10756, dem jetzt die Vorrede fehlt, einst Glidulpho gehabt habe (vgl. die addition zu S. 38 N. 3). Dieser Glidulfus aber soll ebenfalls nach Metz gehören, er soll der Metzer Bischof Clodulfus sein, dem Landerich auf dem bischöflichen Stuhle gefolgt sei, während er zuvor wahrscheinlich sein Chorbischof war. Also: der cellarius Marculfus und der Formelschreiber sind offenbar ein und dieselbe Person, was ja auch des Alters wegen wohl möglich ist, da der Schreiber, als er um 650 die Formeln sammelte, 70 Jahre oder mehr hatte, mithin zur Zeit jener Expedition d. h. im Jahre 604 (?) etwa 25—30jährig war.

Ich kann mich hier nicht auf eine ausführliche Widerlegung dieser, wie mir scheint, durchaus haltlosen Hypothese einlassen. Zunächst scheitert sie daran, dass Bibl. nat. MS. 2123 als Namen des Bischofs nicht glidulfo sondern aeglidulfo hat, was, wie schon Zeumer, Neues Archiv VI 1881 S. 27 gegen Sickel ausgeführt hat, nicht leichthin mit Clodulfus zusammengeworfen werden darf. Ferner hat derselbe Zeumer ebenda XI 1886 S. 338 ff. gegen Havet mit aller wünschbaren Gründlichkeit nachgewiesen, dass es mit dem Metzer Bischof Landerich nichts ist; hätte Bonvalot Zeumers Ausführungen gelesen, so wäre es auch nicht mehr mit dem übrigens schon von Henschen und Tardif vorgebrachten Argument gekommen, Landerich stehe nur deshalb nicht auf der Metzer Bischofsliste, weil er nicht als Metzer Bischof gestorben sei. Einem Bischof von Metz ist also die Markulfsche Sammlung sicher nicht gewidmet und damit fällt, selbst wenn man Bonvalots Localisirung des Klosters Salicis oder Salinis gelten lassen wollte, jeder Grund für die

Identificirung des cellarius Marculfus mit dem Formelsammler dahin. Denn die Uebereinstimmung im Namen beweist natürlich nichts, begegnet doch z. B. auch in der vita s. Austregisili ein Mönch und späterer Abt Markulf. Und das Altersverhältniss steht der Hypothese von Bonvalot eher entgegen; denn wenn man berücksichtigt, dass der Inhalt der Sammlung ziemlich deutlich auf das Ende des 7. Jahrhunderts als Abfassungszeit hinweist, so geht es nicht an, aus dem Verfasser einen Zeitgenossen St. Kolumbans zu machen. Kurz, Bonvalot bringt uns mit seinen Auseinandersetzungen nicht weiter; es lässt sich auch nach ihm nichts Gewisseres über Markulf sagen als vor ihm.

Und nun der umfangreichere zweite Theil. Hier ist der Verfasser ganz in seinem Element: hier vermag er dank seinem gründlichen Specialstudium des lothringischen Rechtes Erspriessliches zu leisten. Nachdem er einen Abriss der politischen Geschichte Lothringens und der 3 Bisthümer Metz, Toul und Verdun vorausgeschickt hat, wendet er sich wiederum zunächst den Rechtsquellen zu. So behandelt er S. 190 ff. die lothringischen Synoden und übrigen Quellen des kirchlichen Rechtes und verbreitet sich S. 197 ff. mit grosser Sachkunde über das coutumiäre Recht des Herzogthums. Auf S. 207 spricht er sich gegen die Ansicht Matiles aus, der zu Folge der Schwabenspiegel in seiner französischen Uebersetzung in Lothringen subsidiär gegolten habe; dabei muthet er allerdings einem Neuenburger und Nachbar Berns etwas viel zu, wenn er Matile zutraut, er habe das bernische Aussenquartier Lorraine mit Lothringen verwechselt. Recht anschaulich ist auch der Abschnitt über die Stadt- und Dorfrechte geschrieben, der S. 211 folgt. Ein weiteres Capitel bringt Aufschluss über die Stellung der lothringischen Ritterschaft zum Herzog und behandelt zugleich des Letzteren Befugnisse, das Recht der Regentschaft und die Lehensbeziehungen zum Reich und zu den Grafen der Champagne. Wenig war über die Hof- und Centralverwaltung zu sagen; um so ausführlicher wird die Landesverwaltung besprochen. Dieser Abschnitt sowie der folgende über die Gerichtsverfassung scheinen mir besonders werthvoll zu sein. Weiter skizzirt Bonvalot das lothringische Heer- und Finanzwesen und schliesst mit 2 Capiteln, welche die Grafschaft Bar und die zahlreichen weltlichen und kirchlichen Vogteien behandeln.

Mit diesen kurzen Andeutungen von der Reichhaltigkeit dieser lothringischen Specialrechtsgeschichte muss ich schliessen. Dem Leser kann das Studium dieses Theiles des Werkes nur angelegentlichst empfohlen werden — an reicher Belehrung wird es sicherlich nicht fehlen — und dem Verfasser möchte ich wünschen, dass es ihm vergönnt sein möchte, sein Werk bald in derselben Weise zu Ende zu führen.

Freiburg i/Br. Ulrich Stutz.

Germanistische Chronik.

Am 17. December 1896 starb der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Albert Naudé in Marburg, noch bevor er dem von ihm angenommenen Rufe nach Freiburg i/Br. hatte Folge leisten können. — Am 28. December 1896 starb eins der verdientesten Mitglieder des deutschen Juristentages, der Geheime Justizrath Dr. G. von Wilmowski in Berlin. — Am 3. März 1897 starb der Reichsgerichtsrath a. D. Dr. Friedrich von Hahn in Leipzig, rühmlichst bekannt als Commentator des deutschen Handelsgesetzbuches und einstiges Mitglied der Nürnberger Handelsrechtscommission. — Am 2. März 1897 starb in München, erst im 26. Lebensjahre stehend und eben im Begriff, sich an der dortigen Universität als Privatdocent der Staatswissenschaften zu habilitiren, Dr. Ludwig Fick aus Würzburg, nachdem sich derselbe durch seine vortreffliche Schrift „Die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern" (Stuttgart 1895) auch auf dem Gebiete der deutschen Rechtsgeschichte in hoffnungerregender Weise hervorgethan hatte. — Am 11. März 1897 starb Professor Dr. Daniel Sanders in Strelitz, Verfasser des bekannten Wörterbuches der deutschen Sprache. — Am 9. April 1897 starb in Wiesbaden der Kaiserl. Russische Wirkliche Geheime Staatsrath Dr. Fr. G. von Bunge, hochverdient durch zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiete der kurländischen Rechtsgeschichte. — Am 10. Mai 1897 starb der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Karl Menzel in Bonn. — Am 16. Juli 1897 starb in Wilhelmshöhe der Geheime Justizrath Dr. Levin Goldschmidt, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Berlin, seit dem Tode Thöls unbestritten in Deutschland der erste Gelehrte auf dem Gebiete des Handelsrechts. Schwere, seit Jahren auf ihm lastende Krankheit hat ihn verhindert, seine 1891 begonnene Universalgeschichte des Handelsrechts zu Ende zu führen, aber auch unvollendet wird dieselbe ihren Platz unter den glänzendsten Erzeugnissen der deutschen Rechtswissenschaft behaupten. Durch zahlreiche Einzelarbeiten, meistens in der von ihm begründeten Zeitschrift für Handelsrecht erschienen, hat Goldschmidt sich ebenfalls auf dem Gebiete der Rechtsgeschichte in hervorragender Weise bethätigt. Unvergessen wird auch der maassgebende Einfluss bleiben, den Goldschmidt auf das Zustandekommen des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches gehabt hat. Der ganze Arbeitsplan, auf Grund dessen die Ausarbeitung des Gesetzes erfolgt ist, war Goldschmidts Werk. — Im August 1897

verunglückte bei einer Alpenwanderung der Privatdocent des deutschen Rechts Dr. Richard Schmidt in München. — Am 20. September 1897 starb in Frankfurt im 78. Lebensjahre der Geheime Regierungsrath Dr. Wilhelm Wattenbach, ordentlicher Professor der Geschichte an der Universität Berlin. In ihm hat die deutsche Geschichtswissenschaft einen ihrer verdientesten Forscher, die Centraldirection der Monumenta Germaniae einen der vorzüglichsten Mitarbeiter an dem grossen Nationalwerke verloren. Für die deutsche Rechtsgeschichte sind seine Werke „Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter" (6. Auflage 1893—1894) und „Das Schriftwesen des Mittelalters" (3. Auflage 1896) von unschätzbarem Werthe. — Am 16. October 1897 starb der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Franz Xaver Wegele in Würzburg im 74. Lebensjahre.

In den Ruhestand sind getreten: der ordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Ferdinand Bischoff in Graz und der ordentliche Professor der Staatswissenschaften Dr. Karl Knies in Heidelberg.

Berufen wurden: der ausserordentliche Professor Dr. Alfred Schultze in Breslau als ordentlicher Professor des deutschen Rechts nach Jena; der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Georg von Below in Münster nach Marburg; der Professor Dr. Alfred Dove, Redacteur der Allgemeinen Zeitung in München, als ordentlicher Professor der Geschichte nach Freiburg i/Br.; die ordentlichen Professoren der Staatswissenschaften Dr. Max Weber in Freiburg i/Br. nach Heidelberg und Dr. Karl Johannes Fuchs in Greifswald nach Freiburg i/Br.; der ordentliche Professor der Rechte Dr. Ludwig von Salis als Chef der Abtheilung für Gesetzgebung und Rechtspflege im eidgenössischen Justizdepartement und als Honorarprofessor an der Universität nach Bern; der ausserordentliche Professor der historischen Hilfswissenschaften Dr. M. Tangl in Marburg in gleicher Eigenschaft nach Berlin; der Secretär des Commerzcollegiums in Altona Dr. Richard Ehrenberg als ausserordentlicher Professor der Staatswissenschaften nach Göttingen; der ordentliche Professor der Nationalökonomie Dr. Wilhelm Stieda in Rostock nach Greifswald.

Die ausserordentlichen Professoren der Geschichte Dr. H. Finke in Münster i/W. und Dr. Engelbert Mühlbacher in Wien und die ausserordentlichen Professoren Dr. A. v. Halban in Czernowitz und Dr. E. Frh. v. Schwind in Innsbruck wurden zu ordentlichen Professoren ernannt.

Der Privatdocent des deutschen Rechts Dr. Kurt Burchard in Leipzig wurde zum ausserordentlichen Professor befördert.

Der Privatdocent der Rechte Dr. C. Bornhak in Berlin erhielt den Professortitel.

Der k. k. Hofrath Dr. Gustav Winter in Wien wurde als Nachfolger v. Arneths zum Director des k. k. Hof- und Staatsarchivs in Wien ernannt.

Als Privatdocenten haben sich habilitirt: Dr. F. Hauptmann in Freiburg i. d. Schweiz und Dr. Siegfried Rietschel in Halle für deutsches Recht, Dr. Heinrich Sieveking in Freiburg i/Br. für Staatswissenschaften, Dr. Gustav Ehrismann in Heidelberg für deutsche Philologie.

Die 15. Plenarsitzung der badischen historischen Commission fand im October 1896 statt. Veröffentlichungen der Commission: Cartellieri, Regesten zur Geschichte der Bischöfe von Konstanz, II. Band, 2. und 3. Lieferung; Obser, Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden, 4. Band; Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch, 5. Lieferung; Badische Neujahrsblätter, 6. Blatt (Fester, Markgraf Bernhard I. und die Anfänge des badischen Territorialstaates); Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, Band XI (darin: Redlich, Ein oberrheinisches Formelbuch aus der Zeit der ersten Habsburger; Eulenburg, Städtische Berufs- und Gewerbestatistik Heidelbergs im 16. Jahrhundert; Mayerhofer, Inhalt und Zustand des Pfalz-Zweibrücken'schen Archivs im Jahre 1567; A. Kaufmann, Der Excommunicationsprocess der Stadt Mülhausen von 1265 bis 1271; Hegel, Das erste Stadtrecht von Freiburg i/Br.; Zehnter, Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Baden; Overmann, Die Reichsritterschaft im Unterelsass; Werminghoff, Statuten des Konstanzer Domcapitels von 1432 und 1485).

Die 38. Plenarversammlung der historischen Commission bei der königl. bayerischen Akademie der Wissenschaften hat im Juli 1897 stattgefunden. Von neuen Werken der Commission lagen vollendet vor: deutsche Biographie, Band 41; Chroniken der deutschen Städte, Band 25 (Band 5 der schwäbischen Städte: Augsburg); Recesse der Hansetage 1256—1430, Band 8 (Schlussband).

R. Schröder.

Monumenta Germaniae historica. Die 23. Plenarversammlung der Centraldirection der Monumenta Germaniae historica wurde 1897 vom 5. bis 7. April in Berlin abgehalten. In die Centraldirection wurde u. A. Professor Dr. Karl Zeumer in Berlin gewählt.

Für den zweiten Capitularienband hat Herr Professor Zeumer zunächst allein die Ergänzung des von Dr. Krause unvollendet hinterlassenen Index verborum fortgesetzt. Am 1. October 1896 trat Herr Dr. Werminghoff als neuer Mitarbeiter in der Abtheilung Leges ein. Er widmete seine Thätigkeit dem Wortregister zu den Capitularien und der Einleitung, welche die Beschreibung und Classificirung der Handschriften enthalten wird. Zur Zeit ist der zweite Band der Capitularien im Druck vollendet, so dass er im Herbst des laufenden Jahres wird zur Ausgabe gelangen können. Durch die Arbeiten für die Capitularien wurde die Thätigkeit des Herrn Professor Zeumer so sehr in Anspruch genommen, dass der Druck der Quartausgabe der Leges Wisigothorum vorläufig hinausgeschoben werden musste. Herrn Dr. Werminghoff sind die Arbeiten für Herausgabe der karolingischen Concilien übertragen worden. Von den Constitutiones et Acta publica imperatorum wurde der die Zeit von 1198 bis 1272 umfassende zweite Band noch 1896 ausgegeben. Herr Dr. Schwalm ist inzwischen an die Sammlung

des Materials für den dritten Band gegangen. Für die neue Ausgabe der Lex Baiuwariorum hat Herr Professor von Schwind bayerische und österreichische Handschriften verglichen.

Berlin, 11. August 1897. H. Br.

Wissenschaftliches Wörterbuch der deutschen Rechtssprache. Der in der germanistischen Litteratur (vgl. diese Zeitschrift XIV, 165) lebhaft befürwortete Plan der Herstellung eines deutschen Rechtswörterbuches hat endlich greifbare Gestalt gewonnen. Wir veröffentlichen hierüber zunächst einen Bericht, der am 10. Januar 1897 im Auftrage der Commission von Professor Heinrich Brunner der königlich preussischen Akademie der Wissenschaften vorgelegt worden ist.

Bericht über die Herstellung eines wissenschaftlichen Wörterbuches der deutschen Rechtssprache.

Die philosophisch-historische Classe der königlich preussischen Akademie der Wissenschaften hat vor mehreren Jahren die Herstellung eines wissenschaftlichen Wörterbuches der deutschen Rechtssprache in Aussicht genommen, ein Unternehmen, das die germanistische Rechts-, Geschichts- und Sprachwissenschaft schon längst als ein dringendes Bedürfniss empfunden hatte. Nachdem kürzlich das Curatorium der Hermann und Elise geb. Heckmann Wentzel-Stiftung die für jenen Zweck voraussichtlich erforderlichen Mittel zum Theil fest bewilligt, zum Theil unter gewissen Bedingungen und Voraussetzungen in Aussicht gestellt hatte, wählte die Classe am 5. November 1896 für das Unternehmen eine akademische Commission, die aus den Herren von Amira in München, Brunner, Dümmler, Gierke, Weinhold in Berlin, Frensdorff in Göttingen und Richard Schröder in Heidelberg besteht.

Die Commission einigte sich in ihren Sitzungen vom 3. und 4. Januar d. J. hinsichtlich der Anlage des Wörterbuches über folgende Grundsätze, deren Veröffentlichung beschlossen und von der Classe genehmigt wurde.

I. Nur ein Wörterbuch der deutschen, nicht ein Wörterbuch der germanischen Rechtssprache wird geplant. Damit ist es ausgeschlossen, dass die skandinavischen Quellen systematisch ausgezogen werden. Dennoch erscheint die Berücksichtigung der nordgermanischen Terminologie als geboten, soweit es sich um gemein-germanische Wörter handelt und soweit die Geschichte und Erläuterung eines deutschen Rechtswortes sie verlangen. Dasselbe gilt von den gothisch-burgundischen Quellen.

II. Dagegen sind die deutschen, das heisst die westgermanischen Rechtstermini sämmtlich aufzunehmen, also auch die langobardischen, friesischen und angelsächsischen. Rechtsterminus ist jeder Ausdruck für eine rechtlich relevante Vorstellung mit Einschluss der Symbole, Maasse und Münzen. Ausgeschlossen bleiben Fremdwörter, ebenso Eigennamen, soweit sie nicht, wie z. B. Malberg, Detmold, eine technisch-

juristische Bedeutung haben. Dagegen sind zu berücksichtigen einerseits die Lehnwörter des deutschen Sprachschatzes, andererseits — aber nur auf Grund der vorhandenen Glossare und Wörterbücher — die dem Deutschen entlehnten Rechtswörter der nordgermanischen und romanischen Sprachen.

Zusammengesetzte Wörter werden, wo dies von Interesse sein kann, auch nach dem zweiten Compositionsgliede eingestellt, also z. B. balemund, leibgeding, landgraf, afgan unter mund, geding, graf, gan, dagegen nicht erhalen unter holen, nicht erlos unter los. Aufzunehmen sind alle selbständigen (compositionsähnlichen) Wortverbindungen, z. B. Hab und Gut, Erb und Eigen, Haus und Hof und dergl.

III. Die Quellen sollen bis etwa 1750 systematisch ausgebeutet werden. Deshalb ist aber die Berücksichtigung jüngerer Quellen nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

IV. Jeder Wortartikel soll bringen:

1. Belegstellen in Auswahl, wo möglich aus allen Rechtsgebieten und Zeitaltern, wichtigere Stellen in extenso. Bei allgemein gebräuchlichen Wörtern genügt es, Anfangs- und Endpunkte des Gebrauches zu fixiren. Besondere Berücksichtigung verdienen Stellen, welche Etymologien, Definitionen, Synonyma, Glossen oder Gegensätze enthalten;

2. die verschiedenen Bedeutungen des Wortes oder der Wortverbindung in möglichst genetischer Ordnung, bei Wörtern mit wechselnder Bedeutung, soweit es durchführbar, belegt durch Beispiele aus jedem Halbjahrhundert. Usuelle und occasionelle Bedeutung sollen aus einander gehalten, auf den Zusammenhang zwischen Wörtern verschiedenen Stammes, auf Synonyma und Gegensätze soll hingewiesen werden;

3. die Etymologie des Wortes, soweit sie festgestellt werden kann;

4. die Altersbestimmung u. A. nach der Lautgestalt, insbesondere bei Entlehnungen aus fremden Sprachen — wie z. B. Kerker (karkâri) aus carcerem, Manger (mangâri) aus mango, Münze (*munita, ags mynet, ahd. munizza) aus moneta, Pacht (mhd. phaht, *ahd. pfahta) aus pactum — oder auf Grund der Entlehnung aus dem Deutschen in fremde Sprachen — z. B. burgus (burgum) im Lateinischen seit dem zweiten Jahrhundert — oder nach Parallelen in verwandten Sprachen, oder von Wörtern, die zum Zweck der Uebersetzung fremder gebildet sind — z. B. Gläubiger (glauber) nach creditor;

5. Litteraturangaben in möglichst deutlicher Gruppirung.

Dass ein Wortartikel zur rechtsgeschichtlichen oder rechtsantiquarischen Monographie auswachse, ist schlechterdings zu vermeiden. Rechtssätze dürfen nicht um ihrer selbst willen angeführt werden. Das Wörterbuch soll weder ein Reallexikon noch ein antiquarisches Glossar werden.

V. Die Vorbereitung und Ausarbeitung des Werkes wird in zwei scharf zu sondernde Abschnitte zerfallen:

1. die sammelnde Thätigkeit, das Zusammenbringen des zu verarbeitenden Materials. Sie besteht hauptsächlich in dem Excerpiren der Rechtsdenkmäler und der Nebenquellen (d. h. der mittelbaren Erkennt-

nissquellen des Rechtes, der gelegentlich sogenannten Profanquellen). Urkunden und Nebenquellen werden nur in sachgemässer Auswahl excerpirt. Ungedrucktes Material systematisch heranzuziehen wird nicht beabsichtigt. Eine Vorarbeit, welche dem Unternehmen namentlich für die Abgrenzung der Rechtswörter gegenüber dem sonstigen Wortvorrath zu Statten kommen dürfte, wird das Rechtswörterverzeichniss darbieten, welches Richard Schröder auf Grund der Wörterbücher und der den gedruckten Rechtsquellen beigefügten Glossare auszuarbeiten begonnen hat.

Nur die allerwichtigsten Rechtsquellen sollen auf Perikopenbogen abgeschrieben und verzettelt werden.

Für die Excerptoren hat die Commission eine besondere Instruction festgestellt, welche vervielfältigt werden soll. Zu den Excerpten darf nur ein genau bestimmtes Zettelformular verwendet werden und zwar das Octavblatt des sogenannten Reichsformats. Das Nähere sagt die erwähnte Instruction.

2. die verarbeitende Thätigkeit, darin bestehend, dass auf Grundlage des gewonnenen Materials die einzelnen Wortartikel abgefasst, in gehörige Ordnung und in gegenseitige Beziehung gebracht werden. Verweisungen werden sich in beträchtlicher Menge ergeben, weil jede Wortform, soweit sie nicht eine bloss graphische Besonderheit ist, in der alphabetischen Ordnung vertreten sein muss, so dass sie leicht nachgeschlagen werden kann. Wenn angängig, ist der Wortartikel unter der neuhochdeutschen, eventuell unter der älteren hochdeutschen oder unter der dem Hochdeutschen zunächst stehenden Wortform zu bringen, wogegen die Wortformen, die sich nicht an derselben Stelle der alphabetischen Ordnung einreihen lassen, gehörigen Ortes mit kurzer Verweisung auf den Wortartikel aufzunehmen sind, z. B. fries. bon siehe Bann. Die Excerptenzettel erhalten daher ein zweifaches Stichwort, eines, das der Excerptor nach der Wortform der Fundstelle anbringt, ein zweites, das der Herausgeber einsetzt, um auf den Wortartikel zu verweisen, in dem das Excerpt verwerthet werden soll.

Die wissenschaftliche Leitung des Unternehmens und zugleich die Hauptarbeit hat Geh. Hofrath Professor Dr. Richard Schröder zu Heidelberg (Neuenheimer Landstrasse 2) übernommen.

Die Commission ist der Ansicht, dass das Werk in zehn bis zwölf Jahren hergestellt sein werde und dass der Umfang des Wörterbuches sechshundert Druckbogen doppelt gespaltenen Quartformates jedenfalls nicht überschreiten werde.

Berlin, den 10. Januar 1897.

Die Commission hat in ihrer Sitzung vom 4. Januar 1897 folgende Instruction für die Excerptoren beschlossen:

1. Der Excerptor muss, bevor er mit dem Excerpiren beginnt, mit seinem Text vertraut sein. Er muss ihn insbesondere einmal mit Rücksicht auf die übernommene Aufgabe durchlesen, um abschätzen

zu können, ob ein Wort oder eine Wortverbindung oft oder selten in diesem Text vorkommt.

2. Welche Stellen sind auszuschreiben?

Mindestens soll zu jedem Rechtswort (und zu jeder Wortverbindung) in jeder Bedeutung ein Beleg geliefert werden. Unter mehreren Belegen verdienen dann diejenigen den Vorzug, worin die Etymologie des Wortes angegeben oder dasselbe erklärt wird, oder worin das Wort neben Synonymen oder im Gegensatze zu andern Wörtern steht. Belegstellen dieser Art sind vollständig zu sammeln. — Kommen verschiedene Formen desselben Wortes vor, so sind dieselben wie verschiedene Wörter zu behandeln. Bloss graphische Verschiedenheiten kommen nicht in Betracht. — Vor längeren Belegen erhalten kürzere den Vorzug, überhaupt aber diejenigen, welche den mehr abgegrenzten, leichter verständlichen Gedanken ausdrücken, — vorausgesetzt, dass die zur Auswahl stehenden Belege sonst gleichwerthig sind.

3. Wie ist zu excerpiren?

Die als Citat ausgehobenen Worte müssen die Construction des Satzes erkennen lassen und alles enthalten, was auf die Bedeutung des Stichwortes Licht werfen kann. Aenderungen am Text dürfen nicht vorgenommen werden. Emendationen sind als solche zu kennzeichnen, sei es am Rande (unten links), sei es im Text durch < > (Ergänzungen von Buchstaben) und [ ] (Auslassungen von Buchstaben). Beziehungen zu nicht Excerpirtem sind am Rande zu erklären, durch Ergänzung von Subjecten, Objecten, Nomina u. dgl.

Die Varianten finden ihren Platz in der Rubrik rechts am Rande, nöthigenfalls unter dem Text. Im Uebrigen braucht das Citat nicht im ganzen Umfange abgeschrieben zu werden. Jedes übersprungene Wort wird durch zwei Punkte markirt; sind mehr als sechs Wörter ausgelassen, so genügt dafür ein Querstrich mit darüber stehender Zahl der ausgelassenen, also $\overset{12}{\rule{3em}{0.4pt}}$. Verse sind zu numeriren. Ebenso die Zeilen in gedruckten Prosatexten, falls dieselben, wie z. B. die österreichischen Weisthümer, mit numerirten Zeilen gedruckt sind.

4. Es ist ausschliesslich lateinische Schrift anzuwenden. Dieselbe muss unbedingt leserlich sein, insbesondere jedes Wort zusammenhängend geschrieben, die einzelnen Worte deutlich von einander getrennt. Bemerkungen zwischen den Zeilen sind unzulässig, wofern es sich nicht um Copien von Interlinearglossen handelt. Grosse Anfangsbuchstaben nur bei Eigennamen und am Anfange von Hauptsätzen. Das Stichwort ist zu unterstreichen und nach Anleitung des der Instruction beiliegenden Musterzettels einzutragen.

5. Wenn in demselben Excerpte mehr als zwei Stichworte auszuheben sind, so ist die Stelle mit hektographischer Tinte zu schreiben, um die Vervielfältigung seitens der Redaction zu erleichtern. Derartige Zettel sind besonders zu legen und in der Rubrik unten links mit Bleistiftangabe über die Zahl der erforderlichen Exemplare zu versehen. Die hektographische Tinte wird von der Leitung geliefert.

Zwischen dem Curatorium der Hermann und Elise geb. Heckmann Wentzel-Stiftung (vertreten durch die Herren Auwers, Vahlen und Weinhold) und der Commission für das Wörterbuch der deutschen Rechtssprache (vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Heinrich Brunner) ist am 24. Juni 1897 ein Vertrag abgeschlossen worden.

In § 1 dieses Vertrags erklärt sich die Stiftung bereit, die zur Herstellung des Wörterbuches nach dem von der Commission aufgestellten Plan erforderlichen Mittel nach ihren Kräften und nach Maassgabe des Fortschreitens der Arbeit der Commission zur Verfügung zu stellen.

Die Herstellung des Wörterbuches wird dadurch ein Unternehmen der Stiftung.

Ueber ihre Thätigkeit im Verlauf eines jeden Kalenderjahres und über den erreichten Stand des Unternehmens erstattet die Commission nach § 8 des Vertrags innerhalb der ersten Hälfte des nächstfolgenden Monats Januar dem Curatorium einen Bericht, welchen dessen Vorsitzender in seinen in der Friedrichs-Sitzung der Akademie vorzutragenden Bericht aufnimmt oder als Material für diesen benutzt.

Ueber den Fortgang des Unternehmens wird in dieser Zeitschrift regelmässig berichtet werden.

Vom Curatorium der Savigny-Stiftung.

Die königl. bayerische Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Sitzung vom 14. Juli d. J. beschlossen, von der für das Jahr 1897 ihr zur Verfügung gestellten Zinsenrate der Savigny-Stiftung zu bewilligen:

dem Privatdocenten Herrn Dr. Erich Liesegang in Berlin 1500 Mark als Beitrag zu den Druckkosten des von ihm herauszugebenden ersten Bandes der Magdeburger Schöffensprüche;

dem Archivsecretär und Privatdocenten Herrn Dr. Hermann Knapp in Würzburg einen Kostenzuschuss von 2500 Mark zum Zwecke der von ihm beabsichtigten Herausgabe des von Magister Lorenz Fries im 16. Jahrhundert verfassten Zentbuchs des Hochstiftes Würzburg.

Der am 27. Januar 1897 bei der königl. bayerischen Akademie der Wissenschaften eingereichte Antrag des Dr. Knapp lautet:

„Im K. Kreisarchive zu Würzburg befindet sich ein auf Veranlassung des bekannten Magister Lorenz Fries abgefasstes Zentbuch des Hochstiftes Würzburg aus dem 16. Jahrhundert. Auf die hervorragende Bedeutung desselben für die Geschichte des deutschen Gerichtswesens hat bereits Rockinger öfters in eingehender Weise hingewiesen, besonders in seiner Abhandlung über „Magister L. Fries zum fränkisch-wirzburgischen Rechts- und Gerichtswesen" (Abh. d. K. Ak. d. W. III. Cl. XI. Bd. III. Abth.) und in seinem Vortrag über „fränkisch-wirzburgische Zentbücher" (Sitz.-Ber. d. phil.-philol. u. hist. Cl. 1872 Heft II). Mancher andere Gelehrte, der seitdem des stattlichen Folianten ansichtig wurde, äusserte nicht

minder den Wunsch, es möchte doch jenes wichtige Rechtsbuch durch Herausgabe der Wissenschaft allgemein zugänglich gemacht werden. Es standen indess einerseits der Mangel an einer geeigneten Persönlichkeit, welche sich der mühereichen Aufgabe unterziehen wollte, andererseits die beträchtlichen Kosten des Druckes der Verwirklichung dieses Gedankens entgegen.

Der gehorsamst Unterzeichnete, welcher seit einer Reihe von Jahren die Erforschung des Strafrechts und Gerichtsverfahrens des Mittelalters und der Folgezeit als Lieblingsstudium betreibt, eine nicht geringe Kenntniss der einschlägigen Litteratur besitzt, wie auch zwei umfangreichere Abhandlungen über das Nürnberger Criminalrecht und -Verfahren publicirte, sich einer ziemlich grossen Gewandtheit im Entziffern älterer Schriften und der erforderlichen Vertrautheit mit der Geschichte und Geographie des Hochstifts Würzburg, wie der verschiedenen Gebietstheile der in Betracht kommenden geistlichen und weltlichen Territorialherren erfreut, würde es als höchste Auszeichnung schätzen, wenn er durch die Munificenz hoher k. Akademie in den Stand gesetzt würde, die Herausgabe des Zentbuches bethätigen zu können.

Um dieselbe als mustergiltig erscheinen zu lassen, würde sie von einer eingehenden historischen und rechtlichen Beleuchtung des hochstiftlichen Gerichtswesens i. a., wie der in den einzelnen Zenten obwaltenden Besonderheiten geleitet sein. Es lagert nämlich im k. Kreisarchiv Würzburg und im k. allgemeinen Reichsarchiv eine vorläufig unübersehbare Menge von Urkunden und Acten, welche die Zentverhältnisse des Hochstiftes berühren und so in zweckdienlicher Weise Verwerthung finden könnten. Auch eine beträchtliche Anzahl mit mangelhaften Registern versehener und daher noch wenig benützter älterer Copialbücher würde sorgfältig durchforscht werden. Mit Hilfe eines vorzüglichen, auf ca. 30jährige Feststellungen gegründeten Zettelrepertoriums des Kreisarchivs würde bei jeder Ortschaft ein kurzer Hinweis auf die dortselbst berechtigten Grundherren erfolgen. Und so wäre auch vom localhistorischen Standpunkt die Publication einzig in ihrer Art und als Nachschlagewerk benutzbar.

Das Zentbuch selbst ist leider als Torso zu betrachten, indem der zweite Band desselben entweder in Verlust gerathen oder vielleicht gar nicht zur Abfassung gelangt ist. Das Fehlende lässt sich aber leicht theils aus Aufzeichnungen des Magisters, theils aus den über die einzelnen Zenten vorhandenen Ordnungen, theils aus den Zahlbüchern der verschiedenen Aemter und Orte ergänzen, so dass fühlbare Lücken nicht zu befürchten sind. Das gesammte Material schliesst überhaupt viel Werthvolles in sich, da wohl die Mehrzahl der Satzungen Weisthümern und Dorfordnungen von oft ehrwürdigem Alter entstammt; sie datiren ihrem Ursprung nach weit in das Mittelalter zurück, Jahrhunderte wurden sie dann als Richtschnur geachtet und benützt, ohne dass man sie ihrem Inhalt und Wortlaut nach zu ändern wagte.

Was die Gestaltung des Werkes anbelangt, so würden nach einem Ueberblick über das hochstiftlische Gerichtswesen i. a. die — den ersten

Theil des Zentbuches bildenden — für alle Zenten gemeinsamen Bestimmungen aneinandergereiht werden. Diesen folgen sodann die einzelnen Zenten unter Vorgang je einer kurzen historischen Uebersicht.

Das sonstige reiche Material, d. h. der sogen. kritische Apparat zum Zentbuch, soll in Citaten — unter dem Text oder vereint am Schlusse — Verwerthung erfahren — Alles in anschaulicher, leicht übersichtlicher und präciser Fassung. Noch ist des ausführlichen Registers und eines Kärtchens mit genauer Einzeichnung der Zentgrenzen zu gedenken."

Nach dem Anschlage des Dr. Knapp soll das im Vorstehenden geplante Werk ungefähr 70 Druckbogen umfassen und in einem Zeitraum von drei Jahren vollendet werden; die Kosten werden etwa 2500 Mark betragen.

Preisaufgaben der Rubenow-Stiftung.

1. Geschichte der öffentlichen Meinung in Preussen und speciell in Berlin während der Jahre 1795—1806.

Es wird verlangt eine auf eindringendem Quellenstudium beruhende methodische Bearbeitung der Aeusserungen der gebildeten Kreise über die äussere und innere Politik des Staates, soweit solche in Zeitungen, Pamphleten, Druckschriften aller Art zu Tage getreten sind. Die Darstellung hat an geeigneten Punkten die Einwirkung jener Aeusserungen sowohl auf die massgebenden Persönlichkeiten wie auf die Volksstimmung zu würdigen. Erwünscht wäre ein tieferer Einblick in die etwaigen persönlichen Motive hervorragender Wortführer.

2. Die Entwicklung des deutschen Kirchenstaatsrechts im 16. Jahrhundert.

Erwartet wird eine ausführliche, auch in die Sondergeschichte wenigstens einzelner wichtigerer Territorien und Städte eingehende, möglichst auf selbständiger Quellenforschung beruhende Darlegung der dem Reformationsjahrhundert charakteristischen kirchenstaatsrechtlichen Grundsätze und Verhältnisse. Insbesondere erscheint erwünscht eine gründliche Prüfung der Rechtsstellung der staatlichen Gewalten zur Kirche unmittelbar vor dem Auftreten der Reformatoren, sowie der Einwirkung einerseits der vorreformatorischen kirchenpolitischen Litteratur auf die reformatorische Bewegung, andererseits der reformatorischen Anschauungen selbst auf die Gesetzgebung und Praxis nicht nur der protestantischen, sondern auch der katholischen Fürsten und Stände.

Dem Ermessen des Verfassers bleibt überlassen, ob und wieweit er seine Arbeit auf Deutschland beschränken oder auch ausserdeutsche Staaten in den Bereich seiner Darstellung ziehen will; ebenso die Bestimmung des Endpunktes der darzustellenden historischen Entwicklung und die definitive Formulirung des Titels.

3. **Entwicklung der Landwirthschaft in Pommern nach der Bauernbefreiung.**

Es sind die technischen und wirthschaftlichen Folgen der verschiedenen Maassregeln der Bauernbefreiung von 1811—1857, insbesondere der veränderten Grundbesitzvertheilung, für die landwirthschaftliche Production, Verschuldung, Arbeiterfrage etc. in der Provinz Pommern an einer genügenden Zahl einzelner Güter und Bauernhöfe eingehend zu untersuchen und dabei namentlich die Wirkungen für die bäuerlichen Wirthschaften einer- und die grossen Güter andererseits auseinanderzuhalten. Die vorhergegangene Entwicklung auf den Domänen soll wenigstens einleitungsweise behandelt und die ganze Untersuchung zeitlich so weit ausgedehnt werden, dass auch die Wirkungen der letzten Maassregeln von 1850—1857 erkenntlich werden, also ungefähr bis zum Ende der sechsziger Jahre, bis zum Beginne der modernen Agrarkrisis. Die Lehren, welche sich für letztere etwa aus der betrachteten Entwicklung ergeben, würden dann den naturgemässen Schluss bilden.

Eine Ausdehnung der Untersuchung auf die übrigen älteren Theile der preussischen Monarchie ist erwünscht.

4. **Eine kritische Untersuchung der Handschriften und Recensionen der sog. Pomerania, wie sie W. Böhmer in seinem Buch „Thomas Kantzows Chronik von Pommern in niederdeutscher Mundart“ (Einleitung S. 89 ff.) angebahnt hat, soll soweit durchgeführt werden, dass damit die Grundlage für eine künftige kritische Ausgabe gewonnen ist.**

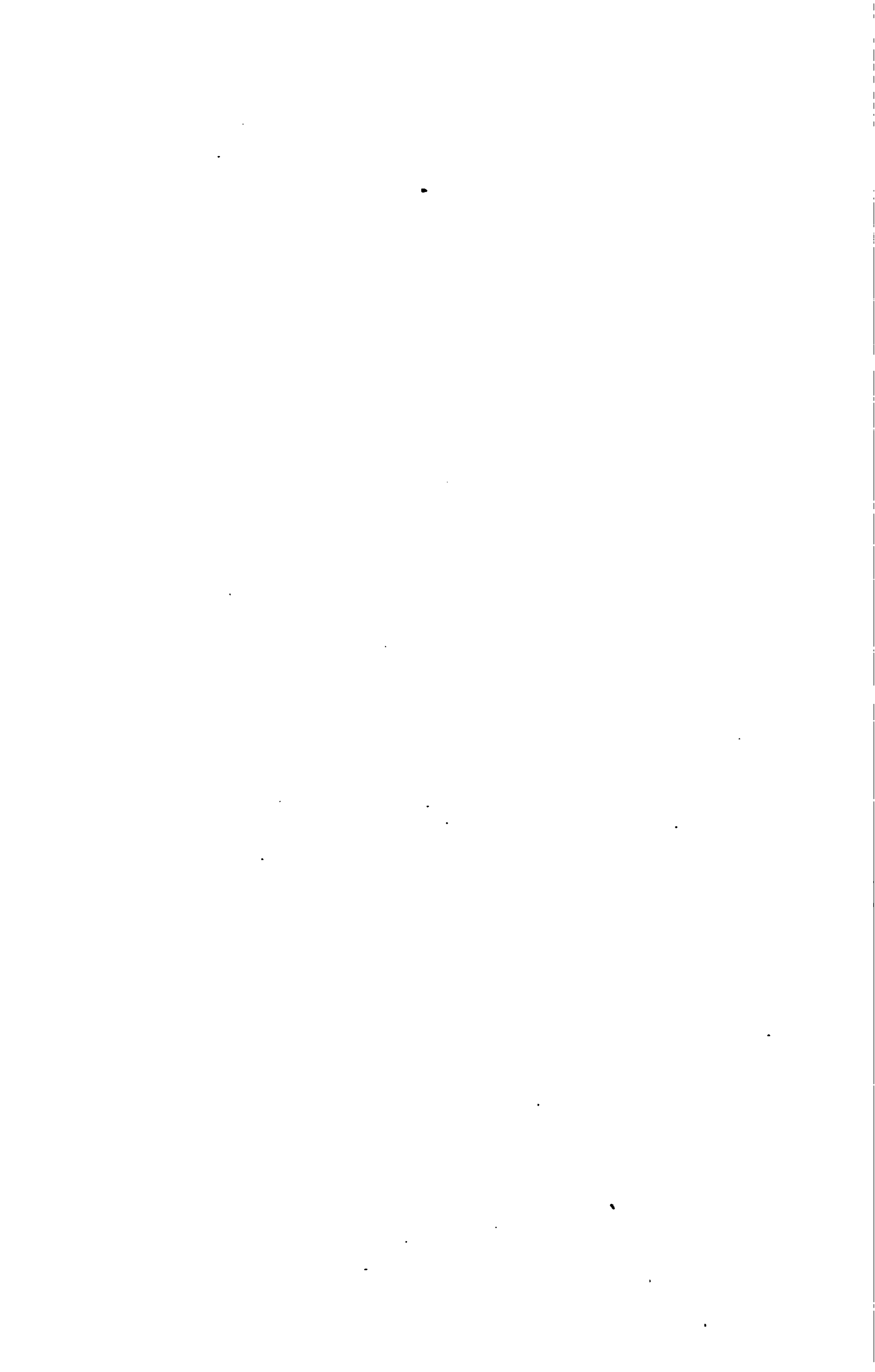
Die Bewerbungsschriften sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie dürfen den Namen des Verfassers nicht enthalten, sondern sind mit einem Wahlspruche zu versehen. Der Name des Verfassers ist in einem versiegelten Zettel zu verzeichnen, der aussen denselben Wahlspruch trägt.

Die Einsendung der Bewerbungsschriften muss spätestens bis zum 1. März 1901 geschehen. Die Zuerkennung der Preise erfolgt am 17. October 1901.

Als Preis für die zwei ersten Aufgaben haben wir je 2000 Mark, für dritte 1000 event. 1500 Mark, besonders wenn der am Schluss der Aufgabe angedeutete Wunsch erfüllt wird, und für die vierte 1000 Mark ausgeworfen.

Greifswald, im December 1896.

Rector und Senat
hiesiger Königlicher Universität.
Grawitz.




Stanford Law Library
3 6105 06 148 918 8


NON-CIRCULATING


G.E. STECHERT & Co.
(ALFRED HAFNER)

